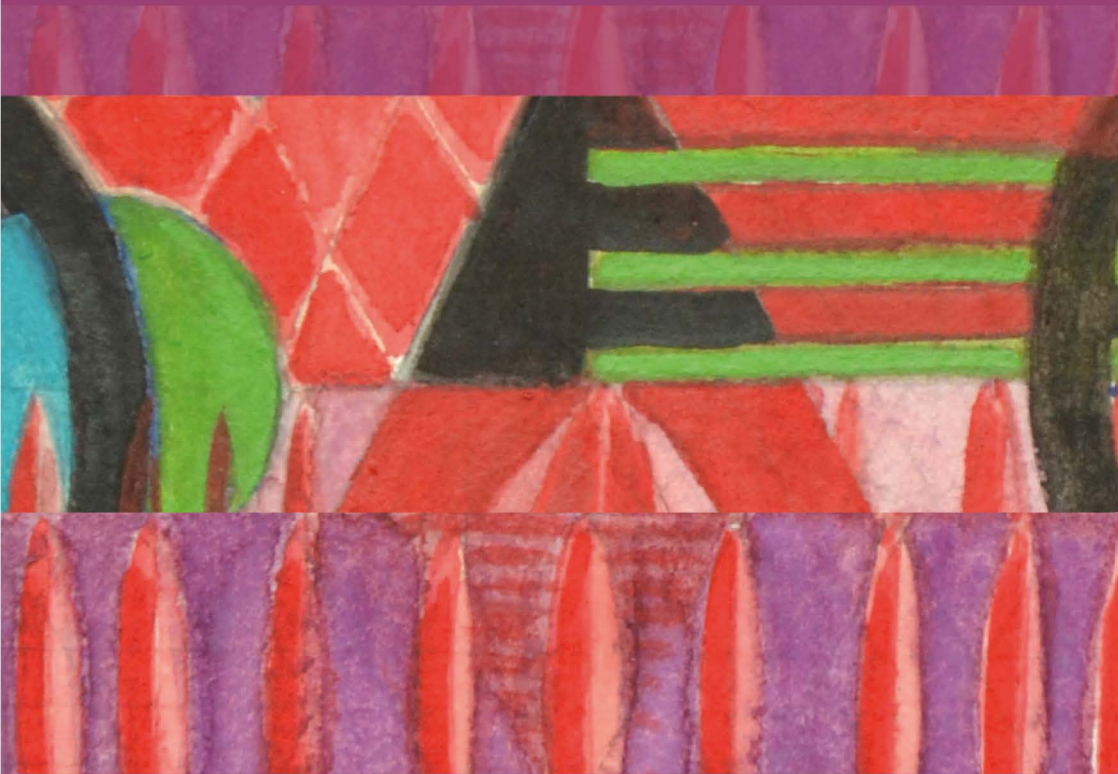


Karin Aleksander, Ulrike E. Auga,
Elisaveta Dvorakk, Kathleen Heft,
Gabriele Jähnert, Heike Schimkat (Hrsg.)

Feministische Visionen vor und nach 1989

Geschlecht, Medien und Aktivismen
in der DDR, BRD und im östlichen Europa



Verlag Barbara Budrich

Feministische Visionen vor und nach 1989

Karin Aleksander
Ulrike E. Auga
Elisaveta Dvorakk
Kathleen Heft
Gabriele Jähnert
Heike Schimkat (Hrsg.)

Feministische Visionen vor und nach 1989

Geschlecht, Medien und Aktivismen in
der DDR, BRD und im östlichen Europa

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2022



Die Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.
www.budrich.de



Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84742521>).
Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-2521-2 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1675-3 (PDF)
DOI 10.3224/84742521

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Titelbild: Ruth Tesmar, Widmungsblatt für die Tagung „Feministische Visionen vor/nach 1989“ (Ausschnitt). Aquarell auf Büttenpapier, 20x7 cm.
Typographisches Lektorat: Anja Borkam, Jena – kontakt@lektorat-borkam.de
Druck: paper & tinta, Warschau

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	9
Einleitung.....	11

Widerstand – Aktivismus – Visionen

<i>Ulrike Lembke</i> Visionen als feministisches Erbe? Zwischen universellem Repräsentationsanspruch, neoliberaler Alternativlosigkeit und den Un/Möglichkeiten feministischer politischer Praxis	39
<i>Birgit Dahlke</i> Brachland Berlin 1990. Als Christa Wolf statt am Schreibtisch an Runden Tischen saß	67
<i>Elisaveta Dvorakk</i> Widerstand, Aktivismus und feministische Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR. (Un-)Sichtbarkeiten – Desidentifizierungen – Visionen	83
<i>Almut Ilsen und Bettina Rathenow im Gespräch mit Barbara Einhorn</i> ,Jung, weiblich, feindlich-negativ'. Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin.....	111
<i>Barbara Einhorn</i> Was bleibt von der friedlichen Revolution im heutigen Europa? Rückblick aus der Perspektive einer transnationalen Grenzgängerin	125
<i>Bożena Chohuj</i> Einmischen, Gestalten und Provozieren. Strategien der Frauenbewegung in Polen.....	143

Ostdeutsche Fremd- und Selbstzuschreibungen

<i>Irene Dölling</i> Wie modern waren die Geschlechterverhältnisse in der DDR?	165
<i>Hildegard Maria Nickel</i> „Ost-Frau“ – Mythen und Fakten. Geschlechterverhältnisse in der Transformation.....	179
<i>Sylka Scholz</i> „Oh, Ostmann!“ Mediale Zuschreibungen, empirische Befunde und diskursive Leerstellen	197
<i>Heike Schimkat</i> Selbstbilder als Forschungsressource. Interviews mit drei Frauengenerationen zu den Umbrüchen von 1989 im Projekt <i>Frauengedächtnis</i>	217
<i>Kathleen Heft</i> „Warum passieren solche Sachen fast immer im Osten?“ Die <i>Ossifizierung</i> der Kindsmörderin in den Medien	239
<i>Urmila Goel mit Luise Böhm, Nicole Halliday, Nicole Kaminer, Ulrike Mausolf und Leona Schwarzer</i> Nachwendegeborene Studierende und die DDR/der Osten.....	257

Verwobene, intersektionale Macht- und Herrschaftsverhältnisse

<i>Ilanga Mwaungulu</i> „Schwarze Schwester Angela“. Die Verhandlung von Weiblichkeit und Schwarzsein in der Solidaritätskampagne für Angela Davis der DDR-Frauenzeitschrift <i>Für Dich</i>	279
<i>J. Cash Hauke</i> Wer ist das Volk? Erinnerungspolitische Leerstellen als Aktionsfeld rechter Ostdeutschlandpolitik	295

Doris Liebscher

Ethnizität oder Klassismus? Von den Schwierigkeiten und Möglichkeiten, die Benachteiligung Ostdeutscher antidiskriminierungsrechtlich zu fassen	315
---	-----

Etablierung der Gender Studies in und nach den Umbrüchen von 1989

Isabel Adler und Rebecca Wegmann

Festgeschriebener Erfolg und erzählte Erfahrung. Die Institutionalisierung der Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin	335
--	-----

Karin Aleksander

Was bleibt. Ressourcen zum Thema Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR	349
---	-----

Iveta Jusová and Iva Šmídová

Contested Feminist Narratives of Three Decades. Uncertain Prospects of Czech Gender Studies.....	375
--	-----

Masha Beketova and Olga Plakhotnik

“For us, about us.” <i>Undisciplined</i> Queer Knowledge Production in Activist Communities – the Ukrainian Case	395
--	-----

Ulrike E. Auga

Statement zur Situation der Gender Studies in Ungarn im Kontext der Entwicklung weiterer Länder inklusive Deutschland. Anhörung zur Lage der Gender Studies in Ungarn beim Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament, Brüssel vom 8. November 2018.....	413
---	-----

Autor*innen- und Herausgeber*innenverzeichnis	423
---	-----

Vorbemerkung

Der vorliegende Band basiert auf den Ergebnissen der vom Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) an der Humboldt-Universität zu Berlin veranstalteten Tagung *Feministische Visionen vor/nach 1989. Einmischen – Gestalten – Provozieren*, die vom 29.–30. November 2019 an der Humboldt-Universität zu Berlin stattfand. Mit der Konferenz feierte das ZtG gleichzeitig 30 Jahre institutionalisierte Frauen- und Geschlechterforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU), war doch am 8. Dezember 1989 im Rahmen einer Vollversammlung das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) ins Leben gerufen worden. Neben den Beiträgen, die auf den gehaltenen Vorträgen basieren, konnten weitere thematisch wichtige Artikel eingeworben werden.

Die Konferenz wurde auf Initiative von Ulrike E. Auga konzipiert. Inhaltlich vorbereitet wurde sie von aktuell beschäftigten und ehemaligen Wissenschaftler*innen der HU: Karin Aleksander, Ulrike E. Auga, Birgit Dahlke, Elisasveta Dvorakk, Kathleen Heft, Gabriele Jähnert, Hildegard Maria Nickel und Heike Schimkat.

Mit dem vorliegenden Band knüpft das ZtG an die Tagungen und die darauf basierenden gleichnamigen Publikationen an, die wir anlässlich unseres 10- und 20-jährigen Jubiläums veranstaltet hatten. In *Gender in Transition in Eastern and Central Europe* fokussierten wir 1999 die geschlechterspezifischen Auswirkungen der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern sowie in den ehemals sozialistischen Ländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas in den 1990er-Jahren. Die Tagung *Travelling Gender Studies* fragte 2009 insbesondere nach den Rezeptionsprozessen und dem Theorietransfer in den Gender Studies, sowohl was die Rekonstruktion von deutsch-deutschen als auch von grenzüberschreitenden Dynamiken der postsozialistischen Länder betraf.

Für die finanzielle Unterstützung der Tagung *Feministische Visionen vor/nach 1989* danken wir der Bundesstiftung Aufarbeitung. Die Veröffentlichung des vorliegenden Bandes als Open-Access-Publikation ist möglich geworden durch den Open-Access-Publikationsfonds der HU, wofür wir uns ebenfalls ganz herzlich bedanken.

Ruth Tesmar, Professorin für Künstlerisch-Ästhetische Praxis, Leiterin im „Menzel-Dach“ an der HU (1993–2016), stellte uns ein Aquarell als Widmungsblatt für das Tagungsplakat und das vorliegende Buchcover zur Verfügung. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich ihre Unterstützung würdigen,

die sie dem ZiF/ZtG über viele Jahre erwies, insbesondere durch ihre Gestaltung der Titelblätter für zahlreiche unserer Buchpublikationen und der Bulletin-Texte-Reihe.

Unser Dank für die Fertigstellung dieses Bandes gebührt den Mitarbeiter*innen der ZtG-Geschäftsstelle Kerstin Rosenbusch, Amy Visram, Amelie Menzel, Lea Weidenhiller und Sharon Anthony für die Endredaktion und Formalkorrektur einzelner Aufsätze sowie Claudia Küster für die Formalkorrektur und das Layout des Bandes.

Einleitung

Karin Aleksander, Ulrike E. Auga, Elisaveta Dvorakk, Kathleen Heft, Gabriele Jähnert und Heike Schimkat

30 Jahre Maueröffnung sowie 30 Jahre Deutsche Einheit waren in Medien, Film, Kunst und Forschung Anlass, Rückschau zu halten sowie den Transformationsprozess nach 1989 zu reflektieren und auch kritisch zu hinterfragen. Mit einem 30-jährigen Abstand zu den historischen Ereignissen wurden aus der Perspektive von – auch häufig westdeutsch sozialisierten – Journalist*innen Zuschreibungen von ‚Westdeutschen‘ an ‚Ostdeutsche‘ problematisiert, es wurde dazu aufgerufen, die Leistungen der friedlichen Revolution zu würdigen und zu analysieren, Klischees über den Osten und Westen aufzubrechen sowie „gängige Narrative wahrzunehmen und zu erkennen“¹.

In populärwissenschaftlichen Sachbüchern, in biographischer Rückschau, in der politischen Bildungsarbeit und in zahlreichen sozial- und politikwissenschaftlichen Studien und Publikationen wurden die Prozesse, die zur friedlichen Revolution führten (vgl. Pollack 2020; Seeck 2012, Brückweh u.a. 2020), sowie die Ereignisse im Herbst 1989 (vgl. Bahrmann 1994, 1995; Duisberg 2020; Kowalczuk 2021) nachgezeichnet. Es geriet z.B. die Rhetorik der Wiedervereinigung (Tschammer 2019) in den Blick, die Arbeit und Politik der Treuhand (Böick 2018, 2021; Milev 2020), die sich wandelnden Einstellungen zur Deutschen Einheit (vgl. Heller u.a. 2020a, 2020b; Bilke 2020) oder auch die Verortung der Deutschen Einheit im europäischen Kontext (vgl. Gehler/Graf 2017; Rödder 2020; Wentker 2017). Einen besonderen Stellenwert nahmen Forschungen zu den Nachwirkungen dieser Prozesse für die folgenden Generationen – die Nachwendekinder (vgl. Rennefanz 2014, Nichelmann 2019, Schönian 2020) und die Dritte Generation Ost – ein und es wurden das umstrittene Erbe der Deutsche Demokratische Republik (DDR) sowie der

1 Zepter, Nicole (2021): 32 Jahre Wiedervereinigung: Wer lacht noch über Zonen-Gaby? In: Berliner Zeitung, Nr. 259, 06./07.2021. <https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/32-jahre-wiedervereinigung-wer-lacht-noch-ueber-zonen-gaby-li.192648> [Zugriff: 17.02.2022];
Vgl. auch die YouGov-Studie zu 30 Jahre Mauerfall (9. November 2019) in Kooperation mit dem SINUS-Institut: <https://yougov.de/news/2019/11/06/die-deutschen-zu-mauerfall-und-wiedervereinigung-g/> [Zugriff:27.05.22].

Transformationsprozess, politische Unzufriedenheit und politische Entfremdung größerer Bevölkerungsgruppen in den neuen Bundesländern (vgl. Mau 2019, Mücke 2021, Leistner 2021) intensiv diskutiert.

Geschlechterfragen wurden im Kontext von 30 Jahren Maueröffnung und Deutscher Einheit vereinzelt in der universitären Lehre² und vor allem auch in populären Formaten³ verhandelt. Im Sachbuchbereich wurden biografische Erinnerungen und Reflexionen von ‚Ostfrauen‘ publiziert, die versuchen, die „Lebenswirklichkeit von Frauen in der DDR“ (Händler/Mitsching-Viertel 2019: 9f.) aufzuzeigen und insbesondere die Leistungen und den Gleichstellungsvorsprung von Frauen in der DDR sowie ihre Begrenzungen in den Mittelpunkt stellen, aber auch wie sie das frauenpolitisch-emanzipatorische Feld nach der Vereinigung geprägt haben (Brandes/Decker 2019: 11).⁴ Die dreiteilige Dokumentation (*Ostfrauen. Wege zum Glück, Wege zur Macht, Weg vom Herd*)⁵, die im Frühjahr 2019 vom RBB/MDR-Fernsehen ausgestrahlt wurde, popularisierte die Diskursfigur der Ostfrau. Parallel zur Dokumentation erschien die Begleitstudie *Ostfrauen. Mythos und Wirklichkeit* (Nickel/Kopplin 2019), die als ein Ergebnis voranstellte: „Obwohl die gesellschaftlichen Umwälzungen der Transformationszeit die üblichen Lebensmodelle ostdeutscher Frauen herausgefordert haben, schlägt sich ihr damaliger ‚Gleichstellungsvorsprung‘ noch in ihren heutigen Ansichten und Verhaltensweisen nieder. Dieser Einfluss ist auch bei den nachfolgenden Generationen festzustellen.“ (Nickel/Kopplin 2019: 3)

Ähnlich und mit vielen Vereinfachungen arbeitend wird in dem in der ARD ausgestrahlten Dokumentarfilm *HERstory (3/4). Wendeman(n)över – Frauen und der Mauerfall*⁶ die Situation von Frauen in der DDR und deren Verluste nach der Deutschen Einheit, was z.B. Arbeitsplätze, Kinderbetreuung oder das Recht auf Schwangerschaftsabbruch betrifft, dargestellt.

- 2 Scholz, Sylka (2018/2019): Sibylle und die anderen. Wie emanzipiert war das Frauenbild in der DDR? Institut für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Lehrforschung im Bachelor Soziologie, SoSe 2018 und WiSe 2018/19. <https://www.sozioologie.uni-jena.de/sozmedia/arbeitsbereiche/ab-qualitative-methoden-und-mikrosoziologie/lehrforschung/sibylle.pdf> [Zugriff: 12.01.2022]
Oder das Seminar „Ostfrauen* - Diskurs und Lebensrealitäten“ von Aline Oloff im Wintersemester 2019/2020 an der Technischen Universität Berlin.
- 3 Im Theaterstück *SCHUBLADEN* von She She Pop treffen Frauen aus der ehemaligen BRD auf Altersgenossinnen aus der ehemaligen DDR. Vgl. She She Pop (2012): *Schubladen*. <https://www.youtube.com/watch?v=hFU4aMnYInA> [Zugriff: 03.06.2022].
- 4 S. z.B. Händler/Mitsching-Viertel (2019); Brandes/Decker (2019); Enkelmann/Külöb (2019) sowie Schröter (2020b).
- 5 Dreiteilige Dokumentation „Ostfrauen“ vom RBB/MDR; <https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/ostfrauen-beruf-karriere-familie-100.html> [Zugriff: 21.03.2022].
- 6 Das Erste (2021): *HERstory. Wendeman(n)över – Frauen und der Mauerfall*. <https://www.ardmediathek.de/video/herstory/herstory-3-4-wendeman-n-oever-frauen-und-der-mauerfall/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9oZXJzdG9yeS81ZGI4OT-NiYS1jYmM3LTQ5ZTktODE5YS02M2ZhZmZINDkyOWI/> [Zugriff: 18.02.2022].

Hervorzuheben ist darüber hinaus das Angebot des Digitalen Deutschen Frauenarchivs, das Essays zur DDR-Frauengeschichte, u.a. zu Interviews mit DDR-Frauen dreier verschiedener Generationen (s. dazu Schimkat in diesem Band), veröffentlichte und ein Dossier zum Thema *30 Jahre geteilter Feminismus* mit Hintergrundtexten, Zeitzeug*inneninterviews und digitalisierten Archivalien zu Feminismus und Frauenbewegung in Ost- und Westdeutschland zusammenstellte. (Digitales Deutsches Frauenarchiv 2020)

Auch in den Printmedien – von *taz*⁷, *FAZ*⁸, *Süddeutscher Zeitung*⁹, *der Freitag*¹⁰, *Die Zeit*¹¹ bis hin zur *Neuen Zürcher Zeitung*¹² – wurden anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der friedlichen Revolution geschlechterspezifische Fragen vermehrt diskutiert. Hierbei erfährt neben den Perspektiven der Nachwende Kinder und der einsamen Ost-Männer und Wende verlierer wiederum die Situation von Frauen in den neuen Bundesländern besondere Aufmerksamkeit.

Bis auf wenige Ausnahmen¹³ spielen hingegen in den meisten der seit 2015 erschienenen Forschungsbeiträge geschlechterspezifische Fragestellungen eine geringe oder keine Rolle.

Neuere wissenschaftliche Analysen aus dem Bereich der Transformationsforschung zeichnet stattdessen eine ‚Geschlechtsblindheit‘ aus und auch im Bereich der Geschlechterforschung sind neuere Forschungen zur DDR- und Transformationsforschung eine Leerstelle, wie Irene Dölling treffend zusammenfasst:

„Ignoriert der Mainstream der Transformationsforschung Erkenntnisse der Geschlechterforschung, ist andererseits zu konstatieren, dass seitens des wissenschaftlichen Feminismus die (post-sozialistischen) Transformationen nicht hinreichend gesellschaftstheoretisch fundiert untersucht wurden. Es dominieren auf die Situation von Frauen fokussierte Zeitdiagnosen, denen es weitgehend an einem gesellschaftstheoretischen, historisch fundierten Konzept

- 7 Wischniewski, Alex/Wolter, Kerstin (2019): Frauen in Ostdeutschland. Die bessere Hälfte. *taz*, 31.08.2019. <https://taz.de/Frauen-in-Ostdeutschland/!5619222/> [Zugriff: 18.02.2022].
- 8 Marten, Swaantje (2020): Demographie-Studie zur Einheit. Einsame Ost-Männer. *FAZ*, 02.10.2020. <https://www.faz.net/aktuell/30-jahre-deutsche-einheit/demographie-studie-zur-einheit-einsame-ost-maenner-16983387.html> [Zugriff: 18.02.2022].
- 9 Gammelin, Cerstin (2019): Wiedervereinigung. Der Mann mit der Kohle. *Süddeutsche Zeitung*, 21.09.2019. <https://www.sueddeutsche.de/leben/ddr-kohle-wiedervereinigung-1.4605591?reduced=true> [Zugriff: 18.02.2022].
- 10 Schreiber, Juliane Marie (2019): Nachwende Kind. Halb hier, halb da. *Der Freitag*, 13.12.2019. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/halb-hier-halb-da> [Zugriff: 18.02.2022].
- 11 Gröschner, Annett (2019): Frauentag. Na? Schon Angst? *Zeit Online*, 07.03.2019. <https://www.zeit.de/kultur/2019-03/frauentag-feminismus-frauenrechte-gesetzlicher-feiertag-berlin/komplettansicht?print> [Zugriff: 21.03.2022].
- 12 Kaminsky, Anna (2019): 30 Jahre Mauerfall. Was Gleichberechtigung ausmacht. *Neue Zürcher Zeitung*, 17.10.2019. <https://www.nzz.ch/feuilleton/30-jahre-mauerfall-was-gleichberechtigung-ausmacht-ld.1515310> [Zugriff: 18.02.2022].
- 13 Zu den Publikationen, in denen Genderperspektiven explizit behandelt werden, gehören: Heft (2020); Schiefer (2018); Scholz (2021, 2015); Richter (2018); Händler/Mitsching-Viertel (2021, 2019); Piesche (2020); Schröter, Ursula (2020a, 2020b) und Schröter, Anja (2012).

mangelt. Für beide Strömungen ist kennzeichnend, dass vorhandene, im westlichen Kontext entstandene Konzepte angewendet werden, es aber bisher nicht gelungen ist, einen theoretischen Rahmen für die Erforschung postsozialistischer Transformationen zu entwickeln, der die spezifisch-historischen Besonderheiten der sozialistischen Variante der organisierten Moderne und Geschlecht als strukturellen Zusammenhang hinreichend reflektiert.“ (Dölling 2015: 551)

Mit dem vorliegenden Band zur Tagung von 2019 versuchen wir diese Leerstelle erneut ins Bewusstsein zu bringen und Anstöße für einen reflektierten Umgang mit der DDR- und postsozialistischen Transformationsgeschichte und Gegenwart aus einer intersektionalen Genderperspektive zu geben. Wir haben uns dabei auf vier Aspekte und Schwerpunkte konzentriert:

Erstens wird an die Beiträge von Frauen aus dem Widerstand und Schriftstellerinnen und Künstlerinnen für das Zustandekommen und den Prozess der friedlichen Revolution sowie an deren (un)eingelöste feministische Visionen erinnert. Zweitens werden die Fremd- und Selbstzuschreibungen, die Diskurse über ‚die‘ Ostdeutschen und die Komplexität ostdeutscher Geschlechterrealitäten fokussiert. Einen dritten Schwerpunkt bilden die verwobenen intersektionalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse und einen vierten die Etablierung der Frauenforschung und Gender Studies in und nach den Umbrüchen von 1989 als umkämpftes politisches Feld in den postsozialistischen Ländern.

Widerstand – Aktivismus – Visionen

Ein wichtiges Anliegen unseres Bandes besteht darin, den aktiven Beitrag verschiedener Gruppen und Personen zu würdigen, die die umwälzenden Ereignisse von 1989/90 vorbereitet und gestaltet hatten. Dabei steht für uns der Geschlechteraspekt im Vordergrund.

Bis in die Gegenwart wird der Anteil von Frauen und anderen sozialen Gruppen an diesen Prozessen nicht in dem Maße in der Gedenkkultur und Forschung abgebildet, wie es mit Blick auf historische Tatsachen angemessen wäre. Eine Ursache dafür liegt im Gender Bias, eine andere darin, dass viele Frauen ihre Aktivitäten in gemischtgeschlechtlichen Friedens-, Menschenrechts- oder Umweltgruppen nicht besonders hervorhoben. Trotz mancher Wechsel zwischen reinen Frauengruppen und gemischtgeschlechtlichen Gruppen thematisierten sie den geschlechtsspezifischen Charakter ihrer Tätigkeiten zunächst nicht bewusst und unterschätzten das eigene Geschlecht, bevor sie das revidieren lernten (z.B. Poppe 2019: 59). Erst nachdem grundlegende Forschungsbeiträge (z.B. Neubert 1998) als Geschichtsschreibung mit „Männerdominanz“ (Poppe 2019:59) veröffentlicht worden waren, wurde ihnen der marginalisierte Platz der Frauen in dieser Geschichtsschreibung auch selbst klar. So entstanden nach Forschungen zu diesem Thema (grundlegend: Mieth

1999; Stern 2009) auch eigene Erlebnisberichte von Frauen, die schon seit den 1980er-Jahren z.B. in Lesbengruppen (Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt 2015) oder den Gruppen Frauen für den Frieden aktiv waren. In diesem Zusammenhang ist ein bis heute unzureichend debattiertes Thema das Verhältnis von Widerstand, Religion und Feminismus. In der Forschung wurde begonnen, die stiefschwesterlichen universalistischen Ansätze (feministischer) Theologien der alten Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegenüber DDR-spezifischen herauszuarbeiten (Auga 2010; 2020a).

Inzwischen sind Publikationen zu den Lesben- und Frauengruppen in der DDR und Wendezeit (grundlegend: Sillge 1991; Kenawi 1995) und Ausstellungen¹⁴ nicht mehr vor allem auf Berlin¹⁵ zentriert, sondern erschließen ebenso Aktionen in verschiedenen Städten und Regionen der DDR, wie Mecklenburg-Vorpommern (Pingel-Schliemann/Hilbert 2014), Güstrow (Schmiegelow-Powell 2004), Leipzig (Wensierski 2017; Bock 2020), Halle (Miethe 1999), Dresden (Bechler 2008), Thüringen (Kloweit/Weiland 2017) oder Karl-Marx-Stadt (Hofmann 2008).

Zu unserer Berliner Konferenz hatten wir aus aktuellem Anlass Protagonistinnen der Berliner Gruppe Frauen für den Frieden eingeladen. Sie hatten ihre Erlebnisse Anfang November 2019 – und damit 35 Jahre nach ihrer bewegten Zeit zwischen 1982 und 1989 und unmittelbar vor unserer Konferenz – in einer vielbesuchten Buchpräsentation vorgestellt.¹⁶ An ihrer Gruppe zeigt sich exemplarisch die internationale Eingebundenheit des in den 1980er-Jahren blockübergreifenden Friedenskampfes, in dem mit den verschiedensten Mitteln für weltweite Abrüstung gekämpft wurde. Gleichzeitig stellen ihre Erfahrungen ein Beispiel für die repressiven Mittel dar, die im ‚Friedensstaat‘ DDR gegen die Gruppe eingesetzt worden waren (s. Einhorn und Ilsen/Rathenow in diesem Band; Ilsen/Leiserowitz 2019).

Ebenso misstrauisch beobachtet oder verfolgt – und auch bis heute im Kunstkanon marginalisiert – lebten und wirkten widerständige, eigensinnige Künstlerinnen in der DDR. Besonders in der Bildenden Kunst und vor allem in neueren Kunstgattungen wie Performancekunst, Action Painting oder Installation stellten sie ihren künstlerischen Aktivismus und ihre Visionen in den Dienst der neuen sozialen Bewegungen. Neben Grafik, Malerei und Performancekunst von z.B. Christine Schlegel, Cornelia Schleime, Heike Stephan, Gabriele Stötzer oder Ruth Tesmar waren ebenso Literatur und Theaterproduktionen wichtige Orte widerständiger und visionärer Wissensproduktion und erstarkender Handlungsmacht. Anerkannte Autorinnen, wie z.B. Christa Wolf, Irmautra Morgner, Maxi Wander, Brigitte Reimann, Helga Königsdorf, thema-

14 S. Literaturverzeichnis zu dieser Einleitung.

15 S. Beiträge von Ilsen/Rathenow und Einhorn in diesem Band.

16 S. Veranstaltungsmitschnitt vom 08.11.2019:
<https://www.youtube.com/watch?v=gsWLKzWJtMM> [Zugriff: 11.04.2022].

tisierten in ihren Werken den Stand der Geschlechtergleichberechtigung in Geschichte und Gegenwart sowie gesellschaftliche Visionen für das Zusammenleben. Auch inoffiziell publizierte literarische Stimmen von Frauen mischten sich mit ihren Arbeiten kritisch in die Literaturszene der DDR ein, wie z.B. Gabriele Stötzer-Kachold, Elke Erb, Barbara Köhler oder Kerstin Hensel (s. Dahlke 1997).

Ein Thema, zu dem sich auch Schriftsteller*innen äußerten und das bis heute kontrovers diskutiert wird, ist die Begriffsbildung zu den Ereignissen von 1989/90 (z.B. Lindner 2019). Bekannt sind die Äußerungen von Christa Wolf (Wolf 1990) und Volker Braun (s. Lindner 2019: 77–83) zum Wendebegriff oder die von Bärbel Bohley (1990) und Rainer Eppelmann (Wiss. Dienste 2019) zum Begriff der friedlichen Revolution. Bis heute gibt es auch in der Forschung keine allgemein akzeptierten Begriffe, möglicherweise deshalb, weil verschiedene Akteur*innen Unterschiedliches erinnern und bewahren wollen. Die Autor*innen dieses Sammelbandes drücken ihre je eigenen Vorstellungen auch in unterschiedlicher Groß- oder Kleinschreibung von umstrittenen Begriffen aus.

Als öffentliche Intellektuelle übten Künstler*innen und Wissenschaftler*innen Druck auf das Regime aus und boten alternative Formen der politischen und künstlerischen Repräsentation an (Auga 2007). Das offene, visionäre Element, das auf eine gerechtere und solidarische Gesellschaft zielte, die auch Geschlechtergerechtigkeit einschloss, war in der DDR, anderen osteuropäischen, weiteren sozialistischen Staaten und in nationalen Unabhängigkeitsbewegungen auch über herrschende Ideologien hinaus stark.

Die meisten Visionen der Umbruchzeit erwiesen sich in den 1990er-Jahren als nicht umsetzbar. Auch der neu gegründete Unabhängige Frauenverband als erste selbst gegründete Frauenorganisation der DDR und die Mitarbeit von vielen Aktiven aus den Bürger*innenbewegungen an den Runden Tischen konnten im Kampf der Visionen und Tatsachen zwischen einer Reform des Sozialismus und der Einheit eines Deutschlands unter Vormachtstellung der BRD nicht mehr überzeugen. Heute erscheinen diese Visionen wie aus ferner Zeit. Sind sie es wert, nach über 30 Jahren nach ihrem Sinngehalt für eine demokratische, friedliche und gerechte Lebensweise neu befragt zu werden?

Dreißig Jahre nach dem ‚Winter der Anarchie‘ 1989/90 regt **Ulrike Lembke** genau dazu an, Visionen und Utopien als feministische Politikformen wiederzuentdecken. Zwischen zivilgesellschaftlichem Aufbruch und ‚Wiedervereinigung‘ durch Beitritt hatte sich ein Möglichkeitsraum eröffnet, in dem eine produktiv unverschämte DDR-Frauenbewegung den Traum von einem demokratischen, feministischen und antirassistischen Sozialismus verwirklichen wollte. Viele ihrer Forderungen sind weiterhin aktuell, einige verwirklicht, etliche entfremdet. Die Erinnerung hieran ist nicht nur verschüttet. Sie ist auch schmerzlich, weil die visionäre Kraft daran scheiterte, dass es an antirassisti-

schen politischen Praxen, Reflexionen über den eigenen Repräsentationsanspruch und Erfahrungen mit institutionalisierter Politik fehlte. Nur in kritischer Zärtlichkeit und radikaler Transformation eigener Positionierungen und Praxen kann es daher gelingen, Visionen als widerständiges feministisches Erbe gegen neoliberale Sachzwänge und Entsolidarisierung zu mobilisieren.

Ebenfalls in einem Rückblick auf die gesellschaftliche und literarische Arbeit von Christa Wolf schildert **Birgit Dahlke**, wie die Autorin den historischen Einschnitt 1989/90 und die Zeit danach erlebte. Christa Wolf rief zum Dialog auf, saß selbst an Runden Tischen, richtete einen Appell an die Bevölkerung, schrieb die Präambel für eine neue Verfassung, für eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik. Ein von ihr gegründeter deutsch-deutscher Gesprächskreis (1989–2004) bietet ein zeitgeschichtlich einzigartiges Material zur Vielfalt von Themen und Perspektiven auf die rasante Entwicklung. Der ‚Literaturstreit‘ um die Erzählung *Was bleibt* (1979/89) schockierte die Autorin ebenso wie die eigene IM-Tätigkeit, was auch mit der vollständigen Publikation ihrer Akte 1993 nicht endete. Mit neuen Publikationen, wie *Auf dem Weg nach Tabou* und *Medea. Stimmen*, fand sie ihre Stimme wieder und die Erkenntnis bestätigt, dass Scheitern zum Leben gehört, sie aber gesellschaftliche Ansprüche im Schreiben nicht aufgibt.

Elisaveta Dvorakk zeigt, dass die Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR aus den 1970er-/1980er-Jahren in den historischen und aktuellen (Re-)Präsentations- und Kanonisierungsverhältnissen einen doppelten Ausschuss erfährt – erstens als Kunst aus der DDR und zweitens als Kunst, die schon aus dem offiziellen Kunstkanon der DDR ausgeschlossen war. Darin spielten Künstlerinnen der Aktions-/Performancekunst eine besondere Rolle. Der Stellenwert ihrer Kunst in den gesellschaftspolitischen Widerstandspraktiken wird ebenso thematisiert, wie ihr künstlerischer feministischer Aktivismus als Beitrag zur Geschlechterkritik. Auch wenn vereinzelte Ausstellungen der historischen Marginalisierung entgegenarbeiten, so fehlt bis heute eine systematische Musealisierung und Theoretisierung ihrer Kunstwerke aus einer kritischen feministischen Perspektive. Ebenso kritisch wird das Verhältnis von Aktionskunst der DDR zum ‚westlichen‘ Kanon als Leerstelle kunst- und bildhistorischer Forschung diskutiert.

Der Beitrag von **Almut Ilsen** und **Bettina Rathenow** im Gespräch mit **Barbara Einhorn** dokumentiert ein Gespräch zwischen diesen Protagonistinnen der Gruppe Frauen für den Frieden. Die in Ost-Berlin gegründete Gruppe gehörte zur unabhängigen Friedensbewegung der DDR und war von 1982 bis 1988 aktiv. Sie war eine der am längsten existierenden und eine der wenigen kirchenunabhängigen Widerstandsgruppen, die sich jedoch auch an politischen Nachtgebeten beteiligte. Anlass des Gesprächs zwischen Barbara Einhorn, Almut Ilsen und Bettina Rathenow war das Erscheinen des Bandes von Almut Ilsen und Ruth Leiserowitz (2019): *Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin*. In der Publikation wie im Gespräch werden bisher ausstehende

zeithistorische Korrekturen vorgenommen und Einblick in die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit gewährt. Es gründeten sich Frauen für den Frieden Gruppen in vielen anderen Städten, die Kontakte pflegten – so z.B. in Halle, Magdeburg, Erfurt, Jena, Weimar, Leipzig, Dresden, Zwickau und Schwerin.

Der Beitrag *Rückblick aus der Perspektive einer transnationalen Grenzgängerin* von **Barbara Einhorn** verfolgt Enttäuschungen und Hoffnungen der Bürger*innenbewegungen von gestern und heute aus der Sicht einer grenzüberschreitenden feministischen Akademikerin und Aktivistin. Bürger*innenbewegungen in Ost- und Zentraleuropa versuchten in den 1980er-Jahren, ihren Traum einer besseren Welt zu verwirklichen. Sie strebten nicht nur demokratische Freiheiten an, sondern vor allem anstelle der Konfrontation des Kalten Krieges eine sozial gerechte, friedliche Welt. Einhorn zeigt: Aus der Euphorie der Jahre 1989–90 ging die Welt wieder gespalten hervor, nur sind die Konfliktlinien andere geworden. Trotzdem bleibt die Hoffnung wach und das Engagement aktuell. Frauen haben damals im globalen ‚Osten‘ wie im ‚Westen‘ den Kampf gegen Atomwaffen mit großer Imagination geführt. Heute, 30 Jahre nach der friedlichen Revolution, tragen teilweise dieselben, bisweilen eine ganz neue Generation diese Hoffnung weiter, sowohl in Basis-Aktionen wie als führende Politikerinnen.

Mit dem Beitrag von **Bożena Choluż** kommt eine Stimme aus Polen zu Gehör. Sie ordnet den Verlauf und die Strategien der zweiten Welle der Frauenbewegung Polens von 1993–2020 theoretisch und historisch ein. Die Chronologie erläutert politische Rückschläge nach dem EU-Beitritt Polens 2004. Die Protestbewegung gegen die restriktive Gesetzgebung zur Schwangerschaftsunterbrechung 1993 erreichte ihre Ziele bis 2020 nicht. Sie skizziert die Arbeitsschwerpunkte in der feministischen Sozialarbeit sowohl der ersten Frauen-NGO wie Ośka oder KARAT wie auch der heutigen Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung. Anschließend beschreibt sie autonome politische Interessenvertretungen durch neueste Organisationen wie Kongres Kobiet und die LGTBIQ*-NGO und problematisiert die Differenzierung des Widerstandes und seine Zersplitterung. Die großen Proteste von 2016 und 2020 vor der Gefahr einer Gesetzesverschärfung durch die PiS-Regierung bilden den neuesten Konsolidierungspunkt des emanzipatorischen Potenzials und werden fokussiert.

Ostdeutsche Fremd- und Selbstzuschreibungen

Das Thema Ostdeutsche Fremd- und Selbstzuschreibungen ist immer noch ein Forschungsdesiderat (Hidalgo/Yendell 2020: 144), trotz vieler Studien zur Identitätsentwicklung der Ostdeutschen und der Beziehungen zwischen Ost

und West seit 1990. Einig sind sich Forschende darin, dass die Ost-Identität im Ergebnis von Transformationserleben im Abgleich mit DDR-Erfahrungen und medialer Stigmatisierung entstand (u.a. Engler/Hensel 2018) und sich über Defizit-, Abgrenzungs- und Abwertungsnarrative, über Eigensinn und Selbstbehauptung als kollektives Konstrukt (Pollack 1998: 311) und Diskursfigur veränderte.

Die Autor*innen aus Kultur-, Sozialwissenschaft und Ethnologie argumentieren im zweiten Teil des Bandes im Gegensatz zur hegemonialen Sicht einer Geschichtsschreibung der alten BRD für eine differenzierende Erforschung eines „Erfahrungsraums“, der die „ostdeutsche Erfahrung vor und nach 1989“ meint, wo, „anders als in ostdeutscher Identität, all die Disparitäten und all das Kollektive zusammen“ kommen (Lühmann 2020: 147, 149).

Geschlechterverhältnisse und besonders die Lage und Perspektiven von Frauen standen als Themen nie zentral im Fokus wissenschaftlicher Forschung oder von Förderprogrammen, hatten aber gerade bezogen auf die Fremd- und Selbstbilder ihre, vor allem auch medialen, Konjunktoren. Erinnert sei hier an die ‚ungebrochene Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen‘, an die ‚Wendeverliererinnen‘, an die ‚DDR-Muttis‘ und die ‚Kindsmörderin‘, vor allem aber an die These vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen und den ‚Mythos Ost-Frau‘ oder an die zurückgelassenen ‚braunen‘ Ostmänner, denen die besser ausgebildeten Frauen in den Westen davonlaufen.

Seit den 2010er-Jahren zeigt sich, dass der Diskurs ehemaliger DDR-Bürger*innen über die eigene Identität anderen Regeln folgt als der öffentliche Diskurs über Einheit und Zeit der Teilung (Goudin-Steinmann/Hähnel-Mesnard 2013: 13). In der Forschung setzten sich Richtungsänderungen durch: von der Herrschafts- zur Akteur*innenebene, von den Analysen der Makro- zu den Mikroprozessen, von der öffentlich-politischen zur privaten und alltäglichen Lebensgeschichte. Gleichzeitig wurden damit andere Wissenschaftsdisziplinen stärker einbezogen sowie andere Methoden, wie Zeitzuginneninterviews oder ein Studiendesign mit „citizen science“-Aspekten (Hidalgo/Yendell 2020).

Neben der Kritik an patriarchalen Gesellschaftsstrukturen des DDR-Sozialismus werden besonders seit Ende der 2010er-Jahre die dort geschaffenen Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie als ein Merkmal moderner Gesellschaften charakterisiert, das als Beitrag von Frauen aus der DDR und Ostdeutschland die Republik verändert (u.a. Brandes/Decker 2019; Schröter 2020b) und für die junge Generation beispielgebend wirkt.

Für die Forschung bleibt zentral, die Themen differenziert und intersektional zu behandeln sowie Diskurse ohne Stereotypisierungen und Zuschreibungen zu führen, d.h. ohne westdeutsche Normen für ostdeutsche Phänomene.

Gleich zu Beginn fragt die Kulturwissenschaftlerin **Irene Dölling** nach der Modernität der DDR-Geschlechterverhältnisse, ihren Widersprüchlichkeiten

und Ambivalenzen sowie ihren Wirkungen nach dem Ende der DDR. Der konstatierte Gleichberechtigungsvorsprung ist für sie nur mit der Einordnung der Geschlechterverhältnisse in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse der DDR im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verstehen. Dafür rekonstruiert sie modernetheoretische Ansätze der Soziologie sowie der Frauen- und Geschlechterforschung. Die DDR zeichnete sich mit abgeflachten Geschlechterhierarchien, qualifizierter Erwerbsarbeit und erweiterten Handlungsmöglichkeiten von Frauen durch wichtige Merkmale der industriegesellschaftlichen Moderne aus. Diese erwiesen sich in Gestalt von kulturellen Normen, praktizierten Geschlechterarrangements und habituellen Ressourcen als nutzbare Potenziale für den Umbau der gesamtdeutschen Gesellschaft unter neoliberalen Vorzeichen nach 1990.

Der Beitrag von *Hildegard Maria Nickel* schließt hier unmittelbar an. Sie hinterfragt die Kategorie und die Konstruktion der Ost-Frau und plädiert für einen differenzierten und kritischen Blick auf die mit diesem Topos verbundene Herstellung von identitätsstiftenden Gemeinschaftsvorstellungen und Zuschreibungen. Nach einem Rückblick auf die Frauen- und Geschlechterpolitik in der DDR und auf die gesellschaftlichen Transformationsprozesse nach 1989 umreißt sie deren Folgen für ‚Ost-Frauen‘ und das Geschlechterverhältnis. Die Frage, ob diese noch einen Gleichstellungsvorsprung verteidigen oder ob sie eher als Vorreiterinnen neoliberaler Deregulierungsprozesse fungieren, hält sie für weniger zentral als die für die Zukunft offenen sozialen Fragen. Als Fazit betont sie, dass die Gestaltung von Rahmenbedingungen für einen allgemeinen gesellschaftlichen Sprung zu mehr Gleichstellung in Ost und West die gegenwärtig und zukünftig zentrale Herausforderung darstellt.

Diskursive Fremdzuschreibungen über ‚Ostdeutsche‘ dominieren – was wenig verwundert – nicht nur die Darstellung ‚der Ostfrau‘, sondern auch die ‚des Ostmannes‘. Dies sind, wie *Sylka Scholz* in ihrem Beitrag darlegt, vor allem die Diskursfigur des Transformationsverlierers und des ‚rechten Ostmannes‘. Die empirisch nachgewiesenen pragmatisch-selbstverständlichen Vaterschaftspraxen spielen dagegen im öffentlichen Diskurs kaum eine Rolle und führen zu einer symbolischen Enteignung ostdeutscher Väter. Scholz fragt danach, wie sich diese medial dominierenden Diskursfiguren und die diskursive Leerstelle der gelebten ostdeutschen Vaterschaft miteinander vermitteln und erklären lassen. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Rahmenbedingungen sowie ‚westdeutscher‘ impliziter und expliziter normativer Wertvorstellungen, die Verdeckungsfunktionen haben, vermutet sie diese in den hegemonialen Männlichkeitskonstruktionen in Ost und West und plädiert – wie Dölling und Nickel – für eine Entstereotypisierung und Differenzierung der Diskurse.

Grundlage für die Analyse von *Heike Schimkat* zum Ostfrauen-Diskurs ist der Fundus des Projektes *Frauengedächtnis*. In 130 Interviews reflektierten DDR-Frauen dreier Generationen ihre Erinnerungen an gelebte Emanzipation

und den Umgang mit den Umbrüchen ab 1990. Diese Selbstbilder stellt sie als Ressource für die Biographie-, Transformations- und Geschlechterforschung vor: So ist die Frage der Fremd- und Selbstzuschreibungen in der Biographieforschung methodisch und theoretisch zentral, eine diskursanalytische Perspektive bisher unterbelichtet. Die Stimme der Ostfrauen, in den 1990er-Jahren eher marginalisiert, erreichte im Jubiläumsjahr 2019 mit der Frage, was Ostfrauen in die ‚vereinte‘ Gesellschaft einbringen, eine thematische Konjunktur. Darin eingeschlossen war die Generationenweitergabe des Gleichstellungsvorsprungs von den Müttern an die Töchter. Ebenso ist die internationale und intersektionale Perspektive für die Analyse vor dem Hintergrund postsocialistischer Transformationen in Ostdeutschland (und Osteuropa) ein Weg, um mit dem Fundus zu arbeiten.

Kathleen Heft setzt sich mit dem medialen Kindsmorddiskurs der 2000er- und 2010er-Jahre auseinander und arbeitet seine Funktion für die vergeschlechtlichten Selbst- und Fremdzuschreibungen im Ost-West-Diskurs dieser Jahre heraus. Vor dem Hintergrund einer Analyse der gängigen Deutungsmuster im Kindsmorddiskurs der Medien – dazu gehören die (Psycho-)Pathologisierung und die Dämonisierung der Kindsmörderin, das entschuldigende Gretchen-Muster und die rassistische Kulturalisierung von Kindsmord – zeichnet Heft nach, wie Mitte der 2000er-Jahre ein neues Muster artikuliert wird: Kindsmord wird nun als typisch und spezifisch für den Osten Deutschlands und als Folge der DDR verstanden. Diese diskursive Praxis des *Othering* von Kindsmord konzipiert Heft mit Rückgriff auf Erkenntnisse der post- und dekolonialen Theorie als *Ossifizierung* und damit als Praxis des Ostdeutsch-Machens von missliebigen Phänomenen und deren Ausschluss aus der (west-)deutschen Norm und Normalität. Das Konzept *Ossifizierung* ermöglicht dabei nicht nur Fremdzuschreibungen an den Osten zu analysieren, es richtet den Blick zugleich auf die damit einhergehende Konstruktion des Westens.

Ost-West-Differenzen und deren Konstruktion interessieren auch die fünf Studierenden der Europäischen Ethnologie, **Luise Böhm**, **Nicole Halliday**, **Nicole Kaminer**, **Ulrike Mausolf** und **Leona Schwarzer**, die in einem Gespräch mit **Urmila Goel** die sehr unterschiedlichen Motivationen für die Themenwahl ihrer BA- bzw. MA-Arbeiten, die ethnologischen und theoretischen Zugänge und Selbstverortungen im Themenfeld DDR und Transformationsprozesse darlegen. Hierbei bestätigt sich, dass die DDR nicht nur für die sogenannte Dritte Generation Ost (Hacker u.a. 2012; Enders u.a. 2016), sondern auch für die Nachwendegeborenen, für deren Wertvorstellungen und Perspektiven, von Relevanz ist und sie sich anderen Fragen als die Zeitzeug*innen der DDR stellen. Wie Goel im Fazit schreibt, sind die Nachwendegeborenen von ihren Interessen, Zugängen und Analysen sehr divers. Durchgängig wahrzunehmen ist jedoch die Fähigkeit dieser Studierendengeneration, Stereotypen in der Selbst- und Fremdwahrnehmung auf die Spur zu kommen und – wie Heft

es theoretisiert – die *Ossifizierung* und die dahinter liegenden (west)deutschen Normen zu erkennen.

Verwobene intersektionale Macht- und Herrschaftsverhältnisse

Intersektionale Forschungsperspektiven auf die DDR, die Deutsche Einheit und auf Ostdeutschland zeichnen ein komplexes und gleichermaßen kompliziertes Bild von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der DDR und im vereinten Deutschland. Mit Ansätzen aus den Gender Studies sowie der Migrations- und Rassismusforschung und den dort stattfindenden Auseinandersetzungen mit den Verschränkungen von *Weißsein* und Rassismus, von Geschlechter- und anderen Herrschaftsverhältnissen werden in den letzten Jahren zunehmend auch intersektionale Auseinandersetzungen mit der DDR und Ostdeutschland in der BRD der Gegenwart eingefordert und praktiziert. Rund um die Feierlichkeiten zu 30 Jahren Maueröffnung und Deutscher Einheit wurden unter anderem persönliche und kritische Erinnerungen von Migrant*innen und Menschen, die in der DDR und im gegenwärtigen (Ost-)Deutschland Rassismus erfahren, veröffentlicht (Lierke/Perinelli 2020; Piesche 2020; Nguyen 2021; Kocatürk-Schuster u.a. 2017; Zöllner 2021; Enzenbach u.a. o.J.; Tran o.J.). Damit wurden verstärkt und auch medial sichtbar ostdeutsche Migrationsverhältnisse und -geschichten in den Fokus genommen und eine Verschiebung von der gut erforschten Migrationsgeschichte Westdeutschlands auf spezifisch ostdeutsche Erfahrungen und Konstellationen möglich. Auch die Kategorie und Identität ‚ostdeutsch‘ kann und muss intersektional verstanden werden. Wer als ‚Ostdeutsche‘ gilt, wer dazu gehört und wer davon ausgeschlossen wird, wer in den privaten Erzählungen von DDR, Wende und Ostdeutschland und in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der DDR und ‚dem Osten‘ sichtbar wird, hängt auch davon ab, ob ‚der Osten‘ und ‚die Ostdeutschen‘ primär als *weiß* und deutsch oder eben als unterschiedlich im vereinten Deutschland verortet und unterschiedlich von Ereignissen betroffen verstanden werden (El-Tayeb 2016; Heft 2018). Die Texte in diesem Abschnitt verkomplizieren in diesem Sinne den Blick auf die DDR und auf Ostdeutschland, indem sie weitere Machtverhältnisse in den Blick nehmen und bisher weithin marginalisierte Perspektiven ein- und ernst nehmen.

In ihrer Analyse der Solidaritätskampagne für Angela Davis in der DDR-Frauenzeitschrift *Für Dich* zu Beginn der 1970er-Jahre lenkt **Ilanga Mwaungulu** den Blick auf den antirassistischen Anspruch der DDR und die damit einhergehende Leugnung rassistischer Realitäten. Ausgehend vom Konzept der Internationalen Solidarität, welches das Selbstverständnis und die Leben von

DDR-Bürger*innen und Migrant*innen in der DDR prägte, arbeitet Mwaungulu verschiedene diskursive Strategien heraus, die es insbesondere den weiblichen Leserinnen der *Für Dich* ermöglichen sollten, sich mit Davis als Frau und Aktivistin zu identifizieren und sie als Vorbild im Kampf für den Sozialismus anzunehmen. Die dezidiert Schwarzen antirassistischen Politiken Davis', die auch die *weißen* Privilegien ihrer Unterstützer*innen in der DDR infrage gestellt hätten, wurden dafür in der *Für Dich* entweder de-thematisiert oder so umgedeutet und eingehegt, dass sie für die *weiße* Leser*innenschaft nicht mehr bedrohlich, sondern entlastend wirkten. Gerade weil Internationale Solidarität so zentral für das Selbstbild der DDR war, musste der prävalente Rassismus geleugnet werden.

J. Cash Hauke analysiert in seinem Text rechte Adressierungen von Ostdeutschen im Landtagswahlkampf der Alternative für Deutschland (AFD) im Jahr 2019. Er arbeitet heraus, wie hegemoniales Erinnern an die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit Anknüpfungspunkte für aktuelle rechte Diskurse eröffnet. Dafür analysiert er u.a. den Wandel der Parole „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk!“ und damit einhergehende völkische Ein- und Ausschlüsse aus der Kategorie ostdeutsch. Vielfältige und vor allem ambivalente Erfahrungen mit und Erinnerungen an die Ereignisse Friedliche Revolution werden, so Hauke, sowohl in gesamtgesellschaftlichen als auch in rechten Diskursen ausgeblendet. Vor diesem Hintergrund steht das nachdrückliche Plädoyer für eine Vervielfältigung der Stimmen im Diskurs und den Einbezug von marginalisierten Perspektiven und Gegenerzählungen sowohl von migrantisierten und rassifizierten als auch von kritischen linken und feministischen Stimmen.

Während Mwaungulu und Hauke je unterschiedliche intersektionale Anrufungen und Identifikationsangebote an DDR-Bürgerinnen bzw. ostdeutsche Wähler*innen im Blick haben, widmet sich der dritte Text in diesem Abschnitt institutionalisierten Machtverhältnissen im Recht und der Rechtsprechung.

Doris Liebscher hinterfragt die aktuelle Rechtsprechung, dass sich Beschäftigte, die wegen ihrer ostdeutschen Herkunft diskriminiert werden, nicht auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz berufen können. Diese Stigmatisierung findet an der Schnittstelle von sozio-politischen Zuschreibungen, ökonomischer Benachteiligung und Unterrepräsentation statt. Sie ist auch intersektional, das zeigt sich mit Blick auf Frauen*, BPoC* und Generationen. Zugleich werden in letzter Zeit Parallelen in den Zuschreibungen an Migrant*innen und an Ostdeutsche diskutiert. Liebscher stellt einer Analyse der Rechtsprechung und der rechtswissenschaftlichen Literatur zu ‚Ossi‘-Diskriminierung eine Konzeption des sozialen Stigmas ‚ostdeutsch‘ gegenüber. Ihre daran anschließende zentrale Frage ist, wie ein intersektional informiertes Antidiskriminierungsrecht diese strukturelle Diskriminierungsform angemessen adressieren kann, ohne Ostdeutsche als Ethnie zu essentialisieren und ohne

Rassismus als davon zu unterscheidende Diskriminierungsdimension zu relativieren.

Frauen- und Gender-Studies-Politiken in und nach den Umbrüchen von 1989

Das abschließende Kapitel nimmt anhand exemplarischer Beispiele die Etablierung der Gender Studies in den Umbrüchen nach 1989 in den Blick – sowohl bezogen auf die neuen Bundesländer, insbesondere die Humboldt-Universität zu Berlin, als auch auf die Entwicklung in einigen postsozialistischen Ländern bis in die Gegenwart hinein.

Die vielfältigen frauenpolitischen Aktivitäten und die mit der Gründung des Unabhängigen Frauenverbandes sichtbare Entstehung einer Frauenbewegung in der DDR¹⁷ gaben auch den Wissenschaftlerinnen Auftrieb, die sich bereits in der DDR mit Frauen- und Geschlechterfragen beschäftigt hatten¹⁸ oder geschlechterspezifische Themen für sich als relevantes Forschungsfeld entdeckten. So formierten sich an vielen Hochschulstandorten der DDR – wie den Universitäten in Leipzig, Halle, Dresden, Greifswald oder Potsdam – Initiativen, die die Entwicklung und Etablierung einer zumeist feministischen Frauenforschung zum Ziel hatten (Jähnert: 1999). Eine dauerhafte Institutionalisierung im Rahmen der Neu- und Umstrukturierung des Hochschulsystems in den 90er-Jahren gelang in neuen Bundesländern an den meisten Universitäten leider nicht. Und noch immer sind Gender Studies verglichen mit den alten Bundesländern dort relativ marginal und mit geringen Ressourcen verankert.¹⁹ Die Humboldt-Universität bildet hier eine große Ausnahme. Hier war bereits in der unmittelbaren Wendezeit – am 8. Dezember 1989 – das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) gegründet worden, das sich über den Umstrukturierungsprozess der Universität hinaus etablieren konnte.

Anknüpfend an die bereits beschriebene institutionelle Erfolgsgeschichte der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung an der HU, geht es *Isabel Adler* und *Rebecca Wegmann* in ihrem Artikel vor allem darum,

17 Vgl. den Beitrag von Lembke in diesem Band sowie beispielsweise Säger (2005) und Kahlau (1990).

18 S. z.B.: Dölling (1999, 2011) und Nickel (1999, 2011).

19 Erst 2001 gelang es beispielsweise nach 7-jährigen intensiven Bemühungen in Leipzig das Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung zu etablieren. 2009 wurde die Koordinierungsstelle Genderforschung und Chancengleichheit Sachsen-Anhalt eingerichtet. Dem 1996 eingerichteten Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Greifswald stehen aktuell lediglich drei wissenschaftliche Hilfskräfte als Ausstattung zur Verfügung. Professuren mit einer Gender-Teildenomination gibt es 2021 außerhalb Berlins lediglich an vier Universitäten – in Jena, Magdeburg und Greifswald.

die individuellen Erfahrungsgeschichten der Initiatorinnen des ZiF in den Blick zu nehmen. Beide hatten im Rahmen eines studentischen Oral-History-Projektes die Gründungsphase und die Institutionalisierung des ZiF bis Mitte der 90er-Jahre zu rekonstruierten versucht. Sie interessierten sich dabei insbesondere für die Voraussetzungen der erfolgreichen Etablierung des Zentrums sowie für die subjektive Einordnung der Transformationsprozesse nach 1989. Die persönlichen Erfahrungen der Gründerinnen Irene Dölling, Hildegard Maria Nickel und Adelheid Kuhlmeier-Oehlert machen die Wendejahre als Zeit der Umbrüche – auch mit den damit verbundenen Verlusten, Überforderungen und Unsicherheiten sichtbar.

Karin Aleksander stellt in dem folgenden Artikel aus einer Innenperspektive Ressourcen vor, die von ihr in der Informations- und Dokumentationsstelle des ZiF/ZtG gesammelt und für die Forschung zur DDR-Frauen- und Geschlechtergeschichte sowie zum Transformationsprozess zur Verfügung gestellt wurden. Sie baute seit 1990 die Information/Dokumentation am Zentrum auf und leitete sie bis 2019. In ihre Analyse bezieht Karin Aleksander auch Aktivitäten des ZiF/ZtG in Wissenschaft, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit ein. Damit erinnert sie daran, dass das in der DDR gegründete ZtG eines der ersten und bis heute erfolgreichen Zentren ist und als Beispiel für eine universitäre Ost-West-Zusammenarbeit selbst ein Forschungsobjekt. Der einzigartige Bestand an Literatur und Archivalien in der Informations- und Dokumentationsstelle/Genderbibliothek ermöglicht, die Fortschritte und Widersprüchlichkeiten von Frauenleben und Geschlechterverhältnissen der DDR und Transformationszeit zu erforschen – für ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein, mit notwendiger Quellenkritik und Stärke zur Differenzierung.

Anhand exemplarischer Beispiele werden in dem abschließenden Teil des Bandes Institutionalisierungsprozesse der Gender Studies in den postsozialistischen Ländern nachgezeichnet und damit an die im Rahmen vorheriger Publikationen des ZtG gemachten Befunde angeknüpft²⁰. Auch hier führten – wie in der DDR und den neuen Bundesländern – die gesellschaftlichen Umbrüche sehr schnell zur Entwicklung bzw. zum Erstarken von Frauenbewegungszusammenhängen und zur Entstehung von Nichtregierungsorganisationen und frauen- und genderspezifische Aspekte des Transformationsprozesses wurden thematisiert. Es gelang relativ schnell, Genderkurse, Konferenzen oder Ausstellungen inner- und außerhalb von Hochschulen zu etablieren, so dass Susan Zimmermann (2005a: 63) von den 90er-Jahren als „Epoche des Siegeszuges der Frauen- und Geschlechterstudien im zentraleuropäisch/postsowjetischen

20 In dem Band *Gender in Transition in Eastern and Central Europe* (Jähnert u.a.: 2001) wurde auf den Stand der Institutionalisierung in Lettland, Polen, Tschechien, Russland, Kroatien und Mazedonien Ende der 90er-Jahre eingegangen. In dem Band *Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers* (Binder u.a.: 2011) werden die Etablierung der Gender Studies Ende der 2000er-Jahre in Ungarn, Polen, Tschechien und Russland nachgezeichnet.

Raum“ sprach. Dies war insbesondere durch die Finanzierung privater US-amerikanischer und westeuropäischer Stiftungen wie der Soros Foundation, der MacArthur Foundation oder der Frauen-Anstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung möglich und unterstützt worden. Die Erfolge der Frauen- und Geschlechterforschung als neues akademisches Wissensfeld blieben begrenzt und der mit der finanziellen Förderung einhergehende Transfer von westlichen feministischen Konzepten führte zu erheblichen Ost-West-Auseinandersetzungen. Dennoch waren die weitergehenden Hoffnungen groß, die sich mit der Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995, den Förderpolitiken der Europäischen Union (EU) und dem Umbau der Wissenschaftssysteme durch den Bologna-Prozess, insbesondere die Einführung der BA- und MA-Strukturen, ergaben. Sie erfüllten sich leider in den 2010er-Jahren nicht bzw. nur in begrenztem Maße.

Die widersprüchlichen Implikationen dieses Etablierungsprozesses in den vergangenen drei Jahrzehnten werden exemplarisch von *Iveta Jusová* und *Iva Šmídová* anhand der Tschechischen Republik analysiert. Sie zeigen die konfliktreiche und umkämpfte Entwicklung tschechischer Gender Studies und wie sich unterschiedliche Feminismen vor 1989 bis zu den aktuellen Angriffen auf Gender Studies in Osteuropa entwickelten. Sie betonen, dass die tschechischen Geschlechterforscher*innen vor und direkt nach 1989 ihre eigene Genealogie der Gender Studies einer westlichen Aneignung entgegensetzten. Die Debatten der 1990er-Jahre, wie Gender Studies zu etablieren seien sowie die Entwicklung als autonomes Studienfeld der Wissensproduktion seit den späten 1990er-Jahren bis heute, werden beispielhaft anhand der Karls-Universität, der Masaryk-Universität und anderer tschechischer Universitäten dargestellt. Es wird deutlich, dass die immer noch prekäre Position der Gender Studies als akademische Disziplin kein einfaches Narrativ erlaubt und auch in Tschechien im politisch-sozialen Kontext eines konservativen Rückschlags gesehen werden kann.

Gleichzeitig ist die Situation der Gender Studies in Tschechien im Vergleich mit anderen postsozialistischen Ländern noch immer relativ stabil. Ein bulgarisches Forschungsprojekt *Forum for gender balanced model at school: the Bulgarian case* wurde von der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften (BAS) nach politischem Druck von Regierungsvertretern des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft und den Medien blockiert, da es eine „Gender-Ideologie“ aufdränge.²¹

21 In einem Unterstützungsauftrag über die Mailingliste des Netzwerkes von AtGender vom 25. September 2018 heißt es u.a.: „We would like to inform you that our project *Forum for gender balanced model at school: the Bulgarian case*, nominated in the first phase of UNESCO's Participation Program 2018–2019 was blocked by the Bulgarian Academy of Sciences (BAS), after political pressure from government officials (Ministry of Education and Sciences) and the media. The project imposes ‚gender ideology‘ and will never run through BAS, the vice deputy of BAS, Vasil Nikolov, said. Since the project promotes ‚gender ideology‘ it is incompatible with the Bulgarian Constitution, the allegations continued. Indeed,

In Russland ist, wie Garstenauer (2017: 132, 135) darlegt, die finanzielle Unterstützung der Gender Studies durch ausländische Stiftungen durch entsprechende Gesetze gegen „ausländische Agenten“ und „unerwünschte nicht-staatliche Organisationen“ nach 2012 bzw. 2015 weggebrochen und dies hat sowohl die universitär als auch außeruniversitär verankerten Strukturen in den Gender und Queer Studies zerstört.²²

Die Situation in der Ukraine, die in dem Beitrag von *Masha Beketova* und *Olga Plakhotnik* beschrieben wird, stellt eine Momentaufnahme aus 2021 dar, die angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine im Februar 2022 leider nicht mehr die aktuelle Situation abbildet und die Auswirkungen dieses Krieges für die Gender und Queer Studies über viele Jahre und Jahrzehnte nicht absehbar werden lässt.²³

Den Ausgangspunkt des Artikels bildet der marginalisierte Status der queeren Theoriebildung sowohl im akademischen Umfeld (an den Universitäten) als auch im Mainstream des LGBTIQ- und feministischen Aktivismus. Dabei wird deutlich, welche Mechanismen durch Universitäten und zentrale NGO aktiviert worden sind, um subversives, dekonstruktivistisches Wissen über Geschlecht und Sexualität zu disziplinieren. Beispiele aus Gegendiskursen von kritischer queerer Wissensproduktion, die in einigen basisaktiven Räumen stattfinden und sich mit intersektionalen Machtverhältnissen befassen, werden

a few weeks ago the Bulgarian Constitutional Court declared the Istanbul Convention ‚un-constitutional‘ as it ‚imposes a view that there is sex different than the biological sex‘. We are sending you our official Statement in response to these violent attacks. This Statement is published in Bulgarian and English. Inspired by the so called ‚anti-gender campaigns‘, precisely investigated in the book *Anti-gender campaigns in Europe* (2017), the anti-gender campaigners are targeting social activists and scholars who deal with gender and LGBTQI issues, labelling them as ‚foreign agents‘, ‚servants of evil‘, ‚liberal paid traitors‘ to name a few.“

- 22 So ist nach im Netz vorhandenen Informationen beispielsweise das Moscow Center of Gender Studies nicht mehr aktiv. Einzelne Genderkurse sind in sozial- und politikwissenschaftliche Programme integriert wie in Minsk, Petersburg, Vilnius oder der American University in Central Asia. Die Mac Arthur Foundation stand auf der Verbotsliste der Stiftungen in Russland und es gibt keine Hinweise auf aktuelle Förderungen im Bereich der Gender Studies in postsozialistischen Ländern. Die von der Soros Foundation gegründete Central European University verlegte wegen des Verbots der Gender Studies in Ungarn 2019 ihren Sitz nach Wien. Für die Recherche danken wir Sharon Anthony.
- 23 Die Analysen von Elena Zdravomylova, Anna Temkina, Oleg Riabov und Tatiana Riabova, auf die Garstenauer (2017) Bezug nimmt, liefern auch mögliche Erklärungsansätze für den Angriff Putins auf die Ukraine: Sie sprechen von den „Ausläufer(n) einer spätsowjetischen Krise der Männlichkeit: Reale Männer konnten nicht bestehen im Vergleich mit hegemonialen Männlichkeitsvorstellungen wie der heroischen Vätergeneration (Kriegshelden, Erbauer der Sowjetunion) oder imaginiertes Männlichkeit. Ein neuerer Typus bringt eine Aufwertung der russischen Männer und Männlichkeit mit sich, die vielfach auf die Person des Präsidenten positiv Bezug nimmt. Die genannten Entwicklungen implizieren auch eine Ablehnung des Westens, der als dekadent und degeneriert, als förderliches Umfeld für Homosexualität, Pädophilie und andere unerwünschte Abweichungen gesehen wird. Russland stellt sich vor dieser Folie als letzte Bastion der Normalität dar“ (Garstenauer 2017: 128).

als Form eines undisziplinierten Wissens diskutiert. Dies erscheint als eine Form des Widerstands gegen den neoliberalen Konservatismus in der Wissenschaft und den Mainstream-NGO-basierten Aktivismus, der multiple Potenziale für eine transformative soziale Praxis eröffnen könne.

In den zurückliegenden Jahren wurden Gender und Queer Studies in vielen Ländern Europas insbesondere von rechtskonservativen und rechtspopulistischen Kreisen und Regierungen angegriffen und es ist versucht worden, diese als relevante Wissensproduzenten zu diskreditieren und als universitäres Studienfach abzuschaffen. Ein besonders gravierender Fall ist das staatliche Verbot des Studienganges Gender Studies an der Central European University und der Eötvös Lorand University in Ungarn im Oktober 2018. Dieser Eingriff in die Freiheit und Forschung und Lehre führte u.a. zu einer Anhörung zur Lage der Gender Studies in Ungarn im Europäischen Parlament. Der Beitrag von **Ulrike E. Auga** basiert auf dem von ihr gehaltenen Statement beim Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in Brüssel. Sie stellt die Situation der Gender Studies in Ungarn in den Kontext der Angriffe auf die Wissenschaft, auf Forschende und das Feld der Gender Studies in der EU sowie insbesondere in Deutschland. Es werden die sich wiederholenden Argumentationsmuster deutlich, die diesen Eingriff in die akademische Freiheit sowie die Verstöße gegen das ungarische Grundgesetz und die Vereinbarungen des EU-Hochschulraumes vermeintlich legitimieren. Der Beitrag analysiert damit den Zusammenhang zwischen Nationalismen, Geschlecht und Sexualität und plädiert für eine verstärkte Förderung der Geschlechterforschung EU-weit.

Vorbehalte sowie Ablehnung der Gender Studies und die Diskreditierung geschlechterspezifischer Fragestellungen als unwissenschaftlich und Ideologie werden unseren wissenschaftlichen Alltag sicher weiter prägen, sind und bleiben doch Sexualität und Geschlecht „Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen“ (s. Hark/Villa: 2015). Aber es gibt in der *longue durée* auch immer wieder Anlass zu Optimismus: So lehnte das rumänische Verfassungsgericht 2021 einen Gesetzesvorschlag zum Verbot von Geschlechterstudien als verfassungswidrig ab. „The Court affirmed the centrality of equality, non-discrimination and fundamental rights, as well as the primacy of international human rights standards in the debates around gender issues“.²⁴

Die unterschiedlichen Perspektiven der Geschlechterforschung/Gender Studies, die in den Beiträgen dieses Bandes versammelt sind, ermöglichen differenzierte Einblicke in und Analysen von gesellschaftlichen Verhältnisse vor und nach 1989/90. Sie füllen damit nicht nur die eingangs konstatierte For-

24 Epure, Georgiana/Brodeală, Elena: Going Against the Tide. The Romanian Constitutional Court Rejects a Ban on Gender Studies, Int'l J. Const. L. Blog, Mar. 22, 2021. <http://www.iconnectblog.com/2021/03/going-against-the-tide-the-romanian-constitutional-court-rejects-a-ban-on-gender-studies/> [Zugriff: 27.05.22]

schungslücke zu den Themen Wendezeit, Friedliche Revolution, Transformation und Gegenwart im Osten des vereinten Deutschland. Sie machen auch deutlich, dass gerade Perspektiven aus der Geschlechterforschung und den Gender Studies vernachlässigte Aspekte und komplexe Zusammenhänge im Themenfeld Widerstand, Einheit und vereintes Deutschland sowie postkoloniale und postsäkulare Perspektiven in zukünftiger Forschung erhellen können. Hierzu zählen vor allem die andauernden Vergeschlechtlichungen von Ost-West-Gegensätzen im postsozialistischen Deutschland und Europa, die intersektionalen Machtverhältnisse, die über geschlechtliche Differenzen hinausgehen sowie die reaktionären Widerstände, die sich gegen deren Analyse und Kritik wenden. In diesem Sinne versteht sich der Sammelband als ein weiterer Baustein zur Klärung der Frage, inwieweit feministische Visionen von vor und nach 1989/90 für die Gesellschaftsentwicklung in Gegenwart und Zukunft relevant sein können.

Literaturverzeichnis

- Auga, Ulrike E. (2020): *An Epistemology of Religion and Gender. Biopolitics – Performativity – Agency*. London: Routledge.
- Auga, Ulrike E. (2010): ‚Stiefschwestern‘. Zum Verhältnis feministisch-theologischer Ansätze in Ost- und Westdeutschland. In: Auga, Ulrike/Bruns, Claudia/Harders, Levke/Jähnert, Gabriele (Hrsg.): *Das Geschlecht der Wissenschaften. Zur Geschichte von Akademikerinnen im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Campus, S. 303–326.
- Auga, Ulrike E. (2007): *Intellectuals between Resistance and Legitimation. The Cases of Nadine Gordimer and Christa Wolf*. In: Auga, Ulrike/Klein, Tobias Robert/Prüschenk, Viola (Hrsg.): *Texts, Tasks and Theories. Versions and Subversions in African Literatures*. Amsterdam: Rodopi/Matatu, S. 141–212.
- Bahrman, Hannes (1994): *Chronik der Wende. Teil:1. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Bahrman, Hannes (1995): *Chronik der Wende. Teil: 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR / [in Zusammenarbeit mit dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg]*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Bechler, Ramona (2008): *Aufbruch und Bewegung? Autonome Frauengruppen in Dresden 1980–1989/90*. Magisterarbeit. Dresden: Technische Universität.
- Beckert, Philipp/Noack, Marcel/Milev, Yana (Hrsg.) (2021): *Entkoppelte Gesellschaft. Ostdeutschland seit 1989/90*. Berlin: Peter Lang.
- Bilke, Jörg Bernhard (2020): *Sehnsuchtsland Thüringen, Schreckensort Waldheim*. In: Klier, Freya (Hrsg.): *Wir sind ein Volk! – oder? Die Deutschen und die deutsche Einheit*. Freiburg: Herder, S. 19–28.
- Binder, Beate/Kerner, Ina/Kilian, Eveline/Jähnert, Gabriele/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) (2011): *Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Bock, Jessica (2020): Frauenbewegung in Ostdeutschland. Aufbruch, Revolte und Transformation in Leipzig 1980–2000. Leipzig: Mitteldeutscher Verlag.
- Bohley, Bärbel (1990): Interview von Thomas Schade in der Sächsischen Zeitung, 24./25. März 1990, 45, 71, Tageszeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. https://baerbelbohley.de/interviews/sz_900424.htm [Zugriff: 11.04.2022]; Vgl. auch Lindner (2029: 76)
- Böick, Marcus (2021): Treuhand transdisziplinär. Deformation, Disruption, Dynamik, Devaluation. In: Wirtschaftsdienst 101, 1, S. 10–13. DOI: 10.1007/s10273-021-2833–5.
- Böick, Marcus (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994. Bonn: Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bollinger, Stefan (1999): 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin: Trafo Verlag.
- Brandes, Tanja/Decker, Markus (2019): Ostfrauen verändern die Republik. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöllner, Kathrin (Hrsg.) (2020): Die lange Geschichte der „Wende“. Geschichtswissenschaft im Dialog. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Dahlke, Birgit (1997): Papierboot. Autorinnen aus der DDR - inoffiziell publiziert. Würzburg: Königshausen und Neumann.
- Dölling, Irene (2015): Geschlechterverhältnisse. In: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 547–552.
- Dölling, Irene (2011): Ostdeutsche Frauenforschung. Be-/Gefangenheit in Denkmustern der industriegesellschaftlichen Moderne. In: Binder, Beate u.a. (Hrsg.): Travelling Gender Studies. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 38–48.
- Dölling, Irene (1999): Zehn Jahre interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität – eine persönliche Rückerinnerung an die Anfänge. In: ZiF-Bulletin (Institutionalisierung und Interdisziplinarität. Frauen und Geschlechterforschung an der HU) 10, 19, S. 13–27.
- Duisberg, Claus J. (2020): Das deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/1990. Kopenhagen: Saga Egmont.
- El-Tayeb, Fatima (2016): Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Enders, Judith Christine/Kollmorgen, Raj/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.) (2021): Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung. Herausgegeben im Auftrag der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Frankfurt am Main.: Campus Verlag.
- Enders, Judith Christine/Schulze, Mandy/Ely, Bianca (Hrsg.) (2016): Wie war das für euch? Die dritte Generation Ost im Gespräch mit ihren Eltern. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Engler, Wolfgang/Hensel, Jana (2018): Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein. Berlin: Aufbau Verlag.
- Enkelmann, Dagmar/Külow, Dirk (Hrsg.) (2019): Emanzipiert und stark. Frauen aus der DDR. Berlin: Neues Leben.
- Garstenauer, Therese (2017): Gender und Queer Studies in Russland. In: L'Homme 28,2, S. 127–136.

- Gehler, Michael/Graf, Maximilian (Hrsg.) (2017): Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen. Unter Mitarbeit von Sophie Bitter-Smirnov. In Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Goudin-Steinmann, Elisa/Hähnel-Mesnard, Carola (2013): Erinnerung, Narration und Identität. Das kulturelle Gedächtnis der Ostdeutschen. In: Goudin-Steinmann, Elisa/Hähnel-Mesnard, Carola (Hrsg.): Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität. Berlin: Frank & Timme, S. 11–25.
- Händler, Ellen/Mitsching-Viertel, Uta (2021): Problemzone Ostmann? Lebenserfahrungen in zwei Systemen. Stuttgart: ibidem Verlag.
- Händler, Ellen/Mitsching-Viertel, Uta (2019): Unerhörte Ostfrauen. Lebensspuren in zwei Systemen. Stuttgart: ibidem Verlag.
- Hark, Sabine/Villa, Paula (2015): Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript.
- Hacker, Michael/Maiwald, Stephanie/Staemmler, Johannes (Hrsg.) (2012): Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Hefft, Kathleen (2020): Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse. Opladen: Budrich Academic Press. DOI: 10.3224/96665004
- Hefft, Kathleen (2018): Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: Feministische Studien 36, 2, S. 357–366.
- Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt/Gunda-Werner-Institut (Hrsg.) (2015): „Das Übersehenwerden hat Geschichte.“ Lesben in der DDR und in der friedlichen Revolution. Halle.
- Heller, Ayline/Tibubos, Ana Nanette/Beutel, Manfred/Brähler, Elmar (2020a): Die Mauer in den Köpfen. Die Einheitsmentalität in Ost und West in den letzten 30 Jahren. In: Heller, Ayline/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Prekärer Zusammenhalt. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 19–56.
- Hidalgo, Oliver/Yendell, Alexander (2020): Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung. Zusammenfassung der Kurzstudie. In: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Berlin, S. 140–144. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/30-jahre-einheit-1825750> [Zugriff: 17.01.2022].
- Hofmann, Anne (2008): Die nicht-staatliche Frauenbewegung in der DDR der 80er Jahre und ihre Entwicklung nach der Wende (am Beispiel Karl-Marx-Stadt/Chemnitz). Magisterarbeit. Marburg: Philipps-Universität Marburg.
- Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hrsg.) (2019): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Jähnert, Gabriele (2010): Geschlechterforschung/Gender Studies. In: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Selbstbehauptung einer Vision. Berlin: Akademie Verlag, S. 313–329.
- Jähnert, Gabriele/Gorisch, Jana/Hahn, Daphne/Nickel, Hildegard Maria/Peinl, Iris/Schäffgen, Katrin/Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) der HU Berlin (Hrsg.) (2001): Gender in Transition in Eastern and Central Europe. Proceedings. Berlin: trafo Verlag.

- Jähnert, Gabriele (1999): Zehn Jahre danach. Zum Stand der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung in den neuen Bundesländern. In: ZiF-Bulletin 10, 19, S. 47–63.
- Kahlau, Cordula (1990): Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR. Dokumentation. München Frauenoffensive.
- Kenawi, Samirah (1995): Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre. Eine Dokumentation. Berlin: GrauZone.
- Kloweit, Christiane/Weilandt, Doris (2017): Auf-Bruch. Die Thüringer Frauenbewegung in der Friedlichen Revolution 1989. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
- Kocatürk-Schuster, Bengü/Kolb, Arnd/Long, Thanh/Schultze, Günther/Wölc, Sascha (Hrsg.) (2017): UnSichtbar. Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten. Köln: Edition DOMiD.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2021): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. 6. Aufl. München: C.H. Beck.
- Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.) (2021): Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs. Köln: Böhlau.
- Lettrari, Adriana/Nestler, Christian/Troi-Boeck, Nadja (Hrsg.) (2016): Die Generation der Wendekinder. Elaboration eines Forschungsfeldes. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.) (2020): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Lindner, Bernd (2019): Wir bleiben ... das Volk! Losungen und Begriffe der Friedlichen Revolution 1989. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
- Lühmann, Michael (2020): Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess. Zusammenfassung der Kurzstudie. In: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Berlin, S. 146–149. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/30-jahre-einheit-1825750> [Zugriff: 17.01.2022]
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp, 2021.
- Miethe, Ingrid (1999): Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe. Opladen: Leske & Budrich.
- Milev, Yana (2020): Das Treuhand-Trauma. Die Spätfolgen der Übernahme. Berlin: Das Neue Berlin.
- Milev, Yana (Hrsg.) (2018): Entkoppelte Gesellschaft. Ostdeutschland seit 1989/90. Berlin: Peter Lang.
- Mücke, Lutz (2021): 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Neubert, Ehrhart (1998): Geschichte der Opposition in der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Nguyen, Angelika (2021): Film ohne Auftrag. Aus eigener Erfahrung: Perspektiven, die ausgegrenzt und unterschlagen wurden. In: Kowalczyk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hrsg.): (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I. 1989 bis heute. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., S. 743–752.

- Nichelmann, Johannes (2019): *Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen*. Berlin: Ullstein fünf.
- Nickel, Hildegard Maria/Kopplin, Martin (2019): *Ostfrauen-Mythos und Wirklichkeit. Wissenschaftliche Kommentierung der Daten des ALLBUS im Rahmen des Projekts „Ostfrauen“ des Rundfunk Berlin-Brandenburg und des Mitteldeutschen Rundfunks mit Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft mbH, Berlin*. <https://www.rbb-online.de/doku/o-r/ostfrauen/pdf2.file.html>. [Zugriff am 26.2.21]
- Nickel, Hildegard Maria (2011): *Grenzen überschreiten - Pflöcke schlagen! Zur Institutionalisierung der (ostdeutschen) Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin*. In: Binder, Beate u.a. (Hrsg.): *Travelling Gender Studies*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 22–37.
- Nickel, Hildegard Maria (1999): *Das ZiF – ein Paradigma der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung*. In: *ZiF-Bulletin* 10, 19, S. 1–12.
- Piesche, Peggy (Hrsg.) (2020): *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte* n aus West und Ost*. Berlin: Verlag Yilmaz-Günay.
- Pingel-Schliemann, Sandra/Hilbert, Doreen (2014): *Frauen der Friedlichen Revolution 1989. Zwanzig Porträts aus Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern.
- Pollack, Detlef (2020): *Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Pollack, Detlef (1998): *Ostdeutsche Identität. Ein multidimensionales Phänomen*. In: Meulemann, Heiner (Hrsg.): *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich, S. 301–318.
- Poppe, Ulrike (2019): *Die Grundsteinlegung unserer Gruppe*. In: Ilsen, Almut/Leisero-witz, Ruth (Hrsg.): *Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Bonn*: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 53–60.
- Rennefanz, Sabine (2014): *Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration*. München: btb Verlag.
- Richter, Anna Sarah (2018): *Intersektionalität und Anerkennung. Biographische Erzählungen älterer Frauen aus Ostdeutschland*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Rödter, Andreas (2020): *1989. Der Eiserner Vorhang fällt – die deutsche Wiedervereinigung zwischen den Straßen der DDR und dem internationalen Parkett*. In: Fahrmeir, Andreas (Hrsg.): *Deutschland. Globalgeschichte einer Nation*. München: C.H. Beck, S. 784–788.
- Sänger, Eva (2005): *Begrenzte Teilhabe. Ostdeutsche Frauenbewegung und Zentraler Runder Tisch in der DDR*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schiefer, Katrin (2018). *Familienleitbilder in Ost- und Westdeutschland. Dimensionierung, Struktur und Determinanten*. Baden-Baden: Ergon.
- Schmiegelow Powell, Angelika (Hrsg.) (2004): *Güstrow im Aufbruch Herbst 1989. Dokumente und Erinnerungen*. Charlottesville, VA, USA: A. Schmiegelow Powell.
- Scholz, Sylka (2021): *The East German Man: “Brown Perpetrator of Violence,” “Sensitive Father”? An Exploration of Media Discourses and Scholarly Studies*. In: Bluhm, Katharina/Pickhan, Gertrud/Stypińska, Justyna/Wierzcholska, Agnieszka

- (Hrsg.): *Gender and Power in Eastern Europe. Societies and Political Orders in Transition*. Cham: Springer, S. 227–245.
- Scholz, Sylka (2015): *Männlichkeitssoziologie. Studien aus den sozialen Feldern Arbeit, Politik und Militär im vereinten Deutschland*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schönherr, Michael/Jacobs, Olaf (2019): *Ostfrauen – Wege zur Macht. Ostdeutsche Frauen in den Eliten und Frauenquoten in Ostdeutschland*. Hoferichter & Jacobs GmbH in Zusammenarbeit mit rbb und MDR und Universität Leipzig. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/studie-ostfrauen.file.html/Ostfrauen.pdf> [Zugriff: 21.03.2022].
- Schönian, Valerie (2020): *Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet*. München: Piper.
- Schröter, Anja (2017): *Unabhängige Frauen. Geschlechterverhältnisse und Ehegattenunterhalt in der ostdeutschen Scheidungspraxis 1980 bis 2000*. In: In: Großbörling, Thomas/Lorke, Christoph (Hrsg.): *Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 295–312.
- Schröter, Ursula (2020a): *Die DDR zwischen Patriarchat und Moderne. 8 Thesen*. In: Röseberg, Dorothee/Walter, Monika (Hrsg.): *Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne*. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, S. 139-152.
- Schröter, Ursula (2020b): *Über Privates und Öffentliches. Eine ostdeutsche Sicht auf das geteilte Deutschland*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_28_Ueber_Privates_web.pdf [Zugriff: 17.01.2022].
- Seeck, Anne (Hrsg.) (2012): *„Das Begehren, anders zu sein.“ Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR*. Münster: Unrast Verlag.
- Sillge, Ursula (1991): *Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR*. Berlin: LinksDruck Verlag, Christoph Links.
- Stern, Kathrin (2009): *Die „Frauen für den Frieden, Ostberlin“*. Widerstand oder Opposition? Oldenburg: BIS-Verl. der Carl-von-Ossietzky-Universität.
- Tammer, Teresa (2017): *Coming out in der deutschen Einheit. Vom Aufbruch und Abschied der DDR-Schwulenbewegung*. In: Großbörling, Thomas/Lorke, Christoph (Hrsg.): *Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 313–332.
- Tschammer, Anne-Kerstin (2019): *Sprache der Einheit. Repräsentation in der Rhetorik der Wiedervereinigung 1989/90*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Wensierski, Peter (2017): *Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution. Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Wentker, Hermann (2017): *Die Außenpolitik der DDR im Prozess der deutschen Wiedervereinigung*. In: Gehler, Michael/Graf, Maximilian (Hrsg.): *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*. Unter Mitarbeit von Sophie Bitter-Smirnov. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2019): *Sachstand. Der Begriff „Wende“ als Bezeichnung für den Untergang der DDR (WD 1 - 3000 - 024/19)*.

- <https://www.bundestag.de/resource/blob/677932/da844372419109a378c7060523ec4477/WD-1-024-19-pdf-data.pdf> [Zugriff: 11.04.2022]
- Wolf, Christa (1990): Die Sprache der Wende. In: Wolf, Christa: Reden im Herbst. Berlin: Aufbau Verlag, S. 119–121.
- Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (1997): Frauen in den ehemals sozialistischen Ländern, ZiF-Bulletin 8, 14.
- Zimmermann, Susan (2005a): Frauen- und Geschlechterstudien im höheren Bildungswesen in Zentraleuropa und im postsowjetischen Raum. Teil 2. AkteurInnen und Interessen im Prozess der Institutionalisierung. In: L'Homme 16, 1, S. 63–88.
- Zimmermann, Susan/Shakirova, Svetlana (2005b): Im Gespräch. Nicht der letzte Wagen des Zuges. Frauenbewegung und Geschlechterstudien in Kasachstan. In: L'Homme 16, 1, S. 89–96.
- Zöllner, Abini (2021): Volkseigener Rassismus. Die systemische Ungleichbehandlung in der DDR und ihre Nachwende-Folgen. In: Richter, Franziska (Hrsg.): Traumaland. Wer wir sind und sein könnten. Identität & Zusammenhalt in Ost und West. Bonn: Dietz Verlag, S. 88–93.

Ausstellungen

- Die Beginen e. V. – Der Rostocker Frauenkulturverein (Hrsg.) (2019/20): Wende weiblich. <https://www.die-beginen-rostock.de/wende-weiblich/> [Zugriff: 11.04.2022]
- Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (o.J.): Aufbruch im Norden. Die Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90 (Wanderausstellung). <https://www.lpb-mv.de/projekte/wanderausstellungen/aufbruch-im-norden/> [Zugriff: 11.04.2022]
- Robert-Havemann-Gesellschaft (Hrsg.) (2014): „Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht!“ Frauenwiderstand in der DDR der 1980er Jahre (Plakatausstellung). Berlin. <https://www.havemann-gesellschaft.de/ausstellungen/frauenwiderstand-in-der-ddr-der-1980er-jahre/> [Zugriff: 12.04.2022]
- Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. (Hrsg.) (2009): Revolution ist weiblich. Biografieausstellung zum Herbst 1989. (Wanderausstellung mit 8 Frauenporträts aus Leipzig, Dresden und Zwickau) <https://www.archiv-buergerbewegung.de/ausstellungen/6-revolution-ist-weiblich> [Zugriff: 11.04.2022]
- Kukutz, Irena (1998–2000): Sieben Jahre Protest und Widerstand. Ausstellung. <https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/ddr-opposition-bis-1989/frauen-fuer-den-frieden/> [Zugriff: 11.04.2022]

Internetquellen

- Digitales Deutsches Frauenarchiv (2020): Dossier. 30 Jahre geteilter Feminismus. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/30-jahre-geteilter-feminismus> [Zugriff: 13.03.2022].
- Enzenbach, Isabal/Kollath, Mai-Phuong/Oelkers, Julia (o. J.): Eigensinn im Bruderland. <https://bruderland.de/> [Zugriff: 07.02.2022].
- Epure, Georgiana/ Brodeală, Elena: Going Against the Tide. The Romanian Constitutional Court Rejects a Ban on Gender Studies. *Int'l J. Const. L. Blog*, Mar. 22, 2021. <http://www.iconnectblog.com/2021/03/going-against-the-tide-the-romanian-constitutional-court-rejects-a-ban-on-gender-studies/> [Zugriff: 27.05.2022].
- MDR (2020): Ostfrauen. <https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/ostfrauen-beruf-karriere-familie-100.html> [Zugriff: 21.03.2022].
- Nickel, Hildegard Maria/Kopplin, Martin (2019): Ostfrauen-Mythos und Wirklichkeit. Wissenschaftliche Kommentierung der Daten des ALLBUS im Rahmen des Projekts „Ostfrauen“ des Rundfunk Berlin-Brandenburg und des Mitteldeutschen Rundfunks mit Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft mbH, Berlin. <https://www.rbb-online.de/doku/o-r/ostfrauen/pdf2.file.html>. [Zugriff am 26.2.21]
- Tran, Ngoc Bich (o. J.): Dossier: Ostdeutsch und (post-)migrantisch. <https://heimatkunde.boell.de/de/ostdeutsch-und-post-migrantisch> [Zugriff 07.02.2022].

Widerstand – Aktivismus – Visionen

Visionen als feministisches Erbe? Zwischen universellem Repräsentationsanspruch, neoliberaler Alternativlosigkeit und den Un/Möglichkeiten feministischer politischer Praxis

Ulrike Lembke

Visionen als politisches Handeln

Der vorliegende Beitrag will sich mit Visionen als einer Form feministischen politischen Handelns befassen, indem an die Visionen der DDR-Frauenbewegungen im ‚Winter der Anarchie‘ 1989/90 erinnert und diese kritisch reflektiert werden. Mit der Wendezeit¹ schien sich ein Möglichkeitsraum für emanzipatorische Politiken zu eröffnen, den insbesondere Frauen in der DDR nutzen wollten. Für sie war nicht das Ende der Geschichte erreicht, sondern die Möglichkeit eines neuen Anfangs, der weder die Fortführung erstarrender patriarchaler Routinen und Repressionen im Realsozialismus noch die Übernahme der DDR durch das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der BRD meinte. Ihre Träume von einem demokratischen, feministischen und antirassistischen Sozialismus wirken heute – so sie denn überhaupt bekannt sind – oft sehr weit weg und naiv, vielleicht gar peinlich. Gleichzeitig haben viele ihrer konkreten politischen Forderungen nichts von ihrer Aktualität verloren, mögen anders artikuliert werden, aber bleiben Ausdruck unerfüllter Sehnsucht nach anderen Möglichkeiten gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Visionen als politisches Handeln sind keine Anleitung für die Zukunft, die dann geschaffen würde. Sie sind ein Gegenentwurf zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Zuständen, die oft unerträglich geworden sind. Visionen wirken nicht erst in der Zukunft. Vielmehr gehen sie schon im Hier und Jetzt über gegenwärtige feministische politische Praxen hinaus und transformieren

1 Die Begrifflichkeiten sind schwierig. Zwar hat Egon Krenz den Begriff ‚Wende‘ nicht geprägt, aber doch korruptiert (vgl. Lindner 2014: 33, 37f.). Die stattdessen häufig bevorzugte Bezeichnung als ‚friedliche Revolution‘ schließt die Perspektiven nicht-weißer Menschen aus, indem sie die rassistische Gewalt eines entfesselten Nationalismus unterschlägt. Der Begriff ‚Deutsche Einheit‘ suggeriert oft einen alternativ- wie reibungslosen Prozess. Darum soll es hier beim umstrittenen Begriff ‚Wende‘ bleiben.

diese, müssen aber zugleich eine Basis in ihnen haben, um politisches Handeln zu sein und zu werden. Die DDR-Frauenbewegungen konnten auf bemerkenswerte widerständige politische Praxen in einem totalitären Staat zurückgreifen. Was schmerzlich fehlte, waren antirassistische politische Praxen, Reflexionen über den eigenen Repräsentationsanspruch und Erfahrungen mit (westdeutscher) institutionalisierter Politik.

‚Sommer der Begierde‘ und ‚Winter der Anarchie‘

Die feministischen Visionen der Wendezeit entstanden in einem Zwischenraum. Die gesamte Weltordnung war in Veränderung begriffen, der Systemkonflikt West/Ost entschieden. Doch im kurzen ‚Winter der Anarchie‘ 1989/90 schienen sich ungeahnte Möglichkeiten zu eröffnen, bevor der Beitritt der DDR zur unveränderten BRD plötzlich als einzige Option verblieb. Die Geschwindigkeit der Ereignisse war atemberaubend.

Volker Braun (2010: 63) beschrieb im Juli 1990 in dem Gedicht *Das Eigentum* die Situation für sich und viele andere DDR-Bürger*innen:

„Da bin ich noch: mein Land geht in den Westen. // KRIEG DEN HÜTTEN FRIEDE DEN PALÄSTEN // Ich selber habe ihm den Tritt versetzt. // Es wirft sich weg und seine magre Zierde. // Dem Winter folgt der Sommer der Begierde. // Und ich kann *bleiben wo der Pfeffer wächst*. // Und unverständlich wird mein ganzer Text. // Was ich niemals besaß, wird mir entrisen. // Was ich nicht lebte, werd ich ewig missen. // Die Hoffnung lag im Weg wie eine Falle. // Mein Eigentum, jetzt habt ihrs auf der Kralle. // Wann sag ich wieder *mein* und meine alle.“

Der Kampf um die Neugestaltung des eigenen Gemeinwesens war in fundamentaler Weise verloren, nicht weil die Staatsorgane der DDR ihn mit offener Gewalt unterdrückt hätten, sondern weil das umzugestaltende Gemeinwesen durch Beitritt in einem anderen politischen Gemeinwesen verschwinden würde. Diejenigen, die teils unter hohen persönlichen Risiken für eine bessere DDR gekämpft hatten, wurden von den Ereignissen und der Geschwindigkeit des Umschwenkens politischer Forderungen überrollt. Enteignet von ihren Möglichkeiten einer alternativen politischen Zukunft, beherrschte sie ein Gefühl von Sprachlosigkeit, da ihr Unbehagen und ihre Trauer in der Vereinigungseuphorie gar nicht artikuliert werden konnte, und von Heimatlosigkeit.

Als Brauns Gedicht entstand, war die nähere Zukunft der beiden deutschen Staaten bereits entschieden. Am 1. Juli 1990 trat der *Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion* in Kraft, alle Grenzkontrollen entfielen, die DDR-Bevölkerung tauschte ihr Geld in D-Mark um und die ‚Deutsche Einheit‘ durch Beitritt der DDR war nur noch eine Frage der Zeit. Nach

Gesprächen mit Michail Gorbatschow wurde am 31. August der Einigungsvertrag unterschrieben. Ab dem 3. Oktober 1990 gab es dann einen deutschen Staat, in dem die Verfassung der alten BRD und ihr Rechts- und Verwaltungs-, ihr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem galten. Aus Sicht derer, die sich Alternativen zum Modell des Beitritts der DDR zu einer unveränderten Bundesrepublik vorstellen konnten, bedeutete dies unter anderem: ein hoch selektives Bildungssystem, den weitgehenden Verzicht auf soziale Rechte, die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs und der Information hierüber, die Strafflosigkeit von Vergewaltigung in der Ehe, die ökonomische Unselbstständigkeit von Frauen, das Dogma der frühkindlichen Zuhause-Betreuung und Fehlen öffentlicher Betreuungsinfrastruktur, paternalistische Wohlfahrt unter dem Druck eines neoliberalen Leistungsparadigmas, ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, welches auch auf postkolonialen Kontinuitäten beruht – und ein neues gesamtdeutsches Nationalgefühl.

Ende der Geschichte oder Möglichkeitsraum?

Der Wegfall des Realsozialismus als Systemalternative und die hegemoniale Durchsetzung eines seit den 1980er-Jahren neoliberal konsolidierten Kapitalismus führten dazu, dass das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) verkündet werden konnte – und damit wohl auch das Ende jeglicher Visionen. Auch im offiziellen Rückblick gerät die Geschichte zu Zwangsläufigkeit (vgl. Bundesregierung 2018), verschwinden Nationalismus und Rassismus, Widersprüche und Widerstand, Frauenbewegungen und utopische Alternativen. Die unterschiedliche zeitgenössische Wahrnehmung zwischen ‚Ende der Geschichte‘ und ‚Umbruchzeit mit ungeahnten Möglichkeiten‘ beschäftigte jedoch keineswegs nur die Frauenbewegungen. Der Dichter Braun und viele andere hatten Ende November 1989 den *Aufruf für unser Land* unterzeichnet, dem unverzüglich ein Gegenaufruf *Für die Menschen in unserem Land* folgte.

Im *Aufruf für unser Land* vom 26. November 1989² wurde gefordert, „in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.“ Die Unterzeichner*innen wollten keinen Beitritt, sondern eine andere DDR: „Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln.“ Der Gegen-Aufruf *Für die Menschen in unserem Land* vom 28. November 1989³ lehnte solche „Visionen“ dezidiert ab: „Es gibt auch keinen so genannten ‚erneuerten Sozialismus‘,

2 Abrufbar mit weiteren Informationen unter <https://www.ddr89.de/texte/land.html>.

3 Abrufbar unter https://www.ddr89.de/d/plauen_land.html.

denn wir können und wollen nicht noch einmal 40 Jahre lang an einer Vision ‚herumbasteln‘, die sich in der Praxis als nicht lebensfähig erwiesen hat.“ Das Ziel sei ein „allmähliches“ Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten, die Kernaussage des Gegen-Aufrufs: „Denn wir sind und bleiben **ein** Volk!“

DDR-Frauenbewegungen im ‚Winter der Anarchie‘

Eine Gruppe, die an dem hoffnungslosen System des Realsozialismus nicht herumbasteln, sondern es radikal verändern wollte, und ein ‚Deutschland einig Vaterland‘ nicht als erstrebenswert ansah, kam in den Einheitsfeierlichkeiten zum 30. Jahrestag kaum vor: Vor dem ‚Sommer der Begierde‘, den Braun beschreibt, gab es einen ‚Winter der Anarchie‘. Im Herbst 1989 trat eine laute, veränderungsfreudige und vielfältige DDR-Frauenbewegung an die Öffentlichkeit und forderte Teilhabe an politischen Umwälzungen und die Entwicklung eines demokratischen, feministischen und antirassistischen Sozialismus.

Immer wieder wurde und wird diskutiert, ob in Bezug auf die DDR überhaupt von Frauenbewegungen im Sinne Neuer Sozialer Bewegungen gesprochen werden könne (s. Hömberg 1994: 30ff.; kritisch Mieth 2001: 79ff., Kenawi 1995: 8ff.). Nicht-staatlichen Frauengruppen in der ‚Diktatur des Proletariats‘ fehlte das prägende Merkmal der öffentlichen Sichtbarkeit, sie arbeiteten in privaten oder kirchlichen Räumen, um staatliche Repressionen zu vermeiden, an eigene Presseerzeugnisse war nicht zu denken.⁴ Die Gruppen waren meist sehr klein und homogen, da sie sich oft über Freundinnenschaften und private Bekanntschaften bildeten. Ihre nach innen auf eine gemeinsame Bewusstseinsbildung, Austausch und persönliche Veränderung gerichteten Aktivitäten (Kenawi 1995: 9) wurden nicht selten als ‚unpolitisch‘ abgetan. Frauen engagierten sich zudem nicht unbedingt oder allein in Frauen- oder Lesbengruppen, sondern waren häufig in Friedens-, Umwelt- oder Menschenrechtsgruppen gemeinsam mit Männern⁵ aktiv. Erst die in der Wendezeit an die Öffentlichkeit tretenden DDR-Frauengruppen und ihre Vernetzungen dürften westdeutsch definierten Kriterien an Organisationsgrad, Sichtbarkeit oder Agenda-Setting einer ‚echten‘ Frauenbewegung genügt haben.

Im Herbst 1989 bildete sich in Küchen, Kirchen und auf der Straße innerhalb weniger Wochen aus autonomen Frauengruppen, Frauenprojekten und

- 4 Eine markante Ausnahme bildeten die Frauen für den Frieden Ost-Berlin, welche in westdeutsche und westeuropäische Öffentlichkeiten vernetzt waren, die teilweise auch erfolgreich gegen staatliche Repressionen wie Inhaftierungen aktiv wurden (Leiserowitz 2019: 19ff., 24ff.). Vor und in der Wendezeit wurden auch mehrere überregionale DDR-Frauenzeitschriften gegründet, so *Die Zaunreiterin*, *Lila Band (1987–89)*, *frau anders* und *Das Netz* sowie *Ypsilon*.
- 5 Der Staatssicherheitsdienst der DDR ging davon aus, dass Frauen allein keine oppositionelle Gruppe betreiben konnten, und suchte nach den Männern hinter Frauen für den Frieden Berlin (Ilsen 2019: 157ff., 173).

politisch engagierten Frauen eine DDR-Frauenbewegung, die lautstark Anspruch auf die Mitgestaltung politischer Prozesse und Veränderungen erhob (Kahlau 1990). Exemplarisch war die Gründung der Gruppe lila offensive am 11. Oktober 1989. Bei der großen Demonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 verteilten sie Flugblätter und riefen Frauen zum Einmischen und Mitmischen in politische Umbruchprozesse auf:

„Frauen, wißt ihr, warum wir heute hier zusammengekommen sind?

Es geht um den Umbruch der gesamten Gesellschaft.

Frauen in die Offensive!

Wir Frauen der ‚Initiativgruppe Berlin‘ wollen uns in den Prozess der sozialistischen Erneuerung einmischen ... mitmischen ... ummischen.

WER SICH NICHT WEHRT KOMMT AN DEN HERD!

Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft ohne patriarchale Maßstäbe! – Gemeinsam mit Männern!

DIE FRAUENFRAGE IST KEIN RANDPROBLEM!“ (lila offensive 1990)

Am 26. November 1989 wurde nicht nur der *Aufruf für unser Land* veröffentlicht, sondern auch ein Aufruf des Initiativkomitees zur Gründung eines autonomen Frauenverbandes der DDR, in dem sich alle unabhängigen Frauengruppen und -initiativen, Frauenvereine und -kommissionen, Frauenfraktionen der Parteien und Massenorganisationen und jede einzelne Frau organisieren sollten, um ‚Frauenfragen‘ ins Zentrum politischer Diskussionen zu bringen. Am 3. Dezember 1989 kamen in der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin mehr als 1.200 Frauen aus dem ganzen Land zusammen und gründeten den Unabhängigen Frauenverband (UFV) (s. Hampele Ulrich 2000: 70f.). Ina Merkel (1990) stellte das Manifest für eine autonome Frauenbewegung unter das Motto: *Ohne Frauen ist kein Staat zu machen*. Dabei hatten die Frauen vom sozialistischen deutschen Staat offensichtlich genug und wollten zugleich keinesfalls vom bundesrepublikanischen Staat überrollt werden:

„Wollen wir uns etwa mit den Herren in Bonn wiedervereinigen, die Diktatur des Politbüros durch die Diktatur des Bundeskanzleramts ersetzen? [...] Die Frauen haben kein Vaterland zu verlieren, sondern eine Welt zu gewinnen.“ (Merkel 1990: 30f.)

Zugrunde lag die Einschätzung, dass beide deutschen Vaterländer den Frauen nur begrenzte Angebote zu machen hatten (s. hierzu auch die Beiträge in: Helwig/Nickel 1993). In der DDR waren Frauen zwar in Arbeitsleben, Bildungsinstitutionen und Öffentlichkeit – deutlich weniger aber in der Politik (Gast 1973; Winkler 1990: 199ff.) – aktiv und sichtbar und es gab eine Vielzahl staatlicher Gleichstellungspolitikern, doch wies die damit verbundene Modernisierung der Geschlechterverhältnisse von oben deutliche Bruchlinien auf

(Enkelmann/Külow 2019: 91ff., 174ff.; Scholz 1997). Zum einen war die Frage der geschlechtsspezifischen Zuweisung von Reproduktions- und Sorgearbeit keineswegs gelöst. Vielmehr sahen sich Frauen einer Dreifachbelastung durch Erwerbsarbeit, Sorgearbeit und erwartete politische Aktivitäten (oder Fort- und Weiterbildungen) ausgesetzt, zum anderen fokussierten die staatlichen Gleichstellungspolitiken auf das Leitbild der berufstätigen Mutter und Bevölkerungspolitiken, hinter denen individuelle Bedürfnisse von großen und kleinen Menschen zurücktreten mussten (Bastian/Labsch/Müller 1990; Schwarz 1990: 9ff.). Geschlechterbilder hatten sich verschoben, aber nicht radikal gewandelt, wirtschaftliche Selbstständigkeit von Frauen und ein gleichberechtigtes Familienrecht wurden durch den Mangel an öffentlichen Gütern wie Wohnraum faktisch entwertet, und tief verwurzelte Herrschaftspraktiken wie geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen konnten nicht öffentlich thematisiert werden (vgl. lila offensive 1990: 7ff.).

In der Bundesrepublik hatten die Frauenbewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre wesentliche ‚Frauenfragen‘ in die Öffentlichkeit gebracht und Veränderungsprozesse angestoßen: das patriarchale Familienrecht wurde 1976/77 endlich geändert, Gewalt gegen Frauen als mögliches Problem wahrgenommen, autonome Frauenprojekte schufen Frauenräume, es gab erste zaghafte Institutionalisierungen von Frauenpolitik (vgl. Hömberg 1994: 17ff.). Doch spätestens mit dem konservativen Regierungswechsel in den 1980er-Jahren wurde offensichtlich, dass Frauen weder an politischer noch sonstiger Macht teilhaben sollten und feministische Politiken sich weder institutionalisieren noch durchkämpfen ließen. Die Bundesrepublik wies Ende der 1980er-Jahre im westeuropäischen Vergleich ein erhebliches Modernisierungsdefizit in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse auf (Gerhard 2018: 293ff.). Und da die ‚Deutsche Einheit‘ nur in eine Richtung verlaufen sollte, war das Niveau für Ostdeutschland vorgegeben.

Bezeichnenderweise trägt die Analyse von Brigitte Young (1999) zur Abwertung und Marginalisierung von Frauen im Transformationsprozess zur ‚Deutschen Einheit‘ den Titel *Triumph of the Fatherland*.⁶ Noch aber waren die Frauen in der DDR guter Dinge. Sie wollten eine Gesellschaft, in der es freie gesellschaftliche Räume, frei verfügbare Zeiten, funktionales Wirtschaften und Politik nicht um der Macht willen gibt. Wirtschaft und Politik sollten vielmehr der Entfaltung aller in ihrer Individualität, in Beziehung zu anderen und ohne Diskriminierung dienen: „Der Entwicklungsprozeß der Gesellschaft

6 Analysen zur Situation der (ostdeutschen) Frauen als ‚Verliererinnen‘ der ‚Deutschen Einheit‘ sind notwendig und zutreffend. Sie fallen aber auch leicht in stereotype Rollenmuster von Frauen als Opfer und entlasten damit westdeutsche Frauenbewegungen von der Frage nach ihrer Verantwortung und ihren Aktivitäten im Transformationsprozess (der von vielen mangels persönlicher Erfahrung gar nicht als solcher wahrgenommen wurde), während zugleich ostdeutsche Frauen als handelnde (politische) Subjekte aus dem Blick geraten.

muß für die Subjekte gestaltbar gehalten werden, er muß in Permanenz erneuerbar und lernfähig sein“ (Merkel 1990: 29). Das – und darauf werden wir zurückkommen – ist ein wesentliches Merkmal feministischer Visionen (s. Roß 2001: 82ff.).

Feministische Alternativen zu Realsozialismus und kapitalistischer Übernahme

Die DDR-Frauenbewegung im ‚Winter der Anarchie‘ formulierte Alternativen zum Fortbestand des Realsozialismus der DDR und zur Übernahme durch den bundesdeutschen Kapitalismus. Ihre politischen Visionen beruhten auf Erhaltungswertem und Wünschenswertem, vielfach aber auch auf Abgrenzung. In der sehr knappen Analyse und Kritik der beiden deutschen Staaten aus Frauensicht wurde die DDR (zur Selbstwahrnehmung s. Stern/Boeck 1970; Panorama DDR 1986) beschrieben als patriarchale, männlich organisierte und dominierte Gesellschaft mit dem nur scheinbaren Versprechen weiblicher Emanzipation (lila offensive 1990: 7ff., 34f., 70ff.; UFV 1990: 5f., 15ff.). Weibliche Realität sei geprägt von Benachteiligung im Berufsleben, Mehrfachbelastung, abgewerteter Sorgearbeit und Ehrenamt (UFV 1990: 5f., 17f.; lila offensive 1990: 79ff.). An politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen seien Frauen kaum beteiligt, spezifische Frauenräume und Frauenöffentlichkeiten fehlten (lila offensive 1990: 7ff.). Völlig verdrängt würden Probleme wie Armut und schlechte soziale Versorgung von alleinerziehenden Müttern oder Rentnerinnen, Sexismus und Gewalt gegen Frauen (lila offensive 1990: 9f.; Merkel 1990: 29f.). Der BRD wurde vorgeworfen, es fehle an Kinderbetreuung und eigenständiger Existenzsicherung für Frauen, die verbreitete Frauenverachtung zeige sich bspw. auch an der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs, das gesamte System sei von Massenarbeitslosigkeit und Ausbeutung, Sexismus, Rassismus und Völkermord geprägt (lila offensive 1990: 31; Merkel 1990: 30ff.).

Die Frauen im ‚Winter der Anarchie‘ wünschten sich eine Gesellschaft jenseits kapitalistischer Strukturen, antirassistisch und solidarisch; Patriarchat, Kapitalismus und Diskriminierung sollten überwunden werden (lila offensive 1990: 38ff.; UFV 1990: 15ff.; s. auch Braun 2000). Ein ökologisch reorganisiertes Wirtschaftssystem, Umweltschutz, friedliche Konfliktlösung, das Ende der Ausbeutung des Globalen Südens (sog. Dritte Welt), soziale Infrastruktur, Geschlechtergerechtigkeit und zivilgesellschaftliche Demokratie waren ihre Ziele (ebd.). Kurz: der „Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, die ökologisch, demokratisch, feministisch, multikulturell, nichttotalitär und sozial gerecht ist, die nicht konsum- und konkurrenzorientiert ist, ohne soziale Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, der Lebensform, der Sexualität,

des Alters, der Hautfarbe, der Sprache und aufgrund von Behinderungen“ (lila offensive 1990: 35f.).

Faszinierend ist die Aktualität der Forderungen aus dem ‚Winter der Anarchie‘. Zu jeder einzelnen ließe sich eine eigene Geschichte von Vergessen und Entdeckung, Scheitern und Erfolg und teils auch von neoliberaler Vereinnahmung schreiben. Einige Stichworte können eine Vorstellung geben (zum Folgenden s. lila offensive 1990: 38–44; Merkel 1990: 30–37; UFV 1990: 15–26): Die Umweltzerstörung sollte beendet und eine ökologische Produktion und Wirtschaft entwickelt sowie das Konsumverhalten grundlegend verändert werden. Gemeinnützige Infrastruktur sollte Privateigentum ersetzen und den Rückzug ins Private reduzieren. Die Frauen forderten ein Recht auf Arbeit und soziale Absicherung sowie die gerechte Verteilung von Arbeit und Überwindung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, bezahlt wie unbezahlt, aber auch grundlegende Änderungen der Arbeitswelt hin zur 30-Stunden-Woche und mehr Zeit für Kinder. In der marxistischen Theorie waren zwar Privateigentum und Patriarchat untrennbar verbunden, doch die Erfahrungen mit patriarchalen Strukturen in der DDR⁷ führten zur Ablehnung von Kapitalismus wie ‚Realsozialismus‘: „Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise ist zwar eine Voraussetzung, aber keine Garantie für die Aufhebung patriarchaler Unterdrückung.“ (lila offensive 1990: 35)

In der Familie sollten die Rechte und Pflichten sozialer Elternschaft für beide (alle) Geschlechter klargestellt werden (auch zum Folgenden s. lila offensive 1990: 38–44; Merkel 1990: 30–37; UFV 1990: 15–26). Alle nichtehelichen (lesbischen) Lebensgemeinschaften sollten rechtliche Absicherung erhalten; alle Eheprivilegien waren abzuschaffen. Die Forderungen umfassten auch die Demokratisierung und Vergesellschaftung von Erziehung, inklusive Alternativen wie Kinderläden oder Jugendzentren. Geschlechterrollenstereotype sollten aus Schulbüchern und Unterricht entfernt werden. Auch die Vorstellung von Heterosexualität als einzig natürlicher sexueller Ausrichtung sollte aufgegeben werden. Die Frauen forderten eine körperfreundliche und enttabuisierte Sexualerziehung sowie die Erziehung zur geteilten Verantwortung für Verhütung und reproduktive Gesundheit. Zentral war auch die Forderung nach der Enttabuisierung und Eindämmung geschlechtsspezifischer Gewalt. Die öffentliche Diskussion von Frauenfragen und ihre kompetente mediale Behandlung, auch durch Abbau sexistischer Medieninhalte, sollten ebenso gefördert werden wie Frauenräume und Frauenprojekte, die Verwen-

7 Auffällig ist allerdings, dass die Ablehnung einer unveränderten Fortsetzung des ‚Realsozialismus‘ mit klaren Analysen patriarchaler Strukturen in der DDR begründet, jedoch nicht erörtert wurde, wie die DDR-Gleichstellungspolitiken aus diesem Kontext gelöst und isoliert in andere gesellschaftliche Strukturen übertragen werden könnten. Im Auslassen dieser notwendigen Reflexion und Auseinandersetzung dürfte eine Quelle für politisch unfruchtbare nostalgische Verklärungen liegen.

dung geschlechtergerechter Sprache, Frauenforschungsinstitute und feministische Forschung. Demokratische Strukturen sollten durch Selbstverwaltung, radikale (Geschlechter-)Quotierung aller gesellschaftlich relevanten Positionen sowie eine demokratische Öffentlichkeit „als vierte Gewalt“ gestärkt werden.

Feministische Visionen der Wendezeit und Realpolitik

Die politischen Forderungen der DDR-Frauenbewegung im ‚Winter der Anarchie‘ können je nach Perspektive dem Begriff der Visionen in all seinen Facetten zugeordnet werden, von sinnloser Spinnerei über Denken des Unmöglichen bis zu widerständigem politischen Handeln. Zur Begriffsklärung sei gesagt, dass es in der einschlägigen Literatur um feministische Utopien geht (s. nur Holland-Cunz 1988; Holland-Cunz 1987; Daniel/Klapeer 2019), was teils literaturbezogenen Ansätzen geschuldet ist, teils auf ausdifferenzierte Strukturvorstellungen für politische Gemeinwesen verweist. Die Frauenbewegungen der Wendezeit waren solch sich überstürzenden Ereignissen ausgesetzt, dass für ausdifferenzierte Strukturen kaum Raum blieb. Der Begriff der Visionen passt daher besser und wurde auch von den Akteur*innen selbst verwendet. Feministische Utopien und Visionen sind sich aber ähnlich genug für vergleichende Betrachtungen.

Die klassischen Utopien sind Staatsromane, ab dem 19. Jahrhundert angereichert durch Technikfantasien und Science-Fiction-Elemente (Holland-Cunz 1988: 13ff.), während in feministischen Utopien Verhandlungen von Produktion und Reproduktion, also Gegenentwürfe zu Kapitalismus und Patriarchat, im Zentrum stehen (Behrend 1997: 91ff., 107ff.). Den Frauen der Wendezeit ging es um die Realisierung ihrer Gegenentwürfe in konkreten politischen Prozessen. Ideen und Forderungen aus dem ‚Winter der Anarchie‘ folgte die Mitarbeit des UFV an einem Verfassungsentwurf für die DDR im Frühjahr 1990, der insbesondere bezüglich sozialer Rechte, Gleichstellung und Nichtdiskriminierung deutliche Alternativen zum (zunächst bundesdeutschen, dann gesamtdeutschen) Grundgesetz⁸ enthielt, aber politisch wie rechtlich keine Bedeutung mehr entfalten sollte.

8 1989/90 enthielt das Grundgesetz zwar in Artikel 3 Absatz 3 einen Katalog von Diskriminierungsverboten, doch war die Diskriminierung wegen Behinderung nicht erfasst und das Verbot rassistischer Diskriminierung kam schlicht nicht zur Anwendung. Bis heute sieht der Wortlaut des Grundgesetzes keine sozialen Rechte vor (außer Vereinigungsfreiheit und Streikrecht), sondern das Sozialstaatsprinzip mit einer wechselvollen, über lange Zeit paternalistischen Deutungs- und Anwendungsgeschichte. Erst 2010 hat das Bundesverfassungsgericht (09.02.2010) das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums anerkannt, erst 2021 ein Grundrecht auf schulische Bildung (BVerfG 19.November.2021). Der (gescheiterte) Versuch einer Intervention in den Prozess der „Deutschen Einheit“ durch die wesentlich vom UFV mitentwickelte und von der Volkskammer am

Insgesamt waren die Versuche der Frauenbewegungen der Wendezeit, ihre Visionen in realpolitische Prozesse einzubringen, nur von sehr geringem Erfolg gekrönt. Zwar waren sie seit der ersten Sitzung des Runden Tisches am 7. Dezember 1989 mit Sitz und Stimme vertreten (Hampele Ulrich 2000: 110ff.). Auch auf der Straße artikulierten sie sich als unabhängige Frauenbewegung:

„Die ‚nützlichen‘ und ‚vernünftigen‘ Werte patriarchaler Gesellschaftsordnungen gehören nicht zu unserer Utopie. [...] Die politische Frauenbewegung in der DDR ist noch sehr jung. Sie fordert ihren eigenen, DDR-spezifischen Weg, emanzipiert von einer Gesellschaft nach männlichem Muster, emanzipiert aber auch von feministischen Vorstellungen bürgerlicher Demokratien.“ (Rohnstock 1989)

Nach der großen deutsch-deutschen Silvesterfeier am wieder geöffneten Brandenburger Tor 1989/90 war im Wahlkampf jedoch jegliche Zurückhaltung bezüglich einer raschen ‚Wiedervereinigung‘ aufgegeben. Um politische Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, gründete sich der UFV am 17. Februar 1990 offiziell als Verein. Zur ersten freien Volkskammerwahl trat der UFV gemeinsam mit der Grünen Partei in einem Wahlbündnis an. Am 8. März 1990 organisierten die Frauen noch eine Kundgebung auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin und forderten den 8. März als arbeitsfreien Tag für Frauen sowie eine frauenpolitische Analyse aller Wahlprogramme. Doch die Wahlen markierten das Ende eines Möglichkeitsraumes.

Amtliches Endergebnis der Wahlen zur 10. Volkskammer am 18. März 1990 (vgl. Kahlau 1990: 182f.): CDU: 41%; SPD: 22%; PDS: 16%; DSU: 6%; Liberale: 5,3%; Bündnis 90: 2,9%; Bauernpartei: 2,2%; **Grüne Partei + UFV: 2%**; DA: 0,9%; NPD: 0,4%; DFD: 0,3%.

Bei Kommunalwahlen gab es einige wenige Erfolge. Zu einigen Demonstrationen konnte noch mobilisiert werden, so am 16. Juni 1990 gegen § 218 Strafgesetzbuch (BRD) in Berlin. Am 2. Oktober 1990 wurde um 23:53 Uhr die *Autonome Republik Utopia* auf dem Kollwitzplatz in Berlin ausgerufen.⁹ An den Bundestagswahlen im Dezember 1990 zeigten Frauen wenig Interesse. Feministische Politiken verlagerten sich auf die kommunale Ebene, die Straße oder in Frauenprojekte.¹⁰ Insgesamt war der Schwung verloren, die ‚Frauenfragen‘ und erst recht feministische Visionen eines ganz anderen Deutschlands konnten in der institutionalisierten Politik nicht mehr anknüpfen.

7. März 1990 verabschiedete Sozialcharta wollte die Rechte auf Wohnen, Bildung, Arbeit und soziale Sicherung bewahren.

9 Siehe hierzu das Gespräch *Das Jahr 1990 freilegen. Autonome Republik Utopia* vom 25.09.2020 mit Julia Dimitroff, Peggy Mädler und Luise Meier, Moderation von Daniela Dröscher, <https://lfbrecht.de/mediathek/autonome-republik-utopia-2/>. Aus dem Manifest von ARU: *In jedem Herz steckt eine revolutionäre Zelle*.

10 Zu den Konflikten zwischen institutionalisierter Frauenpolitik und Frauenprojekten als Politikform siehe Hampele Ulrich (2000: 176ff.) und Schenk (1990: 853f.).

Am 26. Oktober 1991 wurde in der Tageszeitung *taz* die Auflösung des UFV von der lila offensive mit folgender Traueranzeige kommentiert:

„Nach langem schweren Suchtum verstarb auf dem Erlöserinnenkongreß zu Weimar an Blutarmut und Gedankenleere unser liebgeschmähtes Kind der Unabhängige Frauenverband, Rufname UFV. Erleichtert lila offensive.“ (lila offensive 1991)

Der ‚Winter der Anarchie‘ war endgültig vorbei.

‚Träume sind Schäume‘ und die Albträume der Anderen

Visionen und Utopien wird ihr inhaltlicher Kern, das Unmögliche zu denken, auch häufig (und vielfach verständlich) zum Vorwurf gemacht. Schon der Gegen-Aufruf *Für die Menschen in unserem Land* vom 28. November 1989 lehnte „nicht lebensfähige Visionen“ als etwas ab, das nicht nur unpraktisch, sondern menschenfeindlich sei und gerade ein zentrales Merkmal der gescheiterten DDR. Es ist eine durchaus nachvollziehbare Perspektive, die DDR als exemplarisches Beispiel einer gescheiterten Utopie (hier des Sozialismus auf deutschem Boden) zu verstehen, deren großer Gründungsmythos in Repression und Unmenschlichkeit umschlug. Die Frauenbewegungen der Wendezeit hatten allerdings keinen Staatsapparat hinter sich, sondern wollten die Gesellschaft aus der Gesellschaft heraus verändern. An sie sind daher andere kritische Fragen zu stellen als an gescheiterte Staaten, insbesondere die, ob Visionen damals sinnvolle politische Handlungsformen darstellten. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit ist mit weiteren Nachfragen verbunden: Was haben die Frauenbewegungen der Wendezeit bewirkt, was haben sie versäumt und ausgeblendet, wie haben sie sich gegen interne und externe Kritik immunisiert? Wie verhielten sich insbesondere ihre antifaschistischen Grundsätze und der tödliche Nationalismus der 1990er-Jahre zueinander? Wer gehörte wirklich dazu und wen haben die Frauenbewegungen der Wendezeit höchstens ‚mitgemeint‘?

Das Ende der Geschichte – das Ende der Visionen?

Dreißig Jahre nach dem „Ende der Geschichte“ ist im Zuge der Jubiläumsfeierlichkeiten nochmals ein Kampf um die Deutungshoheit des Vorgangs ‚Deutsche Einheit‘ aufgeflammt, in dem nicht nur andere Perspektiven gegen historische Zwangsläufigkeit gestellt, sondern dominante Wissensproduktionen und Allochronisierungen grundlegend bspw. durch postkoloniale Theorien herausgefordert werden, welche ‚den Osten‘ relationieren und dezentrieren

können (s. Matthäus 2019). Die Frage, wie der Vorgang der ‚Deutschen Einheit‘ zu bewerten ist, ist nicht Gegenstand dieses Beitrags. Interessant ist jedoch, dass sich dominante Diskurse zur Alternativlosigkeit des Ob und Wie der ‚Deutschen Einheit‘ in einen größeren Diskurs der Diskreditierung und De-Legitimierung von Visionen und Alternativen einfügen. Visionen gelten bestenfalls als Ausdruck von Naivität und Peinlichkeit, schlimmstenfalls als Beginn des Weges in den totalitären Staat. Dystopien erfreuen sich größerer Beliebtheit als visionäre Gesellschaftsentwürfe, das Katastrophenszenario scheint wesentlich leichter vorstellbar als eine bessere Welt (Daniel/Klaapeer 2019: 11f., 15; schon Behrend 1997: 11ff.).

Wenn gerade diejenigen schweigen, die vor über 30 Jahren Erfahrungen mit der Konzeption alternativer Gesellschaftsmodelle gemacht haben, dürfen neben neoliberalen Sachzwängen auch die Gewalterfahrungen der ehemaligen DDR-Bürger*innen in den 1990er-Jahren nicht unterschätzt werden: wirtschaftliche Gewalt, Verlust des Arbeitsplatzes, Verlust sozialer Absicherung (Engels 2000: 104f.); epistemische Gewalt in der ‚Ossifizierung‘ (s. Liebscher und Heft in diesem Band); Überwältigung durch ein importiertes Rechts-, Verwaltungs- und Bildungssystem mit westdeutschem Personal, das ‚Buschzulage‘ bekam; oder die Gewalt des Rechtsstaats in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Schwangerschaftsabbruch vom 28. Mai 1993 mit all ihren Implikationen (Lembke 2021a: 196–199, 2021b: 69–72) zu demokratischen Entscheidungen, weiblicher Rechtssubjektivität sowie Gleichstellungs- und Sozialpolitiken. Die ostdeutsche Realität wurde an das westdeutsche Modernisierungsdefizit und westdeutsche Perspektiven angepasst.

Bis heute wird in diversen Zusammenhängen – auch in Bezug auf Gleichstellungs-, Bildungs- oder Sozialpolitik – das pauschale Bekenntnis gegen den DDR-Unrechtsstaat gefordert. Die Verklärung totalitärer Strukturen ist inakzeptabel, das geschehene Unrecht muss ausgesprochen und erinnert werden, zum Gedenken an die Opfer, aber auch, damit es nicht wiederholt wird. Aus pauschalen Bekenntnissen lässt sich dagegen nichts lernen. Die beabsichtigten Lerneffekte können sich sogar in ihr Gegenteil verkehren, wenn diejenigen, die das Bekenntnis fordern, glauben, dass sie selbst kein Unrecht zu erinnern hätten. Auch die Bundesrepublik als ‚Siegerin der Geschichte‘ hat eine reflexionsbedürftige Vergangenheit in Bezug auf Geschlechterverhältnisse wie auf Rassismus. In der Wendezeit kamen unterschiedliche deutsche Ausprägungen dieser Herrschaftsverhältnisse unter dem Vorzeichen westdeutscher Dominanz und unbewältigter Geschichte(n) zusammen, als aus den Frauenbewegungen der DDR *ostdeutsche* Frauenbewegungen wurden.

Der Albtraum eines wiedervereinigten Nationalismus – Wendezeit und ‚Wiedervereinigung‘ als weiße deutsche Ereignisse

Die Situation, in der die Visionen der DDR-Frauenbewegung entstanden, war nicht nur durch patriarchale Beharrungskräfte und Sexismus in der DDR bei drohender Übernahme noch offener patriarchaler und überdies kapitalistischer Strukturen in der BRD geprägt, auch eine Situation, in der die einen Visionen entwickelten, während andere um ihr Leben fürchteten. Die Wendezeit war ebenso ‚Winter der Anarchie‘ wie Zeit eines entfesselten Nationalismus und (tödlicher) rassistischer Gewalt und Diskriminierung (s. Beiträge in Lierke/Perinelli 2020). Die Reduktion eines komplexen Transformationsprozesses auf die Anpassung an bestehende (westdeutsche) Verhältnisse wurde durch die Normalisierung nationalistischer Emotionen sowie rassistischer Exklusionen und Übergriffe kompensiert.

Die BRD und die DDR waren von alltäglichem Rassismus geprägt, auch wenn dieser in der DDR auf Grund staatlicher Sanktionierung manchmal indirekter und subtiler auftrat. In der BRD wurde Rassismus punktuell gesellschaftlich diskutiert, aber seine Bekämpfung und Verhinderung kaum in staatliche Politiken oder gesellschaftliche Praxen umgesetzt; der Begriff ‚Multikulturalismus‘ blieb unscharf und umstritten. In der DDR war der Antifaschismus (und ein damit gleichgesetzter, unspezifischer Anti-Rassismus) Staatsdoktrin und staatlicher Gründungsmythos, in der kollektiven Imagination befanden sich die Faschisten (und ihre Opfer) im ‚imperialistischen‘ Ausland und Rassismus in Bevölkerung und Alltag der DDR lagen außerhalb des Thematisierbaren (vgl. Geipel 2019; Runge 1993). Rechtsextreme und neonazistische Aktivitäten in der DDR wurden als jugendliches ‚Rowdytum‘ verharmlost (Waibel 1996; Süß 2000), der alltägliche Rassismus durch Aufrufe zu internationaler Solidarität und Unterstützungsaktionen für nicht-weiße Menschen im Ausland überspielt (vgl. Lorenz 2020 sowie Mwaungulu in diesem Band zur Solidaritätsaktion für Angela Davis). Auch May Ayim (1997: 154) beschreibt diese Situation:

„Auf der einen Seite gab es eine staatlich institutionalisierte Solidarität mit den Befreiungsbewegungen unterdrückter Völker, gleichzeitig wurde geradezu verhindert, daß die Vorstellungen von internationaler Solidarität auf der alltäglichen Handlungsebene praktiziert werden konnten. Rassismus wurde a priori als nicht existent geleugnet, da dieser dem Grundsatz einer sozialistischen Gesellschaft wesensmäßig widersprach, und konnte somit auch kaum öffentlich thematisiert werden.“

Die Aussicht auf eine ‚deutsche Wiedervereinigung‘ setzte einen ungeheuren Nationalismus frei. Die Integration der (*weißen*) Ostdeutschen schien nur möglich unter gewaltsamer Exklusion der ‚Fremden‘ und eine leuchtende schwarzrot-goldene Zukunft ließ die deutsche Vergangenheit vergessen: „Die weißen, christlich-deutsch-kollektiven Schuldkomplexe hatten sich scheinbar über

Nacht in Luft aufgelöst und dabei die Gegenwart von der Vergangenheit gerissen.“ (Ayim 1997: 88f.).

Peggy Piesche (2015) beschreibt die frühe Ausgrenzung in einem Interview:

„Für mich hörte unsere sehr kraftvolle und vielversprechende Gesellschaftsintervention – von einer friedlichen Revolution haben ja dann vor allem die Westmedien gesprochen und damit vieles eigentlich sinnentleert – auf, eine gemeinschaftliche Auseinandersetzung mit unserer Regierung zu sein, als die Demonstrationssprüche ‚WIR sind das Volk‘ von Parolen ‚Wir sind EIN Volk‘ abgelöst wurden. Damit steuerte die noch existierende DDR geradezu atemberaubend in einen Strudel eines neuerstarkten selbstgerechten Einheitsnationalismus, der sehr klar machte, was er zuerst nicht benannte: ‚Deutschland den Deutschen, Ausländer raus.‘ Ich habe recht schnell begriffen, dass Schwarze Menschen in diesem neuen Deutschlandkonzept genauso wenig mitgedacht waren.“

Schwarze Deutsche, Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete in der DDR mussten direkt nach der Maueröffnung 1989 eine wesentliche Verschlechterung ihrer Situation feststellen (Ayim 1997: 90ff.; Nguyen 2019). Rassistische Beleidigungen, Belästigungen und Diskriminierung in der Öffentlichkeit wurden alltäglich, der ungebremste Nationalismus immer bedrohlicher. Viele nicht-weiße Menschen mussten sich zurückziehen. Sie waren als politische Akteur*innen nicht erwünscht, vielmehr ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Leben bedroht. Rassistische Diskriminierung und Gewalt wurden staatlich nicht nur geduldet. Die Verschärfung des ‚Ausländerrechts‘ zum 1. Januar 1991 mit ihren auch klar geschlechtsspezifischen Folgen (s. Internationale Gruppe Allerweltshaus 1991) und die faktische Abschaffung des Asylrechts in Artikel 16a Grundgesetz durch den sog. ‚Asylkompromiss‘ vom Dezember 1992 und Mai 1993 (bestätigend Bundesverfassungsgericht vom 14. Mai 1996; sehr kritisch Weinzierl 2009), für die sich weiße Deutsche kaum interessierten (Ayim 1997: 93), zielten explizit auf Ausgrenzung und Entrechtung nicht-weißer Menschen zur Schaffung einer homogenen deutschen Nation.

Visionäre Repräsentationsansprüche ohne politische Praxis – Rassismus als Leerstelle deutscher Frauenbewegungen

Wie aber verhielten sich die Frauenbewegungen der Wendezeit zum tödlichen Nationalismus? In ihren politischen Grundsätzen betonten sie Antifaschismus und Antirassismus und sie wandten sich explizit gegen nationalistische Bestrebungen. Doch ist weder vor noch im ‚Winter der Anarchie‘ eine dezidiert antirassistische Praxis erkennbar. Mögliche Erklärungen sind, dass ein weitgehend unreflektierter Antifaschismus aus der DDR übernommen wurde oder dass Visionen nicht in – bis dato fehlende – politische Praxen (in Ost wie West) übersetzt werden konnten. May Ayim (1997: 93) konstatierte für das

Jahr 1990: „Auch in der Frauenbewegung wurde Deutsch-Deutsches diskutiert und gefeiert, als wäre Deutschland ausschließlich weiß und das Zentrum der Welt.“ Und Peggy Piesche (2015) weist darauf hin, dass daher „das Projekt einer einschließenden Veränderung unseres Landes hin zu einer rassismus- und homophobiefreien Gesellschaft schon weit vor diesen Wahl(kampf)ereignissen gescheitert“ war.

Dies lag nicht nur am Überrolltwerden durch hegemoniale westdeutsche Realpolitiken oder an den Widersprüchen zwischen ost- und westdeutschen Frauenbewegungen, die sich in ihrer *weißen* Hegemonie vielmehr besonders ähnlich waren. Die Mitgestaltung einer deutsch-deutschen Vereinigung konnte nicht ohne Auseinandersetzung mit Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus erfolgen. Doch fehlte dafür in der BRD die Basis (Ghirmazion/Jacobsohn 1991: 5), was ebenso kritisch zu betrachten ist wie das Selbstverständnis und Repräsentationskonzept von ostdeutschen Frauenbewegungen im ‚Winter der Anarchie‘. Obwohl unterschiedliche Diskriminierungen und Lebenssituationen explizit benannt wurden, setzten Aufrufe, Manifeste und Programme voraus, dass das Frau-Sein und die Diskriminierung auf Grund des Geschlechts diese Unterschiede überspielen würde und dass alle Frauen repräsentiert werden könnten (exemplarisch UFV 1990: 15). Daraus entstand eine gewisse Erwartungshaltung, ostdeutsche und westdeutsche Frauenbewegungen würden unschwer zueinander finden, und zugleich eine Immunisierung gegen Kritik bei Ausblendung von Hierarchisierungen, Abwesenheiten und Marginalisierungen innerhalb der Frauenbewegungen selbst. Politische Aktivitäten und Auseinandersetzungen verarbeiteten fast ausschließlich Ost-West-Unterschiede, das Subjekt der deutschen Frauenbewegungen war und blieb *weiß*.

Auch der entfesselte Nationalismus und Rassismus bewirkte keine Veränderungen von Repräsentationskonzepten, Selbstverständnissen, persönlichen Haltungen und politischen Handlungen. Legitimiert wurde der fehlende Veränderungswille nicht nur mit oberflächlichen Bekenntnissen zu Antifaschismus (Ost) oder Multikulturalismus (West), sondern auch mit einem Selbstverständnis als in gleicher Weise Unterdrückte. Frauen in beiden deutschen Staaten hatten sehr wenig Macht, Erfolge der Frauenbewegungen blieben fragil und fragmentarisch. Die Machtlosigkeit im Geschlechterverhältnis war Motor feministischer politischer Praxen, die Machtposition als *weiße* Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft wurde ausgeblendet (sehr kritisch Kaufmann 1991: 106f.). Spätestens auf dem Kongress *Frauen gegen Nationalismus – Rassismus / Antisemitismus – Sexismus* vom 16. bis 18. November 1990 in Köln wurde deutlich, dass damit die Grundlage für (gemeinsame) feministische Politiken fehlte (siehe die Vielzahl von Beiträgen in: Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen 1991). Rassistische Exklusionen äußerten sich in der Vorbereitung, in der inhaltlichen Schwer-

punktsetzung, in der Einladungspolitik, in der organisatorischen Durchführung, im Fehlen solidarischer Praxen, in rassistischen Stereotypen, in der Infragestellung von Selbstdefinitionen, in einem hegemonialen Repräsentationsanspruch, in der Verweigerung von Reflexions- und Veränderungsprozessen (ebd.). In der Abschlussdiskussion am Sonntag sollte der Kongress kritisch ausgewertet und über *weiße* Privilegien gesprochen werden; da sich beides als unmöglich erwies, verließen die nicht-*weißen* und jüdischen Teilnehmerinnen* vorzeitig die Veranstaltung (ebd.: 100–103, 114).

Getrennte Wege und Aufbruch der afro-deutschen Frauenbewegung

Zu Beginn des Jahres 1990 wandte sich May Ayim (1996: 61) in ihrem *gedicht gegen die deutsche sch-einheit* gegen rassistische Unterdrückung, die sie in der Wendezeit erlebte, gegen rassistische Kategorisierungen und Beschränkungen, und behauptete einen Platz für sich in der (gesamtdeutschen) Gesellschaft: „ich werde trotzdem // afrikanisch // sein // auch wenn ihr // mich gerne // deutsch // haben wollt // und werde trotzdem // deutsch sein // auch wenn euch // meine schwärze // nicht paßt“. Den äußersten Rand, der ihr und anderen marginalisierten und von rassistischer Diskriminierung betroffenen Personen zugewiesen wird, transformiert sie zu einem möglichen Raum der FREIHEIT gemeinsam mit Schwestern und Brüdern, mit denen sie bewusst Begrenzungen überschreitet, aber auch nach ihrem Willen wiederkehrt, und dabei „grenzenlos und unverschämt“ (Ayim 1997) bleibt.

Vom 8. bis 10. Juni 1990 hatte eine *Tagung von/für ethnische und afro-deutsche Minderheiten* in Bremen stattgefunden, und nach der Kölner Erfahrung beschlossen nicht-*weiße* Frauen, sich weiter untereinander zu vernetzen. Der *Zweite bundesweite Kongreß von und für Immigrantinnen, Schwarze deutsche, jüdische und im Exil lebende Frauen* fand vom 3. bis 6. Oktober 1991 in Berlin statt (Ayim/Prasad 1992). Es ging um Reflexion von Machtverhältnissen in den Frauenbewegungen und Rassismus, Austausch von Erfahrungen und Vernetzung, Selbstorganisation und kreativen Widerstand, Identitätsprozesse angesichts von Marginalisierung und Diskriminierung sowie Empowerment. Die Erfahrungen waren unterschiedlich, aber gerade afro-deutsche Frauen erlebten die Begegnungen der Wendezeit und unmittelbaren Nachwendzeit als gemeinsamen Aufbruch. So berichtet Peggy Piesche (2015) über die Chancen, die sich für sie als Schwarze lesbische Frau mit der Öffnung der inneren und äußeren Grenzen verbanden:

„Für mich war es der Beginn eines Weges, pluralisierte Repräsentationen, die ich selbst verkörperte, mit und in anderen zu finden. Ich konnte im wahrsten Sinne des Wortes die Bewegungen finden, die mir in der DDR gefehlt haben. Mit den Schwarzen Frauen und Lesben von ADEFRA habe ich das, was ich fühlte und die Wörter, die ich zwar kannte, nun so füllen können, dass ich diese Teile meiner Identität zusammen leben konnte. Für die Schwarze

lesbische Bewegung kann ich sagen, dass wir zueinander gekommen und mit dieser gebündelten Energie in eine politische sehr nachhaltige Zeit der 1990er aufgebrochen sind.“

Von solch einem Aufbruch träumten auch die Frauenbewegungen der Wendezeit, aber sie schienen eben auch davon zu träumen, in aller Unschuld *weiße* feministische Politiken zu machen und *alle* Frauen zu repräsentieren, statt sich selbst zu reflektieren und Veränderungen auch bei sich selbst zu beginnen (Kaufmann 1991: 107). Nichtdiskriminierung auf Grund von Herkunft, Hautfarbe und Nationalität waren immer Bestandteil der politischen Selbstverortungen und Visionen der autonomen DDR-Frauenbewegung von 1989/90, doch antirassistische Praxen wurden nicht gelebt. Viele aktive Frauen in West und Ost hatten auch zuvor weder persönlichen noch politischen Kontakt zu nicht-*weißen* Frauen und ihre Politiken waren durch ihre eigenen Erfahrungen geprägt. In der Umbruchzeit die notwendigen Praxen zu entwickeln, war eine enorme Herausforderung: „Eine antirassistische Lebenseinstellung zu gewinnen und zu praktizieren, ist kein geistiges Reinigungsritual, sondern ein ständiger, umfassender Handlungsprozeß“ (Ghirmazion/Jacobsohn 1991: 6). Da diese Herausforderung unbearbeitet blieb, entwickelten sich Repräsentationsanspruch und politische Praxen immer weiter auseinander, historische Chancen zur Veränderung deutscher Frauenbewegungen wurden verpasst und die Wege der Schwarzen und *weißen* Akteurinnen* trennten sich bis auf ganz wenige Ausnahmen¹¹.

Visionen zwischen großen Gesellschaftsentwürfen, Dystopien und utopischen Momenten im Gegenwärtigen

Der Traum von Solidarität ist keine feministische Vision, wenn er sich in überlegener Ignoranz über Herrschaftsverhältnisse und die eigenen Verstrickungen in diese hinwegsetzt. Intersektionale Analyse¹² ist ebenso notwendig wie eigene Veränderung und Umverteilung oder Abschaffung von Privilegien. Dessen eingedenk, sollen die Visionen der Frauenbewegungen im ‚Winter der Anarchie‘ noch einmal in den Kontext von Utopien und Visionen eingeordnet, als politische Handlungsform betrachtet und auf ihre ‚Vererbungstauglichkeit‘ überprüft werden.

¹¹ Die Frauenkreise Berlin, von Frauen* aus der lila offensive mitgegründet, arbeiten bis heute rassismuskritisch, solidarisch und bündnisorientiert mit einem Fokus auf strukturelle intersektionale Diskriminierungen (<https://www.frauenkreise-berlin.de/>).

¹² Produktiv könnten daher die kritischen Betrachtungen zur derzeit sehr erfolgreichen feministischen Dystopie *The Handmaid's Tale* werden, hierzu statt vieler Fink (2019: 33ff.).

Große Gesellschaftsentwürfe, große Kritik, große Männer

Nicht erst in der Wendezeit – die Frauen waren nach eigenem Bekunden „als Utopisten verrufen“ (Ila offensive 1990: 63) –, sondern schon im 19. Jahrhundert wurde der Begriff des Utopischen zunehmend negativ konnotiert und mit Schwärmerei, Phantasie oder Hirngespinnsten gleichgesetzt (Daniel/Klapeer 2019: 12). Andererseits ist es gerade das Merkmal visionären Denkens, das es sich eben nicht auf das Bestehende oder das (scheinbar) Machbare beschränkt. Dabei gibt es eine Form utopischer Literatur, die eher als systemstabilisierend angesehen werden kann: die großen utopischen Romane von Männern in der Nachfolge von Thomas Morus *Von der besten Staatsverfassung und von der neuen Insel Utopia* (1516).

In diesem berühmten Werk nutzt der Autor die detaillierte Darstellung einer imaginierten Gesellschaft, um Kritik am bestehenden Staatswesen zu äußern. Allerdings sind Sklaverei, Patriarchat und Unterdrückung von Frauen auch in seiner idealen Gesellschaft Strukturelemente, auf die nicht verzichtet werden kann. Morus ist Gründungsvater einer umfangreichen Literatur inklusive Science-Fiction, in der sich die Autoren eher Außerirdische vorstellen können als beispielsweise nicht-hierarchische oder nicht-binäre Geschlechterverhältnisse. Auch die politischen Erben von Utopia bewegen sich in einer Vorstellungswelt von liberalen Gesellschaftsvertragstheorien – unter Ignoranz des zugrunde liegenden Geschlechtervertrages (Pateman 1989) – oder etatistischen Sozialutopien, die zwangsläufig im autoritären Staat enden.

Von Autorinnen verfasste Utopien und utopische Literatur setzen deutlich andere Akzente (auch zum Folgenden Roß 2001; vgl. auch Holland-Cunz 1988). Sie sind geprägt von dezidiertem Staatsferne und basisdemokratischen Entscheidungen, sozialen Konfliktlösungen oder Selbstverwaltungsmodellen und Institutionenkritik. Auch wenn sie nicht im engeren Sinne feministisch sind, weisen sie oft ein hohes Interesse für Geschlechterverhältnisse, Ehe und Familienformen, reproduktive Arbeit und reproduktive Gerechtigkeit auf. Soziale Beziehungen werden als konstitutiv für eine Gesellschaft betont und auch Versorgungsfragen und soziale Rechte ausführlich behandelt. Auffällig ist ferner die Fokussierung auf ökologische Nachhaltigkeit und Umweltschutz sowie eine hohe Wertschätzung solidarischer Praxen.

Visionen als politisches Handeln: Das Un/Mögliche denken und anfangen

Visionen und Utopien sind politische Handlungsformen, die das Bestehende herausfordern, indem sie eine andere Gesellschaft denken und dieses Denken artikulieren können. Barbara Holland-Cunz (1988: 9) stellt Ernst Bloch an den Beginn ihrer Dissertation, der über das Ungeheure der Kategorie des Neuen

schreibt: „Deren Inhalte sind nicht bloß die unerschienenen, sondern die unentschiedenen, sie dämmern in bloßer realer Möglichkeit, haben die Gefahr des möglichen Unheils in sich, aber auch die Hoffnung des möglichen, noch immer nicht vereitelten, durch Menschen entscheidbaren Glücks.“ Die Hoffnungslosigkeit hält Bloch dagegen für das Unaushaltbarste und schlicht Unerträgliche.

Das Utopische oder Visionäre als Voraus- und Anders-Denken, als Denken, welches Möglichkeitsräume erweitert und damit erst schafft, wäre danach nicht Vorstufe, sondern selbst politisches Handeln. Die Frauen im ‚Winter der Anarchie‘ entwickelten Visionen eines feministischen, grundsätzlich antiras-sistischen und basisdemokratischen Sozialismus. Sie waren zuvor in Opposition gewesen zu einem System, das sich als moralisch überlegen, als fast verwirklichte Vision verstand und inszenierte, aber im Alltag oft totalitär, unmenschlich, starr und von patriarchalen Strukturen durchzogen war. Das Denken und Aussprechen von konkreten Alternativen zu einem geschichtsvollendenden System einerseits und dem Sieger der Geschichte andererseits sind selbst politisch. Das hebt das Verharren in Denkmustern binärer Geschlechtlichkeit, in begrenzten Vorschlägen zur Änderung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, in unreflektierten rassistischen Alltagsstrukturen und in ökonomischer Ignoranz nicht auf. Aber die Vorschläge der Frauenbewegungen im ‚Winter der Anarchie‘ haben den politischen Möglichkeitsraum feministischer Bewegungen erweitert. Sie haben denkbare Alternativen zum Beitritt zu einem kapitalistischen System und zur Beibehaltung des patriarchalen Status quo artikuliert, Erwartungen zu politischer Beteiligung von Frauen, sozialen Rechten und Nichtdiskriminierung beharrlich normalisiert und damit Hoffnung als politische Ressource mobilisiert.

Momente des Utopischen im Gegenwärtigen

Zugleich haben die Frauen solche Alternativen nicht nur gedacht und ausgesprochen, sondern versucht, etwas davon in ihren alltäglichen Praxen bereits zu verwirklichen. Dies weist auf die von Antje Daniel und Christine M. Klapeer (2019: 16ff.) so wunderbar bezeichneten „Momente des Utopischen im Gegenwärtigen“. Visionen beschreiben nicht nur eine bessere Welt oder eine gerechtere Gesellschaft, sie sind Anstiftung zu transformativen Alltagspraxen. Das Bewusstsein, das vom umgebenden Sein abweicht, hat Sehnsucht nach Transformation, es möchte, dass die imaginierte Alternative sich sozial verwirklicht, und es handelt danach.

Mit diesem alltäglichen Anders-Sein und Anders-Tun haben queer-feministische und antikapitalistische Bewegungen Erfahrungen, auf die ich hier gar nicht im Einzelnen eingehen kann. Schlagwortartig seien nur einige Beispiele genannt wie Commons und nicht-kommerzielle Landwirtschaft, Tauschringe,

Fridays for Future und basisdemokratische Projekte, aber auch Care Revolution, reproduktive Gerechtigkeit oder Frauenstreik. Auch Queerness ist ein Konzept, was ebenso Vision wie Wirklichkeit ist und in alltäglichen Praktiken und Erfahrungen, queeren Identitäten und Familienformen, performativen Geschlechterverwirrungen und Ästhetiken jenseits heteronormativer Bilder kontinuierlich realisiert werden kann. Von politischen Praxen sollte allerdings erst gesprochen werden, wenn utopische Momente in Kommunikation und Kollektivität stattfinden. Gemeinsame Alltagspraktiken des Anders-Seins und Anders-Tuns schaffen Orte des Anderssein-Könnens und der Abweichung, sie besetzen die leeren Strände an den Rändern der Gesellschaft.

Teils konnte in der Wendezeit auf solche Praxen zurückgegriffen werden. Die DDR-Frauengruppen hatten Übung darin, sich trotz Repressionen zu vernetzen und jeden noch so kleinen Freiraum zu besetzen und mit eigenen widerständigen Praxen zu füllen. Einige Frauen haben erhebliche Repressionen erlitten, einige sind gegangen, einige haben in Widersprüchen und Widerständigkeit gelebt. Manche dieser Praxen werden gar nicht erinnert, weil sie nicht als politisch (an)erkannt werden, da westdeutsche Vorstellungen von feministischer Politik die Erwartungen der Nachgeborenen prägen und westdeutsche Dominanz die Erinnerung selbst behindert (hierzu Bock 2019: 123ff.).

Häufig sind soziale Bewegungen voneinander getrennt, Fragen nicht-kapitalistischer sozialer Reproduktion werden andernorts als Transformation von Geschlechterverhältnissen verhandelt. Auch wenn nicht jede*r alles zugleich ändern kann, zielt eine Vision doch auf die Veränderung des Ganzen und greift eine Fokussierung nur auf einige Herrschaftsverhältnisse zu kurz, wie die fehlende Auseinandersetzung mit Rassismus in den deutschen Frauenbewegungen exemplarisch zeigt. Es braucht Bündnisse und inklusive Solidarität; Visionen und Utopien können nur gemeinsam in alternative Wirklichkeiten transformiert werden. Unverzichtbare Voraussetzung hierfür ist die eigene Bereitschaft und Fähigkeit zur Veränderung. Feministische Visionen und Transformationsprozesse müssen von organisierter Offenheit, Konfliktfähigkeit, kontinuierlicher (Selbst-)Reflexion und dynamischen (Eigen-)Korrekturmöglichkeiten geprägt sein.

Visionen als feministisches Erbe

Visionen als Erbe können nicht die große Meisterinnen*-Erzählung sein, die den Enkel*innen übergeben wird. Der eschatologische Ansatz von Utopien mit klar definiertem Ziel, das mit allen Mitteln zu erreichen und dann nicht mehr in Frage zu stellen ist, hat sich – vorsichtig ausgedrückt – gerade mit Blick auf staatsorientierte Visionen nicht bewährt. Nicht umsonst haben die Frauenbe-

wegungen der Wendezeit die beständige Veränderungsfähigkeit als zentral benannt. Visionen sind möglicher Leitstern, Anregung, Ermutigung und Aufforderung zu emanzipatorischer und transformativer Praxis, die je konkret und kontingent, selbstreflexiv, inklusiv und entwicklungs offen ist. Visionen als Erbe sind nicht Vermächtnis, sondern Aufgabe (s. Roß 2001: 82ff.). Die Nachgeborenen müssen mit ihnen etwas anfangen können und wollen.

Ulla Hahn (2004: 9) sagt dies für die Dichtung, mit der sich was fangen und anfangen lässt, aber für Visionen oder utopische Momente des Gegenwärtigen gilt dies ebenso. Auch mit ihnen „mußt du was an // fangen können eine Reise // um die Welt einen Fisch // [...] // die Fahrkarte // muß du schon selber kaufen // oder die Angel den Engel // nicht leugnen wenn er dich ruft // [...] // im Flug ohne Angst // vor dem Absturz oder // der anderen Welt //“.

Die Frage nach feministischen Visionen wirkt seltsam in einer Gesellschaftsordnung, die durch politische Sachzwänge einerseits und unbegrenzte Möglichkeiten andererseits gekennzeichnet ist, aus denen der*die Einzelne aber richtig auswählen muss, soll das eigene Leben gelingen (Daniel/Klaeper 2019: 9ff.). Es hat sich unter Effektivitäts- und Effizienzgesichtspunkten eine Art Ich-Utopie entwickelt, die das politische Wir ablöst. Nicht das bessere Leben für alle oder eine gerechtere Welt steht im Fokus, sondern die Verbesserung des individuellen Selbst, des Körpers, der Leistung. Entsolidarisierung, Stress und Krankheit sind die Folge. Neoliberale Ideologien inszenieren sich selbst als post-ideologisch und negieren das Soziale als Sphäre des politischen Handelns. Damit wird die Möglichkeit politischer Imagination gesellschaftlicher Alternativen ausgelöscht. Der Untergang des Realsozialismus war nicht das Ende der Geschichte, aber neoliberale Ideologien können das Ende des Politischen sein. Zu ihrer ‚egoistischen Vernunft‘ gibt es keine Alternative. Und alle, die sich dem unterwerfen, werden ihr eigenes Gefängnis.

Wer Sehnsucht zeigt, mag sich verletzbar machen, aber wer keine Sehnsucht mehr spüren kann, ist schon tief verletzt. Visionen sind unverzichtbar, weil sie das Politische aus dem Totenreich zurückholen und zugleich eine Praxis gegen neoliberale Verstümmelung und Selbstverstümmelung bilden. Rechtspopulistische Bewegungen, Ressentiments, Menschenfeindlichkeit und repressive Skandalisierung werden durch die Krise des Utopischen begünstigt. Sie müssen keine Lösungen für Anerkennungs- und Verteilungskonflikte bieten, sondern füllen die durch Sachzwangspolitik aufreißende Leere oder werden zum Substitut von Emanzipationspraxen.

Wer den ‚Winter der Anarchie‘ vergisst, kann nur das Trauma der Realpolitik erben. Schon ihr Misserfolg diskreditiert unsere Vorgängerinnen. Hinzu kommt der Vorwurf, aus fehlendem Machtinstinkt verantwortlich für das eigene Scheitern zu sein. Tatsächlich gelang es nicht, westdeutsche Frauenbewegungen mit visionärer Kraft anzustecken und aus ihren Begrenzungen zu locken. Auch aktuelle feministische Bewegungen beschränken sich allzu häufig auf das politisch Durchsetzbare, Realistische, Erreichbare. Die Erinnerung

an die Frauenbewegungen im ‚Winter der Anarchie‘ kann unterstützen, solche kontraproduktiven Selbstbeschränkungen aufzugeben und von weiblicher Bescheidenheit und Anpassung zu produktiver Unverschämtheit und feministischer Lebendigkeit zu kommen.

Diese Erinnerung wird zugleich nie schmerzfrei sein können. Die Frauenbewegungen im ‚Winter der Anarchie‘ haben vieles versäumt: Ökonomische Fragen und Strukturen wurden ignoriert. Chancen und Notwendigkeiten eigener Veränderung von einem unreflektierten Antifaschismus hin zu Selbstreflexion und antirassistischen Praxen wurden verpasst. Ein kolonisierendes ‚Wir Frauen‘ wurde als exklusiver Standard feministischer Politiken gesetzt. Die Verweigerung, eigene Privilegien und eigene Beteiligung an Herrschaftsverhältnissen zu erkennen und anti-patriarchale Politiken auch gegen rassistische Strukturen sowie kapitalistische und neoliberale Logiken zu wenden, hat Frauenbewegungen im ‚wiedervereinigten‘ Deutschland geprägt und prägt sie weiterhin, solange davon profitierende *weiße* und nicht-behinderte Frauen dies nicht ändern.

Wir (*weißen*) Nachgeborenen können versuchen, es anders und mit unseren eigenen Fehlern zu machen (s. auch Behrend 1997: 124). Aber die Antwort auf die Unvollkommenheit der Visionen und Praxen aus dem ‚Winter der Anarchie‘ sollte weder Vergessen noch die Selbstreduktion auf ‚das Machbare‘ sein noch die Fortführung eines ausgrenzenden, bevormundenden und Privilegien sichernden Repräsentationsanspruches. Das Scheitern der Frauenbewegungen der Wendezeit an ihren eigenen Ansprüchen nicht-diskriminierender feministischer Politiken ändert nichts an deren Möglichkeit und Notwendigkeit. Auch das Scheitern an den ‚realpolitischen‘ westdeutschen Machtverhältnissen ist keine Entschuldigung, denn nur durch utopische Alltagspraxen selbst entstehen die Freiräume, die Alternativen, die anderen Politikformen, nach denen wir uns sehnen oder wieder zu sehnen lernen sollten. Hilde Domin (1959) schreibt: „Ich habe Heimweh nach einem Land // in dem ich niemals war, [...] // Ich fahre // nach Inseln ohne Hafen, // ich werfe die Schlüssel ins Meer // gleich bei der Ausfahrt“. Es sollte heißen: *Wir* fahren nach Inseln ohne Hafen; *wir* werfen die Schlüssel ins Meer gleich bei der Ausfahrt. Denn ohne inklusive Solidarität, ohne das Aufgeben von Privilegien, Schlüsseln, Antworten und Herrschaftsmacht für das gemeinsame Neue kann es nicht gelingen.

Visionen sind keine Flucht vor unerträglichen Realitäten, sondern als reflexive Bündnisarbeit notwendige politische Transformationsarbeit, weil Dinge sich sonst nie ändern werden. Sie brauchen unsere Beharrlichkeit in Alltagspraxen, unsere Imaginationskraft über den Alltag hinaus, unsere Furchtlosigkeit, Bekanntes loszulassen, und alles, was inklusive Solidarität ermöglicht. 30 Jahre später können und dürfen wir mit kritischer Zärtlichkeit an die Frauenbewegung im ‚Winter der Anarchie‘ zurückdenken, sie zugleich weiterdenken und weiter handeln, und unsere eigenen Freiräume schaffen für Visionen als lebbare Alternativen zu Sachzwängen und neoliberaler Selbstoptimierung,

zu Rassismus und Heteronormativität, und wider die Tendenzen der Ent-Solidarisierung.

Werfen wir die Schlüssel ins Meer und setzen wir Segel.

Literaturverzeichnis

- Ayim, May (1997): Grenzenlos und unverschämt. Berlin: Orlanda-Frauenverlag.
- Ayim, May (1996): blues in schwarz weiss. Gedichte. 2. Aufl. Berlin: Orlanda-Frauenverlag.
- Ayim, May/Prasad, Nivedita (Hrsg.) (1992): Wege zu Bündnissen. Dokumentation. Tagung von/für ethnische und afro-deutsche Minderheiten, Bremen 8.– 10. Juni 1990; Zweiter bundesweiter Kongreß von und für Immigrantinnen, Schwarze deutsche, jüdische und im Exil lebende Frauen, Berlin 3.– 6. Oktober 1991. Berlin: Freie Universität.
- Bastian, Katrin/Labsch, Ev/Müller, Sylvia (1990): Zur Situation von Frauen als Arbeitskraft in der DDR. In: lila offensive (Hrsg.): Frauen in die Offensive. Texte und Arbeitspapiere der Gruppe „lila offensive“. Berlin: Dietz Verlag, S. 70–90.
- Behrend, Hanna (1997): Rückblick aus dem Jahr 2000. Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht? In: dies. (Hg.): Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft. Bd. 4. Berlin: Trafo-Verl. Weist, S. 11–128.
- Bock, Jessica (2019): Kein einzig Schwesterland. Über die bestehende Un-Einigkeit zwischen ost- und westdeutscher Frauenbewegung. In: femina politica 28, 2, S. 121–130.
- Braun, Anneliese (2000): Ost-West-Kontakte der eher (noch) seltenen Art. Feministische Denkweisen als Klammer und als Überlebenshilfe. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 23, 54, S. 37–49.
- Braun, Volker (2010): Das Eigentum (Juli 1990). In: Lentz, Michael/Opitz, Michael (Hrsg.): In diesem Land. Gedichte aus den Jahren 1990–2010. Frankfurt am Main: S. Fischer, S. 63.
- Daniel, Antje/Klapeer, Christine M. (2019): Einleitung. Wider dem Utopieverdruss. Queer*feministische Überlegungen zum Stand der Debatte. In: femina politica 28, 1., S. 9–31.
- Domin, Hilde (2009): Auf Wolkenbürgschaft (1959). In: Herweg, Nikola/Reinhold, Melanie (Hrsg.): Hilde Domin. Sämtliche Gedichte. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, S. 56.
- Engels, Henny (2000): Meine deutsch-deutsche Geschichte. Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört? In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 23, 54, S. 103–106.
- Enkelmann, Dagmar/Külow, Dirk (Hrsg.) (2019): Emanzipiert und stark. Frauen in der DDR. Berlin: Eulenspiegel Verlagsgruppe.
- Fink, Dagmar (2019): Welche Geschichten Zukunft schaffen. Zwei (afrofuturistische und) feministische Spekulative Fiktionen. In: femina politica 28, 1, S. 32–45.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.

- Gast, Gabriele (1973): Die politische Rolle der Frau in der DDR. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Geipel, Ines (2019): Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Gerhard, Ute (2018): Für eine andere Gerechtigkeit. Dimensionen feministischer Rechtskritik. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Ghirmazion, Asgedech/Jacobsohn, Michéle (1991): Einleitung. In: Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hrsg.), S. 5–6.
- Gröschner, Annett (1990): Geschichte der SED. Abteilung– Frauen. Eine Farce. In: lila offensive (Hrsg.): Frauen in die Offensive. Texte und Arbeitspapiere. Berlin: Dietz Verlag.
- Hahn, Ulla (2004): So offen die Welt. Gedichte. München: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 9.
- Hampele Ulrich, Anne (2000): Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Vereinigungsprozeß. Berlin: Berliner Debatte Wiss.-Verl.
- Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) (1993): Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Holland-Cunz, Barbara (1988): Utopien der Neuen Frauenbewegung. Gesellschaftsentwürfe im Kontext feministischer Theorie und Praxis. Meitingen: Corian-Verlag Wimmer.
- Holland-Cunz, Barbara (Hrsg.) (1987): Feministische Utopien – Aufbruch in die post-patriarchale Gesellschaft. Meitingen: Corian-Verlag Wimmer.
- Hömborg, Barbara (1994): Geteilte Schwestern? Die Zusammenarbeit in der Ost- und Westfrauenbewegung. Berlin: C. Hoffmann.
- Ilsen, Almut (2019): Zersetzt? Die „Frauen für den Frieden“ und die Stasi. In: Ilsen, Almut /Leiserowitz, Ruth (Hrsg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 155–249.
- Internationale Gruppe Allerweltshaus (1991): Das neue AusländerInnengesetz. In Kraft seit 1.1.1991. In: Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hrsg.): Blick zurück im Zorn. Leverkusen, S. 118–124.
- Kahlau, Cordula (Hrsg.) (1990): Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR. Dokumentation. München: Frauenoffensive.
- Kaufmann, Bettina (1991): Unsere Unterschiede und Gemeinsamkeiten erkennen. In: Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hrsg.): Blick zurück im Zorn. Leverkusen, S. 106–107.
- Kenawi, Samirah (1995): Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre. Eine Dokumentation. Hrsg. von GrauZone – Dokumentationsstelle zur nichtstaatlichen Frauenbewegung in der DDR. Berlin.
- Kuhrig, Herta/Speigner, Wolfram (Hrsg.) (1978): Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR. Sammelband; Wissenschaftlicher Beirat "Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft" bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. Leipzig: Verlag für die Frau.
- Leiserowitz, Ruth (2019): Die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin. Eine Einleitung. In: Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hrsg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 11–36.

- Lembke, Ulrike (2021a): Verpasste Modernisierung. Die Konsolidierung patriarchaler Staatlichkeit in juristischen Diskursen über die gesamtdeutsche Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs 1990 bis 1993. In: *Ariadne* 38, 77, S. 183–203.
- Lembke, Ulrike (2021b): Debatten um die Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs 1990 bis 1993. Kulturelle Differenzen oder westdeutsche Hegemonie? In: Ludwig, Markus/Schmahl, Stefanie (Red.): 30 Jahre Deutsche Einheit. Recht und Politik Beiheft 8, S. 58–72.
- Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.) (2020): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- lila offensive (Hrsg.) (1990): *Frauen in die Offensive. Texte und Arbeitspapiere der Gruppe „lila offensive“*. Berlin: Dietz Verlag.
- Lindner, Bernd (2014): Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 64, 24–26, S. 33–39.
- Lorenz, Sophie (2020): »Schwarze Schwester Angela« – Die DDR und Angela Davis. Kalter Krieg, Rassismus und Black Power 1965–1975. Bielefeld: transcript.
- Matthäus, Sandra (2019): ‚Der Osten‘ als Teil ‚des Westens‘ und ‚des Rests‘. Eine unmöglich knappe Skizze der Potenziale Postkolonialer Theorien für eine Analyse ‚des Ostens‘. In: *femina politica* 28, 2, S. 130–135.
- Merkel, Ina (1990): Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Einige Frauen-Fragen an ein alternatives Gesellschaftskonzept oder: Manifest für eine autonome Frauenbewegung. In: Kahlau, Cordula (Hrsg.), *Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR. Dokumentation*. München: Verlag Frauenoffensive, S. 28–38.
- Miethe, Ingrid (2001): Frauenfriedensbewegung der DDR in der Diskussion der Neuen Sozialen Bewegungen. In: *Feministische Studien* 19, 1, S. 79–89.
- Nguyen, Angelika (2019): Porträt. In: Piesche, Peggy (Hrsg.): *Labor89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost*. Berlin: Yilmaz-Günay, S. 11–29.
- Panorama DDR-Auslandspresseagentur (1986): *Gleiche Rechte – gleich genutzt? Frauen in der DDR*. Berlin: Panorama DDR.
- Roß, Bettina (2001): Politische Utopien in Umbruchsituationen. Eine feministische Sichtung. In: Bock, Karin/Fiedler, Werner (Hrsg.): *Umbruch in Ostdeutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 65–89.
- Runge, Irene (1993): „Auf einmal war ich Ausländerin“ – Erinnerungen an eine DDR. In: Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945–1992*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 351–363.
- Schenk, Christina (1990): Experiment Unabhängiger Frauenverband. In: *Argument* 32, 184, S. 847–857.
- Scholz, Hannelore (1997): *Die DDR-Frau zwischen Mythos und Realität. Zum Umgang mit der Frauenfrage in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1945–1989*. Schwerin: Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung MV.
- Schwarz, Gislinde (1990): *Aufbruch der Hexen. Die Revolution der Frauen in der DDR*. In: Kahlau, Cordula (Hrsg.): *Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR. Dokumentation*. München: Verlag Frauenoffensive, S. 8–24.
- Stern, Katja/Boeck, Brigitte (1970): *Das schöne Geschlecht und die Gleichberechtigung in der DDR*. Berlin.

- Süß, Walter (2000): Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. 3., unveränderte, Auflage. Berlin: BStU. Abrufbar unter: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/> [Zugriff: 31.03.2022].
- UFV (1990): Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Berlin: Argument extra.
- Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hrsg.) (1991): Blick zurück im Zorn. Dokumentation des Kongresses „Frauen gegen Nationalismus – Rassismus / Antisemitismus – Sexismus“ 16.–18. November 1990 in Köln. Leverkusen.
- Waibel, Harry (1996): Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Köln: PapyRossa-Verlag.
- Young, Brigitte (1999): Triumph of the Fatherland. German Unification and the Marginalization of Women. The University of Michigan Press.
- Weinzierl, Ruth (2009): Der Asylkompromiss 1993 auf dem Prüfstand. Gutachten zur Vereinbarkeit der deutschen Regelungen über sichere EU-Staaten und sichere Drittstaaten mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, dem EU-Recht und dem Deutschen Grundgesetz. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Winkler, Gunnar (Hrsg.) (1990): Frauenreport '90. Im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Marina Beyer. Berlin: Verlag Die Wirtschaft.

Staatliche und rechtliche Quellen

- Bundesregierung (2018): Chronik 1989/1990 – Der Weg zur Deutschen Einheit. 19. September 2018. Abrufbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/friedliche-revolution-und-wiedervereinigung/chronik-der-ereignisse-1989-1990> [Zugriff: 31.03.2022].
- Bundesverfassungsgericht vom 19.11.2021, Az. 1 BvR 971/21, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/11/rs202111191bvr097121.html>.
- Bundesverfassungsgericht vom 9.2.2010, Az. 1 BvL 1/09, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2010/02/ls20100209_1bv1000109.html.
- Bundesverfassungsgericht vom 14.5.1996, Az. 2 BvR 1938/93, 2315/93, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1996/05/rs19960514_2bvr193893.html.
- Bundesverfassungsgericht vom 14.5.1996, Az. 2 BvR 1507/93, 1508/93, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1996/05/rs19960514_2bvr150793.html.
- Bundesverfassungsgericht vom 14.5.1996, Az. 2 BvR 1516/93, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1996/05/rs19960514_2bvr151693.html.
- Bundesverfassungsgericht vom 28.5.1993, Az. 2 BvF 2/90 und 4, 5/92, <https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv088203.html>.

Internetquellen

- Frauenkreise Berlin Pankow. <https://www.frauenkreise-berlin.de/> [Zugriff: 31.03.2022].
- Kleps, Erhard: DDR 1989/90. Aufruf „Für die Menschen in unserem Land vom 28.11.1989. https://www.ddr89.de/d/plauen_land.html [Zugriff: 31.03.2022].
- Kleps, Erhard: DDR 1989/90. Aufruf „Für unser Land“ vom 26.11.1989. <https://www.ddr89.de/texte/land.html> [Zugriff: 31.03.2022].
- lila offensive (1991): taz, 26. Oktober 1991. https://www.lilaoffensive.de/chronologie_content.html [Zugriff: 31.03.2022].
- Literaturforum Brecht-Haus/Mediathek (2020): Autonome Republik Utopia. Das Jahr 1990 freilegen. Gespräch mit Julia Dimitroff, Peggy Mädler und Luise Meier vom 25.9.2020, Moderation von Daniela Dröscher, <https://lfbrecht.de/mediathek/autonome-republik-utopia-2/> [Zugriff: 31.03.2022].
- Piesche, Peggy (2015): „Sichtbarkeit kann niemals nur die eigene sein.“ Interview geführt von Nadine Lantzsch. <https://maedchenmannschaft.net/interview-peggy-piesche-lesben-in-der-ddr-sichtbarkeit-kann-niemals-nur-die-eigene-sein/> (26.05.2015) [Zugriff: 31.03.2022].
- Rohnstock, Katrin (1989): Redebeitrag für die lila offensive auf der Demonstration am 19. Dezember 1989 gegen den Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl in Berlin. <https://www.ddr89.de/lilo/LILO9.html> [Zugriff: 31.03.2022].

Hinweis

In der vorliegenden digitalen Fassung dieses Beitrags wurden die folgenden redaktionellen Fehler gegenüber der veröffentlichten Printfassung korrigiert:

S. 44, Absatz 1, Zeile 7/8: muss es heißen: „...hinter denen individuelle Bedürfnisse von großen und kleinen Menschen zurücktreten mussten“

S. 48, letzter Absatz, Zeile 3: Einfügung: „...§ 218 Strafgesetzbuch (BRD) in Berlin“

S. 48, Fußnote 9, Zeile 4: wurde die redaktionelle Frage gelöscht.

S. 51: ist „weiße“ in der Überschrift hervorzuheben.

S. 53, Absatz 2, Zeilen 3 und 20: ist „weiß“ kursiv zu setzen.

S. 55, Absatz 2, Zeile 3: Streichung „~~Eine~~-Intersektionale Analyse...“

S. 61, Literaturverzeichnis, Ayim (1996): Schreibung des Buchtitels: „blues in schwarz weiss“

Brachland Berlin¹ 1990. Als Christa Wolf statt am Schreibtisch an Runden Tischen saß²

Birgit Dahlke

Mit dem Kollaps des DDR-Sozialismus im Herbst 1989 wurde die Schriftstellerin Christa Wolf einen ungeheuren Erwartungsdruck los, sie erlebte das als große Erleichterung. Nach ihrer Unterschrift unter die Petition gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 hatte sie sich aus offiziellen Institutionen zurückgezogen und mit *Kein Ort Nirgends* (1979) der Literaturgeschichte der Marginalisierten zugewandt. Die eigene künstlerische Position fiel zunehmend mit derjenigen Günderrödes, Kleists und Büchners zusammen: „ein Gesellschaftsideal war gescheitert“ (Wolf, Ch. 2000: 716). Spätestens die von vier Vorlesungen begleitete Erzählung *Kassandra* (1983) hatte Wolf zu einer gesamtdeutschen Autorin werden lassen, deren Wort man auch in außer-literarischen Fragen Gewicht zugestand. Die Flut von Anfragen und Briefen war kaum noch zu bewältigen gewesen. In dem 2003 veröffentlichten ‚Tagebuch‘ *Ein Tag im Jahr. 1960–2000*, worin Wolf über vier Jahrzehnte jeweils am 27. September des Jahres Eindrücke und Erlebnisse festhielt, ist die Stimmungslage dieser letzten DDR-Jahre authentisch festgehalten.³ Kassandras Erfahrung der Ohnmacht und die schmerzhaft erkannte Erkenntnis, dass „die Ihnen nicht die Ihnen sind“, findet sich auch in Selbstaussagen der Autorin über ihren langen Weg der Loslösung aus falschen Loyalitäten. Wohl bei kaum einem Buch war die Rezeption in Deutschland Ost und West so weit auseinandergegangen wie bei *Kassandra*. Während sich in der DDR die Aktivist_innen einer unabhängigen Friedensbewegung auf den Text als literarischem Weckruf zur Abrüstung auf beiden Seiten des ‚Eisernen Vorhangs‘ berufen hatten, war das Buch in der

- 1 Die Bezeichnung Brachland übernehme ich aus dem Titel eines für diesen Beitrag zentralen Essays Christa Wolfs von 1991 (vgl. Wolf, Ch. 1991b).
- 2 Die folgenden Überlegungen basieren auf Dahlke 2019. Dort nur kurz dargestellte Zusammenhänge entfalte ich hier und ergänze meine Darstellung um neues Material.
- 3 Das ursprünglich ausschließlich zur Selbstverständigung, nicht zur Publikation vorgesehene ‚Tagebuch‘ (meine Bezeichnung) weist durch die Konzentration auf den einen ausgewählten Tag jährlich gegenüber dem Format Tagebuch ein besonderes Potenzial als zeit- und mentalitäts-historische Quelle auf (vgl. Dahlke 2016: 316–331).

Bundesrepublik im Kontext der zeitgenössischen Frauenbewegung als Element weiblicher Traditionsbildung und Modell einer weiblichen Ästhetik wahrgenommen und gefeiert worden.

Das Jahr 1989

Wie erlebte die Schriftstellerin nun den historischen Einschnitt 1989? Der Eintrag zum 29. September 1989 im ‚Tagesbuch‘ verzeichnet „Bedrückung und Ratlosigkeit“. Ganz selbstverständlich hört das Ehepaar Wolf „alle halbe Stunde Nachrichten im Deutschlandfunk“, was die Besucher_innen Inge Aicher-Scholl und Otl Aicher erstaunt registrieren. Das Wort, das in Christa Wolf nach einer langen Nacht des Gesprächs über die deutsch-deutsche Geschichte auftaucht, ist „Vergeblichkeit“ (Wolf, Ch. 2003: 437, 446). Von heute aus, im Wissen um die kommende Entwicklung, erscheint mir ein Bild besonders interessant, das die Autorin in der Folge dieses Austauschs mit Gleichgesinnten aus dem anderen Teil Deutschlands entwirft: Überlegungen über die Ungleichzeitigkeit von Entwicklungen zwischen der Geschichte der Slawen (die beiden Paare hatten am Vortag das Museum in Groß Raden besucht) und der ihnen folgenden Germanen einerseits sowie der kulturellen Hochentwicklung im Mittelmeerraum andererseits gehen über in folgende Sätze:

„Die Einflußgrenze dieser verschiedenen Kulturen läuft durch Deutschland, ungefähr entlang der jetzigen Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Die beiden Volksteile, wenn wir sie mal so nennen wollen, stehen mit dem Rücken zueinander, die einen den Blick nach Westen, die anderen den Blick nach Osten gerichtet – und nicht erst seit 1945.“ (Wolf, Ch. 2003: 448)

Die letzte Passage ist entscheidend. Das Welt- und Geschichtsbild, das sich Christa Wolf bis zu diesem Zeitpunkt erarbeitet hat, reicht eben nicht nur zurück ins 20. Jahrhundert. Ein Jahr später, am 27. September 1990, ist der Eintrag dominiert von Schreibwiderstand und Niedergeschlagenheit. Nicht einmal die Zeitung interessiert die Protokollantin, wie sie irritiert registriert, die Wucht der äußeren Ereignisse scheint selbst die angestammten alltäglichen Rituale verändert zu haben. Zum zweiten Mal erscheint das Wort „Vergeblichkeit“. Die Autorin zählt die vergeblichen Rettungsaktionen auf, an denen sie im vergangenen, dem Wendejahr, mitgewirkt hat: die Erhaltung des Reclam Verlags, des Aufbau Verlags und der Akademie der Künste, die Diskussionen zur Zukunft des PEN-Clubs. An der Gründung des Verlags Basisdruck, der Zeitung *Die Andere*, an einem *Förderband Kultur* und an dem vergeblichen Versuch, ein *Berliner Tageblatt* zu etablieren, war sie beteiligt gewesen (Wolf, Ch. 2003: 459).

Nach den polizeilichen Übergriffen auf Demonstrant_innen am 7. und 8. Oktober 1989 (zu den Verhafteten in der Nacht zum 40. Jahrestag der DDR gehörten auch ihre Tochter Annette Simon und deren Mann Jan Faktor) war Christa Wolf Mitglied der Unabhängigen Untersuchungskommission zu den Übergriffen geworden. Diese Arbeit erfuhr sie als wichtige zivilgesellschaftliche Schule. Vom 15. November 1989 bis zum 14. März 1990 führte die Kommission 24 Befragungen verantwortlicher Amtsträger durch, darunter Egon Krenz, Günter Schabowski, Erich Mielke und Friedrich Dickel. Zu Wolfs grundlegenden Erfahrungen gehörte jedoch auch, dass die Ergebnisse der Kommission nach dem Herbst 1989 niemanden mehr interessierten – keiner der im Ergebnis gestellten Strafanträge führte zu einem Prozess.

Schon im Juni 1989 war sie aus der SED ausgetreten, ein seit 1976 längst überfälliger Schritt. Die lange geplante einwöchige Reise nach Moskau wird ihre letzte dorthin sein. In Wolfs Reisenotizen ist eine Episode besonders eindrucksvoll: Auf der Rückreise vom Flughafen Scheremetjewo wird sie von jungen Frauen nach der Entwicklung der aktuellen Leipziger Montagsdemonstration gefragt. Auf die Antwort, diese sei nach ihren Informationen friedlich verlaufen, hebt der Madrigalchor aus Magdeburg mitten in der Flughafenhalle spontan zu singen an: „O Täler weit, o Höhen“ (Wolf, G. 2014: 222).

Christa Wolf unterstützt das zunächst noch kriminalisierte Neue Forum, ruft wo sie kann zum Dialog, zur Einberufung Runder Tische und zur Öffnung der Medien auf. In den Wochen vor dem ‚Mauerfall‘ ist dieser vehemente Einsatz für alltägliche demokratische Praxen keineswegs so selbstverständlich, wie es nachträglich scheint. Anfang Oktober entscheidet sie sich, die westdeutsche Öffentlichkeit zu nutzen, um ihrem Plädoyer für den Dialog Geltung zu verschaffen – ihr Gespräch mit dem langjährigen DDR-Korrespondenten des Süddeutschen Rundfunks Gerhard Rein vom 8. Oktober 1989 wird noch am selben Tag unter dem Titel *Aufforderung zum Dialog* im Deutschlandfunk gesendet. Sie konstatiert darin einerseits Verzweiflung angesichts der jungen Menschen, die das Land verlassen. Andererseits beschreibt sie als Erfahrung der letzten Wochen „ein Gespräch fast aller Leute mit fast allen Leuten, wo immer sie sich treffen [...]. Es ist eine Gesellschaft in Bewegung.“ (Wolf, Ch. 1989c: 136) Ihr Appell für Gesprächsbereitschaft richtet sich ausdrücklich an alle Seiten, an das gerade gegründete Neue Forum wie an die Regierung. Dass sie auch an dieser Stelle nachdrücklich vor einer Kriminalisierung der neuen Bewegungen warnt, ruft in Erinnerung, mit welchen Strategien die Herrschenden bis dahin auf jegliche oppositionelle Regung reagiert hatten. Mit ihrer Angst vor einer Eskalation der Gewalt von unten wie von oben ist sie nicht allein. Ausdrücklich kritisiert sie die nach wie vor anhaltende Blockade der offiziellen Medien und würde ihre Meinung „viel lieber über den Rundfunk der DDR sagen“ (Ebd.: 139).

Wolf interveniert beim Generalstaatsanwalt, schreibt einen wider Erwarten abgedruckten Protestbrief an die Redaktion der Tageszeitung *Junge Welt*, initiiert Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen in der Akademie der Künste. Ein Artikel in der *Wochenpost*, in dem sie sich im Oktober 1989 mit der fehlenden Erziehung zur Mündigkeit in den Schulen auseinandersetzt, löst Zustimmung wie erregte Abwehr aus; mehr als 300 Briefe erreichen sie, auch solche voller Drohungen und schlimmster Beschimpfungen.⁴ Auf der Veranstaltung „Wider den Schlaf der Vernunft“ am 28. Oktober 1989 in der Berliner Erlöserkirche fordert sie die Einberufung einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Polizei-Gewalt vom 6. Oktober. Der zweite Teil ihrer Rede zur überfälligen Auseinandersetzung mit dem Stalinismus wird zeitgleich zu Beginn der im Deutschen Theater stattfindenden Lesung aus Walter Jankas Essay *Schwierigkeiten mit der Wahrheit* vorgetragen. „Die Krise, die aufgebrochen ist, signalisiert auch einen geistig-moralischen Notstand unserer Gesellschaft, der nicht so schnell zu beseitigen sein wird wie ein Versorgungsnotstand oder ein Reisedefizit.“ (Wolf, Ch. 1989e: 160)⁵ Am 4. November spricht sie auf dem Alexanderplatz, wie von den Veranstaltern gebeten, über die Sprache der Wende. Angesichts der vielen Menschen, die das Land verlassen, fordert Wolf zu bürgerschaftlichem Engagement auf: „Sehen aber die Bilder der immer noch Weggehenden, fragen uns: Was tun? Und hören als Echo die Antwort: Was tun! Das fängt jetzt an, wenn aus den Forderungen Rechte, also Pflichten werden: Untersuchungskommission, Verfassungsgericht. Verwaltungsreform. Viel zu tun, und alles neben der Arbeit. Und dazu noch Zeitung lesen!“ (Wolf, Ch. 1989d: 184) Direkt vom Podium wird sie mit einem Herzanfall ins Krankenhaus gebracht.

Trotz aller Skepsis lässt sie sich von Bürgerrechtler_innen überreden, einen Appell an die Bevölkerung zu richten, der im DDR-Fernsehen gesendet und am 28. November 1989 in der Tageszeitung *Neues Deutschland*, zwei Tage später in der *Frankfurter Rundschau* abgedruckt wird: „Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben.“ (Wolf, Ch. 1989f: 194)⁶ Es ist ein Plädoyer für die Eigenständigkeit der DDR, für eine „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“: „Noch

4 Wochenpost Nr. 43 vom 27.10.1989; auch in taz und Frankfurter Rundschau vom 31.10.1989. Vgl. die Auswahl der 170 abgedruckten Briefe in Gruner 1990.

5 Walter Janka (1914–1994), Leiter des Aufbau Verlages 1951–1956, war in einem stalinistischen Schauprozess zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Sein Essay erschien 1989 in Hamburg. Der Text Für Walter Janka wurde in der Berliner Zeitung vom 3.11.1989 und in Die Weltbühne 46 (1989) vom 14.11.1989, S. 1447–1448 abgedruckt.

6 Der Aufruf Für unser Land wurde u.a. von Ulrike Poppe, Wolfgang Berghofer, Volker Braun, Tamara Danz, Stefan Heym, Walter Janka, Sebastian Pflugbeil, Friedrich Schorlemmer, Konrad Weiß erstunterzeichnet und von Bärbel Bohley (Neues Forum), Ehrhart Neubert (Demokratischer Aufbruch), Hans-Jürgen Fischbach (Demokratie jetzt), Uta Forstbauer (SPD), Gerhard Poppe (Initiative Frieden und Menschenrechte) sowie Ruth Berghaus, Christoph Hein, Kurt Masur und Ulrich Plenzdorf unterschrieben. Eine Million Unterschriften wurden

können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“ (Ebd.: 194f.)

Wolf ist sechzig Jahre alt, als sie die Auf- und Abschwünge, die Wellen größter Erwartungen – auch an sie persönlich – und zugleich größter Enttäuschungen und öffentlicher Anfeindungen durchlebt. Allein die Briefe dieser Monate⁷ lassen den politischen Aktivismus und den Ausbruch lange angestauter Hoffnungen sinnlich nachvollziehbar werden. „Ich habe seit Wochen kein Buch gelesen, keine Zeile. [...] Ich kann mich nicht erinnern, daß das früher jemals in meinem Leben passiert ist. Wir befinden uns wirklich in einem Ausnahmezustand: alle unsere Gedanken und Gefühle werden völlig durch die gesellschaftlichen Prozesse vereinnahmt“, formuliert sie im Dezember 1989 im Interview (Wolf, Ch. 1989a: 205). Zeit zum Schreiben bleibt da schon gar nicht, dennoch wird Wolf diese Monate im Rückblick als beglückend und historisch einmalig charakterisieren, als Einübung in Demokratie, als demokratischen Prozess des Mündigwerdens nach langer Sprachlosigkeit.

Mehrfach sieht sie sich veranlasst, der Inanspruchnahme als Politikerin entgegenzutreten. Ihre Lesungen sind überfüllt, an der Leipziger Karl-Marx-Universität spricht sie am 21. November statt – wie angekündigt – über ihre Poetik über die konkreten politischen Erfahrungen des letzten Jahres. Da hat sich der Charakter der Montagsdemonstrationen schon grundlegend verändert, hin zu „Deutschland einig Vaterland“. Ausgehend vom interdisziplinären Dialog über ihr Buch *Störfall* mit den Kernphysikern Hans-Peter Dürr und Sebastian Pflugbeil sowie mit Ingenieuren des Atomkraftwerks Greifswald/Lubmin⁸ gründet sie im September 1989 einen deutsch-deutschen Gesprächskreis, der vom 29. November 1989 bis 29. März 2004 regelmäßig und mit wachsendem Zulauf politische Themen der Zeit diskutiert. Persönlichkeiten aus Natur- und Geisteswissenschaften, Politik und Kunst, Pfarrer_in, Lehrer_in und Student_in diskutieren, ausgehend von Vorträgen und Büchern, einmal im Monat miteinander. Zu den Gästen gehören u.a. Egon Bahr, Hanspeter Krüger, Jens Reich, Robert Kunz, Rosemarie Will, Wolfgang Ullmann, Wolfgang Thierse, Antje Vollmer, Hans Magnus Enzensberger, Daniel Granin, Dieter Klein, Peter Bender, Daniela Dahn, Richard von Weizsäcker, Wolfgang Engler, Nadine Gordimer, György Konrad, Irene Dölling, Hermann Simon, Elmar Altvater,

insgesamt gezählt. Christa Wolf hatte die Endfassung des Texts erstellt (vgl. Borchert/Steinke/Wuttke 1994).

7 Vgl. Wolf, S. 2016.

8 Die erste und zweite Veranstaltung vom 29.11.1989 und 23.1.1990 sind publiziert in: Drescher 1991. Dem waren die von Egon Bahr und Axel Schmidt-Gödelitz vermittelte Teilnahme am deutsch-deutschen Müggelsee-Gesprächskreis um den Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter sowie der von Christa Wolf initiierte Weiberkreis in den 1980er-Jahren vorausgegangen. Vgl. Grimm 2019: 125–30. Der Band dokumentiert Interviews, die Thomas Grimm 2008 im Rahmen seiner Zeitzeugen-TV-Reihe mit Christa und Gerhard Wolf geführt hatte. Vgl. auch <https://www.grimmchronik.com/christa-und-gerhard-wolf/> [Zugriff: 29.11.2021].

Salomon Korn, Sonja Margolina, Adolf Dresen, Rita Süßmuth, Oskar Negt, Lothar Bisky, Birgit Rommelspacher, Hans Otto Bräutigam, Uwe Wesel, Werner Mittenzwei, Moshe Zuckermann, Gerhard Rein, Edelbert Richter und Karl Schlögel. Das Bedürfnis nach solcherart Selbstverständigung und Austausch ist größer als vorherzusehen war, mehrfach drängen die Beteiligten auf Fortsetzung, wenn Wolf die Reihe beenden will. Zum Schluss umfasst die persönliche Einladungsliste 365 Namen von Personen aus Ost- und Westdeutschland aus immerhin fünf unterschiedlichen Generationen. In einem geschützten Raum unter Ausschluss der Presse kommen die verschiedensten sozialen und ökonomischen Beobachtungen im aktuellen Vereinigungsprozess auf den Tisch. Es geht um Tempo, Struktur und Folgen der Währungsunion, um den Begriff ‚Unrechtsstaat‘, um Elitenwechsel und Evaluierungskommissionen, um Kriterien einer anzustrebenden inneren Einheit und um Eigentum versus Besitz. Ganz zu Beginn der Reihe, im Februar 1991, ist Günter Gaus eingeladen, der 1990 unter dem Titel *Wendewut* eine Erzählung veröffentlicht hatte. Der Tonbandmitschnitt dieses Gesprächsabends in der (ostdeutschen) Akademie der Künste lässt erkennen, wie sich sämtliche Beteiligten angesichts der aktuellen Umbrüche dazu veranlasst sehen, das eigene Welt- und Menschenbild einer Überprüfung auszusetzen. Zur Sprache kommt, ob der 4. November oder der 9. November als wichtiger erfahren wurde, was Minderheit und Mehrheit der DDR-Bürger_innen unterscheidet, ob Sinnsuche etwas ist, das beide verbindet. Immer wieder fragen sich Anwesende, warum sie das doch schon länger offensichtlich ‚ausgehöhlte‘ DDR-Staatsgefüge so lange mitgetragen haben. Der Kreis funktioniert demnach nicht zuletzt auch als ein Gremium der kritischen Selbstverständigung unter Gleichgesinnten. Mehrere Redner_innen führen das antifaschistische Gründungsbekenntnis nach 1945 als Motiv ihrer überlangen Loyalität an. Am Ende der dreistündigen Debatte verteidigt Wolf vehement das Potenzial der „Ich-Reifung“ des Menschen und gesteht zugleich ein, dass sie ihren Glauben, die großen gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflussen zu können, verabschiedet hat: „Das ist eine makabre Art von Befreiung.“ (Mitschnitt 26.2.1991)⁹

Allein über den Zeitraum 1990 bis 1997 (bis dahin wurden die Gesprächsabende mitgeschnitten) ist es überaus aufschlussreich zu beobachten, wie sich Themen und Tonlage verändern. „Aber die Haltungen dazu [zum Eigentum,

9 Die Tonbandmitschnitte wurden im Rahmen einer Seminararbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin 2017 transkribiert und sind in der Arbeits- und Forschungsstelle Privatbibliothek Christa und Gerhard Wolf archiviert. Die Geschichte des Gesprächskreises zu rekonstruieren, ist ein noch weiterzuführendes Projekt von zeitgeschichtlicher Bedeutung. Eine Kurz-Übersicht über sämtliche Gespräche wurde von den Studentinnen 2019 erstellt. Von den Tonbandmitschnitten bis 1997 sind bislang fünf digitalisiert und transkribiert. Darüber hinaus ist das von dem Literaturfotografen Gerald Zörner (<https://www.gezett.de>, [Zugriff: 8.10.2020]) archivierte und der Arbeitsstelle Privatbibliothek Wolf großzügig zur Verfügung gestellte Bildmaterial erst noch systematisch auszuwerten.

B.D.] ändern sich nicht so schnell wie die Verhältnisse“, konstatiert die Literaturwissenschaftlerin Silvia Schlenstedt am 22. September 1994, als Daniela Dahns Sachbuch *Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten?* diskutiert wird.¹⁰ Bei aller Ernsthaftigkeit der Debatte schafft es Christa Wolf als Gastgeberin immer neu, eine Atmosphäre der Toleranz und Lockerheit zu sichern, wie eine Passage über sozialwissenschaftliche Perspektiven auf den gesellschaftlichen Umbruch im Osten am 25. Juni 1996 illustriert: Das Gespräch wendet sich der geschlechtsspezifischen Umverteilung von Kapital und Arbeit zu, als der eingeladene Soziologe Rudolf Schmidt danach fragt, wie belastbar das Kapital sei, „dieses flüchtige scheue Reh, wie es immer heißt“. Alles lacht. Christa Wolf kommentiert: „Wir hatten immer von Haien gesprochen.“ (Mitschnitt 25.6.1996)

Die Geschichte des über 15 Jahre existierenden Gesprächskreises bietet ein zeitgeschichtlich einzigartiges Material, dokumentiert doch schon allein die Veränderung der thematischen Schwerpunkte hin zur kritischen Reflexion des Transformationsprozesses eine Vielfalt von Perspektiven auf die rasante Entwicklung. Vor allem die Gesprächsmitschnitte bieten interessante Einblicke in Barrieren und Missverständnisse innerhalb der deutsch-deutschen Kommunikation. Als etwa im Februar 1996 westdeutsche DDR-Zeithistoriker zu Gast sind, um über einen Aufsatz in der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial* 4/5 1996 zu diskutieren (Wolf selbst ist diesmal verhindert), dozieren sie zunächst als Experten über die Köpfe des anwesenden Publikums hinweg. Der Mitschnitt lässt noch weit mehr als die Transkription erkennen, wie lange es dauert, bis Ralph Jessen und Martin Sabrow wahrnehmen, dass sie in einer gewachsenen Institution zu Gast sind, die nach anderen Regeln funktioniert als die *Urania*. (Mitschnitt 27.2.1996).¹¹ Podium und Publikum reden auf interessante Weise aneinander vorbei: Die Historiker reagieren ‚fachlich‘, sie verwenden fachwissenschaftliche Begriffe und führen auf Nachfragen akribisch immer neue Details an, während die Diskussionsteilnehmer_innen ihnen abverlangen, dass sie Verantwortung für ihre Thesen übernehmen statt zu referieren. Die anwesenden Intellektuellen lassen sich nicht in die Rolle des Publikums drängen. Wer hier die Expert_innen sind, steht durchaus nicht fest.

Auf dem Außerordentlichen DDR-Schriftstellerkongress am 3. März 1990 in Berlin fordert Christa Wolf wie schon 1988 die kritische Aufarbeitung der Ausschlüsse nach 1976.¹² Als eine Arbeitsgruppe aus Vertreter_innen des Zentralen Runden Tisches einen Entwurf zu einer neuen Verfassung erarbeitet,

10 Mitschnitt des Gesprächs vom 22.9.1994 in der Literaturwerkstatt Pankow (mit ca. 50 Teilnehmer_innen).

11 Dieses über fast drei Stunden gehende Gespräch wurde wegen Christa Wolfs Krankenhausaufenthalt von dem ostdeutschen Politikwissenschaftler Erhard Crome moderiert.

12 Dem war ihre Rede vom 23.11.1989 vor dem Schriftstellerverband vorausgegangen (Wolf, Ch. 1989b: 185-187; Wolf, Ch. 1990: 245-251).

wird sie beauftragt, eine Präambel zu schreiben.¹³ Der Entwurfstext wird im April 1990 vorgelegt, auf der ersten Sitzung der neuen Volkskammer jedoch abgelehnt. Nach den Wahlen vom 18. März 1990 besteht kein Interesse mehr an einer neuen DDR-Verfassung. Der kurze Text besticht noch heute durch seine Klarheit und Dichte:

„Präambel zum Verfassungsentwurf der DDR

Ausgehend von den humanistischen Traditionen, zu welchen die besten Frauen und Männer aller Schichten unseres Volkes beigetragen haben, eingedenk der Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen, gewillt, als friedliche, gleichberechtigte Partner in der Gemeinschaft der Völker zu leben, am Einigungsprozeß Europas beteiligt, in dessen Verlauf auch das deutsche Volk seine staatliche Einheit schaffen wird, überzeugt, daß die Möglichkeit zu selbstbestimmtem verantwortlichen Handeln höchste Freiheit ist, gründend auf der revolutionären Erneuerung, entschlossen, ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen zu entwickeln, das Würde und Freiheit des einzelnen sichert, gleiches Recht für alle gewährleistet, die Gleichstellung der Geschlechter verbürgt und unsere natürliche Umwelt schützt, geben sich die Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik diese Verfassung.“ (Wolf, Ch. 2003: 468f.)¹⁴

1990¹⁵

1990 bricht die Debatte um *Was bleibt* aus. Die Erzählung einer Observierung wird als Versuch einer Privilegierten gewertet, sich zum Opfer zu stilisieren. Die Anmerkung zur Textentstehung „Juni-Juli 1979/November 1989“ begünstigt die Unterstellung nachträglicher Umwertung – weder ihr Verlag noch die Autorin hatten damit gerechnet, so fehlverstanden zu werden. Der nicht glücklich gewählte Publikationszeitpunkt wird zum Anlass einer Generalabrechnung mit der nun zur ‚Staatsdichterin‘ erklärten Autorin. Wer in der DDR geblieben ist, hat sich zu rechtfertigen, wer dies nicht tut, wird zum Prellbock. Was später als „Literaturstreit“ (Anz 1995) in die deutsch-deutsche Zeitgeschichtsschreibung eingehen wird, hat mit Literatur wenig zu tun. Dass die Textgenese zu *Was bleibt* im Archiv der Akademie der Künste bestens überprüfbar ist und für 1989 nur geringfügige stilistische Eingriffe dokumentiert, erreicht die breitere Öffentlichkeit nicht.

Während die Autorin sich nach Monaten pausenlosen öffentlichen Agierens erschöpft auf sich selbst zurückziehen versucht und einer massiven

13 Vgl. Christa Wolf an Inge Aicher-Scholl am 9.6.1990. In: Wolf, S. 2016: 620f. einschl. Anmerkung 1.

14 Vgl. auch: <https://www.ddr89.de/zrt/verfassung.html> [Zugriff: 8.10.2020].

15 Im folgenden Abschnitt greife ich die Argumentationslinie aus Dahlke 2019: Kapitel 11, Erwünschte Begegnung. In: Dieselbe, a.a.O.: 62V–68 auf und erweitere sie durch neues Material.

Schreibblockade entgegenzuarbeiten hat, wird die Wohnung am Pankower Amalienpark zum Taubenschlag. Gerhard Wolf gründet, ökonomisch nachhaltig von seiner Frau unterstützt, 1991 den schon seit seiner Zeit als Lektor und Herausgeber von *Außer der Reihe* im Aufbau Verlag angestrebten eigenen Verlag.¹⁶ Janus Press bietet in der DDR ungedruckten jüngeren Autor_innen ein Podium, in grafisch großzügig ausgestatteten bibliophilen Ausgaben. Die lange angestaute Kreativität bricht sich Bahn, tage- und nächtelang wird am Amalienpark diskutiert, ausgewählt und redigiert.

Aus demselben Zeitraum stammt – entstanden vielleicht auch als Lockerungsübung angesichts der erwähnten Erschöpfung – ein Essay, dessen ironischer Ton überrascht. Dem Schweizer Publizisten und Chefredakteur der Kulturzeitschrift *du* Dieter Bachmann beschreibt Wolf ungewohnt frech-sarkastisch ihre großen und kleinen Beobachtungen im Berlin der Währungsunion. Vom wachsamen Lächeln im Gesicht der freiwilligen Ordner auf der Demonstration vom 4. November 1989 kommt sie auf die unfreiwillige Komik beim Einzug der neuen Herren in die Kaufhallen, Bankfilialen und Buchläden zu sprechen, auf peinliche Anpassungszwänge, hemmungslose Übernahmen und entwürdigende Konkurrenzkämpfe. Mal spöttisch, mal bitter und mit Mut zur Einseitigkeit malt sie ein Bild der „vereinten Stadt mit ihren zwei Gesellschaften“ (Wolf, Ch. 1991b: 312). Ihr Essay ist eine Liebeserklärung an die „kaputte Stadt“, wengleich in Berlin zu arbeiten für sie fast unmöglich geworden sei: „Es zerfetzt einen.“ „Wo ist euer Lächeln geblieben?“, zitiert die Autorin ‚Volkspoesie‘ auf einer Pankower Hauswand, um die historisch einmalige Erfahrung der Tage in Erinnerung zu rufen, da lächelnde Menschen den Alltag der Stadt bestimmten: „Gerade weil es so zerbrechlich und flüchtig war, ist es wert beschrieben zu werden.“ (Ebd.: 298) Ihr detaillierter Stimmungsbericht, der den umfassenden gesellschaftlichen Umbruch nicht zuletzt auch sprachlich nachzeichnet, läuft auf das Fazit zu, man müsse in der vereinten Stadt mit den zwei Gesellschaften einsehen, „daß wir einander nicht kennen, daß die gegenseitige Fremdheit jetzt tiefer einschneidet als vorher, als die Mauer stand, die uns auf Abstand hielt, so daß die einen die anderen bedauern, die anderen die einen beneiden konnten.“ (Ebd.: 312f.) Einen Satz aus ihrem Brief an Wolfgang Thierse im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von DDR-Geschichte in Form eines „Tribunals“ möchte ich ihrem Porträt eines „Brachlands“ zur Seite stellen: „Unsere Verzweigung wird, wenn wir sie zu formulieren wagen, uns als ‚Nostalgie‘ in den Hals zurückgestopft.“ (Wolf, Ch. 1991a: 324) Der für die Öffentlichkeit gedachte und der interne Gestus, der Dialog mit dem Schweizer und der mit dem Ostdeutschen, erst alles zusammen ergibt ein Stimmungsbild.

16 Vgl. Böthig 1998.

Schock

Als Christa und Gerhard Wolf im Mai 1992 in der Gauck-Behörde 42 Ordner mit Spitzel- und Abhörberichten über ihren Alltag allein aus der Zeit 1968 bis 1980 lesen (die Akten danach sind fast vollständig vernichtet worden), trifft die Autorin in ihren Akten auf den Vermerk, sie selbst sei von 1959–1962 als „Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) Margarete“ geführt worden. Ohne dass sie offiziell ihre sogenannte Täter-Akte einsehen darf, ist sie zu einer öffentlichen Stellungnahme gezwungen – es ist nur eine Frage der Zeit, wann die ersten Presseleute Zugang zu dem Material erhalten werden. Der Schock über die eigene Verdrängung sämtlicher Details lähmt sie zunächst so, dass sie nicht einmal mit ihren Töchtern darüber sprechen kann. Im September tritt sie den lang geplanten Aufenthalt als Scholar des Getty Center for the History of Art and the Humanities im kalifornischen Santa Monica an, um zum Medea-Mythos zu recherchieren. Von dort aus gibt sie in der *Berliner Zeitung* vom 21.01.1993 eine detaillierte Erklärung ab (Wolf, Ch. 1993a: 437–441). Günter Gaus besucht sie in Santa Monica, bringt ihr die Akte über ihre Stasi-Kontakte mit und führt am 25. Februar 1993 ein Gespräch für seine Fernsehreihe *Zur Person* (Wolf, Ch. 1993b: 442–470). Der Lähmungszustand verstärkt sich angesichts der öffentlichen Angriffe, die von *Bild-Zeitung* und *Spiegel* ausgehen.¹⁷ Fakten werden in der aufgeheizten Stimmung dieser Jahre nicht gehört, zu gut passen die tendenziös aus dem Zusammenhang herausgelösten Details in die zwei Jahre zuvor begonnene Demontage der angesehenen öffentlichen Instanz Christa Wolf. Nicht einmal die vollständige Publikation ihrer Akte 1993 ändert etwas daran (Vinke 1993). Noch in Nachrufen aus Anlass ihres Todes am 1. Dezember 2011 werden die 50 Jahre zurückliegenden Gespräche mit der Staatssicherheit Erwähnung finden, nicht jedoch, dass sie ihre ‚Täter‘-Akte vollständig publiziert hatte. Dabei ist sie eine der wenigen, die diesen Schritt zur Transparenz ging.

Die Stimme wiederfinden – das Jahrzehnt nach 1989

In den aufwühlenden 1990er-Jahren hatte Christa Wolf den Dialog mit Geistesverwandten gesucht, lebenden wie toten. Der Band *Auf dem Weg nach Tabou* (1994) enthält Briefe an und Reden über Hans Mayer, Jürgen Habermas,

17 Bild vom 22.01.1993, Spiegel vom 25.01.1993. Frank Schirrmachers zeitgleich publizierter Artikel, in dem statt hysterisch zu übertreiben der Akteninhalt sachlich beschrieben und kontextualisiert wird, bildet eine der wenigen Ausnahmen (in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.01.1993).

Lew Kopelew, Friederike Mayröcker, Paul Parin, Otl Aicher, Anna Seghers, Heinrich Böll, Günter Grass, Volker Braun, Wolfgang Heise und Nuria Quevedo.

Im Februar 1994, als Wolf nach längerer Abwesenheit in Dresden erstmals wieder öffentlich auftritt, wird sie stürmisch gefeiert. Ihre Rede innerhalb der Reihe *Zur Sache: Deutschland* in der Semperoper wie auch die Lesung aus dem Band *Auf dem Weg nach Tabou* auf der Leipziger Buchmesse wollen weit mehr Menschen erleben als der Saal fasst. Erneut läuft sie Gefahr, Objekt von Erwartungen und Projektionen zu sein, die weit über den Status einer Schriftstellerin hinausreichen.

Der Prosatext *Medea. Stimmen* (1996) wird zunächst vor allem im Kontext der deutschen Vereinigung wahrgenommen. Einmal mehr reduziert die politisierte Deutungsweise ein ästhetisch komplexes Werk auf die darin zu entdeckende biografische Dimension. Dass der in elf Kapitel gegliederte Text ausschließlich in Stimmen spricht und die Titelfigur so nicht vorrangig aus der Innen-, sondern aus der Außenperspektive der Zuschreibungen und Projektionen porträtiert wird, spielt zunächst kaum eine Rolle. Korinth und Kolchis, Zivilisation und Barbarei, West und Ost bilden die binäre Struktur, die alles zu erklären scheint. Medeas Monologe werden als Selbstrechtfertigung ihrer Schöpferin ausgelegt. Dabei ist Medea wie schon Cassandra eine experimentelle Figur der Erkundung, unter anderem auch von Wert- und Orientierungssystemen: „Medea, die Zauberin, die den Männern, auch Jason, Angst macht. Die von Kolchis andere Werte nach Korinth mitgebracht hat.“ (Wolf, Ch. 2003: 504)

Wolf legt ihre gattungsübergreifende Prosa eben nicht als großen Leidensmonolog an, sondern als Summe verschiedener jeweils monologischer Stimmen, in denen Verhaltensoptionen angesichts einer politischen Krise in Korinth durchgespielt werden. Der Sündenbock-Ideologie werden alternative Strategien zur Seite gestellt. Medea ist hier weniger Opfer als vielmehr die Außenseiterin mit dem klaren Blick auf gesellschaftliche Strukturen, einschließlich verdrängter Gründungs-Gewaltereignisse. Zwar erhält Medea das erste und letzte Wort und die anderen fünf Figuren/Stimmen erscheinen stets in Relation zu ihr. Wer von ihnen allen zukünftig die Deutungsmacht innehaben wird, ist nicht sicher. Die Komposition aus dramatischen, lyrischen und narrativen Elementen ist von der strategischen Aufeinanderfolge und Verknüpfung der Perspektiven ebenso wenig zu trennen wie die präzise gesetzten Eröffnungssätze jeder Stimme. Wer von den Figuren überlebt? Wessen Sprache verweist auf die Zukunft? Der Titel lenkt die Aufmerksamkeit auf die Polyphonie der Stimmen und nicht auf das simple Modell der Barbarin aus dem Osten. Medea soll eben nicht erneut zum Objekt der Erzählung werden, auch nicht einer kritischen Umerzählung, sie soll stattdessen den Blick *erwidern*. Eine so angelegte Poetik muss naturgemäß auf Vielfalt setzen, auf den Dialog der nebeneinander gestellten Monologe. Die „Stimmen“ im Titel rufen neben

dieser Dimension auch noch die orale Überlieferung auf, den leiblich-theatralen Aspekt des Verhandelten und den Rang der Sprache.

„Es zeigte sich mir [...] daß unsere Kultur, wenn sie in Krisen gerät, immer wieder in die gleichen Verhaltensmuster zurückfällt: Menschen auszugrenzen, sie zu Sündenböcken zu machen, Feindbilder zu züchten [...]. Die(se) Ausgrenzung des Fremden zieht sich durch die ganze Geschichte unserer Kultur. Immer schon vorhanden ist die Ausgrenzung des angstmachenden weiblichen Elements. Das zieht sich vom Beginn des Patriarchats durch die Geschichte. Es muß [...] immer selbstverständlicher werden, daß der männliche und der weibliche Blick gemeinsam erst ein vollständiges Bild von der Welt vermitteln, und daß Männer und Frauen sie auf ihre je eigene Weise gleichgestellt gestalten. Das würde zu ganz anderen Prioritäten führen als zu denen, die uns jetzt regieren. Zu anderen Wertehierarchien.“ (Wolf, Ch. 1996. In: Hochgeschurz 1998: 50, 52)

Formuliert ist dies 1996, der Bezugspunkt des „Jetzt“ ist demnach das erste Jahrzehnt nach 1989.

Die bis an ihre äußersten Grenzen getriebene Figur der Medea mit der Autorin gleichzusetzen, wie es auch in der wissenschaftlichen Rezeption lange vorherrschte, banalisiert die gattungsästhetische Komplexität dieser Prosa. Wolfs Poetik der subjektiven Authentizität ist eben eine Poetik, Schlüssel zur literarischen Konstruktion. Avanciertere Deutungen setzten sich wie bei vielen ihrer Werke erst nachträglich und zuerst außerhalb Deutschlands durch. Auch wenn in dem Prosatext Ausgrenzung des Fremden und Ausgrenzung des angstmachenden weiblichen Elements miteinander verschmolzen werden, so ist das erzählerische Gebäude doch komplexer als binär strukturierte Nacherzählungen erfassen können. Wolfs Umerzählung des Medea-Mythos funktioniert eben gerade nicht nach dem Modell ihrer dreizehn Jahre früher erschienenen *Kassandra*-Erzählung. Hier prallen Göttliches und Menschliches, Heiliges und Profanes, alte und neue Hierarchien aufeinander.

Wie schon zu früheren Prosawerken entstehen zu *Medea. Stimmen* vielfältige bildkünstlerische Arbeiten. Die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der Medea-Adaption zwischen unabhängiger Zauberin und mehrfacher Mörderin regt ganz unterschiedliche Künstler_innen zum Dialog mit dem Text an. Damit erfährt eine weiter zurückreichende Familientradition der freundschaftlichen Verbindung mit Künstler_innen eine neue Intensität. Die Grafikmappe *Medea altera* enthält keine Illustrationen zum Text, sondern dokumentiert die ästhetische Differenz zwischen Sprach- und Bildkunst, sie ermöglicht deren Begegnung.¹⁸

18 Die Mappe *Medea altera* (1996) im Format 56 x 42 cm enthält neun aus einer Vielzahl ausgewählte grafische Blätter von Angela Hampel, Helge Leiberg, Günther Uecker, Joachim John, Martin Hoffmann, Gerda Lepke, Annette Peuker-Krisper, Helga Schröder und Nuria Quevedo. Sie sind in der Arbeits- und Forschungsstelle Privatbibliothek Christa und Gerhard Wolf ausgestellt. Siehe: <https://hu.berlin/arbeitsstelle-cgw> [Zugriff: 8.10.2020].

1995 stellte Peter Böhlig im Rheinsberger Tucholsky-Museum Bilder aus dem Privatbesitz von Christa und Gerhard Wolf aus und 2010 war die Ausstellung *Unsere Freunde, die Maler* noch einmal im Schloss Neuhardenberg zu sehen. Die reichhaltige Sammlung basiert auf jahrzehntelangem stillem Mäzenatentum, hatten beide doch vor allem auf Initiative Gerhard Wolfs seit den 1960er-Jahren viele offiziell nicht anerkannte und systematisch behinderte Künstler_innen stetig durch Ankäufe unterstützt (Vgl. Böhlig 1995). Im Juli 2020 wurde die Wolf-Kunststiftung im Stadtmuseum Berlin gegründet, die 50 Werke der umfassenden Sammlung zeitgenössischer Kunst übernahm.¹⁹

Schöner scheitern? Ein Fazit

„Dieses Scheitern muss man ja auch lernen.“ Als der Generationsgefährte Günter Gaus die inzwischen 70-jährige Autorin im Oktober 2000 nach ihren größten Enttäuschungen fragt, vergleicht sie das Gefühl des Scheiterns nach 1989 mit einem früheren, das sie im Rückblick für biografisch einschneidender hält, dem von 1965. Damals hatte die junge Kandidatin des Zentralkomitees der SED auf dem 11. Plenum angesichts der aufgeheizten Stimmung das Wort ergriffen und in freier Rede den attackierten Romanautor Werner Bräunig verteidigt. Die Macht reagierte selbstgefällig und in paternalistischer Herablassung, wie sich heute auf dem Tonbandmitschnitt nachhören lässt (Kötzing/Schenk 2015). Scheitern gehört zum Leben, so die ruhige Bilanz, worum es nach wie vor gehe? „Gesellschaftliche Ansprüche im Schreiben nicht aufzugeben.“²⁰

Literaturverzeichnis

- Anz, Thomas (1995): Es geht nicht um Christa Wolf. Der Literaturstreit im vereinten Deutschland. Frankfurt am Main: Verlag LiteraturWissenschaft.
- Böhlig, Peter (1998): Die Poesie hat immer recht. Gerhard Wolf – Autor, Herausgeber, Verleger. Berlin: Janus Press.
- Böhlig, Peter (Hrsg.) (1995): Christa Wolf, Gerhard Wolf. *Unsere Freunde, die Maler. Bilder, Essays, Dokumente.* Berlin: Janus Press.

19 Vgl. <https://www.stadtmuseum.de/aktuelles/christa-und-gerhard-wolf-kunststiftung-im-stadtmuseum-berlin-gegruendet> [Zugriff: 8.10.2020].

20 Das Video des zuerst am 29.10.2000 ausgestrahlten Gesprächs ist auf der Webseite des Logbuchs Suhrkamp abrufbar: <https://www.logbuch-suhrkamp.de/redaktion-logbuch/guenter-gaus-im-gespraech-mit-christa-wolf/> [Zugriff: 8.10.2020].

- Borchert, Konstanze/Steinke, Volker/Wuttke, Carola (1994): Für unser Land. Eine Auf-rufaktion im letzten Jahr der DDR. Berlin: Iko-Verlag.
- Dahlke, Birgit (2019): Christa Wolf. Antifaschistin – Humanistin – Sozialistin. Huma-nistische Porträts, Band 1. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Dahlke, Birgit (2016): DDR im Tagebuch (Braun, Krug, Strittmatter, Wolf u.a.). In: Zeitschrift für Germanistik, Neue Folge 16, 2, S. 316–331.
- Drescher, Angela (Hrsg.) (1991) (eingeleitet von Christa Wolf): Verblendung. Disput über einen Störfall. Berlin und Weimar: Aufbau Verlag.
- Grimm, Thomas (Hrsg.) (2019) (unter Mitarbeit von Gerhard Wolf): Christa Wolf: Um-brüche und Wendezeiten. Berlin: Suhrkamp.
- Gruner, Petra (Hrsg.) (1990): Angepasst oder mündig? Briefe an Christa Wolf im Herbst 1989. Berlin: Volk und Wissen.
- Hilzinger, Sonja (Hrsg.) (2001): Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand.
- Hochgeschurz, Marianne (Hrsg.) (1998): Christa Wolfs Medea. Voraussetzungen zu einem Text. Mythos und Bild. Berlin: Janus Press.
- Kötzing, Andreas/Schenk, Ralf (Hrsg.) (2015): Verbotene Utopie. Die SED, die DEFA und das 11. Plenum. Berlin: Falter Verlag.
- Rein, Gerhard (2017): Auf der Grenze von West und Ost. Texte, Notizen und Gespräche eines Korrespondenten. Berlin: Quintus Verlag.
- Wolf, Christa (2003): Ein Tag im Jahr. 1960–2000. München: Luchterhand.
- Wolf, Christa (2000): Christa Wolf im Gespräch mit Helmut Böttiger im März 2000. In: Hilzinger, Sonja (Hrsg.) (2001): Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 707–724, hier 716.
- Wolf, Christa (1996): Warum Medea? Gespräch mit Petra Kammann am 25.1.1996. In: Hochgeschurz, Marianne (Hrsg.) (1998): Christa Wolfs Medea. Voraussetzungen zu einem Text. Mythos und Bild. Berlin: Janus Press, S. 50–52.
- Wolf, Christa (1993a): Eine Auskunft. In: Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 437–441.
- Wolf, Christa (1993b): Auf mir bestehen. Gespräch mit Günter Gaus. In: Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 442–470.
- Wolf, Christa (1991a): Christa Wolf an Wolfgang Thierse am 21.9.1991. In: Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 322–325.
- Wolf, Christa (1991b): Wo ist euer Lächeln geblieben? Brachland Berlin 1990. In: Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 293–313.
- Wolf, Christa (1990): Heine, die Zensur und wir. In: Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 245–251.
- Wolf, Christa (1989a): Schreiben im Zeitbezug. Gespräch mit Aafke Steenhuis am 11.12.1989. In: Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 196–226, hier 205.
- Wolf, Christa (1989b): Einspruch. In: Christa Wolf, Werke Band 12. München: Lucht-erhand, S. 185–187.
- Wolf, Christa (1989c): Sprache der Wende. Rede auf dem Alexanderplatz am 4. No-vember 1989. In: Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 182–184.
- Wolf, Christa (1989d): Wider den Schlaf der Vernunft. In: Christa Wolf Werke, Band 12. München: Luchterhand, S. 158–161.

- Wolf, Sabine (Hrsg.) (2016): Man steht sehr bequem zwischen allen Fronten. Christa Wolf Briefe 1952–2011. Berlin: Suhrkamp.
- Wolf, Gerhard/Walenski, Tanja (Hrsg.) (2014): Christa Wolf. Moskauer Tagebücher. Reisetagebücher, Texte, Briefe, Dokumente 1957–1989. Berlin: Suhrkamp, S. 222.

Transkripte, Tonmitschnitte

- Mitschnitt des Gesprächs des deutsch-deutschen Gesprächskreises in der Literaturwerkstatt Berlin-Pankow, 25.6.1996. Akademie der Künste Berlin, Medienarchiv, Signatur AVM-32 4803, 1-2. Transkription Elisa von Hof, Katharina Hackl, S. 38, Abschnitt 1225.
- Mitschnitt des Gesprächs des deutsch-deutschen Gesprächskreises in der Literaturwerkstatt Berlin-Pankow, 27.2.1996. Akademie der Künste Berlin, Medienarchiv, Signatur AVM-32 4807, 1-2.
- Mitschnitt des Gesprächs des deutsch-deutschen Gesprächskreises in der Literaturwerkstatt Berlin-Pankow, 22.9.1994. Akademie der Künste Berlin, Medienarchiv, Signatur AVM-32 4805, 1-2. Transkription Elisa von Hof, Katharina Hackl, S. 41, Abschnitt 1320.
- Mitschnitt des Gesprächs des deutsch-deutschen Gesprächskreises in der Akademie der Künste, 26.2.1991. Akademie der Künste Berlin, Medienarchiv, Signatur AVM-32 2103, 1-4. Transkription Elisa von Hof, Katharina Hackl, S. 48, Abschnitt 1575.

Internetquellen

- Arbeits- und Forschungsstelle Privatbibliothek Christa und Gerhard Wolf an der Humboldt-Universität zu Berlin. <https://hu.berlin/arbeitsstelle-cgw> [Zugriff: 8.10.2020].
- gezett Büro für Fotografie. <https://www.gezett.de> [Zugriff: 8.10.2020].
- Grimm, Thomas (2008): Christa und Gerhard Wolf. Interview im Rahmen seiner Zeitzeugen-TV-Reihe. <https://www.grimmchronik.com/christa-und-gerhard-wolf/> [Zugriff: 29.11.2021].
- Logbuch Suhrkamp. Zur Person: Günther Gaus im Gespräch mit Christa Wolf. Erstausstrahlung am 29.10.2000. <https://www.logbuch-suhrkamp.de/redaktion-logbuch/guenter-gaus-im-gespraech-mit-christa-wolf/> [Zugriff: 8.10.2020].
- Stadtmuseum Berlin (2020): Christa-und-Gerhard.

Widerstand, Aktivismus und feministische Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR. (Un-)Sichtbarkeiten – Desidentifizierungen – Visionen

Elisaveta Dvorakk

(Un-)Sichtbarkeiten der Kunst und der Künstlerinnen der DDR – subkulturelle Öffentlichkeit¹

Der vorliegende Beitrag zeigt ästhetische, theoretische und politische Dimensionen von Aktionskunst in der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR anhand ausgewählter Werkbeispiele auf. Der Fokus richtet sich dabei auf das Werk von Gabriele Stötzer, deren Performancekunst als Instrument der Geschlechterkritik agiert und neue eröffnende Potenziale von Desidentifizierung und Handlungsmachtgewinn birgt. Das Ziel ist eine diskursive kritische Interpretation und theoretische Verortung der feministischen Kunstproduktion in der DDR. Dabei wird der aktive Beitrag der Künstlerinnen der subkulturellen Öffentlichkeit zum Widerstand und zur Friedlichen Revolution 1989 verdeutlicht sowie ihre bisher unzureichende Rezeption aufgezeigt und stärkere Anerkennung stimuliert. Das Verhältnis von Aktionskunst der DDR zum sogenannten ‚westlichen‘ Kanon wird dabei kritisch diskutiert. Die Verschiebung des dominanten Rezeptionsfokus der Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR ohne bisherige Parallelisierung mit dem Kanon ‚westlicher‘ Aktionskunst wird als eine angemessene Perspektive der zukünftigen kunst- und bildhistorischen Forschung aufgezeigt. Einleitend werden zwei zentrale Kontexte beschrieben – die Rezeption der Kunst der DDR und der Umgang mit dem umfassenden Materialkonvolut der Künstlerinnen der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR.

In der historischen wie zeitgenössischen Rezeption der Kunst der DDR ist eine Leerstelle in Bezug auf die Dokumentation, Archivierung, Überlieferung

1 Kunsthistorisch werden unterschiedliche Begriffe wie „autonome Kunst der DDR“, „zweite Öffentlichkeit“ oder „Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR“ teilweise synonym verwendet. Zu ausführlichen Begriffsgenealogien und ihren Implikationen (vgl. Richter 2019: 11–13). In diesem Beitrag wird der Begriff „Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR“ verwendet.

und institutionelle Verankerung der Produktionen von Künstlerinnen zu verzeichnen. Dieser Unsichtbarkeits effekt geht mit einer allgemeinen weiterhin anhaltenden Marginalisierung der Kunst der DDR sowie darin insbesondere der Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR im internationalen Kunstkanon oder ihrer undifferenzierten Rezeption als ‚Kunst aus Deutschland‘ ohne Berücksichtigung von historisch-politischen Spezifika einher.² Das Verbundprojekt *Bildatlas. Kunst in der DDR* der Technischen Universität Dresden, der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (Galerie Neue Meister), des Kunstarchivs Beeskow und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam reflektierte die diskursive Rolle der Kunst aus der DDR kritisch: „Die öffentliche Sichtbarkeit der Künste in der DDR steht in einem deutlichen Kontrast zu ihrer heutigen ‚Unsichtbarkeit‘. Der größte Teil der in der DDR geschaffenen Kunstwerke lagert seit dem Gesellschaftsumbruch zumeist in Depots – in den ostdeutschen Museen, in Wirtschaftsunternehmen und Sondereinrichtungen, welche den Kunstbesitz der Parteien, Massenorganisationen, Betriebe und Kombinate übernommen haben. Im Prozess der Wiedervereinigung zeigte sich in eindringlicher Schärfe die Sonderrolle der bildenden Künste: [...] im vehementen ‚deutschdeutschen Bilderstreit‘ seit 1990, der sich als ein Stellvertreterdiskurs für den gesamten Prozess der Wiedervereinigung erwies“³ (*Bildatlas. Kunst in der DDR* 2021).

Während die thematischen Wechselausstellungen zunehmend die in der DDR geschaffene Kunst thematisieren, bleibt das beschriebene Unsichtbarkeitsverhältnis in Bezug auf ständige Sammlungspräsentationen heute weiterhin bestehen. Kornelia Röder kuratierte die Ausstellung *Hinter dem Horizont ... Kunst der DDR* aus den Sammlungen des Staatlichen Museums Schwerin, die vom 6. Juli bis 7. Oktober 2018 stattfand. Ihre Auswahl von ca. 100 Objekten traf sie größtenteils aus den Depotbeständen des Staatlichen Museums Schwerin. Aus 613 Bildern, 158 Skulpturen und mehr als 1.000 Grafiken aus der DDR gehörten 2018 insgesamt nur 13 zur ständigen Sammlungspräsentation (vgl. Staatliches Museum Schwerin 2018; Westdeutsche Zeitung 2018). Dieses charakteristische Unsichtbarkeitsverhältnis in Bezug auf die ständige Präsentation der Kunst der DDR in staatlichen Kunstsammlungen ist ein fortwährendes Phänomen, das einen seiner bisherigen Höhepunkte in der Debatte um Verstetigung der Sammlung der Kunst der DDR in der Neuen Nationalgalerie anlässlich der Ausstellung *Kunst in der*

- 2 Hiltrud Ebert verweist auf vielfältige historische Gründe für diesen fortgesetzten Unsichtbarkeits effekt der Künstlerinnen aus der DDR, darunter die Verhaftung in patriarchalen Strukturen (auch des Kunstbetriebes), eine Konfrontation mit Erwartungen der ‚westlichen‘ Kurator*innen, die in einem anderen diskursiven Feld der Geschlechterkritik operierten, sowie eine formale Schwierigkeit der Integration in das komplexe ‚westliche‘ Kunstmarktgefüge (vgl. Ebert 2003: 106–115; Stammer 2009: 10–18).
- 3 Nach der Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009–2012 setzt das Verbundprojekt seine Forschung aktuell in Form eines digitalen Dokumentationsarchives fort (vgl. Bilddatenbank des Verbundprojektes *Bildatlas. Kunst in der DDR* 2021).

DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie verzeichnete (vgl. Blume/März 2003). Bis Frühjahr 2022 wird aktuell durch die Hasso Plattner Stiftung ein Museum für zeitgenössische Kunst und Kunst der DDR im ehemaligen Restaurant Minsk in Potsdam eingerichtet. Das private Museumsprojekt formuliert – im Gegensatz zur dominanten Strategie der staatlichen Museen – eine ständige Präsentation von Plattners Sammlung der Kunst aus der DDR als zentrales Ziel.⁴

Die Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR erfährt innerhalb der beschriebenen (Re-)Präsentations- und Kanonisierungsverhältnisse einen doppelten Ausschluss – als Kunst aus der DDR sowie als Kunst, die bereits aus dem offiziellen Kunstkanon der DDR selbst ausgeschlossen war. Eine zentrale Rolle im performativen politischen Widerstand in der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR kam dabei insbesondere den Künstlerinnen zu (vgl. Brandler 1991: 12–21; Bryzgel 2017: 30–48). Eine Vielzahl von Künstlerinnen entwickelte eine autonome künstlerische Position, eine avancierte Formensprache und subjektive Perspektiven jenseits der offiziellen Kunstrichtung des sozialistischen Realismus. So bewegen sich die Werke von Tina Bara (*1962), Anemirl Bauer (1939–1989), Else Gabriel (*1962), Angela Hampel (*1956), Verena Kyselka (*1957), Yana Milev (*1964), Christine Schlegel (*1950), Cornelia Schleime (*1953), Gundula Schulze Eldowy (*1954), Heike Stephan (*1953), Gabriele Stötzer (*1953), Erika Stürmer-Alex (*1938) Ramona Welsh (*1964) und Karla Woisnitza (*1952) zwischen dem politischen Engagement und der Kunstproduktion in Genres wie Malerei, Grafik, Bildhauerei, Fotografie bis hin zur Textil- und Objektkunst, dem experimentellen Film, der Aktionskunst und Performance.⁵ Diese und weitere Künstlerinnen in der DDR adressierten die Fragen der Meinungs- und Kunstfreiheit, der Visionen einer solidarischeren Zukunft, der Geschlechtergerechtigkeit und des Rechtes der ‚Frauen‘ auf körperliche Selbstbestimmung, beispielsweise im Sinne der legalen Möglichkeit einer Schwangerschaftsunterbrechung. Trotz der hohen Relevanz sowohl des politischen Engagements als auch der künstlerischen Autonomisierung dieser Positionen fanden sie weitgehend keinen Eingang weder in den Kunstkanon der DDR noch in den internationalen, ‚westlich‘ geprägten Kanon der Aktionskunst.⁶

Bis heute werden zahlreiche Künstlerinnen der DDR in den aktuellen Ausstellungsproduktionen nicht berücksichtigt (vgl. Richter 2019: 14–16). Diese

4 Einzelne Informationen über das kuratorische Konzept der neuen Institution *DAS MINSK* gab die Gründungsdirektorin Paola Malavassi noch nicht bekannt (vgl. *DAS MINSK* 2021).

5 Für eine umfassende Einführung in die Thematik Künstlerinnen in der DDR (vgl. Richter/Stammer/Knaup 2009).

6 „Aktionskunst ist ein Sammelbegriff für alle Kunstformen, die ihren Schwerpunkt auf den live agierenden Körper, die Handlung sowie den Umgang mit Raum, Zeit, Materialien und Medien legen. Unter Aktionskunst werden unter anderem Happening, Fluxus, Performance Art, Aktionstheater und Event subsumiert. Für sie kennzeichnend ist das ephemere Ereignis anstelle der Herstellung dauerhafte Kunstprodukte“ (Lange 2012: 38).

Beobachtung gilt gleichzeitig sowohl für die offizielle als auch für die subkulturelle Kunstszene in der DDR, die jeweils über einen ‚männlich‘ dominierten Kanon mit einigen wenigen Künstlerinnen als Ausnahmepositionen verfügt. Lediglich in einigen raren Ausstellungen nach dem 9. November 1989 standen die Werke der Künstlerinnen im Fokus. Zu solchen Projekten gehören *Ostara* im Frauenmuseum Bonn 1990 sowie *Außerhalb von Mittendrin* in der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst Berlin 1991 (vgl. ebd.: FN 3, 70–71; Lode/Tischler 1990). Zum 20. Jahrestag des 9. November 1989 setzten sich 2009 einige Ausstellungen für die Sichtbarmachung der Künstlerinnen aus der DDR aktiv ein: *Subversive Praktiken. Kunst unter Bedingungen politischer Repression 60er–80er / Südamerika / Europa* im Württembergischen Kunstverein Stuttgart; *Ohne uns! Kunst und alternative Kultur in Dresden vor und nach '89* an unterschiedlichen Orten in Dresden; und *Jetzt. Künstlerinnen aus der DDR* im Künstlerhaus Bethanien in Berlin, sowie *Gender Check. Rollenbilder in der Kunst Osteuropas* im Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig in Wien.⁷ Ein besonderer Stellenwert kommt der Ausstellung *Entdeckt! Rebellische Künstlerinnen in der DDR* zu, die in der Kunsthalle Mannheim im Jahr 2011 stattfand. Diese thematische Schau präsentierte erstmalig die Werke von Künstlerinnen aus der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR in einem staatlichen Museum auf dem Gebiet der ehemaligen BRD (vgl. Pressemitteilung *Tabubruch und Subversion* 2011).

Die skizzierte Tendenz der Sichtbarmachung nahm in den zahlreichen Ausstellungs- und Publikationsprojekten zum 30-jährigen Jubiläum des 9. November 1989, die im Laufe des Jahres 2019 stattfanden und mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen die Kunst der DDR thematisierten, wieder ab.⁸ Zu den umfangreichsten Ausstellungen 2019 gehörten *Point of No Return. Wende und Umbruch in der ostdeutschen Kunst* im Museum der bildenden Künste Leipzig, *Das Ende der Eindeutigkeit* in der Städtischen Galerie Dresden sowie *Utopie und Untergang. Kunst in der DDR* im Museum Kunstpalast Düsseldorf (vgl. Kaiser/Tannert/Weidinger 2019; Krautzig/Kunstpalast Düsseldorf 2019). Der gelungene Ansatz, die präsentierten Kunstwerke in ihren ästhetischen und kunstpolitischen Dimensionen zu würdigen, ging in diesen Ausstellungen jedoch erneut mit einem nur marginalen Einschluss der Künstlerinnen der subkulturellen Öffentlichkeit und einer Ausblendung ihrer Rolle in den politischen, kunstpraktischen und -theoretischen Diskursen in der DDR einher. Die umfassende Ausstellung *Hinter der Maske. Künstler in der DDR* präsen-

7 Für ausführliche Ausstellungsinformationen zu jeweiligem Projekt (vgl. Württembergischer Kunstverein Stuttgart 2009; Eckhardt/Kaiser 2009; Pejić/Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien 2009; Pejić 2010; Richter/Stammer/Knaup 2009).

8 Diese Entwicklung kann im Zusammenhang mit der Lage der Geschlechterstudien im deutschsprachigen Kontext betrachtet werden (vgl. Auga 2018; Augas Statement im Europäischen Parlament/Brüssel vom 8. November 2018 als Abdruck in diesem Band).

tierte vom 29. Oktober 2017 bis 4. Februar 2018 im Museum Barberini in Potsdam mehr als 100 Werke von 87 Kunstschaaffenden – davon 20 Künstler*innen.⁹ Die Schau grenzte sich im kuratorischen Ansatz von einem ‚politischen Fokus‘ ab und legte den Schwerpunkt auf die Analyse der individuellen und kollektiven Selbstinszenierungen der Künstler*innen und ihrer Reflexion der eigenen künstlerischen Tätigkeit (vgl. Pressemappe *Hinter der Maske. Künstler in der DDR* 2017: 2). Gerade bei dieser subjektbezogenen Schwerpunktsetzung favorisierten jedoch sowohl der Ausstellungstitel als auch die Auswahl der autorisierten Pressebilder und das Zahlenverhältnis der präsentierten Positionen die ‚männlichen‘ Künstler im Sinne des konservativen kunsthistorischen Kanons.¹⁰

Die unzureichende Repräsentation der Künstlerinnen der DDR sowie insbesondere der Aktionskunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR manifestiert sich jedoch nicht ausschließlich in den Sammlungs- und Ausstellungspolitikern. Das Fehlen einer systematischen Theoretisierung aus einer kritischen feministischen Perspektive – wie Bettina Knaup, Angelika Richter und Beatrice E. Stammer es bereits im Jahr 2009 formulierten – bleibt bis heute problematisch (vgl. Richter/Stammer/Knaup 2009: 7–9). Die Bundeszentrale für politische Bildung publizierte 2012 das Dossier *Autonome Kunst in der DDR* von Uta Grundmann (vgl. Grundmann 2012). Es stellt eine wichtige zeitgenössische Rezeptionsquelle zur Kunst in der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR dar und thematisiert ausgewählte Ausstellungsräume, Projekte und Initiativen sowie Informationen zu Kunstvermittelnden und Protagonist*innen aus den Jahren 1970–1990. Die Untersuchung umfasst ein einflussreiches Essay und eine Analyse zu den einzelnen Orten dieser Kunstszene in Berlin, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Erfurt, Jena und Weimar. Das Dossier verwendet eine explizit politische Optik im Hinblick auf die Analyse und Einordnung der Beiträge von Kunst in der DDR zur Friedlichen Revolution 1989. Obwohl die Publikation aktiv mit dem archivarischen Originalmaterial operiert, wird sowohl textlich als auch insbesondere in der Auswahl des Reproduktionsmaterials der Ausschluss von Künstlerinnen reproduziert.

- 9 „Mit dieser Ausstellung hat das Museum Barberini begonnen, seine Sammlung ostdeutscher Kunst zu untersuchen, die in der Kunstgeschichte immer noch eine marginale Rolle spielt. Aufbauend auf den eigenen Beständen, aus denen zehn Exponate ausgewählt wurden, vereint die Ausstellung mehr als 100 Werke von etwa 80 Künstlern (20 davon Frauen)“ (Museum Barberini 2017).
- 10 Die Ausstellung verwendet nicht nur im Titel, sondern in der Pressemappe, in begleitenden Raumtexten und im Katalog überwiegend das generische Maskulinum. Vgl. beispielsweise den Raumtext *Malerbilder. Der Künstler und seine Rollen*: „Ein Selbstbildnis ist immer eine künstlerische Positionsbestimmung. Seit der Renaissance haben Künstler es als Medium der Selbstbefragung verstanden [...]“ (Pressemappe *Hinter der Maske. Künstler in der DDR* 2017: 13; vgl. Westheider 2017). Zur geschlechtertheoretischen Kritik am Topos eines ‚männlichen‘ Künstlergenies (vgl. Dvorakk 2019).

Grundmann dokumentiert die subkulturelle Kunstszene in der DDR fast ausschließlich anhand ihrer ‚männlichen‘ Hauptprotagonisten und schreibt somit einen geschlechterspezifischen Ausschluss der Künstlerinnen der subkulturellen Öffentlichkeit in der zeitgenössischen Kunstgeschichte fort.¹¹ Die Ausnahme bildet das Werk von Else Gabriel, das innerhalb der künstlerischen Gruppe *Autoperforationsartisten* aus Dresden betrachtet wird.¹² Zudem verweist Grundmann auf ein dichotomes Verhältnis zwischen dem widerständigen Engagement oppositioneller Gruppen, die konkrete Reformvorschläge des politischen Systems formulierten und für einen Systemumbau eintraten, und den künstlerischen Aktivitäten, die sich vermeintlich lediglich auf die Durchsetzung individueller Freiheiten beschränkten.

Diese Topoi der zeitgenössischen Kunstgeschichtsschreibung sind charakteristisch für die Rezeption der Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit in der DDR: ein systematischer Ausschluss der Künstlerinnen unabhängig vom Radikalitätsgrad ihrer häufig feministischen, geschlechterkritischen Position sowie ein Absprechen des kritischen politischen Potenzials ihrer Kunst, das über die Kunstszene hinausgeht und aktiv zur Friedlichen Revolution 1989 beitrug.

Eine Reihe von Wissenschaftlerinnen – darunter Bettina Knaup, Beatrice E. Stammer, Gabriele Muschter, Suzana Milevska, Kata Krasznahorkai und Sylvia Sasse – befassen sich in ihren kuratorischen, publizistischen und akademischen Arbeiten kritisch mit vielfältigen Fragestellungen zur Kunst und subkulturellen Öffentlichkeit der DDR, den politischen Aktivismen und Feminismen (vgl. Richter/Stammer/Knaup 2009; Muschter 1989; Muschter/Thomas 1992; Sasse 2016). Sie überarbeiten aktiv die genannten Stereotype in Bezug auf die Geschichtsschreibung der Kunst der DDR und stellen ihnen neue geschlechterkritische und postkoloniale Interpretationsansätze entgegen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die kritische Arbeit von Angelika Richter und ihre 2019 erschienene Dissertation *Das Gesetz der Szene. Genderkritik, Performance Art und zweite Öffentlichkeit in der späten DDR* zu würdigen (vgl. Richter 2019).

11 Vgl. insbesondere das Kapitel *Die Herausbildung der alternativen Kunstszene in der DDR*, in dem Ulrike Dornis, Cornelia Schleime und Brigitte Schreier zwar im Text erwähnt werden, das Hauptbeispiel jedoch die *Leipziger Schule* mit ihren ausschließlich ‚männlichen‘ Repräsentanten bildet. Vgl. auch das Kapitel *Die Vorgeschichte der selbstbestimmten Ausstellungskultur 1945–1970*, in dem ausschließlich ‚männliche‘ Akteure vorkommen. Beides ebd. Für eine diskursive Gegenposition (vgl. Richter 2019: 98-144).

12 Im Videoblock des Dossiers von Grundmann befindet sich ein aufschlussreiches Interview mit Else Gabriel – allerdings ist es ein Gespräch von insgesamt 10 Videointerviews mit ‚männlichen‘ Künstlern, Galeristen und Schriftstellern.

Politische Dimensionen von Aktions- und Performancekunst in der DDR

Die Aktions- und Performancekunst nimmt in den 1970er- bis 1980er-Jahren eine zentrale Stellung beim Formulieren politischer Forderungen und Ansprüche in der Kunst der DDR sowie weiterer Länder des östlichen Europas ein (vgl. Bryzgel 2017; Cseh-Varga/Czirak 2018). Die schwierige Ausgangslage der Aktions- und Performancekunst in der DDR bestand darin, dass sie sowohl innerhalb des Kunstsystems als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit lediglich marginal präsent war und nicht sichtbar sein durfte (vgl. Richter 2019: 14–17). Versuche, mit einer prozessbasierten Kunstpraxis wie der Performance in die Öffentlichkeit zu treten, wurden bis in die späten 1980er-Jahre von kulturpolitischer Seite strikt unterbunden und sanktioniert. Als 1983 beim IX. Kongress des Verbandes Bildender Künstler der DDR (VBK) ein Vorschlag für die Gründung der Sektion *Aktionskunst* geäußert wurde, erfuhr diese Idee eine radikale Ablehnung vom Präsidenten des VBK Willi Sitte (vgl. Rehberg 2004). Zudem war das Fach Freie Kunst nicht im Lehrplan der Kunsthochschulen enthalten, wodurch neue zeitgenössische Konzepte wie Fluxus, Happening oder Land Art nicht gelehrt werden konnten.

Trotz vielfacher Verbote gab es jedoch bereits ab Ende der 1960er- bis in die 1980er-Jahre zahlreiche illegale Aktionen, Happenings und Performances innerhalb der inoffiziellen Kunstszene der DDR. Multimediales Arbeiten beinhaltete intendierte Kombinationen von bildender Kunst mit Literatur, Musik, Tanz und experimentellem Film. Dieser Ansatz unterschied sich erheblich von der offiziellen Stilrichtung des figurlichen, naturalistischen, ideologisch verinnerlichten sozialistischen Realismus und ermöglichte neue ästhetische wie auch politische Aussagen.

Dagmar Ranft-Schinke, Michael Morgner, Thomas Ranft, Carlfriedrich Claus und Gregor-Torsten Schade agierten 1977 bis 1982 in Karl-Marx-Stadt als Gruppe *Clara Mosch* und betrieben in ihren Land-Art-Aktionen eine aktive Kritik an der Umweltpolitik der DDR (vgl. Richter 2018). Die Musikperformances von Helge Leiberg überschritten als eine Ausdrucksform der Prozesskunst den Rahmen einer langtradierten Werkästhetik (vgl. Richter 2019: 179–182). Darüber hinaus begriffen sich die Lesungen in der Werkstatt der Keramikünstlerin Wilfriede Maaß – einem zentralen Treffpunkt der oppositionellen Kunstschaffenden in Berlin (Ost) –, die Punk- und Rockkonzerte der Band Wutanfall aus Leipzig und der Band Schleimkeim aus Erfurt, die Auftritte des Modeensembles *chic, charmant & dauerhaft* aus Berlin (Ost) als widerständige Veranstaltungsformate. Sie richteten sich gezielt gegen die etablierten staatlichen Kulturprogramme und das dominante Verständnis von Kunst- und Kulturbegriffen als Repräsentationsform und vermeintliche ‚Bereicherung‘ [sic] des Lebens im Sozialismus.

Eine institutionelle Verankerung der neuen Ästhetik prozessbasierter Kunst war jedoch bis 1989 nicht möglich. 1985 gründeten Micha Brendel, Else Gabriel und Volker (Via) Lewandowsky eine Gruppe, die ab 1987 unter dem Namen Autoperforationsartisten auftrat und zu den wirksamsten und bekanntesten Performancegruppen der 1980er-Jahre gehörte (vgl. Hochschule für Bildende Künste Dresden (HfBK) 2006). Brendel, Gabriel und Lewandowsky erarbeiteten 1986–87 die Inszenierung *Herz Horn Haut Schrein* als ihre Diplomarbeit an der Hochschule für Bildende Künste Dresden. In ihrer multimedialen Struktur und der Verwendung von Sprache, Musik, Klang, Gestik und Installation wendete sich die Arbeit vom dominanten Kunstbegriff der DDR der 1970er-/80er-Jahre ab. Diese künstlerische Intervention wurde auch als politische Provokation interpretiert, sodass diese szenisch-performative Diplomarbeit der Autoperforationsartisten 1987 „aus Mangel an Kriterien für diese Kunstform“ nicht angenommen oder bewertet wurde (vgl. Grundmann 2012).

Eine Ausnahme in den Rezeptionsmustern der Künstlerinnen der Performance und weiterer neuer aktionistischer und intermedialer Kunstformen stellt das Werk von Else Gabriel dar. Als Mitglied der Performancegruppe Autoperforationsartisten erlangte sie auch als autonom wahrgenommene Einzelkünstlerin mit ihren Aktionen Ende der 1980er-Jahre eine Popularität über Dresden und Deutschland hinaus. Ihre Werke wurden als Produktionen der DDR-Performancekunst sowohl im östlichen wie auch im westlichen Europa nach 1989 aktiv rezipiert. Die Expressivität von Gabriels Performances äußerte sich in ihrer affektierenden Ästhetik, die durch eine komplexe gestische, sprachliche und musikalische Struktur sowie durch einen häufigen Einsatz von Tierblut gekennzeichnet war.

So ließ sich Gabriel bei der Performance *Alias, auch genannt ... Die Kunst der Fuge* (Abb. 1) unter einem Konzertflügel nieder, auf dem Ulf Wrede den von Johann Sebastian Bach komponierten Zyklus *Die Kunst der Fuge* spielte. Die performative Geste wurde von Gabriels Gesang begleitet. Anschließend tauchte sie ihren Kopf in einen Aluminiumeimer gefüllt mit zwei Tage altem Schweinsblut und geschmolzener Gummibärchenmasse. Insbesondere Gabriels Haare und Oberkörper zogen dadurch die Fliegen an, die ihren Kopf in der abschließenden Performancesequenz bedeckten.

In ihren radikalen ritualisiert wirkenden Inszenierungen schloss Gabriel an die Arbeitsstrategien der oppositionellen Performancekunst in der DDR der 1980er-Jahre an, die mit Schock und Ekel als produktiven Elementen operierte. Ästhetische Grenzüberschreitung und eine Entgrenzung des ethischen Rahmens der Kunst ging im Werk sowohl Gabriels als auch der Gruppe Autoperforationsartisten mit einer gesellschaftspolitischen Botschaft einher: „Fäulnis, Ekel, Vanitas sind eindeutige Bilder für einen gesellschaftlichen Zustand kurz vor dem Kollaps. Der Angriff gegen sich selbst (die Autoperforation) greift



Abbildung 1

Else Gabriel, *Alias, oder die Kunst der Fuge*, Galerie Weisser Elefant in der Permanenten Kunstkonferenz, Berlin (Ost), 1989.

Fotografie: Jochen Wermann, Courtesy Else Gabriel/APA Archiv – Micha Brendel

© VG Bild-Kunst, Bonn 2021

das Publikum an, schärft die Empfindung für die Phantomschmerzen und Verluste, setzt eingeschlossene Gefühle frei“ (Gillen 2009: 441; Gabriel 1990: 146–150).

Trotz ausbleibender akademischer Anerkennung und Verankerung gab es in Berlin, Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt immer wieder Initiativen, die interdisziplinäre Arbeitsweisen als Kunstformen offiziell zu etablieren versuchten. Sie scheiterten jedoch regelmäßig an den Auflagen und Verboten durch SED und Staatsführung. Erst 1989 zeichnete sich eine neue Umgangstendenz des VBK mit den über die Genre Grenzen hinausgehenden Kunstformen wie Aktion, Performance, Happening, Installation und Environment ab. Im Juni 1989 wurde erstmalig eine Veranstaltung autorisiert, die Performancekunst gleichberechtigt neben Malerei und Skulptur präsentierte. Die Permanente Kunstkonferenz war ein dreißigtägiges Performancefestival, das im Auftrag des VBK als Begleitveranstaltung zur offiziellen Berliner Bezirkskunstausstellung vom 30. Mai bis 30. Juni 1989 stattfand (vgl. Edition Galerie Weisser Elefant 1989). Die Permanente Kunstkonferenz wurde in der Galerie Weisser Elefant und im Atelier von Erhard Monden in der Sredzkistraße 64 in Berlin ausgetragen (vgl. Richter/Stammer/Knaup 2009: 19). Die erst so späte, ab Mitte des Jahres 1989 einsetzende Etablierung der prozessbasierten Kunst innerhalb der offiziellen Kunstszene der DDR trug entscheidend dazu bei, dass die Vertreterinnen der Performance- und Aktionskunst mehrfach marginalisiert wurden – einerseits als ‚unsichtbare‘ Künstlerinnen der dissidentischen Bewegung in der Opposition zum staatlich begründeten Kunstkanon der DDR und andererseits als ‚weibliche‘ Kunstschaaffende innerhalb der ‚männlich‘ dominierten alternativen Kunst.

Aktion und Performance zwischen ephemerer Ästhetik und Dokumentation

Die Dokumentation, Konservierung und Tradierung prozessbasierter Kunst unterliegt unabhängig von politischen Kontexten grundsätzlich medienbedingten Spezifika. Im Gegensatz zu Werken der Malerei oder Skulptur können Aktionen und Performances unmittelbar ausschließlich von anwesenden Zuschauenden wahrgenommen werden. Zudem gehörte das Ephemere häufig zum Konzept eines Werkes, das nur zum Zeitpunkt der Aufführung bestehen sollte. Die Rezeption der prozessbasierten Kunst – und somit auch der Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR – verläuft mittels der Analyse fotografischer oder Videodokumentationen, der verschriftlichten Handlungsabläufe, der Rezensionen der Kritiker*innen oder der Berichte der anwesenden Betrachter*innen.

Das Fehlen einer offiziellen oder akademischen Sprache zur Artikulation und Beschreibung der Aktions- und Performancekunst hatte eine paradoxe ‚eröffnende‘ Wirkung, da die ergebnisoffene Prozesskunst somit in beliebigen Kontexten entstehen konnte. Durch eine erzwungene Unabhängigkeit der Kunstproduktion, -promotion und -präsentation vom staatlich etablierten Kunstkontext boten Performance und Aktion insbesondere den Künstlerinnen einen Freiraum für neue ästhetische und widerständige politische Aussagen.

Freie experimentelle, performative Handlungen fanden überwiegend in privaten Räumen wie Wohnungen und Ateliers oder in den wenigen Produzent*innengalerien unter Einbeziehung des Publikums aus einer halböffentlichen Kunstszene statt. Diese ‚Privatisierung‘ der alternativen Kunst ermöglichte den Künstlerinnen und den teilnehmenden Zuschauenden einen schnellen Rückzug und ein Auflösen der Aktion vor einer staatlichen Verbotserteilung. Die Improvisation stellte dabei eine zentrale Strategie der widerständigen Kunstpraxis dar und bedingte den ephemeren Charakter der Werke. Karla Woisnitza initiierte beispielsweise 1976 eine szenische Lesung mit weiteren Künstlerinnen in einem Gasthof, 1978 eine fotografische Portraittaktion in einem Atelier, 1979 eine künstlerische Intervention auf einem verlassenen jüdischen Friedhof und zahlreiche Performances in ihrer eigenen Wohnung.¹³

Aufgrund des unabdingbaren Ausschlusses einer breiten Öffentlichkeit konnten nur wenige Zuschauende bei den ephemeren Aktionen und Performances unmittelbar anwesend sein. Zahlreiche Projekte konnten wegen fehlender technischer Ausrüstung nicht dokumentiert werden. So sind kaum bildbasierte und lediglich textliche Dokumentationen der Land-Art-Aktionen aus der DDR überliefert.

Ende der 1970er-Jahre gab es in Folge der Auseinandersetzung mit den medialen Besonderheiten neuer Kunstformen ein verstärktes Interesse der Künstlerinnen an der Fotografie als dokumentarischem Medium zur Aufzeichnung ihrer Performances. Der Super-8-Film wurde als Format eingeführt, um insbesondere Körperaktionen zu dokumentieren (vgl. Fritzsche/Löser 1996: 5–23). Die Fotografie und der künstlerische Super-8-Film avancierten auch zu den Medien geschlechterkritischer Ansätze. So produzierte Gabriele Stötzer in den 1970er- und 1980er-Jahren 18 experimentelle Filme, in denen sie mit Künstlerinnen aus ihrem persönlichen Umfeld zusammenarbeitete, um mythologische Bildmotive und die tradierte Ikonografie von ‚Weiblichkeitsdarstellungen‘ neu zu interpretieren. In poetischer Verdichtung fragmentierter Aktaufnahmen entwickelt Stötzers Super-8-Film *Trisal*, der 1986 in einer Zusammenarbeit mit Monika Anders und Verena Kyselka entstand, Bilder von

13 Ausführlich zur kritischen Einordnung des performativen Schaffens von Karla Woisnitza (vgl. Richter 2019: 196–222).

Selbstbestimmung, Befreiung und Unbefangenheit der Protagonistinnen (vgl. Akademie der Künste Berlin 2009).

Das Sujet von *Trisal* basiert auf der griechischen Legende, nach der sich der Widder zum Sternbild verwandelte. Stötzer arbeitet als Regisseurin und Kameraperson in diesem Kurzfilm mit Fragmentierungen und mehrfachen Überblendungen dreier ‚weiblicher‘ Akte sowie zahlreichen Bildelementen wie dem menschlichen Haar, Gräsern und Eiern, die in ihrer Formgebung und Materialästhetik geschlechtlich markiert sind. Die Synästhesie aus bewegtem Bild, Musik und Tanz entfaltet hier eine stark affizierende und suggestive Wirkung.

In *Trisal* werden ein Tabubruch in Bezug auf die Intimität und ‚Normalisierung‘ des ‚weiblichen‘ Aktes sowie eine Dekonstruktion der Geschlechter-/Blickhierarchien radikal vollzogen. Diese visuelle Narrative stellt den dominanten, staatlich sanktionierten Körperbildern – insbesondere den in Stereotypen des sozialistischen Realismus verankerten Konstruktionen der ‚Weiblichkeit‘ – einen machtvollen Gegenentwurf entgegen.

Eine andere Auseinandersetzung mit dem Körperbegriff findet in der experimentellen Filmreihe *Strukturen und Wandlungen (Film und Bewegung mit Fine)* von Christine Schlegel in Zusammenarbeit mit Fine Kwiatkowski statt.¹⁴ Zwischen 1984 und 1991 inszenierte Schlegel in variierenden Fassungen in Berlin und Dessau dieses multimediale Werk. Darin bewegt sich Kwiatkowski als Tänzerin in choreografierten Bewegungen vor einer großformatigen leeren Leinwand, die eine Projektionsfläche für amorphe Strukturen ist (Abb. 2, 3) (vgl. Schlegel 2017).

Der simultane Einsatz einer choreografischen Performance und einer Super-8-Filmprojektion behandelt eine der zentralen Fragen der neuen medienbasierten Kunst seit den 1960er-Jahren – die Entgrenzung einer zweidimensionalen Leinwandoberfläche durch eine Raumerweiterung. Kwiatkowskis Körper wirkt teilweise als integraler Bestandteil der Bildkomposition auf der Leinwand. Überlagert von mehreren Projektionsbildern löst er sich in der Leinwandoberfläche erst auf, um sodann daraus wieder hervorzutreten, die Körperlichkeit wieder anzunehmen und auf der Projektionsfläche eine leere Spur zu hinterlassen. Der Super-8-Film, der bei Stötzer als eigenständiges Medium eingesetzt wird, integriert sich in Schlegels Werk zum Element einer multimedialen Performance. Die visuelle Narration in *Strukturen und*

14 Fine Kwiatkowski (*1956) entwickelt seit 1980 als Tänzerin und Choreographin eine eigene, körperbasierte Bewegungssprache. Sie setzt Tanzimprovisation ein, um subjektive Individualerfahrungen in Körperbildern zu transferieren. Sie arbeitet radikal außerhalb der etablierten Konzepte einer kohärenten Tanzästhetik und linearen Chronologie. Während dieser choreographischer Ansatz aus dem Kanon des institutionellen Tanzes in der DDR ausgeschlossen blieb, wird Kwiatkowski in der Rezeption nach 1989 als wegweisend für den postmodernen Tanz hervorgehoben (vgl. Kwiatkowski 2021; Giersdorf 2014).



Abbildungen 2, 3

Christine Schlegel, *Strukturen* (mit Fine Kwiatkowski), Haus der Jungen Talente, Berlin/ Bauhaus Dessau, Dessau, 1984, u.a. Courtesy Christine Schlegel



Abbildung 4–6

Heike Stephan, *ohne Titel*, 1983.

3 s/w Fotografien, jeweils 29 x 19,5 cm

Privatarchiv Heike Stephan © VG Bild- Kunst, Bonn 2021

Wandlungen ist stark geprägt von der technischen Bearbeitung der Super-8-Filmnegative – der Kolorierung, den Kratzern, den Überlagerungen. Kwiatkowskis Körper wirkt in der Performance androgyn und nicht geschlechtlich attribuiert. Er wird vielmehr zu einem Raum- und Projektionselement, das die Fluidität und das Auflösen mitträgt und weist somit potenzielle gewaltvolle, stereotype Zuschreibungen zurück.

Ein weiteres Performancewerk, das gesellschaftspolitische Kritik in affektiven fotografischen Dokumentationen transportiert, sind die Körperinszenierungen von Heike Stephan. Sie thematisiert den Ausschluss des ‚weiblichen‘ Körpers aus dem dominanten kunst-/politischen Diskurs sowie seine Unsichtbarkeit. Stephan arbeitete intensiv mit synthetischen Folien und Seidenstoffen, deren ambivalente Materialität – Transparenz und Leichtigkeit im trockenen sowie Opazität und Festigkeit im nassen Zustand – sie performativ einsetzte (vgl. Richter 2019: 263–286). Während in den Umhüllungsperformances die Seide häufig als Bild- oder Projektionsfläche eingesetzt wird, kommt mit der großformatigen Folie aus Cellophan eine andere Bedeutung hinzu. 1983 vollzieht Stephan in einer fotodokumentarisch überlieferten Performance eine Umhüllung ihres gesamten nackten Körpers durch eine feste Folie (Abb. 4–6).

Unter großer physischer Anstrengung versucht die Künstlerin erfolglos, sich aus der Folienhülle zu befreien, indem sie diese dehnt und anreißt. Der Körper erscheint dabei abstrahiert und lediglich fragmentarisch sichtbar. Obwohl Stephan erkennbar bleibt, tritt eine geschlechtliche Markierung ihres Körpers unter dem affektiven Eindruck der Unfreiheit und Erstickung in den Hintergrund. Durch die Unsichtbarmachung des Körpers werden in der Perfor-

mance von 1983 Stephans Kritik der diskursiven Unsichtbarkeit und gesellschaftlichen Unterdrückung der Künstlerinnen, der ‚Frauen‘ sowie ein visualisierter individueller Widerstand gegen diese Prozesse deutlich.

Der beschriebene Super-8-Film von Stötzer, die experimentelle Filmperformance von Schlegel und die fotodokumentierte Körperaktion von Stephan zielen neben dem kritischen Nachdenken über die Weiblichkeitskonstruktionen und geschlechtermarkierten Zuschreibungen an Körper vor allem auf eine Reform des ‚klassischen‘ Werkbegriffes als materielles Zeugnis der Kunstproduktion. Ihre Aussagen zu neuen Formen, Ästhetiken und Inhalten eines Kunstwerkes tragen auch zur gesellschaftspolitischen Kritik bei. Sie widersprechen dem dominanten Diskurs einer Kunst, die dem sozialistischen Staat dient. Diese entwickelte sich im Werk zahlreicher Künstlerinnen der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR insbesondere in den 1980er-Jahren weiter. Eine explizite politische Aussage wurde dabei zum primären Ziel dieser Kunstproduktionen. Zudem betrieben die genannten wie auch zahlreiche weitere Werke eine radikale Dekonstruktion der Geschlechterhierarchien und verschmolzen häufig mit dem oppositionell-dissidentischen politischen Engagement der Kunstschaffenden.¹⁵

Performance als Instrument der Geschlechterkritik und ihre Desidentifizierungspotenziale

Das Werk von Gabriele Stötzer wird im Folgenden anhand ausgewählter Performances aus den 1970er- und 1980er-Jahren im Hinblick auf ihre Ästhetiken des künstlerisch-politischen Widerstandes sowie auf explizite Geschlechterkritik hin analysiert. Es wird dabei untersucht, welche neuen eröffnenden Potenziale von Desidentifizierung und Handlungsmachtgewinn Stötzers Position birgt. Der Fokus wird auf Stötzers Werk gerichtet, da ihre kontinuierliche Neupositionierung innerhalb der Kunstszene der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR – als Aktivistin, Schriftstellerin, Künstlerin und Galeristin – ein zentrales Beispiel der Aktionskunst dieser Jahre darstellt. Zudem gelten die zeitgenössischen kunsthistorischen Analysen nach 1989 und Parallelisierungsversuche von Stötzers Werk mit dem ‚westlichen‘ Kanon der feministischen Aktionskunst überwiegend als charakteristischer Rezeptionsmodus der feministischen Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR. Dieser kunsttheoretische und -praktische Mechanismus der ‚Einverleibung‘, der eine ‚Ost-West-Hierarchie‘ im dominanten Kursdiskurs fortschreibt, wird im vorliegenden Beitrag kritisiert.

15 Heike Stephans Selbstpositionierung in den Interviews mit Angelika Richter (vgl. Richter 2019: 280–288). Zur Verortung dieses Interpretationsansatzes (vgl. Berger 1985).

Stötzer¹⁶ absolvierte ab 1969 eine Ausbildung zur medizinisch-technischen Assistentin und studierte ab 1973 Germanistik und Kunsterziehung an der Pädagogischen Hochschule in Erfurt (vgl. Stötzer 2014). 1976 wurde sie aufgrund ihrer Petition gegen die Entlassung eines systemkritischen Kommilitonen von der Hochschule entlassen und zur Arbeit in der Produktion verpflichtet. Anschließend wurde Stötzer nach ihrer Unterstützung des Protestes gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann von der Staatsicherheit festgenommen und nach einer fünfmonatigen Untersuchungshaft zu einer einjährigen Haftstrafe wegen vermeintlicher „Staatsverleumdung“ verurteilt. Während der Haftstrafe verfasste Stötzer erste experimentelle Prosa, die einen autobiografischen und dokumentarischen Ansatz aufweist. 1980 übernahm sie die Leitung der Galerie im Flur, die sich in privaten Wohnräumen in Erfurt befand, und aufgrund eines Popularitätsgewinns in der gesamten DDR durch die Staatsicherheit ‚liquidiert‘ wurde. Stötzer stand als eine der zentralen Figuren in der oppositionellen Kunstszene der DDR langjährig unter intensiver Überwachung. Gedruckt erschienen Stötzers Werke zunächst in diversen Untergrundzeitschriften (*und, mikado, ariadnefabrik, KomaKino*), mit Ausnahme des Bandes *Zügel los*, der 1989 vom staatlichen Aufbau-Verlag publiziert wurde. Zwischen 1982 und 1988 fertigte sie 13 Kunstbücher aus Text, Fotos und Zeichnungen an. Neben zahlreichen Publikationen in offiziellen Verlagen und internationaler Vortragstätigkeit lehrt Stötzer seit 2010 Performanceseminare an der Universität Erfurt. Bereits vor der Friedlichen Revolution war Stötzer Mitbegründerin der Gruppe *Frauen für Veränderung* in Erfurt. Am 4. Dezember 1989 initiierte sie die erste Besetzung einer Zentrale der Staatssicherheit in der DDR in Erfurt und wirkte anschließend im Bürgerrat und Bürgerkomitee mit. Sowohl in ihrer Kunstproduktion in den Medien Fotografie, Super-8-Film, Aktion, Performance, Grafik und Weberei als auch in der aktivistischen politischen Netzwerkarbeit nahm Stötzer eine wichtige Rolle in der DDR und darüber hinaus ein und wurde insbesondere seit 2009 in zahlreichen Ausstellungen, Lesungen und Interviews gewürdigt.¹⁷

Stötzers Auseinandersetzung mit bildlich tradierten Geschlechterstereotypen sowie ihre Kritik der Konstruktion von geschlechtlich markierten Körpern kann exemplarisch anhand des Fotobuches *Frauen miteinander* und der fotografischen Serie *Winfried* analysiert werden. 1982 und 1983 entwickelte Stötzer zusammen mit Birgit Bronner und Nora Seifert dreizehn fotografische Serien ‚weiblicher‘ Akte zu dem Fotobuch *Frauen miteinander*. Es hinterfragte den ‚weiblichen‘ Körper in seiner Rolle als symbolische Projektionsfläche – auch für nationalstaatliche Diskurse um Reproduktion, Familie,

16 In den Jahren 1973–1979 trug Gabriele Stötzer zeitweise den Namen Kachold.

17 Zum Tag der Deutschen Einheit 2013 wurde Gabriele Stötzer das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

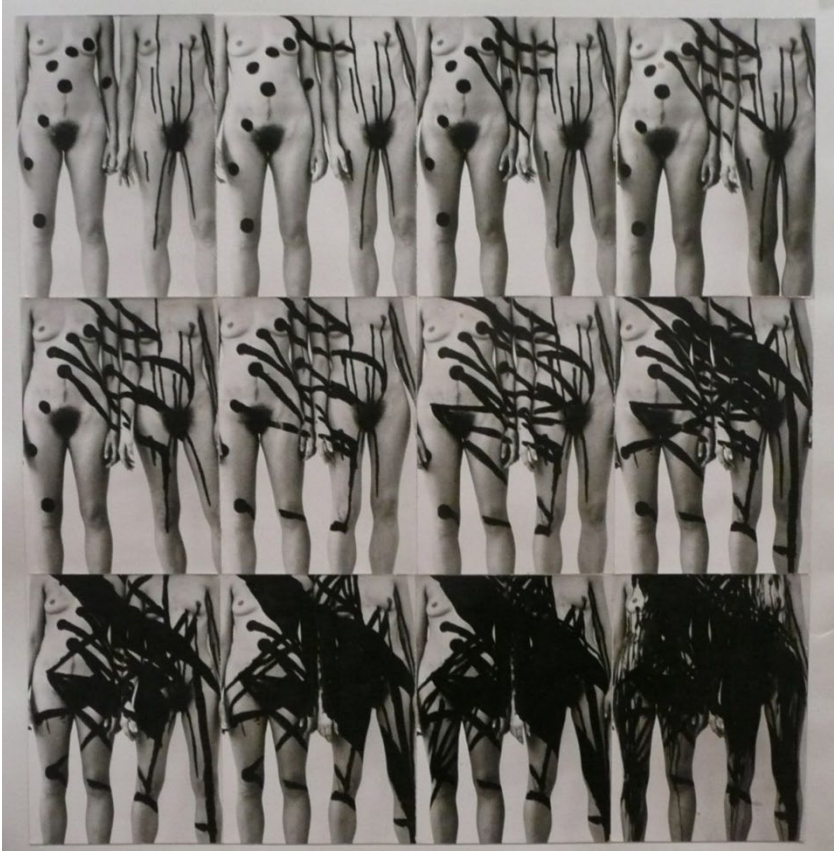


Abbildung 7

Gabriele Stötzer, *Verschmelzung*, aus: *Frauen miteinander*, 1982/83.

12 s/w Fotografien auf Karton, 14,5 x 10,5 cm, Courtesy Gabriele Stötzer

© VG Bild-Kunst, Bonn 2021

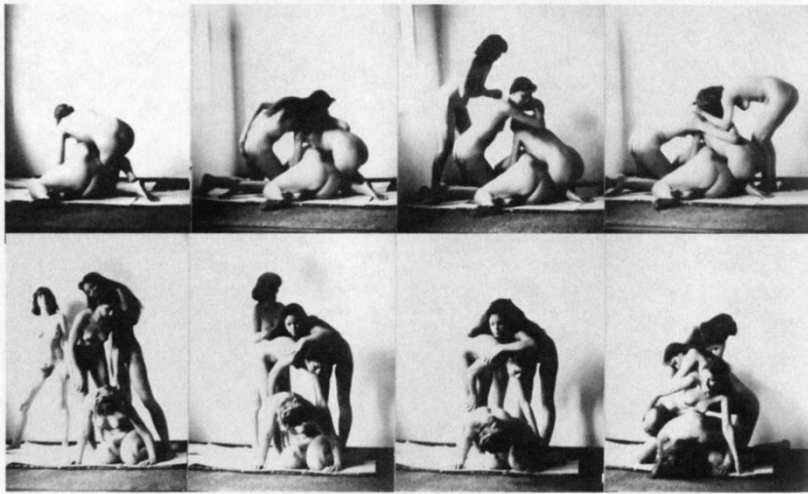


Abbildung 8

Gabriele Stötzer, *Berg von vorn*, aus: *Frauen miteinander*, 1982/83.

12 s/w Fotografien auf Karton, jeweils 14,5 x 10,5 cm, Courtesy Gabriele Stötzer

© VG Bild-Kunst, Bonn 2021

Geschlechterhierarchien. Zudem setzte das Projekt die Fotografierten als aktive Mitwirkende und Subjekte ins Bild, die autonom über ihre Sexualität und geschlechtliche Performance bestimmen (Abb. 7) (vgl. Stötzer 1996).

Die dreizehn fotografischen Serien bestehen überwiegend jeweils aus zwölf Aufnahmen und dokumentieren die Interaktion einzelner oder mehrerer Akte mit Alltagsgegenständen wie einem Kleid, einem Ei, einer Federboa, einer großformatigen Glasscheibe oder einer Zigarette.

Die Serie *Verschmelzung* zeigt zwei ‚weibliche‘ Körper in einer Ansicht als verlängerte Torsi. Die Figur links ist mit runden dunklen Farbmarkierungen im Bereich des Brustkorbes, der Brustwarzen, der Hüfte und der Oberschenkel versehen. Der Körper rechts ist von einem feinen Liniennetz aus herunterfließenden Farbaufträgen durchzogen, wobei die Linien vor allem im Bereich der Brustwarzen, des Bauches und der Vulva beginnen. Insbesondere die fließenden Farbverläufe am rechten Körper können als Flüssigkeiten wie Blut oder Milch interpretiert werden. Von der zweiten Fotografie der Serie an wird der Farbauftrag großflächiger und verbindet beide Figuren miteinander, sodass sie zunehmend zu einer einheitlichen Fläche verschmelzen und ihre individuellen Körper nicht mehr erkennbar sind. Die dunklen Farbareale heben die Körperareale der Brust und der Vulva grafisch hervor. Einerseits werden in dieser

fotografischen Serie die als ‚weiblich‘ lesbaren Akte in ihrer expliziten Körperlichkeit sichtbar. Der kompositorische Mittelpunkt aller Bilder liegt auf dem Genitalbereich der Fotografierten. Andererseits verstärkt die Anspielung auf körpereigene Flüssigkeiten das subjektive Bild eines lebenden vulnerablen Körpers. Die Titel des Fotobuches *Frauen miteinander* und der Serie *Verschmelzung* beschreiben nicht nur einen Kooperationsprozess dreier Künstlerinnen und die kompositorische Verschmelzung beider Akte im Bild, sondern rufen sprachlich die Assoziation einer intimen Bezogenheit der Körper aufeinander, einer ‚weiblichen‘ Homoerotik hervor.

Dieser Bezug wird insbesondere in der Inszenierung lustvoller ‚weiblicher‘ Sexualität in der fotografischen Serie *Berg von vorn* deutlich (Abb. 8) (vgl. Stötzer 1993). In acht Aufnahmen wird eine Interaktion zwischen zwei bis vier ‚weiblichen‘ Akten festgehalten. Die Körper legen sich aufeinander und verweben sich miteinander in einem Versuch, eine zusammenhängende Körperkonstruktion zu errichten. Die Kulisse dieser fotodokumentierten Performance bildet ein heller Stoff und eine weiße Wand mit den Körperschatten. Die Körper werden sowohl in den Rückenansichten mit einer Fokussierung auf die Gesäße als auch in Frontalansichten gezeigt. Der Verschmelzungseffekt der Akte zu einer Einheit wird visuell durch eine leichte Überbelichtung verstärkt, sodass die Tonnuancen einzelner Akte zu Gunsten scherenschnittartiger Licht-Schatten-Kontraste aufgegeben werden. Der Serientitel – *Berg von vorn* – betont die Verschmelzung der Körper durch die Nennung eines solitären Objektes – eines Berges – als Bezeichnung für die Gruppe von zwei bis vier ‚weiblichen‘ Körpern.

Das Fehlen der Gesichtsporraits der Fotografierten in *Verschmelzung* macht ihre individuelle Erkennung nicht möglich. Diese Wahl des Bildausschnittes und die Überbelichtung in *Berg von vorn* können als eine zensurvorbereitende künstlerische Geste gelten. Der Körperdarstellungsmodus beider Serien steht aufgrund der Explizitheit und seiner Fokusverschiebung auf subjektive, partikuläre Perspektiven in einem starken Kontrast zu homogenisierenden staatlichen Diskursen um ‚weibliche‘ Körper.

Stötzers künstlerische und aktivistische Arbeit unterlag einer besonders aggressiven ‚Zersetzungstätigkeit‘ der Staatssicherheit, die auf eine „systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens“ abzielte (vgl. Sasse 2018). Neben Strategien der Verunsicherung und Nichtanerkennung der künstlerischen Arbeit, der Negativbewertung und der performativen Zensur – dem Verhindern von Ausstellungen, dem indirekten Publikationsverbot – wurden mehrere Staatssicherheitsspitzen eingesetzt, um Stötzers künstlerische Arbeit zu sabotieren oder strafrechtlich verfolgen zu lassen. Als das Interesse der Künstlerin an Aktfotografie und Körperperformance erkannt wurde, schleuste die Staatssicherheit in eine der Aktionen den inoffiziellen Mitarbeitenden (IM) ‚Winfried‘ ein, um fotografische Inhalte zu provozieren, die als Pornografie rechtlich geahndet



Abbildung 9

Gabriele Stötzer, *Winfried' in Schwarz*, aus: *Mackenbuch*, 1985.

16 s/w Fotografien auf Karton, 45,5 x 60 cm, Courtesy Gabriele Stötzer

© VG Bild-Kunst, Bonn 2021

werden könnten. Stötzer fertigte mit ‚Winfried‘ ca. 150 bis 200 Fotografien, die fragmentarisch als fünf Serien in die Sammlung Mackenbuch 1985 eingingen (Abb. 9).

In der Serie ‚*Winfried‘ in Schwarz* ist der Fotografierte* auf sechzehn Ganzkörperportraits teilweise auch als Akt zu sehen.¹⁸ In dieser Performance zieht die Person, die auf den ersten Aufnahmen als frontaler Akt zu sehen ist, Schuhe mit hohen Absätzen, einen engen String, schwarze Nylonstrümpfe und ein schwarzes Kleid an. Auf weiteren Aufnahmen ist ‚Winfried‘ in einem kurzen schwarzen Rock sowie in einem String, Nylonstrümpfen und einem schwarzen Jackett portraitiert. Die fotografierte Person blickt überwiegend direkt in das Kameraobjektiv und führt eine Be-/Entkleidungsperformance durch, die mit den als ‚weiblich‘ konnotierten Requisiten operiert. Die Körperhaltung und Blickführung von ‚Winfried‘ wirken selbstbestimmt und lustvoll-spielerisch. Im Staatssicherheitsarchiv existieren dagegen die Anwerbungsbilder, die in ihrer Formalität und Uniformität der Bildästhetik mit Überwachungsaufnahmen verglichen werden können. Stötzer gelang trotz der Bespitzelungssituation eine fotografische Inszenierung, die eine würdevolle und anerkennende Darstellung der Person ermöglicht und ‚Winfried‘ eine Handlungsmacht verleiht. Stötzers visuelle Konzeptualisierung von Geschlecht als einer fluiden, performativen Kategorie weist anhand der beschriebenen Beispiele ein eröffnendes Potenzial der Desidentifizierung geschlechtsspezifischer Zuschreibungen auf – sowohl in der Fotografie als auch in der radikalen Kritik der dominanten Diskurse um Geschlecht.¹⁹

Kritischer Ausblick. Performancekunst der DDR – Autonomisierung vom ‚westlichen Kanon‘

Die Künstlerinnen aus der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR hatten bis zum 9. November 1989 oder ihrer vorherigen Ausbürgerung überwiegend keinen unmittelbaren Zugang zu Werken der ‚westlichen‘ Performancekunst.²⁰ Ein wichtiger Analysepunkt der Widerstandspotenziale von Performancekunst der DDR ist daher ihre Loslösung vom vermeintlich etablierten Kanon – dem ‚Westkanon‘. Diese Autonomisierung findet sich sowohl in der Kunstpraxis als auch in der Theorie wieder. So entstand beispielsweise in der Kunst der

18 Für einen weiteren Interpretationsansatz (vgl. Richter 2019: 252–263).

19 Zum Konzept der Desidentifizierung (vgl. Muñoz 1999).

20 Eine der Ausnahmen stellt Heike Stephans Teilnahme am *Festival of Revolution* mit ihrer Performance *Revolution Erotics* im Castillo Cultural Center in New York im Oktober 1989 dar.

DDR keine einheitliche Definition eines Performancebegriffes. Der Referenzrahmen blieb bei der Performance offen und beschrieb eine Vielfalt aktionistischer Kunstformen. Stötzer betont im Zusammenhang mit dem Schaffen der Künstlerinnengruppe *Exterra XX*, dass für die Beschreibung neuer Genres überwiegend „Aktion“ als Bezeichnung verwendet wurde.²¹ Der Performance-Begriff kam dagegen erstmalig 1989 auf. Auf diese Weise brachte *Exterra XX* durch ihre aktionistische Kunst ein autonomes Referenzsystem hervor, das ohne konkrete Bezugnahme auf die Diskurse um die ‚westliche‘ Performancekunst agierte (vgl. Kyselka/Stötzer 1992).

Der Austausch mit den Künstlerinnen der subkulturellen Öffentlichkeit aus den ehemals sozialistischen Ländern fand vor 1989 trotz erheblicher politischer Schwierigkeiten und medialer Einschränkungen statt. Performances und Körperaktionen von Zofia Kulik (*1947) aus Polen, Orshi Drozdik (*1946) aus Ungarn, Sanja Iveković (*1949) aus Kroatien oder Marina Abramović (*1946) aus Serbien kannten die Künstlerinnen aus der DDR marginal und stets durch das Medium der Fotografie vermittelt. Die Produktionen der Künstlerinnen der DDR wurden somit in ihrer Entstehung und Entwicklung von der Performancekunst weiterer ehemals sozialistischer Länder beeinflusst und nicht durch die vermeintlichen ‚westlichen‘ Vorbilder. So ist überliefert, dass die Künstlerinnen von *Exterra XX* einzelne schwarz-weiß fotografische Überlieferungen der Performances von Marina Abramović aus nicht allgemein zugänglichen Importkatalogen kannten (vgl. Phoenix 2009; Richter 2019: 130–137). Zu weiteren in der DDR teilweise zugänglichen Künstlerinnen gehörte Ewa Partum (*1945) aus Polen. In ihrem Werk aus den 1970er-/80er-Jahren setzt sich Partum insbesondere mit den Rollenzuschreibungen an ‚Frauen‘ und den Einschränkungen ihrer individuellen Freiheiten auseinander. In der Fotokollage *Selbstidentifizierung* von 1980 integriert Partum ihre eigene Aktaufnahme in die Straßenfotografie einer alltäglichen Passant*innenmenge. Die zensierte und sanktionierte Nacktheit wird in der Stadtszene durch die Kollage im Medium der Fotografie sichtbar. Partum erzeugt im Zusammenwirken des Werktitels *Selbstidentifizierung*, der abwesend wirkenden Mimik aller Fotografierten und des befremdlichen Gegensatzes eines ‚weiblichen‘ Aktes mit der warm bekleideten Menschenmenge eine situative Ironie, Irritation und Melancholie zugleich.²²

21 Die Erfurter Künstlerinnengruppe existierte zwischen 1984 und 1994. In dieser Zeit wurden unterschiedliche Selbstbezeichnungen wie Erfurter Frauengruppe, Avant Femme oder *Exterra XX* verwendet, wobei sie öfter auch unter dem Titel der jeweiligen Performances auftrat. Unter dem Namen *Exterra XX* trat die Künstlerinnengruppe erstmalig 1992 auf (vgl. Kyselka, Stötzer 1992; Altmann 2014).

22 Für Analyse, Kontextualisierung Interpretation von Ewa Partums Werk (vgl. Majewska-Güde 2021).



Abbildung 10

Ewa Partum, *Samoidentyfikacja*, 1980.

Courtesy Ewa Partum

https://pl.wikipedia.org/wiki/Ewa_Partum#/media/Plik:Samoidentyfikacja-1980.jpg

Eine angemessene Perspektive der zukünftigen kunst- und bildhistorischen Forschung wäre die Verschiebung des dominanten Rezeptionsfokus der Kunst der DDR, indem keine Parallelisierung mit dem Kanon ‚westlicher‘ Performancekunst angestrebt wird. Die ausgewählten Werkbeispiele zeigen, dass sich insbesondere die Aktions- und Performancekunst sowie ihre medialen Dokumentationen den ideologischen Vereinnahmungen und Funktionalisierungen der Kunst in der DDR entzogen. Die Performances der Künstlerinnen wurden zu visuellen Transferformen für subjektive Erfahrungen und Perspektiven, die im jeweiligen zeitlichen und geografischen Kontext gelten. Die inszenierten Handlungen wurden so individualisiert, abstrahiert und verschlüsselt, dass sie oft für Zuschauende und insbesondere für Repräsentant*innen des Staates nicht unmittelbar lesbar waren. Die Künstlerinnen ermöglichten auch durch die Geschlechterkritik eine subjektbezogene Desidentifikation. Sie verliehen die Handlungsmacht sowohl an die Betrachtenden ihrer Werke als auch an weitere Kunstschaffende. Die beschriebenen Potenziale der feministischen Aktionskunst der subkulturellen Öffentlichkeit brachten die Öffnung des politischen wie auch des Kunstsystems in der DDR aktiv voran. Das gelang den

beschriebenen Kunstschaffenden insbesondere mittels einer Kunst, die auf individueller Subjektivität und körperlicher Präsenz basierte. Aktions- und Performancekunst in der DDR hinterfragten künstlerische Konventionen und gesellschaftliche Codes zugleich. Diese Dekonstruktion ermöglichte eine radikale Kritik tradierter Zuschreibungen an geschlechtlich markierte Körper. Die Auswirkungen der in der feministischen Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR formulierten Geschlechterkritik gehen dabei weit über die Kunstproduktion an sich oder ihre kunsthistorische Theoretisierung hinaus. Diese Kritik – diskursiv begriffen – spiegelte nicht nur die Rolle der feministischen Kunstproduktion, der subkulturellen Öffentlichkeit und der Geschlechtermachtkonstellationen in der DDR wider. Vielmehr ermöglichte sie einen entwerfenden, visionären Beitrag zum künstlerischen Widerstand in der DDR, dessen formal-ästhetische und politische Nachwirkungen bis zu den aktuellen Aktivismen und Widerständen im Jahr 2021 identifizierbar sind. Dieser Beitrag ist ein Plädoyer dafür, die kritischen Potenziale, die die feministische Kunst der subkulturellen Öffentlichkeit der DDR aufweist, anhand geteilter Fragestellungen, zukünftiger gesellschaftspolitischer Ziele oder gemeinsamer Visionen aufzuzeigen. Erste intersektional-kritische Projekte wie die Ausstellung *Artists & Agents – Performancekunst und Geheimdienste*, die unter einer übergreifenden Fragestellung dissidentische Potenziale der internationalen – und auch der DDR – Performancekunst untersuchte, können dabei für eine notwendige Erneuerung des Kunstkanons als wegweisend gelten.²³

Literaturverzeichnis

- Altmann, Susanne (2014): Und – ich habe ihn nicht genommen. Die Künstlerinnen-gruppe Erfurt 1984 bis 1994. In: Büchner, Tely/Knorr, Susanne/Stötzer, Gabriele/Zabka, Reinhard (Hrsg.): *Zwischen Ausstieg und Aktion. Die Erfurter Subkultur der 1960er, 1970er und 1980er Jahre*. Berlin: Kerber, S. 58–67.
- Berger, Renate (1985): Pars pro toto. Zum Verhältnis von künstlerischer Freiheit und sexueller Integrität. In: Berger, Renate/Hammer-Tugendhat, Daniela (Hrsg.): *Der Garten der Lüste. Zur Deutung des Erotischen und Sexuellen bei Künstlern und ihren Interpreten*. Köln: DuMont, S. 150–187.
- Blume, Eugen/März, Roland (Hrsg.) (2003): *Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie*. Berlin: G + H Verlag.
- Brandler, Gunhild (1991): 'Aber die Künstler sind weiblich'. Ein Nachdenken über die Relation von Kunst und Geschlecht. Ort: Die DDR. Zeit: Die achtziger Jahre. In:

23 Die Ausstellung *Artists & Agents – Performancekunst und Geheimdienste* fand vom 26. Oktober 2019 bis 19. April 2020 im Dortmunder U – Zentrum für Kunst und Kreativität statt und wurde als „Ausstellung des Jahres 2020“ von der deutschen Sektion des internationalen Kunstkritikerverbandes ausgezeichnet (vgl. Krasznahorkai, Sasse 2019).

- Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hrsg.): *Außerhalb von Mittendrin*. Berlin: NGBK, S. 12–21.
- Bryzgel, Amy (2017): *Performance Art in Eastern Europe since 1960*. Manchester University Press: Manchester.
- Cseh-Varga, Katalin/Czirak, Adam (Hrsg.) (2018): *Performance Art in the Second Public Sphere. Event-based Art in Late Socialist Europe*, London: Routledge.
- Dvorakk, Elisaveta (2019): *Weibliches Sehen. Queere Perspektiven*. In: Bayer Kulturmagazin, Spielzeit 2019/20, S. 20–25.
- Ebert, Hiltrud (2003): *Wo sind die bildenden Künstlerinnen? Erklärungsversuche über das Verschwinden einer ostdeutschen Künstlerinnengeneration*. In: Binas, Susanne (Hrsg.) (2003): *Erfolgreiche Künstlerinnen. Arbeiten zwischen Eigensinn und Kulturbetrieb*. Essen: Klartext, S. 106–115.
- Eckhardt, Frank/Kaiser, Paul (Hrsg.) (2009): *ohne uns! Kunst und alternative Kultur in Dresden vor und nach 89*. Dresden: efau.
- Edition Galerie Weisser Elefant (Hrsg.) (1989): *Permanente Kunstkonferenz. 30.5.–30.6.1989. Installation – Performance – Performance Art*. Berlin: Galerie Weisser Elefant.
- Fritzsche, Karin/Löser, Claus (Hrsg.) (1996): *Gegenbilder. Filmische Subversion in der DDR 1976–1989*. Berlin: Janus Press.
- Gabriel, Else (1990): *Texte*. In: Metelka, Torsten/Rooff, Benn (Hrsg.) (1990): *Alles ist im Untergrund obenauf; einwandfrei... . Ausgewählte Beiträge aus der Zeitschrift KONTEXT 1-7. edition KONTEXT*, Berlin: KONTEXT, S. 146–150.
- Giersdorf, Jens Richard (2014): *Volkseigene Körper. Ostdeutscher Tanz seit 1945*, Bielefeld: transcript.
- Gillen, Eckart (2009): *Feindliche Brüder? Der Kalte Krieg und die deutsche Kunst 1945–1990*. Berlin: Nicolai Verlag.
- Hochschule für Bildende Künste Dresden (HfBK) (Hrsg.) (2006): *Ordnung durch Störung. Autoperforationsartistik*. Nürnberg: Verlag für moderne Kunst.
- Kaiser, Paul/Tannert, Christoph/Weidinger, Alfred (Hrsg.) (2019): *Point of no Return. Wende und Umbruch in der ostdeutschen Kunst*. München: Hirmer.
- Krasznahorkai, Kata/Sasse, Sylvia (Hrsg.) (2019): *Artists & Agents. Performancekunst und Geheimdienste*. Leipzig: spector Verlag.
- Krautzig, Steffen/Kunstpallast Düsseldorf (Hrsg.) (2019): *Utopie und Untergang. Kunst in der DDR*. Dresden: Sandstein.
- Kyselka, Verna/Stötzer, Gabriele (Hrsg.) (1992): *Multimedialistinnen*. Erfurt: Kunsthaus Erfurt.
- Lange, Marie-Luise (2012): *Aktionskunst*. In: Jordan, Stefan/Müller, Jürgen (Hrsg.): *Lexikon Kunstwissenschaft*. Stuttgart: Reclam, S. 38–41.
- Lode, Carmen/Tischler, Ute (Hrsg.) (1990): *Ostara. Künstlerinnen aus dem anderen Berlin*. Bonn: Frauenmuseum Bonn.
- Majewska-Güde, Karolina (2021): *Ewa Partum's Artistic Practice. An Atlas of Continuity in Different Locations*. Bielefeld: transcript.
- Muñoz, José Esteban (1999): *Disidentifications. Queers of Color and the Performance of Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Muschter, Gabriele/Thomas, Rüdiger (Hrsg.) (1992): *Jenseits der Staatskultur. Traditionen autonomer Kunst in der DDR*. München/Wien: Carl Hanser.

- Muschter, Gabriele (1989): DDR-Frauen fotografieren: Lexikon und Anthologie. Berlin: ex pose.
- Pejić, Bojana (2010): Gender Check. A Reader. Art and Theory in Eastern Europe. Köln: Walther König.
- Pejić, Bojana/Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien (Hrsg.) (2009): Gender Check. Femininity and Masculinity in the Art of Eastern Europe. Köln: Walther König.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2004): Verkörperungs-Konkurrenzen. Aktionskunst in der DDR zwischen Revolte und ‚Kristallisation‘. In: Janecke, Christian (Hrsg.): Performance und Bild. Performance als Bild. Berlin: Philo & Philo Fine Arts, S. 115–161.
- Richter, Angelika (2019): Das Gesetz der Szene. Genderkritik, Performance Art und zweite Öffentlichkeit in der späten DDR. Bielefeld: transcript.
- Richter, Angelika (2018): Rebellisch grün? Künstlerische Aktionen und Umwelt in der DDR. In: Stegmann, Petra (Hrsg.): Through a Forest Wilderness. Aktionen im Wald. Performance, Konzeptkunst, Events. Potsdam: Verlag DOWN WITH ART!, S. 214–224.
- Richter, Angelika/Stammer, Beatrice E./Knaup, Bettina (Hrsg.) (2009): und jetzt. Künstlerinnen aus der DDR. Nürnberg: Verlag für moderne Kunst.
- Stammer, Beatrice E. (2009): Vorwärts und nicht vergessen. In: Richter, Angelika/Stammer, Beatrice E./Knaup, Bettina (Hrsg.) (2009): und jetzt. Künstlerinnen aus der DDR. Nürnberg: Verlag für moderne Kunst, S. 10–18.
- Stötzer, Gabriele (2014): Der Knast hat meine Kunst beeinflusst. In: Lenssen, Claudia/Schoeller-Bouju, Bettina (Hrsg.): Wie haben Sie das gemacht? Aufzeichnungen zu Frauen und Filmen. Marburg: Schüren, S. 180–187.
- Stötzer, Gabriele (1996): Filmen mit Frauen. In: Fritzsche, Karin/Löser, Claus (Hrsg.): Gegenbilder. Filmische Subversion in der DDR 1976–1989. Berlin: Janus Press, S. 75–79.
- Stötzer, Gabriele (1993): Frauenszene und Frauen in der Szene. In: Böhlig, Peter/Michael, Klaus (Hrsg.): MachtSpiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg. Leipzig: Reclam, S. 129–137.
- Westheider, Ortrud/Philipp, Michael (Hrsg.) (2017): Hinter der Maske. Künstler in der DDR. München: Prestel.

Internetquellen

- Akademie der Künste Berlin (2009): re.act.feminism - performancekunst der 1960er und 70er Jahre heute. <http://www.reactfeminism.org/nr1/artists/stoetzer.html> [Zugriff: 28.06.2021].
- Auga, Ulrike E. (2018): Statement zur Situation der Gender Studies in Ungarn im Kontext der Entwicklung weiterer Länder inklusive Deutschland – Anhörung zur Lage der Gender Studies in Ungarn beim Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament, Brüssel vom 8. November 2018. <https://multimedia.euro-parl.europa.eu/en/committee-on-women-s->

- rights-and-gender-equality-ordinary-meeting_20181108-1000-COMMITTEE-FEMM_vd [Zugriff: 20.09.2021].
- Bildatlas. Kunst in der DDR (2021) <https://www.bildatlas-ddr-kunst.de/blog/about/> [Zugriff: 20.09.2021].
- Bilddatenbank des Verbundprojektes Bildatlas. Kunst in der DDR (2021) <https://www.bildatlas-ddr-kunst.de/database/> [Zugriff: 20.09.2021].
- DAS MINSK (2021) <https://dasminsk.de/de/> [Zugriff: 20.09.2021].
- Grundmann, Uta (2012): Dossier Autonome Kunst in der DDR. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/autonome-kunst-in-der-ddr/> [Zugriff: 28.06.2021].
- Kwiatkowski, Fine (2021) <http://www.fine-k.de/home> [Zugriff: 10.11.2021].
- Museum Barberini (2017): Hinter der Maske. Künstler in der DDR. <https://www.museum-barberini.de/de/ausstellungen/468/hinter-der-maske-kuenstler-in-der-ddr> [Zugriff: 28.06.2021].
- Pressemappe Hinter der Maske. Künstler in der DDR (2017) https://www.artefakt-berlin.de/fileadmin/files/archiv/MB_DDR/pdfs/Komplett_Pressemappe_Hinter-der-Maske.pdf [Zugriff: 20.09.2021].
- Phoenix, Val (2009): Open Stage 're.act.feminism' at Berlin's Akademie der Künste. In: FRIEZE. <https://www.frieze.com/article/open-stage> [Zugriff: 28.06.2021].
- Pressemitteilung Tabubruch und Subversion (2011) <https://kunstaspekte.art/event/entdeckt-rebellische-kunstlerinnen-der-ddr-2011-07> [Zugriff: 20.09.2021].
- Sasse, Sylvia (2018): Der Spitzel im Bild. Operative Zensur. Zürich: Diaphanes. <https://www.diaphanes.net/titel/der-spitzel-im-bild-5819> [Zugriff: 28.06.2021].
- Sasse, Sylvia (2016): Stasi-Dada. Was KünstlerInnen aus ihren Geheimakten machen. <http://ge-schichtedergegenwart.ch/stasi-dada-gabriele-stoetzer-las-im-cabaret-voltaire-aus-ihren-akten/> [Zugriff: 28.06.2021].
- Schlegel, Christine (2017): Film und Performances. <http://www.christineschlegel.de/albums/film-und-performance/> [Zugriff: 28.06.2021].
- Staatliches Museum Schwerin (2018): Hinter dem Horizont ... Kunst der DDR aus den Sammlungen des Staatlichen Museums Schwerin. <https://www.museum-schwerin.de/ausstellungen/archiv/> [Zugriff: 20.09.2021].
- Westdeutsche Zeitung (2018): Hinter dem Horizont - Schwerin zeigt DDR-Kunst. https://www.wz.de/panorama/hinter-dem-horizont-schwerin-zeigt-ddr-kunst_aid-25324395 [Zugriff: 20.09.2021].
- Württembergischer Kunstverein Stuttgart (2009): Subversive Praktiken. Kunst unter Bedingungen politischer Repression 60er–80er / Südamerika / Europa. <https://www.wkv-stuttgart.de/programm/2009/ausstellungen/subversive/> [Zugriff: 28.06.2021].

Abbildungen

Abbildung 1 Else Gabriel, Alias, oder die Kunst der Fuge, Galerie Weisser Elefant in der Permanenten Kunstkonferenz, Berlin (Ost), 1989. Fotografie: Jochen Wer-
mann, Courtesy Else Gabriel/APA Archiv – Micha Brendel. © VG Bild-Kunst,
Bonn 2021

Abbildung 2, 3 Christine Schlegel, Strukturen (mit Fine Kwiatkowski), Haus der Jungen
Talente, Berlin/ Bauhaus Dessau, Dessau, 1984, u.a. Courtesy Christine Schlegel

Abbildung 4–6 Heike Stephan, ohne Titel, 1983. 3 s/w Fotografien, jeweils 29 x 19,5
cm. Privatarchiv Heike Stephan © VG Bild- Kunst, Bonn 2021

Abbildung 7 Gabriele Stötzer, Verschmelzung, aus: Frauen miteinander, 1982/83. 12
s/w Fotografien auf Karton, 14,5 x 10,5 cm, Courtesy Gabriele Stötzer. © VG Bild-
Kunst, Bonn 2021

Abbildung 8 Gabriele Stötzer, Berg von vorn, aus: Frauen miteinander, 1982/83. 12 s/w
Fotografien auf Karton, jeweils 14,5 x 10,5 cm, Courtesy Gabriele Stötzer. © VG
Bild-Kunst, Bonn 2021

Abbildung 9 Gabriele Stötzer, ‚Winfried‘ in Schwarz, aus: Mackenbuch, 1985. 16 s/w
Fotografien auf Karton, 45,5 x 60 cm, Courtesy Gabriele Stötzer. © VG Bild-
Kunst, Bonn 2021

Abbildung 10 Ewa Partum, Samoidentyfikacja, 1980. Courtesy Ewa Partum.
[https://pl.wikipedia.org/wiki/Ewa_Partum#/media/Plik:Samoidentyfikacja-
1980.jpg](https://pl.wikipedia.org/wiki/Ewa_Partum#/media/Plik:Samoidentyfikacja-1980.jpg)

„Jung, weiblich, feindlich-negativ“. Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin

Almut Ilsen und Bettina Rathenow im Gespräch mit Barbara Einhorn

Die in Ost-Berlin gegründete Gruppe Frauen für den Frieden gehörte zur unabhängigen Friedensbewegung der DDR und war von 1982 bis 1988 aktiv. Sie war eine der am längsten existierenden und eine der wenigen kirchenunabhängigen Oppositionsgruppen. Im Herbst 2019 erschien das Buch *Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin*, in dem 16 Frauen der Gruppe, zwei Mitstreiterinnen und ein Stasi-Offizier über ihre Erinnerungen und Erfahrungen berichten. In der Publikation wird eine wichtige, bisher ausstehende zeit-historische Einordnung vorgenommen und Einblick in die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit gewährt.¹

Barbara Einhorn: Ich möchte damit beginnen, dass ich die Gesprächsteilnehmerinnen – und mich selbst – kurz vorstelle.

Almut Ilsen, Jahrgang 1950, wuchs in Jena auf und studierte an der dortigen Friedrich-Schiller-Universität von 1969 bis 1973 Chemie. Eine Promotion wurde ihr aus politischen Gründen verwehrt. Sie war einige Jahre in der chemischen Industrie beschäftigt, bevor sie 1976 an der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin als Fachreferentin für Naturwissenschaften zu arbeiten begann. Sie studierte 1981 bis 1983 postgradual Bibliothekswissenschaften und war bis zu ihrem Renteneintritt im Jahr 2016 an der Staatsbibliothek tätig. 1982 war sie Mitinitiatorin der Gruppe Frauen für den Frieden, im Herbst 1989 Mitbegründerin des Ost-Berliner Frauenzentrums EWA (Erster Weiblicher Aufbruch). Seit 2000 ist sie auch Fotografin. Sie hat zwei erwachsene Kinder und drei Enkelkinder.

Bettina Rathenow wurde 1953 in Dresden geboren. Nach dem Abitur studierte sie von 1972 bis 1977 an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, zunächst zwei Semester Chemie, danach wechselte sie zum Lehramtsstudium für die Fächer Deutsch und Geschichte. Bereits in Jena hatte sie Kontakte zur DDR-Opposition. Von 1977 bis 1981 arbeitete sie als Lehrerin in Berlin. Aufgrund ihrer politischen Haltung und Betätigung wurde sie vom Schuldienst

1 Ilsen/Leiserowitz 2019.

freigestellt, was einem Berufsverbot gleichkam. Sie übte danach verschiedene Tätigkeiten aus, u.a. in einem evangelischen Kindergarten. 1982 war sie Mitinitiatorin der Gruppe Frauen für den Frieden.

Ende 1989/Anfang 1990 wirkte sie am Runden Tisch Bildung im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain mit. Bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 errang sie über ein Mandat des Unabhängigen Frauenverbandes/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Sitz in der Bezirksverordnetenversammlung. Ab September 1990 war sie als Schulpädagogin in der Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport tätig und ab 2008 bis zum Ruhestand im Jahr 2018 in der Berliner Schulinspektion. Bettina Rathenow ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Ich selbst, Barbara Einhorn, wurde als Kind deutscher, jüdischer Eltern, die 1939 vor Hitler geflüchtet waren, 1942 im Asylland Neuseeland geboren. Ich studierte Germanistik und verbrachte von 1964 bis 1967 drei Jahre in Ost- und West-Berlin, um an meiner Doktorarbeit über den Roman in der DDR 1949–1969 zu arbeiten. Ich lebe seit 1973 in England und Neuseeland und bin Zeit meines Lebens als Feministin und Friedensaktivistin tätig. Anfang der 1980er-Jahre engagierte ich mich in der Kampagne für europäische nukleare Abrüstung (European Nuclear Disarmament, END). Über die END kam ich in Kontakt zu den Ost-Berliner Frauen für den Frieden und besuchte sie im Herbst 1982 das erste Mal. Später planten wir ein gemeinsames Buch. In diesem Zusammenhang wurde ich im Dezember 1983 für fünf Tage in der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, dem Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen, inhaftiert.

Auf wissenschaftlichem Gebiet wechselte ich von der Germanistik in die Soziologie und veröffentlichte zwei Bücher zu Genderfragen in Ost- und Zentraleuropa vor und nach 1989. Jetzt bin ich emeritierte Professorin für Gender Studies an der Universität Sussex in Brighton, Großbritannien. Ich bin in zweiter Ehe mit Paul Oestreicher verheiratet und habe eine Patchwork-Familie mit fünf Kindern und elf Enkelkindern.

Barbara Einhorn: Ihr Frauen für den Frieden wart in den 1980er-Jahren als Oppositionsgruppe in Ost-Berlin aktiv. Das liegt jetzt über 30 Jahre zurück. Warum habt Ihr dieses Buch gerade jetzt geschrieben?

Almut Ilsen: Es gab mehrere Gründe für das Schreiben dieses Buches und auch, warum wir dies erst jetzt in Angriff genommen haben. Wie notwendig und wichtig es war, unsere Geschichte aufzuschreiben, war uns seit längerem klar. Andere Oppositionsgruppen hatten das bereits getan. Wir wollten unsere Geschichte den anderen hinzufügen. Uns war nicht entgangen, dass wir in der Geschichte der DDR-Opposition oft nicht wahrgenommen wurden und werden. Denn leider ist es noch immer so, dass die Geschichte von Frauen als weniger relevant gesehen, ausgespart oder marginalisiert wird – dem wollten wir abhelfen.

Es war uns auch sehr wichtig, unsere Geschichte selbst zu erzählen und sie nicht von Historikerinnen, Historikern und Sozialwissenschaftlerinnen erzählen und interpretieren zu lassen. Ehrhart Neubert schreibt in seinem Buch *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*: „Zu den Initiatorinnen gehörten eine Reihe von Ehefrauen bekannter Oppositioneller.“ (Neubert 1998: 460) Waren wir das ‚Damenprogramm‘ der unabhängigen Friedensbewegung? Neuberts Buch steht als Nachschlagewerk in jeder einschlägigen Bibliothek und seine Aussagen gelten als nicht hinterfragbar, solange keine anderen authentischen Quellen existieren. Die authentische und vielstimmige Geschichte der Frauen für den Frieden musste in die Öffentlichkeit, um nicht vergessen zu werden.

Für unser Buch gab es bereits wichtige Vorarbeiten. Irena Kukutz, eine der Gründungsfrauen der Gruppe, führte bereits in den Jahren 1998 bis 2000 im Rahmen eines Projektes Interviews mit einem Teil der ehemaligen Frauen für den Frieden. Leider konnte das damals geplante Buchprojekt, das auch einen Erinnerungsbericht von Barbara Einhorn enthalten sollte, aus zeitlichen und organisatorischen Gründen nicht realisiert werden.

Es bedurfte einiger Anlässe und Bedingungen, um das Buchprojekt erneut in Angriff zu nehmen. Im Herbst 2017 hatte Peter Wensierski einige von uns für die rbb-Dokumentation *IM Dienst der Stasi – der Fall Monika Haeger* (Wensierski 2017) interviewt. Wir trafen uns zur Film Premiere. In der Dokumentation sahen wir Monika Haeger wieder, eine von der Staatssicherheit in die Gruppe eingeschleuste inoffizielle Mitarbeiterin (IM), die uns über Jahre intensiv bespitzelt hatte. Haeger berichtete in ihrem Interview vom Frühjahr 1990 mit leuchtenden Augen von ihrer „Kundschaftertätigkeit in den feindlichen Reihen“ (ebd.). Ihre Entschuldigung für ihren Verrat wirkte demgegenüber wenig überzeugend. Alte Emotionen brachen wieder auf. Wir waren erschüttert und verletzt und beschlossen, uns wieder zu treffen. Wir wollten miteinander über unsere Erinnerungen reden.

Kurze Zeit später besuchte mich Ruth Leiserowitz, die ebenfalls bei den Frauen für den Frieden aktiv war. Wir sprachen über den Film und das unvollendete Buchprojekt. Da ich nicht mehr im Arbeitsleben stand und mehr Zeit hatte, stieß sie mit ihrem Satz „Wir haben früher auch alles gemeinsam gemacht, das können wir doch jetzt wieder tun“ bei mir auf offene Ohren. An jenem Abend im Dezember 2017 beschlossen Ruth und ich, gemeinsam mit den anderen Frauen die Geschichte der Frauen für den Frieden aufzuschreiben. Irena überließ uns ihr Manuskript mit den Interviews zur freien Verfügung. Im Januar 2018 traf sich ein Teil der interviewten Frauen zum ersten Mal wieder. Die alte Vertrautheit war wieder da, der Abend viel zu kurz. Jetzt galt es, auch die anderen interviewten Frauen wiederzufinden. Bei fast allen gelang es, und fast alle waren bereit, an dem Buchprojekt mitzuarbeiten. Auch Dich, Barbara, konnten wir wiederfinden. Einige zusätzliche Erinnerungsberichte von wichtigen Protagonistinnen wie Bärbel Bohley, Irena Kukutz und Christa Sengespeik

wurden den Interviews hinzugefügt. Ruth Leiserowitz schrieb als Historikerin eine Einführung und ordnete unsere Geschichte in den zeithistorischen Kontext ein. Ich widmete mich der Recherche der Stasi-Akten im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft und beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU). Als Verleger konnten wir Christoph Links gewinnen und mit einem Druckkostenzuschuss vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin konnte das Buch realisiert werden. Es erschien zur Frankfurter Buchmesse im Oktober 2019, schon im November konnte eine zweite Auflage gedruckt werden.

Barbara Einhorn: Eure Gruppe hat sich in den frühen 1980er-Jahren in der DDR gegründet. In welcher politischen Situation habt Ihr Euch zu dieser Zeit befunden?

Bettina Rathenow: Ende der 1970er-Jahre und in den 1980er-Jahren standen sich die Warschauer Vertragsstaaten und die NATO hochgerüstet und unversöhnlich im Kalten Krieg gegenüber. Die atomare Bedrohung war real und die Rüstungsspirale drohte in einer tödlichen nuklearen Katastrophe zu enden. So hatte die UdSSR bereits bis Ende der 1970er-Jahre Atomraketen vom Typ SS-20 auf ihrem Territorium stationiert. Darauf reagierte die NATO mit dem Doppelbeschluss vom Dezember 1979, in Westeuropa ebenfalls atombestückte Mittelstreckenraketen aufzustellen. Mitten in diesem System der Abschreckung befanden sich die DDR auf der einen und die BRD auf der anderen Seite.

Als Protest gegen die Hochrüstung und aus Angst vor einem möglichen Atomkrieg entstand in ganz Westeuropa und weltweit eine mächtige Friedensbewegung. Auch in der DDR und in den anderen sozialistischen Staaten regte sich Widerstand – so bildeten sich Friedensgruppen, z.B. die sehr bekannt gewordene Bewegung Schwerter zu Pflugscharen. Ich erinnere mich auch an den *Berliner Appell*, den Robert Havemann und Rainer Eppelmann 1982 in Umlauf brachten und den Hunderte Bürgerinnen und Bürger der DDR unterzeichneten. Mit dem Gedanken *Frieden schaffen ohne Waffen* warnten sie eindringlich vor einem Atomkrieg und regten einen sozialen Friedensdienst als eine Möglichkeit zur Wehrdienstverweigerung bei der Nationalen Volksarmee (NVA) an.

Barbara Einhorn: Wie war denn die Situation in der DDR?

Bettina Rathenow: Wir lebten in einer Diktatur, in der demokratische Werte wie Meinungs- oder Versammlungsfreiheit nichts galten, da sie die Ideologie des Sozialismus infrage zu stellen drohten. Eine Kritik an der DDR-Politik oder gar eine Opposition wurde massiv verhindert und von den staatlichen Organen verfolgt. Im schlimmsten Fall kam man ins Gefängnis, berufliche Probleme oder das Verhindern von Abitur oder Studium waren an der Tagesordnung. Die DDR hat sich offiziell als Friedensstaat propagiert und Teile der westeuropäischen Friedensbewegung propagandistisch unterstützt. Parallel zu dieser Selbstdarstellung gab es jedoch innerhalb der DDR eine zunehmende

Militarisierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen, z.B. Wehrkundeunterricht in den Schulen, Kasernenbesuche von Schulklassen, vormilitärische Ausbildung für Lehrlinge und Studierende, regelmäßige Übungen der Kampfgruppen in den Betrieben oder Kriegsspielzeug in den Kindergärten. In den Schulen waren die Lehrkräfte aufgefordert, die Schüler für eine Laufbahn in der NVA zu werben, oft mit massivem Druck seitens der Schulleitung. Das habe ich selbst während meiner Tätigkeit als Lehrerin erfahren. Anfang 1982 kam es verstärkt zu Zivilschutzübungen; in Teilen der Bevölkerung herrschten große Ängste vor einem Atomkrieg.

In dieser Situation verabschiedete die Volkskammer der DDR im März 1982 ein neues Wehrdienstgesetz. Es sah vor, dass im Mobilisierungsfall auch Frauen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren zum Dienst in der NVA gemustert und einberufen werden konnten. Die diesbezüglichen Paragraphen im Gesetz führten in unseren Freundinnenkreisen zu heftigen Diskussionen, Empörung und Sorge. Viele Frauen standen der Armee und allem Militärischen sehr ablehnend gegenüber, zumal sie über ihre Männer, Freunde und Brüder über negative Erfahrungen in der NVA informiert waren. Etliche Frauen beschlossen, individuelle Eingaben² gegen die mögliche Einbeziehung von Frauen in die Armee zu formulieren und an Erich Honecker zu schicken. Diese Schreiben blieben jedoch ohne Antwort. Inzwischen hatten wir auch erfahren, dass in Mecklenburg bereits Krankenschwestern gemustert worden waren. Bei einem Treffen befreundeter Frauen bei Bärbel Bohley im Herbst 1982 waren wir uns einig, unbedingt etwas tun zu müssen. Wir beschlossen, eine gemeinsame Eingabe an Erich Honecker zu schreiben, die zunächst von sieben Frauen unterzeichnet wurde. Da wir als Erstunterzeichnerinnen wussten, dass auch andere Frauen über das Gesetz empört waren, sammelten wir weitere Unterschriften, auch über Berlin hinaus. Letztendlich haben 130 Frauen das Dokument unterschrieben. Wie es dann weiter ging mit dieser Eingabe und wie die Staatssicherheit reagierte – davon wird Almut noch berichten.

Im Dezember 1982 trafen sich schließlich 35 der Unterzeichnerinnen bei Barbe und Dietmar Linke in deren Pfarrhaus in Neuenhagen zu einer Adventsfeier. Dort besprachen wir die Ereignisse der letzten Wochen und beschlossen, uns weiterhin zu treffen, unsere Anliegen zu diskutieren und inhaltlich gemeinsam weiter zu arbeiten. Die Frauen für den Frieden Ost-Berlin waren geboren ...

Barbara Einhorn: Der Staat DDR bzw. die Staatssicherheit wird nicht begeistert gewesen sein über Eure Aktivitäten. Welchen Reaktionen wart Ihr ausgesetzt, nachdem ihr die Eingabe abgeschickt hattet? Wie ist es in den Folgejahren weitergegangen?

- 2 Eine Eingabe war eine der wenigen Möglichkeiten, sich an staatliche Institutionen zu wenden, um bestehende Zustände zu kritisieren. Sie enthielt die Bitte oder Forderung, diese Zustände zu beheben.

Almut Ilsen: Der Staat in Gestalt der Stasi hat sich von Anfang an für unsere Aktivitäten interessiert und uns zu einem sehr frühen Zeitpunkt als ‚feindlich-negativ‘, also als Staatsfeindinnen eingestuft. Bis zur Einsicht in die Stasiakten waren wir Frauen der Meinung, dass uns die Stasi – weil wir Frauen waren – zumindest in den Anfangszeiten nicht wirklich ernst genommen hat. Diese Einschätzung mussten wir revidieren.

Bereits während der Zeit, in der wir Unterschriften für die Eingabe sammelten, also im Oktober 1982, hatte die Stasi durch eine IM den Text der Eingabe erhalten. Nach Auswertung des Eingabetextes gab die Stasi ihren Befürchtungen Ausdruck, dass ausgelöst durch die Wehrdienstgesetzeingabe eine unabhängige Frauenbewegung als Gegenpart zur offiziellen Frauenorganisation DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands) entstehen könne. Zu jener Zeit dachten wir Akteurinnen noch nicht einmal an ein weiteres Zusammenarbeiten in einer festen Gruppe.

Nachdem die Eingabe an Erich Honecker abgeschickt worden war, nahmen wir Frauen eine vermeintliche, aber auch gespenstische Ruhe wahr. Währenddessen arbeitete die Stasi fieberhaft. Sie trug Informationen über alle Unterzeichnerinnen zusammen. Es wurde recherchiert, inwieweit wir bereits ‚erfasst‘ waren. Dabei stellte sich heraus, dass über den Großteil von uns in den Akten unserer Ehemänner bzw. Lebensgefährten berichtet wurde. Bei der männerdominierten und militärisch durchorganisierten Staatssicherheit bekamen Frauen erst dann ihre eigene Akte, wenn sie keinem Mann zugeordnet werden konnten. Das waren nur wenige, so hatte beispielsweise Bärbel Bohley ihren eigenen ‚operativen Vorgang‘.

Ende November, etwa vier Wochen nach Absenden der Eingabe, bekamen die Frauen ‚Besuch‘ bzw. wurden zur ‚Klärung eines Sachverhaltes‘ vorgeladen. Die Stasi hatte Genossinnen und Genossen der SED beauftragt, um mit den Frauen nach einem vorgegebenen Fragenkatalog ‚Gespräche zur Klärung der Eingabe‘ zu führen. Es sollte in Erfahrung gebracht werden, von wem sie die Eingabe erhalten hatten und wie ihre Mitwirkung und Kenntnis des Textes zu bewerten sei. Die Frauen sollten eingeschüchert und letztendlich zur Rücknahme ihrer Unterschrift bewegt werden. Bei diesen ‚Gesprächen‘ zog keine der Frauen ihre Unterschrift zurück.

Bereits im Dezember 1982 wurden von der Stasi erste Konzeptionen und sogenannte Maßnahmepläne zur Beobachtung und Zerschlagung der Gruppe erarbeitet. Bald entstanden weitere Frauen für den Frieden-Gruppen in anderen Orten der DDR. Die Stasi formulierte:

„Der Form nach werden Eingaben, Beschwerden und Proteste genutzt, um die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit auf einem entscheidenden Sektor, dem der Verteidigungsbereitschaft zu behindern. Die Bildung von sogenannten Frauengruppen soll dabei Voraussetzung für breite staatsfeindliche Aktivitäten sein“ (Hauptabteilung 1982: Bl. 76)

In den Folgejahren wurden immer neuere Maßnahmen zur Zersetzung und Zerschlagung der Gruppe geplant und teilweise auch realisiert. Dazu gehörte auch

der Einsatz von IM. Neben Monika Haeger waren das noch einige weitere Frauen, die im Auftrag der Stasi die Frauen bespitzelten. Die IM berichteten über geplante Aktionen der Gruppe, über einzelne Frauen, auch über sehr Privates.

Zu den Zersetzungsmaßnahmen gehörten auch die sogenannten Zuführungen. Die Frauen der Gruppe wurden verhört, es wurde versucht, sie einzuschüchtern. Ziel der Stasi war, den Frauen – wie allen anderen von ihr in operativen Vorgängen ‚bearbeiteten‘ Personen – die Verletzung von Paragraphen des Strafgesetzbuches nachzuweisen und damit eine Inhaftierung zu ermöglichen. Im Dezember 1983 war es soweit. Gegen vier Frauen der Gruppe wurden Ermittlungsverfahren eröffnet, zwei kamen in Untersuchungshaft.

Im Jahr 1985 wurde zur ‚Bearbeitung‘ aller Frauen für den Frieden-Gruppen der DDR der Zentrale Operative Vorgang (ZOV) *Wespen*³ eröffnet. Für das Anlegen eines ZOV und demzufolge für die Einschätzung der Frauengruppen galt folgendes Kriterium: „wenn [...] eine feindliche Stelle oder feindliche Kräfte existieren, von denen eine intensive subversive Tätigkeit bzw. Feindtätigkeit mit hoher Gesellschaftsgefährlichkeit gegen die DDR und andere sozialistische Staaten ausgeht“ (Ministerrat 1985, Bl. 9).

Sogenannte Zersetzungsmaßnahmen wurden für jede Frau individuell geplant.

Sie reichten von arbeitsrechtlichen Maßnahmen bis hin zum Berufsverbot für Lehrerinnen, zum Ausschluss aus Berufsverbänden und zur Verhinderung eines Studiums. Dies betraf auch Ruth Leiserowitz, die Mitherausgeberin unseres Buches. Als Pfarrerstochter und Mitglied der Opposition hatte sie keine Chance, in der DDR zu studieren. Dies holte sie nach der Friedlichen Revolution nach und arbeitet heute als Professorin und stellvertretende Direktorin am Deutschen Historischen Institut in Warschau und seit 2015 als außerplanmäßige Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Bei Frauen, die in regulären Arbeitsverhältnissen in Betrieben und Einrichtungen arbeiteten, kam die sogenannte gesellschaftliche Einflussnahme zur Anwendung. Sie wurden unter Druck gesetzt und sollten aus der Gruppe ‚herausgebrochen‘ werden. Die Frauen, die die DDR in Richtung Westen verlassen wollten und einen Ausreiseantrag stellten, bekamen diesen außergewöhnlich schnell genehmigt. Jede Frau, die ging, war ein Verlust für die verbleibenden Frauen.

Ein weiteres Augenmerk richtete die Stasi auf die Unterbrechung der Kontakte zur westlichen Friedensbewegung, was ihr durch die Verhängung von Einreisesperren fast vollständig gelang. Das betraf ja auch Dich, Barbara, und andere Aktivistinnen der END.

Barbara Einhorn: Ihr habt als Frauen für den Frieden auch in der Öffentlichkeit agiert. Im Herbst 1983 habt Ihr Euch in Schwarz gekleidet bei der Hauptpost am Berliner Alexanderplatz getroffen, um Eure persönlichen Wehrdienstverweigerungen von dieser Post abzuschicken. Würdet Ihr dazu bitte etwas aus Eurem Buch lesen?

Bettina Rathenow erzählt und liest: Nachträglich wurde diese Aktion „Verweigerung in Schwarz“ genannt. Petra Kelly und Gert Bastian, Bundestagsabgeordnete der Grünen, hatten Kontakt mit uns aufgenommen. Im heißen Herbst 1983, bevor der Nachrüstungsbeschluss im Deutschen Bundestag verhandelt wurde, stimmten wir gemeinsame Aktionen ab. Der 17. Oktober war als Aktionstag der Frauen geplant. Da wir uns als Teil der internationalen Friedensbewegung begriffen, wollten wir auch im Ostteil der Stadt ein Zeichen setzen.

Ulrike Poppe beschreibt ihre Erinnerungen an diesen Tag:

„Im Spätsommer 1983 beschlossen wir, individuell formulierte Protestschreiben zu verfassen, mit denen wir unsere Verweigerung der militärischen Musterung erklärten. Diese Verweigerungsschreiben wollten wir am 17. Oktober 1983 im zentralen Postamt am Alexanderplatz abgeben, per Einschreiben mit Rückschein. Das war eine Aktion, die mit den Frauen für den Frieden in West-Berlin koordiniert war. Viele kamen schwarz gekleidet zum Alex, als öffentlich sichtbares Zeichen. Die Staatssicherheit reagierte. Zuvor waren zwei Staatssicherheitsmitarbeiter bei mir an der Wohnungstür gewesen, die mich verwarnten und mir empfahlen, nicht zum Alexanderplatz zu fahren. Ich brach trotzdem auf. Mein Mann hat mich zur Straßenbahnhaltestelle begleitet, mit dem Fahrrad. Vier Stasi-Leute folgten uns und erwarteten, dass ich in die Straßenbahn stieg. Aber als die Ampeln gerade auf Rot schalteten und die Stasi-Leute daher nicht so schnell zu ihren Autos gelangten, habe ich mich aufs Fahrrad geschwungen und bin den Prenzlauer Berg hinuntergesaust. Weil es bergab ging, war ich sehr schnell und sie schafften es nicht, mich zu verfolgen. So habe ich sie erst einmal abgehängt. Aber auf dem Alexanderplatz waren sie wieder da, da hatte sich ein großes Stasi-Aufgebot versammelt. Einige waren bereits festgenommen worden. Auch mich wollten sie nun herausgreifen, aber die Frauen hatten mich untergehakt, und die jungen Männer hätten Gewalt anwenden müssen, um mich da herauszureißen. Wenn sie versuchten, mich zu isolieren, begannen wir zu schreien. Da der Alexanderplatz ein belebter Platz ist, gaben sie schließlich auf. Im Allgemeinen schreckten sie ja nicht vor Gewaltanwendung zurück, aber hier waren sie offensichtlich dazu vergattert, unbedingt Aufsehen zu vermeiden. Die politische Führung hatte eine panische Angst vor Kameras westlicher Medien.“ (Poppe 2019: 54f.)

Jutta Seidel erinnert sich:

„An den Tag, diesen 17. Oktober 1983 auf dem Alex, als wir gemeinsam, die meisten schwarz gekleidet, unsere Verweigerungen auf dem Postamt aufgeben wollten, kann ich mich gut erinnern. Es war sehr aufregend. Ich weiß noch, dass ich mit Katja Havemann hingefahren bin, und ein paar Autos fuhren uns hinterher. Das war meine erste konkrete Erfahrung mit der Stasi. Diese Aktion war sehr wichtig, weil sie den Zusammenhalt zwischen den Frauen sehr befördert hat. Die vielen Stasi-Leute, die da an dem Nachmittag auf dem Alex hin und her liefen, waren nicht zu übersehen. Als wir die Briefe in der Post abgegeben hatten, verließ ich mit Katja, Bärbel [Bohley] und Ulrike [Poppe] das Postamt. Plötzlich wollten einige Zivile Ulrike mitnehmen. Die haben uns richtig bedrängt und wollten Ulrike aus unserer Mitte rauslösen. Wir haben uns untergehakt, Ulrike in die Mitte genommen und sind

von der Post in Richtung Alex gelaufen. Unterwegs sind wir mehrmals aufgehalten, aber nicht angefasst worden. Uns stellten sich junge Männer in den Weg und sagten: ‚Kommen Sie mal mit, Frau Poppe!‘ Ulrike hat dann geschrien: ‚Fassen Sie mich nicht an!‘, was sehr wirkungsvoll war. Da waren sehr viele Leute ringsum in der Rathauspassage. So haben wir uns fest untergehakt wunderbar zusammengehalten. Das war wirklich ein eigenartiges Erlebnis, dass es etwas nützt, wenn vier Frauen sich einfach unterhaken, nicht loslassen und sich damit gegenseitig schützen. Die Stasi-Typen gingen dann zögerlich weg und gaben es auf. Sie konnten, so habe ich das empfunden, mit dieser Situation einfach nicht umgehen.“ (Seidel 2019: 98)

Almut Ilsen liest und erzählt: Beate Haremski, eine der jüngsten in der Gruppe, arbeitete zu jener Zeit als Gärtnerin. Sie erzählt in ihrem Text:

„Ich weiß noch ganz genau, dass ich an diesem Tag auch arbeiten musste. Wir hatten ausgemacht, dass wir uns schwarz anziehen. Und ich erinnere also, dass ich frühmorgens in utopischer Frühe – um dreiviertel sieben war Arbeitsbeginn im Pionierpalast in der Wuhlheide, und das vom Prenzlauer Berg aus, ist immer eine unheimliche Fahrerei gewesen – also früh um kurz nach fünf zur Arbeit fuhr, zuerst zur U-Bahn und da war ich schon schwarz gekleidet und zwar mit einem langen schwarzen Kleid, sehr lang, ein wunderschönes Kleid von meiner Urgroßmutter und ich fühlte mich also anders als die anderen, aber wunderbar und bin ganz stolz geschritten.

Dieser Tag wurde wunderschön und sonnig, und dann bin ich am Nachmittag in diesem Sonnenschein vom Pionierpalast wieder losgelaufen und bin sofort zum Alex durchgefahren mit diesem Brief ans Wehrkreiskommando, den ich auf der Post selber abgeben wollte. Ja und kaum war ich in diesem Postamt gelandet, hab ich schon andere Frauen gesehen, die auch schwarz gekleidet um die Schalter herum standen und auch noch ganz normale andere Besucher. Die Frauen waren aufgeregt und nervös. Deutlich sichtbar vor diesen großen Glas-türen patrouillierten oder lungerten zivile Mitarbeiter der Staatssicherheit herum. Und ich hab es als ängstlich wahrgenommen und aufgescheucht, aber nicht flutterig, sondern auch ruhig, aber die Bedrohung war ja real. Die Frauen guckten sich an: Was denn jetzt, was machen wir denn jetzt? Und keine wusste so richtig ... Klar, so eine Situation – darin hatten wir keine Übung. Ich hab meinen Brief abgegeben und diesen Rückschein bekommen, wie wir es ausgemacht hatten, mit Bestätigung – wie nannte sich das? – ‚Einschreiben mit Rückschein‘. Genau, den habe ich bis heute noch. So und nun, irgendwie habe ich mich nicht lange aufgehalten in diesem Postamt, da stehen auf diesem Granitfußboden und vor der Tür diese auch unruhigen Stasi-Leute. Das waren bestimmt fünf oder acht oder so, hab ich in Erinnerung. Also in dieser Falle wollte ich nicht sitzen. Dann wollte ich lieber raus an die Luft, mich bewegen können und gucken, was passiert. Wir sind, ich mit meinem langen schwarzen Kleid, eine Frau mit einem kleinen Kind im Wagen und Ute Delor, damals eine junge Frau in meinem Alter, die mit in der Gruppe war und mit der ich befreundet war. Genau, wir drei sind raus – dieses Postamt war ja neben dem Alextreff – und sind zwischen dem Alextreff und dem Postamt in Richtung Alexanderplatz zügigen Schrittes gegangen und wollten gerade in die S-Bahn-Unterführung, wollten gerade unten durch, gingen zügig, waren aufgeregt ... Was passiert jetzt? Und dann – das kann ich heute noch sehr gut spüren – hat mir auf einmal jemand von hinten auf die Schulter gefasst. Ich blieb stehen und drehte mich um. Das war ein verdeckter Mitarbeiter der Staatssicherheit in Zivil und der sagte zu mir: ‚Zeigen sie bitte ihre Ausweispapiere.‘ Ich, sehr konzentriert, meinen Blick auf den Boden geheftet, nahm ich meine Tasche und suchte meinen ... [Personalausweis]. In dem Augenblick, als ich den rausholen wollte und so nach unten sah – das sehe ich noch ganz deutlich, wie dieser Mann vor mir stand, dem ich nicht in die Augen schauen wollte, sondern

unten seine Beine, Füße und Schuhe fixierte – in dem Augenblick hörte ich, wie die Schritte der anderen beiden Frauen sich entfernten – mit dieser Situation bin ich lange nicht klar gekommen. Darüber war ich sehr traurig. Die Frauen hatte es nicht getroffen und sie sind gegangen. Und das war auch das Vernünftigste, was sie machen konnten, mir hätten sie so wieso nicht helfen können. [...] Aber diesen Klang der Schritte von den beiden Frauen, der immer leiser wird auf dem Pflaster, [...] das habe ich lange nicht vergessen können.“ (Haremski 2019: 94f.)

Beate Haremski wurde zusammen mit anderen Frauen in das Polizeipräsidium in der Berliner Keibelstraße gebracht, sie wurden zur ‚Klärung eines Sachverhaltes‘ zugeführt. Das bedeutete, die Frauen wurden verhört und nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Solchen ‚Zuführungen‘ oder auch Hausarrest waren alle Frauen der Gruppe mehrfach ausgesetzt, insbesondere, wenn gemeinsame Aktionen geplant waren. Das Prozedere war immer das Gleiche. Wir wurden morgens um sechs Uhr aus den Betten geklingelt und zumeist bis in die späten Nachmittags- oder frühen Abendstunden hinein verhört.

Nachdem der Deutsche Bundestag am 22. November 1983 den Stationierungsbeschluss zur Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen gefasst hatte, war die mit Rücksicht auf die westdeutsche Friedensbewegung ertragene Duldung oppositioneller Friedensaktivitäten vorbei. Im Dezember 1983 wurden zuerst Barbara Einhorn und dann Bärbel Bohley und Ulrike Poppe verhaftet und in das Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen gebracht. Gleichzeitig wurden gegen Jutta Seidel und Irena Kukutz Ermittlungsverfahren eröffnet. Allen fünf Frauen wurde „Landesverräterische Nachrichtenübermittlung“⁴ zur Last gelegt. Für das Sammeln nichtgeheimer Informationen, die den Interessen der DDR schaden könnten – was beliebig interpretierbar war – bzw. deren Weitergabe an Personen bzw. Organisationen ausländischer Mächte konnten Gefängnisstrafen von zwei bis zu zwölf Jahren verhängt werden. Das ‚Verbrechen‘ der fünf Frauen bestand darin, dass die Ost-Berliner Frauen für eine mit den Frauen von END gemeinsam geplante Buchveröffentlichung in Großbritannien und der Bundesrepublik über die Frauen für den Frieden in der DDR Materialien gesammelt und Beiträge geschrieben hatten.

Dank mannigfacher internationaler Proteste kamen Barbara Einhorn nach einigen Tagen und Bärbel Bohley und Ulrike Poppe nach sechs Wochen Haft wieder frei. Alle Ermittlungsverfahren wurden eingestellt, die Stasi schäumte vor Wut. Die Frauen der Gruppe waren sehr erleichtert und begannen mit Unterstützung durch Christa Sengespeick, einer jungen Pastorin, ihr erstes Politisches Nachtgebet vorzubereiten.

Barbara Einhorn: Ihr habt die Unterstützung und Räume der evangelischen Kirche für Veranstaltungen genutzt. Welche Art von Veranstaltungen habt Ihr organisiert? Wen konntet Ihr erreichen?

4 S. § 99 StGB der DDR, Absatz 1: Landesverräterische Nachrichtenübermittlung.

Bettina Rathenow: Es war ja nicht möglich, einfach einen großen Raum für eine politische Veranstaltung im öffentlichen Rahmen zu mieten. So fanden viele Aktivitäten unter dem Dach der evangelischen Kirche bei engagierten Pfarrern oder Pfarrerinnen statt. Das bot einerseits die Möglichkeit, eine größere Öffentlichkeit zu erreichen, andererseits waren die Kirchenräume auch ein Schutz. Im Rahmen von Gottesdiensten und gottesdienstähnlichen Veranstaltungen konnten wir in gewissem Maße unsere Meinungen äußern, ohne dass die Staatssicherheit sofort ‚zugriff‘. So beteiligten sich die Frauen für den Frieden regelmäßig mit einem eigenen Stand bei den Friedenswerkstätten auf dem Gelände der Erlöserkirche in Berlin-Rummelsburg. Auch im Rahmen der Friedensdekaden der evangelischen Kirche organisierten die Frauen Veranstaltungen. Hier konnten wir über unsere Anliegen informieren, wie beispielsweise über Zivilverteidigung, Wehrkundeunterricht, Wehrerziehung und Kriegsspielzeug in den Kindergärten. Besonders wichtig waren unsere Veranstaltungen in der Auferstehungskirche in Berlin-Friedrichshain. Wir hatten dort mit Pastorin Christa Sengespeik und ihrem Gemeindegemeinderat sehr große Unterstützung. Am Gemeindegemeindetag im September 1983, an dem wir uns erstmals eigenständig beteiligten und bei dem die Gefahr eines Atomkriegs thematisiert wurde, waren circa 400 Personen anwesend. Wir führten danach regelmäßig in dieser Kirche sehr gut besuchte Veranstaltungen wie die Politischen Nachtgebete durch, ursprünglich initiiert von der evangelischen Theologin Dorothee Sölle. Diese knüpften an Bibeltexte an, z.B. nach Jeremia: *Kommt lasst uns klagen, es ist an der Zeit, wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht* oder zum Thema *Wi(e)derstehen lernen*. Im Mai 1985 gestalteten wir ein Nachtgebet anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkriegs unter der Thematik *Trümmerfrauen*. Ausgehend von den historischen Trümmerfrauen führten wir dieses Thema inhaltlich weiter, Trümmer der DDR wegzuräumen und Mauern einzureißen. Das Besondere an den Nachtgebeten und Gottesdiensten war die Möglichkeit für uns Frauen, uns öffentlich zu artikulieren, unsere Sorgen, Ängste, Sehnsüchte und Wünsche auszusprechen, oft verbunden mit performanceartigen Aktionen. Dazu gehörte Mut und Überwindung, wussten wir doch, dass die Staatssicherheit immer im Publikum anwesend war. Wichtig war, dass wir viele Menschen erreichten, auch Männer. Da Besucherinnen und Besucher dieser Veranstaltungen auch aus anderen Orten kamen, gab es Gelegenheit zu Austausch und Vernetzung.

Barbara Einhorn: Du sprachst gerade von Vernetzung. Es hatten sich ja ähnliche Gruppen in anderen Orten der DDR gegründet. Wie war Euer Kontakt untereinander?

Wie war Eure Verbindung zur westlichen Friedensbewegung?

Bettina Rathenow: Ja, das ist richtig. Es gründeten sich Frauen für den Frieden-Gruppen in vielen anderen Städten, die individuelle Kontakte untereinander pflegten – so beispielsweise in Halle, Magdeburg, Erfurt, Jena, Weimar, Leipzig, Dresden, Zwickau und Schwerin. Sehr wichtig waren die zwischen 1984 und 1989 jährlich stattfindenden Treffen in verschiedenen Städten. Beim überregionalen Treffen in Berlin 1985 wurde beispielsweise eine Gesetzesänderung gefordert, die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe stellen sollte. Eine weitere Forderung war, Teilzeitarbeit und einen monatlichen Haushaltstag nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer zu ermöglichen.

Regelmäßige Kontakte gab es auch zu friedensbewegten Frauen in West-Berlin und westeuropäischen Staaten. Dazu gehörten Eva Quistorp, Eva-Maria Eppe, Petra Kelly und Antje Vollmer. Schließlich hatten wir ja über Dich, Barbara, den Kontakt zur END (European Nuclear Disarmament) und den Frauen von Greenham Common. Es gab Briefwechsel und persönliche Kontakte, so nutzten Petra Kelly und Gert Bastian offizielle Termine, z.B. bei Honnecker, um auch Vertreterinnen und Vertreter der Opposition zu treffen und gemeinsame Aktionen zu verabreden. Diese Kontakte wurden oft durch Einreiseverbote unterbunden, oder wie bei Dir, Barbara, sogar mit zeitweiligem Stasi-Gefängnis.

Barbara Einhorn: Wenn Ihr ein Resümee ziehen würdet – was habt Ihr als Frauen für den Frieden bewirken können?

Bettina Rathenow: Das Wichtigste war, dass der entsprechende Paragraph im Wehrdienstgesetz nicht mehr angewendet wurde, d.h. Frauen nicht mehr für den Wehrdienst in der NVA gemustert wurden.

Was wir aber auch bewirkt haben, waren die Treffen in der Gruppe, die Themen, die wir besprachen, die über reine Friedensthemen hinausgingen. Sie betrafen Inhalte, die uns als Frauen bewegten, wie Kindererziehung, Bildungsfragen, Arbeitssituationen von Frauen, wie stand es um die Gleichberechtigung, die ja vom Staat immer propagiert wurde, welche Aufstiegschancen haben Frauen wirklich. Wir werden auch öfter gefragt, ob Themen wie Emanzipation bzw. Gleichberechtigung nur eine Nebenrolle in unserer Gruppe spielten. Von Alice Schwarzer kam Unverständnis für unseren Kampf gegen das Wehrdienstgesetz: Es sei doch Ausdruck von Gleichberechtigung, wenn Frauen gleichermaßen in der Armee dienen könnten. Hier haben wir klar widersprochen, das war für uns nicht Gleichberechtigung, sondern widersprach zutiefst unserem Selbstverständnis als Frauen und unserer pazifistischen Einstellung. Einige Frauen interessierten sich natürlich auch für feministische Inhalte, mit denen sie sich in kleineren Gruppen auseinandersetzten.

Eine Rolle spielte auch die Problematik Gehen oder Bleiben? Einige hatten ja Ausreiseanträge gestellt. Ja, und Reisefreiheit, das war schon ein Thema!

Was bleibt? Für viele der Frauen in unserer Gruppe waren die gemeinsamen Gespräche, das gemeinsame verantwortliche Handeln, Mut zu beweisen,

sehr wichtige Erfahrungen. Aber es gehörte auch dazu, gemeinsam zu feiern und Spaß zu haben. Im Nachhinein betrachtet bin ich sicher, dass wir alle davon profitiert haben, dass es uns für unseren weiteren Lebensweg gestärkt hat!

Almut Ilsen: Die Nichtanwendung des Wehrdienstgesetzes auf Frauen war auch für mich unser größter Erfolg. Aber wir haben auch mit verhindert, dass eine Schnellstraße durch den Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee gebaut wurde.

Im Jahr 1986 hatte Christa Sengespeick erfahren, dass das Projekt einer Schnellstraße quer durch den Jüdischen Friedhof, den größten jüdischen Friedhof Europas, wiederbelebt werden sollte. Seit den 1920er-Jahren war ein Geländestreifen dafür vorgesehen, der nicht im Besitz der Jüdischen Gemeinde war. Jetzt sollte eine Protokollstrecke für Erich Honecker entstehen, damit er schnell von Wandlitz zum Regierungssitz in der Innenstadt kommen konnte. Die Jüdische Gemeinde Ost-Berlins hatte bereits ihr Einverständnis erklärt.

Die Frauen beschlossen, die Friedenswerkstatt 1986 für eine Meinungsumfrage zu der geplanten Schnellstraße zu nutzen. Sie sammelten 130 Meinungsäußerungen, die sie an den Oberbürgermeister von Ost-Berlin schickten. Zeitgleich kümmerte sich Christa Sengespeick darum, dass der bekannte und wichtige Schriftsteller Stefan Heym von dem Vorhaben erfuhr. Diesersprach mit Klaus Gysi, dem Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR, der wiederum mit Erich Honecker sprach. Im Januar 1987 kam es zu einem Treffen von Heinz Galinski von der Jüdischen Gemeinde West-Berlins mit Erich Honecker. Nach diesem Gespräch erfuhren wir aus der Zeitung, dass Honecker den für die Straße vorgesehenen Geländestreifen der Jüdischen Gemeinde geschenkt habe.

Ich kann Bettina nur beipflichten – die Arbeit in der Frauengruppe war für uns alle prägend. Wir konnten nicht anders handeln, wir mussten uns wehren gegen die Zumutungen der Regierenden. Gegen unsere Ängste, die vor allem unseren Kindern galten, haben uns die Solidarität und Wärme innerhalb der Gruppe und die Unterstützung Gleichgesinnter geholfen. Nur so konnten wir unsere Ideen und unsere Kreativität einbringen und uns widersetzen. Es hat sich gelohnt, wir haben etwas bewirken können.

Barbara Einhorn: Ich danke Euch beiden, Almut und Bettina, für diese sehr klare und zugleich sehr bewegende Darlegung der Geschichte der Frauen für den Frieden. Ich möchte zum Abschluss würdigen, welche wichtigen politischen Errungenschaften diese zwei Erfolge Eurer Aktivitäten darstellen. Ihr habt im Sinne einer pazifistischen wie feministischen Abwehr gegen die Militarisierung der Gesellschaft und gegen die damals wie heute aktuelle Bedrohung eines Atomkrieges gehandelt. Dabei ist es Euch gelungen, das zu der Zeit herrschende politische Klima zu verändern. Die Frauen für den Frieden sollten in der Geschichtsschreibung der DDR einen hervorragenden Platz einnehmen.

Von der Gruppe könnte und sollte heute jedes Schulkind lernen, wie Zivilcourage und prinzipientreues soziales und politisches Engagement aussehen.

Literaturverzeichnis

- Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hrsg.) (2019): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Haremski, Beate (2019): Ich bin ganz stolz geschritten. In: Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hrsg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 94f.
- Ministerium der Justiz (1976): Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik, StGB und angrenzende Gesetze und Bestimmungen [vom 12. Januar 1968; in der Fassung vom 19. Dezember 1974]. 3., überarb. u. erw. Aufl. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik.
- Neubert, Ehrhart (1998): Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Poppe, Ulrike (2019): Die Grundsteinlegung unserer Gruppe. In: Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hrsg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 54f.
- Seidel, Jutta (2019): Wir haben uns fest untergehakt und wunderbar zusammengehalten. In: Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hrsg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 98.

Quellen

- Hauptabteilung XX/2 (1982): Konzeption zur weiteren operativen Bearbeitung der Organisations- und Unterzeichner der Eingaben und Beschwerden, die sich gegen das Wehrgesetz der DDR richten oder in anderer Form pazifistisches Gedankengut verbreiten (Komplex „Sammlung“), 30.12.1982, 4 Bl. Quelle: BStU, MfS, HA XX, Nr. 7109, Bl. 76.
- Ministerium für Staatssicherheit, HA XX/2 (1985): Vorschlag zum Anlegen des ZOV „Wespen“, 12. Juni 1985; Quelle: BStU, MfS, AOP, Nr. 1011/91. In: Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hrsg.) (2019): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 286–288.
- Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Minister für Staatssicherheit, Der Minister (1985): GVS, MfS 0008-6/85, 2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie Nr. 1/76 über die Bearbeitung Zentraler Operativer Vorgänge (ZOV) vom 15.2.1985. Quelle: BStU, MfS, BdL-Dok. Nr. 3237, Bl. 9.
- Wensierski, Peter (2017): IM Dienst der Stasi – der Fall Monika Haeger. Berlin: rbb, 45 Minuten.

Was bleibt von der friedlichen Revolution im heutigen Europa? Rückblick aus der Perspektive einer transnationalen Grenzgängerin

Barbara Einhorn

Die Bürger*innenbewegungen in Ost- und Zentraleuropa versuchten in den 1980er-Jahren, ihren Traum von einer besseren Welt zu verwirklichen. Was sie erträumten, waren nicht nur die demokratischen Freiheiten, die ihnen verwehrt waren, sondern vor allem anstelle der Konfrontation des Kalten Krieges eine sozial gerechte Welt des friedlichen Zusammenlebens.

Sie wurden auf vielen Ebenen enttäuscht. Aus der Euphorie der Jahre 1989–1990 ging die Welt wieder gespalten hervor, nur sind die Konfliktlinien andere geworden. Trotzdem bleibt die Hoffnung wach und das Engagement aktuell. Frauen haben damals im Osten wie im Westen den Kampf gegen Atomwaffen mit großer Vorstellungskraft geführt. Heute, dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution, tragen teilweise dieselben Frauen, bisweilen eine ganz neue Generation die Flamme dieser Hoffnung weiter – sowohl in Basis-Aktionen wie in wachsender Zahl als führende Politikerinnen.

Dieser Beitrag geht den Enttäuschungen und den Hoffnungen der Bürger*innenbewegungen von gestern und heute aus der Sicht einer grenzüberschreitenden feministischen Akademikerin und Aktivistin nach.

Einführung. Die friedliche Revolution als Traum und Vision von einer neuen Weltordnung

Die friedliche Revolution im Jahr 1989 stellte vor allem eine große Hoffnung dar: Hoffnung auf eine friedliche Zukunft ohne nukleare Konfrontation, auf geschlechter- und sozial gerechtere Gesellschaften und auf ein Europa der offenen Grenzen, der transnationalen Solidarität. Nach der oft grenzwertigen, äußerst angespannten Konfrontation des Kalten Krieges hofften nicht nur Europäer*innen auf eine bessere Zukunft. Tatsächlich atmete die ganze Welt auf und erlaubte sich die Vision einer neuen, von Frieden und Freiheit bestimmten Weltordnung.

Was wurde aus diesem Traum einer inklusiven, sozial gerechteren Gesellschaft? Dieses Kapitel untersucht die letzten dreißig Jahre aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit, wendet Gender als analytisches Werkzeug und zugleich als Maß dafür an, wie demokratisch und friedlich der politisch-ökonomische Wandel eigentlich war (Einhorn 2017).

Um meinen eigenen Standpunkt offen und deutlich darzulegen, ist ein kleiner Exkurs vonnöten. Ich bin als Kind deutsch-jüdischer Flüchtlinge in Neuseeland geboren. Nach dem Magistrastudium beschäftigte ich mich als Doktorandin an der Technischen Universität Berlin mit der Literatur der DDR. Von 1964 bis 1967 überquerte ich ein- bis zweimal wöchentlich die Berlin teilende Grenze. In Ost-Berlin besuchte ich meine Verwandten und studierte sogar zwei Semester lang an der Humboldt-Universität zu Berlin, was damals gar nicht selbstverständlich war. Fast zwei Jahrzehnte später wurde ich wegen meines Friedensengagements von der Staatssicherheit inhaftiert, wovon ich später mehr berichten werde.

Mein Grenzgängerintum bezieht sich nicht allein auf die Überquerung von geographisch-politischen Grenzen. Schon seit vielen Jahren lebe ich in drei Ländern und kulturellen Kontexten, in Neuseeland, England und Deutschland. Als Friedensaktivistin, als Feministin und als Professorin für Gender Studies bin ich es gewohnt, an Grenzen zu stoßen. Meine vielfachen Zugehörigkeiten wurden manchmal sogar als verdächtig eingeschätzt. Dieses ist mein persönlicher Erfahrungshintergrund, der die folgende Analyse weitgehend prägt.

Hoffnung und Furcht in den letzten Agonien des Kalten Krieges

Neuere Analysen machen klar, dass die Welt mindestens zweimal im Laufe des Kalten Krieges um ein Haar eine nukleare Konflagration vermieden hat: einmal während der Kuba-Krise im Jahre 1962 und in Europa im Herbst 1983. Die Welt befand sich damals in einer äußerst bedrohlichen Lage (MacIntyre 2018).

Seit Anfang der 1980er-Jahre belebte sich die Anti-Atombewegung von Neuem. In Großbritannien organisierte die Kampagne für nukleare Abrüstung (CND – Campaign for Nuclear Disarmament) Massendemonstrationen. Als Pendant dazu belagerten die Frauen von Greenham Common jahrelang den dortigen amerikanischen Stützpunkt (Harford 1996; Roseneil 2000). Kurz darauf bildeten sich 1982 die Frauen für den Frieden in der DDR (s. Artikel von Ilsen/Rathenow in diesem Band).

Die Frauen für den Frieden

Die Frauen für den Frieden versinnbildlichten die Hoffnungen der friedlichen Revolution. Mit ihren kreativen Veranstaltungen, ihrer Teilnahme an den Friedenswerkstätten, den einfallsreich organisierten Nachtgebeten unter anderem zeigten sie, dass es auch in der DDR möglich war, trotz Repressionen mit Zivilcourage zu handeln, politischen Widerstand zu leisten und im Endeffekt einiges zu verändern. Sie setzten sich gegen Atomkrieg, für Frieden und die Entmilitarisierung der Gesellschaft, für soziale Gerechtigkeit und für die Umwelt ein. Dabei spielte für sie die transnationale Solidarität eine entscheidende Rolle (Einhorn 2019; s. auch den Artikel von Ilsen/Rathenow in diesem Band). Zusammen mit Frauenfriedensgruppen und den Grünen im Westen Deutschlands gelang es ihnen – und uns – durch persönliche Kontakte die geistige Mauer wie die militarisierte Grenze zu untergraben und damit die atomare Konfrontation des Kalten Krieges infrage zu stellen. Sie haben die Stärke von Zivilcourage über Grenzen hinweg demonstriert.

Die Frauen für den Frieden engagieren sich bis in die Gegenwart. Mit ihren nicht-hierarchischen Strukturen, ihrer demokratischen Handlungsweise und ihrer Ablehnung jeglicher Gewalt im Persönlichen wie im Politischen waren die Frauen für den Frieden neben der evangelischen Kirche maßgeblich dafür mitverantwortlich, dass die friedliche Revolution gewaltlos ausging. Die paternalistische Unterschätzung ihrer Leistung in der Geschichtsschreibung zeigte sich schon zu Anfang, als sie von der Staatssicherheit bei Zuführungen nach den ‚Hintermännern‘ befragt wurden. Heute noch fragen einige der eigenen Mitstreiter: ‚Was habt ihr denn eigentlich gemacht?‘

Mein ganz persönliches Erlebnis des Kalten Krieges

Die aggressiven Gebärden beider Machtblöcke galten mir im Dezember 1983 auch ganz persönlich, als ich aufgrund meiner Zusammenarbeit mit den Frauen für den Frieden von der Staatssicherheit im Gefängnis Hohenschönhausen inhaftiert und – trotz neuseeländischer Staatsbürgerschaft – der ‚landesverräterischen Tätigkeit‘ angeklagt wurde. Mit britischen Friedensfrauen, in deren Namen ich im Herbst 1982 und 1983 bei den Frauen in Berlin zu Besuch war, hatten die Berliner Frauen aus der Sicht der Stasi die Unverfrorenheit, eine Broschüre über ihre Aktivitäten vorzubereiten. Die Frauen meinten, so eine Veröffentlichung im Westen könne ihnen mit erhöhter Sichtbarkeit auch größere Sicherheit gewähren. Für sie und für uns lag darin die stärkende Kraft der Solidarität. Für die DDR-Regierung jedoch – und vor allem für ihre ausführende Instanz, die Staatssicherheit – erschienen internationale Bindungen als

zutiefst suspekt. Die Staatssicherheit – und das Politbüro – haben uns als politisch bedrohlich eingestuft, eine Einschätzung, die unser Selbstverständnis bei weitem übertraf und uns sogar schmeichelte.

Im Dezember 1983 kehrte ich von einem Besuch bei den Frauen in Berlin zu meiner Familie in England nicht zurück. Laut internationalem Recht galt ich nach 72 Stunden als „verschwundene Person“. Meine beiden Söhne waren noch klein. Sie erwarteten sehnsüchtig die Rückkehr ihrer Mutti mit weihnachtlichen Leckerbissen aus Deutschland. Ben, mein 11-jähriger Sohn, sollte im Weihnachtskonzert an der Schule auftreten. Eine Freundin bewunderte seine Tapferkeit sehr, als er trotz auf mysteriöse Weise abwesender Mutter sein Kornett-Solo spielte. Mein Sohn Simon, damals vier Jahre alt, malte im Kindergarten ein völlig schwarzes Bild, das Gefängnisgitter darstellte, etwas, wovon er bis dahin überhaupt nichts wusste. Bei meiner Inhaftierung und ihrem Nachspiel erschien mir Misstrauen als Hauptmerkmal des Kalten Krieges, das auch zwischenmenschliche Beziehungen sogar innerhalb der Friedensbewegung (und nicht nur im Osten allein) vergiftete (Einhorn 2019).

Der europäische Traum

Der Traum der Bürger*innenbewegungen in vielen osteuropäischen Ländern – auch der evangelischen Kirche in der DDR und der katholischen Kirche in Polen – galt einem friedlichen und demokratischen Europa. Dieser Traum bleibt heute mehr denn je aktuell. Leider wird er gegenwärtig durch ausgrenzenden Nationalismus, populistische Politik und wachsende Intoleranz in vielen europäischen Ländern gefährdet.

Dagegen setzt Ulrich Beck: „Europa ist eine Hoffnung, die nicht enttäuscht werden darf!“ Dementsprechend plädiert er: „Europa muss die Kraft des Träumens ...“ und damit den Traum von „Freiheit, Demokratie, soziale[r] Sicherheit und Weltoffenheit [...] zurückgewinnen“ (Beck 2014: 3, 10). Aleida Assmann zieht vier Lehren aus der neueren Geschichte im Versuch, den europäischen Traum neu zu beleben (Assmann 2018)¹. Viele Beobachter*innen weisen auf die aktuell lauernde Gefährdung der Demokratie hin, die sich durch die Herausforderung der Covid-19-Pandemie nur noch verschärfte (Applebaum 2020; Beckett 2020; Chakraborty 2019; Cohen 2020; Garton Ash 2020; Gessen 2020; Giroux 2020; O’Toole 2020; Walker 2020).

Anders gesagt: Heute wird Misstrauen absichtlich gesät, um Ressentiments gegen ‚Andere‘ zu schüren. Nationale Souveränität stützt sich in den Köpfen

1 Die vier Lehren der europäischen Nachkriegsgeschichte basieren laut Assmann auf Friedenssicherung, Demokratisierung, dem Aufbau einer deutschen Erinnerungskultur und der Wiederentdeckung der Menschenrechte.

britischer Verfechter des Brexit vor allem auf eine Abwehr gegen Migrant*innen, Flüchtlinge und Asylsuchende. Die im September 2020 von der EU-Kommission verabschiedete neue Politik gegen ‚illegale Migration‘ ist ein weiteres Beispiel solcher Hass schürenden Politik (EC 2020; Rankin 2020). Begonnen auf der Ebene der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zielte das Europa-Projekt letztendlich nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und dem Massenmord des Holocaust auf die Vertreibung der Gefahr eines neuen Krieges, war also von der Intention her ein Friedensprojekt.

Der Traum eine Illusion? Frieden als NATO-Erweiterung, Freiheit als Alleinherrschaft des Marktes

Schnell stellte sich nach der Öffnung der Mauer Ernüchterung ein. Wie es Michail Gorbatschow 2019 ausdrückte: „In 1989 the world chose peace: We need that vision today.“ (Gorbachev 2019; s. auch o.A. 2019; Gessen 2019)²

Die Menschheit kommt offenbar ohne Feindbilder nicht leicht aus. Sehr schnell wurden die Auseinandersetzungen der zwei Supermächte durch neue Konfliktherde ersetzt. Der ‘Eiserne Vorhang‘ wurde machtpolitisch einfach nach Osten versetzt. Die NATO-Erweiterung bis an die russische Grenze ermöglichte es Russland, die Krim zu annektieren, das Regime in der Ost-Ukraine und auch das Lukashenko-Regime in Belarus zu unterstützen. Anders gesagt nutzten sowohl die USA (die mit weltweiten Stützpunkten China umkreisten) als auch Russland jede Möglichkeit, ihre Militärarsenale zu vergrößern und insbesondere den für die ganze Menschheit bedrohlichen Atomwaffen-Wettbewerb zu erneuern (Rogers 2022). Dem Nachkriegsbestreben nach Frieden und der Öffnung der Mauer folgten statt der ersehnten friedlichen Welt neue Formen nationalistischer, militärischer Konfrontationen.³

Als zweites Ziel ersehnten die Bürger*innenbewegungen demokratische Freiheit und damit ein neues politisches System. Dieser Wert wurde im Laufe des Transformationsprozesses leider drastisch auf die Freiheit des Marktes reduziert. Es triumphierte die neoliberale Marktwirtschaft, wonach anstelle eines menschenrechtsorientierten Staates allein der Markt die Gesellschaft regelt.

- 2 Zuzana Caputova, Präsidentin der Slowakei, spricht in einem Interview mit Masha Gessen diese Ernüchterung an: „You can feel a sense of frustration [...] Although as citizens we are equal, the basic experience of too large a number of people is that their dignity and their rights are not fully respected.“ (Gessen 2019)
- 3 Aus der heutigen Perspektive vom 3. März 2022 erscheint es fast so, als hätte die Autorin den jetzigen tragischen Konflikt, Russlands Überfall auf die Ukraine, unterstützt von Belarus, mit den jetzt noch unvorhersehbaren Auswirkungen beim Schreiben dieses Beitrags voraussehen können.

Die ungezügelte Marktfreiheit entpuppt sich als letztlich demokratiewidrig. Milton Friedman, der als Autor des Neoliberalismus gilt, hatte im Jahr 1962 geschrieben, dass kapitalistische Marktwirtschaften mit demokratischen Regierungen einhergehen, vielmehr, dass die politische Freiheit von der Marktfreiheit abhängt. Später musste er eingestehen, dass die Länder, in denen der Markt uneingeschränkt wütet, eher autoritäre bis diktatorische Regierungsformen aufweisen. Wünschenswert wäre es, wenn demokratische Gesellschaften letztlich die Freiheit des Marktes einschränken würden, um mit öffentlichen Mitteln das Ziel der sozialen Gerechtigkeit zu fördern (Friedman 1962; Mazucato 2013/2018; Slobodian 2019; Wade 2008).

Von der Euphorie der Willkommenskultur bis zur „hostile environment“. Die Flüchtlingskrise 2015–2020

Mit der Öffnung der Berliner Mauer war die Grenze des Kalten Krieges endlich überwunden. Die EU besteht aus einem Länderverbund mit offenen Grenzen im Inneren. Erhofft war ein Europa der Inklusivität, der Offenheit, der Toleranz. Hat sich der Traum verwirklicht?

In Wirklichkeit wurde die Trennung der Machtblöcke durch enger gefasste nationale Grenzen ersetzt. In der *Times* vom 11.11.2019, der Öffnung der Mauer vor 30 Jahren gewidmet, erinnert Gorbatschow an den Herbst 1989: „We drew a final line under the Cold War. Our goal was a new Europe: a Europe without dividing lines. The leaders who succeeded us have failed to achieve that goal [...]“ (Gorbachev 2019)

Menschen zu unterstützen, die vor Krieg und Gewalt in ihren Heimatländern fliehen, passt in die Vorstellung eines Europas ohne Grenzen hinein. In diesem Sinne zu agieren bedeutete im Jahr 2015, den vielen Flüchtlingen müsse Asyl geboten werden. Angela Merkel setzte optimistisch auf eine europaweite Zusammenarbeit und vor allem auf interne Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten – leider ohne Erfolg.

Viele EU-Länder wollten keine Verantwortung für hilfsbedürftige Neuankömmlinge mittragen. Ganz im Gegenteil verschanzten sich mehrere Länder hinter Stacheldraht. Stacheldraht zu überwinden wirkte vor kurzer Zeit als starkes Symbol der Befreiung. In dem Moment, als im Juni 1989 erst die Außenminister von Ungarn und Österreich – und daraufhin ungarische Grenzsoldaten – den Stacheldraht zwischen beiden Ländern durchschnitten, war der Kalte Krieg noch vor der Öffnung der Berliner Mauer im November symbolisch zu Ende. Von Ungarn ging 1989 die Öffnung ganz Europas aus. Weniger als zwei Jahrzehnte später schottete sich Ungarn 2015 als erstes europäisches Land gegen ‚Andere‘ ab. Was für eine tragische Ironie.

Angela Merkels viel zitierter Spruch „Wir schaffen das!“ ist ihr nachträglich in der Ausschlachtung rechtspolitischer Kräfte zum Verhängnis geworden. Doch im Jahr 2015 fand sie nicht nur in Deutschland ein großes Echo. Tausende Menschen begrüßten die Ankömmlinge vom sogenannten „Marsch der Hoffnung“ mit Blumen und Lebensmitteln an deutschen Bahnhöfen.

Binnen weniger Monate kippte die Stimmung jedoch gegen die ‚Willkommenskultur‘. Flüchtlinge wurden in den Medien statt als hilfsbedürftige Menschen nur noch als Bedrohung für die nationalen Grenzen Europas dargestellt. Viel weniger wurden sie als Arbeitskräfte, die eine wirtschaftliche und nicht zuletzt kulturelle Bereicherung für das aufnehmende Land bedeuten könnten, anerkannt (Guest 2019).

Schleichend verschob sich der öffentliche Diskurs zu einem verzerrten nationalistischen Verständnis von kollektiver Zugehörigkeit. Von Fremdenfeindlichkeit und ausdrücklichem Rassismus geprägt setzte er sich auf der Basis von falschen Informationen, Lügen und neuerlichen Verschwörungstheorien durch und verschleierte mangelnde Menschlichkeit als nationales Sicherheitsinteresse.⁴ Kurz vor dem britischen Brexit-Votum am 23. Juni 2016 machte ein berüchtigtes Plakat der United Kingdom Independence Party (UKIP, heute Brexit-Partei) Schlagzeilen. Das Plakat implizierte, dass Großbritannien bei Fortsetzung seiner EU-Mitgliedschaft mit einem unaufhaltsamen Strom von Flüchtlingen überflutet werden würde. So stark fand diese feindselige Rhetorik bei vielen Bevölkerungsgruppen Anklang, dass sich Abgeordnete im Parlament außerstande sahen, auf die Tatsache hinzuweisen, dass große Teile der britischen Wirtschaft – von der Landwirtschaft bis zum Gesundheitssystem, vom Gast- und Hotelgewerbe bis hin zu den Universitäten – auf die Arbeit von Migrant*innen angewiesen sind. Dave Prentis, Vorsitzender einer der größten Gewerkschaften, meldete das Plakat bei der Polizei als „krassen Versuch, Rassenhass anzustiften“ an (Stewart/Mason 2016).

Theresa May, Premierministerin nach dem Brexit-Entscheid, verlied in ihrer Rede vor dem Partei-Kongress der Konservativen im Oktober 2016 dem wiederbelebten britischen Nationalismus eindeutig ihre Stimme: „If you believe you are a citizen of the world, you are a citizen of nowhere. You don’t understand what the very word citizenship means“.

Mit dieser Aussage unterstrich May die „hostile environment“ [„feindliche Umgebung“], die von ihr selber kurz davor eingeführte offizielle Einwanderungspolitik. In dem Begriff „citizen of nowhere“ geistert eine historisch berüchtigte Redewendung, die als Angriff auf Kosmopolitismus auch einen Hauch von Antisemitismus in sich trägt (Davis/Hollis 2018).

4 Anne Applebaum (2020) zeigt „the ways a lie can increase polarization and inflame xenophobia“ (38) und unterstreicht: „These movements do not perceive migrants just as an economic burden or even a terrorist threat, but rather as an existential challenge to the nation itself“ (39).

Gender im populistisch-nationalistischen Diskurs

Nationalismus wurde rhetorisch schon immer von rigiden Vorstellungen über die angeblich geschlechtergerechten Rollen innerhalb der Familie wie im Gemeinwesen getragen. Die idealisierte Personifizierung der Nation als Frau hebt die Verantwortung der Frauen für die biologische Fortpflanzung der ethnischen Gruppe sowie für die Bewahrung des kulturellen Erbes hervor (Einhorn 2006; Yuval-Davis 1997). Auffallend ist allerdings, wie oft in der allegorischen Ikonografie Frauenfiguren eine aktiv handelnde Rolle als schwerertragende Verteidigerin oder Befreierin der Nation zugeteilt wird. In dem politischen, medialen und insbesondere dem kirchlich-nationalistischen Diskurs dagegen erscheint die Mutter der Nation als verteidigungsbedürftiges *Objekt* der Politik, über die Entscheidungen gefällt werden, weniger als souverän politisch mithandelndes *Subjekt*.

Sogar in positiven transnationalen Momenten wie der Willkommenskultur vom Jahr 2015 wurden die geflüchteten Menschen, die unser Mitgefühl und unsere Hilfsbereitschaft erwecken sollten, am liebsten als Mütter von Kleinkindern abgebildet. Junge Männer wurden eher als bedrohliche Gefahr für ‚unsere‘ Frauen dargestellt. Heute werden Gender und Sexualität ausdrücklich als politischer Zündstoff ausgeschlachtet (Einhorn 2017; Hark/Villa 2017).

Kampagnen gegen ‚Genderismus‘ und ‚Genderologen‘

Weltweit, nicht nur in Europa, grassiert seit einigen Jahren publizistisch wie politisch eine hasserzeugende Kampagne gegen ‚Gender‘ (Ackerly u.a. 2019; Darakchi 2019; Graff 2014; Graff/Korolczuk 2017; Kane 2018; Kovats/Pető 2017; McRobbie 2018; Moazami 2019; Nygren u.a. 2018; Paternotte/Kuhar 2018). Dabei wird ein theoretisches Konzept zu einer angeblich politischen Macht umfunktioniert. „So bildet der Anti-Gender-Diskurs die Grundlage einer ‚männlichen Identitätspolitik‘“, argumentiert Birgit Sauer (Sauer 2019: 339)⁵.

Geschlechterstudien/Gender Studies als wissenschaftliche Disziplin befragt fachübergreifend die in fast allen Gesellschaften nach Geschlecht und anderen Kategorien verordnete soziale Ungleichheit und die damit verbundene Ungerechtigkeit. Vom Ansatz her wie in ihrer Transdisziplinarität erscheinen

5 Birgit Sauer analysiert, wie „Gender“ im rechtspopulistischen Diskurs als „leerer Signifikant“ wirkt: „Ganz unterschiedliche Themen der antagonistischen rechten Kommunikation können mit bzw. gegen ‚Gender‘ aufgerufen und in eine Strategie gegen ‚die da oben‘ sowie gegen die vermeintlich ‚Anderen‘ eingebaut werden.“ (Sauer 2019: 339)

Gender Studies daher den nationalistischen Traditionshütern suspekt. Sie befürchten, teilweise zurecht, dass so genannte ‚Genderologen‘ traditionelle Werte ins Wanken bringen könnten, indem sie Ungerechtigkeit auf der Basis von Gender nicht nur identifizieren und analysieren, sondern bekämpfen. Anders gesagt bergen Gender Studies einen gesellschaftsversändernden Impuls in sich. In Ungarn (und darüber hinaus) bemängelt die Regierung: „Die Geschlechterforschung sei nicht nur unnötig, sondern widerspreche dem christlichen Familienbild und den Werten, auf denen Ungarn traditionell beruhe“. Zweck dieser Kampagne ist es, Gender Studies als ‚Ideologie und keine Wissenschaft‘ zu diffamieren, um sie folglich zu verbannen im Dienst einer rechts-extremen populistischen Politik (Beer 2018; o.A. 2018; Graff 2014; Graff/Korolczuk 2017; Petö 2018).

Die friedliche Revolution als Männersache

Der Transformationsprozess in Europa, der Frieden durch eine NATO-Erweiterung und Freiheit als die Alleinherrschaft des neoliberalen Marktes inszenierte, war ein vom militarisierten Maskulinismus dominierter Prozess. ‚Business as usual‘ führte damit nicht nur zu einem traditionellen Genderregime, sondern zu einer nationalen (ausdrücklich nicht internationalen oder transnationalen) Politik zurück, die weibliche Unterordnung mit Abwehr gegen Vielfalt (das heißt Fremdenfeindlichkeit) paarte.

In dieses Narrativ passte die Beteiligung der bürgerbewegten Frauen vor 1989 nicht – und viel weniger noch ihre Errungenschaften. Die Frauen von Solidarność beispielsweise wurden konsequent aus der Geschichtsschreibung der Bewegung herausgeschrieben (Kulawik 2014). Auch im Osten Deutschlands kommt die maßgebliche Rolle der Frauen im friedlichen Verlauf der politischen Umwälzung in der dominanten Geschichtsschreibung kaum vor (s. den Artikel von Ilsen/Rathenow in diesem Band).

Der Sieg des verengten (und verrenkten) Blickes (Nationalismus, militarisierter Maskulinismus, Neoliberalismus) bleibt nicht bestehen

Teresa Kulawik (2014) beschreibt den Weg, der begangen wurde, um die Diktaturen zu überwinden, als „male rite of passage“. Das Wachstum von Kongres Kobiet in Polen, ihr Einfluss im Sejm wie auf der Straße in den jährlichen Manifa-Demonstrationen weist jedoch darauf hin, dass „the era of the male hero

has come to an end“⁴. Auch im Osten Deutschlands wird der Dominanz des männlichen Blicks auf die neuere Geschichte ein Ende bereitet. Für die Frauen für den Frieden reichte es: Ihr Buch *Seid doch laut* ist sowohl Ergebnis wie Ausdruck dieser neuen, selbstbewussten Stimme, die auch in anderen europäischen Ländern zu hören ist (Ilsen/Leiserowitz 2019).

Politischer Widerstand bleibt möglich

Statt sich von nationalistischer Rhetorik entmachten zu lassen, haben sich polnische Aktivistinnen bei den Manifa-Demonstrationen und den sogenannten schwarzen Protesten die nationalistische Symbolik angeeignet. Der Anker, der während des Warschauer Aufstandes im Jahr 1944 das sich wehrende Polen („Polska Walczaca“) darstellte, wurde zum Symbol für unabhängige, sich wehrende polnische Frauen („Polka Walczaca“) umfunktionierte (Graff 2019).

Ein neueres Beispiel liefert die Solidarität der Frauen für den Frieden mit den Frauen in Belarus, die trotz polizeilicher Einschüchterung unerschrocken jeden Samstag gegen die Wahlfälschung bei der Wiederwahl von Präsident Lukashenko demonstrierten. Ein Grußwort von den Frauen für den Frieden wurde an die Frauen in Belarus geschickt und im Internet verbreitet. Die deutschen Friedensfrauen beziehen sich auf ihre eigene junge Geschichte, ihren eigenen Widerstand gegen Militarisierung und im Jahr 1989 gegen die offenkundige Wahlfälschung in der DDR. Sie machen den belarussischen Frauen Mut und unterstützen sie in der Zuversicht, dass auch kleine Gruppen in einem undemokratischen Land politische Wandlung mit herbeiführen können (Frauen für den Frieden 2020).

Eine ‚Revolution‘ in der politischen Kultur. Weibliche Staatsoberhäupter

Es wird im Kontext der Covid-19-Pandemie viel darüber nachgedacht, wieso es den Ländern, die von Frauen geführt werden, gelungen ist, die schlimmsten Folgen des Virus‘ zu vermeiden (Anderson 2020; Forrester 2020; Greer 2020; Henley/Roy 2020). Als erfolgreiche Strategie sticht hervor: klare Kommunikation, bei der Klarheit mit Freundlichkeit, Strenge mit Empathie einhergehen. Wahrhaftigkeit, Entschlussfähigkeit, Menschennähe, liebevolle Gesten werden als entscheidende Merkmale identifiziert (Cave 2020; Genovese 2013; Wittenberg-Cox 2020). Männliche Staatsoberhäupter tendieren dazu, Wirtschaftsinteressen vor lebensrettenden Maßnahmen den Vorrang zu geben oder

zumindest eine falsche Alternative zwischen der Gesundheit der Bevölkerung und dem Gedeihen der Wirtschaft aufzustellen. Weibliche Staatsoberhäupter verfolgen eher eine Politik, die beide Aspekte im Blick behält. Jacinda Ardern in Aotearoa-Neuseeland hat oft gegen diese falsche Alternative polemisiert mit dem Argument, dass eine gesunde Wirtschaft letztendlich von der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung abhängt. Ein im Oktober 2020 erschienenes Register listet Länder nach ihrem wirtschaftlichen Wohlbefinden nach Covid-19 auf. Neuseeland steht dabei an erster Stelle, was als Beweis für Arderns These gelten könnte (Farrer 2020; Gongloff 2020).

Eine Politik der Mitmenschlichkeit wird als Vorbedingung für Verständigung nach Konfliktsituationen anerkannt. Versöhnung bedarf der Wahrhaftigkeit, der Bereitschaft, den eigenen Anteil an Problemen anzuerkennen und der Gegenseitigkeit, eine „Macht des Miteinanders“ anstelle der „Macht über einander“ (Clements 2020). So eine neue politische Ethik ist oft bei weiblicher Staatsleitung zu beobachten. Am Anfang des ‚totalen Lockdowns‘ in Neuseeland sprach die Premierministerin Jacinda Ardern die verständlichen Sorgen der Bevölkerung auf Facebook direkt persönlich und ganz informell an, nachdem sie ihr Kind ins Bett gebracht hatte. Später hat sie auf einer Pressekonferenz den Osterhasen zum unverzichtbaren Arbeiter ernannt (McGuire u.a. 2020). Die norwegische Premierministerin Erna Solberg stellte sich mehrmals den Fragen von Kindern zu Covid-19 und versicherte ihnen, es sei in Ordnung, Angst davor zu haben (Fouche 2020).

Eine solche politische Haltung erinnert an die feministische Literatur einer „ethics of care“ (Larrabee 1993/2016; Sevenhuijsen 1998), an die „politics of compassion“ in der politischen Ethik (Armstrong 2012) und an die politische Wirtschaftstheorie der „capabilities“, die als Vorbedingungen für eine sozial- und geschlechtergerechte Staatsbürgerschaft gelten (Einhorn 2006/2010; Nussbaum 2011; Sen 1985, 2001). Der gemeinsame Nenner dieser Theorien ist das Anstreben einer sozial gerechten, solidarischen und nachhaltigen Welt. Als Beispiel gilt Zuzanna Caputova, Präsidentin der Slowakei, die Empathie zu ihren wichtigsten Eigenschaften zählt und auf eine Politik der Hoffnung setzt (Gessen 2019).

Schlussfolgerungen

Sieg des populistischen Nationalismus oder Gelegenheit für eine globale grenzüberschreitende feministische Solidarität?

Die starken Frauenfiguren in der historischen Ikonografie der Nation haben ihre Nachfolgerinnen in heutigen Politikerinnen, denen es gelingt, Stärke mit

Menschenfreundlichkeit zu kombinieren. Statt diese Kontinuität zu ehren, bestehen heutige Populisten darauf, die Nation als schwach darstellen zu wollen, sogar als von starken, mündigen Bürgerinnen bedroht und schutzbedürftig.

Feministinnen, die sich wehren und die Widerstand gegen traditionelle Gender-Normen leisten, gelten daher in der populistischen Rhetorik als solche, die die Vorstellung der Nation als unversehrte Familie direkt gefährden.

Aktivistinnen in vielen europäischen Ländern weisen mit schöpferischen Mitteln darauf hin, dass es möglich ist, repressiven Regimes, ob staatssozialistisch oder autoritär nationalistisch, erfolgreich zu widerstehen. Frauen können als politische Subjekte viel bewegen.

Weibliche Staatsoberhäupter haben in gewissen Krisensituationen wie bei der Covid-19-Pandemie die politische Kultur verwandeln können. Die von ihnen praktizierte „politics of kindness“ (Arden 2019; Roy 2020) ist nicht nur äußerst wirksam; sie verleiht der politischen Kultur ein menschlicheres Gesicht. Das wiederum kann einen tugendhaften Zyklus einführen. Wenn sich Menschen in ihrer erlebten Wirklichkeit, in ihren Hoffnungen und Ängsten anerkannt empfinden, sind sie eher dazu bereit, den Regierenden Vertrauen zu schenken und politisch mitzuziehen.

Wenn diese neue politische Kultur, getragen vom feministischen und friedensbewegten Aktivismus an der Basis wie von oben durch weibliche Staatsoberhäupter, durchgesetzt würde, gäbe es tatsächlich Hoffnung auf die Verwirklichung einer friedlicheren, menschlicheren und nachhaltigeren Welt, wie sie sich die bürgerbewegten Frauen in Zentral- und Osteuropa in den 1980er-Jahren erträumten.

Unrealistisch wäre es, die starken Gegenströmungen nicht ernst zu nehmen (Verloo/Paternotte 2018). Das heißt heute wie vielleicht schon zu allen Zeiten, dass politische Solidarität vonnöten ist. In dem Zeitalter der elektronischen Vernetzung ist es mehr als je zuvor möglich, eine grenzüberschreitende Solidarität zu erzeugen.

Vielleicht steckt die neue Politik der Fürsorglichkeit, der Mitmenschlichkeit schon an. In Zeiten der atomaren Bedrohung⁶, der Klimakrise und der Pandemie wächst die Sehnsucht nach einer Alternative zum Neoliberalismus und des von ihm geförderten ausgeferten Individualismus. Politischer Wandel liegt wie in den 1980er-Jahren in der Luft. Kurz vor der 2020er Präsidentschaftswahl in den USA schien es so, als hätte Joe Biden ein Blatt aus dem

6 Der TPNW (Treaty for the Prohibition of Nuclear Weapons or Nuclear Ban Treaty) ist nun von 50 Ländern unterzeichnet worden und trat damit am 22. Januar 2021 in Kraft. Das heißt, dass der Besitz, um nicht zu sprechen von der Benutzung von Atomwaffen, international als illegal anerkannt ist. Leider werden ihn die Atomkräfte schlicht ignorieren (McClellan 2020; Matern 2020).

Spielbuch weiblicher Staatsoberhäupter genommen.⁷ Er sprach leidenschaftlich von der Notwendigkeit, die Politik der Ausgrenzung und des Rassismus zu überwinden. Eines seiner Kampagne-Videos schloss mit den Worten „Vote Love“ (Biden 2020). Auch in Europa gibt es Anzeichen einer Abwehr gegen die populistische Politik des Hasses (Henley/Duncan 2020). Vielleicht wird doch möglich, was sich die Bürger*innenbewegungen erträumt hatten, nämlich eine neue, demokratische Politik der Empathie statt einer autoritären Politik des gegenseitigen Misstrauens. Die Hoffnung darauf besteht und muss weitergetragen werden.

Literaturverzeichnis

- Ackerly, Brooke A./Friedman, Elisabeth Jay/Gopinath, Meenakshi/Zalewski, Marysia (2019): Resisting global anti-genderism with global feminist research. In: *International Feminist Journal of Politics* 21, 2, S. 165–167.
- Applebaum, Anne (2020): *Twilight of Democracy. The Failure of Politics and the Parting of Friends*. London: Allen Lane.
- Ardern, Jacinda (2019): Politics and Economics to Focus on Empathy, Kindness, Well-being. In: *Financial Times*, 22.01.2019.
- Assmann, Aleida (2018): *Der europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte*. München: C.H. Beck.
- Beckett, Lois (2020): Scholars Warn of Collapse of Democracy as Trump vs Biden Election Looms. Dozens of Experts on Fascism Warn of Global Danger. In: *The Guardian*, 01.11.2020.
- Chakraborty, Aditya (2019): The Real Lesson of 1989 is that Capitalism Needs a Scare. In: *The Guardian*, 14.11.2019.
- Clements, Kevin P. (2020): Politics of Compassion in an Age of Ruthless Power. In: Faessel, Victor/Falk, Richard/Curtin, Michael (Eds.): *On Public Imagination. A Political and Ethical Imperative*. Chapter 30. London: Routledge.
- Cohen, Nick (2020): For the New Right, Hungary is now what Venezuela once was for the Left. In: *The Guardian*, 08.02.2020.
- Darakchi, Shaban (2019): „The Western Feminists Want to Make Us Gay“. Nationalism, Heteronormativity and Violence against Women in Bulgaria in Times of „Anti-gender Campaigns“. In: *Sexuality and Culture* 23, 2, S. 1208–1229.
- Einhorn, Barbara (2019): Wollen sie mich wirklich verhaften? In: Ilsen, Almut/Leisero-witz, Ruth (Hrsg.): *Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin*. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 136–148.
- Einhorn, Barbara (2006/2010): *Citizenship in an Enlarging Europe. From Dream to Awakening*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

7 In Video-Ansprachen kurz vor der Wahl beschwor Joe Biden eine ‚duty of care‘, ‚empathy‘, ‚hope not fear, unity not division, love not hate‘, ‚healing the nation‘, ‚living together in peace‘.

- Einhorn (2006): *Insiders and Outsiders. Within and Beyond the Gendered Nation*. In: Davis, Kathy/Evans, Mary/Lorber, Judith (Eds.): *Handbook of Gender and Women's Studies*. London: Sage, S. 196–213.
- Friedman, Milton (1962): *Capitalism and Freedom*. Chicago: Chicago University Press.
- Garton Ash, Timothy (2020): For a bitter taste of Polish populism, just watch the evening news. In: *The Guardian*, 25.06.2020.
- Genovese, Michael A. (2013): Women as Political Leaders. Does Gender Matter? Introduction. In: Genovese, Michael A./Steckenrider, Janie S. (Eds.): *Women as Political Leaders. Studies in Gender and Governing*. New York: Routledge, S. 1–13.
- Gorbachev, Mikhail (2019): In 1989, the world chose peace; we need that vision today. In: *Time Magazine*, 11.1.2019, S. 36–37.
- Graff, Agnieszka (2019): Claiming the Shipyards, the Cowboy Hat, and the Anchor for Women. Polish Feminism's Dialogue and Struggle with National Symbolisms. In: *East European Politics and Societies and Cultures* 33, 2, S. 472–496.
- Graff, Agnieszka (2014): Report from the gender trenches. War against „genderism“ in Poland. In: *European Journal of Women's Studies* 21, 4, S. 431–435.
- Graff, Agnieszka/Korolczuk, Elzbieta (2017): „Worse than communism and Nazism put together“. War on gender in Poland. In: Kuhar, Roman/Paternotte, David (Eds.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. Lanham: Rowman & Littlefield, S. 175–194.
- Guest, Robert (2019): To make the world richer, let people move. In: *The Economist*, 14.11.2019.
- Harford, Barbara (1984): *Greenham Common. Women at the Wire*. London: The Women's Press.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2017): *Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: Transcript Verlag. (2. Aufl.)
- Henley, Jon/Duncan, Pamela (2020): European support for populist belief falls, YouGov survey suggests. In: *The Guardian*, 26.10.2020.
- Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hrsg.) (2019): *Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Kane, Gillian (2018): „Gender Ideology“. Big, bogus and coming to a fear campaign near you. In: *The Guardian*, 30.03.2018.
- Kovats, Eszter/Petö, Andrea (2017): Anti-gender discourse in Hungary. A discourse without a movement? In: Kuhar, Roman/Paternotte, David (Eds.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. Lanham: Rowman & Littlefield, S. 117–132.
- Larrabee, Mary Jeanne (Ed.) (1993/2016): *An Ethic of Care. Feminist and Interdisciplinary Perspectives*. London: Routledge.
- MacIntyre, Ben (2018): *The Spy and the Traitor. The Biggest Espionage Story of the Cold War*. London: Viking.
- Mazzucato, Mariana (2013/2018): *The Entrepreneurial State. Debunking Public vs. Private Sector Myths*. London: Penguin Books.
- McGuire, David/Cunningham, James E.A./Reynolds, Kae/Matthews-Smith, Gerri (2020): Beating the virus. An examination of the crisis communication approach taken by New Zealand Prime Minister Jacinda Ardern during the Covid-19 pandemic. In: *Human Resource Development International* 23, 4, S. 361–379:

- <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13678868.2020.1779543> [Zugriff: 12.07.2021].
- Nussbaum, Martha (2011): *Creating Capabilities. The Human Development Approach*. Cambridge MA: Harvard University Press.
- Nygren, Katarina Giritli/Martinsson, Lena/Mulinari, Diana (2018): Gender Equality and Beyond. At the Crossroads of Neoliberalism, Anti-Gender Movements, „European“ Values, and Normative Reiterations in the Nordic Model. Editorial. In: *Social Inclusion* 6, 4, S. 1–7.
- o.A. (2019) Editorial. They tore down the Wall. What kind of Europe did they build in its wake? In: *The Guardian*, 9.11.2019.
- O’Toole, Fintan (2020): The World has Loved, Hated and Envied the US. Now, for the First Time, We Pity It. In: *The Irish Times*, 25.4.2020.
- Paternotte, David/Roman Kuhar (2018): Disentangling and Locating the „Global Right“. Anti-Gender Campaigns in Europe. In: *Politics and Governance* 6, 3, S. 6–19.
- Rankin, Jennifer (2020): EU’s migration proposals draw anger on left and leave questions unanswered. In: *The Guardian*, 23.09.2020.
- Roseneil, Sasha (2000): *Common Women, Uncommon Practices. The Queer Feminisms of Greenham*. London: Cassell.
- Sauer, Birgit (2019): Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie? In: *Zeitschrift für vergleichende Politische Wissenschaft* 13, 6, S. 339–352.
- Sen, Amartya (2001): *Development as Freedom*. Oxford: Oxford University Press.
- Sen, Amartya (1985): *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: Elsevier.
- Sevenhuijsen, Selma (1998): *Citizenship and the Ethics of Care. Feminist considerations on justice, morality and politics*. London: Routledge.
- Slobodian, Quinn (2019): The defenders of „economic freedom“ fear democracy. In: *The Guardian*, 11.11.2019.
- Stewart, Heather/Mason, Rowena (2016): Nigel Farage’s anti-migrant poster reported to police. In: *The Guardian*, 16.06.2016.
- Verloo, Mieke/Paternotte, David (2018): The Feminist Project under Threat in Europe. Editorial. In: *Politics and Governance* 6, 3, S. 1–5.
- Wade, Robert Hunter (2008): Globalization, growth, poverty and inequality. In: Ravenhill, J. (Ed.): *Global Political Economy*. Oxford: Oxford University Press, S. 319–355.
- Walker, Shaun (2020): Authoritarian leaders may use Covid-19 crisis to tighten their grip. In: *The Guardian*, 31.03.2020.
- Yuval-Davis, Nira (1997): *Gender and Nation*. London: Sage Books.

Internetquellen

- Anderson, Cami (2020): Why Do Women Make such Good Leaders During Covid-19? In: Forbes, 19.04.2020. <https://www.forbes.com/sites/camianderson/2020/04/19/why-do-women-make-such-good-leaders-during-covid-19/?sh=7c056a0342fc> [Zugriff: 07.07.2021].
- Armstrong, Karen (2012): Compassion. An Urgent Global Imperative. The Saban Center for Middle East Policy at Brookings. <https://www.brookings.edu/research/compassion-an-urgent-global-imperative/> [Zugriff: 07.07.2021].
- Beck, Ulrich (2014): Europa braucht einen neuen Traum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 64, 12. <https://www.bpb.de/apuz/180364/europa-braucht-einen-neuen-traum> [Zugriff: 07.07.2021].
- Beer, Andrea (2018): Die ungarische Regierung will „Gender Studies“ abschaffen. Wer braucht schon „Genderologen“? ARD Wien, 2.9.2018. https://www.academia.edu/37329167/Wer_braucht_schon_Genderologen_ARD_28_Aug_2018 (Registrierungspflichtig) [Zugriff: 20.5.2020].
- Biden, Joe (2020): Campaign Videos, 28.10.2020. <https://www.youtube.com/watch?v=arQV2KKk3VY#> [Zugriff: 07.07.2021]; <https://twitter.com/i/status/1320949710442668032> [Zugriff: 28.10.2020].
- Bokat-Lindell, Spencer (2020): Are We Slipping into Fascism? In: The New York Times, 30.07.2020. <https://www.nytimes.com/2020/07/30/opinion/fascism-us.html?searchResultPosition=25> [Kostenpflichtig, Zugriff: 20.10.2020].
- Cave, Damien (2020): Heldin kommt nach Hause. Jacinda Ardern, Idol der Liberalen im Ausland, wird auch zu Hause bestätigt. In: IPG. Journal für Internationale Politik und Gesellschaft, 21.10.2020. https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/neuseeland-4737/?utm_campaign=de_40_20201023&utm_medium=email&utm_source=newsletter [Zugriff: 08.07.2021].
- Davis, Jonathan/Hollis, Andy (2018): Theresa May's Brexit Speech had shades of Hitler. In: The Guardian, 12.10.2018. <https://www.theguardian.com/politics/2018/oct/12/theresa-mays-brexit-speech-had-shades-of-hitler> [Zugriff: 08.07.2021].
- EC-European Commission (2020): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on a New Pact on Migration and Asylum, 23.9.2020. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/1_en_act_part1_v7_1.pdf [Zugriff: 08.07.2021].
- Einhorn, Barbara (2017): A Europe of intolerance or social justice? The uses and abuses of gender today. In: Eurozine, 05.05.2017. <http://www.eurozine.com/a-europe-of-intolerance-or-social-justice-the-uses-and-abuses-of-gender-today/> [Zugriff: 08.07.2021].
- Farrer, Martin (2020): New Zealand's Covid-19 response the best in the world, say global business leaders. In: The Guardian, 08.10.2020. <https://www.theguardian.com/world/2020/oct/08/new-zealands-covid-19-response-the-best-in-the-world-say-global-business-leaders> [Zugriff: 08.07.2021].

- Forrester, Georgia (2020): Coronavirus. Female leaders best at handling Covid-19 response, study finds. In: stuff, 19.08.2020. <https://www.stuff.co.nz/national/health/coronavirus/122497532/coronavirus-female-world-leaders-best-at-handling-covid19-response-study-finds> [Zugriff: 08.07.2021].
- Fouche, Gwladys (2020): Norway PM tells kids. „It is OK to feel scared“ during coronavirus. In: Reuters, 16.03.2020. <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-norway-children-idUSKBN2131NE> [Zugriff: 23.07.2021].
- Frauen für den Frieden (2020): Grußadresse der ehemaligen Frauen für den Frieden Ost-Berlin an die belarussischen Frauen. <https://www.havemann-gesellschaft.de/beitraege/grussadresse-der-ehemaligen-frauen-fuer-den-frieden-ost-berlin-an-die-belarussischen-frauen/> [Zugriff: 08.07.2021].
- Gessen, Masha (2020): How the Coronavirus Pandemic Fuels President Trump’s Autocratic Instincts. In: The New Yorker, 13.03.2020. <https://www.newyorker.com/news/our-columnists/how-the-coronavirus-pandemic-fuels-trumps-autocratic-instincts> [Zugriff: 08.07.2021].
- Gessen, Masha (2019): Zuzana Caputova, The President of Slovakia, Voices Her Country’s Hopes and Frustrations. In: The New Yorker, 05.12.2019. <https://www.newyorker.com/news/our-columnists/zuzana-caputova-the-president-of-slovakia-voices-her-countrys-hopes-and-frustrations> [Registrierungspflichtig, Zugriff: 08.07.2021].
- Giroux, Henry (2020): Dystopian Plagues, Pandemic Fears, and Fascist Politics in the Age of Trump. In: Tikkun, 07.10.2020. <https://www.tikkun.org/dystopian-plagues-in-the-age-of-trump?eType=EmailBlastContent&eId=2b1ee679-a79d-4d84-a1aa-74cd89485cb4> [Zugriff: 08.07.2021].
- Gongloff, Mark (2020): Turns Out Good Covid Management is Good Politics and Economics. Coronavirus Leadership matters and has been richly rewarded in China and New Zealand. In Sweden, not so much. In: Bloomberg Opinion, 19.10.2020. <https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2020-10-19/new-zealand-china-benefit-from-covid-19-management-not-sweden> [Zugriff: 12.07.2021].
- Greer, Bonnie (2020): The female world leaders defeating coronavirus. In: The New European, 24.04.2020, aktualisiert am 17.09.2020. <https://www.theneweuropean.co.uk/brexit-news/women-world-leaders-taking-control-during-coronavirus-76976> [Zugriff: 12.07.2021].
- Henley, Jon/Roy, Eleanor Ainge (2020): Are female leaders more successful at managing the coronavirus crisis? In: The Guardian, 25.04.2020, aktualisiert am 11.01.2021. <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/25/why-do-female-leaders-seem-to-be-more-successful-at-managing-the-coronavirus-crisis> [Zugriff: 12.07.2021].
- Kulawik, Teresa (2014): Women’s solidarity. The uprising of the Polish women’s movement. In: Eurozine, 09.01.2014. <https://www.eurozine.com/womens-solidarity/> [Zugriff: 12.07.2021].
- Matern, Tobias (2020): Endlich in Kraft. Kaum beachtet und dennoch wichtig. Der Atomwaffen-Verbotsvertrag hat endlich genügend Unterschriften. In: Süddeutsche Zeitung, 25.10.2020. <https://www.sueddeutsche.de/meinung/un-endlich-in-kraft-1.5093556> [Zugriff: 12.07.2021].

- McClellan, Gwyn (2020): „I still cannot get over it“. 75 years after Japan atomic bombs, a nuclear ban treaty is finally realised. In: *The Conversation*, 26.10.2020. <https://t1p.de/aosjd> [Zugriff: 12.07.2020].
- McRobbie, Angela (2018): Anti-feminism and anti-gender far right politics in Europe and beyond. In: *openDemocracy*, 18.01.2018. <https://www.opendemocracy.net/en/can-europe-make-it/anti-feminism-and-anti-gender-far-right-politics-in-europe-and-be/> [Zugriff: 12.07.2021].
- Moazami, Sahar (2019): Propping up Patriarchy. Threats of the Growing Anti-Gender Movement. In: *GenderIT.org. Feminist Reflection on Internet Policy*, 13.06.2019. <https://genderit.org/feminist-talk/propping-patriarchy-threats-growing-anti-gender-movement> [Zugriff: 12.07.2021].
- o.A. (2018): Ungarn will Genderforschung aus Universitäten verbannen. In: *FAZ*, 13.8.2018. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarn-will-genderforschung-aus-universitaeten-verbannen-15736524.html> [Zugriff: 08.07.2021].
- Pető, Andrea (2018): Attack on Freedom of Education in Hungary. The Case of Gender Studies. In: *LSE blog*, 24.09.2018. <https://blogs.lse.ac.uk/gender/2018/09/24/attack-on-freedom-of-education-in-hungary-the-case-of-gender-studies/> [Zugriff: 12.07.2021].
- Rogers, Paul (2022): The glaring problem with a recent multinational pledge against nuclear war. In: *OpenDemocracy*, 8. Januar 2022. <https://www.opendemocracy.net/en/the-glaring-problem-with-a-recent-multinational-pledge-against-nuclear-war/> [Zugriff: 14.02.2022].
- Roy, Eleanor Ainge (2020): Jacinda Ardern's Covid response looks set to dominate New Zealand election. PM's management of pandemic and „politics of kindness“ place her well ahead for Saturday's vote. In: *The Guardian*, 16.10.2020. <https://www.theguardian.com/world/2020/oct/16/jacinda-arderns-covid-response-looks-set-to-dominate-new-zealand-election> [Zugriff: 12.07.2021].
- Wittenberg-Cox, Avivah (2020): What do Countries with the Best Coronavirus Responses Have in Common? Women Leaders. In: *Forbes*, 13.04.2020. <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/25/why-do-female-leaders-seem-to-be-more-successful-at-managing-the-coronavirus-crisis> [Zugriff: 08.07.2021].

Einmischen, Gestalten und Provozieren. Strategien der Frauenbewegung in Polen

Bożena Chojuj

Die Entstehung und der Verlauf der zweiten Welle der Frauenbewegung Polens werden im Folgenden bis hin zu den Protesten von 2020 dargestellt, wobei den Strategien, die diese Bewegung in ihrem Kampf um Frauenfragen entwickelten, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Und hier sind – wie für die Strategien jeder emanzipatorischen Bewegung – Einmischen, Gestalten und Provozieren durchaus charakteristisch. Nach der Blütezeit der polnischen Frauenbewegung folgten um 2004 die ersten politischen Rückschläge und Enttäuschungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens. Obwohl diese Bewegung sich aus den Protesten gegen die Einführung des restriktiven Gesetzes zur Regelung der Abtreibung von 1993 formierte und im Kampf dagegen erstarkte, erreichte sie bis heute (2020) ihr Hauptziel, nämlich dessen Liberalisierung, nicht. Die ersten wichtigen Frauen-NGOS wie OŚka, KARAT oder das Frauen Zentrum Mokotowska PSF verschwanden von der Bildfläche, andere, wie das Zentrum für Frauenrechte oder die Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung, bespielen ihre Felder weiterhin in gewohnter Weise, d.h. sie machen eher feministische Sozialarbeit, kämpfen aber kaum mehr für politische Veränderungen. Vor diesem Hintergrund kämpfen die neu entstandenen Organisationen wie Kongres Kobiet (Frauenkongress) oder NGOs von LGTBQ um einzelne Gruppeninteressen und nicht mehr um grundsätzliche Veränderungen der Gleichstellungspolitik Polens. Die daraus entstehende Differenzenvielfalt unter den einzelnen Organisationen führte zu einer verheerenden Zersplitterung des emanzipatorischen Potenzials. Diese wird erst angesichts der Gefahr einer weiteren Verschärfung des Abtreibungsgesetzes durch die PiS¹-Regierung in großen Protesten 2016 und 2020 überwunden.

Trotz Corona-Pandemie und Lockdown demonstrieren im Polen der Jahre 2020/21 Massen vor allem jüngerer Menschen auf den Straßen, um gegen eine geplante Verschärfung des ohnehin sehr restriktiven Abtreibungsgesetzes zu protestieren. *Feminism matters* könnte man zufrieden feststellen, wenn

1 PiS: rechtsnationale politische Partei Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit), die seit 2015 Mehrheit im polnischen Parlament hat.

die Umstände nicht so tragisch wären. Und weil die Abtreibungsfrage tatsächlich das zentrale Thema der zweiten Welle der Frauenbewegung in Polen war und ist, lohnt es sich, an den Beginn dieses Textes einen kurzen Abriss dieses polnischen Dauerkonflikts zu stellen.

Bereits 1989 wurde ein Gesetzentwurf über den Schutz des ungeborenen Lebens im Sejm (dem polnischen Parlament) vorgelegt, der im Auftrag des polnischen Episkopats vorbereitet wurde. Verwirklicht wurde diese Idee eines sehr restriktiven Antiabtreibungsgesetzes schließlich 1993, und mit ihm wurde das äußerst liberale Gesetz von 1956 ersetzt. Durch dieses Entgegenkommen gegenüber der Kirche glaubten viele Politiker*innen, etwas von der großen Legitimität, die die katholische Kirche zu dieser Zeit in der polnischen Bevölkerung besaß, in das neue politische System abzuleiten. Auf diese Weise knüpfte die neue Regierung an polnische Vorkriegstraditionen an, um sich damit vom Regime der Volksrepublik deutlich zu distanzieren (vgl. Chołuj 2004).

Die Kirche war schließlich die einzig stabile Kraft in den Zeiten fundamentaler politischer Krisen, begonnen mit der Dreiteilung des Landes durch Preußen, Russland und die Österreichisch-Ungarische Monarchie in den Jahren 1772–1918, über die deutsche Besatzung durch das III. Reich 1939–1944, bis hin zur Abhängigkeit der Volksrepublik Polen von der Sowjetunion und während des *Solidarność*-Kampfes gegen den Totalitarismus in den 1980er-Jahren. Durch diese Verwobenheit des Katholizismus mit der polnischen Idee von Nation weist der kirchliche Einfluss enorme Beharrungstendenzen auf (vgl. Pollack/Rosta 2015: 289–313), auch in Verfolgung aller anderen Lebensentwürfe, die in der katholischen Morallehre nicht festgeschrieben sind. Vor diesem Hintergrund ist die zweite Frauenbewegung geradezu aus den Protesten gegen das Antiabtreibungsgesetz von 1993 – welches aktuell, im Frühjahr 2021, sogar noch verschärft werden soll – entstanden.

Einmischen, Gestalten und Provozieren in Sachen Geschlechterpolitik – mit diesen Begriffen können die Phasen feministischen Engagements in Polen seit der Wende von 1989 bis in die Gegenwart gut beschrieben werden, wobei gerade das Provozieren als Handlungsstrategie im Laufe der Zeit auf beiden Seiten, der der Gegner*innen der Geschlechtergleichheit und der der polnischen Feministinnen zunahm und zunimmt, bis hin zum Ausbruch der massiven Proteste 2020 gegen den erneuten Versuch, das ohnehin restriktive Abtreibungsgesetz weiter zu verschärfen.

In dem Zeitraum 1989–1995 mischten sich die Frauen in diese Politik ein, indem sie die Entscheidungen des neuen Parlaments in der Transformationszeit unter ihre kritische Lupe nahmen, darüber diskutierten und gegebenenfalls gegen sie demonstrierten.

In der Zeit von 1996 bis ca. 2004 versuchten die Frauen, die Geschlechterpolitik mit konkreten Initiativen in Anlehnung an Gender-Mainstreaming-

Richtlinien zu gestalten, zu deren Realisierung sich Polen mit seinem EU-Beitritt verpflichten würde.

Zwischen 2005 und 2015 änderten die Feministinnen angesichts der anhaltenden Ignoranz der Regierung gegenüber Frauenfragen ihre Handlungsstrategie, indem sie sich vor allem auf die Basisarbeit konzentrierten. Individuell oder im Rahmen der Arbeit von NGOs unterstützten sie benachteiligte Gruppen, Opfer von Vergewaltigungen und anderer Gewaltformen, streikende Krankenschwestern und sexuelle Minderheiten bei der Organisation der Gleichheitsmärsche, die seit 2001 jedes Jahr in großen polnischen Städten stattfinden. Eine besondere strategische Wende stellte der Frauenkongress dar, der seit 2009 jedes Jahr in Warschau tagt. In diesem Rahmen kooperierten feministische Organisationen zum ersten Mal mit hochrangigen Politiker*innen. In dieser Zeit kam es auch zur Gründung weiterer Organisationen, die einerseits die Palette der feministischen Aktivitäten erweiterten, andererseits aber eine gemeinsame Vision von gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt aus den Augen verloren.

2016 begann die Zeit des gegenseitigen Provozierens, weil die aus den Wahlen von 2015 hervorgegangene klerikal-konservative PiS-Regierung die staatliche Macht immer weiter zentralisiert, wodurch die Chancen auf eine reale systemische Verbesserung der Situation der Frauen immer geringer werden. Die jüngste und bislang größte Provokation seitens der Regierung ist das Urteil des Verfassungsgerichts vom 22. Oktober 2020 über die Verfassungswidrigkeit des bisherigen Abtreibungsgesetzes, wodurch nun die Frauen de facto zur Austragung von Föten mit schwersten Fehlbildungen gezwungen werden. Dieses Urteil brachte das Fass der Unzufriedenheiten mit den gesellschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung zum Überlaufen, abertausende junge Menschen in ganz Polen versammelten sich zu Massendemonstrationen, die trotz Corona-Pandemie auch im Jahr 2021 andauern. Beantwortet werden diese Proteste mit dem Einsatz massiver Polizeigewalt gegenüber friedlichen Demonstrierenden, was eine weitere Provokation bedeutet.

Seitdem das sogenannte Antiabtreibungsgesetz 1993 in Kraft getreten ist, bestimmt der Kampf um seine Liberalisierung fast alle feministischen Frauenaktivitäten und polarisiert die polnische Gesellschaft zunehmend (vgl. Kowalczyk 2011). Der Spielraum für neue gesellschaftliche Visionen einer geschlechtergerechten Politik des polnischen Staates wird durch diese verfahrenere Situation immer enger. Ursprünglich glaubten die Feministinnen an die Notwendigkeit der Aufklärung der Gesellschaft und der Politiker*innen über die Folgen der restriktiven Regelungen. Dann arbeiteten sie sich an den Folgen des Gesetzes ab, indem sie die Betroffenen betreuten, die von ihren Ärzt*innen nicht einmal dann Zugang zum legalen Schwangerschaftsabbruch bekamen, wenn die Schwangerschaft das Leben bzw. die Gesundheit der Frau gefährdete oder Folge einer Vergewaltigung war. Durch den andauernden Konflikt um dieses Gesetz wurden die Ärzt*innen verunsichert und füh-

ren daher den Schwangerschaftsabbruch nur ungerne oder gar nicht durch. Doch eine Phalanx aus klerikal-konservativen Parteien, Pro-Life-Organisationen und vor allem der katholischen Kirche selbst übten auf alle amtierenden Regierungen Druck aus, den Schwangerschaftsabbruch gesetzlich gänzlich zu verbieten, weil dieser vermeintlich im Widerspruch zu den christlichen Werten stehe. Diese Formationen werden zudem vom Vatikan, der radikal-katholischen Juristenvereinigung *Ordo Iuris* sowie dem fundamentalistischen Sender *Radio Maryja* unterstützt. Die PiS-Regierung scheint dieses Verbot mit dem Urteil des von ihr gesteuerten Verfassungsgerichts vom 22. Oktober 2020 erreicht zu haben. Laut diesem Urteil ist das Abtreibungsgesetz in dem Punkt verfassungswidrig, nach dem die Abtreibung zugelassen wird, wenn der Fötus schwer und unwiderruflich geschädigt ist, d.h. Frauen müssen weiterhin schwer geschädigte, auch lebensunfähige Föten austragen.² Daraufhin eskalierte der Konflikt, ausgerechnet in der Zeit der Covid-19-Pandemie, so sehr, dass trotz der Ansteckungsgefahr vor allem junge Menschen auf den Straßen in großen und kleinen Städten in ganz Polen protestierten.

Während der konfliktreichen 27 Jahre nach der Einführung des Abtreibungsgesetzes hat sich die Situation soweit gegen die Frauen entwickelt, dass sogar das Europäische Parlament am 26. November 2020 eine Resolution verabschiedet, in der das Urteil vom 22. Oktober 2020 als Einschränkung der Frauenrechte bezeichnet und die Rechtmäßigkeit des Verfassungsgerichts infrage gestellt werden.³ Eine reale Lösung der verfahrenen Lage – etwa verbunden mit der Wiedereinführung des Gesetzes von 1993 – ist derzeit nicht in Sicht. Voraussetzung dafür wäre ein Rücktritt der derzeitigen PiS-Regierung verbunden mit Neuwahlen und einem echten politischen Neuanfang in diesem gespaltenen Land.

Einmischen 1989–1995

Den ersten Versuch, sich in die Geschlechterpolitik während der Transformationszeit nach der politischen Wende von 1989 einzumischen, wagte die Frauenkommission der Freien Gewerkschaft *Solidarność*. So lange sie sich für gleiche Rechte auf dem Arbeitsmarkt, gleiche Aufteilung der unbezahlten Arbeit im Haushalt, das Recht des Vaters auf einen Urlaubstag für die Be-

2 <https://trybunal.gov.pl/postepowanie-i-orzeczenia/wyroki/art/11300-planowanie-rodziny-ochrona-plodu-ludzkiego-i-warunki-dopuszczalnosci-przerywania-ciazy>
[Zugriff: 20.12.20].

3 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0336_PL.html
[Zugriff: 20.12.20].

treuung eines kranken Kindes einsetzte, wurde die Frauenkommission in dieser Freien Gewerkschaft geduldet. Doch als sie gegen die *Resolution zur Einschränkung der Rechte der Frauen auf Abtreibung* protestierte, die auf der II. Hauptversammlung von Solidarność, auf der die Frauen nur mit einem Anteil von 10 Prozent vertreten waren, verabschiedet wurde, wurde die Frauenkommission 1991 wegen des Vorwurfs formeller organisatorischer Fehler und des Partikularismus aufgelöst (vgl. Klamann 1993). Die Frauensektion der Solidarność wurde daraufhin 1992 reaktiviert, aber sie erholte sich aus dieser Krise nicht mehr, weil ihre Mitglieder von den Kollegen in der Gewerkschaft seither systematisch benachteiligt werden und nicht mehr willens sind, sich mit der Geschlechterpolitik des Staates auseinanderzusetzen. Heute ist die Frauensektion der Solidarność kirchennah – so wie die gesamte Gewerkschaft größtenteils auch (vgl. Kamińska-Berezowska 2013).

Anfang der 1990er-Jahre richteten sich Fraueninitiativen immer wieder mit Appellen an Politiker*innen und organisierten vor allem in Warschau und Krakau Straßenproteste im Zusammenhang mit dem Parlamentsbeschluss zur Einführung des restriktiven Abtreibungsgesetzes 1993. Es war einer der ersten Beschlüsse im Sejm nach dem Sieg der Solidarność-Gewerkschaft und dem Regierungswechsel (Keinz 2012, S. 139–160). Ihre Empörung richtete sich ähnlich wie die von Solidarność-Frauen auch dagegen, dass über diese wichtige Frauenfrage ohne Frauen entschieden wurde.

Die Proteste konnten die Verabschiedung des Beschlusses zwar nicht verhindern, aus ihnen aber formierte sich die zweite Frauenbewegung in Polen, welche eine starke Struktur von feministischen Frauen-NGOs hervorbrachte (vgl. Kamińska-Berezowska: 136–140). Die ersten von diesen NGOs entwickelten sich aus den informellen Gruppen, die schon Mitte der 1980er-Jahre aktiv waren, wie PSF Centrum Kobiet (Polskie Stowarzyszenie Feministyczne Centrum Kobiet – Polnischer Feministischer Verein), Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung und eFKa (Fundacja Kobiecej – Frauenstiftung). Die Föderation setzte sich den Kampf um die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes zum Hauptziel. In ihrem Programm steht immer noch Sexualaufklärung der Jugend und medizinische Beratung der Frauen, die vom Antiabtreibungsgesetz direkt betroffen sind. Mit ausländischen Organisationen helfen die Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung und andere neu entstandene Organisationen, den illegalen Abtreibungen zu entkommen. In solchen Fällen wird die Abtreibung in Staaten durchgeführt, in denen Abtreibungen legal sind und die medizinische Versorgung der Frauen gesichert ist. Das Centrum Praw Kobiet (Frauenrechtzentrum, entstand 1994) mischt sich in die Geschlechterpolitik des Staates ein, indem es nicht nur Frauen rechtlich betreut und juristisch schult, sondern auch viele von ihnen direkt bei Gerichtsverfahren begleitet. Zudem werden sogenannte öffentliche „Tribunale“ organisiert, bei denen Jurist*innen die Verfahrensfehler bei Gerichtsverhandlungen über Fälle von

häuslicher Gewalt gegen Frauen oder im Zusammenhang mit dem Abtreibungsgesetz kritisch analysieren und Fehltritte publik machen.

NGOs boten auch Raum für die Entwicklung feministischer Forschung, die an Universitäten noch nicht möglich war. Als erste Organisation, die dabei half, war die Krakauer eFKA, die im Zeitraum 1987–1995 jedes Jahr im März eine wissenschaftliche Tagung zur Frauen- und Genderproblematik organisierte und Referate in ihrer Schriftenreihe *Pelny m glosem* (Frauen haben das Wort) veröffentlichte. Diese Tagungen dienten auch der Konsolidierung feministischer Akademikerinnen, Aktivistinnen und Künstlerinnen. Sie fanden an der Jagiellonen-Universität statt, obwohl ihre Organisatorinnen, Sławomira Walczewska und Beata Kozak, an dieser Universität nicht beschäftigt waren. Durch die Anmietung universitärer Räume wollten sie diesen Tagungen symbolisch einen höheren Rang verleihen. Es war der erste Schritt in den akademischen Bereich, worüber jedoch die Leitung der Krakauer Universität gezielt nicht unterrichtet wurde. Erst 2001 wurde sie bei der Gründung der Gender Studies als Nachdiplomstudium von Małgorzata Radkiewicz involviert, deren Initiative schon zu der zweiten Phase gehört – der Phase der feministischen Gestaltung der Geschlechterpolitik in Polen.

Bis dahin konnte die zweite Frauenbewegung kaum auf die Vorkriegstradition der ersten Frauenbewegung zurückgreifen, denn diese wurde in der Volksrepublik Polen durch das zentralistische Regime systematisch aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt,⁴ weil sie – wie jede Bürger*inneninitiative – als politisch unkontrollierbar und verdächtig galt. So suchten die Frauen nach der Wende von 1989 Inspirationen auf Demonstrationen, feministischen Sommerschulen im Ausland und bei polnischen Frauentreffen jeglicher Art, die sich aus spontanen Reaktionen auf aktuelle Probleme der Frauen, die in der politischen und wirtschaftlichen Transformationszeit überraschenderweise rapide zunahmen, formierten. Der Sieg von Solidarność brachte vor allem Männer in Machtpositionen, und für Frauen blieb immer weniger Platz in der politischen Öffentlichkeit.⁵

- 4 Erst zwei Publikationen von Aneta Górnicka-Boratyńska über die Aktivistinnen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg haben die erste Frauenbewegung in Erinnerung gebracht: Górnicka-Boratyńska 1999 und 2001. Diesen Publikationen folgten weitere von Polonistinnen, Soziologinnen, Historikerinnen, die sich in ihren Schriften vor allem den vergessenen Frauen zugewandt haben, welche in der polnischen Geschichte und Kultur eine wichtige Rolle spielten, jedoch im realexistierenden Sozialismus in Vergessenheit geraten sind.
- 5 Ein Rückblick auf die Geschichte der emanzipatorischen Bewegungen bestätigt, dass nach jedem politischen oder sozialen Umschwung die engagierten Frauen auf ihr weibliches Dasein zurückverwiesen wurden; so geschah es mit den Frauen nach der Französischen Revolution, nach der sogenannten Oktoberrevolution, bei der Studentenbewegung von 1968; so geschah es auch, nachdem die Frauen in der Solidarność-Zeit ausgedient hatten, was die Interviews bestätigen, die Ewa Kondratowicz mit den Aktivistinnen der Solidarność aus dem 1980er-Jahren durchgeführt und zum Teil in dem Band *Szminka na sztandarze* [Lippenstift auf der Standarte] publiziert hat (Kondratowicz 2001).

Sie nutzten dann den sogenannten „dritten Sektor“ für ihre Aktivitäten, indem sie NGOs gründeten und somit auch die Landschaft der Bürger*inneninitiativen beträchtlich ausbauten. Für die Arbeit in diesem Bereich entwickelten sie Projekte, die mit finanzieller Unterstützung der Stiftungen aus dem demokratischen Ausland durchgeführt wurden. Dazu motivierte sie die permanente Kritik seitens der katholischen Kirche und das Desinteresse der Regierung, die sie immer wieder erfuhren, u.a. auf der UNO-Menschenrechtsweltkonferenz in Wien von 1993. Vertreterinnen der polnischen NGOs entschieden sich, dort auf Initiative von Aleksandra Solik und Wanda Nowicka von der Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung zusammen mit anderen dort anwesenden Frauen-NGOs einen sogenannten Shadow-Report über die Situation der Frauen in Polen für die IV. Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 vorzubereiten. Diese Idee entstand spontan aus der Empörung der polnischen NGO-Vertreterinnen über die 27 zusammengehefteten dürftigen Seiten, die die polnische Regierung als ihren offiziellen Bericht über die Situation der Frauen in Polen für die Wiener Tagung geliefert hat. Sowohl die Form als auch der lakonische Inhalt dieses Berichtes zeugen von der Verachtung der Regierung den Frauenangelegenheiten gegenüber. Ein Kuriosum war die Rechtfertigung einer hohen Arbeitslosigkeit unter Frauen mit deren Hyperaktivität nach der Wende von 1989.⁶ Die polnische Regierungsdelegation engagierte sich auch kaum in der Arbeit des Plenums der Wiener Konferenz. So nahm sie auch nicht die Präsenz der Frauen-NGOs wahr, deren Rolle es war, die jeweiligen Regierungsdelegationen mit Informationen und Beschlüssen zu beliefern, die sie in Caucuses in den Nebenräumen des Kongresszentrums vorformulierten. Die polnische Frauenproblematik konnte im Plenum nur dank des Materials präsent sein, das die polnischen Aktivistinnen den anderen interessierten Delegationen – vor allem aus Jugoslawien, Norwegen und Ungarn – überreichen durften.

Nach der Rückkehr nach Warschau gründeten sie mit Hilfe der Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung am 15. November 1994 die informelle Plattform SKOP (Bürger*innen-Komitee der NGOs)⁷ für die Vorbereitung des Shadow-Reports zur Situation der Frauen in Polen für die Weltfrauenkonferenz in Beijing. Der Sinn des Shadow-Reports für die IV. Weltfrauenkonferenz war Kritik bzw. Ergänzung zum staatlichen Bericht.

Die Veröffentlichung des Berichtes durch SKOP⁸ provozierte die Gegenreaktion der Pro-Life-NGOs, die einen katholisch inspirierten Bericht ver-

6 Eine ähnliche Meinung vertrat der Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf, woran Christine Bergmann erinnert, aber diese Meinung ist nie in ein offizielles Dokument der deutschen Regierung im internationalen Kontext eingegangen (Bergmann 2012).

7 Zu SKOP: <https://www.karat.org/pl/skop-pek-in-95/> [Zugriff: 20.12.20].

8 https://www.karat.org/pliki/wp-content/uploads/2016/06/The_situation_of_women_in_Poland_1995.pdf [Zugriff: 01.12.20].

fassten, in dem Frauen nur im Kontext der Familie geschildert wurden. Beide Shadow-Reports entstanden also ohne den eigentlichen Regierungsbericht für Beijing. Sie waren Schatten ohne dessen Objekt. Dieses entstand erst nach der SKOP-Publikation und nach dem Bericht katholischer Organisationen (vgl. Balicki 1995: 81–111) unter der Leitung von Jolanta Banach, die für das Amt der Beauftragten für Familie und Frauen von der linksorientierten Regierung 1995 kurz vor Beijing berufen wurde:⁹ Aus Zeitmangel durften die feministischen Autorinnen aus dem SKOP-Kreis bei der Verfassung des Regierungsberichtes mitmischen, weil sie zum Schreiben des staatlichen Dokumentes aufgefordert wurden. Dies ergab sich jedoch nicht aus einer guten Zusammenarbeit der feministischen NGOs mit der Regierung, sondern aus Mangel an Fachkräften, die so einen Bericht schreiben könnten.

Auf der Weltfrauenkonferenz war Jolanta Banach für die Beiträge der feministischen Frauen-NGOs zwar offen, distanzierte sich aber von ihnen nach ihrer Rückkehr nach Warschau. Nach der vollzogenen Arbeit in Beijing vermied sie jegliche Kontakte mit ihnen. Erst nach einem dezidierten Protest von SKOP erklärte sie offen, dass eine enge Zusammenarbeit mit Feministinnen das Verhältnis der Regierung mit katholischen Kreisen störe. Somit wurde klar, dass die linksliberale Regierung bereit war, politische Kompromisse in Frauenfragen mit der katholischen Kirche einzugehen.

Gestalten 1996–2005

Trotz der distanzierten Einstellung der Regierung zu den Feministinnen konnten die NGOs mit finanzieller Unterstützung westlicher Stiftungen aktiv wirken, indem sie sich auf das Abschlussdokument *Platform for Action* stützten, das während der IV. Weltfrauenkonferenz neben 182 anderen Mitgliedern auch die polnische Delegation unterschrieben hatte. Die Kenntnis dieses Dokumentes war unter den Feministinnen eine wesentlich bessere als die der staatlichen Behörden. Das schuf paradoxerweise eine günstige Situation für die NGOs, weil sich Polen auf den EU-Beitritt vorbereitete und seinen guten Ruf im Westen nicht gefährden wollte. Da NGOs in der EU zum festen Bestandteil demokratischer Strukturen gehörten, konnte die Regierung trotz der Angriffe seitens der Kirche ihnen nicht mehr offen entgegenreten. Feministische NGOs bekamen dank dieser Situation bessere Räume für ihre Aktivitäten, in denen sie Tagungen, Vorträge, Workshops zur Gleichstellung der Geschlechter organisierten und Aufklärungsveranstaltungen zu Hauptprob-

9 An der Spitze der Regierung im Zeitraum 1995–1997 stand die Koalition von SLD (Bund der Demokratischen Linken) und PSL (Polnische Volkspartei).

lemen der Frauen in Polen – wie häusliche Gewalt oder Gender-Pay Gap – einem breiteren Publikum zugänglich machten.

Im Zuge dieser Entwicklung konnten auch Małgorzata Fuszara und ich als Mitarbeiterinnen der Universität Warschau 1995/96 den ersten Nachdiplomstudiengang Gender Studies in Polen gründen. Kurz darauf entstand der Studiengang Women's Studies an der Universität Łódź und die oben erwähnten Gender Studies an der Jagiellonen-Universität in Krakau. An anderen Universitäten intensivierten Akademiker*innen ihre Frauenforschung, die bereits vor 1989 in manchen Fakultäten aktiv waren, aber erst nach 1995 in Anlehnung an Women's Studies der westlichen Universitäten feministische Forschungsperspektiven zu erarbeiten begannen. Somit veränderte sich auch die akademische Forschungslandschaft in Polen. Die Lehrbücher für Grundschulen wurden unter der Genderperspektive kritisch analysiert, neue wurden entworfen, ihr Angebot vervielfältigte sich, womit die postsozialistische Einheitsbildung in den Grundschulen auch gebrochen werden konnte. Bezeichnenderweise war die Kirche die erste Institution, die ihre Lehrbücher für Religionsunterricht in gendersensitiver Sprache – mit Berücksichtigung von weiblichen und männlichen Sprachformen – herausgegeben hat, was die Forscherinnen fälschlicherweise als einen indirekten Erfolg des Feminismus verstanden haben und nicht als eine Strategie, die binäre Geschlechterordnung in dem Schulmaterial festzuschreiben.¹⁰

1997 entstanden die zwei größten feministischen NGOs mit breiten nationalen und internationalen Vernetzungen: die Koalition KARAT und OŚKA. Die erste wurde als ein internationaler Zusammenschluss von Frauen-NGOs aus Mittel- und Osteuropa nach der Weltfrauenkonferenz ins Leben gerufen.¹¹ Frauen aus diesen Regionen Europas kamen zum Schluss, dass sie ihre Interessen und Probleme selbst vertreten müssen, weil sie sich von denen der westlichen Frauen stark unterscheiden. OŚKa wurde als ein Informationszentrum der Fraueninitiativen für das gesamte Polen gegründet, – als Ersatz für eine Dachorganisation, die von manchen Geldgebenden zwar erwartet wurde, von den Polinnen aber um jeden Preis vermieden wurde, denn sie wollten keine Hierarchisierung in der Frauenbewegung zulassen. OŚKa entwickelte sich zu einer der wichtigsten meinungsbildenden Frauenorganisationen, die im *Monatskalender* über Fraueninitiativen in ganz Polen informierte und Journalist*innen, denen das Wissen über Frauenangelegenheiten und Kenntnisse der internationalen Dokumente zur Geschlechtergleichheit immer noch fehlten, mit druckreifen Materialien für die Berichterstattung zu Frauenangelegenheiten belieferte. Diese NGO organisierte in enger Zusammenarbeit mit Akademikerinnen auch öffentliche Diskussionen über feministische

10 Erst nach Jahren konnten sich die Feministinnen dieses Phänomen erklären, als die Kirche LGBTQ-Milieus zu bekämpfen begann und eine radikale Anti-Gender Kampagne 2014 führte.

11 <https://www.karat.org/> [Zugriff: 02.01.21].

Schriften, die noch nicht in polnischen Übersetzungen vorlagen. Zusammen mit den Gender Studies der Universität Warschau organisierte sie auch feministische Sommerschulen, wo Multiplikatorinnen des Feminismus ausgebildet wurden, die dann ihre eigenen NGOs gründeten, wie z.B. BABA, die sich inzwischen zu einem Netz in ganz Polen entwickelte, oder den Frauenverein Konsola in Poznań, der Konferenzen an der Adam-Mickiewicz-Universität und Workshops für Frauen in der Stadt organisierte. 1997 entstand auch Lambda, ein Verein für Unterstützung und Initiativen von LGBTIQ* in Polen.

Im Jahr 2000 eroberte die informelle Gruppe Porozumienie Kobiet 8. Marca (Frauenbündnis 8. März) den Frauentag zurück, indem sie zu Demonstrationen zum 8. März – den sogenannten Manifas – aufriefen, auf denen problematische Themen der Geschlechterpolitik Polens aufgegriffen wurden.¹² Inzwischen finden solche Kundgebungen nicht nur in Warschau, sondern in vielen anderen Städten Polens statt.

All diese Initiativen wurden von den Frauenorganisationen als eine Basis für die Gleichstellungspolitik Polens nach seinem EU-Beitritt entwickelt. Durch wissenschaftliche Publikationen und Zeitschriften (*Pelnym głosem* [deutsche Ausgabe: *Frauen haben das Wort*], *Zadra*, *Katedra Gender Studies UW*, *Artmix*) wurde ein immer breiteres Publikum für die Genderproblematik sensibilisiert, welche von den polnischen Mainstream-Medien in diesem Zeitraum immer noch vermieden wurde.

Enttäuschungen

Nach dieser Blütezeit der zweiten Frauenbewegung, oder gerade ihretwegen, spielte sich im Vorfeld des EU-Beitritts Polens allerdings ein negatives Szenario ab. Leszek Miller, der Ministerpräsident von der SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej/Bund der Demokratischen Linken), hatte nach seinem Wahlsieg 2001 öffentlich erklärt, sein Wahlversprechen einer Liberalisierung des restriktiven Abtreibungsgesetzes aus Gründen des politischen Pragmatismus nicht erfüllen zu können. Auf Nachfragen der feministischen Frauen-NGOs reagierte er mit einer ähnlichen Argumentation wie Jolanta Banach 1995 – nämlich, dass er sein konstruktives Verhältnis zur katholischen Kirche nicht verlieren wolle. Denn die Unterstützung der Kirche brauchte er wenig später tatsächlich, um deren ländliche Klientel zu einem positiven Votum beim Referendum zum EU-Beitritt Polens zu bewegen. Die Kirche setzte sich dafür unter der Bedingung ein, dass die Regierung weder den

12 Eine Auflistung der Demos: <https://pl.wikipedia.org/wiki/Manifa/> (vom 08.03.20) [Zugriff: 20.12.20].

Beschluss zur Geschlechtergleichheit verabschiedet noch das Abtreibungsgesetz liberalisiert. Das Scheitern der polnischen Bischöfe mit ihren Bemühungen, beim Europäischen Konvent das *invocatio Dei* in der Präambel der EU-Verfassung zu verankern, gab den Polinnen die Hoffnung, dass aus Brüssel wenigstens eine Mahnung zu diesem Handel mit den Fraueninteressen zwischen der polnischen Regierung und der Kirche kommt, wenn auch nur in einer symbolischen Form. 100 namhafte Polinnen wandten sich aus diesem Grund in einem Brief an Anna Diamantopoulou, Kommissarin für die Arbeits- und Sozialpolitik der EU, mit der Bitte um Unterstützung, weil sie nach den Erfahrungen mit der *Platform for action* nach Beijing wussten, wie wirksam die Kritik von außen auf die polnischen Politiker*innen sein konnte. Aber anstelle einer kritischen Stellungnahme zu den offensichtlichen polnischen Demokratiedefiziten zu Lasten der Frauen (vgl. Chotuj 2003: 220–223) verwies Diamantopoulou kühl auf die Paragrafen zur „Anerkennung der kulturellen Eigenheit“ der EU-Mitgliedsstaaten und somit auf ihr Recht auf kulturelle Besonderheit. Nach dem EU-Beitritt Polens 2004 wurde immer klarer, dass die Gender-Mainstreaming-Richtlinien den Status weicher Richtlinien und somit Empfehlungen haben und den EU-Mitgliedstaaten keine Sanktionen dafür drohen, wenn sie entsprechende Maßnahmen nicht sofort und bedingungslos umsetzen.

Während der Elan, den die zweite Frauenbewegung nach der IV. Weltfrauenkonferenz in ganz Polen entfaltete, nach dem EU-Beitritt Polens 2004 immer schwächer wurde, erlernten die Regierungen Polens mit jeder neuen Legislaturperiode den Umgang mit den EU-Institutionen etwas besser, indem sie die Grenzen des Möglichen erkundeten. PiS-Abgeordnete unternahmen 2006 ihren ersten Versuch, den Schutz des ungeborenen Lebens in die polnische Verfassung einzuschreiben,¹³ der Sejm lehnte den Veränderungsvorschlag der Verfassung ab. Die Stimmung um die Regelungen der Abtreibung war jedoch durchgehend so angespannt, dass sogar die wenigen legalen Schwangerschaftsabbrüche teilweise durch Ärzt*innen abgelehnt wurden. So etwa im Fall von Alicja Tysi c, die trotz medizinischer Indikation keine Ärzt*innen fand, die den Eingriff vornehmen wollten und durch in Folge der prognostizierten Komplikationen bei der Geburt einen Teil ihrer schon zuvor sehr schwachen Sehkraft verlor. Sie reichte 2003 eine Klage gegen den Staat Polen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein und bekam 2007 eine Entschädigung in Höhe von 25.000 Euro zugesprochen.¹⁴ Doch die Kritik der polnischen Gleichstellungspolitik und des restriktiven Abtrei-

13 Vgl.: Biuro Analiz Sejmowych, Kancelarii Sejmu (2007): *Konstytucyjna Formuła Ochrony Życia*. [Verfassungsformel des Lebensschutzes]. Druk Sejmowy nr 993. Warszawa 2008; unter: [http://orka.sejm.gov.pl/WydBAS.nsf/0/A39859274052914CC1257298003B120B/\\$file/ppc_3-2007.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/WydBAS.nsf/0/A39859274052914CC1257298003B120B/$file/ppc_3-2007.pdf) [Zugriff: 25.12.20].

14 Siehe das Urteil unter: <http://www.skubi.net/tysiac-judgment.html> [Zugriff: 02.01.21].

bungsgesetzes seitens der EU bzw. des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) wurde von den Regierenden in Warschau immer häufiger als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens abgelehnt.

Sogar das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, zu deren Gründung Polen als EU-Mitgliedstaat verpflichtet war, musste bei jedem Regierungswechsel von Frauen hart erkämpft werden.¹⁵ Seit dessen Entstehung wurde es zwei Mal aufgelöst und wieder neu gegründet, sechs Mal umbenannt, bis es 2008 die Bezeichnung Regierungsbeauftragte für Gleichbehandlung bekam. Diese allgemeine Bezeichnung verweist auf eine breite Formel, die alle Menschen umfassen müsste, eröffnet aber die Möglichkeit, nur jene Gruppen zu berücksichtigen, die für die jeweiligen politischen Interessen von Bedeutung sind. Ob diese Umbenennung von der Tusk-Regierung intendiert war, bleibt offen. Die Tatsachen, dass sie die Besetzung dieser Stelle hinausgezögert und dann Elżbieta Radziszewska für diese Funktion berufen wurde, sprechen dafür – zumal der Vorschlag einer Fachfrau seitens der Frauen-NGOs nicht angenommen wurde. Radziszewska äußerte sich nie dazu, wer gleichgestellt werden sollte, und blieb auf diesem Posten ähnlich wie die aktuelle Beauftragte unter der PiS-Regierung, Anna Katarzyna Schmidt, nur als Feigenblatt für die ausbleibende Gleichstellungspolitik nach dem EU-Beitritt Polens. Auch Radziszewskas Nachfolgerin, Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, brachte keine Wende in der Einstellung der Regierung zu Frauenfragen. Bis auf drei Gleichstellungsbeauftragte, Izabela Jaruga-Nowacka, Magdalena Środa und Małgorzata Fuszara, die alle in diesem Amt nur sehr kurz tätig sein konnten, gibt es bis dato keine aktiv wirkende Person im Bereich der Gleichstellung.

Kooperation mit den Politiker*innen 2005–2015

Im Zeitraum 2005–2007, als nach vier Jahren wieder rechte Parteien an der Regierung waren, wurde die Kritik des Feminismus immer offener und die Chance auf angestrebte Veränderungen der Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, im Familienrecht, im Rentensystem und in Bezug auf die reproduktiven Rechte immer kleiner. Diesen Umständen versuchte eine neue Organisation, Kongres Kobiet (der Frauenkongress), der mittlerweile als ein Verein registriert ist, entgegenzuwirken, indem eine andere, pragmatische Strategie verfolgt wurde – eine breite Zusammenarbeit der Frauen in ganz Polen mit politischen Parteien, vor allem mit ihren weiblichen Mitgliedern.

15 Siehe die Chronologie zur Geschichte des Amtes des Regierungsbeauftragten (in Polen ist die männliche Bezeichnungsform der Ämter immer noch verpflichtend) unter: https://przewodniklewicy.krytykapolityczna.pl/status_daty.php [Zugriff: 20.08.20].

Dafür plädierte insbesondere Magdalena Środa, die als Gleichstellungsbeauftragte von 2004–2005 die ersten Kontakte in der politischen Sphäre geknüpft hatte. Am ersten Frauenkongress in Warschau nahmen viertausend Frauen teil, Vertreterinnen unterschiedlicher politischer Parteien, Gewerkschaften und NGOs. Auf das Podium wurden die Ehefrauen aller nach 1990 amtierenden Präsidenten eingeladen. Bis 2020 fanden elf Kongresse statt. Der Programmbeirat des Vereins besteht aus 250 namhaften Frauen aus Politik, Wissenschaft, Kunst und feministischen Organisationen. Auf jedem Kongress werden Beschlüsse formuliert, von denen einige auch erfüllt wurden, u.a. die Quotenregelung auf den Wahllisten, die immer mehr Parteien übernahmen, oder die Ratifizierung des *Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*. Der Kongress präsentiert auch vor jeder Parlamentswahl ein Schattenkabinett, in dem alle Ministerstellen durch aktive Fachfrauen besetzt sind, als Zeichen für die Bereitschaft der Frauen zur Übernahme wichtigster Positionen im Staat. Mit seiner Strategie hat der Verein konkrete Erfolge, weil er Basisarbeit leistet und pragmatisch handelt, indem seine Mitglieder zuerst die Grenzen des Möglichen für ihre Forderungen eruieren und diese erst dann tatsächlich publizieren. Die im Kongress Kobiet engagierten Politikerinnen verfolgen daraufhin den Fortlauf der Realisierung bei den entsprechenden Stellen. Parallel zu Aktivitäten des Frauenkongresses ist es inzwischen zur Gründung von regionalen Frauenkongressen gekommen, die frauenspezifische Probleme auf lokaler Ebene zu lösen versuchen.

Diese Phase der Kärnerarbeit in ganz verschiedenen Politikfeldern führte zu einer Art Atomisierung der zweiten Frauenbewegung. Zusammen fand man sich erst wieder, als 2016 erneut die Gefahr drohte, dass das Abtreibungsgesetz auf dem Wege einer Petition an den Sejm, in welchem seit 2015 PiS die Mehrheit hat, weiter verschärft wird.

Provozieren 2016–2020

Am 3. Oktober 2016 wurde via social media der Ogólnopolski Strajk Kobiet (Gesamtpolnischer Frauenstreik) unter dem Motto Schwarzer Montag ausgerufen, bei dem Tausende von Frauen, aber auch Männern und Jugendlichen schwarz gekleidet mit schwarzen Regenschirmen auf den Straßen in 147 Städten Polens demonstrierten.¹⁶ Sie protestierten gegen die Situation der Fraueninitiativen, die sich seit 2015 nach dem Wahlsieg der PiS-Partei deut-

16 Personen, die sich dem Streik anschließen wollten, auf die Demonstration jedoch aus beruflichen Gründen nicht kommen konnten, trugen die schwarze Kleidung am Arbeitsplatz, um ihre Teilnahme auf diese symbolische Art zu bezeugen.

lich verschlechtert hatte.¹⁷ So kam es zu einer Überwindung der verheerenden Zersplitterung des emanzipatorischen Potenzials. Ältere und neuere Organisationen, die sich bis dato auf ihre eigenen Zielgruppen konzentrierten, integrierten sich erneut im gemeinsamen Kampf für die Frauenrechte.

Das Ausmaß dieser Proteste unter dem Slogan Strajk Kobiet (Frauenstreik) von 2016 überraschte die PiS-Regierung, weil sie wohl glaubte, mit sozialpolitischen Wohltaten das gesellschaftliche Klima hinreichend beruhigt zu haben.¹⁸ Die Regierung gab dem öffentlichen Druck tatsächlich nach und das Abtreibungsgesetz wurde für vier Jahre ad acta gelegt. Erst nach dem nächsten Wahlsieg im Jahre 2019, der erneut mit Versprechungen zum weiteren Ausbau des Sozialstaats und aggressiver Anti-EU-Rhetorik eingefahren wurde, wurde 2020 der nächste Versuch gestartet, das Abtreibungsgesetz zu verschärfen, diesmal auf dem Weg eines Urteils des von der Regierung kontrollierten Verfassungsgerichts, welches aufgrund eines Prüfungsantrags einer Reihe konservativer Abgeordneter die geltende Regelung zur Abtreibungsfrage als nicht verfassungskonform erklärte.¹⁹

Die PiS-Regierung musste also 2020 nach den Erfahrungen von 2016 mit Protesten gerechnet haben, es sei denn, sie hoffte, dass die Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund der Corona-Pandemie neue Proteste verhindern würden. Die Proteste flammten auf, aber im Gegensatz zu 2016 konnte ihnen wegen des pandemiebedingt herrschenden Versammlungsverbots massive Polizeigewalt entgegengesetzt werden. Der Höhepunkt dieser Strategie war der Einsatz von nicht uniformierten, aber bewaffneten Polizeikräften, die mit Gummiknüppeln auf friedliche Demonstrierende einprügelten.

Die PiS-Beauftragte für Gleichstellung, Anna Katarzyna Schmidt,²⁰ die Jarosław Kaczyński für ihren Mentor hält, bleibt trotz dieser für Frauen ver-

17 Unter dem folgenden Link ist eine Landkarte Polens mit Protesten zu finden, die sich seit dem 22. Oktober 2020 entwickeln: <http://strajkkobiet.eu/mapa-wydarzen/> [Zugriff: 20.12.20].

18 Unter anderem monatliche Beilage in der Höhe von 500 zł (ca.110 Euro) für jedes Kind in der Familie.

19 Siehe die Liste der Abgeordneten, die diesen Antrag gestellt haben, unter: <https://oko.press/lista-hanby-oto-poslowie-pis-i-konfederacji-ktorzy-doprowadzili-do-zakazu-aborcji-w-polsce/> [Zugriff: 20.12.20]. Bezeichnenderweise wurden beide Autoren von ihrer Mitgliedschaft in der PiS-Partei durch Jarosław Kaczyński aus disziplinarischen Gründen suspendiert, weil sie gegen den PiS-Beschluss zum Tierschutz im September 2020 gestimmt haben, und diese Suspendierung wurde in ihrem Fall Ende November 2020 aufgehoben, als hätten sie sich durch diese Leistung für PiS rehabilitiert.

20 Auf der Homepage der Regierung (<https://www.gov.pl/web/rownetraktowanie/rowne-traktowanie2> [Zugriff: 02.01.21]) gibt es Informationen, die den EU-Standards entsprechen, aber mit der politischen Praxis der Gleichbehandlungsbeauftragten nichts zu tun haben oder sogar im Widerspruch stehen, wie die Wahlkampagne des Präsidenten Andrzej Duda zeigte. Diese war aufs engste mit der Anti-LGTB-Kampagne verflochten, die nach dem Muster der kirchlichen Anti-Gender-Kampagne von 2014 verlief. Diese Strategie sollte die Rechte

heerenden Entscheidung des Verfassungstribunals, die die Frauen zum Austragen selbst schwer geschädigter Föten zwingen wird, sowie auch trotz der unverhältnismäßigen Polizeigewalt passiv.

Diese Gewalttaten der Polizei provozierten die Protestierenden zu weiteren Demonstrationen. Wegen der Covid-19-Pandemie sind das vor allem junge Frauen, Männer und Schüler*innen, die sich nach dem Vorbild des Ogólnopolski Strajk Kobiet (Gesamtpolnischer Frauenstreik) über soziale Medien zusammenfinden und sich auch Strajk Kobiet nennen. Sie haben keine Führung im eigentlichen Sinne. Die Initiative Ogólnopolski Strajk Kobiet unterstützt die Protestierenden vor allem, indem sie auf der Homepage Hinweise gibt, wie man sich bei Verhaftung durch die Polizei zu verhalten hat. Ein Konsultationsbeirat²¹ dieser Organisation erarbeitet aus den Demonstrationsparolen eine Liste von Forderungen, die sich als viel radikaler erweisen als alle bisherigen Versuche der zweiten polnischen Frauenbewegung – u.a. die Forderung nach vollen Rechten für Frauen und LGBT+-Personen, nach einem säkularen Staat, Rechtsstaatlichkeit, Verbesserungen im Gesundheitswesen, einer fundierten Bildung, freien Medien und Verbesserungen der Betreuung der Kinder und anderen.²² Es geht dabei auch nicht mehr um Verhandlungen oder Zusammenarbeit mit politischen Parteien, sondern um eine direkte Forderung des Rücktritts der PiS-Regierung. Dabei beziehen sich die wichtigsten Forderungen auf eine tatsächliche Trennung von Staat und Kirche, die bisher zwar de jure besteht, de facto jedoch nicht existiert, und die Abschaffung des Antiabtreibungsgesetzes.

Es geht also nicht mehr um ein *Gleichstellungsgesetz für Frauen und Männer*, um das die Frauen nach der IV. Weltfrauenkonferenz jahrelang gekämpft haben. Deren Entwurf wurde durch die Feministinnen drei Mal abgeschwächt, vom polnischen Parlament aber dennoch nicht angenommen. Zum Schluss wurde zwar ein Gesetz verabschiedet, aber keineswegs in Anlehnung an diesen Entwurf, sondern nur als Feigenblatt-Regelungen zur Beschwichtigung der EU, welche lediglich für die Privatwirtschaft bindend sind. Der Beschluss über die Gleichstellung der Geschlechter in Anlehnung an die *Platform for action* wurde nie verabschiedet.

In den Protesten von 2020 geht es auch nicht mehr um die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes, um die die zweite Frauenbewegung jahrelang erfolglos gekämpft hat, sondern um dessen Abschaffung. Marta Lempart, die

integrieren, um ihre Stimmen zu gewinnen. Letztendlich hat Andrzej Duda mit knapper Mehrheit gegen Rafał Trzaskowski gewonnen.

21 Mitglieder sind namhafte Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Milieus: Michał Boni, Prof. Monika Platek, Dorota Łoboda, Paweł Kasprzak, Danuta Kuroń, Piotr Szumlewicz, Mirka Makuchowska und Barbara Labuda.

22 Mehr zu Kontexten der Frauenproteste in Mienkowska-Norkiene (2020), einzusehen unter: <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/267/die-politisch-kulturelle-dimension-der-frauenproteste-in-polen/> [Zugriff: 04.01.20].

Koordinatorin von Ogólnopolski Strajk Kobiet, erklärt immer wieder in Interviews, dass sie keine Anführerin der Proteste ist, sondern dass sie mit ihrer Organisation die jungen Menschen unterstützt.²³ Dem haben sich mehrere NGOs, Intellektuelle, auch der Frauenkongress angeschlossen. Nach den ersten Gewalttaten der Polizei gegenüber den Protestierenden begannen auch oppositionelle Abgeordnete, die Proteste vor Ort zu beobachten und zu stärken. Dabei wurden auch sie misshandelt, ohne Rücksicht auf ihren Abgeordnetenstatus. Die Gewalt der Polizei aktiviert progressive Anwälte dazu, Opfer von Repressionen im Zusammenhang mit den Demonstrationen juristisch zu betreuen.

Die Eskalation des Konfliktes um das Abtreibungsgesetz, von der Regierung mit dem Urteil vom 22. Oktober 2020 offensichtlich bewusst in der Pandemiezeit herbeigeführt, erweiterte das Spektrum der Forderungen von Frauenrechten als Menschenrechten um die Bürger*innenrechte, die immer häufiger verletzt werden. Aus der Radikalität der Protestierenden, manchmal in sehr scharfen und zum Teil sogar in vulgären Worten ausgedrückt, ergibt sich eine jugendliche idealistische Vision von Polen, das frei ist von Homophobie und in dem Geschlechtergleichheit, Kinderfreundlichkeit und Unterstützung der sozial schwachen Gruppen – insbesondere der Menschen mit Einschränkungen und Migrant*innen – als Grundprinzipien herrschen.

Diese Protestierenden streben keine Zusammenarbeit mit politischen Parteien an, weil bislang alle Parteien versagt haben. Sie sehen, wie die politische und die gesellschaftliche Wirklichkeit immer mehr auseinanderklaffen. Dies wurde nicht nur in der Gründung von LGTB-freien Zonen in vielen Gemeinden, in denen die lokale Verwaltung durch PiS-Mitglieder beherrscht ist, offensichtlich, sondern auch in der oben genannten Anti-LGTB-Kampagne im Rahmen der Wahlkampagne von Andrzej Duda.

Obwohl viele der neuen Gruppierungen offen mit der Kategorie *Frau* operieren und eine Verbesserung der Situation der Frauen in Polen anstreben, integrieren sie in ihre Reihen weitere Geschlechter und bekämpfen jegliche Formen der Diskriminierung. All das passiert vor dem Hintergrund der Krise der katholischen Kirche, die nicht zuletzt durch zahllose aufgedeckte Fälle von Pädophilie und den Versuch, diese zu vertuschen, ihre Autorität einbüßt. Sie steht weiterhin im nahen Kontakt mit der PiS-Regierung, auch wenn sie in der öffentlichen Bekämpfung des Feminismus nicht mehr so offensichtlich präsent ist wie zur Zeit der Anti-Gender-Kampagne (vgl. Chołuj 2015).

Die Kirche muss sich hier nicht mehr engagieren, denn ihre Interessen werden zur Zeit von der ultrarechten Organisation Ordo Iuris vertreten, die im engen Kontakt zur PiS-Regierung und zu den von ihr unterstützten Pro-

23 Mehr über diese Organisation in: Das Netzwerk „Landesweiter Frauenstreik“: über uns; übersetzt von Silke Plate. In: Polen-Analysen Nr. 267 vom 15.12.2020, einzusehen unter: <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/267/das-netzwerk-landesweiter-frauenstreik-ueber-uns/> [Zugriff: 04.01.20].

Life-NGOs mit der Aktivistin Kaja Godek an der Spitze stehen. Sie alle haben es jedoch 2020 mit einer anderen Generation von Protestierenden zu tun als bei den Auseinandersetzungen mit der zweiten Welle der Frauenbewegung. Es sind junge Menschen, die in den Jahren 2012–2014 eine radikale Anti-Gender-Kampagne erlebt haben, zwei politisch motivierte Schulreformen und die aggressive Anti-LGTB-Rhetorik im Rahmen der Präsidentschaftswahlkampagne von 2020. Sie beobachten, wie Opfer der Pädophilie durch die katholische Kirche gedemütigt und durch die Regierung vernachlässigt werden. Sie wissen insgesamt mehr über die Ungerechtigkeiten in Polen als Menschen in ihrem Alter in den 1990er-Jahren. Dieses Wissen erarbeitete die zweite Frauenbewegung, und dieses Wissen erarbeiten sich die jungen Menschen heute selbst, indem sie sich über die neuen sozialen Medien informieren und organisieren.

Die wichtigen Frauen-NGOs aus der Blütezeit der zweiten Frauenbewegung, wie OŚKa und KARAT in der ursprünglichen Form oder das Frauenzentrum Mokotowska PSF, sind aus der Szene feministischer NGOs längst verschwunden (vgl. Chołuj 2018). Andere, wie das Zentrum für Frauenrechte oder die Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung und viele andere bespielen ihre Felder mit immer mehr Schwierigkeiten in gewohnter Weise, d.h. sie zeichnen sich vor allem durch feministische Sozialarbeit aus, kämpfen aber nicht mehr für politische Veränderungen – seit der PiS-Regierung bestenfalls für die Erhaltung des Status quo.

In Polen ist es zu keiner Atempause der Frauenbewegung im Sinne von Ute Gerhard gekommen (Gerhard 1999), sondern zu einem Generationswechsel. Bislang weiß keine von den bestehenden Parteien oder kritischen Journalist*innen damit umzugehen. Sie unterstützen die Proteste, wundern sich aber über deren zum Teil vulgäre Sprache und deren politisch 'unvernünftige' Radikalität. Es bleibt zu hoffen, dass diese jungen Menschen mit ihrer Vielfalt besser zurechtkommen als die heute aktiven Politiker*innen. Differenzvielfalt geschlechtlicher Identifikationen trat zwar mit der zweiten Welle der Frauenbewegung auf die Bühne öffentlicher Debatten in Polen, bereicherte diese Bewegung jedoch nicht, sondern entwickelte sich zu einzelnen Eigeninitiativen, in denen das Allgemeinwohl der Gesellschaft mittlerweile verlorengegangen ist. Ob die neue Generation Freiräume für ihre Visionen zurückerobert, bleibt offen.

Literaturverzeichnis

- Balicki, Janusz (1995): Spór o rolę i miejsce kobiety w rodzinie i społeczeństwie – IV międzynarodowa Konferencja nt. Kobiet w Pekinie [Streit um die Rolle und Stellung der Frau in der Familie und Gesellschaft – IV. Weltfrauenkonferenz in Beijing], Studia Gdańskie X, S.81–111.
- Bergmann, Christine (2012): Von Null auf Hundert. Stationen eines politischen Lebens. Berlin: Wichern-Verlag.
- Boguszewska, Anna (1993): „To nie jest walka, ale dobijanie się o własne prawa“, rozmowa z Krystyną Politachą [„Das ist nicht ein Kampf, aber ein Pochen auf eigene Rechte“, ein Gespräch mit Krystyna Politachą]. In: Pełnym głosem [Mit voller Stimme]. Kraków: Fundacja Kobięca „eFKa“, S. 34–38.
- Chołuj, Bożena (2018): Die Frauenfrage und der dünne Firmis der Demokratie in Polen nach 1989. In: Femina politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 27, 1, S. 88–100.
- Chołuj, Bożena (2015): „Gender-Ideologie“ – ein Schlüsselbegriff des polnischen Anti-Genderismus. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 219–239.
- Chołuj, Bożena (2003): Die Situation der Frauen-NGOs in Polen an der Schwelle zum EU-Beitritt. In: Miethe, Ingrid/ Roth, Silke (Hrsg.): Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa. Opladen: Leske+Budrich, S. 203–225.
- Dębowski, Tomasz (2014): Pomiedzy akcesją a prezydencją – problematyka europejska w wypowiedziach hierarchii Kościoła katolickiego w Polsce [Zwischen Beitritt und Präsidentschaft – europäische Fragen in den Aussagen der Würdenträger der katholischen Kirche in Polen]. In: Dyplomacja i społeczeństwo [Diplomatie und Gesellschaft]. Nr.1 (2), S. 91–102, unter: <http://www.zpz.uni.wroc.pl/Users/46/files/TOMASZ-DEBOWSKI-Pomiedzy-akcesja-a-prezydencja--problematykaeuropejska-w-wypowiedziach-hierarchow-Kosciola-katolickiego-w-Polsce.pdf> [Zugriff: 20.12.20].
- Gerhard, Ute (1999): Atempause: Feminismus als demokratisches Projekt. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Górnicka-Boratyńska, Aneta (2001): Stańmy się sobą. Cztery projekty emancypacji (1863–1939) [Werden wir wir selbst. Vier Emanzipationsentwürfe /1863-1939/]. Izabelin: Świat literacki.
- Górnicka-Boratyńska Aneta (1999): Chcemy całego życia. Antologia polskich tekstów feministycznych z lat 1870–1939 [Wir wollen das ganze Leben. Anthologie polnischer feministischer Texte aus den Jahren 1870–1939]. Warszawa: Fundacja Res Publica.
- Kamińska-Berezowska, Sławomira (2013): Kobiety w wybranych segmentach polskiego ruchu związkowego a równość płci. Studium z zastosowaniem teorii Pierre’a Bourdieu [Frauen in ausgewählten Segmenten polnischer Gewerkschaftsbewegung und Geschlechtergleichheit. Eine Studie unter Anwendung der Theorie von Pierre Bourdieu]. Katowice: Wydawnictwo Uniwersytetu Śląskiego.

- Keinz, Anika (2012): Geschlechterkonzepte auf Wanderschaft. Lost or found in translation? In: Keinz, Anika/ Schönberger, Klaus/Wolff, Vera (Hrsg.): Kulturelle Übersetzungen. Berlin: Reimer Verlag GmbH, S. 139–160.
- Klaman, Maria: Interview mit der ersten Koordinatorin der Kommission, Malgorzata Tarasiewicz, unter: <https://krytykapolityczna.pl/kraj/tarasiewicz-co-wy-tu-drogie-kolezanki-tak-sie-dajecie/> [Zugriff: 12.12.20].
- Konratowicz, Ewa (2001): Szminka na sztandarze [Lippenstift auf der Standarte]. Warszawa: Wydawnictwo Sic!
- Konstytucyjna Formuła Ochrony Życia [Verfassungsformel des Lebensschutzes]. Druk Sejmowy nr 993 (2007). Warszawa: Biuro Analiz Sejmowych, Kancelarii Sejmu, unter: [http://orka.sejm.gov.pl/WydBAS.nsf/0/A39859274052914CC1257298003B120B/\\$file/ppc_3-2007.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/WydBAS.nsf/0/A39859274052914CC1257298003B120B/$file/ppc_3-2007.pdf) [Zugriff: 25.12.20].
- Kowalczyk, Krzysztof (2011): Partie polityczne i ich elektoraty wobec kwestii nowelizacji ustawy antyaborcyjnej w Polsce (2007–2011) [Politische Parteien und ihre Wählerschaft über das Antiabtreibungsgesetz in Polen (2007–2011)]. In: *Opuscula Socjologica* 2, S. 19–29, unter <https://wnus.edu.pl/os/file/article/view/54.pdf> [Zugriff: 2.01.21].
- Malinowska, Ewa (1999): Organizacje kobiece w Polsce [Frauenorganisationen in Polen]. In: *Studia Socjologiczne* 1, S. 69–100, unter: http://www.studiasocjologiczne.pl/img_upl/studia_socjologiczne_1999_nr1_s.69_100.pdf [Zugriff: 12.12.20].
- Das Netzwerk „Landesweiter Frauenstreik“: Über uns, übersetzt von Silke Plate. In: *Polen-Analysen* Nr. 267 vom 15.12.2020, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/267/das-netzwerk-landesweiter-frauenstreik-ueber-uns/> [Zugriff: 04.01.20].
- Oświadczenie Episkopatu Polski w sprawie fundamentalnych wartości w traktacie Unii Europejskiej, Konferencja Episkopatu Polski [Erklärung des polnischen Episkopats zur Frage der Grundwerte im EU-Vertrag], www.episkopat.pl (25 X 2013), [Zugriff: 4.01.21].
- Pollack, Detlef/Rosta, Gergely (2015): Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Polen-Analysen Nr. 267 vom 15.12.2020, S. 2–6, einzusehen unter: <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/267/die-politisch-kulturelle-dimension-der-frauenproteste-in-polen/> [Zugriff: 4.01.20].

Internetquellen

- Koalicja Karat: <https://www.karat.org/pl/skop-pekini-95/> [Zugriff: 20.12.20].
- Koalicja Karat https://www.karat.org/pliki/wp-content/uploads/2016/06/The_situation_of_women_in_Poland_1995.pdf [Zugriff: 01.12.20].
- Trybunał Konstytucyjny: Wyrok w imieniu Rzeczypospolitej Polskiej (Urteil im Namen der Republik Polen). <https://trybunal.gov.pl/postepowanie-i-orzeczenia/>

- wyroki/art/11300-planowanie-rodziny-ochrona-plodu-ludzkiego-i-warunki-dopuszczalnosci-przerywania-ciazy [Zugriff: 20.12.20].
<https://pl.wikipedia.org/wiki/Manifa> (vom 08.03.2020), [Zugriff: 20.12.20].
- Krytyka Polityczna: Przewodnik lewicy. Idee, daty i fakty, pytania i odpowiedzi (Leitfaden der politischen linken, Ideen, Daten und Fakten, Fragen und Antworten). https://przewodniklewicy.krytykapolityczna.pl/status_daty.php [Zugriff: 20.08.20].
- Strajk Kobiet: Mapa wydarzeń (Landkarte der Veranstaltungen)
<http://strajkkobiet.eu/mapa-wydarzen/> [Zugriff: 20.12.20].
- Polnische Presseagentur (PAP)(2016): Projekt „Stop aborcji“ odrzucony. Kto jak głosował? Sprawdź głosy (Entwurf „Stopp Abtreibung“ abgelehnt. Wer wie stimmte ab? Prüfe die Namen nach).
<https://www.wnp.pl/parlamentarny/wydarzenia/projekt-stop-aborcji-odrzucony-kto-jak-glosowal-sprawdz-nazwiska,15346.html> [Zugriff: 20.12.20].
- tmw//now / (2018): „Ratujmy kobiety“ z głosem Kaczyńskiego, zabrakło głosów opozycji („Retten wir Frauen“ mit Kaczyńskis Stimme, Oppositionsstimmen fehlten). <https://tvn24.pl/polska/projekt-ratujmy-kobiety-odrzucony-jak-glosowal-i-poslowie-ra805346-2356823> [Zugriff: 20.12.20].
- Sitnicka, Dominika/ Klauziński, Sebastian/ Kocajko, Bartosz (2020): Lista hańby. Oto posłowie PiS i Konfederacji, którzy doprowadzili do zakazu aborcji w Polsce (Liste der Schande. Das sind die Abgeordneten von PiS und Konföderation, die für das Verbot der Abtreibung in Polen gesorgt haben). <https://oko.press/lista-hanby-oto-poslowie-pis-i-konfederacji-ktorzy-doprowadzili-do-zakazu-aborcji-w-polsce/> [Zugriff: 24.12.20].
- Serwis Rzeczypospolitej Polskiej: Równe traktowanie (Gleichstellung).
<https://www.gov.pl/web/rownetraktowanie/rowne-traktowanie2>
 [Zugriff: 02.01.21].
- Karat Coalition. Gender equality. <https://www.karat.org/> [Zugriff: 02.01.21].
- Case of Tysiąc v. Poland. Application no. 5410/05, Strassbourg (20.03.2007)
<http://www.skubi.net/tysiac-judgment.html> [Zugriff: 02.01.21].
- Parliament Europejski (2020): Rezolucja Parlamentu Europejskiego w sprawie faktycznego zakazu aborcji w Polsce z 26.11.2020) (Resolution des Europäischen Parlaments über das faktische Verbot der Abtreibung in Polen vom 26.11.2020)
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0336_PL.html [Zugriff: 03.01.21].

Ostdeutsche Fremd- und Selbstzuschreibungen

Wie modern waren die Geschlechterverhältnisse in der DDR¹?

Irene Dölling

Dass die DDR in puncto Gleichberechtigung von Mann und Frau weiterentwickelt war als die Bundesrepublik zum Ende des 20. Jahrhunderts, dass ihre Geschlechterverhältnisse moderner waren, gehört bis heute zu den wenigen in Ost und West gleichermaßen anerkannten Fakten, wenn es um die Geschichte der DDR bzw. deren Nachwirkungen geht. Dazu haben auch die (Sozial-)Wissenschaften durch empirisch gesättigte Analysen beigetragen. Allerdings ist auch eine Schwachstelle im wissenschaftlichen Diskurs nicht zu übersehen: Es fehlt bis heute eine historische und gesellschaftstheoretisch fundierte Einordnung der DDR in die großen Entwicklungslinien, die das 20. Jahrhundert gekennzeichnet haben. Die bisher im öffentlichen wie im wissenschaftlichen Diskurs hegemonialen Benennungen der DDR als ‚totaler‘ bzw. als ‚Unrechtsstaat‘, als ‚zweite Diktatur‘ usw. leisten eine solche gesellschaftstheoretische Verortung der DDR nicht ansatzweise; mit ihnen kann daher auch die Frage nicht beantwortet werden, warum es in der DDR diesen konstatierten Gleichberechtigungsvorsprung gab. Ansätze zu einer solchen Verortung, die es vor allem in den 1990er-Jahren insbesondere in der Soziologie und in der Frauen- und Geschlechterforschung, oft mit Rückgriff auf die Modernetheorie, gab, haben keine größere Wirkung entfaltet. Wenn ich im Folgenden wesentliche Punkte dieser modernetheoretisch inspirierten Ansätze rekonstruiere, möchte ich das Argument stark machen, dass die Frage nach der Modernität der DDR-Geschlechterverhältnisse, ihrer Ambivalenz und auch ihrer Wirkungen nach dem Ende der DDR ohne ihre Einordnung in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse der DDR im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht zu beantworten ist.

1 Der vorliegende Text ist die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Beitrages zur Konferenz *Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne*, die im September 2019 in Berlin stattfand (vgl. Dölling 2020). Ich danke der Leibniz-Sozietät und insbesondere den Herausgeberinnen des Konferenzbandes Dorothee Rösler und Monika Walter für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.

Die These vom ‚Modernisierungsvorsprung‘ ostdeutscher Frauen (Geißler)

In den frühen 1990er-Jahren waren die Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern ein zentrales Thema in den sozialwissenschaftlichen Debatten und Forschungsvorhaben. Dabei kam auf der Suche nach einem theoretischen Konzept und Wertungsmaßstab für den Vergleich zwischen dem untergegangenen ‚realsozialistischen‘ und dem siegreichen kapitalistischen System die lange in den Hintergrund gerückte Modernisierungstheorie wieder zu neuen Ehren. Auf ihrer Grundlage argumentierten Soziologen wie Rainer Geißler oder Stefan Hradil, dass die neuen Bundesländer vor einem „Modernisierungsdruck“ (vgl. Geißler 1992) bzw. vor der Aufgabe einer „nachholenden Modernisierung“ (vgl. Geißler 2000) stünden. Gegenüber gravierenden Modernisierungslücken habe – so insbesondere Geißler – die DDR nur in zwei Bereichen einen „Modernisierungsvorsprung“ (vgl. Geißler 1992; Hradil 1992) gegenüber der alten Bundesrepublik aufzuweisen. Dies betreffe zum einen das Bildungssystem und hier insbesondere die Berufsausbildung, wodurch die „Versorgung der Bevölkerung mit beruflichen Grundqualifikationen zielstrebig, schneller und erfolgreicher angepackt“ (Geißler 1992: 16) wurde als in der Bundesrepublik. Und dies zeige sich zum anderen und in ausgeprägterem Maße als bei der Bildung in vielen Bereichen in einem „Gleichstellungsvorsprung“ (ebd.: 15) der Frauen gegenüber ihren westdeutschen Geschlechtsgenossinnen. Dieser zeige sich aus sozialstruktureller Perspektive in einer Verringerung von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Als Indikatoren für diesen Befund wurden Daten und Fakten herangezogen, die bis heute in wissenschaftlichen Publikationen, öffentlichen Diskussionen wie privaten Gesprächen immer erneut wiederholt und mitunter als Emanzipationsvorsprung der Frauen in der DDR gepriesen werden: ihre fast vollständige Einbeziehung in die Erwerbstätigkeit und ihre damit verbundene tendenzielle ökonomische Unabhängigkeit, ihre guten beruflichen Qualifikationen, ihr Anteil an unteren und mittleren betrieblichen Leitungs- bzw. politischen Führungsfunktionen, die – seit 1972 – gegebene Möglichkeit, über Anzahl und Zeitpunkt von Geburten entscheiden zu können, die umfassenden Möglichkeiten zur Vereinbarung von Beruf und Familie per Sozial- und Familienpolitik u.a. Nach wesentlichen Kriterien, die in Modernekonzepten zu den Merkmalen moderner Gesellschaften, genauer Industriegesellschaften zählen,² waren

2 Zu den Kriterien moderner Gesellschaften, wie sie sich in ihren Anfängen zunächst in Europa seit dem 16. Jahrhundert herausgebildet haben, gehören: funktionale Differenzierung von Teilsystemen, Fortschritts- und Wachstumsdenken, Zweck-Mittel-Rationalität, argumentativ begründete Verfahren zur Aushandlung von Interessenskonflikten, Säkularisierung von Zielsetzungen und ‚Entzauberung‘ kultureller Normen, d.h. Infragestellen ihrer Gott- bzw. Naturgegebenheit, Auflösen persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse zugunsten von

DDR-Frauen tatsächlich moderner: Sie konnten sich durch Erwerbsarbeit tendenziell aus persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen lösen, sie waren normativ und rechtlich nicht mehr auf eine ‚naturegegebene‘ Rolle als Mutter und Hausfrau beschränkt und sie stellten auch praktisch-alltäglich eine ‚natürliche‘ Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in Frage. Insofern ist Geißlers Feststellung eines Modernisierungsvorsprungs ostdeutscher Frauen und eines damit verbundenen Abbaus von Geschlechterungleichheiten in der DDR³ durchaus stimmig. Zugleich weist seine Argumentation zumindest zwei Schwachstellen auf. Erstens gilt ihm unreflektiert die Einbeziehung von Frauen in die Erwerbstätigkeit als Kennzeichen von Modernität. Damit setzt er nicht nur implizit die männlich konnotierte (Vollzeit-)Erwerbsarbeit als Norm; er kann auch lediglich Ambivalenzen und Widersprüche in den Geschlechterverhältnissen bzw. genauer oder einschränkend gesagt: in den Lebensbedingungen von DDR-Frauen⁴ *beschreiben*. Denn zweitens liefert er keine theoretische Erklärung, woraus, aus welchen strukturellen und kulturell-normativen Ursachen der Modernisierungsvorsprung und die Widersprüche resultieren, die die Modernität ostdeutscher Frauen bzw. Geschlechterverhältnisse kennzeichnen. Nun mag man Geißler zugutehalten, dass er aus dem „Blickwinkel der Sozialstrukturanalyse“ (Geißler 2000: 37) argumentiert. Will man allerdings die DDR mit ihren Geschlechterverhältnissen als ein *historisches Phänomen* im soziologischen Sinne *verstehen*, dann reicht es nicht aus, lediglich auf Besonderheiten in der Entwicklung im Osten Deutschlands seit 1945

individueller Freiheit und Wahlmöglichkeiten u.a. Wenn in Modernisierungskonzepten moderne Verhältnisse, Institutionen, Verhaltensweisen etc. sogenannten traditionellen gegenübergestellt werden, ist in der Regel nicht der Vergleich mit sogenannten vormodernen, z.B. feudalen, Gesellschaften gemeint, sondern es geht – vorzugsweise aus der Perspektive entwickelter Industriegesellschaften – um Verhältnisse, Normen, alltägliche Lebensformen etc., die im Zuge der Entwicklung moderner Gesellschaften selbst ‚modernisiert‘ wurden und dementsprechend in ihrer bisherigen Form als veraltet gelten. So gilt etwa heute das Ernährer-Hausfrau-Modell, das historisch mit der Entstehung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften entstand und lange Zeit hegemonial war, als unmodern, überholt (vgl. Dölling 1994).

- 3 „In einem wichtigen Bereich war die DDR deutlich moderner: Die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern war weiter verringert worden – im Bildungssystem, in der Arbeitswelt, in der Politik und auch in der Familie, dort allerdings am allerwenigsten.“ (Geißler 2000: 43).
- 4 Es ist eine auch im wissenschaftlichen Diskurs bis heute verbreitete Auffassung, dass es bei der ‚Geschlechterfrage‘ um die Verbesserung der Lebensbedingungen und sozialen Chancen von Frauen geht – trotz vorliegender umfangreicher Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung, dass die aktuellen Geschlechterverhältnisse mit Strukturen und Machtverhältnissen moderner Gesellschaften zusammenhängen. Der ‚Verkennungseffekt‘ dieser Annahme zeigt sich dann darin, dass die ‚Lösung‘ des Problems in einigen frauenfördernden Maßnahmen und einem Appell an die Männer und an Führungskräfte, ihr Verhalten zu verändern, gesehen wird.

zu verweisen bzw. diese als „entbehrungsreichen sozialistischen Umweg in die moderne Gesellschaft zurück“⁵ (ebd.: 59) zu interpretieren.

Weitaus mehr Anregungen bieten modernisierungstheoretische Konzepte wie die von Zygmunt Bauman (1992) und vor allem Peter Wagner (1995), die Sozialismus und Kapitalismus als zwei Varianten der (industriegesellschaftlichen) Moderne zu interpretieren suchen.⁶ Ihre Kernaussagen, ergänzt bzw. modifiziert durch Erkenntnisse der Geschlechterforschung (vgl. Dölling 2003), sind meines Erachtens ein anregender Versuch, der Antwort auf die Frage nach der Modernität der DDR-Geschlechterverhältnisse aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive näher zu kommen.

Die ‚realsozialistische‘ DDR und ihre Geschlechterverhältnisse als eine Variante der industriegesellschaftlichen Moderne

Grundsätzlich sieht Peter Wagner moderne Gesellschaften, wie sie sich vor allem seit dem 18. Jahrhundert insbesondere in Europa (und den USA) entwickelt haben, durch den Grundkonflikt gekennzeichnet, einerseits grenzenlos zu sein (weil auf universalen Menschenrechten gegründet) und andererseits diese „sozial gefährliche Offenheit“ (Wagner 1995: 71) in der praktisch-politischen Realisierung eindämmen, begrenzen zu müssen.⁷ Er benennt verschiedene Phasen der Moderne, die sich durch die Art und Weise unterscheiden, wie, mit welchen intellektuellen Mitteln (d.h. den Klassifikationen, den Denkmustern und Wertvorstellungen) und mit welchen Institutionalisierungen (z.B. Nationalstaat, Rechtsprechung) geregelt wird, welche sozialen Gruppen jeweils und bezogen worauf ein- oder ausgeschlossen werden. Das Geschlechterverhältnis und seine historisch-konkreten Ausgestaltungen sind *eine* Form dieser In- bzw. Exklusion.

- 5 Ganz abgesehen davon, dass Geißlers Argumentation widersprüchlich ist, wenn er einerseits die DDR als moderne Gesellschaft versteht (sonst könnte sie keinen Modernisierungsvorsprung produziert haben) und er andererseits wie im obigen Zitat unterstellt, dass die neuen Bundesländer erst über einen Umweg in die Moderne zurückfinden mussten.
- 6 Ich konzentriere mich im Folgenden auf die Arbeit von Peter Wagner, da Zygmunt Bauman m.E. analytisch nicht so genau ist wie Wagners Versuch einer historisch-soziologischen Rekonstruktion der Moderne.
- 7 Im 19. Jahrhundert, in der *liberalen Phase* der Moderne, gehörten zu den Ausschlüssen bzw. Eindämmungen nach innen z.B. der Ausschluss der ‚arbeitenden Klassen‘ von Staatsbürgerrechten, der Frauen von Berufsarbeit oder Wahlrecht. In der Phase der *organisierten* Moderne waren die Ausschließung von Juden im Nationalsozialismus und ganzer sozialer Gruppen aus dem ‚Sozialismusprojekt‘ in der Sowjetunion der 1930er-Jahre bis zur physischen Vernichtung Extremfälle der Exklusion nach innen.

Als *organisierte Moderne* bezeichnet Wagner die gut ein Jahrhundert umfassende Phase, die durch die Bildung von Nationalstaaten, allgemeines Wahlrecht und Staatsbürgerstatus,⁸ die Entwicklung des Wohlfahrts- bzw. Sozialstaates, vor allem aber durch die Bildung „kollektiver Arrangements“ (ebd.: 112) gekennzeichnet ist. Er unterscheidet dabei die kapitalistische und die sozialistische Variante der *organisierten Moderne*. Generell sind beide Varianten durch die (im Vergleich zur vorangegangenen liberalen Phase) Begrenzung individueller Freiheit und Autonomie zugunsten von Gleichheit bzw. kollektiven Arrangements bestimmt. Intendiert ist mit dieser Begrenzung der individuellen Freiheit die im 19. Jahrhundert entstandene soziale Frage (und auch die sogenannte Frauenfrage), die Widersprüche zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘ zu lösen, die auch in Form von Geschlechtsklassifikationen, von Geschlechterhierarchien und -ungleichheiten existieren. Institutionell ist die *organisierte Moderne* durch Prozesse der Kollektivierung und Homogenisierung gekennzeichnet: Der Staat ‚kollektiviert‘, indem er den Mitgliedern der Gesellschaft nach Alter, Beruf, Familienstand, Geschlecht oder gesundheitlicher Situation Orte in wohldefinierten Kollektiven zuweist. Im dreigliedrigen Korporatismus von Arbeiter – Unternehmen – Staat und ihren jeweiligen Organisationen werden die Interessen von großen Kollektiven verhandelt, Taylorismus, standardisierte Produktion und Massenkonsum befördern eine Homogenisierung von Biografien und Verhaltensweisen usw.

Sozialismus versteht Wagner als eine Variante der *organisierten Moderne*, die sich von der kapitalistischen Variante „im Ausmaß“ (ebd.: 161) der Unterordnung der individuellen Autonomie unter kollektive Arrangements unterscheidet. Die Organisation der Moderne wurde im Sozialismus viel „radikaler“ (ebd.: 206) als im kapitalistischen Westen vorgenommen, die „Parallelität von Überwachung und Fürsorge“ war wesentlich offensichtlicher als in den westlichen Wohlfahrtsstaaten (vgl. Wagner: 160).⁹

Hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses weisen die beiden Varianten der *organisierten Moderne* Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. *Gemeinsam* ist beiden Varianten, dass das Geschlechterverhältnis gekennzeichnet ist durch die strukturelle Trennung der *Produktion von Lebensmitteln*, also der Wirtschaft, von der *Produktion des Lebens selbst* (vgl. Marx), also der *Bevölkerungsweise* (vgl. Beer 1990). In letzterer sind die generative Reproduktion,

8 In der Phase der *organisierten Moderne* wurde einerseits das Staatsbürger*innenrecht verallgemeinert, zugleich aber auch neue Ausschlüsse produziert. Hannah Arendt hat auf die große Gruppe von Staatenlosen hingewiesen, die infolge der geographischen und politischen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg als Flüchtlinge und Vertriebene oftmals dauerhaft von Rechten, „die in der Staatsbürgerschaft garantiert waren“ (Arendt 1986: 560) ausgeschlossen wurden.

9 Sozialismus kann im „Vergleich zu den westlichen Gesellschaften als die *organisiertere* Moderne“ angesehen werden und „gerade nicht als das gleichzeitige Andere der Moderne“ (Wagner 1995: 161).

die individuelle Reproduktion verausgabter Arbeitskraft und generell die Hervorbringung gesellschaftlicher Individuen sowie die ‚Versorgungsökonomie‘ (Beer) in ‚privater‘ Hauswirtschaft und Kleinfamilie institutionell miteinander verknüpft und geregelt. Gemeinsam ist beiden Varianten eine Hierarchie zwischen Arbeitsmarkt und bezahlter Erwerbstätigkeit einerseits und ‚privat‘ zu erbringenden, unbezahlten Tätigkeiten in Hauswirtschaft und Kleinfamilie andererseits sowie eine damit verknüpfte Klassifizierung dieser Bereiche als ‚männlich‘ (als Ort vor allem von Männern als Ernährern der Familie, deren Lebenszusammenhänge normativ den Vorstellungen vom ‚Normalarbeitsverhältnis‘ bzw. der ‚Normalbiografie‘ zugrunde liegen) bzw. als ‚weiblich‘ (als Ort in erster Linie von Frauen, die auch dann, wenn sie erwerbstätig werden, normativ wie auch weitgehend praktisch die Verantwortung für den Bereich der generativen und individuellen Reproduktion behalten¹⁰).

Unterschieden sind die beiden Varianten der *organisierten Moderne* hinsichtlich der konkreten Institutionalisierungen dieses Geschlechterverhältnisses. Für die sozialistische Variante kann man verallgemeinernd sagen, dass sie durch ein Abflachen von ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Geschlechterhierarchien gekennzeichnet war.¹¹ Dafür gibt es mehrere Gründe:

Erstens. Eine Ursache dafür liegt in der gesellschaftlichen Leitidee, die auf soziale Gleichheit und Gerechtigkeit ausgerichtet ist und als Gegenbild zur ungleichen Verteilung und privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums fungiert. Dies führte zur tendenziellen Unterordnung der Wirtschaft unter die dieser Leitidee verpflichteten politischen Ziele und damit zu einer gewissen Verschiebung im Verhältnis von Produktion und Reproduktion. Politisch intendiert, hatten Existenzsicherung und Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung, wenngleich auf niedrigem, durch Mangel gekennzeichnetem Niveau, Vorrang. Umfangreiche sozialpolitische Maßnahmen, hohe Subventionierungen von Nahrungsmitteln, Mieten, gesundheitlicher Betreuung u.a. waren für

- 10 In der Frauen- und Geschlechterforschung ist diese strukturelle Trennung als wesentliches Merkmal für die Geschlechterverhältnisse in modernen Gesellschaften mit ihren Folgen für geschlechtsgebundene Arbeitsteilungen, Abwertung alles ‚weiblich‘ Konnotierten im Vergleich zum ‚männlich‘ Bezeichneten, kulturelle Dominanz alles ‚männlich‘ Klassifizierten usw. betont worden. Qualitativ andere Geschlechterverhältnisse, tendenziell gleiche Bedingungen und Chancen aller Gesellschaftsmitglieder, unabhängig von Geschlecht, sind daher auch nicht durch eine ‚gleichmäßige‘ Verteilung z.B. von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen zu erreichen, wenngleich jede politisch erreichte Verschiebung in den Machtbalancen und realen Bedingungen zugunsten von Frauen natürlich eine Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten und individuellen Freiheiten mit sich bringt.
- 11 Allerdings hängt von der konkreten Gestalt des sozialen Raumes der jeweiligen ‚realsozialistischen‘ Länder, von ihren jeweiligen historisch-kulturellen Besonderheiten u.a. Faktoren ab, welche tatsächliche Gestalt diese Unterschiede annahmen. Meine Ausführungen beziehen sich auf die DDR und ihren spezifischen sozialen Raum und können nicht ohne weiteres auf andere osteuropäische Länder bezogen werden.

alle, unabhängig von sozialer Position, Leistung, Alter und eben auch Geschlecht zugänglich.¹² Es gab keinen Arbeitsmarkt und daher auch im entscheidenden Feld sozialer Positionierung so gut wie keine Konkurrenz (u.a. zwischen den Geschlechtern) (vgl. Beer/Chalupsky 1993). Für soziale Aufstiegschancen spielte weniger das Geschlecht, als primär das politische Kapital (z.B. die Parteizugehörigkeit) eine Rolle.

Zweitens. Wolfgang Engler hat die ‚realsozialistische‘ DDR als eine Gesellschaft charakterisiert, in der man „sein Leben legitimerweise nur durch Arbeit begründen konnte“ (Engler 2002: 155). Sie war überdies eine – wie er in Anlehnung an Elias definiert – „arbeiterliche Gesellschaft“ in dem Sinne, dass die Arbeiterschaft zwar keine politische Macht hatte, aber „sozial und kulturell dominierte und die anderen Teilgruppen mehr oder weniger ‚verarbeiterlichten‘“ (Engler 1999: 200). Die Idee von der Teilhabe an der Gesellschaft über die produktive Arbeit (in der Verfassung als Recht auf und Pflicht zur Arbeit festgeschrieben) implizierte, dass Männer wie Frauen gleichermaßen primär durch Erwerbs- bzw. Berufsarbeit in die Gesellschaft integriert wurden. Als Folge erodierten nicht nur die männliche ‚Ernährerrolle‘ und die weibliche ‚Hausfrauenrolle‘, es bildete sich auch eine Familienform heraus, die auf dem Beitrag beider Partner zur ökonomischen Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit beruhte (Doppel-Versorger-Modell) und Machtbalancen zugunsten der Frauen verschob, indem diese tendenziell ökonomisch unabhängig wurden. Alltagspraktisch verringerte sich die Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit für soziale Positionierung und auch, wenn auch weniger, in der familiären Arbeitsteilung.

Drittens. Mit dem ‚arbeiterlichen‘ Charakter der ‚realsozialistischen‘ DDR-Gesellschaft war ein Abbau von sozialen Differenzierungen, von Unterschieden qua Klasse, Milieu und Lebensstilen verbunden. Die „allumfassende Nivellierung sämtlicher Lebensformen“ (Engler 1999: 175) hatte auch zur Folge, dass die Geschlechterdifferenz als Hierarchisierungsmodus normativ wie alltagspraktisch in ihrer Bedeutung abgeschwächt wurde.

Dieses Abflachen von Geschlechterhierarchien und -ungleichheiten impliziert allerdings keineswegs, dass die Geschlechterverhältnisse der DDR frei waren von gravierenden Widersprüchen und Ambivalenzen. Dazu gehören etwa: Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen durch ihre ungebrochene Verantwortung für die Versorgungsökonomie im häuslich-privaten Bereich,¹³

12 Dieser Vorrang der Existenzsicherung führte in der DDR bekanntlich dazu, dass die umfassenden sozialpolitischen Maßnahmen und Subventionierungen die ökonomischen Potenzen weit überschritten und die Niederlage beschleunigt haben. Für Zygmunt Bauman macht das (uneingelöste und uneinlösbare) Versprechen einer sozial gleichen Gesellschaft zugleich Glanz und Elend des Sozialismus aus (vgl. Bauman 1992: 321).

13 Regina Becker-Schmidt nennt dies die „doppelte Vergesellschaftung“, die in modernen Gesellschaften eben nur für Frauen konstituierend für ihre Lebensführung ist. Sie betont, dass es dabei nicht ‚nur‘ um die zeitliche Belastung, Stress und wenig Raum für die eigene Ent-

eine stark ausgeprägte Teilung in sogenannte Frauen- und Männerberufe mit entsprechenden Statushierarchien und Einkommensunterschieden, eine Geschlechterpolitik, die bezeichnenderweise Frauenpolitik genannt wurde, weil sie sich fast ausschließlich an Frauen wandte und damit Geschlechterstereotype reproduzierte, eine soziale Geringschätzung reproduktiv-häuslicher Tätigkeiten im Vergleich zur Erwerbsarbeit. Die Geschlechtsklassifikationen, wonach alles ‚weiblich‘ Konnotierte als zweitrangig, minderwertig in Relation zum ‚männlich‘ Bezeichneten, als ausbeutbar, als der ‚Natur‘ näher als der ‚Kultur‘ usw. klassifiziert ist, blieben als ‚sozialer Sinn‘ (i.S. Bourdieus) im Alltagshandeln virulent und reproduzierten und verstärkten nicht nur die Spannung zwischen Lebensrealität und propagierter Gleichberechtigung. Sie waren integraler Bestandteil der kulturellen ‚Kosmologie‘ der Industriegesellschaft mit ihrem Fortschrittsglauben, quantitativem Wachstum auf Kosten der Natur und Ausbeutung ihrer Ressourcen. Die DDR-Gesellschaft ‚realsozialistischer‘ Prägung hat für die Konflikte und Widersprüche der industriegesellschaftlichen Moderne letztlich keine Lösungen finden können und ist gescheitert, zugleich aber hat sie mit ihren variantenspezifischen Geschlechterverhältnissen kulturelle Normen, praktizierte Geschlechterarrangements und habituelle Ressourcen hervorgebracht, die sich – wie insbesondere aus größerem zeitlichen Abstand deutlich wird – als anschlussfähig und passend erwiesen haben für Entwicklungen, die sich in den vergangenen drei Jahrzehnten auf dem Arbeitsmarkt und beim Umbau des Sozialstaates in der kapitalistischen Moderne vollzogen haben.

Nachwirkungen ‚realsozialistischer‘ Geschlechterverhältnisse in der post- industriegesellschaftlichen, kapitalistischen Variante der Moderne

Rainer Geißler bescheinigte vor dreißig Jahren der untergegangenen DDR nicht nur einen Modernisierungs- bzw. Gleichstellungsvorsprung, sondern der Bundesrepublik und ihrer Sozialstruktur auch einen diesbezüglichen „Modernisierungsbedarf“ (Geißler 1992: 28). Seit den 1970er-Jahren hatten sich Entwicklungen in Wirtschaft und Sozialstaat angebahnt, die ein ‚Veralten‘ der

wicklung der betroffenen Frauen geht, sondern von ihnen alltäglich-praktisch die Zerreißprobe zwischen zwei Bereichen mit inhaltlich diametralen Anforderungen zwischen zeiteffektivem, leistungsorientiertem, rationalem Handeln in der Erwerbsarbeit einerseits, empathischem, auf die Bedürfnisse anderer und ihrer angemessenen Befriedigung in der ‚privaten Sphäre‘ andererseits zu bewältigen ist (vgl. Becker-Schmidt 1987).

industriegesellschaftlichen Moderne und eine neue Phase der Moderne anzeigten, die sich durch neoliberale Vorzeichen auszeichnet. In diesem Kontext erwiesen sich auch die bundesrepublikanischen institutionalisierten Geschlechterverhältnisse mit ihren geschlechtlichen Arbeitsteilungen zwischen männlichem, vollzeiterwerbstätigem Ernährer und (bestenfalls zeitweise bzw. teilzeitarbeitender) Hausfrau und ihren homologen kulturellen Geschlechtsklassifikationen strikter Zweigeschlechtlichkeit zunehmend als dysfunktional. Im Unterschied dazu bargen die ‚realsozialistischen‘ Geschlechterverhältnisse Potenziale für eine Neujustierung der institutionellen Beziehungen zwischen den Geschlechtern, die den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungen besser entsprachen und ihre Durchsetzung beförderten.¹⁴

Erstens. In der postindustriegesellschaftlichen Moderne bekommt (Erwerbs-)Arbeit als Integrations- und Vergesellschaftungsmodus eine umfassendere Bedeutung als in der bisherigen Geschichte der Moderne, die generell durch eine Neubewertung von Arbeit gekennzeichnet ist.¹⁵ Für den neoliberalen Kapitalismus ist charakteristisch, dass zunehmend alle Lebensbereiche dem Verwertungsprozess unterworfen werden und der Zugriff auf den ganzen Menschen, also nicht allein auf bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeitskraft, erfolgt.¹⁶ Die in der ‚arbeiterlichen‘ DDR-Gesellschaft dominierende, für beide Geschlechter geltende, zudem ideologisch stark überhöhte Bedeutung von Arbeit für soziale Integration, die sich nicht zuletzt habituell als zentraler Wert für individuelles Selbstverständnis verstetigte, erwies sich unter diesen Bedingungen als weitaus geeigneter als traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilungen und damit verbundene Geschlechterrollen.

Zweitens. Auf einer konkreteren, alltagspraktisch wirksamen Ebene zeigen sich diese Entwicklungen ökonomisch in einer Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsabläufen sowie der Herausbildung eines neuen Arbeitskrafttypus, der sich nicht nur als ganze Person mit all ihren Kompetenzen einbringt, sondern sich auch durch organisatorisches Zeitmanagement, durch individuelle Verantwortung für den Erhalt körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit und für die Unterordnung familiärer Belange und reproduktiver Bedürfnisse unter die beruflichen Anforderungen auszeichnet. Zugleich werden bislang ‚selbstverständliche‘ Grenzen aufgeweicht – zwischen Arbeitsort und privatem Lebensort, zwischen Arbeits- und Freizeit, zwischen Selbstsorge

14 Auch in dieser Hinsicht kann man mit Recht davon sprechen, dass in den 1990er-Jahren die ‚neuen Länder‘ das Versuchslabor für den notwendigen Umbau der ‚alten‘ Bundesrepublik waren.

15 Arbeit stieg von einer „unsichersten, ja unwürdigsten und elendsten Lebensstellungen“ auf zu einer „Beschäftigung und einem Status“ und zur „Basismatrix der modernen ‚Lohnarbeitsgesellschaft‘“ (Castel 2000: 11).

16 So konstatiert Volker Caysa für den ‚neuen‘ Kapitalismus: „Das menschliche Leben wird zunehmend einer totalen Ökonomisierung unterworfen, indem alle Lebensprozesse dem Paradigma der Produktivität unterworfen werden“ (Caysa 2018: 62).

und Reproduktion der Arbeitskraft.¹⁷ In diesem Kontext erweisen sich bisherige, fordistisch geprägte vergeschlechtlichende Klassifikationen von Tätigkeiten und Zuordnungen zum einen oder anderen Geschlecht als nicht mehr stimmig. Die Erfahrungen aus der ‚arbeiterlichen Gesellschaft‘, dass beide Geschlechter in der Erwerbssphäre ‚ihren Mann stehen‘ und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, flankiert von sozialstaatlichen Maßnahmen, individuell und partnerschaftlich bewältigt werden können, erweisen sich als passender als strikte Trennungen qua Geschlecht.

Drittens. Flankiert werden diese Entwicklungen durch einen Umbau des Sozialstaates und eine damit verbundene, rechtlich fixierte Neukonstruktion des/der leistungsberechtigten Staatsbürger*in (vgl. Ludwig 2008). Unter dem Motto der individuellen Freiheit und Eigenverantwortung für Vorsorge und Risikoabsicherung und auf den ersten Blick ‚geschlechtsneutral‘ soll, so das neue Leitbild, jede und jeder für sich selbst sorgen. Das Doppel-Versorger-Modell, wonach der Lebensstandard der Familie durch Erwerbsarbeit beider Erwachsenen abgesichert wird und das in der ‚arbeiterlichen‘ DDR längst selbstverständlich praktiziert wurde, gilt heute in der Europäischen Union als Norm und setzt sich auch in den alten Bundesländern durch.

Viertens. Je mehr durch diese neoliberalen Entwicklungen und Umstrukturierungen traditionelle Vergeschlechtlichungen von Fähigkeiten, Tätigkeiten und Verortungen im sozialen Raum obsolet werden, desto stärker tritt individuelle Leistungsfähigkeit und -bereitschaft ‚unabhängig‘ von Geschlecht als Maßstab für Anerkennung und Aufstiegschancen in den Vordergrund sozialer Wertung und Statuszuweisung. Das Abflachen von Geschlechterhierarchien, der relative Bedeutungsverlust von Geschlecht als sozialem *Platzanweiser*, die für die Geschlechterverhältnisse in der DDR charakteristisch waren, auch die bis heute, zumindest in der älteren und mittleren Generation, weit verbreitete Meinung, dass allein Leistung entscheide und Geschlecht keine große Rolle spiele, erweisen sich als durchaus passend für diese Verschiebungen in der sozialen Werteskala.

So lässt sich festhalten: Die Modernität der Geschlechterverhältnisse, die für die sozialistische Variante der *organisierten Moderne* kennzeichnend war, hat nicht nur zu einem Abflachen von Geschlechterhierarchien und einem Abbau von Geschlechterungleichheiten und einer damit verbundenen Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten vor allem für Frauen geführt. Sie hat sich auch als günstig für eine kapitalistische Landnahme, also für ihre Nutzung im Verwertungsprozess der postindustriellen Moderne erwiesen.¹⁸ Das war vor

17 Kennzeichnend für den ‚neuen‘ Kapitalismus ist, dass diese individuelle Verantwortung nicht als direkter Zwang oder Gewalt durchgesetzt wird, sondern unter dem Motto von Selbstentfaltung und Spaß, z.B. als Lifestyle, Schönheit durch körperliche Fitness und gesunde Ernährung u.a. wirkmächtig ist.

18 Klaus Dörre (Dörre 2009) sieht ein Merkmal im aktuellen Finanzmarktkapitalismus, dass „marktbegrenzende Institutionen zum Objekt einer neuen Landnahme“ (ebd.: 22) gemacht,

allem deshalb möglich, weil auch in der sozialistischen Variante das Arbeitsparadigma, das in seinen vielgestaltigen Ausformungen und kulturellen sowie institutionellen Formierungen sichert, dass die Menschen im Gegebenen festgehalten werden und ihre Subalternität akzeptieren (vgl. Dölling 2016), unangetastet blieb. Gut möglich, dass in der postindustriegesellschaftlichen Moderne Geschlecht als sozialer Platzanweiser an Bedeutung verliert, d.h. zwar keineswegs verschwindet, aber gegenüber anderen Klassifikationen und Regularien, die Ungleichheit und Diskriminierung rechtfertigen und erzeugen, in den Hintergrund tritt.¹⁹ Dies zeigt sich u.a. in der aktuellen Me-Too-Debatte: Die Diskriminierung qua Geschlecht wird personalisiert, d.h. primär auf der Ebene individueller Verfehlungen und entsprechender Verurteilungen thematisiert und praktisch abgehandelt. Strukturelle Ursachen treten so in den Hintergrund bzw. werden unsichtbar und auf der praktisch-politischen Ebene unverhandelbar.

Das *nachwirkende* Potenzial ‚realsozialistischer‘ Geschlechterverhältnisse hätte sich dann tendenziell erschöpft. In jedem Fall hat sich gezeigt, dass ihre Modernität nicht mit der Emanzipation (beider Geschlechter) zu verwechseln ist.

Ausblick: eine notwendige praxeologische Perspektive

Mit der Modernetheorie lassen sich wesentliche Strukturen und Zusammenhänge herausarbeiten, die die DDR-Gesellschaft kennzeichnen und aus denen sich die Modernität ihrer Geschlechterverhältnisse erklären lässt. Darin besteht die Leistungsfähigkeit dieses Konzepts, darin liegen aber auch seine Grenzen. Mit dem Aufdecken von Strukturen und ihren Institutionalisierungen können

„nichtkapitalistische Terrains“ (ebd.: 36) dem Verwertungsprozess unterworfen werden. Diese Landnahme schließt z.B. ein, dass der Körper mit seinen Organen zur Ware wird oder auch, dass bislang ‚privat‘ geleistete Reproduktionstätigkeiten z.T. in Erwerbsarbeit umgewandelt, kapitalisiert werden. Nancy Fraser hat die Vereinnahmung von Zielen, Denkmustern und Wissensformen der Frauenbewegung bzw. des Feminismus z.B. in staatlicher Gleichstellungs- bzw. Anerkennungspolitik analysiert (Fraser 2009) und als Merkmal eines „progressiven Neoliberalismus“ bezeichnet. Sie schreibt: „Damit das neoliberale Projekt triumphieren konnte, musste es neu verpackt werden, einen breiteren Anreiz erhalten und mit anderen, nicht ökonomischen Emanzipationsbestrebungen verknüpft werden. Nur wenn sie als *progressiv* herausgeputzt war, konnte eine zutiefst *regressive* Ökonomie zum dynamischen Zentrum eines neuen hegemonialen Blocks werden.“ (Fraser 2020: 276).

19 Fraser weist darauf hin, dass „jede gegebene Rassen- oder Geschlechterordnung sich zumindest für bestimmte Sektoren des Kapitals (Herv. I.D.) als feindlich erweisen könnte, insbesondere in Krisenzeiten, wenn erprobte Akkumulationsstrategien erschöpft zu sein scheinen [...]. Aber das ist weit entfernt von der allgemeinen kategorischen Behauptung, dass der Kapitalismus im Prinzip auf Geschlechter- oder Rassenhierarchie *schlechthin* verzichten könnte“ (Fraser 2020: 156).

zwar auf einer abstrakt-allgemeinen Ebene jeweilige historische Bedingungen und Verhältnisse benannt werden, unter denen Menschen praktisch ihr Leben führen, aber damit können (noch) keine Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie (sozial positionierte) Akteur*innen sich mit diesen Voraussetzungen auseinandersetzen, sich zu ihnen, praktisch, habituell-körperlich verhalten, wie sie in ihrem Alltag mit (widersprüchlichen) Anforderungen und Zumutungen umgehen, sich dabei Gegebenem unterordnen, bislang selbstverständliche Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der sozialen Welt infrage stellen oder auch, wie sie durch Verschiebungen in ihrem kulturellen Kosmos (etwa in den Geschlechtsklassifikationen), in *hybriden* Formen, ihre praktischen Stellungen zur Welt verändern und dadurch auch soziale Veränderungen ermöglichen (können). Die DDR als *Gesellschaft* ist Geschichte und damit wesentlich Gegenstand historischer Forschung. Aus heutiger Sicht, mehr als drei Jahrzehnte nach ihrem Verschwinden, geht es vor allem darum, was die DDR für die *handelnden Akteur*innen* war, was sie für ihre praktischen Erfahrungen und ihre Sicht auf die Welt sowie ihre Stellung in ihr bedeutete, also darum, was sie als biografische Ressource in das vereinigte Deutschland mitbrachten. Dies zu erkunden, erfordert einen theoretischen Perspektivwechsel hin zu einer Praxeologie (vgl. Dölling/Völker 2007). Erst dieser ermöglicht begründete Antworten auf die Frage zu finden, was die Ostdeutschen einbrachten an subjektivem Vermögen, an habituellen Handlungsstrategien, die sie zu DDR-Zeiten auch unter dem Einfluss moderner Geschlechterverhältnisse entwickelt hatten und welche Effekte sie hatten (und haben) im Kontext neuer gesellschaftlicher, komplexer Zusammenhänge.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München: Piper Verlag.
- Bauman, Zygmunt (1992): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg: Junius Verlag.
- Becker-Schmidt, Regina (1987): Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung. In: Unterkirchner, Lilo/Wagner, Ina (Hrsg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag 1985. Wien: Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes, S. 10-25.
- Beer, Ursula (1990): Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Beer, Ursula/Chalupsky, Jutta (1993): Vom Realsozialismus zum Privatkapitalismus. Formierungstendenzen im Geschlechterverhältnis. In: Aulenbacher, Brigitte/Goldmann, Monika (Hrsg.): Transformationen im Geschlechterverhältnis. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 184-230.

- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: Universitätsverlag.
- Caysa, Volker (2018): Rosa Luxemburg – die Philosophin. 2., erw. Auflage. Leipzig: Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen e.V., S. 9-85.
- Dölling, Irene (2020): Wie modern waren die Geschlechterverhältnisse in der DDR? In: Röseberg, Dorothee/Walter, Monika (Hrsg.): Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 63. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, S. 153-164.
- Dölling, Irene (2016): Reflexion des Arbeitsparadigmas aus praxeologischer Perspektive. In: Brie, Michael/Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hrsg.): Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs. Berlin: LIT Verlag, S. 259-276.
- Dölling, Irene (2003): Zwei Wege gesellschaftlicher Modernisierung. Geschlechtervertrag und Geschlechterarrangements in Ostdeutschland in gesellschafts-/modernisierungstheoretischer Perspektive. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 73-100.
- Dölling, Irene (1994): Zum Verhältnis von modernen und traditionellen Aspekten im Lebenszusammenhang von Frauen. In: Berliner Debatte Initial, 8, 4, S. 29-36.
- Dölling, Irene/Völker, Susanne (2007): Komplexe Zusammenhänge und die Praxis von Akteur/inn/en in den Blick nehmen! Anmerkungen zum Bericht *Zur Lage in Ostdeutschland*. In: Berliner Debatte Initial, 18, 4/5, S. 105-120.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 21-86.
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau Verlag.
- Engler, Wolfgang (1999): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin: Aufbau Verlag.
- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 54, 8, S. 43-57.
- Geißler, Rainer (2000): Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen. Eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive. In: Noll, Heinz-Herbert/Habich, Roland (Hrsg.): Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 37-60.
- Geißler, Rainer (1992): Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 43, 29-30, S. 15-28.
- Hradil, Stefan (1992): Die ‚objektive‘ und die ‚subjektive‘ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 43, 29-30, S. 3-14.
- Ludwig, Gundula (2008): Regieren und Geschlecht. Feministische Überlegungen zur neoliberalen Transformation des Staates im Anschluss an Foucaults Gouvernementalitätsstudien. In: Bidwell-Steiner, Marlen/Wagner, Ursula (Hrsg.): Freiheit und Geschlecht. Offene Beziehungen, prekäre Verhältnisse. Innsbruck: Studien-Verlag, S. 33-48.
- Wagner, Peter (1995): Soziologie und Moderne. Freiheit und Disziplin. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

‚Ost-Frau‘ – Mythen und Fakten. Geschlechterverhältnisse in der Transformation

Hildegard Maria Nickel

Erzählungen, Zuschreibungen, Mythen

Wer ist gemeint, wenn 30 Jahre nach dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland von der ‚Ost-Frau‘¹ die Rede ist? Welche Rolle spielen Erfahrungen mit der DDR, Erzählungen über dieses verschwundene Land und Lebensverhältnisse in der Transformation der Bundesrepublik für die gegenwärtige Konstruktion der ‚Ost-Frau‘? Und was können Daten und Fakten über Unterschiede und Annäherung von ‚Ost- und West-Frauen‘ oder über den Wandel der Geschlechterverhältnisse in Deutschland sagen?

Nicht, dass diese Fragen hier schlussendlich beantwortet werden könnten, aber die Vielzahl von oft klischeehaften Statements, Filmen, Debatten und Publikationen anlässlich der jüngsten Jubiläumsfeiern zum 30. Jahrestag des Mauerfalls und der Deutschen Einheit veranlassen, über sie neu nachzudenken. Der vorliegende Beitrag plädiert für einen differenzierten und kritischen Blick auf die mit der verallgemeinernden Kategorie ‚Ost-Frau(en)‘ verbundene Herstellung von identitätsstiftenden Gemeinschaftsvorstellungen und Zuschreibungen.

Die Konstruktion einer kollektiven Identität ist immer auch Abgrenzung, Alterität und Konstruktion einer/eines Anderen. Es gibt nicht ‚die Ost-Frau‘, aber es gibt eine ostdeutsche Gesellschaft, die anders strukturiert und ausdifferenziert war und ist als die westdeutsche. Sie hat andere kulturelle Codes und sie ist durch andere biografische Erfahrungen geprägt (vgl. auch Ganzenmüller 2020). Die oft unterstellte Kohärenz der Welterfahrung von ‚Ost-Frauen‘ ist genauso zu kritisieren wie die damit zumeist einhergehende Herauslösung von

1 Im Folgenden geht es um „Frauen“ und „Männer“. Die Begriffe werden als soziologische Kategorien benutzt. Es geht um die Benennung von geschlechertypischen sozialen Zuschreibungen im Rahmen einer gesellschaftlich konstruierten Geschlechterpolitik. Sowohl die Sozialgesetzgebungen in der DDR und BRD wie auch die im Beitrag verwendeten Statistiken basieren auf dieser sozialen Genderkonstruktion. Der Verfasserin ist bewusst, dass es jenseits dieser binären Konstruktion vielfältige Geschlechteridentitäten gab und gibt.

biografisch verorteten Erfahrungen auf eine überzeitliche Ebene. Beide Perspektiven gehen an einer reflektierten und differenzierten Geschichtsaneignung vorbei und bringen wenig, um stereotypen Zuschreibungen begegnen zu können.

Zu Recht wird in jüngster Zeit ein problematisches Auseinanderfallen von Narrativen zum Vereinigungsprozess festgestellt: Auf der einen Seite gibt es die „politikgeschichtlichen Meistererzählungen“ (Brückweh 2020: 04) als sinnstiftende offizielle Geschichten über die Wiedervereinigung und die Deutsche Einheit, auf der anderen Seite finden sich die „identitätsstiftenden ostdeutschen Gegenerzählungen“ (ebd.). Wird in der ersten Narration ein vornehmlich positiv gewerteter, gelungener Übergang von einer Diktatur zur Demokratie und von der Plan- zur Marktwirtschaft erzählt, so gehe es in der zweiten vor allem um den „Groll von vermeintlichen oder tatsächlichen Verlierern“ der deutschen Einheit (ebd.). Das Auseinanderfallen dieser Erzählungen wird vor allem forschungsmethodisch begründet: Erfahrungsbasierte und institutionentheoretische Analysen würden bisher zu wenig verknüpft (Brückweh 2020: 06). Beide Erzählebenen sind darüber hinaus aber auch nicht frei von Selbst- und Fremdzuschreibungen, die in Mythen² eingebunden werden: „Was man [...] Narrative nennt, sind autogene Mythen oder Programme, von denen sich ihre Erzähler hypnotische Wirkung versprechen, auf sich selbst und andere.“ (Sloterdijk 2019). Auf der einen – durchaus vielstimmigen – Erzählebene deuten Ostdeutsche sich selbst, ihre Gemeinschaft, ihre Erfahrungen und den asymmetrisch verlaufenden Vereinigungsprozess, auf der anderen geht es um ein hegemoniales Geschichtsnarrativ oder um eine politische Programmatik. Die Ebenen sind nicht einfach in Deckung zu bringen, denn die Differenz ist systemisch und solange kein Problem, wie die Gegenerzählungen der Ostdeutschen nicht eindimensional als „Groll von Verlierern“ gedeutet werden und die „Meistererzählungen“ nicht eine differenzierte Geschichtsaneignung und den Blick auf reale Widersprüche ersetzen. Mit den Feierlichkeiten zum 3. Oktober werde, so sehen es mittlerweile viele (Engler/Hensel 2018; Kollmorgen 2011; Kowalczyk 2019; Mau 2019), ein fiktiver Konsens inszeniert,

- 2 Beispiele für Legenden- und Mythenbildungen lassen sich auch in Erzählungen zur Geschichte der Geschlechterforschung und zu den Gender Studies finden, also im eigenen, vermeintlich solidarischen, weil „schwesterlich“ verbundenen Arbeitszusammenhang. So präsentiert Christina von Braun beispielsweise in ihrer jüngst erschienenen Biografie eine Geschichte der Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin, die ihrer Interpretation nach erst mit dem Einzug westdeutscher Professor*innen beginnt (Braun 2021: 285ff.). Fakt ist aber, dass an der Humboldt-Universität bereits seit den 1980er-Jahren in einzelnen Fächern Geschlechtertheorie und Geschlechtersoziologie gelehrt worden ist und das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF), wichtige institutionelle Voraussetzung für die Einführung des Studiengangs Gender Studies im Jahre 1997, von ostdeutschen Frauen- und Geschlechterforscherinnen im Jahre 1990, also vor der „Übernahme“ der ostdeutschen Universitäten durch westdeutsche Professor*innen, gegründet worden ist. (Siehe dazu auch Adler/Wegmann i.d.B.).

der immer weniger trage: Jetzt aber „sieht man, dass es immer anders war. All das Zornige und Trotzige der Ostdeutschen in den vergangenen Jahren war Teil einer Emanzipation [...] ein Ende des Selbstbetrugs“ (Machowecz 2020).

Im Folgenden soll es auf dem Hintergrund dieser vorangestellten Skizze erstens um einen kurzen Rückblick auf die Frauen- und Geschlechterpolitik in der DDR gehen, zweitens um den doppelten gesellschaftlichen Transformationsprozess der vergangenen 30 Jahre und seine Folgen für ,Ost-Frauen‘ und das Geschlechterverhältnis, um schließlich die Frage anzureißen, ob ,Ost-Frauen‘ mit ihrem ,Anderssein‘ und Handeln ihren „Gleichstellungsvorsprung“ verteidigen oder sie eher als Vorreiterinnen neoliberaler Deregulierungsprozesse fungieren. Mit einem knappen Fazit werden abschließend offene soziale Fragen und damit verbundene geschlechterpolitische Visionen erinnert, die von der Debatte wegführen, ob es in Ostdeutschland noch einen „Gleichstellungsvorsprung“ gibt. Vielmehr muss es um die Gestaltung von Rahmenbedingungen für einen allgemeinen gesellschaftlichen Sprung zu mehr Gleichstellung in Ost und West gehen.

Gleichstellungspolitik in der DDR

Anfang der 1970er-Jahre wurde in der DDR offiziell verkündet: „Wir gewähren allen Bürgern unseres Landes – Männern wie Frauen – gleiche Rechte, und wir können deshalb auch ohne Einschränkungen sagen, daß [...] die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht ist.“ (Lange 1987: 75–97) Aber wie gleichgestellt waren DDR-Frauen tatsächlich? Und waren sie damit auch zugleich selbstbestimmt und emanzipiert?

DDR-Frauen hatten Anfang der 1990er-Jahre gegenüber westdeutschen Frauen einen sogenannten „Gleichstellungsvorsprung“ (Geißler 1992): Qualifizierte Berufstätigkeit von Frauen und Müttern war gelebte Selbstverständlichkeit. Dafür sorgte auch eine Sozialpolitik, die eine flächendeckende Ganztagsbetreuung der Kinder von werktätigen Müttern in Krippen, Kindergärten und Schulen sicherte. Die Gleichberechtigungspolitik der DDR war (erwerbs-)arbeitszentriert und mit einer enormen Doppel- oder gar Dreifachbelastung vor allem der Mütter verbunden. Das ermöglichte – bei allen Problemen – dennoch auch eine weitgehende ökonomische und soziale Angleichung von Frauen und Männern, ja sie machte DDR-Frauen finanziell und rechtlich unabhängig von einem männlichen (Familien-)Ernährer. Das war und ist eine Grundvoraussetzung für die Selbständigkeit und das Selbstbewusstsein von (Ost-)Frauen.

Dass beispielsweise zwei Drittel aller Scheidungen in der DDR von Frauen eingereicht worden sind und die DDR zu jenen Ländern zählte, die weltweit

die höchsten Scheidungsquoten hatten, ist unter anderem auf diesem Hintergrund zu verstehen. Das Sozialversicherungssystem der DDR erlaubte es Frauen, sich eine eigene, von einem männlichen Ernährer unabhängige Existenz zu erarbeiten, die auch ihre Altersrente sicherte. Dass dadurch aber „Menschen im Sozialismus [...] besseren Sex“ gehabt haben sollen (Ghodsee 2020: 198) und ostdeutschen Frauen „eine größere Orgasmusfähigkeit“ (ebd.: 199) attestiert werden könne, ist wohl eher im Reich der Mythen begründet, als – obwohl auch das bis heute vielfach beschworen wird – durch Fakten zu belegen (Starke/Friedrich 1984; Kugelboom/Prosinger 2020).

Historischer Ausgangspunkt der massenhaften Integration von Frauen in die Berufsarbeit – sozial-ökonomische Basis ihrer relativen Unabhängigkeit – war keine Emanzipationsbewegung in der DDR, sondern eine der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie folgende Staatsdoktrin, die davon ausging, dass die allgemeine Teilhabe an der gesellschaftlich notwendigen Berufsarbeit per se die Herausbildung von sozialistischen Persönlichkeiten fördere und soziale Gleichheit schaffe. Wirkmächtiger noch war der massive Arbeitskräftemangel nicht nur in den Aufbaujahren der DDR. Frauen blieben allerdings trotz Berufsarbeit zuständig für Haushalt und Familie und auch die Berufsarbeit war geschlechtertypisch verteilt (Nickel 1993). Zumeist waren Frauen in der schlechter bezahlten „Leichtindustrie“ und/oder in ‚Frauenberufen‘ als Krankenschwester, Erzieherin, Friseurin, Bürofachkraft usw. tätig. Es gab zwar auch die Kranfahrerin, Maschinistin und Ingenieurin, aber auch sie waren „werk tätige Muttis“, auf die in der Regel eine zweite Schicht in Haushalt und Familie wartete (Gysi/Meyer 1993). Der werktätigen Frauen zustehende monatliche ‚Haushaltstag‘³ und andere sozialpolitische Maßnahmen, bei denen es um die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft ging, befestigten letzten Endes diese Rollen- und Tätigkeitszuschreibungen. Zwei Drittel der im Haushalt anfallenden Arbeiten wurden von erwerbstätigen Müttern erledigt. Erst 1976 wurde die wöchentliche Arbeitszeit der Mütter mit zwei und mehr Kindern von 43 ¾ Stunden auf 40 Stunden reduziert.⁴

Die trotz formaler Gleichstellung der Geschlechter immer noch traditionellen Rollenbildern folgende Arbeitsteilung in Familie und Gesellschaft führte auch in der DDR zu Benachteiligungen von Frauen beim Zugang zu Leitungs-

3 In der DDR wurde ein monatlicher Hausarbeitstag gewährt, der bis Ende 1976 nur vollbeschäftigten Müttern bzw. verheirateten Frauen auch ohne Kind(er) zustand. Erst 1977 wurde diese Vergünstigung auf vollbeschäftigte Väter mit Kindern unter 18 Jahren, sofern es die Betreuung der Kinder erforderte, ausgedehnt. Verheirateten Männern wurde der Haushaltstag nur in Ausnahmefällen gewährt. Sie mussten durch ärztliches Attest nachweisen, dass ihre Ehefrau ihren häuslichen Pflichten nicht nachkommen konnte.

4 1972 sind Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von beruflicher und gesellschaftlicher Tätigkeit mit der Mutterschaft verabschiedet worden, die 1976 durch die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche für Mütter mit mindestens zwei Kindern unter 16 Jahren und das bezahlte „Babyjahr“ vom zweiten Kind an, ergänzt und erweitert wurden.

positionen (Nickel 2009) und – bei insgesamt vergleichsweise niedrigen Einkommen in der DDR – auch zu deutlichen Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern (Gysi/Meyer 1993). Trotz des seit Gründung der DDR geltenden Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ erzielten Frauen ein Einkommen, das im Schnitt 25 bis 30 Prozent geringer war als das der Männer. Da aber auch die Einkommen der Männer in der Regel zu gering waren, als dass sie davon eine Familie hätten ernähren können, waren Frauen zumeist auch aus familienökonomischen Gründen erwerbstätig (Nickel 1993).

Die Gleichberechtigungspolitik der DDR hatte insgesamt einen janusköpfigen Effekt: Neben den Erfolgen in der Gleichstellung der Geschlechter, die zu Recht als „Modernisierungsvorsprung“ (Hradil 1992) im Vergleich zur alten Bundesrepublik gelten dürfen, befestigte sie auch – was in der Erinnerung und in „Gegenerzählungen“ heute zum Teil weichgezeichnet wird – Geschlechterungleichheit. Neben der Schaffung von wichtigen Grundlagen für die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Frauen deckelte sie zugleich auch eine auf Autonomie, Selbstbestimmung und kritischer Auseinandersetzung fußende Emanzipation, sodass beispielsweise neben der heterosexuellen Kleinfamilie kaum alternative Lebensentwürfe vorstellbar, geschweige denn lebbar waren (Gysi/Meyer 1993).

Es handelte sich – auch das fällt heutigen Erinnerungsbildern zum Teil zum Opfer – um eine ‚von oben‘, von Männern für Frauen gemachte staatliche Frauenpolitik (Nickel 1990), die den Interessen von Frauen in vielen Punkten tatsächlich entgegenkam, wie z.B. auch das 1972 beschlossene Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft (Fristenlösung). Zugleich – und auch dafür ist dieses Gesetz, das öffentlich nie diskutiert worden ist, ein Beispiel – entmündigte sie Frauen als souveräne Bürgerinnen,⁵ die in der Lage sind, über die sie betreffenden Gesetze mitzureden. Die Gleichberechtigungspolitik wurde nicht in einem partizipativen demokratischen Prozess von und mit den Frauen entworfen, sondern ‚oben‘ beschlossen und den „Mitgestalterinnen des Sozialismus“ verkündigt. Die paternalistisch-patriarchale staatliche Politik von Männern für Frauen verkörperte das zentrale Machtorgan der DDR, das Politbüro, in seiner personellen Zusammensetzung beispielhaft: Seine stimmberechtigten Mitglieder waren ausschließlich (alte) Männer, während die zwei Frauen, die ihm als ewige Kandidatinnen angehörten, dauerhaft ohne Stimmrecht geblieben sind. Eine von ihnen war Inge Lange, zuständig für Frauenfragen (Nickel 2009).

5 Dass das Gesetz quasi über Nacht beschlossen worden ist, hatte unter anderem auch damit zu tun, dass staatlicherseits ein Überschwappen der westlichen Frauenbewegung und des medial sehr präsenten Kampfes gegen § 218 befürchtet wurde.

Die doppelte Transformation

Mit ihrem „Gleichstellungsvorsprung“ schlug die Generation der damals berufstätigen oder in Ausbildung befindlichen Ost-Frau nach der friedlichen Revolution und infolge des im Jahre 1990 rapide vollzogenen Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland (jüngst dazu Wenzel 2019) in einem System auf, dessen Geschlechterverhältnis durch das männliche Ernährermodell konstituiert war, das also selbst dringend einer „nachholenden Modernisierung“ (Nickel 1998) in Fragen der Gleichstellung der Geschlechter bedurfte und bis heute bedarf.

„Abwicklung“, Deindustrialisierung, Arbeitskräfteabbau und die damit einhergehende Abwertung von erworbenen beruflichen Qualifikationen in den neuen Bundesländern, die Liquidation von Positionen und Institutionen und nicht zuletzt auch die bis in die 2000er-Jahre hineinreichende mediale Diskreditierung der „Erwerbsneigung“ der DDR-Frauen, einschließlich der Ganztags-Kinderbetreuung, führten zu tiefen Verletzungen und einem bleibenden Misstrauen dieser Ost-Frauen-Generation gegenüber den Zielen und dem Wie der Wiedervereinigung. Der Beitritt nahm auch infolge des flächendeckenden Institutionentransfers samt Führungspersonal von West- nach Ostdeutschland recht schnell den Charakter einer Übernahme an, die nicht nur mit Demokratie- und Partizipationsverlust im Osten Deutschlands einherging, sondern auch „Subjektverlust“, Aberkennung von Lebensleistung und Abwertung von soziokulturellen Traditionsbeständen bedeutete (Mau 2019: 244).

Aktuelle Daten und Befunde zeigen, dass DDR-Erfahrungen und Vereinigungsschock nicht nur in der Generation, die derzeit das Rentenalter erreicht oder es bereits erreicht hat, nachwirken, sondern Teil des besonderen „Sozialisationsgepäcks“ auch derjenigen sind, die damals Kinder waren. Auch nach 30 Jahren deutscher Einheit sind die Unterschiede in den Lebensverhältnissen von Ost- und Westdeutschen tief und geben Anlass, von einer anhaltenden Deklassierung der Ostdeutschen oder gar von „gesellschaftlichen Frakturen“ (Mau 2019) zu reden. Schiefagen zeigen sich in Einkommen und Vermögen, in der Besetzung von Ämtern und Positionen, in beruflichen Karrieren und Aufstiegen, aber auch in der Ansiedlung von zukunftssträchtigen Unternehmen und zentralen politischen, technologischen oder wissenschaftlichen Behörden und Institutionen in den neuen Bundesländern.

Eine wesentliche Ursache für *Gegenerzählungen* der Ostdeutschen und das sich darin artikulierende Unbehagen am Verlauf des Vereinigungsprozesses liegt darin, dass dieser als eine einseitige Anpassungsleistung der Ostdeutschen an die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland konzipiert und institutionalisiert worden ist, d.h. als eine einseitige Transformation missverstanden wurde, die die neuen Bundesländer bewältigen sollten, um auf „Westniveau“

zu kommen. Dass es sich stattdessen um zwei zunehmend ineinander verschlungene und bis heute unabgeschlossene gesellschaftliche Transformationsprozesse (Nickel 1995) handelt, spielt in den „öffentlichen Meistererzählungen“ (Brückweh 2020) von der deutschen Einheit eher selten eine Rolle. Denn die DDR ist der Bundesrepublik Deutschland beigetreten, als diese sich selbst bereits in einem krisenhaft verlaufenden Transformationsprozess befand.⁶ Sie war damit aber auch längst nicht so prosperierend und stabil, wie sie vielen Ostdeutschen via Westfernsehen erschien. Denn im Gefolge der bundesdeutschen Strukturkrise Mitte der 1970er-Jahre wurde die auf soziale Marktwirtschaft, Wohlstandswachstum und Sozialpartnerschaft basierende gesellschaftliche Gesamtkonstruktion schleichend unterhöhlt. Soziale Ungleichheit, die sich über Herkunft, Klasse, Geschlecht und Ethnizität vermittelt, gewann an Durchschlagskraft und das Bild von der „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) verfestigte sich. Der seit 1990 in Ostdeutschland stattfindende Transformationsprozess war damit von vornherein eingelassen in den neoliberalen Erneuerungsversuch des Kapitalismus und überlagert durch diesen übergreifenden krisenhaften gesellschaftlichen Umbruch. Dabei haben sich – wie es die Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser bezogen auf den globalen Neoliberalismus formuliert (Fraser/Jaeggi 2020) – auf Kosten des Sozialschutzes eine zunehmend sich radikalisierte Vermarktlichung und Ökonomisierung des Gesellschaftlichen mit einer auf Individualismus basierenden Emanzipation zusammengeschlossen. Dass Ostdeutschland dabei zum Teil auch zu einem neoliberalen Experimentierfeld des Westens, zur „Pionierregion neoliberaler Deregulierung“ bzw. zum „Labor des Neoliberalismus“ (Mau 2019) wurde, haben viele Ostdeutsche, insbesondere Frauen, leidvoll erfahren müssen. Nicht selten wurden sie zu Jobnomadinnen, Niedriglöhnerinnen, Saisonpendlerinnen, Gelegenheitsarbeiterinnen oder – mit den „Hartz-Reformen“ zur neoliberalen Neujustierung von Arbeitslosigkeit – „Zuwendungsempfängerinnen“ im Rahmen von „Bedarfsgemeinschaften“. Zu den politikgeschichtlichen „Meistererzählungen“ über die Wiedervereinigung gehört das aber eher nicht.

Das neoliberale Projekt ist allerdings nach zahlreichen sich überlappenden (Vielfach-)Krisen der letzten Jahre – von der Finanz-, über die Sozialstaats-, bis zur Demokratiekrise – „heute sowohl aus strukturellen als auch aus politischen Gründen im Taumeln begriffen. Sein hegemoniales Bündnis aus Emanzipation und Vermarktlichung/Finanzialisierung hat einen Großteil seines

6 Im Gefolge der industriegesellschaftlichen Strukturkrise Mitte der 1970er-Jahre wurde die Gesamtkonstruktion der „sozial-partnerschaftlichen“, auf wirtschaftlichem Wachstum basierenden Konstellation in der BRD instabil; Massenarbeitslosigkeit unterhöhlt schleichend die finanzielle Basis der sozialstaatlichen Sekundärverteilung. Die seit 1982 in Gang gekommene Politik veränderte schrittweise die gesellschaftlichen Verhältnisse. Deregulierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Umbau des Sozialstaates zielten auf eine Aufkündigung des bisher gültigen Sozialstaatskompromisses.

charismatischen Glanzes eingebüßt. Daher ist jetzt eine sehr gute Zeit, ein anderes Szenario [...] ins Auge zu fassen.“ (Fraser/Jaeggi 2020: 263–264) Auch der zweifache Transformationsprozess in Deutschland verlief und verläuft entsprechend krisenhaft und ist mit enormen Differenzierungsprozessen in und zwischen Ost- und Westdeutschland verbunden. Er verschärft Verteilungskämpfe zwischen und innerhalb der Geschlechtergruppen auf dramatische Weise, was sich jüngst wieder in der Corona-Krise massiv geltend macht (Wiedemann 2020). Durch den zeitgleichen Übergang von der fordistischen Industrie- zur nachfordistischen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft ist er zugleich auch durch eine Erosion der traditionellen bürgerlichen Geschlechterordnung gekennzeichnet. Diese bürgerliche Geschlechterordnung „war von der Vorstellung geprägt, dass die Menschen in einer heterosexuellen Kernfamilie mit männlichem Oberhaupt organisiert sein sollten, die hauptsächlich von dem Arbeitseinkommen des Mannes lebte. Das männliche Familienoberhaupt bezog ein ‚Familieneinkommen‘, das ausreichend war, um die Kinder und eine Frau – und Mutter – zu ernähren, die die unbezahlte Hausarbeit verrichtete.“ (Fraser 1994: 351) Auch wenn dieses Modell der Versorgung seit Ende der 1960er-Jahre in der Realität „verdampft“, liegt es in weiten Teilen noch immer dem bundesdeutschen Sozialstaatsmodell zugrunde (vgl. auch BMFSFJ 2011: 35–64). Auch das bekamen und bekommen ostdeutsche Frauen auf besondere Weise zu spüren. Sie sind aber zugleich auch diejenigen, die den Verteilungskampf um Arbeit, die Grundfrage sozialer Gleichstellung, zuspitzen und den sozialstaatlichen Erneuerungsbedarf der Bundesrepublik mit Nachdruck sichtbar machen. Dabei kann derzeit zuversichtlich stimmen, dass der „Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes“ (McRobbie 2010) zunehmend in Frage gestellt zu werden scheint. Statt neoliberaler Deregulierung werden, wie sich in der Klimabewegung und auch in den vielen feministischen Aktionen und Netzwerken zeigt, wieder nachdrücklicher Sozialschutz und auf Solidarität beziehungsweise Bündnispolitik beruhende Emanzipationsprozesse eingefordert und verteidigt. In welchem Maße ‚Ost-Frauen‘ an diesen Bewegungen aktiv beteiligt sind, ist nicht zu beziffern, sondern eine weitgehend offene Forschungsfrage.

Ost-Frauen – Verteidigerinnen des „Gleichstellungsvorsprungs“ oder Vorreiterinnen neoliberaler Deregulierung?

Diese Frage wird nicht gestellt, weil sie eindeutig und im Sinne eines klaren Entweder–Oder zu beantworten ist, sondern weil sie Ambivalenzen und Spannungsverhältnisse signalisiert, in denen sich der Selbstbehauptungs- und Emanzipationsprozess von (Ost-)Frauen gegenwärtig bewegt.

Auch wenn sich nach eigenen Angaben die persönliche Lebenssituation von vielen Ost-Frauen im Zuge des Vereinigungsprozesses in materieller Hinsicht oft verbessert hat, fühlen sie sich in ihrem Gerechtigkeitsempfinden anhaltend verletzt, ihr Vertrauen in Politik und Institutionen und in die Wirksamkeit eigenen politischen Handelns ist eher gebrochen und ihre Bewertung von Demokratie und Wiedervereinigung fällt wenig euphorisch aus – wie die Daten des ALLBUS 2018 zeigen. Gründe dafür liegen vor allem in der 30-jährigen Nachwendezeit (Nickel/Kopplin 2019). Für 90 Prozent der befragten Ost-Frauen ist soziale Sicherheit das wichtigste Regierungsziel und drei Viertel von ihnen wünschen eine Umverteilung von privatem Reichtum und Vermögen zugunsten der Allgemeinheit. Vier von fünf befragten Ost-Frauen halten den Sozialismus daher immer noch für eine gute gesellschaftliche Vision, die in der Realität nur schlecht umgesetzt worden sei. Gegenüber Geflüchteten und Einwander*innen zeigen sie allerdings ähnlich große Ressentiments wie Ost-Männer: Deren Zuzug sollte, so meinen 40 Prozent der Befragten, unterbunden werden. Mehr ostdeutsche Frauen als Männer fühlen sich politisch schlecht repräsentiert, 80 Prozent der ostdeutschen Frauen sind der Meinung, dass die deutsche Einheit dem Westen mehr Vorteile gebracht habe als dem Osten. Dennoch, auch das gehört zum Gesamtbild, sagen mehr als 90 Prozent der befragten Ost-Frauen, dass es sich in Deutschland trotz aller Probleme sehr gut leben lasse (Nickel/Kopplin 2019).

Obwohl sich die strukturellen Rahmenbedingungen für eine auf eigener Erwerbsarbeit und Karriere basierende Existenz von Frauen und Müttern in wesentlichen Punkten verändert, oft verschlechtert haben, verteidigt auch die junge ostdeutsche Frauengeneration den „Gleichstellungsvorsprung“ ihrer Mütter. Trotz schlechterer Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland strebt sie immer noch stärker nach qualifizierter Erwerbsbeteiligung und finanzieller Unabhängigkeit als West-Frauen derselben Generation. Dafür ziehen Ost-Frauen – wenn nötig – der Erwerbsarbeit und den Ausbildungsangeboten nach. Junge ostdeutsche Frauen sind die mobilste Bevölkerungsgruppe in Deutschland. Diese „Wanderungsneigung“, so beispielsweise eine Einschätzung von Erler/Dähner (2008), sei grundsätzlich eine positive Entwicklung und Beweis für Selbständigkeit und Erfolgsstreben der jungen ostdeutschen Frauengeneration.

Dass diese „Wanderungsneigung“ aber auch eine andere Seite hat und sie etwas über vergleichsweise schlechte Erwerbs- und Lebensbedingungen in den ostdeutschen Bundesländern aussagt, ja dass sie auch als Zeichen des neoliberalen Drifts in Ostdeutschland und als „Wanderung wider Willen“ (Mau 2019: 193) gelesen werden kann, bleibt hingegen oft unausgesprochen.

Insgesamt haben 1,8 Millionen Menschen von 1991 bis 2013 Ostdeutschland verlassen (Mau 2019: 191), von den unter 30-jährigen waren zwei Drittel Frauen (ebd.: 194). Eine vergleichbare Wanderungsbewegung hatte es in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gegeben. „In Ostdeutschland wütete ein demographisches Beben.“ (Engler/Hensel 2018: 68)

War im Jahre 1989 in der DDR der Anteil von jungen Menschen deutlich größer und der Anteil der über 60-jährigen deutlich kleiner als in Westdeutschland, kehrte sich das Verhältnis binnen weniger Jahre um. Diese Abwanderung, die mittlerweile zum Stillstand gekommen zu sein scheint (Jahresbericht 2020: 31), ist auch als „demografische Maskulinisierung“ (Mau 2019: 197) bezeichnet worden. Sie hat nicht nur zu einem mit weitreichenden sozialen und politischen Folgen verbundenen „Männerüberhang“⁷ im Osten Deutschlands geführt, sondern sie treibt das Durchschnittsalter der zurückbleibenden Bevölkerung massiv in die Höhe, was gleichermaßen problematische Konsequenzen hat.

Angesichts dieser Wanderungsbewegung ist mittlerweile auch gar nicht mehr leicht auszumachen, wer in einem sozialstrukturellen Sinne ‚die‘ Ost-Frau eigentlich ist, um die es in den öffentlichen Erzählungen momentan geht. Die vielen Ost-Frauen, die sich auf den Weg in den Westen gemacht haben, um dort zu bleiben, sind zumeist ausgeklammert, obwohl die ganze Geschichte der Ost-Frauen kaum ohne sie zu erzählen ist. Es gibt zu dieser Gruppe aber bisher kaum Forschungen und aussagefähiges Datenmaterial. Beschränkt sich die Analyse auf in Ostdeutschland lebende und geborene Frauen, wie es breit angelegte demoskopische Untersuchungen⁸ zumeist praktizieren, so zeigt sich Folgendes: Die Erwerbsbeteiligung der Ost-Frauen ist noch immer höher als die der Frauen in Westdeutschland. Sie erzielen in etwa genauso niedrige Einkommen wie ostdeutsche Männer und sie kommen ostdeutschen Männern vergleichbar häufig in Führungspositionen, wobei es sich insgesamt um eher mittlere Positionen handelt. Denn „auch drei Dekaden nach der Wende hat sich die Elitenrekrutierung nicht in dem Sinne normalisiert, dass nun vermehrt Ostdeutsche in Führungspositionen aufrücken würden. In den oberen Etagen der ostdeutschen Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft stellen

7 „Mittlerweile ist der Ostmann in den Medien zu einer Hassfigur geworden. Der tumbe Hutbürger dient als Beleg für den Nazi-Osten“ (Taubert 2020), vgl. auch Sylka Scholz in diesem Band.

8 Zum Beispiel die seit 1991 auf Ostdeutschland ausgedehnte repräsentative Stichprobe zu Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur in Deutschland (ALLBUS) und das Sozioökonomische Panel (SOEP).

Ostdeutsche [...] nur 23 Prozent des Personals.“ (Mau 2019: 181) In den neuen Bundesländern sind die Vorstellungen und Erfahrungen von Ostdeutschen in den Eliten von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft nur unterdurchschnittlich vertreten, im Bundesdurchschnitt insgesamt sind sie so gut wie gar nicht repräsentiert. Umso überraschender ist es, dass in den medialen und politischen Debatten weniger diese generelle Unterrepräsentanz der Ostdeutschen in Führungspositionen mit gesamtgesellschaftlicher Wirkungsreichweite präsent ist als die Erzählung von dem „deutlich überdurchschnittlich hohen, zum Teil sogar überproportional hohen Anteil von Frauen“ (Schönherr/Jacobs 2019: 2), Ost-Frauen, in politischen Positionen. Es sind die bekannten Namen, die für die Narration der „machtvollen“ Ost-Frau stehen: Angela Merkel, die gleich vielfach punktet und alle Ost-West-Ungleichheit wett zu machen scheint, aber auch Cornelia Pieper, Katrin Göring-Eckardt, Manuela Schwesig, Sarah Wagenknecht, Katja Kipping und Franziska Giffey. Und es stimmt ja auch, wenn Ostdeutsche auf Top-Positionen sichtbar gemacht werden, dann sind es öfter Frauen als Männer. Warum das so ist, wäre einer genaueren Analyse wert. Zu vermuten ist, dass mit dem Narrativ „Ostdeutsche Frauen auf dem Weg zur Macht“ (Schönherr/Jacob 2019) eine Meistererzählung mit „hypnotischer Wirkung“ im Sinne Sloterdijks (2019) erzeugt werden soll, Nebel, der von den eigentlichen Problemen und von den ungelösten Widersprüchen der Deutschen Einheit ablenkt.

In gleichstellungspolitischer Hinsicht – so viel ist datenbasiert festzustellen – ist in Ostdeutschland aber tatsächlich immer noch ein „Modernisierungsvor-sprung“ auszumachen. Auch aufgrund des geringeren Pay Gaps⁹ in Ostdeutschland ist das Geschlechterverhältnis hier flacher hierarchisiert und weniger asymmetrisch als in Westdeutschland. Ost-Frauen sind darüber hinaus häufiger als West-Frauen „Familienernährerinnen“, und zwar nicht nur als Alleinerziehende, sondern auch in den vielen Haushaltskonstellationen, wo der Partner erwerbslos ist oder noch weniger verdient als die ostdeutsche Frau. Insofern handelt es sich eher selten um ein gewolltes ostdeutsch inspiriertes Emanzipationsmodell oder um eine progressive Umkehrung des westlichen männlichen Ernährermodells, sondern es geht in diesen Fällen in aller Regel um pragmatische Lösungen für in Ostdeutschland weit verbreitete prekäre Lebenslagen. Dass Ost-Frauen die Rolle der „Familienernährerin“ selbstverständlicher annehmen und sie mit aller Kraft versuchen, in der Erwerbsarbeit und damit ökonomisch relativ selbständig zu bleiben, ist sicherlich auch aus ihren Erfahrungen mit der Gleichstellungspolitik in der DDR zu erklären. Hier macht sich aber auch die weiter oben genannte Ambivalenz, in die Emanzipationsprozesse von Frauen gegenwärtig gestellt sind, deutlich: die Verteidigung

9 Der Gender Pay Gap betrug 2015 in Deutschland 21% mit deutlichen Unterschieden zwischen alten und neuen Bundesländern: 23% in Westdeutschland, 8% in Ostdeutschland (Sachverständigenkommission 2017, 37).

des „Gleichstellungsvorsprungs“ kann unter den Bedingungen neoliberaler Deregulierung zugleich mit dem Effekt verbunden sein, dass *Ost-Frauen* zu Vorreiterinnen eines im Kern unsozialen und inhumanen, weil von Sorgebedürfnissen und -leistungen weitgehend absehenden „adult worker models“¹⁰ werden. Anders gesagt, hier zeigt sich das dilemmatische Spannungsverhältnis von emanzipativem Anspruch auf Selbstbehauptung und Gleichstellung bei gleichzeitiger Prekarisierung und Deregulierung der Lebensverhältnisse im neoliberalen Kapitalismus.

Für den anhaltenden „Gleichstellungsvorsprung“ der Ost-Frauen sorgt bisher auch noch die zwar im Vergleich zur DDR reduzierte, aber in den neuen Bundesländern immer noch besser als in den alten Bundesländern ausgebaute Kinderbetreuungsinfrastruktur. Hinzu kommt die *andere* Einstellung zur Müttererwerbstätigkeit: Während ostdeutsche Väter und Mütter aufgrund mehrheitlich guter Erfahrungen aus der Vergangenheit kein Problem damit haben, fürchten westdeutsche Väter (in geringerem Maße auch Mütter) häufiger, dass die Kinder darunter leiden würden, wenn sie in den ersten Lebensjahren „fremdbetreut“ werden. In den neuen Bundesländern sind Mütter auch deshalb insgesamt noch immer stärker in Vollzeit erwerbstätig (74 Prozent) als in den alten Bundesländern (68 Prozent) (Jahresbericht 2020: 30). In Ostdeutschland sagen auch *nur* 25 Prozent der Mütter mit kleinen Kindern, dass Frauen unter Rechtfertigungsdruck stehen, wenn sie mit Kindern vollzeitlich sein wollen oder sind, in Westdeutschland trifft das immer noch auf 69 Prozent der Mütter zu (BMFSFJ 2015: 12).

Das Lebensmodell der Gleichstellung von Frauen und Männern ist in Ostdeutschland insgesamt anscheinend noch immer deutlich weiterverbreitet als in Westdeutschland. Im Osten – wie die Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend anlässlich des 25. Jahrestages der Wiedervereinigung anhand eines breiten Datensatzes zeigen konnte – ist die gleichgestellte Aufgabenteilung für Erwerbseinkommen, Haushalts- und Familienarbeit in allen sozialen Milieus selbstverständlicher als in Westdeutschland. Im Westen hingegen scheint Gleichstellung eher in den jungen, höher gebildeten Milieus als in der gesellschaftlichen Breite gelebt zu werden (BMFSFJ 2015).

10 Jede/jeder arbeitsfähige Erwachsene soll entsprechend der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der EU ihren/seinen Lebensunterhalt mittels Lohnarbeit erwirtschaften und ihre/seine Arbeitskraft durch persönliche Flexibilität und subjektive Anpassung dem nach marktlichen Kriterien funktionierenden Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen (dazu Lewis 2002; Hark/Villa 2010).

Fazit

Es könnte zur Aufwertung ostdeutscher (Frauen-)Biografien, ja generell zur Anerkennung der Lebensleistung der Menschen in Ostdeutschland beitragen, wenn die „Meistererzählungen“ über die Deutsche Einheit um jene Punkte ergänzt werden würden, die zeigen, wo Ostdeutsche Vorreiter*innen waren und immer noch sind oder andersherum, die zeigen, dass der geschlechterpolitische Modernisierungsbedarf im Westen liegt (siehe auch BMFSFJ 2015: 16–18). Denn eine auf soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung der Geschlechter zielende Politik hat zwei Ebenen, sie muss sich einerseits in proaktiven Gesetzen und Maßnahmen zeigen, die der andauernden Ungleichstellung und Abwertung des weiblichen Geschlechtes entgegenwirken. So wären beispielsweise endlich steuer- und sozialrechtliche Anreize für das männliche Ernährermodell konsequent abzubauen (vgl. auch BMFSFJ 2011), sind sie doch maßgeblich verantwortlich für die anhaltende ökonomische Ungleichstellung der Geschlechter zugunsten männlicher Erwerbspersonen und für die – trotz steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen – wachsende weibliche Altersarmut in Ost und West. Andererseits ist eine zeitgemäße Geschlechterpolitik sensibel für sich verändernde Lebensbedürfnisse und -zusammenhänge jenseits der heterosexuellen Normativität. Im Sinne dieser emanzipativen Identitätspolitik hat sich in den vergangenen 30 Jahren vieles bewegt und positiv verändert. Das hat auch Ost-Frauen ein breites Spektrum von neuen Lebensformen eröffnet.

Unzureichend gelungen hingegen ist der substanzielle Schutz des Sozialen vor den Übergriffen des Marktes. Das aber wäre eine Grundvoraussetzung für echte Gleichstellung und Emanzipation und immer noch in besonderem Maße relevant für Frauen. Denn tatsächliche soziale Gleichstellung der Geschlechter kann nicht nur an der gleichen Teilhabe an Erwerbsarbeit festgemacht werden, sondern sie muss zugleich Fragen der gesellschaftlichen Organisation der sozialen Reproduktion und Fürsorge lösen. Die neoliberale, primär dem Profit und Markt folgende kapitalistische Wirtschaftslogik ist blind gegenüber menschlichen Schutzbedürfnissen (Aulenbacher 2012). Sie muss daher dringend ‚sozial‘ eingehegt werden, wenn Gleichberechtigung gelingen soll (Nickel 2011). Dem Sozialschutz ist (wieder) mehr Geltung zu verschaffen, indem das Verhältnis von Produktion und Reproduktion, Erwerbsarbeit und Care, Wirtschaft und sozialer Verantwortung im Sinne einer gesellschaftlichen Sorgethik – die alle Geschlechter betrifft – neu austariert wird. Nur damit kann der Gefahr einer zunehmend „verwahrlosten Fürsorge“ (Becker-Schmidt 2014) begegnet werden. „Fürsorgetationalität“ (Kumbruck/Senghaas 2019) ist das notwendige Korrektiv eines neoliberalen Genderregimes, das auf Hyperindividualisierung und eindimensionaler Wachstumsrationalität gründet. In geschlechterpolitischer Hinsicht geht es dabei nicht nur um die längst überfällige Aufwertung und Anerkennung der noch immer zumeist von Frauen zu

leistenden Sorgearbeit in und außerhalb der Familie, sondern um Maßnahmen und Regelungen einer grundsätzlichen Neuorganisation der *ganzen* gesellschaftlich notwendigen Arbeit, das heißt der Erwerbsarbeit wie der (Familien-)Arbeit im Privaten. Frauen und Männern, Müttern und Vätern muss es gleichermaßen erlaubt sein, Sorge- und Fürsorge in ihren Alltag zu integrieren, ohne Angst vor Jobverlust, Karriereeinbruch und materieller Existenznot haben zu müssen. Eine vorurteilsfreie Aufarbeitung der Sozialpolitik der DDR und der Blick in die Alltagsgeschichte Ostdeutschlands könnte hilfreich sein, wenn dieser Sprung zu mehr allgemeiner sozialer Gleichstellung in Ost und West geschafft werden soll.

Literaturverzeichnis

- Aulenbacher, Brigitte (2012): Gegenläufige Blicke auf Kapitalismus und Arbeit – Feministische Kapitalismusanalysen im Verhältnis zu Kapitalismustheorie und Arbeitssoziologie. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main: Campus. S. 113–126.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker-Schmidt, Regina (2014): Gesellschaftliche Verfügung über Arbeit – gelebte Praxen: Anstöße aus der Frauenbewegung zur Erforschung des widersprüchlichen Arbeitsensembles von Frauen. In: Rendtorff, Barbara/Riegraf, Birgit/Maas, Claudia (Hrsg.): 40 Jahre Feministische Debatten. Weinheim: Beltz, S. 90–103.
- Braun, Christina von (2021): Geschlecht. Eine persönliche und eine politische Geschichte. Berlin: Propyläen Verlag.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht. Berlin, 245 S.
<https://www.gleichstellungsbericht.de/zweiter-gleichstellungsbericht.pdf>
 [Zugriff: 02.03.2021].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland. Berlin, 121 S.
<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/83624/8018cef974d4e-caa075ab3f46051a479/jahresbericht-einheit-gleichstellung-data.pdf>
 [Zugriff: 02.03.2021].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2011): Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht. Berlin, 256 S.
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/erster-gleichstellungsbericht-neue-wege-gleiche-chancen-80428> [Zugriff: 02.02.2021].
- Brückweh, Kerstin (2020): Das vereinte Deutschland als Zeithistorischer Forschungsgegenstand. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 70, 28–29, S. 04–10.

- Engler, Wolfgang/Hensel, Jana (2018): Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein. Berlin: Aufbau.
- Erler, Daniel/Dähner, Susanne (2008): Frauen machen neue Länder. Erfolgreich in Ostdeutschland. Lebenssituation und Perspektiven junger Frauen in den neuen Bundesländern, Forschungsstand. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erstellt von Familien-Service, Partner für Mitarbeiter-Entwicklung. Berlin, 68 S.
- Fraser, Nancy (1994): Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy/Jaeggi, Rahel (2020): Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Genzenmüller, Jörg (2020): Ostdeutsche Identitäten. Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit. In: Deutschland Archiv Online der Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/308016> [Zugriff: 22.02.20].
- Geißler, Rainer (1992): Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 42, 29–30, S. 15–28.
- Ghodsee, Kristen R. (2020): Warum Frauen im Sozialismus besseren Sex haben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gysi, Jutta/Meyer, Dagmar (1993): Leitbild: berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 139–165.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2010): Ambivalenzen der Sichtbarkeit. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Angela McRobbie: Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.7–16.
- Hradil, Stefan (1992): Die objektive und die subjektive Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 29–30, S. 3–14.
- Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2020: Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode, Drucksache 19/22580.
- Kagelboom, Esther/Proisinger, Julia (2020): Unter einer Decke. In: Der Tagesspiegel vom 02.10.2020, S. 5.
- Kollmorgen, Raj (2011): Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher. In: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank T./Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag, S. 301–360.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2019): Von der Revolution über den Mauerfall zur Einheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 69, 35–37, S. 4–11.
- Kumbruck, Christel/Senghaas, Eva (2019): Die Grenzen subjektiver Verfügbarkeit – Einsichten aus der Arbeitswelt der Pflege. In: Böhle, Fritz/Senghaas, Eva (Hrsg.): Andere Sichtweisen auf Subjektivität. Impulse für kritische Arbeitsforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 131–165.
- Lange, Inge (1974): Aktuelle Probleme der Arbeit mit den Frauen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED. In: Dies. (1987): Die Frauen – aktive Mitgestalterinnen des Sozialismus. Berlin: Dietz Verlag, S. 75–97.

- Lewis, Jane (2002): Gender and Welfare State Change. In: *European Societies* 4, 4, pp. 331–357.
- Machowecz, Martin (2020): Geteilte Freude. In: *Die Zeit* vom 01.10.2020, S.7.
- Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- McRobbie, Angela (2010): *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nickel, Hildegard Maria (2011): Die „Frauenfrage“ in Ost und West – Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik. In: Lorenz, Astrid (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*. Leverkusen: Barbara Budrich, S. 208–224.
- Nickel, Hildegard Maria (2009): Paternalistische Gleichberechtigungspolitik und weibliche Emanzipation. Geschlechterpolitik in der DDR. In: Lorenz, Astrid/Reutter, Werner (Hrsg.): *Ordnung und Wandel als Herausforderung für Staat und Gesellschaft*. Opladen: Leske und Budrich, S.167–183.
- Nickel, Hildegard Maria (1998): Zurück in die Moderne? Kontinuitäten im Geschlechterverhältnis. In: Bertram, Hans/Beyme, Klaus von/Kleßmann, Christoph (Hrsg.): *Funkkolleg: Deutschland im Umbruch. Studienbrief 5*. Tübingen: DIFF.
- Nickel, Hildegard Maria (1995): Frauen im Umbruch der Gesellschaft. Die zweifache Transformation in Deutschland und ihre ambivalenten Folgen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 45, 36–37, S. 23–34.
- Nickel, Hildegard Maria (1993): „Mitgestalterinnen des Sozialismus“ – Frauenarbeit in der DDR. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945–1992*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 233–256.
- Nickel, Hildegard Maria (1990): Frauen in der DDR. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40, 16, S. 39–45.
- Nickel, Hildegard Maria/Kopplin, Martin (2019): Ostfrauen – Mythos und Wirklichkeit. Wissenschaftliche Kommentierung des ALLBUS 2018 im Rahmen des Projekts „Ostfrauen“ des Rundfunk Berlin-Brandenburg und des Mitteldeutschen Rundfunks mit Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft mbH. <https://www.ostfrauen.org> [Zugriff: 02.03.2021].
- Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2017): *Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten. Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung*. Berlin, 192 S. <https://www.gleichstellungsbericht.de/gutachten2gleichstellungsbericht.pdf> [Zugriff: 02.03.2021].
- Schönherr, Michael/Jacobs, Olaf (2019): *Ostfrauen – Wege zur Macht. Ostdeutsche Frauen in den Eliten und Frauenquoten in Ostdeutschland. Erhebung im Rahmen des Projekts „Ostfrauen“ des Rundfunk Berlin Brandenburg und des Mitteldeutschen Rundfunks in Zusammenarbeit mit Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft mbH und Universität Leipzig–Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft*. 21 S. <https://www.rbb-online.de/doku/o-r/ostfrauen/pdf.file.html/20190228%20Ostfrauen%20Wege%20zur%20Macht%20Erhebung%20final%20pdf.pdf> [Zugriff: 02.02.2021].
- Sloterdijk, Peter (2019): Vom Brunnen der Vergangenheit. Von Napoleon bis zum Mauerfall. In: *Der Tagesspiegel* vom 04.11.2019, S.2.

- Starke, Kurt/Friedrich, Walter/unter Mitarbeit von Lykke Aresin (1984): *Liebe und Sexualität bis 30*. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften.
- Taubert, Greta (2020): Mittlerweile ist der Ostmann in den Medien eine Hassfigur. In: *Die Zeit* vom 12.03.2020, S. 68.
- Wenzel, Jan (Hrsg.) (2019) *Das Jahr 1990 freilegen*. Leipzig: Spector Books.
- Wiedemann, Carolin (2020): Kinder, Küche, Corona. In: *Der Tagesspiegel* vom 20.04.2020, S. 19.

„Oh, Ostmann!“¹ Mediale Zuschreibungen, empirische Befunde und diskursive Leerstellen

Sylka Scholz

Richtet sich der Blick auf die Analyse der Geschlechterverhältnisse in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, so stehen Frauen im Mittelpunkt. Bereits zu DDR-Zeiten entstand in Westdeutschland eine umfangreiche Literatur über Frauen in der DDR, die im Zuge der Transformationsforschung in den 1990er-Jahren erweitert wurde. Die ostdeutsche Frau ist, wie Hildegard Maria Nickel in ihrem Beitrag in diesem Buch schreibt, ein erforschtes Phänomen, wenn auch der Blick auf ‚die‘ Ostfrau nicht frei von Stereotypisierungen und Projektionen ist (vgl. Scholz 2020). Die Lebenslagen und Lebenserfahrungen ostdeutscher Männer sind hingegen bisher aus einer Geschlechterperspektive wenig erforscht. Anfang der 1990er fanden sich in der wissenschaftlichen Literatur nur einige pauschale Diagnosen. So vermutete etwa der westdeutsche Männerforscher Walter Hollstein, dass die Fortschritte der westdeutschen Männer hin zu mehr Geschlechtergleichheit durch die ostdeutschen Männer, „die sich noch im chauvinistischen Zeitgeist der fünfziger Jahre bewegen“ (Hollstein 1992: 9), zunichtegemacht werden würden. Ende der 1990er-Jahre diagnostizierte der ostdeutsche Kulturwissenschaftler Günter Kracht, dass sich die ostdeutschen Männer nach der Wende „im sozialen und vor allem kulturellen freien Fall“ (Kracht 1999: 53) befinden würden. Die Mehrzahl von ihnen sei den neuen gesellschaftlichen Anforderungen nicht gewachsen und anstatt sich wie die Frauen den neuen Herausforderungen der Individualisierung zu stellen, fänden sie sich in der „Imbissbudengemeinschaft“ (ebd.: 56) als „Bierbüchsentrinker“ (ebd.) zusammen. Galten zu Beginn der Transformation zunächst die Ostfrauen als ‚Verliererinnen der Wende‘, so wurde diese Rolle nun den Männern zugeschrieben und hat sich in den darauffolgenden Jahren zur Diskursfigur des ‚männlichen Transformationsverlierers‘ verfestigt, der zudem einsam auf dem Land lebt, weil die ostdeutschen Frauen in den Westen gegangen sind.

1 Den Titel entlehne ich einem programmatischen Artikel aus *Die Zeit* von Martin Machowecz (2018).

Medial ist die Diskursfigur des männlichen Transformationsverlierers eng mit der Diskursfigur des latent rechten Ostmannes verknüpft. Auch diese Diskursfigur konstituierte sich in den 1990er-Jahren im Kontext der rassistischen Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Es etablierte sich der Topos des ‚braunen Ostens‘ (vgl. Heft 2018; Lessenich 2013; Quent 2016), der in den vergangenen 30 Jahren immer wieder neue Konjunkturen erfahren hat. In den 2010er-Jahren etwa avancierte der ostdeutsche Mann im Kontext des Aufstieges der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und ihrer Wahlerfolge unter den männlichen Wählern erneut zum Problemfall der Nation. „Oh Ostmann“ klagt der ostdeutsche Redakteur Martin Machowecz in *Die Zeit* und fragt: „Wie konnte aus dem ostdeutschen Mann der Hysteriker der Republik werden?“ (Machowecz 2018)

Diesen diskursiven Fremdzuschreibungen an ostdeutsche Männer als ‚Transformationsverlierer‘ und als ‚braun‘ möchte ich in meinem Artikel nachgehen und den Blick weiten. Denn in meinen empirischen Studien (vgl. Scholz 2004, 2010, 2012) wurde deutlich, dass Vaterschaft für ostdeutsche Männer eine Selbstverständlichkeit ist und sie sich oftmals alltäglich und pragmatisch an der Kinderbetreuung beteiligen. Jedoch spielen diese ostdeutschen Vaterschaftspraxen in den medialen Diskursen keine Rolle, denn der Diskurs über die neuen, involvierten oder aktiven Väter ist ein westdeutscher Diskurs. Insbesondere Männer der westdeutschen Mittelschichten gelten als Träger eines Wandels der Geschlechterverhältnisse hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund diskutiere ich die Frage, warum die Figuren des ‚Transformationsverlierers‘ und des ‚braunen Ostmannes‘ den öffentlichen Diskurs bestimmen und das spezifische ostdeutsche Vaterschaftskonstrukt des pragmatisch-selbstverständlichen Vaters eine diskursive Leerstelle bildet. Doch zunächst gehe ich auf die Rahmenbedingungen des medialen Diskurses ein und beschreibe meine Forschungsperspektive, die sich an der wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) orientiert. Anschließend untersuche ich die mediale Erschaffung der beiden genannten Diskursfiguren und kontrastiere sie daraufhin mit Studien über ostdeutsche Vaterschaftspraxen. Abschließend diskutiere ich die Ergebnisse der Analyse und plädiere für eine Entstereotypisierung und Differenzierung der Diskurse.

Die Formation einer westdeutschen Diskurshegemonie

Im Herbst 1989 haben die Bürger*innen der DDR eine grundlegende gesellschaftliche Transformation eingeleitet, die aus einer Unzufriedenheit mit dem politischen System des demokratischen Zentralismus, mit den Einschränkungen der Meinungs- und Reisefreiheit, aber auch mit den eingeschränkten Konsum- und Freizeitmöglichkeiten resultierte. War die Protestbewegung ‘89 in

ihrer politischen Ausrichtung zunächst offen, entwickelte sich bereits im Spätherbst 1989 die Idee einer politischen ‚Wiedervereinigung‘ der beiden deutschen Teilstaaten. Es konstituierte sich ein nationalistisches Einheitsnarrativ, welches den Ostdeutschen über den (teilweise völkischen) Nationalismus anbot, sich einen „Platz der Zugehörigkeit im gesamtdeutschen nationalen Kollektiv zu sichern“ (vgl. Hauke in diesem Band). Dieses Einheitsnarrativ integrierte *weiße* gebürtige DDR-Bürger*innen und schloss Migrant*innen, PoC und Schwarze Deutsche aus (vgl. ebd.; Lierke/Perinelli 2020). Die Herstellung der ‚Einheit‘ erfolgte als Beitritt der DDR zur BRD, der durch den Artikels 23 des Grundgesetzes der BRD ermöglicht wurde. Es erfolgte eine schnelle und umfangreiche Übertragung der westdeutschen Institutionen, die der Historiker Andreas Rödder als „Bundesrepublikanisierung der DDR“ (Rödder 2015: 820) bezeichnete. Damit verbunden war auch eine „Einheitsfiktion“ (Matthäus/Kubiak 2016: 6) in dem Sinne, dass der politischen Einheit auch eine kulturelle Einheit „entspricht und entsprechen muss“ (ebd.). Die Einheitsfiktion verstärkte das Einheitsnarrativ, beide sind mit einem „hegemonialen Deutsch-Sein“ (Heft 2020: 275; Goel 2021) verbunden und konstituieren Ein- und Ausschlüsse.

In der Medienlandschaft konnten die Redaktionen der westdeutschen überregionalen Print- und elektronischen Medien „den kleinen Ostmarkt ohne wesentliche personelle Veränderungen bedienen“ (Ahbe 2020: 190). Die DDR-Zeitungen wurden von der Treuhand erfolgreich privatisiert. Thomas Ahbe kommt zu der Einschätzung, dass „ein Kartell von wenigen finanzstarken westdeutschen Medienkonzernen“ (ebd.) fortan den ostdeutschen Zeitungsmarkt bestimmt. Ostdeutsche sind in den Führungspositionen der überregionalen deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die diskursbestimmend sind, überhaupt nicht vertreten (vgl. Kollmorgen 2015: 23). Etwas besser sieht es aus bei den 13 Regionalzeitungen, die meist aus den Bezirkszeitungen der DDR entstanden sind. Dort hat aber in den vergangenen zehn Jahren ebenfalls eine Verschiebung stattgefunden: Zwar sind mittlerweile über die Hälfte der Chefredakteur*innen Ostdeutsche, jedoch haben die Besitzverhältnisse gewechselt. Fast alle Zeitungen gehören mittlerweile westdeutschen Verlagen und werden zu 90 Prozent von westdeutschen Geschäftsführer*innen geleitet (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 13). Eine ostdeutsche Öffentlichkeit hat sich bis heute kaum institutionalisiert und fristet mit der Zeitschrift *Superilla* oder im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) eine Randexistenz (vgl. Ahbe 2020; Mau 2019).

Die geschilderten Rahmenbedingungen führen dazu, dass die Medienlandschaft sowohl von westdeutschen Führungskräften als auch Besitzverhältnissen geprägt ist, was sich auf die Art und Weise auswirkt, wie über Ostdeutschland berichtet wird. Einschlägige Untersuchungen (etwa Ahbe 2004, 2020; Heft 2018; Matthäus/Kubiak 2016) haben belegt, dass die Bericht-

erstattung über Ostdeutschland in einer „West-Perspektivierung“ (Pappert/Schröter 2008: 160) erfolgt. Der Blick wird von Westen nach Osten gerichtet und selbstverständlich Westdeutschland als Norm gesetzt, an die sich Ostdeutschland und die Ostdeutschen anpassen sollen. Entsprechend werden alle ‚Abweichungen‘ von dieser Norm negativ konnotiert. Der Andersartigkeit des Ostens wird eine „unmarkierte, westdeutsche Allgemeinheit“ (Heft 2018: 357) gegenübergestellt. Dabei handelt es sich zugleich um eine „Alternitätskonstruktion“ (Ahbe 2004: 21). Den Ostdeutschen werden diejenigen Eigenschaften diskursiv zugeschrieben, die die Westdeutschen glauben, abgelegt zu haben.

Diskurse wiederum lassen sich mit Reiner Keller als mehr oder weniger erfolgreiche Versuche verstehen, „Bedeutungszuschreibungen und Sinn-Ordnungen zumindest auf Zeit zu stabilisieren und durch eine kollektiv verbindliche Wissensordnung in einem sozialen Ensemble zu institutionalisieren“ (Keller 2004: 7). Sie sind ein Verfahren der Wissensproduktion und bringen diejenigen Gegenstände, von denen sie handeln, systematisch selbst hervor (vgl. Scholz/Lenz 2013). Entsprechend bestimmen sie, was in einer Gesellschaft sagbar bzw. unsagbar ist, was als ‚wahr‘ oder ‚falsch‘ gilt. Diskurse sind zugleich mit inneren und äußeren Ausschließungssystemen verbunden. Diese können zu einer gänzlichen Tabuisierung und / oder Ausgrenzung von Gegenständen führen. Im Innern der Diskurse können über Kommentare und Positionierungen des*r Autor*in bestimmte Gegenstände und Personen marginalisiert oder delegitimiert und auf diese Weise aus dem Bereich des Sagbaren ausgeschlossen werden. Das, worüber nicht gesprochen wird oder werden kann, gilt zugleich als illegitim und ist nicht Bestandteil der Normalität.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit wird diskursiv hergestellt (vgl. Keller 2004; Scholz/Lenz 2013). Dabei spielen die Akteur*innen in den Medien eine zentrale Rolle. Sie sind oftmals in Netzwerken miteinander verbunden und bilden Diskursgemeinschaften. Sie haben zentrale Sprechpositionen inne und formulieren Subjekt- und Identitätsangebote. Verstärkt wird die Dominanz von westdeutschen Sprechpositionen in den Medien durch den Sachverhalt, dass auch in den anderen gesellschaftlichen Eliten wie der Ökonomie, der Verwaltung und der Justiz Ostdeutsche unterrepräsentiert sind (vgl. Kollmorgen 2015; Bluhm/Jacobs 2016, 2019). Als Expert*innen werden Menschen mit westdeutschen Biografien befragt, was wiederum zur Hegemonie westdeutscher Positionen beiträgt. Hegemonietheoretisch lässt sich von einer spezifischen Herrschaftsform sprechen: Machtverhältnisse werden durch die Schaffung eines kulturellen Konsenses erzeugt und legitimiert. Doch auch wenn ein Einverständnis der Beherrschten mit der Herrschaft vorhanden ist, wird im Herrschaftsmodus der Hegemonie symbolische Gewalt ausgeübt (vgl. Scholz 2012).

Ausgehend von der beschriebenen Forschungsperspektive einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse untersuche ich im Folgenden, wie unter diesen

Rahmenbedingungen über ostdeutsche Männer im medialen Diskurs geschrieben wird. Dabei interessieren mich insbesondere die Subjektpositionen, die im Diskurs kreiert werden. Mit Keller (2004) bezeichnen Subjektpositionen historisch entwickelte Identitätsangebote, es handelt sich um diskursive Positionierungsprozesse, die Muster für individuelle Subjektivierungen bereitstellen. Individuen können auf diese positiv oder negativ konnotierten Subjektpositionen zurückgreifen, sie können sie zurückweisen oder transformieren. Jedoch sind sie auf das gesellschaftliche Archiv von Subjektpositionen angewiesen. Subjektivierungen außerhalb der gesellschaftlichen Diskurse sind nicht möglich. Aus der Vielzahl von Subjektpositionen können sich zunächst Typisierungen und weitergehend „Sozialfiguren“ (Möbius/Schröer 2010: 7) herausbilden. Darunter verstehen Stephan Möbius und Markus Schröer „zeitgebundene historische Gestalten, anhand derer ein spezifischer Blick auf die Gegenwartsgesellschaft geworfen werden kann“ (ebd.: 8). Sie dienen als „Identifizierungsschemata“ und haben die Funktion, „das Soziale [zu] ordnen“ (ebd.: 9). Ausgehend von der Annahme, dass die soziale Wirklichkeit diskursiv erzeugt wird, erscheint es mir logischer, statt von „Sozialfiguren“ von „Diskursfiguren“ zu sprechen.

In Erweiterung von Foucault richtet Keller seinen Fokus auf den „menschlichen Faktor“ (Keller 2012: 69) in der (Re-)Produktion von Diskursen. Er spricht von sozialen Akteur*innen verstanden als „Individuen und Kollektive, die Sprechpositionen einnehmen und diese in ihrer eigenwilligen Rolleninterpretation auch ausfüllen“ (Scholz/Lenz 2013: 59). Mein analytischer Blick richtet sich im Folgenden nicht nur auf Akteur*innen mit einer westdeutschen Biografie, sondern auch auf solche mit einem ostdeutschen Werdegang. Gelingt es ihnen, alternative Bilder über ostdeutsche Männer zu kreieren?

Die diskursive Konstruktion des ‚braunen Ostmannes‘ und einer ‚ostdeutschen Verlierermännlichkeit‘²

Seit den rassistischen Pogromen Anfang der 1990er-Jahre „ist die Charakterisierung des Ostens als per se rechts“, so Kathleen Heft in einem programmatischen Aufsatz, „ein wiederkehrendes Deutungsmuster im medial-öffentlichen

- 2 Ausgehend von dem Aufsatz von Heft (2018) über den ‚braunen Osten‘ habe ich im Wintersemester 2019/20 und im Sommersemester 2020 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena jeweils ein Masterseminar zum Thema durchgeführt, in dem nach der Methode der Wissenssoziologischen Diskursanalyse Medienanalysen durchgeführt wurden. Die Ergebnisse dieser Studien fließen in die folgende Darstellung ein, sie werden namentlich ausgewiesen. Ich danke den Studierenden für ihr hohes Engagement und für die Zustimmung zur Weiterverwertung ihrer Ergebnisse.

Diskurs“ (Heft 2018: 358). Der Diskurs über den ‚braunen Osten‘ hat eine implizite und eine explizite vergeschlechtlichte Dimension. Auch wenn es nicht direkt ausgesprochen wird, richtet sich der mediale Blick auf männliche, oftmals jugendliche Gewalttäter. Sie sind es, die auf Bildern und in dokumentarischen, aber auch fiktionalen Filmen zu sehen sind. Diese implizite Vergeschlechtlichung liegt darin begründet, dass Gewalt und Männlichkeit kulturell-symbolisch eng miteinander verknüpft sind. Trotz des zivilen Gewaltverbots ist sie wichtiger Bestandteil der männlichen Sozialisationsprozesse (vgl. Meuser 2002). Männern wird kulturell eine Verletzungsmächtigkeit zugeschrieben. Sie werden ausschließlich als Täter konstruiert, während hingegen Weiblichkeit mit Verletzungsoffenheit und dem Opferstatus kulturell verbunden ist. Aus diesem tief verankerten kulturellen Deutungsmuster resultiert der mediale Fokus auf (junge) Männer.

So zeigt etwa eine Analyse des Subdiskurses über rechte Demonstrationen und Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018 von Charlotte Domberg und Robin Wittrien, dass die zentrale Diskursfigur „eine wütende und aggressive Zusammenrottung an Menschen [war], die als ‚Mob‘ gedeutet wurde“ (Domberg/Wittrien 2020: 11). Dieser Mob steht etwa für Autor*innen des Politmagazins *Der Spiegel* für den „ganzen niedrigen Hass, der sich im Netz Bahn bricht – in Sachsen kann man ihn auf der Straße sehen [...] Sie sind das Fleisch gewordene Rülpfen und Tölpeln, das die sozialen Medien durchflutet“ (Bartsch u.a. 2018). Die Darstellung des Mobs ist vordergründig klassistisch, wertet ostdeutsche Menschen massiv ab und konstruiert sie als Bedrohung des bundesdeutschen Rechtsstaates. Dieser ‚Mob‘ wird implizit vergeschlechtlicht etwa durch die Verwendung des Begriffs Hetzjagd, der auf eine männlich konnotierte Tätigkeit referiert. In Bezug auf die Gewalttätigkeit des Mobs wird Männlichkeit durch Eigenschaftszuschreibungen indirekt benannt und dient der „Untermalung der Primitivität, Rüpelhaftigkeit und Aggressivität“ (Domberg/Wittrien 2020: 13).

Diese Verknüpfung von Klassismus und männlicher Vergeschlechtlichung zeigt sich etwa auch, wenn *Der Spiegel* im Kontext des 30. Jahrestages des Mauerfalls titelt: „So isser, der Ossi“³ (vgl. Scholz 2021). Auf dem Titelbild ist eine Anglermütze abgebildet, bedruckt in Schwarz, Rot und Gold, den Farben der bundesdeutschen Fahne. Diese Mütze ist wiederum ein Symbol für die in Ostdeutschland entstandene rechtspopulistische Bewegung Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes). Obwohl nur der Anglerhut abgebildet wird, dürften die meisten Betrachter*innen einen männlichen Ostdeutschen assoziieren, referiert das Bild doch auf eine weitere männlich konnotierte Tätigkeit und zudem auf ein konkretes Ereignis. Zwischen zwei Pegida-Protesten anlässlich des Besuches der Kanzlerin Angela Merkel

3 Vgl. *Der Spiegel* 2019, 35. https://magazin.spiegel.de/SP/2019/35/?utm_source=spon&utm_campaign=inhaltsverzeichnis [Zugriff: 22.03.2021].

in Dresden am 16. August 2018 filmte ein Fernsehteam einen Mann mit Anglerhut. Er beschimpfte die Reporter, daraufhin gab es eine Auseinandersetzung zwischen Polizei und Reporterteam, die eine große Medienaufmerksamkeit erlangte.⁴ Die Bedrohung der Demokratie scheint vom latent brauen Ostmann auszugehen.

Eine *explizite* Thematisierung von Männlichkeit findet sich, wenn im Diskurs über den ‚braunen Osten‘ die Frage nach einer „(un)zeitgemäßen Männlichkeit“ (Heft 2018: 361) verhandelt wird. So war insbesondere die Berichterstattung über die Bundestagswahl 2017 mit einer Debatte über die Wahlerfolge der AfD bei den ostdeutschen Männern verknüpft. Jeder vierte ostdeutsche Mann habe diese Partei gewählt, entsprechend wurden sie als „Schuldige und Sorgenkinder“ (ebd.: 361) ausgemacht. Der ostdeutsche Mann sei frustriert, abgehängt und wütend, Verlierer der Wende und des heteronormativen Geschlechterverhältnisses. Er leide an Emanzipation und Feminismus, symbolisiert durch den Gender-Wahn und das Gender-Sternchen (vgl. auch Heft 2015). Als Folie für diese Zuschreibungen fungiert die westdeutsche Familienernährer-Männlichkeit, verstanden als Alleinernährer und Familienvater. Dass diese Männlichkeitskonstruktion weder den Lebensverhältnissen in der DDR noch denen in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft entspricht, wird nicht diskutiert, sondern der ostdeutsche Mann per se als traditionell und nicht zeitgemäß eingestuft, wie dies bereits Hollstein Anfang der 1990er-Jahre behauptete.

Sucht man im Rahmen der westdeutschen Diskurshegemonie mit ihren meist westdeutschen Sprecher*innen nach ostdeutschen Sprechpositionen so zeigt sich, dass sie die diskursive Konstruktion einer ostdeutschen Verlierermännlichkeit noch verstärken. Dies möchte ich an ausgewählten Beispielen aufzeigen. Anlässlich des 30-jährigen Mauerfalls erschien in der Wochenzeitung *Freitag* ein autobiografischer Beitrag von Hendrik Bolz, der unter dem ironischen Namen *Zugezogen Maskulin* erfolgreich rappt. In diesem Artikel *Gewalt konnte jederzeit hereinbrechen* (Bolz 2019)⁵ beschreibt der Verfasser seine Kindheit in einem Neubaugebiet der DDR, die durch die Hegemonie einer rechten Jugendkultur geprägt war und für den Jungen durchaus eine Anziehungskraft besaß, da sie Sicherheit, Macht und Orientierung versprach. Dieser Artikel löste durch die Initiative des ostdeutschen ZEIT-Journalisten Christian Bangel eine Debatte unter dem Schlagwort *#Baseballschlägerjahre* aus. Er lässt sich als ein weiterer Subdiskurs zum ‚brauen Osten‘ identifizieren. Der Begriff Baseballschlägerjahre steht symbolisch für die Dominanz der

4 Vgl. bspw. Winter 2019.

5 Der Beitrag wurde unter dem pointierteren Titel *Siegeilrufe wiegten mich in den Schlaf* auf der Homepage von *Der Freitag* veröffentlicht. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/sieg-heil-rufe-wiegten-mich-in-den-schlaf> [Zugriff: 29.03.2021].

rechtsradikalen Jugendlichen im ersten Transformationsjahrzehnt.⁶ Dieser Subdiskurs nimmt auch eine „Revision“ (Ahbe 2020: 208) vor: Die Akteur*innen „dekonstruieren das Narrativ von der glücklichen Transformation Ostdeutschlands nach 1990“ (ebd.).

Die Diskursanalyse von Rieke Borges und Franziska Wiest (2020) belegt, dass in dem stark autobiografisch geprägten Diskurs ostdeutsche Männlichkeit verhandelt wird. Die Sprecher sind *weiß*, männlich und akademisch. Aus der Retrospektive beschreiben die Mitt-/Enddreißiger, die als Angehörige der *Dritten Generation Ostdeutschland*⁷ klassifiziert werden können, ihre gewaltvollen Transformationserfahrungen. Die Erzählungen identifizieren als Problem ihres Aufwachsens den Wegfall der ‚großen‘ Sozialisationsinstanzen Staat, Schule und Familie und daraus resultierende Gefühle der Verlassenheit und der Orientierungslosigkeit. Verstärkt wurde die Ohnmacht durch eine sich etablierende rechte gewalttätige Jugendkultur, die Angst und Schrecken im unmittelbaren sozialen Nahraum verbreitete. Auf diese Gewalterfahrungen wurde mit Gegengewalt reagiert, sie fungierte als „(Selbst-)Ermächtigung“ (ebd.: 23). Die Autorinnen beschreiben die Verhandlung von Männlichkeit als eine „männliche Ohn_Macht“ (ebd.: 30): „Nicht-rechts zu sein wird kaum als aktive, ermächtigende Entscheidung und Gegenwehr verhandelt, sondern als Scheitern an dominierenden rechten Männlichkeitsidealen“ (ebd.: 31). Der Subdiskurs ist anschlussfähig an westdeutsche abwertende Diskurse über Ostdeutschland: „Ostdeutschland als Verlierer der Wende, ostdeutsche Männer als machtlose und ohnmächtige Opfer und ostdeutsche Prekarität, die in rechte Gewalt mündet“ (ebd.: 38). Es zeigt sich erneut, dass die Diskursfiguren des Transformationsverlierers und braunen Ostmannes eng miteinander verknüpft sind, dabei dient die des ‚Transformationsverlierers‘ als Erklärung für die des ‚braunen Ostmannes‘.

Borges und Wiest stellen fest, dass „Frauen als aktive Akteurinnen quasi unterthematziert werden, hingegen aber durch destruktive, (zer)störerische Rollen auftauchen“ (ebd.: 37). Die älteren Frauen gelten als verantwortungslose Mütter und Lehrerinnen, deren sozialistische Erziehungsideale sich negativ auf die Sozialisation der Jungen auswirkten. Die jüngeren, der eigenen Generation angehörigen Frauen würden den Osten verlassen und dadurch die männliche Ohnmacht verstärken. Die von den Sprechern beschriebene biografische Lösung ist jedoch der bei den Frauen kritisierte, wenn auch später erfolgende eigene „Wegzug“ (ebd.: 26), er fungiert als Handlungsstrategie.

6 Mittlerweile ist dieser Diskurs über die *Baseballschlägerjahre* durch den RBB zu einer sechsteiligen Dokumentarfilmserie verarbeitet worden (vgl. <https://www.rbb-online.de/doku/b/baseballschlaegerjahre.html> [Zugriff: 29.03.2021]).

7 Der Begriff stammt von einer 2010 gegründeten Initiative von zumeist in der DDR zwischen Mitte der 1970er- und 1980er-Jahre geborenen jungen Erwachsenen, die den Diskurs über Ostdeutschland verändern wollten (Matthäus/Kubiak 2016). Diese Selbstzuschreibung hat sich mittlerweile im öffentlichen Diskurs etabliert.

Diese Verquickung von männlicher Ohnmacht und Schuldzuschreibung an Frauen findet sich auch in manchen Texten von ostdeutschen Wissenschaftler*innen, die wiederum medial sehr breit rezipiert wurden. Der Soziologe Steffen Mau spricht in seinem viel besprochenen Buch *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft* von einer „demografische[n] Maskulinisierung“ (Mau 2019: 197): Aufgrund des Geburteneinbruchs nach 1989 und der Migration von insbesondere jungen hoch qualifizierten Frauen nach Westdeutschland sei eine spezifische demografische Situation entstanden. Er argumentiert, dass der so entstandene Männerüberschuss soziale Folgeprobleme mit sich bringt. Denn insbesondere die niedrig qualifizierten Männer, die heute um die 30 bis 40 sind, finden keine Partnerin und fühlen sich deklassiert. Für ihn betrifft dies sowohl alleinlebende Männer im ländlichen Raum als auch solche, die in den DDR typischen Neubaugebieten, wie eben das untersuchte *Lütten Klein* in Rostock, leben. Obwohl er nicht pauschalisieren möchte, konstruiert er doch eine Diskursfigur:

„den alleinstehenden Mann mit geringer oder mittlerer Bildung [...]. Oft hat er einen männlich dominierten Freundeskreis, gibt sich körperbetont, manchmal ist ein Hund sein ständiger Begleiter. Er schaut gern Serien, trainiert mit Hanteln, hört laut Musik, auch Kampfkunst wird gepflegt [...] Selbstbehauptung und ostentative Dominanz gehören zum Sozialverhalten dazu, die Bereitschaft sich gegen vermeintliche Eindringlinge zur Wehr zu setzen, ist ausgeprägt.“ (Ebd. 198)

Auch wenn er davor warnt, die ostdeutschen Männer nicht in die „Schublade der zurückgelassenen Loser zu stecken, die mit Gleichgesinnten ein Rudel bilden“ (ebd.: 199), tut er es doch. Nicht thematisiert wird darüber hinaus, dass die höher qualifizierten Frauen für die niedrig qualifizierten Männer in der Regel als Partnerin gar nicht in Frage kommen, erfolgt die Paarbildung doch meist in ähnlichen Bildungsmilieu (vgl. Burkart 2008).⁸

Festhalten lässt sich, dass sich die von den westdeutschen Sprecher*innen entwickelten Diskursfiguren bezüglich der ostdeutschen Transformationsprozesse mit denen der ostdeutschen Sprecher*innen wechselseitig stützen. So wird im Hashtag *Baseballschlägerjahre* das negativ konnotierte Konstrukt des Transformationsverlierers und eine gewalttätige jugendliche Männlichkeitskonstruktion verstärkt, eine positiv besetzte erwachsene Männlichkeitskonstruktion findet sich in den Texten nicht. Unausgesprochen bleibt, ob mit dem Wegzug auch eine Anpassung an das westdeutsche bürgerliche Männlichkeitskonstrukt stattgefunden hat. Einen Weggang zeichnet auch die Biografie des Soziologen Mau aus. Die eigene erfolgreiche Karriere als Soziologe und Professor wird nicht in Bezug zu Männlichkeit gesetzt, es erfolgt lediglich eine klassistische Abgrenzung von den Männern der unteren sozialen Bildungsschichten, die eigene männliche Identität bildet eine diskursive Leerstelle in

8 Ein weiterer solcher Text ist der Artikel *Abwanderung, Alterung, Frauenschwund. Die verkannte Gefahr für eine offene Gesellschaft* von Katja Salomo (2019).

dem Buch. In welcher Lebensform der Soziologe lebt, ob er Vater ist, erfahren wir nicht. Dies ist für einen an Objektivität orientierten Soziologieprofessor auch nicht verwunderlich, im Vordergrund steht die professionelle Identität. Dennoch fällt auf, dass auch die anderen Autoren des Hashtag *Baseballschlägerjahre* über ihre Lebens- und Liebesformen, einschließlich Vaterschaft, schweigen.

Zusammenfassen lässt sich: Alternative Perspektiven auf ostdeutsche Männer und Männlichkeit werden unter den Bedingungen der westdeutschen Diskurshegemonie nicht entwickelt. Wie könnten solche Perspektiverweiterungen aussehen? Dieser Frage wird in einem nächsten Schritt mit Bezug auf (eigene) Studien aus der Geschlechterforschung nachgegangen.

Vaterschaft in Ostdeutschland – eine diskursive Leerstelle

Wie gezeigt rekurren sowohl der Transformationsdiskurs als auch der Diskurs über den ‚braunen Osten‘ auf eine westdeutsche Familienernährer-Männlichkeit als implizite und unhinterfragte Normalitätsfolie. Mit der Teilung Deutschlands 1945 haben sich allerdings zwei unterschiedliche Geschlechterverhältnisse herausgebildet, die auch dreißig Jahre nach der Wende noch nachwirken. Zentrale Charakteristika für das sozialistische Geschlechterverhältnis waren die Integration beider Geschlechter in die Erwerbssphäre, die Ablösung des männlichen Familienernährer-Modells durch das „Doppel-Verdiener-Modell“ (Dölling 2005: 23) und eine patriarchal-paternalistische Fürsorgepolitik ausgerichtet auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen. Der forcierte Wandel des weiblichen Lebenszusammenhangs veränderte auch den männlichen. Wie entsprechende Untersuchungen belegen, erhöhte die oft vollzeitliche Erwerbstätigkeit der Frauen die Beteiligung der Männer an der Fürsorgearbeit von Generation zu Generation (vgl. Scholz 2012). Ende der 1980er-Jahre avancierte die Kinderbetreuung zum Feld des männlichen Engagements in der Familie (vgl. Gysi und Meier 1991). Während die Verantwortung für die Hausarbeit weiterhin bei den Müttern lag, haben sich die sozialen Praxen von Vätern im Verlauf der DDR-Zeit hin zu einer aktiven Vaterschaft gewandelt. Auf der Diskursebene zeigen sich erste Anzeichen dieses Wandels bereits in den 1970ern. In den 1980ern ist ein relativ breiter Diskurs in den Medien, aber auch in der Wissenschaft geführt worden. Neben das Konstrukt des „zärtlichen Vaters“ (Dölling 1991: 216) trat die Figur des „Familienvaters“ (Schochow 2009: 82), der zugleich ein „fürsorglichen Vater“ (Dreßler 2018: 47) war.

Der DDR-Geschlechtervertrag traf in den 1990ern auf einen konträren kulturellen Konsens zur Gestaltung der Geschlechterarrangements, charakterisiert

durch das „modernisierte Versorgermodell“ (Pfau-Effinger 1993: 644) mit einem erwerbstätigen Ehemann und Vater sowie einer Teilzeit arbeitenden Ehefrau und Mutter. Die Erwerbsintegration der westdeutschen Frauen war deutlich niedriger, typisch war Teilzeitarbeit. Die Betreuung der Kleinkinder wurde weiterhin dem privaten Bereich zugeordnet. Im Hinblick auf die Fremdbetreuung wurde die Vorstellung eines „Schadensparadigma[s]“ (Behnke 2012: 115) geteilt, d.h. ein gesundes und die Entwicklung förderndes Aufwachsen ist nur in unmittelbarer Nähe der Mutter möglich. Insofern war auch das Angebot für die außerhäusliche Betreuung von Kleinkindern bis zum Ende des dritten Lebensjahres sehr klein. Ähnlich wie in der DDR setzte auch in Westdeutschland in den 1980ern ein medialer Diskurs über aktive Vaterschaft ein, der von einer sich konstituierenden (psychologischen) Väterforschung verstärkt wurde.

Die Rede von den ‚neuen Vätern‘ ist seitdem medial, aber auch geschlechterpolitisch nicht mehr verstummt (vgl. Scholz 2021). Sie materialisiert sich in Zeitschriften für Väter, Väterinitiativen oder Väterratgebern. Politisch institutionalisiert wurde die Aufwertung von Vaterschaft durch die Einführung der zwei Vatermonate in das Elterngeld im Jahr 2007. Diese Entwicklung ist mit Erwartungen an eine Gleichberechtigung im privaten Zusammenleben verbunden. Der Vaterschaftsdiskurs wurde mehr und mehr zu einem Gleichstellungsdiskurs (vgl. Behnke u.a. 2013). Verschafft man sich einen Überblick, welche soziale Gruppe im Mittelpunkt der Diskursivierung von Vaterschaft steht, so sind es westdeutsche Väter aus einem oftmals bildungsbürgerlichen Milieu (vgl. Scholz 2013).

Vergleicht man hingegen die Praxen ost- und westdeutscher Väter, so belegen die Studien, dass ostdeutsche Väter im Vergleich mit westdeutschen häufiger an der Sorgearbeit für Kinder, aber auch am Haushalt beteiligt sind.⁹ Bemerkenswert ist die alltägliche und regelmäßige Beteiligung, auch wenn sie einen sehr unterschiedlichen Umfang bei den einzelnen Männern hat. Die Frauen übernehmen, wie bereits zu DDR-Zeiten, auch weiterhin den größten Teil der Hausarbeit. Es wird an einer Integration von beiden Geschlechtern in die Erwerbsarbeit festgehalten. Das männliche Ernährer-Modell hat wenig Rückhalt und „der komplementäre Part der Hausfrau ist nicht besetzt“ (Helfferich 2017: 255). Die reproduktive Kultur in Ostdeutschland und damit auch die Praxen von Vaterschaft sind demnach noch immer durch die „Tradition einer sozialistischen Familien- und Arbeitsmarktpolitik“ (ebd.: 256) geprägt.

9 In meiner Dissertation rekonstruiere ich die Vaterschaftspraxen von Männern, die zwischen Mitte der 1950er- bis Mitte der 1960er-Jahre geboren wurden, und analysiere die Bedeutung der Vaterschaft in der Lebensgeschichte (vgl. Scholz 2004: 225–237). Die vorliegende Analyse beruht auf der Sichtung einer Vielzahl von Studien, die aus Platzgründen nicht ausführlicher dargestellt werden können (vgl. Scholz 2021).

Die ostdeutsche Vaterschaftspraxis lässt sich als eine *pragmatisch-selbstverständliche* bezeichnen. Denn die sich über die Generationen (bisher) tradierenden Praxen einer beiläufigen Selbstverständlichkeit von aktiver Vaterschaft sind verbunden mit einer pragmatischen Handlungsorientierung (vgl. Scholz 2004; Behnke 2012). Eine geschlechterpolitische Rahmung des Vaterschaftsdiskurses findet im Gegensatz zur westdeutschen Mittelschicht nicht statt. Cornelia Behnke, Diana Lengersdorf und Michael Meuser zeigen in ihrer Ost-West-Vergleichsstudie, dass die ostdeutschen Vaterschaftspraxen im Vergleich zum Westen egalitärer sind und „nachhaltiger fundiert als die geschlechterpolitisch ‚aufgeklärte‘ Haltung der westdeutschen [Mittelschichts-]Väter“ (Behnke u.a. 2013: 206).

Diskussion und Plädoyer für eine Differenzierung der Diskurse

Wie lassen sich nun die Diskursfiguren des ‚Ostmannes als Transformationsverlierer‘ und des ‚braunen Ostmannes‘ auf der einen Seite und die Empirie des pragmatisch-selbstverständlichen Vaters auf der anderen Seite vermitteln? Ich vermute, dass die Unterschiede in den hegemonialen Männlichkeitskonstruktionen in Ost und West eine zentrale Ursache dafür sind. In der DDR war eine durch die Arbeiterklasse geprägte Männlichkeit in Verbindung mit einer eher kleinbürgerlichen Kultur hegemonial. In ihrem Selbstverständnis war die DDR eine „arbeiterliche Gesellschaft“ (Engler 2002; Mau 2019). Männlichkeit war entsprechend durch berufliche Facharbeit bestimmt, die in eine arbeiterliche Gemeinschaft, insbesondere am Arbeitsplatz, eingebunden und weniger individualisiert war. Entsprechend der Dominanz der Industriearbeit war körperliche Kraft hochgeschätzt. Diese Arbeitermännlichkeit, so habe ich argumentiert, erweiterte sich ab den 1970er-Jahren um eine aktive Vaterschaft. Anders als in dem Frauenleitbild der berufstätigen Mutter (vgl. Dölling 1991; Dreßler 2018) blieben jedoch Erwerbstätigkeit und Vaterschaft im Männerleitbild unverbunden nebeneinanderstehen. Auch wenn es in den jüngeren DDR-Generationen zunehmend Kritik an heroisierten Konstrukten der Arbeitshelden gab, die die politische Elite der DDR kreiert hatten, blieb Erwerbsarbeit bis zum Ende der DDR zentral für die Identitätskonstruktion von Männern (vgl. Scholz 2004, 2010). Auch nach dem Ende des DDR-Staates verstanden sich viele Männer (und Frauen) weiterhin als Arbeiter (und Arbeiterinnen) (vgl. Engler 2002; Mau 2019).

Dieses Männlichkeitskonstrukt traf in den 1990er-Jahren auf eine westdeutsche Unternehmersmännlichkeit, die durch die Kultur der Mittel- und Oberschichten geprägt ist. Sie zeichnet sich aus durch die Verfügung über

ökonomisches Kapital und Statussymbole, beruflichen Erfolg, eine ausgeprägte Konkurrenz- und Dominanzfähigkeit gegenüber anderen Männern sowie ‚Erfolg‘ bei Frauen, der viele Formen von sexuellen Eroberungen bis statusgemäßen Ehen umfassen kann (vgl. Brandes 2008). Gemeinsam ist den jeweiligen hegemonialen Männlichkeitskonstrukten die Bedeutsamkeit von Berufsarbeit, jedoch unterscheidet sich die Einbindung: An der Gemeinschaft orientierte ‚Helden der Arbeit‘ standen nun, so Holger Brandes, individualisierten ‚Workaholics‘ gegenüber (ebd.). In Anlehnung an die kritische Weißseinsforschung lässt sich eine weitere Gemeinsamkeit feststellen: Hegemoniale Männlichkeit war mit einem „hegemonialen Deutsch-Sein“ (Goel 2021: 11) verbunden. Nach der ‚Wiedervereinigung‘ wurde dieses hegemoniale Deutsch-Sein mit westdeutscher Männlichkeit verknüpft, während ostdeutsche Männlichkeit abgewertet und marginalisiert wurde.

Ich vermute, dass die kulturelle Distanz der westdeutschen Akteur*innen in den Medien zu den ostdeutschen arbeiterlichen Menschen und ihrem Habitus zu einer Ignoranz ihrer Geschlechter- und Vaterschaftspraxen führt und eine Zuschreibung rechter und nationalistischer Einstellungen erleichtert. Bezüglich der aktiven Vaterschaftspraxen kann man aus meiner Perspektive von einer symbolischen Enteignung ostdeutscher Väter sprechen. Die damit verbundene symbolische Gewalt will ich als „Klassismus“ (Kemper/Weinbach 2020) bezeichnen. Er strukturiert die westdeutsche Diskurshegemonie bezüglich der Berichterstattung über die hier verhandelten Themen und orientiert sich zudem an der westdeutschen Sicht auf Klassen. In der DDR war hingegen die Idee einer Nivellierung der Klassen zu Gunsten der Herausbildung einer arbeiterlichen Gesellschaft verbreitet. Sie war politisch gewollt, führte zu Abschwächungen, jedoch keineswegs zur Auflösung sozialer Ungleichheiten und beeinflusste die sozialen und kulturellen Selbstzuschreibungen der Ostdeutschen, die, wie oben beschrieben, bis in die Gegenwart nachwirken.¹⁰ Die Diskurshegemonie ist demnach präziser als eine westdeutsch-bürgerliche zu charakterisieren, die von männlichen *weißen* Akteuren dominiert ist.

Die kulturelle Abwertung der Arbeitermännlichkeit verbunden mit den Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, beruflichen Neuorientierungen und oftmals diskontinuierlichen Erwerbsbiografien in den vergangenen 30 Jahren – der Historiker Phillip Ther (2019) spricht von einer unbearbeiteten Einheitskrise – können erklären, warum ein Teil der ostdeutschen Männer für die rechtspopulistischen Adressierungen empfänglich ist. Insbesondere die Partei AfD nimmt die Deklassierungserfahrungen der ostdeutschen Arbeiter auf, appelliert an ihre Männlichkeit und verspricht ihnen eine kulturelle Aufwertung. Dabei spielt auch die Familie eine zentrale Rolle, wenn auch in Form tradierter Geschlechterkonzepte einer Ernährer- und Beschützermännlichkeit. Doch im

10 Wie Klassismus in Bezug auf die DDR zu konzipieren ist, ist eine noch wenig erforschte Dimension (vgl. Kemper/Weinbach 2020: 79ff.).

Vergleich mit der diskursiven Leerstelle einer ostdeutschen pragmatisch-selbstverständlichen Vaterschaft finden sich in den rechtspopulistischen Adressierungen zumindest Anchlüsse an eine Familienmännlichkeit, denn die tradierte Familie wird in den rechten Diskursen hochgeschätzt (vgl. Kämper 2018; Sauer 2018). Rechte Männlichkeit schließt eine Orientierung an Familie demnach nicht aus, im Gegenteil, beides ist gut miteinander vereinbar. So thematisiert David Begrich, dass die jungen Männer der, wie er es nennt, ‚Generation Hoyerswerda‘ mittlerweile Familie haben und als Väter ihre rechten Einstellungen an ihre Kinder weitergeben, sie aber auch in Kindergarten und Schule als ‚besorgte Eltern‘ hineinragen (vgl. Miteinander e.V. 2015). Eine weitere Subjektposition, die rechtspopulistische Kräfte anbieten, ist die des explizit ‚braunen Mannes‘, der für den völkischen Nationalismus soldatisch kämpft. Insbesondere der westdeutsche AfD-Politiker Björn Höcke konstituiert eine ‚neue‘ völkisch-nationale, faschistische Männlichkeit und wendete sich in den vergangenen Wahlkämpfen explizit an Ostdeutsche (vgl. Hauke in diesem Band). Die negative Diskursfigur des ‚braunen Ostmannes‘ wird in diesem Kontext in ein positives Identitätsangebot transformiert.

Gerade an der Person von Höcke zeigt sich, dass die herausgearbeitete diskursive Verschiebung des Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus in dem Ostteil des Landes hochproblematisch ist. Denn die diskursive Konstruktion eines ‚braunen Ostens‘ hat eine Verdeckungsfunktion: Sie ermöglicht es der westdeutschen Gesellschaft, sich *nicht* mit den rechtsextremistischen Einstellungen in der westdeutschen Bevölkerung auseinanderzusetzen (vgl. Heft 2018; Lessenich 2013; Quent 2016). Mittels verschiedener diskursiver Strategien wird die Ursache für den Rechtsextremismus in die DDR-Vergangenheit verlagert. Behauptet wird, dass aus den frühen sozialisatorischen Erfahrungen in einem autoritären Staat eine autoritäre Persönlichkeit oder zumindest autoritäre Einstellungen resultieren. Die Verdeckung erfolgt auch durch eine spezifische mediale Aufbereitung wissenschaftlicher Untersuchungen (vgl. Scholz 2021). Kritische Sichtungen zeigen jedoch, dass der Rechtsextremismus keine „originär ostdeutsche Erscheinung“ (Quent 2016: 110) darstellt, auch wenn ostdeutsche Besonderheiten bestehen, wie die hohe Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit oder die Kritik an der Demokratiepraxis.

Von vielen Ostdeutschen wird die homogenisierende Zuschreibung des ‚braunen Ostens‘ berechtigt als undifferenzierte West-Perspektive zurückgewiesen. Jedoch erfolgt unter diesen Voraussetzungen auch keine Auseinandersetzung mit rassistischen Verhältnissen. Die „weiße ostdeutsche Mehrheitsgesellschaft“ (Hauke 2020: 54) kann sich als „Opfer der Verhältnisse“ (ebd.) darstellen, während die Betroffenen von rassistischer Gewalt¹¹

11 Siehe dazu etwa die Rekonstruktionen von rassistischen Gewalttaten in Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus (2015).

kaum beachtet werden. Durch diese Zuschreibungspraxis und deren Zurückweisung erfolgt schlussendlich weder in Ost- noch in Westdeutschland eine Auseinandersetzung mit dem tief in die deutsche Geschichte eingeschriebenen (Alltags-)Rassismus.

Eine Verdeckungsfunktion hat auch der eng mit dem Diskurs über den ‚braunen Osten‘ verknüpfte Diskurs über die ‚ostdeutsche Verlierermännlichkeit‘, denn auf diese Weise werden die egalitäreren Geschlechterarrangements in Ostdeutschland unsichtbar gemacht. Statt den Blick auf die in Partnerschaften mit und ohne Kinder lebenden Paare zu richten, wird das Bild des einsamen Transformationsverlierers instrumentalisiert, der an der Imbissbude Bier trinkend den guten alten Zeiten hinterherjammert. Die Modernisierung der gesamtdeutschen Geschlechterverhältnisse gilt als Ergebnis sich wandelnder Geschlechterarrangements westdeutscher Paare und der westdeutsche Vater steht im Rampenlicht der medialen und geschlechterpolitischen Diskurse. Die beschriebene hegemoniale bürgerliche Männlichkeit hat sich in den vergangenen 20 Jahren um eine aktive Vaterschaft erweitert, die jedoch keineswegs mit einer Reduktion von Arbeitszeiten oder einer gleichberechtigten Beteiligung an der Fürsorgearbeit einhergeht. Dass ein solcher Blick die Transformationspotentiale ostdeutscher Geschlechterpraxen übersieht, thematisiert 2015 die ostdeutsche Familienministerin Manuela Schwesig. In der von ihr zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung herausgegebenen Studie über die Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ost- und Westdeutschland (vgl. BMFSFJ 2015) wurde meiner Kenntnis nach erstmalig in der Geschichte der Wiedervereinigung offiziell von politischer Seite behauptet, dass aus Ostdeutschland „Gleichstellungsimpulse für ganz Deutschland“ (ebd.: 14) gesetzt worden sind. Diese beziehen sich auf die Erwerbsintegration und die Anerkennung von Vollzeitberufstätigkeit von Müttern. Aber auch eine höhere Partizipation von Vätern an der Kinderbetreuung und Erziehung, die sich bis in die Gegenwart tradiert hat, ließe sich bereits zu DDR-Zeiten nachweisen (ebd.: 80).

Doch auch wenn sich in diesem Dokument eine Anerkennung von ostdeutschen Männern als gleichberechtigte Partner und Väter findet, habe ich argumentiert, dass sich im öffentlichen Diskurs kaum alternative ostdeutsche männliche Subjektpositionen finden lassen. Nun kann man fragen, ob solche Alternativen überhaupt notwendig sind. Wichtiger aus meiner Sicht wäre eine Reflexion der impliziten und expliziten Männlichkeitskonstrukte und eine gesellschaftliche Debatte darüber. Vordergründig pluralisiert der eingangs zitierte Machowecz (2018) zwischen ostdeutschen Männern entlang der Generationengrenze. Den älteren ostdeutschen Männern schreibt er aufgrund der Transformationserfahrungen rechtspopulistische Einstellungen, Wut, Resignation, aber auch Gewalthandlungen zu. Als positives (Leit-)Bild wird der ‚junge Ostmann‘, als solcher versteht sich auch der Autor, inthronisiert: „Er kennt beide Welten, er spürt die Nachwehen der Wendezeit ebenso wie jene der Neunzigerjahre, er war schneller in Verantwortung als jeder gleichaltrige

junge Mann im Westen, weil die Generation vorher im Osten eben einfach ausfiel.“ (Machowecz 2018) Interessant sind an dem Artikel die vielseitigen Zuschreibungsprozesse, die der Autor vornimmt, die mit Auf- und Abwertungen verbunden sind. Sie genauer zu reflektieren und die damit verbundenen Ein- und Ausschlüsse zu thematisieren, ist eine anstehende Aufgabe.

Für die Geschlechterforschung stellt sich dreißig Jahre nach der Vereinigung die Aufgabe, die Komplexität von biografischen Erfahrungen in der DDR und im Transformationsprozess intersektional zu rekonstruieren und zu untersuchen, warum sie bei einem Teil der Männer zu einer Ansprechbarkeit durch rechtspopulistische Diskurse führt, bei anderen Männern jedoch nicht. Viel zu wenig sind diejenigen Männer (und Frauen) im Fokus der Medien, die *nicht* rechts wählen, sich *nicht* an rassistischen Gewalttaten beteiligen oder sich gegen rechts politisch engagieren. Den Blick auf diese Lebensrealitäten zu richten, wäre eine Möglichkeit, das stereotype Bild des Ostmannes und nebenher auch der Ostfrau zu differenzieren und zu pluralisieren. Die Diskursivierung der ostdeutschen Geschlechterarrangements sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft könnte ein Weg sein, eine solche Differenzierung zu erreichen. In dieser Hinsicht könnte das bisher unerschlossene Potential in Ostdeutschland lebender Männer und Frauen, einschließlich „‘ostdeutscher Migrant*innen‘ bzw. ‚migrantischer Ostdeutscher‘“ (Goel 2021: 17) zur Gestaltung des Wandels der Geschlechterverhältnisse sichtbar und anschlussfähig gemacht werden.¹²

Literaturverzeichnis

- Ahbe, Thomas (2020): Das Ende vom Lied. Ostdeutschland und die Ostdeutschen als Erzählung. In: Hofmann, Michael (Hrsg.): Umbruchserfahrungen. Geschichten des deutschen Wandels von 1990 bis 2020 erzählt von ostdeutschen Sachverständigen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 183–215.
- Ahbe, Thomas (2004): Die Konstruktion der Ostdeutschen. Diskursive Spannung, Stereotype und Identitäten seit 1989. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 54, 41–42, S. 12–22.
- Behnke, Cornelia/Lengersdorf, Diana/Meuser, Michael (2013): Egalitätsansprüche vs. Selbstverständlichkeiten: Unterschiedliche Rahmungen väterlichen Engagements bei Paaren aus den westlichen und östlichen Bundesländern. In: Gender Sonderheft 2. Paare und Ungleichheit(en) – eine Verhältnisbestimmung, S. 192–209.

12 Ich danke Gabriele Jähnert und Kathleen Heft für die Kommentierung des Aufsatzes und damit verbunden wichtigen Hinweisen und Ergänzungen. Auch den Diskutant*innen des Arbeitskreises West-Ost am Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und des Forschungskolloquiums meines Arbeitsbereiches Qualitative Sozialforschung und Mikrosoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena danke ich für viele Anregungen.

- Behnke, Cornelia (2012): Partnerschaftliche Arrangements und väterliche Praxis in Ost- und Westdeutschland. Paare erzählen. Opladen: Barbara Budrich.
- Bluhm, Michael/Jacobs, Olaf (2016): Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. https://www.peter-lang.com/view/9783631787625/chapter01.xhtml#ch_1 [Zugriff: 30.03.2021].
- Borges, Rieke/Wiest, Franziska (2020): Die Baseballschlägerjahre – Männlichkeit in der Transformation. Eine Diskursanalyse. Forschungsbericht im Rahmen des Masterseminars: Einführung in die Wissenssoziologische Diskursanalyse. Friedrich-Schiller-Universität Jena (unveröff.).
- Burkart, Günter (2008): Familiensoziologie. Konstanz: UVK.
- Brandes, Holger (2008): Hegemoniale Männlichkeiten in der DDR und BRD. In: Scholz, Sylka/ Willms, Weertje (Hrsg.): Postsozialistische Männlichkeiten in einer globalisierten Welt. Münster: Lit, S. 59–79.
- Dreßler, Sabine (2018): Mutterschaft aus Sicht von Müttern. Die Vielgestaltigkeit kollektiven Orientierungswissen. Weinheim: Beltz Juventa.
- Domberg, Charlotte/Wittrien, Robin (2020): ‚Braunes Sachsen‘ als Bewährungsprobe für den bundesdeutschen Rechtsstaat. Eine Diskursanalyse zu den Ereignissen in Chemnitz. Forschungsbericht im Rahmen des Masterseminars: Einführung in die Wissenssoziologische Diskursanalyse. Friedrich-Schiller-Universität Jena (unveröff.).
- Dölling, Irene (2005): Ostdeutsche Geschlechterarrangements in Zeiten des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. In: Schäfer, Eva/Dietzsch, Ina/Drauschke, Petra/Peinl, Iris/Penrose, Virginia/Scholz, Sylka/Völker, Susanne (Hrsg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 16–34.
- Dölling, Irene (1991): Der Mensch und sein Weib. Geschichtliche Ursprünge und Perspektiven. Berlin: Karl Dietz.
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau.
- Goel, Urmila (2021): Von ‚Ostdeutschen‘, Migrant*innen‘ und hegemonialem Deutsch-Sein. In: Matthäus, Sandra (Hrsg.): Der andere Blick auf „den Osten“. Zum Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Bielefeld: Transcript (in Vorbereitung).
- Gysi, Jutta/Dagmar Meyer (1993): Leitbild: berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945 – 1992. Bonn: BpB, S. 166–191.
- Hauke, Cash J. (2020): Rechte Identitätspolitik und „Der Osten“. Eine Analyse aus intersektionaler Perspektive. In: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Autoritäre Formierung. Der Durchmarsch von rechts geht weiter. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 46–59.
- Helfferich, Cornelia (2017): Familie und Geschlecht. Eine neue Grundlegung zur Familiensoziologie. Opladen: Barbara Budrich.
- Heft, Kathleen (2020): Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse. Opladen: Budrich Academic Press.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster. In: Feministische Studien 36, S. 357–366.

- Heft, Kathleen (2015): Der Osten Deutschlands als (negative) Avantgarde. Vom Kommunismus zum Anti-Genderismus. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Anti-Genderismus*. Bielefeld: Transcript, S. 183–199.
- Hollstein, Walter (1992): *Die Männer. Vorwärts oder zurück?* München: Knaur.
- Kämper, Gabriele (2018): Hart am Wind. Rechte Lektüren zwischen Untergang und Offensive. In: *Feministische Studien* 36, 2, S. 251–268.
- Keller, Reiner (2012): Der menschliche Faktor. Über Akteur(innen), Sprecher(innen), Subjektpositionen, Subjektivierungsweisen in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): *Diskurs – Macht – Subjekt*. Wiesbaden: Springer VS, S. 69–107.
- Keller, Reiner (2004): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kemper, Andreas/Weinbach, Heike (2020): *Klassismus*. Münster: Unrast.
- Kollmorgen, Raj (2015): Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigungsprozess. In: *Berliner Debatte Initial* 26, S. 17–34.
- Kracht, Günter (1999): Was nun, Held der Arbeit? Ostdeutsche Männlichkeit in Krise und Wandel. In: *Berliner Debatte Initial* 10, S. 51–61.
- Lessenich, Stephan (2013): Brauner Osten? Rechtsextremismus als deutsch-deutscher Einsatz und Effekt. In: Schmincke, Imke/Siri, Jasmin (Hrsg.): *NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund*. Bielefeld: Transcript, S. 135–143.
- Lierke Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.) (2020): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (2016): Eine Einleitung. In: Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (Hrsg.): *Der Osten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–16.
- Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Meuser, Michael (2002): „Doing Masculinity“ – Zur Geschlechtslogik männlichen Gewalthandelns. In: Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild (Hrsg.): *Gewaltverhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt*. Frankfurt: Campus, S. 53–78.
- Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hrsg.) (2015): *Im Schatten der Wende. Rassismus und Neonazismus in Zeiten des Umbruchs*. 2. korrigierte und erweiterte Auflage. Magdeburg und Halle (Saale), 64 S. <https://www.miteinander-ev.de/wp-content/uploads/2017/09/ImSchattenderWende.pdf> [Zugriff: 30.03.2021].
- Moebius, Stephan/Markus Schroer (Hrsg.) (2010): *Diven, Häcker, Spekulanten. Sozialfiguren der Gegenwart*. Berlin: Suhrkamp.
- Quent, Matthias (2016): Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern. In: Frindte, Wolfgang/Genschkel, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska (Hrsg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. Wiesbaden: Springer VS, S. 99–117.
- Pappert, Steffen/Schröter, Melani (2008): Der Vereinigungsdiskurs als Spaltungsdiskurs in der Spiegel-Berichterstattung 1990–2000. In: Roth, Kersten S./Wienen, Markus (Hrsg.): *Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West*. Hamburg: Hempen, S. 157–177.

- Pfau-Effinger, Birgit (1993): Macht des Patriarchats oder Geschlechterkontrakt? Arbeitsmarkt-Integration von Frauen im internationalen Vergleich. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 23, S. 633–663.
- Rödder, Andreas (2015): Ist die deutsche Einheit Geschichte? In: *Forschung und Lehre* 22, S. 820–824.
- Salomo, Katja (2019): Abwanderung, Alterung, Frauenschwund. Die verkannte Gefahr für eine offene Gesellschaft. In: *WZB Mitteilungen* 165, S. 17–19.
- Sauer, Birgit (2018): Radikaler Rechtspopulismus als männliche Identitätspolitik. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): *Arbeiterbewegung von rechts?* Frankfurt am Main: Campus, S. 313–324.
- Schochow, Maximilian (2009): Der „Familienvater“. Von der Produktion einer DDR-Männlichkeit im Kontext demographischer Wissensbestände und sozialpolitischer Praktiken. In: Nagelschmidt, Ilse/Wojke, Kristin (Hrsg.): *Typisch männlich!?* Berlin: Peter Lang, S. 77–98.
- Schönherr, Michael/Jacobs, Olaf (2019): Ostfrauen – Wege zur Macht. Ostdeutsche Frauen in den Eliten und die Frauenquote in Ostdeutschland. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/studie-ostfrauen.file.html/Ostfrauen.pdf> [Zugriff: 30.03.2021].
- Scholz, Sylka (2021): The East German Man: „Brown Perpetrator of Violence“, „Sensitive Father“? An Exploration of Media Discourses and Scholarly Studies. In: Bluhm, Katharina/Pickhan, Gertrud/Stypinska, Justyna/Wierzycholska, Agnieszka (Hrsg.): *Gender and Power in Eastern Europe: Changing Concepts of Femininity and Masculinity in Power Relations*. Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen).
- Scholz, Sylka (2020): Erfolgreiche Ostfrauen und nach rechts abdriftende Ostmänner. Was ist los im ostdeutschen Geschlechterverhältnis? In: Hofmann, Michael (Hrsg.): *Umbruchserfahrungen. Geschichten des deutschen Wandels von 1990 bis 2020 erzählt von ostdeutschen Sachverständigen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 71–90.
- Scholz, Sylka (2013): Liebe und Elternschaft auf Dauer? Zusammenfassende Auswertung der Ratgeberanalysen und weiterführende Forschungsfragen. In: Scholz, Sylka/Lenz, Karl/Dreßler, Sabine (Hrsg.): *In Liebe verbunden. Zweierbeziehungen und Elternschaft in populären Ratgebern von den 1950ern bis heute*. Bielefeld: Transcript, S. 299–340.
- Scholz, Sylka (2012): *Männlichkeitssoziologie. Studien aus den sozialen Feldern Arbeit, Politik und Militär im vereinten Deutschland*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Scholz, Sylka (2010): Vom starken Helden zum zärtlichen Vater? Männlichkeit und Emotion in der DDR. In: Burotta, Manuel/Verheyen, Nina (Hrsg.): *Die Präsenz der Gefühle. Männlichkeit und Emotion in der Moderne*. Bielefeld: Transcript, S. 203–229.
- Scholz, Sylka (2004): *Männlichkeiten erzählen. Lebensgeschichtliche Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Scholz, Sylka/Lenz, Karl (2013): *Ratgeber erforschen*. In: Scholz, Sylka/Lenz, Karl/Dreßler, Sabine (Hrsg.): *In Liebe verbunden. Zweierbeziehungen und Elternschaft in populären Ratgebern von den 1950ern bis heute*. Bielefeld: Transcript, S. 49–75.

Ther, Philipp (2019): Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation. Berlin: Suhrkamp.

Quellen

- Bartsch, Matthias u.a. (2018): Wer das Sagen hat. In: Der Spiegel 2018, 36. <https://www.spiegel.de/politik/wer-das-sagen-hat-a-32b3d9e1-0002-0001-0000-000159191286> [Zugriff: 30.03.2021].
- Bolz, Hendrik (2019): Gewalt konnte jederzeit hereinbrechen. In: Der Freitag 2019, 41. Online: Bolz, Hendrik (2019): Siegheilrufe wiegten mich in den Schlaf. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/sieg-heil-rufe-wiegten-mich-in-den-schlaf> [Zugriff: 29.03.2021].
- Machowecz, Martin (2018): Oh, Ostmann. In: Zeit ONLINE vom 29.09.2017. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/ostdeutschland-maenner-wut-frauen-ddr> [Zugriff: 30.03.2021].
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Der Spiegel (2019): So isser, der Ossi (Titelbild). In: Der Spiegel 2019, 35. https://magazin.spiegel.de/SP/2019/35/?utm_source=spon&utm_campaign=inhaltsverzeichnis [Zugriff: 30.03.2021].
- Winter, Steffen (2019): Der „Hutbürger“ will Geld vom ZDF. Spiegel ONLINE. <https://www.spiegel.de/plus/pegida-demonstrant-aus-dresden-der-hutbuenger-will-geld-vom-zdf-a-00000000-0002-0001-0000-000164407508> [Zugriff: 30.03.2021].

Selbstbilder als Forschungsressource. Interviews mit drei Frauengenerationen zu den Umbrüchen von 1989 im Projekt *Frauengedächtnis*

Heike Schimkat

Im internationalen Forschungs- und Bildungsprojekt *Frauengedächtnis. Auf der Suche nach dem Leben und der Identität von Frauen im Sozialismus*¹ wurde von 1998 bis 2003 ein Forschungsfundus von 130 biographischen Interviews mit Frauen aus der DDR geschaffen. In Ostdeutschland koordinierte das Projekt Marina Grasse (früher Beyer) für das Ost-West-Europäische FrauenNetzwerk (OWEN e.V.); die Interviews führten die Journalistinnen Rosemarie Mieder und Gislinde Schwarz. Diese erzählten Erinnerungen von zwischen 1920–1960 geborenen Frauen, die bis dahin ihre längste Lebenszeit im Sozialismus gelebt hatten, sind 2018–2019 in einem Projekt der Genderbibliothek des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) für das Digitale Deutsche Frauenarchiv (DDF) archivalisiert worden und stehen Forscher*innen als Ressource für die Analyse zeitgeschichtlicher Themen zur Verfügung.

Dieses DDF-Projekt stellten die drei Mitarbeiterinnen, Karin Aleksander, Bärbel Mierau und Heike Schimkat, im Anschluss an eine Führung durch die Genderbibliothek (ZtG 2019b) auf der Konferenz *Feministische Visionen und Perspektiven vor/nach 1989 – Einmischen, Gestalten, Provozieren* vor. Die Konferenz trug zu den öffentlichen Debatten im 30. Jubiläumsjahr 2019 bei, unterschied sich aber von anderen Veranstaltungen² durch ihre feministische, intersektionale, interdisziplinäre und internationale Perspektive. Als Teil der Projektvorstellung verlasen wir Originalzitate aus den Interviews zu Themen wie Vereinbarkeit, Alltagserfahrung, Leben im Sozialismus und spielten eine Hörprobe vor. Bei den Zitaten handelte es sich nicht um sozialwissenschaftlich oder literarisch bearbeitete Texte, wie der Protokollband Maxie Wanders (1977), sondern um ungeschliffene Diamanten im Sinne authentischer individueller Stimmen. Wie schon bei anderen Lesungen³, stießen wir auf positive

1 Der englische Titel für das Gesamtprojekt ist *Women's Memory*.

2 Eine Ausnahme bildet „Ambivalente Transformationen. ‘1989’ zwischen Erfolgserzählung und Krisenerfahrung“ (s. Tagungsbericht Hendrikje Grunow, H-Soz-Kult 2020).

3 i.d.a.-Dachverband e.V. (2019); Hansestadt Stralsund (2019); ZtG (2019a).

Reaktionen, mehr Interesse an den Interviews und dem Projekt. Einige der Originalzitate provozierten ein Lachen im Publikum, weil auf den Punkt genau etwas über eine Zeit, ein Ereignis, eine Stimmung formuliert wurde: Denn unsere Sinnbildung ist stets provisorisch und Lebenserzählungen verändern sich mit der Zeit, genau wie wir selbst und die Welt um uns herum (vgl. Horsdal 2013). Bei erzählten Lebensgeschichten handelt es sich um gegenwärtige Produktions- und Reproduktionsleistungen und eine selektive Rekonstruktion erlebter Lebensgeschichte (vgl. Fischer-Rosenthal/Rosenthal 1997: 149).

Im Folgenden wird die Bedeutung ostdeutscher Selbstbilder dargestellt und beschrieben, welche Ressourcen diese Interviews zu den Umbrüchen für die Biographie-, Transformations- und Geschlechterforschung heute bieten.

Biographieforschung in den 1990er-Jahren und das Projekt 2018/2019

Die Motivation, im Projekt *Frauengedächtnis* Erinnerungen von Frauen in und an ihr Leben in der DDR festzuhalten, formulierte Marina Grasse bei einem Treffen als Auftrag von *Zeitzeug*innenschaft* folgend: diese Frauengeschichten auf(zu)bewahren, bevor sie verloren gehen.

Zur Zeit der Interviewführungen von 1998 bis 2003 wurde die DDR 10 Jahre nach dem Umbruch, unter gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen erinnert, die die personalen Identitäten der Zeitzeuginnen geprägt hatten.

„Zugleich entstand ein herausforderndes Nebeneinander von marginalisierten oder sogar tabuisierten Erinnerungsbeständen aus der Zeit der DDR und neuen Sagbarkeitsgrenzen, die zum Teil aus Verhaltensunsicherheiten resultierten und selbige beförderten. Mit der Erfahrung der Transformation wandelten sich Deutungsrahmen und Bewertungsmaßstäbe, Ost-West-Konflikte traten offen zu Tage. Die Umbrüche erfassten gleichsam individuelles wie auch kollektives Erinnern. Das ‚kollektive DDR-Gedächtnis‘, [...] wurde mit den Transformationserfahrungen erschüttert, entwertet und neu bewertet.“ (Bretschneider 2019)

Selbstbeschreibungen sind in der Kommunikation notwendig zur Identitätsbildung und -sicherung. Selbst- und Weltversicherung gestalten sich als lebenslanger Prozess im Miteinander-Sprechen. Aufgrund dieses Phänomens ist das Konzept der Biographie dem Identitätskonzept für die Analyse vorzuziehen (vgl. Fischer-Rosenthal/Rosenthal 1997: 134). Werden die biographischen Erzählungen im Kontext von Selbst- und Fremdbildern gelesen, wurde der Umbruch von 1989/90 eine Begegnung mit dem Unbekannten und Fremden, erschütterte Gewissheiten, forderte dazu heraus, über Wahrheiten, erlebte Ordnungen in einer sich verändernden Welt nachzudenken (vgl. Baberowski 2008:

9). „Selbstbilder sind nicht nur Ausdruck sozialer Ordnungen, sondern zugleich Zeugnisse dafür, wie Menschen ihre Sicht auf die Welt mitteilen. Sie visualisieren, rechtfertigen oder delegitimieren Meinungen oder über sie verfasste Fremdbilder. Sie mobilisieren Emotionen, produzieren und verändern Vorstellungen, die über sie existieren.“ (Baberowski 2008: 11) Selbstbilder forderten die eigene Welt und vorhandenen Ordnungen heraus.

Der Begriff Selbstbild war im Sprachgebrauch der 1990er-Jahre in der Frauenbewegung und Frauen- und Geschlechterforschung zu Osteuropa üblich, um die Diskrepanz zwischen dem Selbstbild von Frauen und dem Bild der Frau in der (sozialistischen) Gesellschaft zu thematisieren.⁴ Der Begriff Frauenbild fand im Zusammenhang mit symbolischen Geschlechterordnungen häufiger Eingang in die sozialwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung⁵. Die Frage der Fremd- und Selbstzuschreibungen ist jedoch in der Biographieforschung methodisch und theoretisch zentral.⁶ Biographie wird dabei im Zusammenhang mit der Frauen- und Geschlechterforschung als rekonstruktiver Zugang zu Geschlecht gefasst (z.B. Dausien 2000); die Biographizität des Sozialen ist gleichzeitig Konstruktion, die einen Möglichkeitsraum eröffnet, und Analyseinstrumentarium für den vergeschlechtlichten sozialen Raum (s. Gregor/Ruby 2018: 235 sich auf Dausien 1996, 2012 beziehend).

Den gegenwärtigen Stand der Forschung zu DDR-/ostdeutschen Frauenbiographien problematisieren Gregor und Ruby (2018: 240) auch mit zeitlichem Abstand als durch „(Un)Sichtbarkeit“ gekennzeichnet. Sie beziehen sich auf einzelne Arbeiten⁷, ohne dabei die Ost-Frauenbiographieforschung von Anfang bis Mitte der 1990er-Jahre (z.B. Beiträge der OSTFEM II in ZiF 1995) konkreter in den Blick zu nehmen. Es waren jedoch die „eigenständigen ostfeministischen Fragestellungen und Forschungsansätze“ und der wissenschaftliche Austausch dazu, für den es einen großen Bedarf gab (Jähnert 1995: IX). Diese innerostdeutsche Motivation scheint in ihrem Umfang und ihrer Bedeutung in den 2018/19er-Jahren tendenziell aus dem Blick geraten zu sein. Sie ist aber für die Einordnung des Forschungsfundus relevant.

Die 130 biographischen Interviews dieses Projektes sind im Kontext (und im Geiste) der Ost-Frauenbiographieforschung entstanden, die Anfang der 1990er-Jahre sowohl methodisch-theoretische Probleme als auch Phänomene des Übergangs auf der Agenda hatte (s. ZiF 1995, Bast-Haider 1994). Ein inhaltliches Interesse jener Zeit war, „die Auswirkungen des staats-sozialistischen Systems auf die Lebenszusammenhänge von Frauen unterschiedlicher

4 Vgl. Jansen und Walch (1993) Kapitel I „Selbstbilder osteuropäischer Frauen“, z.B. Toth (1993: 23).

5 S. z.B. Dölling (1993a; 1993b); Merkel (1994); Eifler (1995) in der Ost-Frauenbiographieforschung.

6 Vgl. Fischer-Rosenthal/Rosenthal 1997 zu Selbstrepräsentationen; Lutz/Tuider/Schiebel (2018) für unterschiedliche methodisch-theoretische Ansätze.

7 S. Mieth (1999), Diemer (1994), Dölling (1993a), Nickel (1993), Merkel (1990, 1994).

Generationen zu erfassen“ (Trappe 1995: 116) wie auch eine Methodik in der Auswahl der Gesprächspartnerinnen zu verfolgen, die „programmatisch“ auf „Vielfalt“ angelegt war, um „möglichst vielfältige Lebensumstände und dementsprechend verschiedenartige Lebensstile von Frauen zu erfassen“ (Merkel 1995: 13; s. auch Studentische Projektgruppe 1995, Liebsch 1995). Beide Aspekte – Generationenspezifität und Vielfalt – abzubilden und zu erforschen sind für das Projekt *Frauengedächtnis* charakteristisch.

Thematisiert wurde diese Vielfalt der biographischen Interviews als Potenzial im Austausch mit Grasse, Mieder und Schwarz 2018 zur Übergabe des Materials für das DDF-Projekt der Genderbibliothek. Dadurch spiegeln die Interviews sehr unterschiedliche Ausschnitte der ‚Realität‘, um damit eine jeweils andere Perspektive auf das Leben in der DDR zu ermöglichen. Methodisch war dies vom Zugang her so angelegt, dass bewusst nach Interviewpartnerinnen unter bestimmten Kriterien gesucht worden war, z.B. aus unterschiedlichen Regionen, Stadt-Land etc. (vgl. auch Grasse 2019). Konzept und Methodik waren international abgestimmt, orientiert an den Prinzipien der Oral History und qualitativer Biographieforschung, um systematische Analysen und Vergleiche zu ermöglichen (ebd.). Für die von OWEN begonnenen Analysen⁸ bildete die Arbeit mit rekonstruierter Fallanalyse nach Rosenthal (1995) die grundlagentheoretische Konzeption des Verstehens und Erlebens sozialer Wirklichkeiten (vgl. auch Fischer-Rosenthal/Rosenthal 1997).

Im Gegensatz zu vielen anderen publizierten Interviews, die in den 1990er-Jahren vorzugsweise mit bekannten, oftmals hochqualifizierten Frauen in den neuen Bundesländern geführt wurden und quasi eine erste Analyse des Frauenerlebens in der DDR mitliefern⁹, beinhaltet der Fundus des Projekts *Frauengedächtnis* mit wenigen Ausnahmen Stimmen unbekannter Frauen, die geeignet sind, eine Vielzahl an unterschiedlichen Lebensentwürfen und Alltagserebnissen aufzuzeigen.

Das Projekt *Frauengedächtnis* ist anschlussfähig an mediale Debatten sowie theoretisch-methodische Diskussionen in der Biographieforschung. Ein Biographie-, Gedächtnis- sowie diskursanalytischer und -theoretischer Zugang kann hier für eine aktuelle Analyse der Interviews im Projekt *Frauengedächtnis* erkenntnisreich sein.¹⁰ Eine biographische und diskursanalytische Perspektive ist bisher in der Biographieforschung generell unterbelichtet (Gegor/Ruby 2018: 239), jedoch insofern bedeutsam, da die Stimme von Ostfrauen bereits um 1993 verschwunden war: „Die ‚andere‘ Stimme, die von Ost-Frauen, verschwand im hegemonialen Diskurs deutscher Schwesterlichkeit bzw. fand ihren Platz an Orten wie dem ZiF und auf Tagungen, wie der Ost-Fem.“ (Nickel

8 Ergebnisse wurden in Berichten (z.B. Beyer 2001a, b) publiziert.

9 S. bspw. Szepansky (1995), die Interviews mit bekannten Frauen, wie Regine Hildebrand, Barbara Thalheim, Hildegard Maria Nickel u.a. vorstellt. Auch Frink (2004) schließt an diese Praxis an.

10 S. Lutz u.a. 2018, z.B. Gregor/Ruby (2018); Leonhard (2018).

1999: 6) Diese Stimme der Ostfrauen, die in den 1990er-Jahren sowohl im feministischen Ost-West-Diskurs als auch in der ostdeutschen Transformationsforschung durch die tiefgreifenden Veränderungen der Wissenschaftslandschaft (Bast-Haider 1994: 202) marginalisiert wurde, wurde erst mit 30 Jahren Abstand anders und erneut vernehmlich. Für eine biographie- und -diskursanalytische Herangehensweise bleibt zu hinterfragen: Was waren zur Zeit der Interviews öffentliche und mediale Diskurse sowohl mit Blick auf Transformationen als auch Geschlechterverhältnisse? Welche Wechselwirkungen gab es zwischen Zeitzeug*innen-Erinnerungen und „thematischen Konjunkturen in den Medien“ und welche „Kristallisationspunkte“, die „im Forschungsprozess zu berücksichtigen“ (Bretschneider 2019) sind? Die Stimmung zehn Jahre danach wurde als „schlecht“, „unstimmig“ und charakterisiert durch „Ambivalenzen“ beschrieben, was mitzudenken sei im Schreiben über die „Eigenartigen Ostfrauen“¹¹ (Bomke 1999: 41). Eine zukünftige Forschung wird dies berücksichtigen müssen; ebenso die thematische Konjunktur zu Ostfrauen in den Medien im Jubiläumsjahr 2019.

Der Ostfrauen-Diskurs im Jubiläumsjahr 2019

Das Jubiläumsjahr 2019 war ein Kristallisationspunkt für den Ostfrauendiskurs und brachte neue Themen hervor. Anlässlich 30 Jahre Umbruch stand die Frage im öffentlichen Raum, was Ostfrauen in die ‚vereinte‘ Gesellschaft eingebracht haben. Zwar wurde seit dem Umbruch in den 1990er-Jahren von Ostfrauen gesprochen (Bütow/Stecker 1994; Rohnstock 1994), doch veränderte sich der Diskurs (Kohlhauer 2014) und befand sich im Interviewzeitraum 20 Jahre vor diesem 30. Jubiläum in seiner aktuellen Form bereits im Entstehen (Binas 1998; Bomke 1999; Gräf 2001; Kebir 2002). 2019 wurde die Diskussion und der Diskurs zu Frauen nach dem Umbruch neu befeuert und fand sich in diversen Veranstaltungen, Konferenzen, neuen Publikationen¹² wieder.

„Die Ostfrauen haben dem vereinten Deutschland ihren Stempel aufgedrückt. Und wenn es nicht die Ostfrauen selbst waren, so waren es doch die Errungenschaften, die die DDR hinterlassen hat. [...] Fest steht, und selbst Kritiker bestreiten das heute nicht mehr: Das frauenpolitische emanzipatorische Feld war nach der Vereinigung eines der wenigen, in dem der Osten den Westen geprägt hat. Dass Frauen arbeiten gehen, ist heute gesamtdeutsch so selbstverständlich wie eine frühzeitige Kinderbetreuung und hat zum ansonsten zuweilen schüttereren ostdeutschen Selbstbewusstsein beigetragen.“ (Brandes/Decker 2019: 10f.)

11 Bomke (1999: 41) bezieht sich hier auf den Titel von Stecker/Bütow (1994).

12 S. z.B. Händler/Mitsching-Viertel (2019), Brandes/Decker (2019).

Anna Kaminsky nimmt in der Neuen Zürcher Zeitung (2019) Bezug auf das Selbstbild von Frauen in der DDR, die „sich nach 1990 mit Erwartungshaltungen konfrontiert [sahen], die mit ihren bisherigen Erfahrungen wenig zu tun hatten“. Sie wurden mit „Unverständnis“ bedacht (ebd.), weil sich zunächst das westliche Meinungsbild durchsetzte. In anderen Worten, sie waren mit Fremdbildern bezüglich ihres Wunsches nach Berufstätigkeit (Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen) konfrontiert. 2019 hingegen, so der Tenor von Kaminskys Resümee, gehört das zum modernen Gesellschaftsbild.

Dass diese Selbst- und Fremdbilder zur Zeit des Umbruchs umfassender waren und wie sie sich in Kollektiverinnerungen an die DDR und in einen neuen Ost-West-Kollektivraum im vereinten Deutschland einfügen, zeigte exemplarisch auch die dreiteilige Dokumentation (*Ostfrauen: Wege zum Glück, Wege zur Macht, Weg vom Herd*), die im Frühjahr 2019 im RBB/MDR-Fernsehen ausgestrahlt wurde und die Diskursfigur der Ostfrau popularisierte. Dazu erschien von Nickel und Kopplin (2019) die Begleitstudie *Ostfrauen - Mythos und Wirklichkeit*, die als ein Ergebnis voranstellte:

„Obwohl die gesellschaftlichen Umwälzungen der Transformationszeit die üblichen Lebensmodelle ostdeutscher Frauen herausgefordert haben, schlägt sich ihr damaliger ‚Gleichstellungsvorsprung‘ noch in ihren heutigen Ansichten und Verhaltensweisen nieder. Dieser Einfluss ist auch bei den nachfolgenden Generationen festzustellen.“ (Nickel/Kopplin 2019: 3)

Der Ostfrauen-Diskurs 2019 beinhaltete also auch die Generationenweitergabe des Gleichstellungsvorsprungs von den Müttern an die nachfolgende Töchtergeneration. Mit dieser Konstruktion von Kontinuität wurde an die Ost-Frauenbiographieforschung Anfang bis Mitte der 1990er-Jahre angeknüpft, die sich für Kontinuitäten und Brüche im Wandel interessierte (u.a. Beiträge OSTFEM III, ZiF 1994). Einen anderen Aspekt benannte Beyer (2001a: 109) in ihrem Bericht zum Projekt *Frauengedächtnis*, als sie davon sprach, dass Ostfrauen sich durch Fremdzuschreibungen in Ost-West-Debatten in den 1990er-Jahren „in gewisser Weise ihrer eigenen Geschichte, ihres gelebten Lebens und ihrer gelebten Identität enteignet“ wahrnahmen. Der Ostfrauen-Begriff ist auch 20 Jahre später eng mit dieser Perspektive der Aneignung der eigenen Geschichte verknüpft, aber er ist als Diskursfigur im 30. Jubiläumjahr anders konnotiert Teil des kollektiven Gedächtnisses in Ost und West geworden.

Aneignen, Einmischen und Gestalten: Das internationale/ostdeutsche Projekt *Frauengedächtnis*

Die 130 biographischen Interviews, die OWEN e.V. als Teil des internationalen Forschungs- und Bildungsprojektes *Frauengedächtnis* führte, sind nicht nur Forschung von Frauen zur eigenen Geschichte im Sozialismus, sondern waren Teil einer international übergreifenden konstruktiven und offensiven frauenpolitischen Strategie „der Veränderung“ (Beyer 1993: 65). Die Frauen in den Projekten reagierten damit auf die spezifischen Erfahrungen mit den Umbrüchen in den einzelnen sich transformierenden sozialistischen Staaten, um „das Thema Frauenleben im Sozialismus und damit auch die Herausbildung eines emanzipatorischen Bürgerinnenbewusstseins in die ‚eigenen Hände‘ zu nehmen“ (Grasse 2019).

Das Projekt *Women's Memory* in Prag entstand u.a. aus der Erfahrung heraus, dass westeuropäische und US-amerikanische feministische Theorien nicht auf die Lebensrealität von Frauen in postsozialistischen Ländern transferiert werden konnten. Insbesondere Vorstellungen westeuropäischer und US-amerikanischer Feministinnen von der ‚sozialistischen Frau‘, die diese entweder idealisierten oder als nicht emanzipiert genug sahen, hatten zu der Konzeption des internationalen Projekts *Women's Memory* (Gender Studies 2003) geführt:

“that could serve as a source for knowledge of gender issues not only in the Czech context but in the entire Region of the former Soviet block. [...] The aim of this project was to grasp the history of women under socialism, in all its complexity. We wanted to challenge the established myths and clichés about ‘socialist woman’[...] We wanted to document the life experiences of women of three generations born between 1920 and 1960. We were interested above all in their life strategies and in their personal culture of survival.”

Der Kontext des internationalen und ostdeutschen Projekts *Frauengedächtnis* selbst steht einerseits für den individuellen und kollektiven Gestaltungswillen von Frauen* im Transformationsprozess, andererseits für den gesellschaftlichen Umgang mit Frauenprojekten seit den 1990er-Jahren (den Umbrüchen folgend) und ihre finanzielle Förderung. Der Weg und die letztlich gelungene Form der Archivalisierung der Interviews mit DDR-Frauen im DDF-Projekt stehen exemplarisch dafür.

Die analogen (Entstehungs-)Geschichten der Organisationen hinter dem Projekt sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Das internationale Projekt *Women's Memory* wurde Mitte der 1990er-Jahre vom Zentrum für Gender Studies in Prag entwickelt, um jene, die „die sozialistischen Regime erlebt haben, nach ihren biografischen Erinnerungen“ (OWEN e.V. 2021) zu befragen. Schon bald (1997) kooperierte das Zentrum in Prag mit dem 1992 entstandenen OWEN e.V. in Ost-Berlin, das dann seit 1998 das internationale Bildungs- und Forschungsprojekt methodologisch mitentwickelte (Gender Studies 2003, OWEN e.V. 2021).

Die Idee für OWEN e.V. „entstand Ende 1990 in Ost-Berlin. Ihr Ausgangspunkt lag in den spezifischen Erfahrungen, die mit der sogenannten Wende im neuen Teil der Bundesrepublik und in den Staaten des sich auflösenden Ostblocks bereits zum damaligen Zeitpunkt verbunden waren“ (Beyer 1993: 61). Dies waren im Kontext gesamteuropäischer Frauenkonferenzen auch erfahrene Fremdheit und Dominanz in der Begegnung mit westlichen Feministinnen, die zu Irritationen führten (vgl. Beyer 1993: 62–63). So wurde mit dem FrauenNetzwerk die Vision von Partnerinnen-Projekten zwischen Ost und West gestaltet, von Beyer schon formuliert auf der Tagung *Frauen in Osteuropa* 1992 im Panel *Revolution stattgefunden – Rückzug angesagt? Frauen im Ost-West-Streit*, an dem auch Jiřina Šiklová aus Prag teilnahm (Jansen/Walch 1993).

Außerdem zielte das Projekt *Frauengedächtnis* mit seinem interdisziplinären Zugang zur Erforschung der komplexen Beziehung zwischen Sozialismus und Gender von Anfang an darauf ab, über den akademischen Bereich hinauszugehen und sich vor Ort in den Ländern, in denen die sechs interdisziplinären Forscherinnenteams aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, Deutschland, Polen, Kroatien, Serbien, Montenegro und der Ukraine agierten, einzumischen und gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten: „hopefully will have an impact on a society as a whole“ (Gender Studies 2003).

Trotz großem Interesse an regionaler Erweiterung fanden sich oft keine Finanzierungsmöglichkeiten – eine Herausforderung, die das internationale Projekt begleitete (s. Gender Studies 2003; Beyer 2001a: 110). Deshalb waren die nationalen Projekte in den jeweiligen Ländern eigenverantwortlich für die Akquirierung von Projektmitteln zuständig, ebenso arbeiteten sie autonom in Bezug auf die weitere Nutzung der Materialien (Grasse 2019; Gender Studies 2003). Auch das geplante internationale Archiv *Women's Memory* in Prag konnte leider aus Geldmangel bis heute nicht realisiert werden (Grasse 2019).

Allein das ostdeutsche Projekt des OWEN e.V., das für die Durchführung von Interviews auf dem Gebiet der DDR/in Ostdeutschland zuständig war, wurde 1999/2001 durch das Förderprogramm Frauenforschung des Berliner Senats gefördert (vgl. Grasse 2019). Eine Recherche der Webseiten (Gender Studies 2003; OWEN e.V. 2021) zur Finanzierung in den Folgejahren ergab, dass vor allem durch EU-Programme, wie Grundvig (GEBIGE, EFID) *European Women in Dialogue*, Lernpartnerschaften, Kooperations- und Finanzierungsmöglichkeiten für Bildungsprogramme beantragt werden konnten. In diesem Rahmen wurde zwischen 2002 und 2008 von OWEN e.V. Interviewmaterial weiter ausgewertet, Curricula für Biographiearbeit und eine Methodologie zur Durchführung von Geschichts- und Biographiewerkstätten basierend auf den Erfahrungen des Projekts *Frauengedächtnis* entwickelt.¹³

13 Internationale Konferenzen, Dokumentarfilme und Radiosendungen entstanden basierend auf biographischen Interviews des Projekts. (Gender Studies 2003; OWEN e.V. 2021).

Nach 2008 konnte ohne Förderung keine weitere Auswertung der Interviews mehr stattfinden, wenn auch die entwickelte Methodologie in den Werkstätten weiterhin eingesetzt wurde. Der Empowerment-Ansatz, sich einzumischen und zu gestalten, wirkte fort (vgl. OWEN e.V. 2021).

Das DDF-Projekt der Genderbibliothek als Forschungsressource ostdeutscher/internationaler Biographie-, Geschlechter- und Transformationsforschung

Die ostdeutsche Koordinatorin suchte in Berlin nach archivgerechter Aufbewahrung. Durch ihren Kontakt zur Leiterin der ZiG-Genderbibliothek (1991–2019) Karin Aleksander¹⁴ und zum Berliner Netzwerk der Lesben-/Frauenarchive, -bibliotheken und -Dokumentationsstellen gelang dies. Bereits seit 2011 lagerte der überwiegende Fundus an Materialien des Projekts *Frauengedächtnis* von OWEN e.V. ungenutzt in der Genderbibliothek, aufgrund ihrer explizit auf DDR-Frauengeschichte spezialisierten Dokumentation.¹⁵

Lange war keine intensive Forschung mit dem Material möglich. Als das Digitale Deutsche Frauenarchiv (DDF) – ein Fachportal zur Geschichte der deutschen Frauenbewegungen (DDF 2021) – 2018 dazu aufrief, den Fonds aus BMFSFJ¹⁶-Mitteln für Digitalisierungsprojekte der i.d.a.-Einrichtungen (i.d.a.-Dachverband e.V. 2021) zu nutzen, um ausgewählte Quellen der Frauenbewegungsgeschichte in digitalisierter Form für eine breite Öffentlichkeit im Internet zugänglich zu machen, beantragte Aleksander das DDF-Projekt für die Genderbibliothek.¹⁷ Die Mittel, die für die Projektlaufzeit vom 01. Januar 2018 bis 31. Juli 2019 zur Verfügung standen, erlaubten, sich wieder neu mit den Materialien des OWEN e.V. zu beschäftigen¹⁸. Mit zeitlichem Abstand von 20 Jahren seit ihrer Audio-Aufnahme ergab sich nun die Möglichkeit, die 130 biographischen Interviews des OWEN-Projekts zu archivalisieren und

14 S. Artikel von Aleksander in diesem Band.

15 Die OWEN-Webseite weist darauf hin, dass Interviews und Archivmaterialien in der Genderbibliothek als Ressource zur Verfügung stehen.

16 Finanzierung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

17 Im DDF war und ist DDR-Geschichte (Lokalstudien, Alltagsgeschichte) unter besonderer Berücksichtigung der Frauengeschichte der DDR und Wendezeit Förderinhalt. So entstand im Rahmen des Projekts ein Essay (Heike Schimkat 2020b) über Bewegungsgeschichte auf lokaler Ebene in den 1990er-Jahren, für den Dokumente der Genderbibliothek genutzt werden konnten.

18 Zu Rahmenbedingungen und Anliegen des DDF-Projekts, s. Aleksander (2018).

über den META-Katalog (i.d.a.-Dachverband e.V. 2021) für die Forschung zugänglich zu machen¹⁹. Seit 2019 stehen sie in anonymisierter Form unter Einhaltung der Nutzungsbedingungen allen Nutzer*innen offen.

Beginnend mit der gemeinsamen Podiumsdiskussion mit Marina Grasse und Gislinde Schwarz auf der Feministischen Sommeruniversität 2018 *#frauenmachengeschichte* in Berlin ist der Forschungsfundus erneut ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Im Rahmen des mit Bundesmitteln geförderten DDF sind gewissermaßen mit zeitlichem Abstand jene Brücken zur Gegenwart geschlagen, die OWEN e.V. mit dem Projekt *Frauengedächtnis* visionierte.

Das Jubiläumsjahr 2019 hat wesentlich dazu beigetragen, denn es hat die ostdeutsche Sicht in Transformations- sowie Frauen- und Geschlechterforschung neu belebt. Auf das DDF-Projekt der Genderbibliothek mit seinem Quellenmaterial als potenzielle Ressource hat auch Bock (2019) im Rahmen der durch das DDF eingeworbenen Archivalien von Frauen-/Lesbenarchiven, -bibliotheken und Dokumentationsstellen der neuen Bundesländer aufmerksam gemacht. Damit existiert hier ein Forschungsschatz, den es noch für neue Erkenntnisse in der Biographie-, Frauen- und Geschlechterforschung sowie ostdeutschen Transformationsforschung zu den Strukturumbrüchen zu heben gibt.

Das Projekt bietet zudem die Basis für eine zukünftige länderübergreifende Vergleichsforschung²⁰ und ist anschlussfähig an eine internationale historische Transformationsforschung, für die im *Zeitgeschichte Online Dossier Weder West noch Ost* (anlässlich des 30 Jahre-Jubiläums der Maueröffnung) plädiert wurde. Die Autor*innen schlagen vor, die deutsch-deutsche „Bauchnabelperspektive“ hinter sich zu lassen, um das Allgemeingültige ostdeutscher Erfahrungen und Besonderheiten sichtbar zu machen (Peters 2019); im Sinne einer europäischen Zeitgeschichte quellenbasierter Forschungsarbeiten einen Blick über den „nationalen Tellerrand“ (Siebold 2019) zu werfen, um mit zeitlichem Abstand zu den Ereignissen einen anderen methodisch heuristischen Zugang zur Transformationszeit um 1989 jenseits einer Addition paralleler Nationalgeschichten zu finden (vgl. ebd.).

In der Tat ist eine internationale Forschungsperspektive, die Lebenswirklichkeiten in ihrer Vielfalt sichtbar macht, bereits im *Women's Memory*-Projekt im Rahmen der Biographieforschung angelegt. Das Forschungsfeld (*Doing Biography, Doing Gender*, s. Dausien 1996, 2000) erscheint kompatibel mit Aspekten der Intersektionalitätsanalyse²¹ und das Material bietet sich

19 Zur Vorstellung und Entwicklung des DDF-Projekts, s. Schimkat (2018, 2019a).

20 Ein internationaler Vergleich hat für Interviews mit den 1920er-Geborenen, die zuerst interviewt wurden, bereits stattgefunden, u.a. vor dem Hintergrund, dass sie die letzten Zeitzeuginnen des Zweiten Weltkriegs sind (s. Beyer 2001a).

21 S. Lutz (2018: 143ff.) zur intersektionalen Biographieforschung, die Methode sowie Ansätze und offene Fragen diskutiert, da es dafür bislang keine elaborierte Methode gibt.

für eine intersektionelle Biographieforschung an, um dominante und nicht-dominante Artikulationen in der Selbstrepräsentation der Biographinnen als *Doing Intersectionality* zu untersuchen (Lutz 2018: 146). So plädiert Tuiider (2015: 177) dafür, nicht vorab Differenzkategorien zu setzen, sondern mit einer „Forschungshaltung der dekonstruktiven Wachsamkeit folgend erst am empirischen Material [...] zu schauen, welche Differenzen wie bedeutsam gemacht werden – und was ausgeschlossen bleibt“.

Eine internationale und intersektionale Perspektive²² in die Analyse einzu beziehen, ist vor dem Hintergrund postsozialistischer Transformationen in Ostdeutschland (und Osteuropa) ein Weg, um erneut mit dem Material zu arbeiten. Beyer (1993: 64) plädierte bereits in den 1990er-Jahren dafür, bewusst die Besonderheit der Umbruchszeit, „mit einem Bein schon in den Westen geschlittert und mit dem anderen noch tief im Osten hängend“ zu nutzen und sie statt als „behindernden Hinkenfuß“, als „stabilisierende Chance“ zu greifen.

Generationen im ostdeutschen Projekt *Frauengedächtnis*

In vielen der 1998 bis 2003 geführten biographischen Interviews im Projekt *Frauengedächtnis* ist der Ostfrauen-Diskurs quasi *in the making* und dabei in seiner Generationenspezifität erkennbar. Die Interviews boten den Biographinnen einen Raum, um über Umbrucherfahrungen und damit verbundene Gestaltungsmöglichkeiten seit 1989 zu reflektieren. Wenn die 1920–1940 Geborenen beispielsweise davon sprachen, wie selbstverständlich es gewesen sei, Familie und Beruf zu vereinbaren („wie wir das geschafft haben“), kann dies implizit als erfolgreiche Selbstaufwertung ihrer Generation von Frauen gelesen und gedeutet werden, wie auch Richter (2018: 339–340) sie in den Selbstzuschreibungen älterer Frauen fand. Unabhängig davon, ob sie ihren Umgang mit sozialen Problemen beschrieben oder zu strukturell abwertenden Positionen wie „höheres Alter“, „Frau“ und „ostdeutsch“ (Richter 2018: 352) Stellung nahmen, immer agierten die interviewten Frauen als Akteurinnen, die Selbstaufwertungen vornahmen. Viele deuteten subjektiv ambivalente und widersprüchliche Diskurse der Transformation, die sie „oft als Objekte und Opfer männlicher Politik“ und „nicht als Aktive“ (Koelges 2001: 35) beschrieben, in einer Form, in der sie ihre Gestaltungsmöglichkeiten für ihre persönliche Lebensplanung darstellten.

22 Vgl. Richter (2018: 16), die in ihrer Analyse der Erzählungen älterer Frauen aus Ostdeutschland intersektionale Ansätze nutzte, „um das Zusammenwirken von Geschlecht, Alter und ostdeutscher Herkunft als spezifische Differenz- und Ungleichheitsverhältnisse zu untersuchen“.

Für viele Frauen insbesondere der jüngeren Generation 1940–1960 ist charakteristisch, dass sie ihr Ostdeutsch-Sein schon 10 Jahre nach dem Umbruch subjektiv positiv konnotierten, wenn (auch eher in der Differenz, s. Bomke 1999) und noch nicht explizit verknüpft damit, was sie ins vereinte Deutschland eingebracht haben. Jede Frauengeneration (1920–1930, 1930–40, 1940–60) hatte andere Erfahrungen: wie ihre Emanzipationsprozesse verlaufen sind, wie sie historische Ereignisse reflektierten, wie sie je nach Alter von den Umbrüchen betroffen waren und damit umgingen. Grasse verwies im Gespräch darüber, wie erzählt, was und was nicht erzählt wird, darauf, dass die Generationeneinteilung im Projekt *Frauengedächtnis* wichtig sei und sie aus den Interviews heraus entsprechend entwickelt wurde. Vier Übersichts-Essays im DDF (Schimkat 2019b, 2019c, 2020a, 2020c) geben einen thematischen Überblick dazu, wie generationspezifisch lebensgeschichtliche Erinnerungen thematisiert wurden und in welchen frauenpolitischen Kontext sie jeweils eingebettet waren.²³

Im Projekt *Frauengedächtnis* mit seiner „Idee der subjektiven Rekonstruktion von Lebens- und Zeitgeschichte aus der Perspektive von drei Frauengenerationen, die bis 1990 ihre längste Lebenszeit im Sozialismus verbracht hatten“ (Grasse 2019: 1), wurde das Generationenthema folgendermaßen konzipiert: Zwar wurde der Generationenbegriff nicht in seiner Mannheimschen Genese theoretisiert und kritisch rezipiert²⁴, aber im Rahmen der Biographie- und Geschichtswerkstätten²⁵ des OWEN e.V. als kommunikative Praxis in den Blick genommen und als Verstehensgrenze²⁶ problematisiert. Denn: „Die Koordinaten der Geschichtsbildung werden von Generation zu Generation, im Zuge von gesellschaftspolitischen Entwicklungen und in besonderem Ausmaß nach Systembrüchen wie 1945 oder 1989 immer wieder neu festgelegt und modifiziert.“ (Zemskow-Züge/Grasse 2006: 9) In ihrer zivilgesellschaftlichen Bildungsarbeit wurden dabei Ansätze aus der Biographie- und Gedächtnisforschung zugrunde gelegt (s. Zemskow-Züge/Grasse 2006: 12). Dieser theoretisch-methodische Ansatz von OWEN e.V. (Grasse 2006), der gedächtnisbezogene

- 23 Aufgrund begrenzter Zeichenzahl der DDF-Essays konnte weder auf Relevanz noch Konzept der Generationen oder die Herausforderungen für Interpretation und Analyse eingegangen werden.
- 24 Wie jüngst bei Ziemann (2020) oder Klein/Retkowski (2018: 261f). Letztere zeigen für die Biographieforschung Entstehungskontext und Konjunktur von Mannheims Generation und Maurice Halbwachs' kollektivem Gedächtnis auf.
- 25 Ziel der Werkstätten war es, zur analytischen Arbeit, basierend auf Rosenthals (1995) Ansätzen zu erlebter und erzählter Lebensgeschichte, anzuleiten und ein Geschichtsbewusstsein zu vermitteln. Dazu wurde Literatur zu „Erinnerungsprozessen“, wie individuelles, kollektives, kulturelles, kommunikatives Gedächtnis herangezogen (z.B. Assmann 1999, Welzer/Möller 2002, Welzer 2005).
- 26 Es gibt immer eine Grenze des Verstehens, die mit dem „Erfahrungsrahmen des Erlebens einer Generation verbunden ist. Die Generationengrenze ist somit auch immer eine Verstehensgrenze. Mit-teilbar ist nur, was den Verstehenshorizont der Adressaten erreichen kann.“ (Zemskow-Züge/Grasse 2006: 8)

Erkenntnisse für die Biographieforschung rezipiert, entspricht jener stärkeren wechselseitigen Rezeption, wie Nina Leonard (2018) sie wünschenswert findet, da „Biographie als Ort von und für Gedächtnis“ (Leonard 2018: 515f) verstanden wird.

Der Generationenbegriff wird als kollektivierende Kategorie ähnlich der Geschlechter- oder Klassenzugehörigkeit als Differenzkategorie benutzt, die Erfahrungen ordnet und in zeitlicher Hinsicht priorisiert (vgl. Klein/Retkowski 2018: 258). Neuerdings wird mit dem Konzept der „Generationalität“ eine „Annäherung an subjektive Selbst- und Fremdverortung von Menschen“ (Klein/Retkowski 2018: 261) gesucht, um biographisch-generationelle Selbstdeutungen zu untersuchen. Dass dadurch einerseits bestimmte Alterskohorten in der Gesellschaft sichtbar gemacht werden, andererseits sich Individuen die Möglichkeit bietet, ihre eigene Lebensgeschichte vor diesem Hintergrund zu deuten und zu reflektieren, darauf verweist auch Benjamin Ziemann (2020). Ferner sieht Ziemann (2020: 8–9) Generationen als „imaginäre Begriffe“, die am besten als medial aufbereitete Zuschreibungen von Alterskohorten zu verstehen seien, die der Fremd- und Selbstthematisierung dienen. Ziemann (2020: 6f) kritisiert das Konzept der Generationen u.a. für seine Genderblindheit, da die frühen Texte zu jugendlichen Alterskohorten Männergenerationen konzipierten und die Generationendiskurse der Weimarer Republik nur im Ausnahmefall junge Frauen einbezogen. Der Begriff Frauengeneration im Projekt orientiert strategisch auf jene Sichtbarkeit, die das Konzept der Generationen bisher ausblendete.

Auf Studien, die Generation und Geschlecht als Konstruktion miteinander verbinden (u.a. in Ostdeutschland) verweisen Klein/Retkowski (2018: 262) und zugleich generell auf ein Potenzial von Generationenforschung, das im Feld der Biographieforschung bislang nur rudimentär entfaltet ist. Generationenforschung in die Analyse einzubeziehen, um die Situierung innerhalb der DDR und für die Folgejahre nach der ‚Wende‘ weiter spezifizieren zu können, sehen auch Meyer/Ransiek (2017: 228–229) als sinnvoll an, um Zugehörigkeit zu bestimmten historischen Generationen zu erkennen.

Grasse verwies im informellen Gespräch darauf, dass sie sich im Projekt *Frauengedächtnis* an der DDR-Generationenfolge nach Bernd Lindner (2006)²⁷ orientierten, doch kommen die nach 1960 Geborenen im Projekt *Frauengedächtnis* nicht mehr vor; einzig die Generationenbezeichnung Aufbaugeneration²⁸, die sowohl die Frauengeneration 1920–1930 als auch 1930–

27 Lindner (2006: 96) sieht für die Generationenfolge „in der historischen Abfolge von 1945 bis 1989 in der SBZ/DDR drei prägende Generationseinheiten“: die Aufbaugeneration, die Integrierte Generation und die Distanzierte Generation.

28 „Die Angehörigen dieser Generation waren am Aufbau von SBZ und DDR in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Gründungsphase des ‚Arbeiter- und Bauernstaates‘ beteiligt.“ (Lindner 2006: 96f.)

1940²⁹ meint, wird genutzt, während die jüngste Generation keine Bezeichnung erfährt. Allerdings spricht einiges dafür, die 1940–1960 Geborenen im Jubiläumsjahr als Generation Ostfrau zu konstruieren, wenn angenommen wird, dass Massenmedien in dem Prozess der semantischen Erzeugung von Generationen eine wichtige Rolle spielen (vgl. Ziemann 2020). Kaum zufällig erinnert ihre Art des Erzählens an die Mediendiskussion 2019, in der mit dem Konstrukt Ostfrau auf die besondere Lebensleistung von Ostfrauen im Transformationsprozess hingewiesen wurde.

Zukünftige Forschung mit den biographischen Interviews

Eine Möglichkeit, den Ostfrauediskurs in Bezug auf seine generationale Weitergabe näher zu erforschen, bieten auch die im Projekt *Frauengedächtnis* vorhandenen Interviews, die als konzeptionelle Besonderheit mit Müttern und Töchtern geführt wurden. Darauf verweisen Mieder/Schwarz (2014) mit ihrem Radio-Feature *Die Emanzipierten. Drei Frauengenerationen in Ostdeutschland*³⁰. In den 1990er-Jahren hatte es Interviews mit Müttern und Töchtern, qualitative und quantitative Forschung zur Mütter- und Töchter-Generation in den neuen Bundesländern gegeben (vor allem Harre/Schmidt 1993, 1994, 1995a, 1995b; Zierke 1996; Linnhoff/Stolzenburg 1995; Winter 1994; Oelker 1994; Hofmann/Rink 1993 auch zu Vätern und Söhnen; Krickow 1991). Die Forschung wurde jedoch nach 1996 kaum weitergeführt. Eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Annegret Schüle (1999, 2006). Der Interviewfundus im Rahmen des Projekts *Frauengedächtnis* erlaubt, an diese Forschungsthematik anzuknüpfen und die Mutter-Tochter-Interviews mit dem Fokus auf eine generationsgeschichtliche Perspektive, familiäre Generationenbeziehungen (vgl. Hank/Steinbach 2020) und Generationenweitergabe zu analysieren.

Die Rekonstruktion von Lebens- und Zeitgeschichte und ihrer methodisch-theoretischen Herausforderungen erfordert eine Reflexion über die Bedeutung des zeitlichen Abstands zu den 1998 bis 2003 geführten Interviews. „Wir erinnern uns immer von der Gegenwart aus und somit unter Bedingungen im Hier und Jetzt.“ (Leonard 2018: 512) Erzählte Lebensgeschichte bleibt in ihrer Produktion an die Gegenwart gebunden und eine Analyse sucht Gestalt und Struktur jeweils gegenwärtiger Produktions- und Reproduktionsleistung aufzudecken. Die Selbstbilder zur Zeit der Interviews wurden durch Fremdschreibungen evoziert, die im Kontext der Umbrüche entstanden. Diese

29 Ausgewertet wurden im Projekt *Frauengedächtnis* schwerpunktmäßig diese Frauengenerationen (vgl. Beyer 2001a, b), vermutlich u.a., weil diese Interviews zuerst geführt wurden.

30 „Für Sonjas Tochter Juliane, geboren 1982, [...] sind [es] die Stärken von Großmutter und Mutter, die ihr den Weg gewiesen haben.“ (Mieder/Schwarz 2014)

Fremdzuschreibungen aufzudecken, ist für die Arbeit mit den Interviews notwendig. Grundlegend für diese Analyse sind Medien- und wissenschaftliche Diskurse sowie öffentliche Debatten 10 Jahre nach dem Umbruch.

Doch genau wie die Befragten, die von ihrem Leben erzählen, sind auch Forscher*innen immer kontextuell situiert (Horsdal 2013: 111–112). Aktuell zum Beispiel durch den Ostfrauen-Diskurs 30 Jahre nach der Einheit, der für zukünftige Forscher*innen im Prozess der Analyse relevant sein wird. In der erinnernden Rekonstruktion der Vergangenheit durch die Biographinnen drücken sich nicht nur die Bedürfnisse der jeweiligen Gegenwartsgesellschaft aus, sondern auch sich ständig verändernde Erinnerungskulturdebatten, an denen wir als Forscher*innen teilhaben (vgl. Schäfer 2020). So werden Forscher*innen in der Zukunft andere Fragen an den Interviewfundus stellen, um Antworten auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche zu gewinnen.

Literaturverzeichnis

- Aleksander, Karin (2018): Projekt der Genderbibliothek des ZtG im Digitalen Deutschen Frauenarchiv. In: Bulletin Info. Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien. Humboldt-Universität zu Berlin, 29, 56, S. 13–15.
- Assmann, Aleida (1999): 1998. Zwischen Geschichte und Gedächtnis. In: Assmann, Aleida/Frevert, Ute: Geschichtsvergessenheit Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 21–52.
- Baberowski, Jörg (2008): Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel. In: Baberowski, Jörg/Kaelble, Hartmut/Schriewer, Jürgen (Hrsg.): Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 9–16.
- Bast-Haider, Kerstin (1994): Kultureller Kontext der Forschenden und Methodik der Transformationsforschung. In: Diezinger, Angelika (Hrsg.): Erfahrung mit Methode. Wege sozialwissenschaftlicher Frauenforschung. Freiburg: Kore, S. 201–217.
- Beyer, Marina (2001a): Tagungsbericht über die internationale Konferenz „Frauengedächtnis“ – Zukunft braucht Erinnerung. Frauenleben der Aufbaugeneration in Mittel- und Osteuropa nach dem 2. Weltkrieg. In: Berliner Journal für Soziologie 11. Jg., 2001, H. 1, S. 109–113.
- Beyer-Grasse, Marina (2001b): Frauengedächtnis – Leben und Identität von Frauen in der DDR. Biographische Erinnerungen und Zeitdokumente 1930–1990. Projektbericht 2000–2001 für das Förderprogramm Frauenforschung des Senats von Berlin, Berlin 2001.
- Beyer, Marina (1993): Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk. Ein Projekt zwischen Vision und Wirklichkeit. In: Bulletin/ZiF. Berlin 4, 7, S. 61–70.

- Beyer, Marina/Fenakel, Judit/Jaekel, Monika/ Margolina, Sonja/ Wassiljewa (1992): Auszüge aus einer Diskussion über die Frauenbewegung Ost und West. In: Jansen, Mechthild/Walch, Regine (Hrsg.): *Frauen in Osteuropa*. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, S. 202–210.
- Binas, Susanne (1998): Kultur im Osten, von Frauen? Wir haben keine gefunden, es hat sich keine beworben, gibt es nicht!?: zur Situation von "Ost"-Frauen in Kunst und Kultur. In: *Kulturpolitische Mitteilungen: Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft; [Wechselnde Verlagsorte], 1977–. Bd. 82 (1998), 3, S. 29–34.
- Bomke, Heidrun (1999): Erleben, Erzählen und Erforschen oder: Von der noch anhaltenden Suche nach den „EigenArtigen Ostfrauen“ in: *Freiburger FrauenStudien* (1999) 2, S. 41–67. <https://doi.org/10.25595/1948> [Zugriff am 7.5.21].
- Brandes, Tanja/Decker, Markus (2019): *Ostfrauen verändern die Republik*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Birgit Bütow; Heidi Stecker (1994) (Hrsg.) *EigenArtige Ostfrauen : Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern*. Bielefeld: Kleine.
- Dausien, Bettina (2012); Differenz und Selbst-Verortung. Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Biographien als Forschungskonzept. In: Brigitte Aulenbacher und Birgit Riegraf (Hrsg.): *Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs*. Springer VS: Wiesbaden, S. 157–178.
- Dausien, Bettina (2000): "Biographie" als rekonstruktiver Zugang zu "Geschlecht" - Perspektiven der Biographieforschung. In: D. Lemmermöhle, D. Fischer, D. Klika, & A. Schlüter (Hrsg.): *Lesarten des Geschlechts: zur De-Konstruktionsdebatte in der erziehungswissenschaftlichen Geschlechterforschung*. Opladen: Leske u. Budrich, S. 96–115.
- Dausien, Bettina (1996): *Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten*. Bremen: Donat.
- Diemer, Susanne (1994): *Patriarchalismus in der DDR. Strukturelle, kulturelle und subjektive Dimensionen der Geschlechterpolarisierung*. Opladen: Leske u. Budrich.
- Dölling, Irene (1993a): *Gespaltenes Bewußtsein – Frauen- und Männerbilder in der DDR*. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945–1992*. Berlin: Akademie Verlag, S. 23–52.
- Dölling, Irene (1993b): „But the Pictures Stay the Same..“ The Image of Women in the Journal Für Dich Before and After the „Turning Point“. In: Funk, Nanette/Müller, Magda (Hrsg.): *Gender Politics and Post-Communism*. New York: Routledge, S.168–179.
- Eiffler, Christine (1995): „... es schützt Dich mein Gewehr.“ Zu Frauenbildern in der NVA-Propaganda. In: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (Hrsg.): *Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen*. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 269–276.
- Fischer-Rosenthal, Wolfram/Rosenthal, Gabriele (1997): *Narrationsanalyse biographischer Selbstpräsentationen*. In: R. Hitzler/ A. Honer (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen: Leske u. Budrich, S. 133–164.
- Frink, Helen (2004): *Lebenswege ostdeutscher Frauen. Interviews und Berichte*. Schkeuditz: GNN-Verlag.

- Gräf, Christel (2001): Waren Ostfrauen wirklich anders? Zur Darstellung von Frauen im DEFA-Gegenwartsfilm. In: Pflügl, Helmut/Fritz, Raimund (Hrsg.): *Der geteilte Himmel. Höhepunkte des DEFA-Kinos 1946 – 1992*. Wien: Filmarchiv Austria.
- Grasse, Marina (2006): *Zukunft braucht Erinnerung: Biografiewerkstatt OWEN e.V.* 2005. Berlin.
- Gregor, Joris Anja/Ruby, Sophie (2018): Biographie und Geschlecht. In: Lutz, Helma/Schiebel, Martina/Tuider, Elisabeth (Hrsg.): *Handbuch Biographieforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S.233–244.
- Händler, Ellen/Mitsching-Viertel, Uta (2019): *Unerhörte Ostfrauen: Lebensspuren in zwei Systemen*. Stuttgart: ibidem Verlag.
- Hank, Karsten/Steinbach, Anja (2020): *Familiäre Generationenbeziehungen*. In: *Politik und Zeitgeschichte* 70 Jahrgang, Heft 52–53 (vom 21.Dezember 2020). Generationen, S. 18–24. <https://www.bpb.de/apuz/generationen-2020/> [Zugriff am 26.2.21]
- Harre, Elke/Möller, Bärbel (1993): *Wandel und Kontinuitäten in den Grundhaltungen ostdeutscher Mütter und Töchter zu Erwerbsarbeit und Familie*. In: *ZiF-Bulletin: Soziokultureller Wandel. Frauen im Transformationsprozeß*, Heft 6, Berlin, S. 59–63.
- Harre, Elke/Schmidt, Ines (1995a): *Wandel und Kontinuität in den Haltungen Ostberliner Mütter und Töchter zu Erwerbstätigkeit und Familie. Teil 1., Forschungsbericht*. Berlin: trafo Verlag.
- Harre, Elke/Schmidt, Ines (1995b): *Wandel und Kontinuität in den Haltungen Ostberliner Mütter und Töchter zu Erwerbstätigkeit und Familie. Teil 2., Interviewband*. Berlin: trafo Verlag.
- Harre, Elke/Schmidt, Ines (1994): *Frauen im Balanceakt zwischen Eigenständigkeit und familiärer Bindung*. In: *BISS-Bildungshefte*. Berlin 36, S. 11–36.
- Hofmann, Michael/Rink, Dieter (1993): *Mütter und Töchter - Väter und Söhne. Mentalitätswandel in zwei DDR-Generationen*. In: *Bios. Leverkusen* 6(1993)2, S. 199–223.
- Horsdal, Marianne (2013): *Leben erzählen – Leben verstehen. Dimensionen der Biografieforschung und Narrativer Interviews für die Erwachsenenbildung*. Bielefeld: Bertelsmann. Internet: wbv.de
- Jähnert, Gabriele (1995): *Vorwort*. In: *ZiF* (Hrsg.): *Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen*. Pfaffenweiler: Centaurus- Verlagsgesellschaft, S. IX–XII.
- Jansen, Mechthild/Walch, Regine (1993): *Frauen in Osteuropa*. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung.
- Kebir, Sabine (2002): *Ostfrauen leiden gelassener. Brief an eine westdeutsche Freundin*. In: Grass, Günter u.a. (Hrsg.): *In einem reichen Land. Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Göttingen: Steidl, S. 353–365.
- Klein, Lars/Retkowski, Alexandra (2018): *Biographie und Generation*. In: Lutz, Helma/Schiebel, Martina/Tuider, Elisabeth (Hrsg.): *Handbuch Biographieforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 257–267.
- Koelges, Barbara (2001): *Der Demokratische Frauenbund. Von der DDR-Massenorganisation zum modernen politischen Frauenverband*, Wiesbaden: Springer VS.
- Kohlhauer, Sarah (2014): *Eine Menge gewonnen: Ostfrauen*. In: *Vorwärts. - Berlin*, 7–9, S. 30–31.

- Krickow, Gitta (1991): Mütter und Töchter. In: Sibylle. Berlin. Band: 36, Heft: 7, S. 62–65.
- Leonhard, Nina (2018): Biographie und kollektives/soziales Gedächtnis. In: Lutz, Helma/ Schiebel, Martina/Tuider, Elisabeth (Hrsg.): Handbuch Biographieforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 511–522.
- Liebsch, Renate (1995): Zu einigen Aspekten der Sozialisation ostdeutscher Frauen im deutschen Einigungsprozeß – Ergebnisse von Einzelfallstudien auf der Grundlage narrativer Interviews. In: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 169–179.
- Lindner, Bernd (2006): Die Generation der Unberatenen. Zur Generationenfolge in der DDR und ihren strukturellen Konsequenzen. In: Schüle, Annegret/Ahbe, Thomas/Gries, Rainer (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur. Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., S. 93–112.
- Linnhoff, Ursula/Stolzenburg, Margit (1995): Einig Frauenland? Mütter und Töchter in West und Ost. Berlin: Neues Leben.
- Lutz, Helma (2018): Intersektionelle Biographieforschung. In: Lutz, Helma/ Schiebel, Martina/Tuider, Elisabeth (Hrsg.): Handbuch Biographieforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 139–150.
- Lutz, Helma/ Schiebel, Martina/Tuider, Elisabeth (2018): Handbuch Biographieforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Ina (1995): Die Biographieforscherin und ihr Subjekt. In: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 13–22.
- Merkel, Ina (1994): Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR. In: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/ Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 359–382.
- Merkel, Ina (1990): Frauenpolitische Strategien in der DDR. In Soziale Lage und Arbeit von Frauen in der DDR. Arbeitspapier1990/6 des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), Hrsg. Sabine Gensior, Friederike Maier, und Gabriele Winter, 56–70. Universität-Gesamthochschule Paderborn. Eigenverlag.
- Meyer, Katinka/Ransiek, Anna-Christin (2017): Das Gedächtnis tabuisierter Erinnerungen. Zum Wandel von Erinnerungen in der und an die DDR. In: Haag, Hanna/Heß, Pamela/Leonhard, Nina (Hrsg.): Volkseigenes Erinnern. Die DDR im sozialen Gedächtnis. Wiesbaden: Springer VS, S. 205–236.
- Miethe, Ingrid (1999): Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe. Opladen: Leske u. Budrich.
- Nickel, Hildegard Maria (1999): Das ZiF. Ein Paradigma der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung. In: ZiF (Hrsg.): Institutionalisierung und Interdisziplinarität: Frauen- und Geschlechterforschung an der HU. Berlin: Bulletin 19, S. 1–12.
- Nickel, Hildegard Maria (1993): ‚Mitgestalterinnen des Sozialismus‘ – Frauenarbeit in der DDR. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 233– 256.

- Nickel, Hildegard Maria/Kopplin, Martin (2019): Ostfrauen-Mythos und Wirklichkeit. Wissenschaftliche Kommentierung der Daten des ALLBUS im Rahmen des Projekts „Ostfrauen“ des Rundfunk Berlin-Brandenburg und des Mitteldeutschen Rundfunks mit Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft mbH, Berlin. <https://www.rbb-online.de/doku/o-r/ostfrauen/pdf2.file.html>. [Zugriff am 26.2.21]
- Oelker, Petra (1994): Exkurs. "Arbeit hat ja viele Komponenten". Von den Müttern in der DDR und der Zukunft ihrer Töchter in der BRD. In: Volk, Anne (Hrsg.): Neue Mütter - neue Töchter. Von der Kunst, über den eigenen Schatten zu springen. München: Mosaik, S. 195–200.
- Richter, Anna Sarah (2018): Intersektionalität und Anerkennung. Biographische Erzählungen älterer Frauen aus Ostdeutschland. Weinheim: Beltz.
- Rohnstock, Katrin/ Landero, Astrid (1995): In Zwischenzeiten. Zwei Ost-Frauen, die Politik, die Männer und das Leben überhaupt. München: Dt. Taschenbuch-Verlag.
- Rohnstock, Katrin (1994): Stiefschwestern. Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Rosenthal, Gabriele (1995): Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Schäfer, Liane (2020): Wem gehört die Vergangenheit? Generationenbrüche im deutschen Erinnern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Generationen. 70. Jahrgang, Heft 52–53 (vom 21. Dezember 2020), S. 39–44.
- Schimkat, Heike (2019a): Bericht über das DDF-Projekt im Zeitraum Oktober 2018–März 2019: Projekt der ZtG-Genderbibliothek im Digitalen Deutschen Frauenarchiv (DDF). In: Bulletin Info. Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien. Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 30(2019)58, S. 24–28. <https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletin-broschueren/bulletin-info/info-58/bulletin-58-final-mit-deckblatt.pdf>
- Schimkat, Heike (2018): Neues vom Projekt der ZtG-Genderbibliothek im Digitalen Deutschen Frauenarchiv (DDF) (Berichtszeitraum März – September 2018). In: Bulletin Info. Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien. Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 29(2018)57, S. 10–12 https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletins/bulletin-info/info-57/bulletin-57-gesamtformatiert_mit-deckblatt.pdf
- Schüle, Annegret (2006): "Für die waren wir junge Hüpfen". In: Schüle, Annegret und andere (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 169–192.
- Schüle, Annegret (1999): Mächtige Mütter und unwillige Töchter. In: Hübner, Peter u.a. (Hrsg.): Arbeiter in der SBZ-DDR. Essen: Klartext-Verlag, S. 709–738.
- Stecker, Heidi/Bütow, Birgit (1994): Eigenartige Ostfrauen: Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern. Bielefeld: Kleine.
- Studentische Projektgruppe (1995): Typisch DDR? Zur Differenzierung von Lebenslagen und Lebensstilen bei DDR-Frauen am Beispiel der sogenannten Aufbaugeneration. In: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 137–160.

- Szepansky, Gerda (1995): „Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Toth, Andrea (1993): Das Selbstbild und Bild der Frau in der ungarischen Gesellschaft. In: Jansen, Mechthild/Walch, Regine (Hrsg.): Frauen in Osteuropa. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, S. 23–31.
- Trappe, Heike (1995): Handlungsstrategien von Frauen unterschiedlicher Generationen zur Verbindung von Familie und Beruf und deren Beeinflussung durch sozialpolitische Rahmenbedingungen. In: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 115–135.
- Tuider, Elisabeth (2015): Dem Abwesenden, den Löchern und Rissen empirisch nachgehen. Vorschlag zu einer dekonstruktivistisch diskursanalytischen Intersektionalitätsanalyse. In: Bereswill, Mechthild/Degenring, Folkert/ Stange, Sabine (Hrsg.): Intersektionalität und Forschungspraxis: Wechselseitige Herausforderungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 172–191.
- Wander, Maxie (1977): „Guten Morgen, du Schöne“. Protokolle nach Tonband. Berlin: Buchverlag Der Morgen.
- Welzer, Harald (2005): Die Gegenwart der Vergangenheit. In: Kluften der Erinnerung. Russland und Deutschland 60 Jahre nach dem Krieg. Osteuropa Jg 55, No. 4–6, Berlin.
- Welzer, Harald/Möller; Tschuggnall (2002): Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Winter, Doris (1994): „Zu meiner Zeit“ – Kontinuitäten und Brüche in Frauenbiographien über drei Generationen: Weibliche Konzepte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ihre Tradierung. In: ZiF (Hrsg.): Im Blickfeld. Ostdeutsche Frauen. Bulletin 10. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, S. 1–6.
- Zemskow-Züge, Andrea/Grasse, Marina (2006): Glossar/Biografiearbeit. In: Grasse, Marina (2006): Zukunft braucht Erinnerung: Biografiewerkstatt OWEN e.V. 2005. Berlin, S. 5–11/S. 12–18.
- Ziemann, Benjamin (2020): Zur Kritik eines problembeladenen Begriffs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Generationen. 70. Jahrgang, Heft 52–53 (vom 21. Dezember 2020), S. 4–9. <https://www.bpb.de/apuz/generationen-2020/> [Zugriff am 26.2.21]
- Zierke, Irene (1996): Wenden im Leben ostdeutscher Frauen. In: Berliner Debatte Initial. Heft 7, Band 7. Berlin, S. 92–106.
- ZiF (1995) (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.

Internetquellen

- Bock, Jessica (2019): Vielfältige Erkundungen. Transformationsforschung in Geschlechterperspektiven. In: Zeitgeschichte-online, September 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/vielfaeltige-erkundungen> [Zugriff: 6.4.2021]
- Bretschneider, Uta (2019): Individuelle Umbruchserfahrungen und Transformationsgeschichte(n). In: Zeitgeschichte-online, März 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/individuelle-umbruchserfahrungen-und-transformationsgeschichten> [Zugriff: 19.4.2021]
- DDF (2021): Über das DDF. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/das-ddf> [Zugriff: 7.5.21]
- Gender Studies (2003): More about the project. Chronology. <http://www.womensmemory.net/english/project.asp> [Zugriff: 7.5.2021]
- Grasse, Marina (2019): OWEN - Auf der Suche nach dem Leben und der Identität von Frauen im Sozialismus, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/das-internationale-forschungs-und-bildungsprojekt-frauengedaechtnis> [Zugriff: 5.2. 2021]
- Hansestadt Stralsund (2019): 40 Jahre getrennt – 30 Jahre vereint <https://www.stralsund.de/shared/Nachrichtenportal/Archiv/2019/03/Der-Internationaler-Frauentag-in-der-Hansestadt-Stralsund.html> [Zugriff: 5.2.21]
- H-Soz-Kult (2020): Tagungsbericht: Ambivalente Transformationen. „1989“ zwischen Erfolgserzählung und Krisenerfahrung, 10.11.2019 – 12.11.2019 Dresden, in: H-Soz-Kult, 27.02.2020, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8668 [Zugriff: 14.5.21]
- i.d.a.-Dachverband e.V. (2021): Home. <https://www.ida-dachverband.de/home/> [Zugriff: 7.5.21]
- i.d.a.-Dachverband e.V. (2019): Ohne Frauen keine Demokratie! Feministische Sommeruni, Leipzig. Dr. Karin Aleksander, Dr. Heike Schimkat, Katrin Wolf, Karin Wieckhorst (2019): #frauenmachengeschichte. Zeitzeuginnen im Gespräch. Runde I: Frauen*leben in der DDR. <https://www.feministische-sommeruni.de/programm> [Zugriff: 5.4.21]
- Mieder, Rosemarie/Schwarz, Gislinde (2014): Die Emanzipierten. – Drei Frauengenerationen in Ostdeutschland. <https://journalistinnenbuero-berlin.de/mieder-und-schwarz-hoerfunk/> [Zugriff: 14.4.2021]
- Neue Zürcher Zeitung (2019): Anna Kaminsky „Frauen aus der DDR wurden nach dem Mauerfall als Rabenmütter beschimpft, weil sie Beruf und Kinder unter einen Hut bringen wollten. Heute gehört dies zum modernen Gesellschaftsbild.“ <https://www.nzz.ch/feuilleton/30-jahre-mauerfall-was-gleichberechtigung-ausmacht-ld.1515310> [Zugriff: 1.3.21]
- OWEN e.V. (2021): Projekt. Frauengedächtnis - Zukunft braucht Erinnerung <https://owen-berlin.de/dauerbrenner/frauengedaechtnis.php> [Zugriff: 7.5.21]
- Peters, Florian (2019): Der Westen des Ostens. Ostmitteleuropäische Perspektiven auf die postsozialistische Transformation in Ostdeutschland. In: Zeitgeschichte-online, März 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/der-westen-des-ostens> [Zugriff: 27.4.2021]

- Schimkat, Heike (2020a): Frauen im Sozialismus: Generation 1940–1960, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-im-sozialismus-generation-1940-1960> [Zugriff: 5.2.21]
- Schimkat, Heike (2020b): Sundine revisited: Vom DFD-Beratungszentrum in der DDR zum Frauentreff im vereinten Deutschland, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/sundine-revisited-vom-dfd-beratungszentrum-der-ddr-zum-frauentreff-im-vereinten-deutschland> [Zugriff: 5.2.21]
- Schimkat, Heike (2020c): Alter(n) und Alterssicherung von Frauen in der DDR und im Transformationsprozess, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/altern-und-alterssicherung-von-frauen-der-ddr-und-im-transformationsprozess> [Zugriff: 5.2.21]
- Schimkat, Heike (2019b): Frauen im Sozialismus: Generation 1920–1930, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-im-sozialismus-generation-1920-1930> [Zugriff: 5.2.21]
- Schimkat, Heike (2019c): Frauen im Sozialismus: Generation 1930–1940, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-im-sozialismus-generation-1930-1940> [Zugriff: 5.2.21]
- Siebold, Angela (2019): 1989 und die Herausforderungen einer transnationalen, globalen Geschichte. In: Zeitgeschichte-online, März 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/1989-und-die-herausforderungen-einer-transnationalen-globalen-geschichte> [Zugriff: 19.4.2021]
- ZtG (2019a) Frauen erzählen über ihr Leben in der DDR Das OWEN -Projekt „Frauengedächtnis“ im Digitalen Deutschen Frauenarchiv. Abschlussveranstaltung im Handbestand - Altbuchhandel und Kaffeehaus, Berlin, 22.1.2019. https://www.gender.hu-berlin.de/de/veranstaltungen/archiv/events/190122_owen_frauengedaechtnis [Zugriff: 5.2.21]
- ZtG (2019b): Was bleibt? Ressourcen in der Genderbibliothek/Frauen erzählen über ihr Leben in der DDR. Das OWEN-Projekt Frauengedächtnis im Digitalen Deutschen Frauenarchiv. <https://www2.gender.hu-berlin.de/ztg-blog/2019/07/konferenz-feministische-visionen-vor-nach-1989-einmischen-gestalten-provozieren-hu-berlin-29-30-november-2019/> [Zugriff: 5.2.21]

„Warum passieren solche Sachen fast immer im Osten?“ Die *Ossifizierung* der Kindsmörderin in den Medien

Kathleen Heft

„Wenn Kindstötungen mit DDR-Herkunft erklärt werden sollen, kommt der ehemalige DDR-Bürger ja gar nicht umhin, dies als Frontalangriff auf die eigene Geschichte zu verstehen. Die DDR als ein Land, das mordende Monster gebar?“
(Meinhof 2008)

In den 2000er und 2010er Jahren war das Thema Kindsmord¹ in der medialen Berichterstattung regelmäßig präsent. Kindsmordfälle, die in den ostdeutschen Bundesländern bekannt geworden waren, darunter ein Fall mit neun von der Mutter getöteten Kindern im Jahr 2005, zogen ausgiebige Berichterstattungen und kontroverse Deutungen des vermeintlichen, in Kindsmorden sichtbar werdenden, DDR-Erbes und des ‚Stands der Deutschen Einheit‘ nach sich. Auch die Deutungsangebote zweier Landespolitiker zu Kindsmorden im Osten Deutschlands aus den Jahren 2005 und 2008 sowie die Medienarbeit des Kriminologen Christian Pfeiffer² hielten das Thema in der Presse. Verhandelt wurden dabei Fragen wie: Welche Mütter töten ihre Kinder? Wie hoch sind die Fallzahlen in beiden Landesteilen? Dass das vereinte Deutschland nach wie vor an der früheren Grenze in Ost und West zerfällt, stand in der Berichterstattung zu Kindsmorden nur selten infrage. Wo werden Kinder häufiger von ihren Müttern getötet? Töten Mütter in Ostdeutschland ihre Kinder, weil sie in der DDR sozialisiert wurden bzw. Opfer ihres Erbes geworden sind? Oder, wie der

- 1 Ich nutze den Kindsmord-Begriff und nicht etwa juristische, kriminologische, medizinische oder psychologische Fachtermini, wie Kindstötung, Neonatizid oder Filizid. Mit dem Kindsmordbegriff knüpfe ich bewusst an jene Diskurse und Bilder an, die das Ungeheuerliche und das Monströse der tötenden Mutter (vgl. Wiese 1996) aufrufen und ausstellen und damit einer Analyse zugänglich machen. Unter Kindsmord fallen in diesem Zusammenhang alle (mutmaßlichen) Tötungsdelikte von Müttern an Neugeborenen oder minderjährigen leiblichen Kindern, ungeachtet ihrer phänomenologischen, ätiologischen oder juristischen Unterschiede.
- 2 Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen, dessen Direktor Pfeiffer von 2003 bis 2015 war, führte ab 2007 eine Studie zu „Tötungsdelikten an Kindern“ (vgl. kfn.de 2020) durch.

Journalist und Autor Michael Kumpfmüller polemisierend fragt: „Warum passieren solche Sachen fast immer im Osten?“ (Kumpfmüller 2005)

Die vielen Facetten des Themas und die komplexe Gemengelage aus medial-öffentlichen Deutungsangeboten, unterschiedlichen wissenschaftlichen Zugriffen sowohl auf Kindsmord als Phänomen, Praxis und Diskurs als auch auf ost-westdeutsche Verhältnisse lassen sich hier nur partiell ausleuchten.³ Eine Zuspitzung ist daher vonnöten:

Fokus meiner Analyse ist der medial-öffentliche Kindsmorddiskurs der 2000er und 2010er-Jahre in seinem Zusammenspiel mit Diskursen über die Ostdeutschen⁴. Im Rahmen der Diskursanalyse richte ich den Blick darauf, wie über Kindsmord und (ostdeutsche) Kindsmörderinnen berichtet wird und wie ihre Taten sinnstiftend eingeordnet werden. Der medial-öffentliche Kindsmorddiskurs wird dabei auch als Ort der Aushandlung von Selbstverständnissen und Normvorstellungen, von Ein- und Ausschlüssen im vereinten Deutschland und als Arena für die (Re-)Produktion von vergeschlechtlichten Ost-West-Differenzen verstanden. Eine diskursanalytische Auseinandersetzung mit dem Feld des Denk- und Sagbaren im Kindsmorddiskurs verschiebt dabei die Blickrichtung von dem, was der Diskurs über den Kindsmord weiß – seinen Wahrheitswerten – auf das, was durch den Diskurs möglich oder verunmöglicht wird: Neben der ostdeutsch markierten Kindsmörderin re-/produziert der Diskurs auch eine westdeutsche Teilgesellschaft, in der Kinder eigentlich nicht (mehr) von ihren Müttern getötet werden. Diskursanalyse vermag damit nachzuvollziehen, wie der mediale Kindsmorddiskurs auf Vorstellungen vom Eigenen und Anderen⁵ sowie auf Fragen von Zugehörigkeit und Teilhabe im vereinten Deutschland zurückwirkt. Die Journalistin Renate Meinhof hebt diesen

- 3 Der Beitrag basiert auf meiner Dissertation *Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse* (Heft 2020). Alle Aspekte, die hier nur angerissen werden können, sind dort ausführlich und anhand umfangreichen Quellenmaterials besprochen und vertieft.
- 4 Ostdeutsch wird nicht als Eigenschaft oder Gruppe mit einheitlichen Merkmalen und klaren Grenzen verstanden, sondern als Kategorie in einem Diskurs, der zwischen ostdeutsch und westdeutsch unterscheidet. Ostdeutsch fungiert dabei als Subjektposition, als Fremd- und Selbstzuschreibung und als Identitätskategorie. Wer oder was genau mit ostdeutsch gemeint ist, hängt vom konkreten Gebrauch im Diskurs ab. In der Regel wird ostdeutsch für Personen und Orte, Gegenstände und Praxen gebraucht, die mit der DDR oder den ostdeutschen Bundesländern, der Herkunft aus der DDR oder den ostdeutschen Bundesländern, mit deren Geschichte oder Gegenwart in Verbindung gebracht werden.
- 5 Die Begriffe *Eigenes* und *Anderes* verweisen auf die grundlegende Diskursivität von Identität und Alterität. Im Anschluss an linguistische und psychoanalytische Erkenntnisse zeigen diskursanalytische Ansätze, dass und wie Identität, wie also Vorstellungen des Eigenen nur über die Konstruktion des Anderen, von Alterität bzw. eines konstitutiven Außen möglich werden (vgl. Butler 1997, Reckwitz 2008: 68–95). *Othering* (Veränderung, Andersmachen) ist ein daran anschließendes Konzept post-kolonialer diskurstheoretischer Ansätze. Im Kontext von (Post-)Kolonialismus wird *Othering* als (diskursive) Praxis verstanden, die einerseits den Orient/den Rest als Anderes und den Westen als Eigenes herstellt (vgl. Hall 1995, Said 2005, Mills 2004: 94–115). In der Forschung zu Diskursen über Ostdeutschland

Aspekt in der *Süddeutschen Zeitung* hervor: Die Diskussion um den Kindsmord im Osten und über seine vermeintlichen Wurzeln in der DDR stellt einen Teil dieser Gesellschaft, Ostdeutsche und insbesondere ostdeutsche Frauen*, ihr Selbstverständnis und ihre Zugehörigkeit infrage, wenn diese auf ein Land verwiesen werden, das womöglich „mordende Monster gebar“ (Meinhof 2008).

Die Auseinandersetzung mit dem deutsch-deutschen Ost-West-Verhältnis – im Kindsmord- und anderen Diskursen – hat bisher keine Begriffe und Konzepte hervorgebracht, die das *Othing* des Ostens im Kontext des vereinten Deutschlands analytisch reflektieren. Mit dem Konzept *Ossifizierung* mache ich ein Angebot, diese Lücke zu schließen.

Perspektiven auf Kindsmord und Ostdeutschland

In der Forschung finden sich vielfältige Anknüpfungspunkte für die Analyse des medial-öffentlichen Kindsmorddiskurses im vereinigten Deutschland. Insbesondere die Frauen- und Geschlechterforschung, aber auch diskursanalytische Perspektiven aus der Ostdeutschlandforschung und Ansätze aus der post- und dekolonialen Theorie sowie ihre Adaptionen für historische und gegenwärtige Ost-West-Verhältnisse in Europa stellen Theorie- und Analyseperspektiven bereit, sich dem Kindsmord als Wissensgegenstand im deutschen Ost-Westverhältnis anzunähern. Diese sollen zunächst kurz vorgestellt werden. Perspektiven, die den Kindsmord als Phänomen untersuchen und seine Ursachen, Prävention oder Ahndung in den Blick nehmen, werden hier nicht diskutiert.⁶

Kindsmord und Kindsmorddiskurs: Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung

Mit den Gender Studies gehe ich davon aus, dass Geschlecht, vergeschlechtlichte Körper und Praxen sowie Geschlechterverhältnisse permanent performativ hergestellt werden (müssen) (vgl. Butler 2003, 1997). Kategorien und Konzepte wie Frauen und Männer, Mutterschaft (vgl. Vinken 2007, Birkhan

wurde zudem darauf hingewiesen, dass Ostdeutschland oftmals als Anderes Westdeutschlands diskursiviert wird (vgl. Ahbe 2008, Kollmorgen/Hans 2011: 136ff.).

6 Eine Schwerpunktsetzung auf den Kindsmord-Diskurs bedeutet nicht, die Tötung von Kindern durch ihre Mütter als Phänomen und Problem zu negieren oder zu bagatellisieren. Im besten Fall können sich die Frageperspektiven und Erkenntnisse unterschiedlicher Zugriffe auf diesen komplexen Gegenstand ergänzen.

1998), Mutterschöbe und Mutterliebe (vgl. Badinter 1991) und die vergeschlechtlichte Aufteilung von Sorgearbeiten werden dementsprechend nicht als naturgegeben verstanden, sondern als Ergebnis eines permanenten Tuns und Aushandelns, eines Wiederholens und Zitierens von Normen. Welche Geschlechter, welche Körper, welche Praxen und Verhältnisse in einer Gesellschaft intelligibel sind, das heißt an-/erkannt und gelebt werden können, und welche ihr verworfenes und gerade deshalb konstitutives Außen (Butler 1997) darstellen, ist dabei nicht beliebig, sondern an machtvolle Diskurse gebunden. Vor diesem Hintergrund stelle ich die Frage, welche Rolle die Kindsmörderin als (Diskurs-)Figur für Konstruktionen von Geschlecht und damit verbundenen Subjektpositionen im vereinten Deutschland spielt.

In der Frauen- und Geschlechterforschung wurde herausgearbeitet, wie an der Figur der Kindsmörderin grundlegende Fragen von Geschlecht und Geschlechterrollen, insbesondere von Weiblichkeit und Mutterschaft verhandelt werden (vgl. Wiese 1996, Mauerer 2002, Tolasch 2016). Die Kindsmörderin stellt dabei ein Anderes bzw. ein konstitutives Außen intelligibler „Weiblichkeit als Mütterlichkeit“ (Mauerer 2002) dar. An der Figur der Kindsmörderin wird also verhandelt, in welchen Grenzen sich ‚normale‘, ‚gute‘ Mütterlichkeit zu bewegen hat und welche Normen für diese gelten sollen (vgl. Tolasch 2016). Hier lässt sich beispielhaft auf Analysen der medialen Berichterstattung über den *Fall Weimar* verweisen, der 1986 und in den darauffolgenden Jahren Medien und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik beschäftigte (vgl. Platen 1988, Gransee/Stammermann 1991; Stammermann 1996, Klein 1998). Monika Weimar, die ihre beiden Töchter getötet haben soll, wurde über mehrere Indizienprozesse hinweg wegen Mordes an ihren Kindern verurteilt, freigesprochen und wieder verurteilt. In der medialen Berichterstattung über ihren Fall standen dabei vor allem ihre vermeintlichen Qualitäten als Ehefrau und Mutter, ihr Aussehen sowie ihr Auftreten gegenüber ihrem Ehemann und vor Gericht im Mittelpunkt. Sie wurde als Ehebrecherin, „Ami-Hure“ und als schlechte Hausfrau und Mutter denunziert. Ulla Stammermann betont mit Blick auf den *Fall Weimar*: „Die Konstruktion des Kriminalfalls hängt [...] auf das Engste zusammen mit dem Weiblichkeitsdiskurs, das heißt hier: mit Vorstellungen von einer guten bzw. schlechten (Ehe-)Frau und/oder Mutter“ (Stammermann 1996: 85).

Dass Kindsmord und Kindsmörderinnen auch historisch nicht für sich allein verhandelt wurden, zeigen Arbeiten aus der Geschichtswissenschaft, darunter feministische und Gender-Studies-Perspektiven, wie die von Anne Jones (1986) und Hania Siebenpfeiffer (2005) sowie rechtshistorische Arbeiten, wie die von Kerstin Michalik (1994, 1997) und Otto Ulbricht (1990). Diese haben herausgearbeitet, wie der Kindsmord und die Kindsmörderin seit der Aufklärung nicht nur zum Objekt und Wissensgegenstand des Rechts wurden, sondern wie an ihnen immer auch über den Kindsmord hinausgehende gesellschaftliche Auseinandersetzung um sich wandelnde Geschlechterverhältnisse

und Kindsmordverständnisse, insbesondere um den weiblichen Körper, geführt wurden. Ulbricht hebt hervor, dass die Auseinandersetzung mit dem Kindsmord und der Kindsmörderin im 18. und 19. Jahrhundert⁷ als Teil einer Reihe von aufklärerischen Aushandlungen über ‚Unzucht‘, den Umgang mit lediger Mutterschaft und unehelichen Kindern bis hin zu Fragen der Wohlfahrt verstanden werden müsse (Ulbricht 1990: 15, vgl. Michalik 1994). Die vorgestellten Perspektiven auf den Kindsmord und die Kindsmörderin zeigen, wie historische und gegenwärtige Kindsmorddiskurse in vielerlei Hinsicht über das Phänomen und Problem des Kindsmords hinausgreifen und auch als gesellschaftliche Orte der Aushandlung von sich wandelndem Geschlechterwissen und Geschlechterverhältnissen verstanden werden müssen.

Der Osten als das Andere: Perspektiven der Ostdeutschlandforschung

Aus dem Feld der Ostdeutschlandforschung lassen sich diskursanalytische Perspektiven heranziehen, die den Osten (und Westen) im vereinten Deutschland als Gegenstand und Ergebnis von Diskursen verstehen, die u.a. in den Medien verhandelt werden. Zentral ist hier die Erkenntnis, dass der Osten im medial-öffentlichen Diskurs als *ein* Anderes des Westens hervorgebracht wird und der Westen durch eben dieses *Otherring* als „normal Null“ (Roth 2008) oder „stille Norm“ (Dietze 2009: 25) denkbar wird. Thomas Ahbe, der die Entstehung und den Wandel der medialen Ost-Diskurse in den 1990er-Jahren untersucht hat (Ahbe 2008), beschreibt an einem Beispiel, wie diese Konstruktion des Eigenen am Anderen, der Norm an der Abweichung zu verstehen ist:

„In dieser Logik [einer Identitäts-Alteritäts-Konstruktion], [...] schrieben die Westdeutschen und deren Medien den Ostdeutschen in den frühen 1990er- Jahren genau das zu, was die Westdeutschen heute erfolgreich abgelegt zu haben glauben, nämlich Autoritätsfixierung und gefügte Verantwortungslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Indifferenz gegenüber dem Nationalsozialismus etc.“ (Ebd. 23)

Den Ostdeutschen wird im medial-öffentlichen Diskurs das zugeschrieben, was für die Westdeutschen (nicht mehr) gelten soll, was diese bereits überwunden haben wollen (vgl. Pappert/Schröter 2008: 168f.; Heft 2018). Raj Kollmorgen und Torsten Hans haben herausgearbeitet, mit welchen Deutungs- und Argumentationsmustern (Topoi) Ostdeutschland und Ostdeutsche noch in den

7 Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts wurde in den deutschen Ländern die Todesstrafe für die Tötung eines unehelichen Neugeborenen durch die ledige Mutter abgeschafft und nach und nach in den privilegierenden Tatbestand der Kindstötung überführt (vgl. Häßler/Häßler 2008, Deutsch 2008, Michalik 1997, Ulbricht 1990). Der Kindstötungs-Paragraf 217 StGB a.F. sah, im Vergleich zu anderen Tötungsdelikten, ein geringeres Strafmaß für die Tötung von unehelichen Neugeborenen durch ledige Mütter vor und galt bis 1998 in der BRD.

2000er-Jahren regelmäßig und systematisch als 1) *Besonderheit* und *Abweichung* dargestellt werden, wobei dies 2) auf ihre *Herkunft* aus der DDR zurückgeführt, 3) als *Schwäche* und *Zurückgebliebensein* verstanden und 4) als *Belastung* für Deutschland als Ganzes problematisiert wird (vgl. Kollmorgen/Hans 2011: 125–131).⁸ Das *Othering* der Ostdeutschen hat dabei auch eine vergeschlechtlichende Dimension, wenn beispielsweise das Machtgefälle zwischen Ost- und Westdeutschen als metaphorisches Geschlechterverhältnis imaginiert wird. Kathrin Hoffman-Curtius (1993) zeichnet nach, wie die Paar-metapher und das Bild einer Hochzeit zwischen dem weiblich konnotierten Osten und dem männlich vorgestellten Westen im Vereinigungsdiskurs eingesetzt wurden. Auch Ina Dietzsch (2005) widmet sich der Vergeschlechtlichung der Deutschen Einheit, wobei sie auf die „Auf- und Abwertungen“ hinweist, die durch das Zusammendenken der „Symbolsysteme“ „Ost und West“ und der „Geschlechterdifferenz“ hervorgebracht werden (Dietzsch 2005: 92f.).

Diskurse über Ost- und Westdeutschland verhandeln damit weitreichende Fragen von Identität und Zugehörigkeit sowie von Deutsch-Sein im vereinten Deutschland. Dabei geht es nicht ‚nur‘ um die Ostdeutschen, sondern vor allem auch um (west-)deutsche Selbstverständnisse. Das vielfach herausgearbeitete *Othering* der Ostdeutschen im medial-öffentlichen Diskurs – verstanden als diskursives und wirkmächtiges Andersmachen und Unterordnung des Ostens gegenüber der häufig unbenannten und unhinterfragten Norm des Westens – ist der diskursive Rahmen, in dem die Berichterstattung über kindsmordende ostdeutsche Mütter in den 2000er und 2010er-Jahre auf fruchtbaren Boden fällt.

Orientalismus und Okzidentalismus: Perspektiven post- und dekolonialer Theorien

Mit dem Konzept des *Othering* ist bereits eine Anleihe an postkoloniale Theorie angeklungen. Diskursanalytische Ansätze post- und dekolonialer Theorien, insbesondere *Orientalism* von Edward Said (2003), sowie deren Adaptationen und Weiterentwicklungen für den Ost-West-Europäischen Kontext⁹ stellen Erkenntnisse und Konzepte bereit, mit denen eine Annäherung an und ein besseres Verständnis von gegenwärtigen ost-westdeutschen Verhältnissen

8 Der letzte Topos, den Kollmorgen und Hans in ihrem Material ausmachen, versteht die Ostdeutschen als Avantgarde z. B im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis (vgl. Kollmorgen/Hans 2011: 129f.). Dieser Topos setzt sich deutlich vom oben beschriebenen negativ-defizitären „Verweiszusammenhang“ (ebd. 125ff.) der anderen Topoi ab und spielt im medialen Kindsmorddiskurs keine Rolle.

9 Um nur einige wenige prominente Beispiele zu nennen: Larry Wolff (1994) *Inventing Eastern Europe*, Maria Todorova (1997) *Imagining the Balkans*, Milica Bakić-Hayden (1995) *Nesting Orientalisms* und Michał Buchowski (2006) *Specter of Orientalism in Europe*.

möglich wird. Ein Plädoyer für die Adaption post- und dekolonialer Ansätze bedeutet dabei keineswegs, dass das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen als ein (post-)koloniales verstanden wird. Vielmehr geht es darum, die begrifflichen und konzeptuellen Instrumentarien post- und dekolonialer Ansätze ernst zu nehmen, da mit diesen moderne Konstruktionen des Eigenen am Anderen, *Othering* oder Okzidentalismus (vgl. Coronil 2013, Dietze 2009) im Sinne eines Westzentrismus im vereinten Deutschland analysiert werden können.¹⁰ Sie helfen zu verstehen, wie gegenwärtiges und vergangenes (West-) Deutsch-Sein immer wieder neu ausgehandelt werden muss und dass dies auch über die Abgrenzung von verschiedenen Anderen passiert – neben dem Islam (vgl. Shooman 2014, Attia 2009) und rassifizierten sowie als migrantisch markierten Anderen (vgl. Mecheril/Rigelsky 2007, El-Tayeb 2016) spielt hier auch Ostdeutschland als ein Anderes eine Rolle.

Der mediale Kindsmorddiskurs der 2000er und 2010er-Jahre

Am medialen Kindsmorddiskurs der 2000er und 2010er-Jahre lässt sich nachvollziehen, wie Diskurse über die Ostdeutschen und den Kindsmord derart ineinandergreifen, dass die mordende Mutter als Phänomen und Problem des Ostens und nicht des Westens erscheint. Der mediale Kindsmorddiskurs überschneidet sich dabei mit anderen Diskursen, die sich mit Geschlechterverhältnissen in der DDR und BRD, mit Gewalt und Geschlecht und generell mit Fragen von Weiblichkeit und Mutterschaft beschäftigen, darunter Diskurse über das Abtreibungsrecht oder Kinderbetreuung (z.B. „Töpfchentese“, vgl. Schochow 2013, Heft 2020: 169–173). Grundlage für meine Analysen ist ein Korpus von rund 770 Artikeln zur Kindsmordthematik aus deutschsprachigen Medien, die in den 1980er-Jahren in der Bundesrepublik sowie zwischen 1999 und 2014 veröffentlicht wurden. Dazu zählen u.a. Pressemeldungen, tagesaktuelle Berichterstattung, (Gerichts-)Reportagen, Expert*innen-Interviews und Debattenbeiträgen von Politiker*innen und Wissenschaftler*innen. Der Materialkorpus wurde in Anlehnung an Methoden der *Grounded Theory* zusammengetragen, kodiert und ausgewertet (vgl. Breuer 2009, Herschinger 2014).¹¹

10 Siehe auch Moore (2001) und Hladík (2011), die sich kritisch und produktiv mit postkolonialer Theorie als *traveling theory* im Kontext eines postsozialistischen Europas auseinandersetzen. Für die Adaption postkolonialer Ansätze im Kontext des vereinten Deutschlands plädieren u.a. Cooke (2005), Hörschelmann (2001) und Kollmorgen/Hans (2011). Vgl. Heft (2020: 247–264) für eine ausführliche Diskussion der Chancen und Grenzen solcher Theorieanleihen und -weiterentwicklungen.

11 Für eine detaillierte Beschreibung der Methodologie und Methode siehe Heft (2020: 47–57).

Muster im medialen Kindsmorddiskurs

Fälle von (mutmaßlichem) Kindsmord werden in den bundesdeutschen Medien der 2000er und 2010er-Jahre in aller Regel als Ausnahmen und Einzelfälle verhandelt, die sich an den Grenzen der Gesellschaft abspielen und diese bedrohen. In der *Süddeutschen Zeitung* schreibt Kumpfmüller zu einem Kindsmordfall, der im Land Brandenburg bekannt geworden ist:

„Eine Gesellschaft kann es nicht kalt lassen, wenn Kinder getötet werden, sie fühlt sich zu Recht bedroht, werden doch nicht nur Gesetze des Zusammenlebens verletzt, sondern ihr Kern infrage gestellt: die Fähigkeit zur Reproduktion. Eine Mutter, die ihre Kinder tötet, greift die Gesellschaft an.“ (Kumpfmüller 2005)

Die Taten erscheinen dabei als etwas eigentlich Udenkbares, das in die heile Welt von Städten und Dörfern hereinbricht und ihre Bewohner*innen in vergangene Zeiten und ferne Orte versetzt, in denen *so etwas* üblich war oder noch ist. Die (mutmaßlichen) Täterinnen und ihr Umfeld werden meistens als unauffällige, normale Leute beschrieben, die Nachbar*innen als ahnungsloses Publikum. In vielen Texten und Äußerungen steht dabei die Frage nach dem Warum im Mittelpunkt. Warum töten Mütter und warum bekommen die Familien und Nachbar*innen nichts davon mit? Der Kindsmorddiskurs der Medien der 2000er und 2010er-Jahre macht hier verschiedene Deutungsangebote, die sich in vier Muster zusammenfassen lassen, die jeweils einen anderen Zugang und andere Erklärungen und Lösungen für das Problem der mordenden Mutter in der bundesdeutschen Gesellschaft der Gegenwart finden. Diese vier Muster werden unterschiedlich häufig verwendet und können auch nebeneinander im gleichen Diskursfragment, z.B. einem einzelnen Zeitungsartikel, vorkommen.

Die *Psycho-Pathologisierung* ist zum Zeitpunkt meiner Analyse das gängigste Muster im medialen Diskurs (vgl. Heft 2020: 91–96). Die psycho-pathologisierende Kindsmordberichterstattung bezieht ihre Erkenntnisse und ihr Vokabular aus wissenschaftlichen Spezialdiskursen, insbesondere der Kriminologie, der Statistik, der Psychiatrie und Psychologie sowie der Gynäkologie. Das Muster der Psycho-Pathologisierung fragt, wie viele Kinder getötet werden und welche Mütter ihre Kinder töten, es erklärt Gründe und Ursachen und scheidet den kranken Einzelfall von der gesunden, nicht-kindsmordenden Norm. Im (psycho-)pathologisierenden Muster werden beispielsweise psychische oder hormonelle Ursachen und Erkrankungen erläutert oder die Wirkung von Hormonen auf die Mutter-Kind-Bindung erklärt.

Das Muster der *Dämonisierung* stellt hingegen soziökonomisch marginalisierte Kindsmörderinnen als sozial und sexuell deviante Frauen und Mütter aus (vgl. ebd. 83–90). Die dämonisierte Kindsmörderin wird mit Begriffen wie ‚Monster‘ oder ‚Schlampe‘ belegt und als ‚Horromutter‘ bezeichnet. Sie bildet das Gegenstück zur liebenden, sich aufopfernden, zur ‚guten Mutter‘. Im

Muster der Dämonisierung wird der ‚Lebenswandel‘ einer mutmaßlichen Täterin beurteilt und bisweilen auch verächtlich gemacht: Bezieht sie Hartz-IV? Ist sie alleinerziehend? Hat sie sogenannte wechselnde Partnerschaften oder Ehebruch begangen? Der Kindsmord erscheint dabei als direkte oder indirekte Folge einer Unfähigkeit oder Unwilligkeit zu ‚guter‘ Weiblichkeit und Mutterschaft. Die bereits erwähnte Berichterstattung über den *Fall Weimar* ist ein Beispiel hierfür.

Das *Gretchen-Muster* inszeniert die Kindsmörderin als Opfer widriger Umstände und mächtiger Männer (vgl. ebd. 73–83). Es wird sehr selten und ausschließlich für sehr junge Kindsmörderinnen aufgerufen, die als vielversprechende Studentinnen oder kindlich-überforderte Mädchen dargestellt werden. Es lädt dazu ein, sich mit der Kindsmörderin zu identifizieren und Mitleid mit ihr zu empfinden. Dabei schließt das Gretchen-Muster an Wissensbestände an, die den Kindsmord als Phänomen und Praxis des 18. und 19. Jahrhunderts verstehen und ihn damit in der Vergangenheit der eigenen Gesellschaft verorten. Es ruft Bilder von verführten Töchtern aus gutem Hause und missbrauchten Dienstmädchen auf, die ‚aus Scham und Schande‘ ihr illegitimes Neugeborenes töten. Im Gretchen-Muster erscheint der Kindsmord als Anachronismus und Erinnerung an ein längst überwundenes Früher. Diesen drei Mustern ist gemein, dass sie den Kindsmord als Einzelfall und Ausnahme von der Norm verhandeln. Jeder neue Fall erscheint als etwas noch nie Dagewesenes. Kindsmord gehört in diesen Diskursen eigentlich nicht (mehr) zu unserer Gesellschaft. Wenn überhaupt betrifft er kranke Individuen und ‚schlechte‘ Frauen und Mütter, die bereits in anderer Hinsicht von den Mütterlichkeits- und Weiblichkeitsnormen abweichen oder er muss als Relikt unserer eigenen Vergangenheit verstanden werden.

Das vierte Muster medial-öffentlicher Kindsmordberichterstattung ist die *rassistische Kulturalisierung* (vgl. ebd. 97–105). Mit ihr werden ganze Kulturen als kindsmordend markiert. Das Muster verortet Tat und Täter*innen in einem Anderswo, jenseits der deutschen und europäisch-westlichen Gegenwart. Kindsmord erscheint darin als Praxis, die angeblich in Indien oder China nach wie vor zum Alltag gehöre und von diesen Kulturen noch nicht überwunden sei. Die tötende Mutter wird hier nicht als Einzelfall und Ausnahme wahrgenommen, stattdessen werden unterschiedliche Taten zusammengedacht und als Ergebnisse einer gängigen Praxis und Teil einer Reihe oder Serie verstanden, für die eine abweichende und als rückständig verstandene Kultur verantwortlich gemacht wird.

Die skizzierten Muster geben einen Eindruck davon, wie in den deutschen Medien dieser Zeit über Kindsmord berichtet wurde. Im Zeitraum meiner Untersuchung bedienten sich Journalist*innen, Politiker*innen und Expert*innen eines oder mehrerer dieser Muster, um über einen konkreten Fall oder den Themenkomplex im Allgemeinen zu berichten. In diesem diskursiven Feld bildet sich mit Beginn der 2000er-Jahre ein bisher so noch nicht artikuliertes Muster

im medial-öffentlichen Kindsmorddiskurs heraus. In ihm wird eine Spezifik des Kindsmords und der Kindsmörderin in Ostdeutschland gegenüber der *stillen Norm* des Kindsmords in Westdeutschland behauptet. Das Muster schließt dabei an vorhandene Diskursivierungen sowohl medialer Ost-Diskurse als auch des Kindsmorddiskurses an. Im Folgenden gebe ich einen kurzen Überblick über die Deutungs- und Argumentationsweisen des Musters, seine zentralen Akteur*innen und deren Einsätze im Diskurs sowie über die Anschlüsse an benachbarte Diskursfelder.

Kindsmord als Phänomen und Problem Ostdeutschlands

„Der Tod der beiden kleinen Jungen war im Frühsommer vergangenen Jahres der wohl bedrückendste einer ganzen Reihe öffentlich gewordener grausamer Vorfälle: [...]. Noch einige Beispiele ließen sich aufzählen. Mit dem gemeinsamen Nenner: Tatort: die neuen Bundesländer.“ (Mielke 2000)

Während Kindsmorde im untersuchten Zeitraum üblicherweise als Ausnahmen und Grenzfälle verhandelt werden, die nicht in einen gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt werden können, findet sich im Jahr 1999, erstmals in meinem Material, die Behauptung einer Gemeinsamkeit zwischen unterschiedlichen Kindsmordfällen im Osten. Das Magazin *Focus* berichtet im Kontext eines Kindsmords im Land Brandenburg von einer „Serie von Kindstötungen in den neuen Bundesländern“ (Flocken/Wendt 1999). In der Tageszeitung *Die Welt* schreibt Michael Mielke im Jahr darauf zum selben Fall und spricht ebenfalls von einer „Reihe von Vorfällen“ mit einem „gemeinsamen Nenner“. Unterschiedliche Fälle, über die innerhalb eines Zeitraums von wenigen Monaten in den Medien berichtet wurde, werden als Serie beschrieben und aufeinander bezogen. Ihnen wird eine Gemeinsamkeit zugeschrieben, die sich aus dem Ort ihres Geschehens oder Bekanntwerdens, dem Tatort im Osten Deutschlands herzuleiten scheint. Im Osten Deutschlands, so die Suggestion, passiert etwas Außergewöhnliches, das sich von Kindsmorden im Westen Deutschlands abhebt. Denn letztere werden nicht als Serie gedacht und nicht aufeinander bezogen. Obgleich beide Artikel zugestehen, dass Kindsmorde auch im Westen Deutschlands vorkommen, werden Ursachen und Erklärungen ausschließlich für die Fälle im Osten gesucht und in der DDR-Vergangenheit der mutmaßlichen Täter*innen und ihres Umfelds gefunden. So wird in der *Die Welt* gemutmaßt, dass Umfeld und Behörden nicht adäquat gehandelt und die sich anbahnende Tat nicht rechtzeitig gemeldet hätten, weil sie sich nicht dem Verdacht aussetzen wollten, zu „Denunzieren“ oder „restriktive[s] Einmischen à la DDR“ zu praktizieren (Mielke 2000). Im *Focus* hingegen werden Expert*innen mit der Vermutung zitiert, dass manche Ostdeutsche aufgrund der „totalen Fürsorgediktatur“ und der „straffe[n] Reglementierung und Verhaltenssteuerung [zu DDR-Zeiten]“ keine persönliche Verantwortung übernehmen würden

und stattdessen den Staat in der Pflicht sähen (Flocken/Wendt 1999). Es sind vermeintliche Nachwirkungen der DDR und Erfahrungen mit ihrer Familien- und Sozialpolitik sowie ihrem Geheimdienst, die die Taten der ostdeutschen Kindsmörderin und das Verhalten ihres Umfeldes begünstigen und womöglich hervorbringen. Während diese beiden Äußerungen keine medial-öffentliche Debatte auslösten, zogen die Mutmaßungen der Politiker Jörg Schönbohm im Jahr 2005 und Wolfgang Böhmer im Jahr 2008 eine umfangreiche, sowohl zustimmende als auch kritische, medial-öffentliche Debatte nach sich, die den Kindsmorddiskurs der darauffolgenden Jahre prägen sollte. Während Schönbohm, damals Innenminister Brandenburgs, die „von der SED erzwungene Proletarisierung“ der DDR-Bevölkerung für „Verwahrlosung und Gewaltbereitschaft“, darunter Kindsmorde und rechte Gewalt, in den 2000er-Jahren verantwortlich machte (Schönbohm/Jansen 2005), identifizierte Wolfgang Böhmer die liberale Abtreibungsgesetzgebung der DDR als Ursache:

„Ich erkläre mir das vor allem mit einer leichtfertigeren Einstellung zu werdendem Leben in den neuen Ländern. In der DDR wurde 1972 der Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche freigegeben. Die Frauen entschieden, ohne sich auch nur einmal erklären zu müssen. Das wirkt bis heute nach. Es kommt mir so vor, als ob Kindstötungen von Neugeborenen – die es allerdings immer schon gab – für manche ein Mittel der Familienplanung seien.“ (Böhmer/Plewnia 2008)

Der damalige Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, CDU-Politiker und Gynäkologe wurde im Magazin *Focus* zu einer Häufung von Neugeborenentötungen in Ostdeutschland¹² befragt. Er stellt diese in einen Zusammenhang mit der Abtreibungsgesetzgebung der DDR¹³ und argumentiert, dass die Liberalisierung des Abtreibungsrechts in der DDR als Dammbbruch zu verstehen sei, der dazu geführt habe, dass Frauen* im Osten Deutschlands ihre ausgetragenen Neugeborenen im Sinne der Familienplanung töteten. Für Böhmer sind Abtreibungen und Neugeborenentötungen zwei Seiten einer Medaille, nämlich einer vermeintlich „leichtfertigeren Einstellung zu werdendem Leben“. Obwohl es sich bei Abtreibungen und Neugeborenentötungen nicht um dasselbe Phänomen handelt,¹⁴ verknüpft Böhmer dennoch die im DDR-Recht umgesetzte Le-

12 In den ostdeutschen Bundesländern waren in den 2000er-Jahren in mehreren Jahren die Opferziffern höher als in den westdeutschen Bundesländern. Tötungsdelikte an Kindern (unter sechs Jahren) kommen vergleichsweise selten vor, wobei die Fallzahlen seit den 1990er-Jahren stetig abgenommen haben und Mitte der 2010er-Jahre bei rund 60 Fällen pro Jahr gelegen haben (vgl. Höyneck u.a. 2015: 15–24). Zu den Schwierigkeiten der Erfassung von Tötungsdelikten an Kindern, insbesondere an Neugeborenen, vgl. Höyneck/Görgen (2006) und Heft (2020: 187–196).

13 Böhmer kann damit an die kontroversen Aushandlungen zum Schwangerschaftsabbruch im Rechtsdiskurs im Kontext der Deutschen Einheit anknüpfen (vgl. Lembke 2021).

14 Aus Sicht der Medizin, Psychiatrie und Psychologie gehören Schwangere, die eine Abtreibung durchführen lassen und Mütter, die ein Neugeborenes nach der Entbindung töten zwei grundverschiedenen Gruppen an. Erstere lassen ihre Schwangerschaft feststellen und

galisierung von Abtreibungen im Rahmen einer Fristenregelung mit der – damals wie heute – strafbewährten Praxis der Neugeborenenötung. Für Böhmer scheinen mit dem DDR-Abtreibungsrecht Grenzen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gefallen zu sein: „Die DDR als ein Land, das mordende Monster gebar“ (Meinhof 2008).

David James Prickett, der bereits im Jahr 2010 den Diskurs über die ostdeutsche Mutter im Kindsmorddiskurs analysiert hat, schreibt mit Blick auf Böhmers Abtreibungsthese, dass diese „eine weit verbreitete Meinung unter Deutschen in den alten Bundesländern wider[spiegelt]: Kindstötungen seien ein Phänomen, das den neuen Bundesländern aufgrund der ‚Last‘ ihres ‚DDR-Erbes‘ zugeordnet werden könne“ (Prickett 2010: 81). Er bringt damit den Blick von außen, der Westdeutschen auf die Anderen im Osten, ins Spiel.

Die *Ossifizierung* der Kindsmörderin

Das neue Muster im Kindsmorddiskurs zeichnet sich dadurch aus, dass disparate Kindsmordfälle, die auf dem Gebiet der ostdeutschen Bundesländer bekannt geworden sind, entgegen der gängigen Deutungsmuster zusammengedacht werden und dass spezifische, nur für diese Fälle geltende gesellschaftliche bzw. kulturelle Ursachen und Erklärungen gesucht und gefunden werden. Diese werden in der DDR und ihren Nachwirkungen verortet. Der Diskursstrang nutzt dabei die oben vorgestellten, aufeinander verweisenden Topoi des medialen Ost-Diskurses.

Kindsmord im Osten erscheint darin als *Besonderheit* und *Abweichung* (vom Kindsmord im Westen): Er wird nicht als Ausnahme- und Sonderfall verhandelt, sondern als kulturell bedingte Praxis verstanden, disparate Fälle werden dafür in einen gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt. Seine kulturelle Besonderheit wird auf die *Herkunft* der Täterinnen* und ihres Umfeldes aus der DDR zurückgeführt. Darüber hinaus wird Kindsmord im Osten als *Schwäche* und *Zurückgebliebensein* gegenüber dem Westen (seinem Abtreibungsrecht, seiner Bürgerlichkeit und seiner Eigenverantwortung) dargestellt und als *Belastung* für Deutschland als Ganzes verhandelt, denn „[e]ine Mutter, die ihre Kinder tötet, greift die Gesellschaft an“ (Kumpfmüller 2005). Die vergeschlechtlichende Dimension des Diskurses blickt nicht nur auf die Grenz-

leiten dann alle notwendigen Schritte ein, um eine Abtreibung nach geltender Rechtslage durchführen zu lassen. Letztere hingegen wehren ihre Schwangerschaft ab und negieren sie vor sich selbst und vor anderen, weshalb sie nicht in der Lage sind, eine planvolle Entscheidung für eine Abtreibung im Sinne der Familienplanung zu treffen (vgl. Lammel 2008).

überschreitung der Mutter als Mörderin, sie erstreckt sich auch auf überlappende Diskurse, z.B. zum Abtreibungsrecht und zur Sozial- und Familienpolitik der DDR. Dieses Deutungsangebot ähnelt dabei auffällig dem Muster der (rassistischen) Kulturalisierung, welches die Tötung von Kindern ebenfalls als Eigenart und Folge kultureller Andersheit verhandelt, die noch nicht dem westlichen Modell der nicht (mehr) kindsmordenden Gesellschaft entspricht. Während für den Westen (Deutschlands) ein Ausnahmestatus und ein Anachronismus des Kindsmords behauptet und dieser in keinem Fall als Produkt von Gesellschaft, ihrer Geschichte oder Kultur verstanden wird, wird Kindsmord im Osten vergesellschaftet und kulturalisiert, indem er als Folgeschaden der DDR-Vergangenheit verstanden wird. In Anlehnung an die Konzepte *Othering* und Orientalismus/Okzidentalismus nenne ich diese diskursive Praxis *Ossifizierung*.

Ossifizierung als diskursive Praxis

Ossifizierung bezeichnet das (diskursive) Ostdeutsch-Machen von Phänomenen, Praxen, Dingen und Eigenschaften, die als spezifisch und/oder typisch ostdeutsch markiert und damit aus dem Eigenen, der (west-)deutschen Norm und Normalität, ausgeschlossen werden. *Ossifiziert* werden in der Regel solche Phänomene und Praxen, die als undemokratisch, vormodern und als im Westen bereits überwunden gelten. Neben Kindsmord gehören z.B. auch Rechtspopulismus und -extremismus (vgl. Heft 2018) oder eine angebliche Autoritätshörigkeit der Ostdeutschen in der Anfangsphase der Corona-Pandemie dazu (vgl. Heft im Erscheinen). *Ossifizierung* funktioniert sowohl als Praxis der (negativen) Fremdzuschreibung an den Osten als auch als Praxis der (positiven) Selbstdentifikation mit dem Osten. Wolfgang Böhmer kann als Ostdeutscher genauso *ossifizieren*, wie die Journalist*innen der westdeutschen Medien *Die Welt* und *Focus*.

Kindsmord erscheint im *ossifizierenden* Diskurs als etwas, was *eigentlich* und *vor allem* den Osten betrifft, ihm kulturell eigen ist und folglich in seiner ostdeutschen Spezifik verstanden und erklärt werden muss. Deutungsmuster, die für Kindsmord im Westen gelten, gelten nicht für den Osten, stattdessen werden eigene, *ossifizierende* Deutungen produziert, die auf die DDR und Ostdeutschland als Anderes verweisen. Kindsmord im Westen wird dabei als *stille Norm* re-/produziert, als Ausnahme und Einzelfall, der in der Regel (psycho-)pathologisiert und – seltener – einzelnen devianten Müttern zugeschrieben oder im Gretchen-Muster als Tat eines Opfers entschuldigt wird.

Ossifizierung behauptet nicht, dass keine Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland, den Ost- und Westdeutschen, ihrer Geschichte und Gegenwart existieren, erfahren werden oder beforscht werden können und sollen, im

Gegenteil. Das Konzept der *Ossifizierung* verweist stattdessen auf ein Ungleichgewicht im Diskurs, wobei das Moment des *Othering* im Zentrum der Analyse steht. Es wird also nicht behauptet, dass Kindsmord keine ostdeutsche Spezifik aufweisen kann, welche mithin aus der spezifischen Geschichte und Gegenwart der ostdeutschen Bundesländer herrührt. Der Knackpunkt, der die Darstellung und Deutung des Kindsmords im Osten zu einer *ossifizierenden* Deutung und Darstellung macht, liegt darin begründet, dass eine Spezifik *aus-schließlich* für den Kindsmord im Osten gesucht wird, dass nur für jene Fälle, die als ostdeutsch markiert werden können, gesellschaftliche und kulturelle Überlegungen in die Ursachensuche einbezogen werden. Kindsmordfälle im Westen Deutschlands werden hingegen *in keinem Fall* im langen Schatten westdeutscher Geschichte oder einer spezifisch westdeutschen Gegenwart verortet.

Das Konzept *Ossifizierung* richtet damit den Blick auf den Westen als *stille Norm*, der gerade auch durch *ossifizierendes* Denken und Handeln hervorgebracht wird. Fernando Coronil fordert die Denker*innen des De- und Postkolonialismus dazu auf, sich nicht damit aufzuhalten, immer nur den *Orientalismus* zu erforschen, sondern sich stattdessen:

„der Problematik des ‚Okzidentalismus‘ zu[zu]wenden, die sich auf jene Konzeptionen des Westens bezieht, die diesen Repräsentationen zugrunde liegen. Das ermöglicht einen Blick auf den Zusammenhang zwischen den Beobachteten und den Beobachtern, zwischen den Produkten und der Produktion, zwischen dem Wissen und den Orten seiner Entstehung. [...] Der Okzidentalismus, wie ich ihn hier definiere, ist somit nicht die Kehrseite des Orientalismus, sondern die Bedingung seiner Möglichkeit, seine dunkle Seite (wie in einem Spiegel).“ (Coronil 2013: 472f.)

In diesem Sinne plädiere auch ich dafür, nicht dabei stehen zu bleiben, *Ossifizierung* festzustellen und zu bemängeln, sondern in den Blick zu nehmen, was durch diese diskursive Praxis für alle Beteiligten möglich wird, welche unterschiedlichen (vergeschlechtlichten) Subjektpositionen sich im *ossifizierenden* Diskurs eröffnen und welche durch ihn erschwert werden. Bezogen auf die Kindsmörderin in den Medien verstellt ein *ossifizierender* medial-öffentlicher Diskurs den Blick auf die tötende Mutter als Teil bundesdeutscher Gegenwart. Der Westen Deutschlands wird, über die Abgrenzung zum kindsmordenden Osten, als *eigentlich* nicht (mehr) kindsmordend imaginiert. Dieser Ausschluss des Kindsmords aus dem dominanten kulturellen Selbstverständnis erschwert mithin eine Auseinandersetzung mit den Möglichkeitsbedingungen des Kindsmords in westlichen Gesellschaften. Welche Rolle spielen beispielsweise Geschlechterordnungen, Familienformen und Praxen der Mutter- und Elternschaft? Welchen Einfluss haben ökonomische (Ungleichheits-)Verhältnisse, Zugänge zu (medizinischer) Aufklärung und Beratung oder die Gesetzgebung und juristische Praxis? Wie spielen religiöse Überzeugungen und Institutionen, wie mediale Bilder oder politische Diskurse in Praxen und Deutungen des

Kindsmords hinein? Mit der Frage „Warum passieren solche Sachen fast immer im Osten?“ (Kumpfmüller 2005) wird der Blick auf die Anderen im Osten gelenkt und stillschweigend das Eigene der (west-)deutschen Norm re-/produziert. Der Perspektivwechsel auf Aushandlungen von (West-)Deutsch-Sein und seine Grenzen im vereinten Deutschland lässt sich in zukünftiger Forschung weiterentwickeln.

Literaturverzeichnis

- Ahbe, Thomas (2008): Ost-Diskurse. Das Bild von den Ostdeutschen in den Diskursen von vier überregional erscheinenden Presseorganen. In: Roth, Kersten Sven/Wiener, Markus (Hrsg.): Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West. Bremen: Hempen, S. 21–53.
- Attia, Iman (2009): Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld: transcript.
- Badinter, Elisabeth (1991): Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute. München: Piper.
- Bakić-Hayden, Milica (1995): Nesting Orientalisms: The Case of Former Yugoslavia. In: *Slavic Review*, 54/4, S. 917–931.
- Birkhan, Ingvild (1998): Ein sprachloses Leitbild. In: Perko, Gudrun (Hrsg.): Mutterwitz. Das Phänomen Mutter – eine Gestaltung zwischen Ohnmacht und Allmacht. Wien: Milena, S. 77–115.
- Breuer, Franz (2009): Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer VS.
- Buchowski, Michał (2006): The Specter of Orientalism in Europe: From Exotic Other to Stigmatized Brother. In: *Anthropological Quarterly*, 79/3, S. 463–482.
- Butler, Judith (2003): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1997): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Cooke, Paul (2005): Representing East Germany since Unification: from colonization to nostalgia. Oxford: Berg.
- Coronil, Fernando (2013): Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien. In: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hrsg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, 2., erweiterte Auflage. Frankfurt/M.: Campus, S. 466–505.
- Deutsch, Carl Christian (2008): Die strafrechtliche Behandlung der Kindstötung in Preußen vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart in der Bundesrepublik. In: Häßler, Frank/Schepker, Renate/Schläfke, Detlef (Hrsg.): Kindstod und Kindstötung. Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 55–71.
- Dietze, Gabriele (2009): Okzidentalismuskritik. Möglichkeiten und Grenzen einer Forschungsperspektivierung. In: Dietze, Gabriele/Brunner, Claudia/Wenzel, Edith

- (Hrsg.): *Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*. Bielefeld: transcript, S. 23–54.
- Dietzsch, Ina (2005): *Die Erfindung der Ostdeutschen*. In: Schäfer, Eva/Dietzsch, Ina/Drauschke, Petra/Peinl, Iris/Penrose, Virginia/Scholz, Sylka/Völker, Susanne (Hrsg.): *Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende*. Münster: Westfälisches Dampfboot: S. 92–106.
- El-Tayeb, Fatima (2016): *Undeutsch: Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Gransee, Carmen/Stammermann, Ulla (1991): *Zur Reproduktion normativer Konstruktionen des Weiblichen im Kontext eines Kriminalisierungsprozesses. Eine Medienanalyse zum „Fall Monika Weimar“, Diskussionspapier 5–91*. Hamburger Institut für Sozialforschung.
- Hall, Stuart (1995): *The West and the Rest: Discourse and Power*. In: Hall, Stuart/Gieben, Bram: *Formations of Modernity*. Oxford: Blackwell, S. 184–227.
- Häßler, Günther/Häßler, Frank (2008b): *Kindstötung in der Rechtsgeschichte*. In: Häßler, Frank/Schepker, Renate/Schläfke, Detlef (Hrsg.): *Kindstod und Kindstötung*. Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 31–54.
- Heft, Kathleen (im Erscheinen): *Die Ossifizierung des Kindsmords. Othering und zeitliche Distanzierung im medialen Kindsmord-Diskurs*. In: Matthäus, Sandra (Hrsg.): *Der andere Blick auf „den Osten“*. Zum Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Bielefeld: transcript.
- Heft, Kathleen (2020): *Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse*. Opladen: Budrich Academic Press.
- Heft, Kathleen (2018): *Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit*. In: *Feministische Studien*, 36/2, S. 357–366.
- Herschinger, Eva (2014): *Zum Verlauf des Forschungsprozesses – linear oder zirkulär?* In: Angermüller, Johannes/Nonhoff, Martin/Herschinger, Eva/Macgilchrist, Felicitas/Reisigl, Martin/Wedl, Juliette/Wrana, Daniel/Ziem, Alexander (Hrsg.): *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Bielefeld: transcript, S. 628–633.
- Hladík, Radim (2011): *A Theory's Travelogue: Post-Colonial Theory in Post-Socialist Space*. In: *Teorie Vědy*, 33/4, S. 561–590.
- Hoffmann-Curtius, Kathrin (1993): *Ein Paar – ein Volk. Bilderpolitik zur deutschen Vereinigung 1989/90*. In: *Kritische Berichte*, 2/1993, S. 77–96.
- Hörschelmann, Kathrin (2001): *Breaking ground—marginality and resistance in (post)unification Germany*. In: *Political Geography*, 20/8, S. 981–1004.
- Höyneck, Theresia/Behnsen, Mira/Zähringer, Ulrike (2015): *Tötungsdelikte an Kindern unter 6 Jahren in Deutschland. Eine kriminologische Untersuchung anhand von Strafverfahrensakten (1997–2006)*. Wiesbaden: Springer VS.
- Höyneck, Theresia/Görgen, Thomas (2006): *Tötungsdelikte an Kindern*. In: *soFid Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie*, 2/2006, S. 9–42.
- Jones, Anne (1986): *Frauen, die töten*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Klein, Uta (1998): *„Schmallippig und eiskalt“: Der Fall Monika Weimar*. In: Henschel, Petra/Klein, Uta (Hrsg.): *Hexenjagd. Weibliche Kriminalität in den Medien*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 40–56.
- Kollmorgen, Raj/Hans, Torsten (2011): *Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit*. In: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank

- Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 107–165.
- Lammel, Matthias (2008): Über die forensisch-psychiatrische Beurteilung der Kindstötung nach der Geburt bei abgewehrter Schwangerschaft unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Privilegierungs- und Dekulpierungsgründen. In: Häßler, Frank/Schepker, Renate/Schläpke, Detlef (Hrsg.): Kindstod und Kindstötung. Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 73–141.
- Lembke, Ulrike (2021): Debatten um die Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs 1990 bis 1993: kulturelle Differenzen oder westdeutsche Hegemonie? In: Ludwigs, Markus/Schmahl, Stefanie (Hrsg.): 30 Jahre Deutsche Einheit, Beiheft Recht und Politik 8/2021, S. 1–15.
- Mauerer, Gerlinde (2002): Medeas Erbe. Kindsmord und Mutterideal. Wien: Milena.
- Mecheril, Paul/Rigelsky, Bernhard (2007): Nationaler Notstand, Ausländerdispositiv und Ausländerpädagogik. In: Riegel, Christine/Geisen, Thomas (Hrsg.): Jugend, Zugehörigkeit und Migration. Subjektpositionierungen im Kontext von Jugendkultur, Ethnizitäts- und Geschlechterkonstruktionen. Wiesbaden: VS, S. 61–80.
- Michalik, Kerstin (1997): Kindsmord. Sozial- und Rechtsgeschichte der Kindstötung im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert am Beispiel Preußen. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Michalik, Kerstin (1994): Vom „Kindsmord“ zur Kindstötung: Hintergründe der Entwicklung des Sondertatbestandes der Kindstötung (§ 217) im 18. und 19. Jahrhundert. In: Feministische Studien, 1/1994, S. 44–55.
- Mills, Sara (2004): Discourse, 2nd edition. London: Routledge.
- Moore, David Chioni (2001): Is the Post- in Postcolonial the Post- in Post-Soviet? Toward a Global Postcolonial Critique. In: PMLA, 116/1, S. 111–128.
- Pappert, Steffen/Schröter, Melani (2008): Der Vereinigungsdiskurs als Spaltungsdiskurs in der Spiegel-Berichterstattung 1990–2000. In: Roth, Kersten Sven/Wien, Markus (Hrsg.): Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West. Bremen: Hempen, S. 157–176.
- Prickett, David James (2010): „Hat die Schreckenstat ein Gesicht?“. Das Bild der „ostdeutschen Mutter“. In: Temme, Gaby/Künzel, Christine (Hrsg.): Hat Strafrecht ein Geschlecht? Zur Deutung und Bedeutung der Kategorie Geschlecht in strafrechtlichen Diskursen vom 18. Jahrhundert bis heute. Bielefeld: transcript, S. 79–97.
- Reckwitz, Andreas (2008): Subjekt. Bielefeld: transcript.
- Roth, Kersten Sven (2008): Der Westen als „Normal Null“. Zur Diskurssemantik von „ostdeutsch*“ und „westdeutsch*“. In: Roth, Kersten Sven/Wien, Markus (Hrsg.): Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West. Bremen: Hempen, S. 69–89.
- Said, Edward W. (2003): Orientalism. New York: Vintage.
- Schochow, Maximilian (2013): Erzählungen über ein fremdes Land. Die Töpfchen-These oder: Von der richtigen Erziehung. In: Pates, Rebecca/Schochow, Maximilian (Hrsg.): Der „Ossi“. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer. Wiesbaden: Springer VS, S. 175–187.
- Shooman, Yasemin (2014): „... weil ihre Kultur so ist“ Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript.
- Siebenpfeiffer, Hania (2005): „Böse Lust“: Gewaltverbrechen in Diskursen der Weimarer Republik. Köln: Böhlau.

- Stammermann, Ulla (1996): Kulturelle (Be-)Deutungen von Normalität und Moralität in der Kriminalberichterstattung über ‚Mörderinnen‘. In: *metis – Zeitschrift für historische Frauenforschung und feministische Praxis*, 5. Jg. 1996, H. 10, S. 85–98.
- Todorova, Maria (1997): *Imagining the Balkans*. New York: Oxford UP.
- Tolasch, Eva (2016): *Die protokollierte gute Mutter in Kindstötungsakten. Eine diskursanalytische Untersuchung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ulbricht, Otto (1990): *Kindsmord und Aufklärung in Deutschland*. München: Oldenbourg Verlag.
- Vinken, Barbara (2007): *Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos, erweiterte und aktualisierte Ausgabe*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Wiese, Annegret (1996): *Mütter, die töten: psychoanalytische Erkenntnis und forensische Wahrheit*, 2. Auflage. München: Fink.
- Wolff, Larry (1994): *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford: Stanford UP.

Quellen

- Böhmer, Wolfgang/Plewnia, Ulrike (2008): „Leichtfertiger Einstellung“ – Ministerpräsident Böhmer (CDU) erklärt Babymorde mit DDR-Mentalität. In: *Focus*, Nr. 9, 25.02.2008.
- Flocken, Jan von/Wendt, Heide-Ulrike (1999): *Erdrosselt und ertränkt*. In: *Focus*, Nr. 27 (1999), 05.07.1999.
- Kumpfmüller, Michael (2005): *Die Schuldfrage*. In: *Die Zeit*, Nr. 33/2005, 11.08.2005.
- Meinhof, Renate (2008). *Kindstötung als Familienplanung? Die Böhmer-These zur DDR-Mentalität ist verquer, provoziert aber zum Nachdenken*. *Süddeutsche Zeitung*, 26.02.2008, S. 4.
- Mielke, Michael (2000): *Mütter verdursteter Kinder zu lebenslanger Haft verurteilt*. In: *Die Welt*, 09.05.2000.
- Schönbohm, Jörg/Jansen, Frank (2005): „Da befällt einen die wilde Schwermut“ – Innenminister Schönbohm sucht nach Erklärungen für Gleichgültigkeit und Verwahrlosung. In: *Der Tagesspiegel*, 03.08.2005.

Internetquellen

- Kfn.de – Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (2020): *Tötungsdelikte an 0–5jährigen Kindern*. <https://kfn.de/forschungsprojekte/toetungsdelikte-an-0-5jaehrigen-kindern> [Zugriff: 17.05.2021].

Nachwendegeborene Studierende und die DDR/der Osten

Ein Gespräch von Urmila Goel mit Luise Böhm, Nicole Halliday, Nicole Kaminer, Ulrike Mausolf und Leona Schwarzer

Vorwort von Urmila Goel

Als 1970 in Westdeutschland Geborene hat es einige kritische Nachfragen gebraucht, bis ich verstanden habe, dass ich in meiner wissenschaftlichen Arbeit zu Migration immer wieder die DDR und den Osten Deutschlands ausgeblendet hatte. Daraufhin fing ich an, mich mit West-Ost-Ungleichheiten in Deutschland auseinanderzusetzen und Ansätze der kritischen Weißseinsforschung zu nutzen, um Westprivilegien in Deutschland zu fassen (Goel 2010). Zudem begann ich, mich mit der Migration in die DDR zu beschäftigen und diskutierte deren Ausblendung in der deutschsprachigen Migrationsforschung (Goel 2013). Gleichzeitig bot ich an der Humboldt-Universität zu Berlin in den Gender Studies und der Europäischen Ethnologie Lehrveranstaltungen rund um Themen zur DDR und Ostdeutschland an.

Dabei konnte ich immer wieder feststellen, wie relevant der Altersunterschied zwischen mir als Lehrender und den Studierenden war. Während ich noch viele Erinnerungen an meine Reisen in die DDR hatte und die Maueröffnung ein wichtiges biografisches Moment in meinem Leben war, war die DDR für die Studierenden etwas, das vor ihrer Geburt zu Ende gegangen war. Viele hatten kaum Wissen über die DDR und es schien ihnen bis dahin für ihr Leben auch nicht relevant. Andere, insbesondere ost-sozialisierte Studierende, beeindruckten mich mit ihrem Wissen und ihrer Auseinandersetzung mit der DDR und Ostdeutschland. Meine Lehre hat zudem dazu geführt, dass ich in den letzten zehn Jahren viele studentische Arbeiten (von Hausarbeiten über Bachelor (BA)- und Master (MA)-arbeiten bis zu Promotionsprojekten) zu Fragen rund um die DDR und Ostdeutschland begleiten durfte. Hierzu gehören Auseinandersetzungen mit Rassismus in der DDR (Mwaungulu 2020), genauso wie Analysen des Umgangs mit rechten Einstellungen heute (vgl. Hauke in diesem Band) und Fragen rund um Zugehörigkeit oder Geschlecht.

In den Lehrveranstaltungen und bei der Betreuung der studentischen Arbeiten fällt mir immer wieder auf, dass die nachwendegeborenen Studierenden

andere Fragen stellen als Zeitzeug_innen der Teilung aus Ost und West, andere Zugänge finden und andere Analysen entwickeln. So wie sich die Kinder und Enkel von Migrant_innen dem Thema Migration anders nähern als die Migrant_innen selbst (vgl. Goel u.a. 2012), gehen auch die Nachwendegeborenen anders als die Zeitzeug_innen der DDR und des Umbruchs mit diesen um. Thematisiert wird die Altersgebundenheit der Auseinandersetzung durch Zusammenschlüsse wie der Dritten Generation Ost (vgl. Hacker u.a. 2012). In dieser organisieren sich Menschen, die zwischen 1975 und 1985 in der DDR geboren wurden. Sie treten zum Teil auch in einen Austausch mit ihrer Elterngeneration (Enders u.a. 2016). Inzwischen melden sich vermehrt auch Nachwendegeborene zu Wort und bringen ihre Perspektiven in die Debatte ein (vgl. Schönian 2020).

Wengleich es bereits hegemoniale Erinnerungsformen an die DDR und die Wende gibt (vgl. Sabrow 2009), ist das kulturelle Gedächtnis (vgl. Assmann 1988) noch nicht gefestigt. Da die Zeitzeug_innen noch leben, können ihre Erinnerungen immer wieder neu formuliert werden. In einem Seminar zur Methodologie der Oral History in der Europäischen Ethnologie im Wintersemester 2020/21 konnte ich beobachten, dass sich ein Großteil der Studierenden für Interviews zu Themen rund um die DDR entschied. Dies war nicht vorgegeben und sicher nicht zufällig. Vielmehr scheint die Zeit für die Nachwendegeborenen gekommen zu sein, sich mit dieser Geschichte zu beschäftigen.

Auf Basis dieser Erfahrungen mit Studierenden habe ich den Herausgebenden dieses Bandes nach der Tagung *Feministische Visionen vor/nach 1989 – Einmischen, Gestalten, Provozieren* angeboten, Perspektiven von Nachwendegeborenen für das Buchprojekt einzuholen. Ich habe fünf Studentinnen, die sich in ihren BA- oder MA-Abschlussarbeiten in der Europäische Ethnologie mit Themen rund um die DDR bzw. Ostdeutschland beschäftigten oder beschäftigt hatten, gefragt, ob sie mit mir ein Gespräch über die Motivation für ihre Themenwahl und ihre Auseinandersetzung mit der DDR bzw. Ostdeutschland führen würden. Alle fünf sagten sofort zu. Leider waren wir aufgrund der Pandemie gezwungen, das Gespräch im August 2020 per Videokonferenz zu führen, was die Dynamik und Interaktion der Diskussion einschränkte.

Zum Zeitpunkt des Gespräches schrieben Leona Schwarzer und Nicole Halliday noch an ihren BA-Arbeiten. Luise Böhm hatte ihre MA-Arbeit und Nicole Kaminer ihre BA-Arbeit gerade fertiggestellt. Ulrike Mausolf hingegen hatte ihre BA-Arbeit schon 2019 eingereicht und somit eine größere Distanz aufgebaut. Das Gespräch wurde aufgezeichnet und von Ulrike Mausolf transkribiert. Gemeinsam haben die Gesprächsteilnehmenden und ich es gekürzt, stilistisch bearbeitet und an manchen Stellen, um die Verständlichkeit zu verbessern, ergänzt. Passagen wurden umgestellt und Literaturverweise hinzugefügt. Viele Begriffe könnten als problematische Begriffe in Anführungsstrichen stehen, wir haben uns aber dagegen entschieden, weil unklar war, wel-

che Begriffe denn so unproblematisch sind, dass wir sie nicht in Anführungsstriche setzen müssten. So hoffen wir, dass die Leser_innen merken, dass wir mit diesen Begriffen umgehen, ohne sie als unschuldig anzusehen. Wir sechs sind gemeinsam verantwortlich für das Gespräch, auch für seine Auslassungen. Es ist ein Text geworden, der Themen aufwirft und dazu aufruft, diese zu vertiefen und weiterzuführen. Es ist eine Anregung, die Perspektiven der Nachwendegeborenen auf die DDR, den Umbruch und Ostdeutschland wahr- und ernst zu nehmen.

Das Gespräch

Die Studierenden und ihre Abschlussarbeiten

Urmila Goel: Bitte stellt euch und eure Abschlussarbeiten kurz vor.

Ulrike Mausolf: Ich wurde 1994 in Halle an der Saale geboren, studiere im Master Ethnographie und habe Europäische Ethnologie im Bachelor studiert. Meine BA-Arbeit hat den Titel *Die Nachwendegeborenen. Über Narrative junger Ostdeutscher*. Auf der Basis einer Gruppendiskussion und eines Interviews mit einem Geschwisterpaar habe ich über den Umgang nachwendegeborener Ostdeutscher mit der Identifikation als ostdeutsch geschrieben.

Nicole Kaminer: Ich bin 1996 in Berlin Prenzlauer Berg geboren und beende gerade meinen Bachelor in Europäischer Ethnologie. In meiner BA-Arbeit *Eine Freundesgruppe und ihre postsozialistischen Referenzen. Die DDR in Gesprächen der Nachwendegeneration* habe ich, auch auf der Basis von Gruppendiskussionen, darüber geforscht, warum wir in meinem Freundeskreis wie über die DDR reden. Meine Freund_innen sind wie ich in Ost-Berlin aufgewachsen.

Leona Schwarzer: Ich bin 1995 in Berlin geboren und schreibe gerade meine BA-Arbeit über Erzählungen von ehemaligen DDR-Bürgerinnen. Dazu habe ich zwei Interviews in meinem Bekanntenkreis geführt. Besonders interessiert mich dabei der Themenbereich Berufstätigkeit und Familie. Ich frage mich, wie darüber gesprochen wird, welchen Raum diese Themen beim Erzählen und in ihren Erinnerungen einnehmen.

Luise Böhm: Ich bin 1991 in Wiesbaden geboren und bin westdeutsch sozialisiert. Im Bachelor habe ich Empirische Kulturwissenschaft in Tübingen und im Master Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität studiert. In meiner MA-Arbeit mit dem Titel *„Die Leute haben Angst“*. *Eine ethnografi-*

sche Untersuchung institutioneller Aushandlungsprozesse um ‚Rechtspopulismus‘ und Rassismus analysiere ich auf der Basis von teilnehmender Beobachtung bei Veranstaltungen, Dokumentenanalysen und diversen Interviews den institutionellen Umgang mit Rassismus und rechter Mobilisierung in einer ostdeutschen Stadtverwaltung. Dabei interessieren mich die Umgangsweisen der Stadtverwaltung insbesondere vor dem Hintergrund des bundesweiten Diskurses um den „braunen Osten“, mit dem rassistische und nationalistische Einstellungen vor allem hier, in Ostdeutschland, verortet und festgeschrieben werden (vgl. Heft 2018; Quent 2016; u.a.). Schon meine BA-Arbeit mit dem Titel *Geteilte Vergangenheit. Die „Dritte Generation Ostdeutschland“ und ihre Erinnerung an die DDR* habe ich zu einem ostdeutschen Thema geschrieben. Damals habe ich Expert_inneninterviews geführt.

Nicole Halliday: Ich bin 1998 in Lima, Peru, geboren und in Bremen aufgewachsen. Ich studiere auch Europäische Ethnologie und schreibe meine BA-Arbeit darüber, wie Ambivalenz und Ambiguität in Interviews, die ich mit zwei Frauen geführt habe, die in der DDR aufgewachsen sind, verhandelt werden.

Die Themenwahl

Urmila Goel: Wie kam es dazu, dass ihr diese Themen rund um den Osten bzw. die DDR für eure Bachelor- oder Masterarbeiten gewählt habt?

Luise Böhm: In Tübingen hatte ich einen Freund_innenkreis, der westdeutsch und ostdeutsch sozialisiert war. Wir haben angefangen, uns über unsere Erfahrungen auszutauschen, die wir in der Bundesrepublik gemacht haben. Dabei ist mir klar geworden, dass das auf viele Felder bezogen sehr unterschiedliche Erfahrungen sind. Mir ist dadurch bewusstgeworden, dass ich westdeutsche Privilegien genieße, die ich vorher nicht wahrgenommen hatte.

Ulrike Mausolf: Was waren denn das für Unterschiede oder was für Privilegien sind dir bewusst geworden?

Luise Böhm: Das war erst niedrigschwellig, zum Beispiel, wie unterschiedlich wir im ersten Semester Tübingen wahrgenommen haben: Als westdeutsch sozialisierte Person war ich das zur Schau gestellte Stadtbild der kleinbürgerlichen, offensichtlich ausgesprochen wohlhabenden Kleinstadt gewohnt. Meine ostdeutsch sozialisierten Freund_innen, waren von diesem herausgeputzten und glattgebügelten Tübinger Stadtbild hingegen irritiert. Das lag wohl daran, dass sie teils aus Regionen dorthin gezogen waren, die von Abwanderungsbe-
wegungen betroffen waren. Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Wahrnehmungen haben wir begonnen, uns über unsere verschiedenen Lebens- und Familiengeschichten auszutauschen: Bei meinen ostdeutsch sozialisierten

Freund_innen war es häufig so, dass sie sich bereits deutlich intensiver und persönlicher mit der Wende- und Nachwendezeit und damit auch mit Ungleichheiten zwischen West und Ost auseinandergesetzt hatten als ich. Aufgrund dieser Gespräche ist mir beispielsweise erstmals klar geworden, dass ich als westdeutsch sozialisierte Nachwendegeborene nicht nur das Privileg genoss, mich mit diesen Themen nicht beschäftigen zu müssen, sondern auch, dass und weshalb ich etwa meinen Blick auf Tübingen als Normalität vorausgesetzt hatte.

Ulrike Mausolf: Vielleicht kann ich da anschließen, das geht auch in die Richtung meiner Motivation. Ich würde vermuten, dass sich in euren Gesprächen auch die ostdeutsch Sozialisierten ihres Ostdeutsch-Seins bewusster geworden sind oder mehr dazu geworden sind. Mich hat als nachwendegeborene Ostdeutsche interessiert, wie Angehörige der ostdeutschen Nachwendegeneration auf der einen Seite als ostdeutsch bezeichnet werden, ihnen andererseits aber auch immer wieder das Ostdeutsch-Sein abgesprochen wird, weil sie die DDR nicht miterlebt haben. Diese Irritation hat dazu geführt, dass ich besser verstehen wollte, wie das funktioniert. In der BA-Arbeit konnte ich dann darauf eingehen, wie mit diesen Zuschreibungen, Absprechungen und Selbstidentifikationen umgegangen wird.

Nicole Kaminer: Was Luise über ihr erstes Semester in Tübingen erzählt hat, kam mir total bekannt vor, weil es bei mir auch durch das Studium kam. Ich stamme aus einem sehr ostsozialisierten Umfeld und Freundeskreis. In der Universität war es zum ersten Mal ein bisschen durchmischer. Da ist mir aufgefallen, dass ich mich mehr ostig gefühlt habe. Ich habe gemerkt, dass viele Kommiliton_innen die Stadt Berlin ganz anders wahrnehmen als mein vorheriges Umfeld. Die neu zum Studium nach Berlin gekommenen Kommiliton_innen sahen die Stadt als Raum der Möglichkeiten, wo man seine Andersheit ausleben kann. Meine Freund_innen und ihre Familien hingegen nahmen sich durch den ostdeutschen Hintergrund marginalisiert und benachteiligt wahr. Daher stellte die durchmischte Stadt für sie eine Art Konfliktpol dar. Mir ist auch aufgefallen, dass in meinem Freundeskreis die DDR eine besondere Rolle dabei spielt, wie wir Dinge und Menschen in der Stadt und in unserem Leben betrachten und definieren. So bin ich zu meinem Thema gekommen.

Was ich vor allem daraus gelernt habe, ist, dass in Gesprächen über Ost und West noch sehr viel Anderes mit verhandelt wird. Am Anfang dachte ich, wenn mein Freundeskreis über die DDR spricht, dann meinen sie auch die DDR. Dass da noch so viele andere Kategorien wie Geschlecht und Klasse mitschwingen, ist mir erst bei der Forschung bewusst geworden. Interessant ist ja bei den Nachwendegeborenen, dass niemand die DDR erlebt hat. Bei den Bezügen zur DDR geht es daher weniger um die DDR an sich, es werden vielmehr Themen wie Ausgrenzung und Diskriminierung verhandelt. Die Begriffe

DDR und Osten werden stellvertretend für diverse soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen benutzt, die erfahren, aber nicht benannt werden.

Wenn Nachwendegeborene so etwas sagen wie: „In der DDR waren die Menschen sozialer“, geht es bei der Aussage nicht darum, wie es in der DDR wirklich war, sondern um zur Gegenwart einen Kontrast zu bilden und auf Probleme hinzuweisen, die aktuell eine Rolle spielen.

Ulrike Mausolf: Ich beschäftige mich in meiner Arbeit weniger mit der DDR als mit Bezügen zum heutigen Ostdeutschland. Immer wieder bin ich in meinem Material darauf gestoßen, dass es sehr schwerfällt, klare Aussagen über solche Konstrukte wie den Osten zu machen und dass an diesen Stellen versucht wird, Differenzlinien z.B. zum Westen oder auch zur DDR aufzuziehen, die immer wieder in sich zusammenbrechen. Die Nachwendegeborenen, mit denen ich gesprochen habe, haben sich auch gerade deshalb als ostdeutsch positioniert, weil ihnen oft verkürzte, stereotype Auffassungen des Ostens entgegengebracht wurden. Mit dieser eigenen Positionierung kommt dann wiederum ein Anspruch, zu wissen, was den Osten auszeichnet. Ostdeutschland mit homogenen Qualitäten zu beschreiben, scheiterte aber immer wieder.

Urmila Goel: Leona, welche Rolle spielen der Osten und DDR bei dir?

Leona Schwarzer: Mein Fokus ist, wie über Familie und Berufstätigkeit geredet wird. Ich würde dazu nochmal kurz ausführen, warum ich mich für das Thema entschieden habe. Meine Eltern kommen aus der DDR. Ich bin mit einer alleinerziehenden Mutter aufgewachsen. Es war für mich normal, dass meine Mutter voll arbeiten gegangen ist und ich keinen Babysitter hatte. Sie hat sehr, sehr viel gearbeitet. Es war nicht so viel Zeit für Kinder, wie es bei meinen Freund_innen war, die alle westsozialisiert sind. In den zwei von mir geführten Interviews fiel mir dann auf, dass weniger die DDR als solche thematisiert wird, sondern eher Alltagsabläufe beschrieben werden und wie man zu funktionieren hatte.

Urmila Goel: Nicole Halliday, was war deine Motivation?

Nicole Halliday: Ich habe bis zum letzten Semester fast keine Anknüpfungspunkte an die DDR oder den Osten gehabt. In der Schule haben wir ein halbes Jahr die DDR behandelt und danach nie wieder. Ich habe nie über Ost und West nachgedacht. Dann bin ich nach Berlin gezogen und wusste, dass es die Mauer gab und dass es die DDR gab, aber da hatte ich auch noch nicht viel Ahnung. Ich habe fast bei Null angefangen und versuche, mich jetzt immer weiter in fremde Realitäten und Perspektiven einzufühlen. Das von dir, Urmila, angebotene Projektseminar *30 Jahre Mauerfall* habe ich gewählt, weil ich gemerkt habe, dass ich eine Bildungslücke habe. Ich fand es interessant, mich mit etwas auseinanderzusetzen, was in meinem Leben nie wichtig war.

Das Interesse Anderer an der Abschlussarbeit

Urmila Goel: Wie waren die Reaktionen von Familie und Freund_innen darauf, dass du dich mit diesem für dich eher fremden Thema beschäftigst?

Nicole Halliday: Mein Vater, der aus England kommt, fand das super interessant. Bei den Freund_innen war es sehr unterschiedlich. Viele Leute reagieren positiv darauf, wenn man erzählt, was man in seiner BA-Arbeit macht. Aber ich würde schon sagen, dass diejenigen, die ostsozialisiert sind, mehr Interesse gezeigt haben, als meine Freund_innen aus der Heimat.

Urmila Goel: Nicole Kaminer, bei deiner Arbeit habe ich das Gefühl, dass dein Freundeskreis mitgeforscht hat, mitbestimmt hat, worum es geht. Du hast viel mit ihnen darüber diskutiert, was du da gerade tust. Ist das richtig?

Nicole Kaminer: Ja, das kann man sagen. Ich fand es bereichernd, alle mit einzubeziehen und eine gemeinschaftliche Arbeit daraus zu machen. Ich habe im Voraus lange angekündigt, dass ich dieses Interesse habe. Ich fand es nicht so einfach, die Bezugnahmen meines Freundeskreises auf die DDR als Thema zu wählen, weil es etwas sehr Persönliches ist. Andererseits hat es mich umso mehr interessiert, weil es mir so nah war. Der Freundeskreis hat sich dann sehr viel damit beschäftigt, auch außerhalb der von mir für die BA-Arbeit initiierten Gruppendiskussionen. Manchmal denke ich, dass mein Ergebnis deswegen vielleicht verfälscht oder verstärkt ist. Dass diese Ost-West-Thematik sehr stark aus dem Feld hervorgeht, weil ich so sehr den Fokus daraufgesetzt habe und die Leute in diese Richtung gesteuert habe.

Ulrike Mausolf: Bei mir war es eigentlich ähnlich. Ich habe ja auch eine Gruppendiskussion mit nachwendegeborenen Ostdeutschen geführt. Die Teilnehmenden kannte ich vorher schon, manche mehr, manche weniger gut. Ich glaube, ich bin deshalb über Bekannte gegangen, weil ich Skrupel hatte, eine Gruppe nachwendegeborener Ostdeutscher herzustellen. Ich wollte die Sicherheit haben, von den Leuten vorher schon zu wissen, dass sie sich als Ossi oder als ostdeutsch bezeichnen und ich ihnen das nicht andichte. Wobei natürlich während dieser Gruppendiskussion und der Gespräche drum herum das Thema, wie Nicole auch schon gesagt hat, hergestellt und in den Vordergrund gezerzt wird. Das war natürlich in unserer Gruppendiskussion auch so. Wir haben uns ja unter dem Vorsatz, über die Identifikation bzw. Zuschreibung als Ostdeutsche zu sprechen, getroffen. Ich fand es aber auch sehr interessant, dass in der Gruppendiskussion gemeinsam versucht wurde, über so ein komplexes Thema nachzudenken und damit zu arbeiten. Das war eigentlich ein gemeinsamer Analyseaufwand, der dort betrieben wurde.

Luise Böhm: Für meine BA-Arbeit zur Erinnerung der dritten Generation Ostdeutschland an die DDR habe ich keine Interviews in meinem Freund_innenkreis, sondern Expert_innen-Interviews in zwei Vereinen geführt, die sich explizit mit Themen der dritten Generation in Ostdeutschland beschäftigt haben. Ich habe mich nicht bewusst dagegen entschieden, mit meinen Freund_innen Interviews zu führen. Ich hatte einfach methodisch gar nicht auf dem Schirm, dass ich auch so forschen könnte.

Urmila Goel: Wie haben die Vereinsvertreter_innen auf dich als Wessi reagiert?

Luise Böhm: Sie fanden es spannend, dass ich mich mit dem Thema beschäftigen wollte. Es war ein Teil ihrer Vereinsarbeit, dass sie Menschen dazu bringen wollten, sich über solche Fragen Gedanken zu machen.

Bei meiner MA-Arbeit zum Umgang einer ostdeutschen Stadtverwaltung mit rechter Mobilisierung und Rassismus war es so, dass sich sehr viele Leute mit mir darüber unterhalten wollten. Vielleicht, weil Rechtspopulismus und Rassismus in Ostdeutschland Themen sind, die im öffentlichen Diskurs sehr ausgiebig besprochen werden. Die Reaktion aus dem Feld war auch ein bisschen anders. Dadurch, dass vor Ort schon ein lokaler Diskurs um das Bild vom „braunen Osten“ existierte, hatte ich das Gefühl, wenn ich zu diesem Thema forsche, muss ich mir Vertrauen erarbeiten. Ich musste vermitteln, dass es mir nicht darum geht, dieses Bild zu bestätigen, sondern eher dessen Kontext zu verstehen.

Die MA-Arbeit war für mich so auch in methodischen Fragen ein Lernprozess: Wie kann ich mit meiner Westposition eine Feldforschung in Ostdeutschland durchführen, wie kann ich dieses Verhältnis produktiv machen? Das waren Fragen, die ich mir im Laufe des Forschungsprozesses gestellt habe. Auch, weil ich durch meine Interviewpartner_innen damit konfrontiert wurde, wenn sie beispielsweise nach meiner Herkunft gefragt und diese außen verortet haben. Ich habe es in die Arbeit einfließen lassen, dass meine Forschungsergebnisse als „partial truths“ (Clifford 1986) von meiner Position beeinflusst sind.

Das Verhältnis von Möglichkeiten und Grenzen des Verstehens ist eine grundlegende Frage in der Ethnografie, die sich mir aber expliziter gestellt hat. Und das nicht nur, weil ich aus Berlin, von außen ans Feld herangetreten bin. Ethnografie beruht auf einer verstehenden Perspektive, die sich den Forschungspartner_innen empathisch zuwendet. Das ist ein Anspruch, der mich teilweise herausgefordert hat, weil ich den institutionellen Umgang mit rassistischen und nationalistischen Einstellungen in und mit meiner Forschung natürlich auch kritisiere (vgl. Büchner/Ottovay 2007). In meiner MA-Arbeit nehme ich diese Gleichzeitigkeit in den Blick: Ich sehe rassistische Ausgrenzungspraktiken in der wiedervereinigten Bundesrepublik nicht als spezifisch ostdeutsche, sondern als strukturelle, gesamtgesellschaftliche Problematik.

Das Narrativ des „braunen Ostens“ wird in meiner Arbeit also weder widerlegt noch reproduziert. Ich kontextualisiere es innerhalb dieses Machtgefüges.

Urmila Goel: Nicole Halliday, du hast auch Leute, die du nicht kennst, kontaktiert, für deine Arbeit. Wie bist du da vorgegangen und auf welche Reaktionen bist du gestoßen?

Nicole Halliday: Ich habe ein Inserat für ein Nachbarschaftsportal geschrieben, für Leute, die in meiner Umgebung im Prenzlauer Berg wohnen. Ich habe einfach gefragt, ob Frauen, die in der DDR aufgewachsen sind, mit mir ein Interview führen würden. Die Reaktionen waren sehr positiv und haben zu zwei Interviews geführt. Beide haben gerne mit mir geredet. Bei der einen bin ich mir auch ziemlich sicher, dass sie mit einem Gefühl von Sich-selbst-Präsentieren mit mir reden wollte. Ich war erstaunt, wie viele persönliche Informationen mit mir geteilt wurden und wie interessant und schön die Gespräche waren.

Urmila Goel: Ulrike, wie war das bei dir, als du angefragt hast?

Ulrike Mausolf: Ich weiß noch, dass es sehr viele Leute gab, denen ich von dem Forschungsvorhaben erzählt habe, die davon begeistert waren. Bei der Anfrage selbst haben mir sehr viele schnell zugesagt. Eine Person in der Gruppendiskussion hatte ich nicht einmal spezifisch angefragt. Sie hatte davon Wind bekommen und ist dann extra nach Berlin gefahren.

Urmila Goel: Leona, du hast ja ein ähnliches Thema, wie Nicole Halliday. Wie war denn bei dir die Reaktion auf deine Interviewanfrage?

Leona Schwarzer: Ich muss sagen, da war keine große Begeisterung. Es waren Leute aus meinem Umfeld und es war die Bereitschaft da, mir für meine Abschlussarbeit zu helfen. Erst im Verlauf des Gesprächs, wenn sie dann von bestimmten Situationen berichtet haben, ist Begeisterung aufgeflammt.

Nicole Kaminer: Ich musste auch gerade bei dem, was Leona gesagt hat, ein bisschen lachen, weil ich das auch hatte. Nicht, dass die Leute nicht mitmachen wollten, aber Begeisterung war nicht da. Ich habe das Gefühl, es ist auch mit dem Thema verbunden, dass sich meine Freund_innen, deren Eltern in der DDR gelebt haben, in einer angreifbaren Position fühlen. Gerade bei mir, weil meine Familiengeschichte doch ein bisschen anders ist als die meines Freundeskreises, weil meine Eltern nicht aus der DDR kommen und auch mehr von der Wende profitiert haben als der Rest von meinem Freundeskreis. Daher war es am Anfang schon so, dass meine Freund_innen so etwas gesagt haben, wie: „Du verstehst das ja eh nicht“ oder „bei dir ist das total anders“. Das kam dann eher im Gespräch, dass wir uns da so herangetastet haben und meine Freund_innen dann gemerkt haben, dass ich ihnen nichts Böses will, sondern mich wirklich mit dem Thema beschäftigen will.

Andere Geschichten

Urmila Goel: Kannst Du was zu deiner anderen Familiengeschichte sagen?

Nicole Kaminer: Meine Eltern kommen aus der Sowjetunion und sind ganz knapp nach dem Mauerfall hierhergekommen. An sich hat meine Familie auch eine sozialistische Vergangenheit, wie die meines Freundeskreises, aber natürlich basiert auch gerade der Ost-Bezug von Nachwendegeborenen in Deutschland sehr viel auf gemeinsamen kulturellen Erfahrungen. Mein Freundeskreis definiert sich sehr stark darüber, dass sie alle die DDR-Kinderfilme, die ihre Eltern ihnen gezeigt haben, geguckt haben, die ich logischerweise nicht kenne, sondern stattdessen alte sowjetische Kinderfilme, die meine Freund_innen wiederum nicht gesehen haben und vermutlich auch nicht verstehen würden. Andererseits gibt es dann doch gerade das Sozialistische an sich, das Gesellschaftssystem, das man erzählt bekommt, das war dann doch sehr ähnlich und schafft so eine Basis. Das ist bei mir ein Prozess, der sich immer hin und her bewegt zwischen: „Ich kenne das von meiner Familie ganz anders“ und „doch das ist schon sehr ähnlich, eigentlich würde ich genauso denken“. Das hat mein Forschen noch spannender gemacht, weil ich noch mehr Sachen herausgefunden habe, von denen ich nichts wusste, wie zum Beispiel über Bräuche, Alltagspraxen oder Kulturphänomene, die von den Familien als typisch ostdeutsch verhandelt werden, für die ich entweder andere oder gar keine Bezugspunkte hatte.

Urmila Goel: Du hast gesagt, deine Eltern haben eine andere Erfahrung gemacht und eine privilegiertere, habe ich das richtig verstanden?

Nicole Kaminer: Ja, weil gerade die Phase nach der Wende für meine Eltern besser war als für die Eltern meiner Freund_innen. Meine Eltern hatten die Chance, in ein anderes Land zu gehen und dort ein besseres Leben aufzubauen. Während die Leute, die in Berlin oder in Ostdeutschland waren und da die Wende erlebt haben, erst einmal nicht so gute Erfahrungen gemacht haben. Wenn meine Eltern über die Neunziger reden, sagen sie: „Ja, das war so cool“. Bei den Geschichten, die ich über meine Freund_innen herausgefunden habe war es so: „Alle haben schrecklich gelitten und es war alles sehr schwierig“. Ich glaube, das ist dann eine ganz andere Geschichte, also das sind verschiedene Abläufe des Lebens.

Urmila Goel: Ich würde gerne in die Runde fragen: Wenn ihr West-Ost denkt, wenn ihr DDR denkt, ist das bei euch ein reiner Bezug auf Deutsch-Deutsches oder habt ihr das weitere postsozialistische Osteuropa mit im Blick. Ulrike, du schüttelst den Kopf?

Ulrike Mausolf: Das ist, glaube ich, bei mir eine ähnliche Sorte Blindheit, die Nicole Halliday vorhin angesprochen hat. Mir fällt immer wieder auf, dass ich

sehr stark deutsch-deutsch denke und andere postsozialistische Kontexte zu wenig einbeziehe. Ich musste letztes Semester darauf hingewiesen werden, dass die Frage nach dem vermeintlichen Konflikt zwischen internationaler Solidarität und Rassismus in der DDR auch größer gefasst werden kann und sollte. Die Eingebundenheit der DDR in Weltpolitik darf gerade bei postkolonialen Fragestellungen nicht aus dem Blick geraten. Ich glaube, dass ich da immer wieder auch Ausblendungen habe.

Leona Schwarzer: Ich würde es ähnlich sagen wie Ulrike. Mir fehlt da auch noch der weitere Blick. Wenn ich darüber nachdenke, denke ich über die deutsch-deutsche Geschichte nach.

Luise Böhm: Vor meiner MA-Arbeit habe ich mich im Studienprojekt mit der Europäisierung der Ethnologien befasst, konkret mit Osteuropabildern und Konzepten des Postsozialismus in der westlichen Ethnologie und Kulturanthropologie der Nachwendezeit, und auch mit der Kritik an einseitiger Wissensproduktion über postsozialistische Transformationsgesellschaften (vgl. Buchowski 2004). Im Projekt haben wir uns also schon mit der Herstellung des Ostens als Anderes, gerade in unserem Fach, beschäftigt. Ich denke, dass hier eine ähnliche Dynamik in Bezug auf BRD und DDR zu beobachten ist, weil die Abgrenzung auch hier zum Teil über das ehemalige politische System funktioniert.

In der ostdeutschen Stadt, in der ich geforscht habe, wurde Osteuropa als Bezug wenig angesprochen. Mir ist in einigen Interviews aber aufgefallen, dass Interviewpartner_innen Bilder dieses Ostens stellenweise geografisch weiter in den Osten verschoben haben, zum Beispiel im Sprechen über benachbarte polnische Regionen, die durch ihre Andersheit hervorgehoben wurden.

Nicole Halliday: Ich habe auch eher Deutsch-Deutsches im Blick, aber erst durch die Forschung. Vor meiner Forschung hatte ich teilweise ein größeres Bild als jetzt. Vielleicht weil ich mich mehr mit einer spezifischen Situation auseinandergesetzt habe.

Ost-Migrantische Analogien und Theorie-Transfer

Urmila Goel: Du hast ja noch einmal eine andere Positionierung durch deine eigene Migrationserfahrung. Welche Bedeutung hat das für deine Auseinandersetzung?

Nicole Halliday: Ich habe darüber schon oft nachgedacht und versucht, das zu reflektieren. Ich habe viele Artikel über das Anders-Sein gelesen und überlegt, weil auch Naika Foroutan den Vergleich zwischen Migrant_innen und Ostdeutschen macht (vgl. Foroutan u.a. 2019). Ich habe mich gefragt, wie ich mich als Migrantin positioniere und bin zu keinem richtigen Schluss gekommen. Ich

bin irgendwie Migrantin, aber eigentlich bin ich irgendwie auch westdeutsch. Das ist ein Wechselspiel zwischen den Positionierungen in der Debatte.

Urmila Goel: Nicole Kaminer, in Bezug zur Analogiebildung von Ostdeutschen und Migrant_innen würdest du zu beiden Kategorien gehören. Was sagst du zu dieser Differenzierung?

Nicole Kaminer: Ich finde es schwierig. Ich verstehe den Zusammenhang, dass beides marginalisierte, benachteiligte oder diskriminierte Positionen sind. Aber ich finde es andererseits schwierig, weil ich mich weder für ausgesprochen migrantisch noch für ausgesprochen ostdeutsch halten kann. Ich würde das nicht so anwenden, sondern als fließend verlaufende Kategorien ansehen. Es kann einen Zusammenhang geben, dass man eine ostdeutsche Familiengeneration und eine Vergangenheit mit migrantischen Erfahrungen vergleichen kann. Es ergeben sich Schnittstellen bei den Benachteiligungen, die geteilte Erfahrungen ermöglichen und somit analytisch auch parallel zu einander betrachtet werden können. Das ist mir erst bei der Literatur für meine BA-Arbeit bewusstgeworden, den Vergleich fand ich spannend, als Perspektive (vgl. Foroutan u.a. 2019; Heft 2020).

Ulrike Mausolf: Ich finde es einen interessanten Punkt über Theorietransfer an diesen Stellen nachzudenken, was ja auch schon viel gemacht wird. Ich denke da zum Beispiel an Saids Konzept des Orientalismus (Said 2003 [1987]), das bei Bakić-Hayden (1995) mit den *Nesting Orientalisms* und bei Buchowski (2006) mit dem *Specter of Orientalism* für Osteuropa produktiv wurde. Da kann sich auf der theoretischen Ebene viel gegenseitig befruchten. Ich habe in meiner Arbeit auch mit Theorien gearbeitet, die aus der kritischen Migrationsforschung oder postkolonialen Kontexten kommen und fand das sehr produktiv. Zum Beispiel hat mir Floya Anthias' Konzept der translokalen Positionalität geholfen, starre Konstruktionen von Identität zu hinterfragen (Anthias 2008), mit Broden und Mecheril (2007) habe ich über Re-Präsentation nachgedacht. Trotzdem schrecke ich davor zurück, so starke Analogien zu ziehen, die, wie schon gesagt wurde, zu starren Kategorisierungen und damit zu Ausblendungen führen müssen.

Luise Böhm: Ich finde es auch noch einmal wichtig zu betonen, auch, weil ich das aus meiner Forschung mitgenommen habe, dass es Ähnlichkeiten gibt, aber dass die Ausgrenzungserfahrung von ostdeutsch sozialisierten Menschen und Menschen, die Rassismuserfahrungen machen, trotzdem nicht gleichzusetzen sind. Gleichzeitig schließen sich diese Erfahrungen gegenseitig nicht aus, natürlich gibt es westdeutsch und ostdeutsch sozialisierte People of Colour. Ich denke, dass man gerade deshalb in den Theoriebezügen umsichtig sein sollte.

Urmila Goel: Inwiefern?

Luise Böhm: Zum Beispiel haben wir am Anfang über meine Position als westdeutsch Sozialisierte gesprochen. Ich habe mich im Zusammenhang mit den methodischen Fragen, die dadurch für mich aufkamen, viel mit *Critical Westness* (vgl. Schulze 2019) beschäftigt, was ich für mich produktiv fand. Trotzdem finde ich es wichtig, dabei mitzudenken, dass es nicht die gleichen Privilegien oder die gleichen Ausgrenzungserfahrungen sind, die bei einer kritischen Weißseinsforschung thematisiert werden.

Ulrike Mausolf: Ich finde, das ist ein spannendes und ein sehr, sehr schwieriges Thema. Ich habe in meiner Arbeit auch über Passing-Strategien geschrieben, was an der Stelle ein interessanter Punkt sein könnte. In meinen Interviews wurden immer wieder Situationen geschildert, in denen es meine weißen ostdeutschen Interviewpartner_innen umgehen wollten, als Ostdeutsche erkannt und potenziell abgewertet zu werden. Meistens führte das dazu, dass sie ostdeutsch konnotierte Dialekte und Redewendungen vermieden. Wenn das erfolgreich war, konnten sie *passen* (vgl. Ahmed 2005), also nicht auffallen, dazugehören, das Geandertwerden umgehen oder wenigstens abschwächen. Das gezielte Vermeiden dieser sprachlichen Marker habe ich als Kompetenz bezeichnet. Die ist aber nicht im gleichen Sinne für Menschen zugänglich, die aufgrund von visuellen Markern aus dem Deutschen verwiesen werden.

Nicole Kaminer: Es ist eben so schwierig beim Theorietransfer und dem Vergleich von ostdeutschen und migrantischen Erfahrungen, nicht die Kategorien zu reproduzieren und sich darin zu verhaken, sondern zu versuchen, das ein bisschen offener zu denken. Das ist mir bei der Forschung bewusst geworden. Wenn man es vergleicht, hat man einerseits eine neue Perspektive und gleichzeitig macht man die Kategorien wieder fest. Da muss man immer aufpassen. Deshalb würde ich zustimmen, dass Theorietransfer eine gute Sache ist, dass man aber aufpassen muss, wie man die Kategorien verwendet.

Geschlechterfragen

Nicole Halliday: Zu dem Außerhalb von Kategorien kann ich noch etwas erzählen. Ich wollte eigentlich im Projektseminar eine Forschung über den Schwangerschaftsabbruch in der DDR machen. Dann habe ich die Interviews mit den zwei Frauen geführt und gemerkt, dass mein Forschungskonzept auf heteronormativen Kategorisierungen aufbaut, die im Feld so gar nicht funktionieren. Da ist mir erst bewusstgeworden, wie ich Kategorien festsetze. Am Ende lautet ja der Titel meiner BA-Arbeit *Intersektionale Perspektiven*, weil mir im Gespräch aufgefallen ist, dass da einfach so viel mehr dahintersteckt als nur die Ostfrau.

Urmila Goel: Wie ist dir das aufgefallen?

Nicole Halliday: Mein Interesse war Alltag und Sexualität in der DDR. Ich bin über den Schwangerschaftsabbruch darauf gekommen, weil der anders als in der BRD in der DDR ab 1972 erlaubt war. Ich wollte mit Frauen aus der DDR darüber reden. Eine meiner beiden Interviewpartnerinnen hat mir aber erzählt, dass sie lesbisch ist und einfach überhaupt keine Erfahrungen mit Schwangerschaftsabbruch gemacht hat. Da ist mir aufgefallen, was ich gemacht habe, und habe die Forschungsfrage angepasst, den Fokus vom Schwangerschaftsabbruch zu den Verhandlungen von Alltag, Sexualität und Gender verschoben.

Urmila Goel: War dein Interesse an dem Schwangerschaftsabbruch die Abweichung von der westdeutschen Norm?

Nicole Halliday: Ja, auf jeden Fall, weil ich westsozialisiert bin. Das ist für mich etwas Fremdes und das war es auch in der Forschung.

Urmila Goel: Dass es in der DDR möglich war, war das für dich etwas positiv Besetztes?

Nicole Halliday: Das ist für mich etwas Positives. Ich glaube, dass ich mit dem wenigen Wissen, das ich über die DDR hatte, eher ein negatives Bild der DDR hatte. Da dachte ich: „Wow, ich finde das voll interessant“.

Urmila Goel: Leona, kannst Du nochmal sagen, wieso dich Gender in Bezug auf die DDR interessiert?

Leona Schwarzer: Eigentlich war mein Interesse die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und wie über die Ostfrau und Berufstätigkeit gesprochen wird. Am Anfang bin ich dem Begriff der Doppelbelastung gefolgt und Aussagen wie: „Die Frau ist sowieso immer arbeiten gegangen, kam dann nach Hause und hat noch die Kinder versorgt“. Das hatte ich in meinen Interviews viel. Ich habe den Eindruck, dass Gleichberechtigung im Sinne von „Ich darf arbeiten gehen und ich darf mich entwickeln so wie ich es möchte“ da war, aber zur gleichen Zeit eine Doppelbelastung, also die Ungleichverteilung der Hausarbeit.

Urmila Goel: Wie war die Rolle der Frau in der DDR für dich besetzt?

Leona Schwarzer: In Bezug auf den Schwangerschaftsabbruch auf jeden Fall positiv. Ich habe mir aber die Frage nach der unbezahlten Care-Arbeit gestellt. Mich hat gewundert, dass diese Doppelbelastung, diese Powerfrau, in der Regel sehr wenig reflektiert wurde. In einem Interview kam dann die Doppel- oder Dreifachbelastung der Person drastisch zur Sprache. Ich fand es erstaunlich, wie sich das durchgezogen hat in dem ganzen Interview. Was ich auch spannend fand, eine befragte Person war in der DDR drei Jahre zu Hause, während ihr Mann arbeiten ging. Das passte nicht zu den sonstigen Erzählungen über die berufstätigen Mütter.

Urmila Goel: Nicole Kaminer, du hattest ganz am Anfang gesagt, dass nicht nur die West-Ost-Differenz wichtig ist, sondern zum Beispiel Klasse, aber auch Gender. Kannst du etwas dazu sagen, inwieweit bei dir Gender relevant war?

Nicole Kaminer: Daran musste ich auch gerade denken bei dem Thema von Berufstätigkeit und Alltag. Das war ein Thema, was bei mir oft aufkam, weil die meisten aus der Freundesgruppe, die an den Interviews teilgenommen haben, Frauen sind und wahrscheinlich auch welche, die sich als feministisch bezeichnen würden. Oft kam in Gesprächen diese Perspektive auf: „In der DDR hatten Frauen eine ganz schlimme Doppelbelastung und jetzt ist es besser“ oder: „Ne, früher war es besser, weil die Frauen sich viel besser entfalten konnten als im Westen“. In den Gesprächen haben diese zwei Perspektiven gegeneinander angekämpft. Da habe ich gedacht, ich würde es nicht so zweiseitig sehen, das ist viel ambivalenter. Dass das Thema in den Gesprächen oft aufkam, obwohl ich in meiner BA-Arbeit keinen Genderbezug hatte und nicht explizit danach gefragt habe, zeigt, dass für meinen Freundeskreis das Thema Frauen und Berufstätigkeit etwas sehr Aktuelles ist, worüber sie sich Gedanken machen und in Bezug auf die DDR thematisieren.

Urmila Goel: Ulrike, bei dir war Gender auch kein explizites Thema, aber kam es irgendwie vor, gibt es Bezüge, die du machen kannst?

Ulrike Mausolf: Was auftauchte, waren Bilder vom rechten ostdeutschen Mann. Kathleen Heft arbeitet in ihrem Artikel *Brauner Osten* (2018) heraus, dass der mediale Diskurs um den rechtsextremen Osten auch eine vergeschlechtlichte Dimension hat. Das habe ich auch in meinem Material gesehen. Junge weiße ostdeutsche Männer haben mir, anders als die gleichaltrigen Frauen, erzählt, dass sie häufig aufgrund ihres Dialekts oder ihrer Herkunft aus einem ostdeutschen Bundesland mit Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus verbunden werden. Für sie war es ein wichtiges Thema, auf der einen Seite diese Zuschreibung abzuwehren und dabei gleichzeitig nicht den Rechtsextremismus in Ostdeutschland zu relativieren.

Erkenntnisse

Urmila Goel: Zum Abschluss des Gespräches möchte ich euch fragen, was hat euch die Auseinandersetzung mit euren Themen gebracht?

Leona Schwarzer: Zu erkennen, was es ausmacht, aus welcher Position man spricht.

Nicole Halliday: Ich habe gelernt, dass es sehr vielfältige Erfahrungen und Geschichten gibt. In meiner BA-Arbeit ist mir die Ambivalenz in den Erzählungen wichtig. Vorher hatte ich das Gefühl, dass es gute oder schlechte Seiten

gibt. Aber es gibt ganz viele Dinge, die so uneindeutig sind. Ich habe gelernt, mit diesen Uneindeutigkeiten und widersprüchlichen Meinungen und Positionen umzugehen.

Urmila Goel: Kannst du mehr zu den Ambivalenzen sagen, mit denen du in deinem Material umgehst?

Nicole Halliday: Es geht viel um die Doppelbelastung von Frauen. Es geht um das Gefühl, als Frau in der DDR zu sein und dann nach der Wende Frau zu sein. Das lässt sich schwer einordnen in Kategorien von besser oder schlechter. Das sind Sachen, die viel mit Berufstätigkeit zu tun haben, aber auch viel mit Familie und mit Erwartungen an Familie und an das Frau-Sein. Sie haben versucht, mir das zu kommunizieren. In den Interviews haben wir versucht, eine eindeutige Antwort auf Fragen zu finden, wo es eigentlich keine gibt.

Nicole Kaminer: Auf jeden Fall würde ich mich Nicole in Bezug auf die Uneindeutigkeit anschließen. Ich habe vor allem mitgenommen, dass die Frage danach, ob die DDR in unserer Generation Relevanz hat, nicht produktiv war, weil ich sie sofort eindeutig mit Ja beantworten konnte. Produktiver war es, mich mit der Komplexität zu beschäftigen. Ich habe gelernt, dass es wichtig ist, West-Ost-Ungleichheiten auch intersektional zu betrachten, dass es meistens viel weiter geht, als es auf den ersten Blick aussieht und dass man mit Kategorien wie der Einteilung in gut und schlecht nicht weit kommt, weil das alles sehr uneindeutig ist.

Ulrike Mausolf: In meinem Alltag hat die analytische Beschäftigung mit Subjektivierungen junger Ostdeutscher eine gewisse Gelassenheit gebracht. Ich kann Stereotypen bewusster begegnen und manchmal die Mechanismen zur Herstellung der westdeutschen Norm hinter ihnen erkennen. Wichtig ist mir, dass ich mich in meiner BA-Arbeit nicht vordergründig mit der DDR beschäftigt habe. Natürlich taucht sie in Gesprächen mit nachwendegeborenen Ostdeutschen immer wieder auf, aber die Anrufungen wurden viel öfter im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, Pegida und Rechtspopulismus geschildert. Ich finde es interessant, dass sowohl Ostdeutschland, als auch die Ostdeutschen und damit auch die Nachwendegeborenen aktuell immer wieder auf verschiedene Arten hergestellt werden und sich im Diskurs verorten. Der Diskurs verändert sich dabei auch. In der aktuellen Debatte ist der „braune Osten“ ein wichtiger Punkt für die Positionierung von jungen Ostdeutschen.

Luise Böhm: Was ich aus meiner MA-Arbeit mitgenommen habe, ist, dass man nicht über Ostdeutschland sprechen und nachdenken kann, ohne den Blick auch auf Westdeutschland zu richten. Gerade wenn man sich, wie ich, mit dem Umgang mit Rassismus beschäftigt. Denn das Bild vom „braunen Osten“ hat in hegemonialen, westdeutsch geprägten Diskursen eine Externalisierungsfunktion (vgl. Shoshan 2016) und ist nicht losgelöst davon zu betrachten. Ich hoffe, eine Sensibilität dafür gewonnen und einen Weg gefunden zu haben,

rassistische Verhältnisse in Ostdeutschland zu benennen, die in Ostdeutschland wie Westdeutschland eine Realität sind, ohne andere Formen der Ausgrenzung damit zu negieren.

Urmila Goel: Vielen Dank für das Gespräch.

Nachwort von Urmila Goel

Ich will mich den Studierenden anschließen: eine zentrale Erkenntnis auch dieses Gespräches ist die Uneindeutigkeit. Die Nachwendegeborenen sind in ihren Interessen, Zugängen und Analysen so divers wie andere auch. Einige setzen sich mit West-Ost-Differenzen auseinander, weil sie sie selbst erleben. Andere beschäftigen sich mit DDR-Bezügen, weil ihr Umfeld ihnen das nahelegt, oder aber, weil sie ihnen fremd sind. Sie wählen einen Feldzugang über Familie und Freund_innen oder über Fremde. Zwar wählten unter den Gesprächsteilnehmenden die Ostsozialisierten den ersten und die Westsozialisierten den zweiten Weg, das aber auf ihre Sozialisation zurückzuführen, dürfte eine zu einfache Erklärung sein. So hätte Luise Böhm für ihre BA-Arbeit auch ihren Freund_innenkreis interviewen können. Ulrike Mausolf beschäftigt sich in ihrem MA-Studium gerade mit einem ihr bisher fremden ostdeutschen Kontext. Gemeinsam ist ihnen aber, dass sie die Komplexität ihrer jeweiligen Themen erkennen und unterschiedlichste Theorieansätze zum Verstehen nutzen. Sie hinterfragen eindimensionale Rückführungen von gesellschaftlichen Phänomenen auf die DDR bzw. West-Ost-Ungleichheiten und plädieren für intersektionale Zugänge. Und alle zeigen deutlich, dass ihre Auseinandersetzung mit der DDR/Ostdeutschland in ihrer Gegenwart verortet ist und sich daraus ihre Fragen und Zugänge ergeben, die notwendig anders sind als jene der vorherigen Generationen. Ich bin gespannt, welche weiteren Analysen die Nachwendegeborenen anbieten und wie sie die Theorieproduktion vorantreiben werden.

Literaturverzeichnis

Ahmed, Aischa (2005): „Na ja, irgendwie hat man das ja gesehen“. Passing in Deutschland. Überlegungen zu Repräsentation und Differenz. In: Eggers, Maureen Maisha/Kilomba, Grada/Piesche, Peggy/Arndt, Susan (Hrsg.): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. München: Unrast Verlag, S. 270–282.

- Anthias, Floya (2008): Thinking through the lens of translocational positionality. An intersectionality frame for understanding identity and belonging. In: *Translocations: Migration and Social Change*, 4, 1, S. 5–20.
- Assmann, Jan (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Assmann, Jan/Hölscher, Tonio (Hrsg.): *Kultur und Gedächtnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9–19.
- Bakić-Hayden, Milica (1995): Nesting Orientalisms. The Case of Former Yugoslavia. In: *Slavic Review*, 54, 4, S. 917–931.
- Broden, Anne/Mecheril, Paul (2007): Migrationsgesellschaftliche Re-Präsentationen. Eine Einführung. In: Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hrsg.): *Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft*. Düsseldorf: IDA-NRW, S. 7–28.
- Büchner, Abel/Ottovay, Kathrin (2007): Researching against. Kritische Kulturanthropologie gegen Rechtsextremismus. In: Blask, Falk (Hrsg.): *Ein Dorf voller Narren. Karneval, Idylle, Rechtsextremismus*. Berliner Blätter 43, S. 143–160.
- Buchowski, Michał (2006): The Specter of Orientalism in Europe. From Exotic Other to Stigmatized Brother. In: *Anthropological Quarterly*, 79, 3, S. 463–482.
- Buchowski, Michał (2004): Hierarchies of Knowledge in Central-Eastern European Anthropology. In: *Anthropology of East Europe Review*, 22, 1, S. 5–14.
- Clifford, James (1986): Introduction. Partial Truths. In: Clifford, James/Marcus, George E. (Hrsg.): *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*. Berkeley: University of California Press, S. 1–26.
- Enders, Judith/Schulze, Mandy/Ely, Bianca (Hrsg.) (2016): *Wie war das für euch? Die Dritte Generation Ost im Gespräch mit ihren Eltern*. Berlin: Ch. Links.
- Foroutan, Naika/Kalter, Frank/Coşkun, Canan/Simon, Mara (2019): *Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung*. Berlin: DeZIM-Institut.
- Goel, Urmila (2013): Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsforschung. In: Gürsel, Duygu/Çetin, Zülfi-
kar/Allmende e.V. (Hrsg.): *Wer Macht Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen*. Münster: edition assemblage, S. 138–150.
- Goel, Urmila (2010): Westprivilegien im vereinten Deutschland. In: *telegraph 120/121*, S. 8–15.
- Goel, Urmila/Punnamparambil, Jose/Punnamparambil-Wolf, Nisa (2012): *InderKinder*. Eine Einleitung zum Buch. In: Goel, Urmila/Punnamparambil, Jose/Punnamparambil-Wolf, Nisa (Hrsg.): *InderKinder. Über das Aufwachsen und Leben in Deutschland*. Heidelberg: Draupadi, S. 7–23.
- Hacker, Michael/Maiwald, Stephanie/Staemmler, Johannes/Enders, Judith/Lettrari, Adriana/Pietzcker, Hagen/Schober, Henrik/Schulze, Mandy (Hrsg.) (2012): *Dritte Generation Ost. Was wir sind, was wir wollen*. Berlin: Ch. Links.
- Heft, Kathleen (2020): Die Migrantisierung der Ostdeutschen? Im Gespräch mit Naika Foroutan. In: Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.): *Erinnern Stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 423–450.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: *Feministische Studien*, 36, 2, S. 357–366.
- Mwaungulu, Ilanga (2020): „Schwarze Schwester Angela“. Die Solidaritätskampagne für Angela Davis in der DDR-Frauenzeitschrift *Für Dich* zwischen Identifikation mit antirassistischen Kämpfen und Leugnung von Rassismus in der DDR. Open-

- Access-Publikationsserver der Humboldt-Universität: <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/22155> [Zugriff: 06.07.2021].
- Quent, Matthias (2016): Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern. In: Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußbecker Nicole/Schmidtke Franziska (Hrsg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. Wiesbaden: Springer VS, S. 99–117.
- Sabrow, Martin (2009): Die DDR erinnern. In: Sabrow, Martin (Hrsg.): *Erinnerungsorte der DDR*. München: C. H. Beck, S. 11–27.
- Said, Edward W. (2003 [1978]): *Orientalism*. New York: Vintage.
- Schönian, Valerie (2020): *Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet*. München: Piper.
- Schulze, Heiner (2019): *Critical Westness. Unsichtbare Normen und (west)deutsche Perspektiven*. In: *OstJournal*: <https://www.ost-journal.de/critical-westness-unsichtbare-normen-und-westdeutsche-perspektiven/> [Zugriff: 06.07.2021].
- Shoshan, Nitzan (2016): *The Management of Hate. Nation, Affect and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany*. Princeton: Princeton University Press.

Verwobene, intersektionale Macht- und Herrschaftsverhältnisse

„Schwarze Schwester Angela“. Die Verhandlung von Weiblichkeit und Schwarzsein in der Solidaritätskampagne für Angela Davis der DDR-Frauenzeitschrift *Für Dich*¹

Ilanga Mwaungulu

Einleitung

1970 wurde die antirassistische und feministische Kommunistin Angela Davis in den USA vom FBI gesucht – und bald darauf verhaftet. Sie wurde beschuldigt, an einem Befreiungsversuch der Soledad Brothers, einer Gruppe Schwarzer antirassistischer Gefängnisinsassen aus dem Umfeld der Black Panther Party (BPP) beteiligt gewesen zu sein. Ihr drohte die Todesstrafe.

Davis war im selben Jahr von der University of California, wo sie als Dozentin arbeitete, gekündigt worden, als dort ihre Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei der USA bekannt wurde. Sie war bereits in ihrer Schul- und Studienzeit antirassistisch und kommunistisch politisch aktiv gewesen und hatte sich in der Zeit vor ihrer Verhaftung intensiv in der Solidaritätskampagne für die Soledad Brothers engagiert.

Bis 1972 saß Davis im Gefängnis, über lange Zeit in Einzelhaft, bis sie erst auf Kautionsfreikam und schließlich freigesprochen wurde. Der Freispruch wurde nicht zuletzt durch den massiven Druck der Solidaritätskampagne für ihre Befreiung erwirkt. In den USA war Davis' Schwester, Fania Davis-Jordan, eine der führenden Köpfe der Kampagne. Diese ging jedoch weit über die USA hinaus – an ihr beteiligten sich sowohl linke Bewegungen kapitalistischer Staaten als auch antirassistische und anticoloniale Bewegungen. Nicht zuletzt wurde sie von den sozialistischen Staaten unterstützt, so auch von der DDR. Dort wurde sie von vielen Medien begleitet und vorangetrieben, so auch von der Frauenzeitschrift *Für Dich*, die bereits vor Davis' Verhaftung ihre Leser*innen zur Solidarität mit der verfolgten Kommunistin aufrief und zahlreiche Artikel veröffentlichte. 1972 schließlich berichtete sie über Davis' DDR-

1 Der hier verschriftlichte Beitrag basiert auf meiner Masterarbeit (Mwaungulu 2020). In dieser habe ich das Verhältnis von antirassistischer ‚Internationaler Solidarität‘ und Rassismus in der DDR anhand der Solidaritätskampagne für Angela Davis in der Frauenzeitschrift *Für Dich* analysiert.

Besuch im Rahmen einer Reise, die sie durch verschiedene Länder führte, in denen die Solidaritätskampagne besonders groß gewesen war.

In der *Für Dich* wird im Zusammenhang mit Davis' Aktivismus der Rassismus in den USA immer wieder thematisiert. Im gleichen Atemzug leugnet sie stetig implizit und explizit die Existenz von Rassismus in der DDR.

In der Realität durchzog dieser jedoch alle Bereiche der Gesellschaft und äußerte sich immer wieder sowohl in der Politik des Staates als auch in dem Handeln und Denken vieler seiner Bürger*innen.² Die Kampagne der *Für Dich* bedient sich verschiedener Argumentationsstrategien, mit denen die Leugnung von Rassismus plausibel gemacht werden sollte. In dem vorliegenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung in diesem Zusammenhang die Kommunikation von Weiblichkeitskonzepten sowie die Verhandlung von Schwarzsein und Antirassismus hatten.

Bevor ich auf diese Aspekte der Solidaritätskampagne eingehe, möchte ich zunächst einen Blick auf das Konzept der ‚Internationalen Solidarität‘ werfen und umreißen, welche Rolle es in der DDR gespielt hat.

‚Internationale Solidarität‘ und antirassistisches Selbstverständnis

Die DDR sah sich selbst als sozialistisch, antirassistisch und der ‚Internationalen Solidarität‘ verpflichtet. In der Forschungsliteratur zu Rassismus in der DDR wird sich in der Regel kaum inhaltlich mit der ‚Internationalen Solidarität‘ und dem darin enthaltenen antirassistischen Anspruch auseinandergesetzt. Stattdessen wird sie oft ausschließlich als leere Floskel zur Herrschaftslegitimation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) oder als von oben verordnet abgetan (vgl. z.B. Priemel 2011: 13; Poutrus 2009: 134; Mau 2019: 90–93). Dass sie keine Realität der Bevölkerung gewesen sei (und deshalb auch nicht näher untersucht werden müsse), wird mit der Existenz von Rassismus in der DDR begründet. Ich denke, dass dieses Verständnis zu kurz greift, weil Rassismus und ‚Internationale Solidarität‘ sehr wohl gleichzeitig

2 Für ein umfassendes Bild über Rassismus in der DDR sind neben der Forschungsliteratur und Zeitdokumenten auch die (auto-)biografischen Rückschauen von Schwarzen Ostdeutschen, Ostdeutschen of Color und Personen, die in die DDR migriert waren, aufschlussreich. Nachdem einige Veröffentlichungen bereits in den 2000er-Jahren entstanden, gab es 2019 auch in einer breiteren Öffentlichkeit ein Interesse an den DDR- und ‚Wende‘-Erfahrungen von Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Unter den Projekten und Veröffentlichungen anlässlich des 30-jährigen Mauerfall-Jubiläums möchte ich zwei besonders hervorheben: die Webdokumentation ‚Eigensinn im Bruderland‘ (Enzenbach/Kollath/Oelkers 2019) und den Ausstellungskatalog ‚Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost‘ (Piesche 2020).

bestehen und eine wichtige Rolle spielen konnten, trotz der dadurch auftretenden Widersprüche.

Die ‚Internationale Solidarität‘ prägte verschiedene Lebensbereiche in der DDR ganz entscheidend mit. Zum einen war sie eine der Grundlagen des Verhältnisses zwischen der DDR und anderen sozialistischen Staaten oder verbündeten Organisationen in kapitalistischen und kolonisierten Ländern. Als wichtiger Faktor der Migrationspolitik spielte ‚Internationale Solidarität‘ auch innerhalb der DDR eine Rolle.

Der in ihr enthaltene antirassistische Anspruch zeigt sich in der Aufnahme (oft begleitet von der Versorgung mit Wohnraum und Arbeit) exilsuchender Kommunist*innen und antikolonialer Kämpfer*innen (vgl. Poutrus 2005), in der medizinischen Versorgung oder Ausbildung Angehöriger verbündeter Parteien oder deren Kinder (vgl. Aukongo 2009; Engombe 2004; Höhn/Klimke 2016: 239; Reuter/Scheunpflug 2006; Verber 2015), im kostenlosen Ausländerstudium (vgl. Uladh 2005: 176) sowie im rechtlich verbrieften Gleichstellungsanspruch und dem Ausbildungsangebot für Arbeitsmigrant*innen (vgl. Mende 2010: 109).

Damit bot die ‚Internationale Solidarität‘ den Rahmen, dessen Möglichkeiten verschiedene Personen und Organisationen für sich nutzten und auf den sie sich (je nach gesellschaftlicher Stellung mehr oder weniger erfolgreich) berufen konnten, um ihre Interessen in der DDR stark zu machen.

Dieser Rahmen der ‚Internationalen Solidarität‘ war dabei durchzogen von Machtungleichheit und strukturellem Rassismus, denn die ‚Solidarität‘ konnte jederzeit einseitig vom Staat wieder entzogen werden, was für Migrant*innen ihre Abschiebung zur Folge hatte – im schlimmsten Fall in den Staat, der sie verfolgte. Die SED entzog ihre ‚Solidarität‘ Einzelpersonen oder Organisationen bei politischen Differenzen, unerwünschtem Verhalten, aber auch wenn sie mit anderen Interessen in einen Konflikt geriet und diese dann höher gewichtet wurden.³ Die Staatsorgane und ihre Akteur*innen benutzten diesen Entzug und andere Sanktionen außerdem gegen einzelne Migrant*innen als Reaktion auf Widerstand, unangepasstes Verhalten und sogar die Skandalisierung von Rassismus (vgl. Mende 2010: 86–107, 159–161; Poutrus 2009: 146; Uladh 2005: 212–218; Waibel 2014: 95).

3 Der Historiker Patrice Poutrus gibt ein Beispiel, wie im Umgang mit algerischen Exilant*innen die ‚Internationale Solidarität‘ mit außenpolitischen Interessen in einen Konflikt gerät. Während des algerischen Bürgerkrieges war die mit der SED verbündete KPA Repressalien durch die führende FLN ausgesetzt. Da sich Angehörige beider Parteien im Exil in der DDR befanden, kam es auch dort zu massiven Konflikten. Poutrus beschreibt einen konkreten Fall, in dem sich die SED trotz einer Gefährdung für die KPA-Angehörigen aus außenpolitischem Interesse nicht gegen die Forderungen von FLN-Funktionären positionierte (vgl. Poutrus 2005: 248–253). Der Europäische Ethnologe Sebastian Pampuch stellt einen malawischen Exilanten vor, der Anfang der 1980er-Jahre aus der DDR ausgewiesen wurde. Die DDR nahm inoffiziell Kontakt mit dem autokratisch regierten Malaŵi auf, um die durch Malaŵi führenden Handelsrouten mit Moçambique nutzen zu können (vgl. Pampuch 2013).

Die Geschichts- und Sozialwissenschaftlerin Christiane Mende weist außerdem darauf hin, dass die DDR sich bei der Aushandlung der Verträge mit Entsendeländern von Arbeitsmigrant*innen postkoloniale Machtungleichheiten für ihre wirtschaftlichen Interessen zunutze machte. In der Folge wurden immer mehr Arbeitsmigrant*innen aus dekolonisierten Ländern wie Moçambique oder Vietnam zu immer schlechteren Bedingungen eingestellt:

„Im Zuge der Sicherung des eigenen national-ökonomischen ‚Überlebens‘ nutzte die DDR das postkoloniale Abhängigkeitsverhältnis, um für sich kostengünstigere Modalitäten für den Arbeitseinsatz auszuhandeln als dies mit den europäischen Staaten möglich war.“ (Mende 2013: 154f.)

Andererseits prägte die ‚Internationale Solidarität‘ neben der Migrationspolitik auch weitere Bereiche des Alltags der DDR-Bevölkerung entscheidend mit. Sie war sowohl diskursiv – in Medien, Bildungsprogrammen oder Politiker*innenreden – (vgl. Rabenschlag 2014; Lorenz 2020) als auch praktisch fest verankert. Solidaritätskampagnen wurden in Betrieben, Zeitungen und Zeitschriften beworben, Massenorganisationen beteiligten sich an ihnen und mobilisierten ihre Mitglieder und es wurde regelmäßig Geld, etwa durch den Verkauf von Solidaritätsbriefmarken, gesammelt (vgl. Lorenz 2013, 2020; Haack 2011: 255–257; Höhn/Klimke 2016; Witkowski 2015). Wenn für eine Beteiligung an Solidaritätskampagnen auch andere Motive, etwa die Hoffnung auf Vorteile durch angepasstes Verhalten, eine Rolle gespielt haben dürften, beteiligte sich die Bevölkerung weit über das Maß hinaus, welches die These der von oben verordneten Solidarität nahelegt. Die Beiträge waren dabei sowohl finanzieller als auch ideeller Art in Form von Unterschriftensammlungen, Informationsveranstaltungen, Wandzeitungen, Kunstprojekten oder Demonstrationen. Nicht zuletzt wurde viel Wissen um weltweite kommunistische und antirassistische Kämpfe innerhalb der Bevölkerung verbreitet.

Die Solidaritätskampagne für Angela Davis fand in der Bevölkerung besonders großen Rückhalt, was daran deutlich wird, dass 50.000 – vor allem junge Menschen – Davis bei ihrem DDR-Besuch 1972 am Flughafen Berlin-Schönefeld begrüßten. Eine Zahl, die selbst die Erwartungen der SED bei weitem überstieg (vgl. Lorenz 2013: 39).

Die Kampagne war fester Bestandteil der Medienlandschaft. Von den großen Tageszeitungen *Junge Welt* und *Neues Deutschland* über viel gelesene Zeitschriften wie die *Für Dich* bis hin zu Betriebszeitungen beteiligten sich viele Medien daran, sie fest im Diskurs zu verankern. Auch Kunstausstellungen, Theaterprojekte und zahlreiche Kulturveranstaltungen widmeten sich der Solidarität mit Davis (vgl. ebd.: 47–54). In der Zeit der Kampagne schickten DDR-Bürger*innen unzählige Postkarten und Briefe an Davis ins Gefängnis (vgl. ebd.: 39).

Die Zeitschrift *Für Dich* sprach etwa eine Million Leser*innen an, von denen die meisten weibliche* Angestellte oder Arbeiterinnen* mittleren Alters

waren. Als Organ des Demokratischen Frauenbunds (DFD) verband sie politische Themen und Nachrichten mit den Rubriken klassischer Frauenzeitschriften, wie Mode, einen Ratgeberteil, Rätsel und Anzeigen zur Bewerbung von Produkten oder zur Partner*innensuche.

Die Artikel über Davis erschienen hauptsächlich in der Nachrichtenrubrik *Für Dich informativ*, aber auch in anderen Teilen der Zeitschrift. Es erschien unter anderem eine Davis-Biografie der Autorin Helga Bobach als zwölfteilige Fortsetzungsserie (vgl. erster Teil 1971/38).

Angela Davis als Identifikationsfigur

In der Solidaritätskampagne für Angela Davis wird Rassismus immer wieder thematisiert und eindeutig verurteilt, seine Auswirkungen werden beschrieben und antirassistische Kämpfe sowie deren Akteur*innen vorgestellt. Gleichzeitig wird Rassismus in der DDR geleugnet. Um dies plausibel zu machen, treten in den Artikeln der *Für Dich* immer wieder bestimmte Erklärungsmuster oder diskursive Strategien⁴ auf. Die zentralste ist die Ableitung von Rassismus aus dem Kapitalismus. Rassismus erscheint darin ausschließlich als Strategie der Herrschenden, um die Arbeiter*innen zu spalten. Für die kapitalistischen Länder wird daher eine Einheit der Interessen von rassistisch Unterdrückten und der Arbeiter*innenklasse behauptet, die Vertreter*innen dieser Interessen seien die Kommunist*innen des Landes. Diese behauptete Einheit erstreckte sich ebenso auf die Bevölkerungen kolonisierter Länder sowie auf alle sozialistischen Staaten. In der DDR gäbe es also deshalb keinen Rassismus, da sie sozialistisch und Rassismus ausschließlich ein Nebeneffekt des Kapitalismus sei.

Entsprechend dieser behaupteten Einheit von Davis' Kampf und der DDR-Politik wird in der Kampagne mit verschiedenen Stilmitteln eine Identifikation mit Angela Davis stark befördert: Sie wird regelmäßig geduzt und als „unsere Angela“ (vgl. u.a. 1971/08) bezeichnet. Viele Bilder von ihr werden veröffentlicht, darunter auch solche, die sie als Kind zeigen, und es werden ihre Familienangehörigen vorgestellt (vgl. u.a. 1971/14: 23).

In der Biografie von Bobach wird Davis als Lernende dargestellt, die durch Fleiß und über Umwege schließlich zur richtigen Erkenntnis, dem Marxismus-Leninismus, findet (vgl. 1971/40: 38). Die Darstellung als Lernende erfüllt die Funktion, eine Identifikation mit Davis besonders bei jungen Leser*innen zu fördern. Sie ermöglicht es aber auch, mit der SED-Linie im Konflikt stehende politische Ansichten von Davis als Zwischenschritte auf ihrem Weg oder als Jugendstünden abzutun (vgl. 1971/41: 27).

4 Zu meiner Verwendung des Begriffs der diskursiven Strategien siehe Mwaungulu 2020: 58.

Der Aufsatz „Ambivalence and Desire in the East German ‚Free Angela Davis‘ Campaign“ der Historikerin Katrina Hagen (Hagen 2015) geht auf die Ausklammerung von Davis‘ Politiken in der DDR-Solidaritätskampagne ein. Sie zeigt, vor welche Herausforderungen es die SED in der Darstellung Davis‘ stellte, dass diese auch Themen der mit ‚1968‘ identifizierten ‚Neuen Linken‘ vertrat, welche die SED ablehnte (vgl. ebd.: 159). Dies betraf vor allem Davis‘ enge Verbundenheit mit ihrem Mentor Herbert Marcuse der aus marxistischer Perspektive die sozialistischen Staaten als autoritär kritisierte. Außerdem stellte die ‚Neue Linke‘ statt der westlichen *weißen* Arbeiterklasse (die häufig männlich gedacht wurde) marginalisierte Gruppen wie die Schwarze Bevölkerung der USA und kolonisierte Bevölkerungen als ‚neues revolutionäres Subjekt‘ ins Zentrum ihrer Analysen und brach damit zum Teil mit klassisch kommunistischen Vorstellungen. Dieser Anschluss an eine moderne, junge und internationale Bewegung habe jedoch laut Hagen vor allem für die jüngeren Teile der DDR-Bevölkerung gerade Davis‘ Reiz ausgemacht (vgl. ebd.: 172).

Letztlich steckt in der Darstellung von Davis als Lernender auch eine erzieherische Intention, in der anhand des Vorbilds Davis Inhalte und Handlungen als gut und nachahmenswert und gleichzeitig (wenn ebenso viel Fleiß eingesetzt würde, wie Davis es getan hat) erreichbar gepriesen wurden. Dabei wurden in der *Für Dich* auch Weiblichkeitsanforderungen kommuniziert.

Vermittlung von Weiblichkeitsnormen

In Bobachs Biografie wird Davis‘ politischer Werdegang mit ihrem Empowerment als Frau parallelisiert. Während sie in jungen Jahren als „stilles, fast schüchternes Mädchen“ (1971/38: 28) beschrieben wird, habe sie später als kommunistische Professorin „ihre Scheu besiegt“ (1971/42: 30). Die Identifikationsfigur Angela Davis wird als erfolgreich und fleißig, familienverbunden, schön und modisch dargestellt. Besonders betont wird, dass sie den politischen Kampf als klare Priorität in ihrem Leben sehe.

In der Kampagne wird auch Davis Schwester Fania Davis-Jordan vorgestellt. Der führenden Aktivistin in der Kampagne zur Befreiung ihrer Schwester in den USA werden in der *Für Dich* dieselben Eigenschaften wie Davis zugesprochen. Sie eignete sich außerdem, um Bilder der Mutterrolle zu transportieren. Dabei werden auch Probleme in der Vereinbarkeit der unterschiedlichen Anforderungen thematisiert:

„Schwer ist es für Fania gewesen, sich für mehrere Wochen von ihrem Baby zu trennen. Sie hat es im Mai zur Welt gebracht und sie gab ihm einen verpflichtenden Namen: Angela. Fania liebt ihr erstes Kind mit aller Innigkeit, derer eine Mutter fähig ist. Dennoch zögert sie

niemals, wenn sie zu Meetings und Protestdemonstrationen Tausende von Kilometern weit reisen muß.“ (1971/45: 6)

Dieser Bericht über Davis-Jordans DDR-Besuch ist mit dem Titel überschrieben: „Für die große und die kleine Angela“. Zwar wird hier deutlich, dass die Mutterliebe nicht ohne Schmerz mit ihrem politischen Leben vereinbar ist, dieses Problem wird jedoch nicht als gesellschaftliches verhandelt. Stattdessen wird seine Auflösung in eine sozialistische Zukunft verschoben, wenn Davis-Jordan mit dem Wunsch zitiert wird, in der DDR sozialistische Erziehungsliteratur erwerben zu wollen, und festgestellt wird, dass nur eine sozialistische Zukunft ihrem Kind Glück bringen werde (vgl. ebd.). Im Sozialismus, so wird nahegelegt, bestehe dieser Widerspruch nicht mehr.

In den Aufrufen zur Solidarität, wendet sich die Zeitschrift direkt an ihre Leser*innen und vermittelt auch da Normen und Anforderungen an Frauen*. So heißt es im ersten Solidaritätsaufruf der *Für Dich*-Redaktion und des Bundesvorstands des Demokratischen Frauenbunds (DFD):

„Frauen und Mütter! Geht von Haus zu Haus, führt mit allen Frauen Gespräche, damit sie diese Forderung unterstützen. Gebt Eure Unterschriften auf Fahnen und Tüchern. Sammelt bei Euren Kolleginnen und Nachbarinnen. Nutzt öffentliche Frauenversammlungen und andere Gelegenheiten. Mütter! Erklärt Euren Kindern, daß auch sie mithelfen müssen, diesen abscheulichen Plan der Imperialisten zu verhindern. Laßt die Kinder bunte Bilder malen – Blumen, die Sonne... Frauen und Mütter! Schickt die Tücher mit den Unterschriften, die Zeichnungen Eurer Kinder an den DFD-Bundesvorstand [...]. Wir werden Euren Protest und die Symbole des Friedens und der Solidarität weiterleiten!“ (1970/51)

Hier werden ähnliche Weiblichkeitsanforderungen kommuniziert: Frauen* werden als politisch Aktive, die ihre direkten Umfeldler mobilisieren, als Arbeitende und als Verantwortliche für die Erziehung der Kinder angesprochen.

Die Vereinbarkeit der verschiedenen Anforderungen, der Arbeitswelt, das geforderte politische Engagement und die Mutterrolle, wird in der *Für Dich* in die Verantwortung der Frauen* selbst gelegt. Dies geschieht einerseits dadurch, dass Davis und Davis-Jordan als Frauen portraitiert werden, die auftretende Konflikte darin erfolgreich bewältigen. Andererseits wird suggeriert, im Sozialismus gäbe es damit keine Probleme.

Außerdem findet sich an mehreren Stellen eine Abwertung von Feminismus und damit der Bewegung, die auf die gesellschaftlichen Dimensionen dieser Aufgaben verweist. Entgegen Davis' eigener Positionierung als Feministin, schreibt Bobach: „Sie ist kein Blaustrumpf“ (1971/05). Dieser Abwertung von Feministinnen* als ‚unweibliche‘ Frauen* folgend, wird Davis als Unterstreichung dieser Behauptung als jung, modisch, schön und stilbewusst gezeichnet (ebd.).

Davis und weit weniger präsent auch ihre Schwester Davis-Jordan werden in der Solidaritätskampagne als Identifikationsfiguren und als *role models* für Frauen* aufgebaut, anhand derer Weiblichkeitsbilder und -anforderungen vermittelt werden. Davis hört jedoch immer dann auf, als Vorbild einer Frau* zu

gelten, wenn sie als Schwarze Antirassistin dargestellt wird. Dann scheinen die Grenzen der Identifikation erreicht. Damit gibt es in der *Für Dich* unterschiedliche Umgangsstrategien, die ich im Folgenden nachzeichnen möchte.

Verhandlung von Schwarzsein und Antirassismus

Neben den bereits angesprochenen Inhalten der ‚Neuen Linken‘, war auch Davis‘ Antirassismus mit seinem Fokus auf Schwarzen Erfahrungen eine Herausforderung für die Darstellung in der Solidaritätskampagne der DDR. Anders als bei den mit ‚1968‘ assoziierten Themen sieht Hagen jedoch in dessen Umdeutung eine übereinstimmende Motivation der SED und der Dominanzbevölkerung der DDR. Davis‘ Antirassismus positioniere sich in einer „black radical intellectual tradition that rejected the ideology of universalist struggle“ und war damit „a challenge to white supremacy“ (Hagen 2015: 170).

Damit wird in der *Für Dich* unterschiedlich umgegangen. In manchen Artikeln findet eine komplette Ausblendung des Themas statt. Diese sticht besonders dann hervor, wenn die Leser*innen direkt angesprochen und zur Solidarität mit Davis aufgerufen werden. Sie sollen bei den Leser*innen zwar eine Identifikation mit Davis‘ Kämpfen hervorrufen, sind jedoch gleichzeitig zum großen Teil von *colorblindness*⁵ geprägt. In diesen Beiträgen wird es vermieden, Davis als Schwarz und ihre Politik als antirassistisch zu benennen. Neben dieser De-Thematisierung werden an einigen Stellen auch umschreibende Formulierungen genutzt, zum Beispiel schreibt Bobach in ihrer Biografie, Davis‘ Haut sei „nicht weiß genug“ (1971/38: 23, 28). Hier wird einerseits deutlich, dass Schwarzsein (möglicherweise unbewusst) als etwas Schlechtes, Beschämendes angesehen wird, das durch Umschreibungen abgeschwächt werden soll (vgl. der braune mob e.V. 2008). Andererseits scheint Davis‘ Positionierung als Schwarze offenbar in den Augen der Autorin ein Hindernis für die Identifikation darzustellen.

Wenn Davis doch als Antirassistin porträtiert wird, dann oft mit dem Zusatz, dass sie ihre politischen Kämpfe im Bündnis mit *weißen* führe. Schwarzer Separatismus wird hingegen in mehreren Artikeln abgewertet, und manchmal sogar als „blinde[r] Hass[...] auf alles Weiße“ (1971/41: 28) und als „umgekehrte[r]‘ Rassismus“ (ebd.) gedeutet. Dem wird immer wieder die eigene klassenreduktionistische Rassismusanalyse gegenübergestellt:

5 Mit (rassistischer) *colorblindness* ist das Unsichtbarmachen der gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit von rassistischer Kategorisierung gemeint, das zu einer De-Thematisierung von Rassismus führt (vgl. Cutler 2015).

„Es gibt nur einen Weg zur Lösung des Rassenproblems. [...] ‚Black and white unite!‘ Schwarze und weiße Klassengenossen, vereinigt euch. Zusammen müssen sie kämpfen gegen die monopolistischen Unterdrücker und ihre professionellen Mörder in Uniform. Diese erstarkende Einheit hat – von weltweiter Solidarität unterstützt – Angela Davis aus dem Gefängnis befreit.“ (1972/33: 3)

Die Darstellung, dass Davis diese Analyse teilen würde, stellt mit Blick auf ihre politische Biografie eine unzulässige Vereindeutigung dar. Denn obwohl sie tatsächlich keine eindeutige Verfechterin eines Schwarzen Separatismus war, ist der Fokus auf die Erfahrungen Schwarzer ein zentraler Ausgangspunkt für ihr politisches Handeln. Dies zeigt ihre Sympathie mit der Black Panther Party, deren Mitglied sie vor ihrem Engagement in der Kommunistischen Partei der USA (KPUSA) war, sowie der Umstand, dass sie durch den Che-Lumumba-Club zur KPUSA gekommen ist. Dieser Schwarze Zusammenschluss innerhalb der Partei wich in Bezug auf die Rassismusanalyse von der Mutterpartei ab und stellte diesen deutlicher in den Fokus ihrer Arbeit (vgl. Hagen 2015: 166).

Auch hier wird Davis‘ ambivalenter Bezug zur Zusammenarbeit mit *weißen* in der *Für Dich* als Lernprozess dargestellt. Somit können ihre Äußerungen zu den Schwierigkeiten solcher Bündnisse als Schritte auf einem Weg abgetan werden, an dessen Ende die als richtig präsentierte Erkenntnis der Befürwortung solcher Bündnisse stehe (vgl. 1971/38: 28; 1971/41: 28; 1971/45: 6).

Die *colorblindness*, also die Ausblendung von Davis‘ Positionierung als Schwarze Antirassistin und die Betonung des Bündnisses mit *weißen*, scheint *weiße* Leser*innen beschwichtigen zu wollen. Ein antirassistischer Kampf richte sich nicht gegen sie (und ihre *weißen* Privilegien), so wird suggeriert, sondern sie stünden mit Davis‘ auf der gleichen Seite.

Eine zweite Art, Schwarzsein und Antirassismus in der *Für Dich*-Kampagne zu verhandeln, wird sowohl im Titel von Bobachs Biografie „Schwarze Schwester Angela“ (u.a. 1971/38: 22) als auch im folgenden Zitat deutlich:

„Angela Davis ist von schwarzer Hautfarbe, und wir nennen sie Schwester. Sie ist Amerikanerin, uns ist sie Freundin. Sie ist Kommunistin – unsere Genossin. Im weltweiten Klassenkampf stehen wir mit ihr auf der gleichen Seite.“ (1971/05)

Hier werden zwei Gegensatzpaare gebildet. *Obwohl* Davis Schwarz ist, nennen „wir“ sie Schwester. Und obwohl sie Amerikanerin ist, ist sie „uns“ Freundin. Diese Gegensatzpaare ergeben nur dann einen Sinn, wenn sich das „wir“ als *weiß* und deutsch vorgestellt wird. Beide werden nur durch die Positionierung sowohl Davis‘ als auch (implizit) der Leser*innen als Kommunist*innen aufgehoben. Schwarzsein wird hier also klar als ‚anders‘ markiert und in der Konstruktion des „wir“ als *weiß* werden Schwarze und People of Color (PoC) aus

diesem ausgeschlossen.⁶ Gleichzeitig wird Davis als „Schwester“ eingemeindet und somit zum Eigenen gezählt. Abermals wird eine Einheit von Antirassismus und Kommunismus behauptet und so die Existenz von Rassismus in sozialistischen Staaten geleugnet.

Diese Ambivalenz zwischen *othering*⁷ und Familiarisierung verweist darauf, dass die Identifikation mit einer Schwarzen Person einer Erklärung für eine ausschließlich *weiß* vorgestellte Leser*innenschaft bedarf. Die Trennung durch Rassismus wird versucht zu überbrücken und gleichzeitig aufrechterhalten und vertieft. Trotz der behaupteten Selbstverständlichkeit gemeinsamer Interessen braucht es (immer wieder) Erklärungen und Rechtfertigungen dieser Einheit, was darauf verweist, dass sie eben nicht so selbstverständlich besteht wie behauptet.

Die dritte Umgangsstrategie mit Davis' Positionierung als Schwarze Antirassistin bringt die Kategorie Geschlecht wieder ins Spiel. Hier wird Davis massiv exotisiert⁸ und dabei auch sexualisiert. Dies wird z.B. deutlich, wenn Bobach schreibt:

„So viel Intelligenz und so viele spürbare menschliche Qualitäten treffen nicht häufig mit solcher Schönheit zusammen. Diese ebenmäßigen Züge, der schön geschwungene Mund, das zarte und doch kräftige Kinn, und die Augen, diese klugen, dunklen Augen unter dem herrlich vollen Haar... Auch die Frisur betont das Ungewöhnliche dieser jungen Frau. Angela hat die unauffällige Glatthaar-Frisur, die sie früher bevorzugte, gegen einen großen Krauskopf vertauscht, die ‚african hairdo‘, so auch äußerlich den gewachsenen Stolz auf ihre Herkunft und auf ihre Nichtzugehörigkeit zum ‚Establishment‘ kundgebend. Sie versteht sich auch zu kleiden, geschmackvoll, aber ohne alle Prüderie. Ihr Minirock am Universitätskatheder (sie kann ihn sich leisten!) scheint eine eigene Sprache zu sprechen: So bin ich, ein moderner, junger Mensch, ich will mich nicht irgendwelchen, mir fremden Normen angleichen, nicht ‚assimiliert‘ werden.“ (1971/42: 30)

Hier wird Davis einerseits als emanzipierte, empowerte Schwarze Antirassistin dargestellt, die mit ihrer Frisur ihren Stolz und ihre politischen Überzeugungen ausdrückt. Gleichzeitig spricht aus dem Zitat eine exotisierende und sexualisierende Faszination für Davis' Schönheit. Diese erlaubt es *weißen* Leser*innen, eigene ungelebte Wünsche, selbstbewusst sexy zu sein, ins als ‚anders‘ markierte Außen zu verschieben. Obwohl Davis Selbstbewusstsein und Modernität unterstellt wird, nimmt diese Darstellung auch einen Teil der Kraft aus der Emanzipation, als wolle sie den als *weiß* vorgestellten Leser*innen immer noch gefallen. Die Überbetonung einer gesellschaftlich als passiv geltenden

6 Zum Umgang mit dem Verhältnis zu den USA durch die Konstruktion des ‚anderen Amerika‘ vgl. Lorenz 2013; 2020: 44–55; Mwaungulu 2020: 98–100.

7 *Othering* beschreibt den Prozess, eine Gruppe als ‚anders‘ und gleichzeitig die eigene ‚Normalität‘ zu konstruieren (vgl. Spivak 1985).

8 Unter dem Begriff der Exotisierung werden rassistische Zuschreibungspraktiken verstanden, welche rassifizierte Gruppen und Personen als ‚fremd‘ und gleichzeitig ‚begehrenswert‘ konstruieren (vgl. Danielzik/Bendix 2011).

weiblichen Sexualität zähmt das dargestellte Empowerment als Schwarze, indem Davis als gefällig und gleichzeitig ‚anders‘ porträtiert wird.

Ich habe drei sehr unterschiedliche Bezüge zu Schwarzsein und Antirassismus in der Solidaritätskampagne der *Für Dich* aufgezeigt: *colorblindness* als Ent-Nennung von Rassismus, die Überbrückung und gleichzeitige Aufrechterhaltung rassistischer Trennung durch das Wechselspiel aus Familiarisierung und *othering*, Exotisierung als Faszination für das als ‚anders‘ Konstruierte und Sexualisierung als Relativierung eines stolzen Antirassismus.

Das Changieren zwischen diesen teilweise widersprüchlichen Bezügen verweist auf eine Unsicherheit. Diese Unsicherheit scheint sich immer wieder ‚störend‘ in den Vordergrund zu schieben und auch durch wiederholte Erklärungen und Selbstvergewisserungen nicht zu verschwinden. Sie entspringt der Gemeinsamkeit aller drei Strategien, sich selbst als antirassistisch zu verstehen, gleichzeitig aber den Versuch zu verhindern, sich selbst und die *weißen* Leser*innen in einer rassistischen Struktur als (potentielle) Profiteur*innen und Täter*innen zu verorten. Die Unsicherheit liegt nun darin begründet, dass keine der Strategien ganz aufgeht. Trotz aller Anstrengungen, sich auf der gleichen Seite wie Davis zu verorten, wird sie hier immer wieder zur ‚Anderen‘ gemacht, die Verbindung bleibt erklärungsbedürftig und besteht – wenn, dann – *trotz* ihrer Positionierung als Schwarze. Hier zeigt sich in meinen Augen der immer wieder scheiternde Versuch, die eigene *weiße* Verunsicherung und die Bedrohung der *weißen* Privilegien durch antirassistische Kämpfe abzumildern. Dieser muss scheitern, da Davis‘ Antirassismus ja tatsächlich ein Angriff auf eine *weiße* Vorherrschaft ist und damit auch auf die rassistischen Bilder der Autor*innen und Leser*innen, auch wenn diese zum Teil unbewusst sein mögen.

Fazit

Die Solidaritätskampagne mit Angela Davis in der *Für Dich* baute Davis als Identifikationsfigur für DDR-Bürger*innen auf. Dabei werden auch Weiblichkeitsnormen in erzieherischer Form an die Leser*innen kommuniziert. Diese umfassen die Anforderung, politisches Engagement, Beruf und Familie selbstverantwortlich miteinander zu vereinbaren und dabei in allen Sphären vollen Einsatz zu zeigen. Feminismus wird mit Klischees von ‚Unweiblichkeit‘ abgewertet und Davis entgegen ihrer eigenen Position davon distanziert.

Das Identifikationsangebot erfährt dort eine Grenze, wo Davis‘ Positionierung als Schwarze Antirassistin verhandelt wird. In der *Für Dich* finden sich damit widersprüchliche Umgangsstrategien: einerseits *colorblindness* oder peinlich berührte Umschreibung von Davis‘ Schwarzsein und die Betonung des Bündnisses mit *weißen* in ihrer antirassistischen Politik. Andererseits wird

sie als Schwarze zum ‚Anderen‘ gemacht (*othering*) und anschließend erklärt, warum sie aber *trotzdem* zum ‚Eigenen‘ zählt (Familiarisierung). Schließlich wird Davis an mehreren Stellen auch klar exotisiert und sexualisiert. Dies dient unter anderem dazu, dem ebenfalls thematisierten Empowerment als Schwarze Frau* einen Teil seiner Kraft zu nehmen.

Die Kampagne erfüllt in Bezug auf Rassismus über weite Strecken eine entlastende Funktion für die DDR und ihre *weiße* Bevölkerung. Der pauschale Freispruch sozialistischer Staaten von Rassismus und die Behauptung, mit Davis auf einer Seite zu stehen, ermöglichen es, sich antirassistisch zu wähnen, ohne sich mit Rassismus im eigenen Bezugsrahmen auseinanderzusetzen. Der Fakt, dass die Artikel so viel Aufwand betreiben, immer wieder Rassismus in der DDR zu leugnen, sowie die widersprüchlichen Strategien zur (Nicht-)Identifikation mit Davis als Schwarzer Antirassistin verweisen dabei auf eine Angst, *weiße* Privilegien infrage zu stellen. Diese Angst gründet möglicherweise in dem Gefühl *weißer* Autor*innen und potentiell auch Leser*innen, dass Vorstellungen von *weißer* Überlegenheit, wie sie sich im Rassismus in der DDR immer wieder zeigen, durch Davis‘ Kampf auch *tatsächlich* infrage gestellt werden.

Die Kampagne weist in Bezug auf die vom Rassismus entlastende Wirkung jedoch auch Brüche auf. Dies geschieht besonders dadurch, dass Wissen über die Funktionsweisen von Rassismus und den Widerstand dagegen transportiert wird. Dieses Wissen könnte zum großen Teil auf den DDR-Kontext übertragen und damit der Rassismus in der DDR analysiert und kritisiert werden. Auch das scheint als ängstliche Ahnung in der Kampagne auf, denn sonst müsste nicht immer wieder betont werden, dass diese Übertragung nicht möglich sei. Letztlich lieferte Davis als weit verbreitete und allgemein akzeptierte Identifikationsfigur auch ein Empowermentpotential für Schwarze und PoC in der DDR, die in ihren eigenen Kämpfen auf sie verweisen konnten (wieweit dieses tatsächlich geschah, ist für mich leider nicht nachvollziehbar).

Diese Ambivalenzen verweisen auf das instabile Verhältnis von Rassismus und ‚Internationaler Solidarität‘ in der DDR.

Es wurde gezeigt, dass die Existenz von Rassismus in der DDR kein Beweis dafür sein kann, dass die ‚Internationale Solidarität‘ nicht ernst genommen wurde. Im Gegenteil: Gerade weil ‚Internationale Solidarität‘ und Antirassismus so ein wichtiger Teil des kollektiven (und teilweise auch individuellen) Selbstbildes in der DDR waren, wurde ihr realer Rassismus so vehement geleugnet. Die Anerkennung des eigenen Rassismus hätte dieses Selbstverständnis fundamental infrage gestellt. Dies gilt für den Staat, der von strukturellem und institutionellem Rassismus durchzogen war, es erklärt auch die mediale Leugnung oder Bagatellisierung rassistischer Übergriffe und Pogrome (vgl. Mende 2010: 86–107, 159–161; Uladh 2005: 212–218; Waibel 2014) und setzt sich in Diskursen wie hier in der *Für Dich* – und im Alltagsverständnis der Dominanzbevölkerung – fort.

Anhand der Bezüge auf Angela Davis in der Solidaritätskampagne treten diese Ambivalenzen deutlich hervor. Die Instabilität wird zusätzlich daran deutlich, wie viel Aufwand in Plausibilisierungsstrategien fließt, die dennoch immer wieder scheitern.

Literaturverzeichnis

- Aukongo, Stefanie-Lahya (2009): *Kalungas Kind. Wie die DDR mein Leben rettete.* Hamburg: Rowohlt.
- Cutler, Kelly J. (2015): *A Review of Racism Without Racists: Color-Blind Racism and the Persistence of Racial Inequality in America*, 4th ed. In: *Multicultural Perspectives* 17, 4, pp. 235–237.
- Danielzik, Chandra-Milena/Bendix, Daniel (2019): ‚Exotik/exotisch‘. In: Arndt, Susan/Ofuately-Alazard, Nadja (Hrsg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk.* Münster: Unrast, S. 633.
- Engombe, Lucia/Hilliges, Peter (2004): *Kind Nr. 95: Meine deutsch-afrikanische Odyssee.* Berlin: Ullstein.
- Haack, Jessica (2011): *Ausländer in der DDR im Spiegel der überregionalen DDR-Tagespresse. Eine Analyse der Berichterstattung von den Anfängen der DDR bis zur Wiedervereinigung.* In: Priemel, Kim Christian (Hrsg.): *Transit / Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990.* Berlin: bebra, S. 247–271.
- Hagen, Katrina (2015): *Ambivalence and Desire in the East German „Free Angela Davis“ Campaign.* In: Slobodian, Quinn (ed.): *Comrades of Color. East Germany and the Cold War World.* New York: Berghan, pp. 157–187.
- Höhn, Maria/Klimke, Martin (2016): *Ein Hauch von Freiheit? Afroamerikanische Sol-daten, die US-Bürgerrechtsbewegung und Deutschland.* Bielefeld: transcript.
- Lorenz, Sophie (2020): *„Schwarze Schwester Angela“ – Die DDR und Angela Davis. Kalter Krieg, Rassismus und Black Power 1965–1975.* Bielefeld: transcript.
- Lorenz, Sophie (2013): *„Heldin des anderen Amerikas“.* Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970–1973. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10, 1, S. 38–60.
- Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft.* Berlin: Suhrkamp.
- Mende, Christiane (2013): *Migration in die DDR. Über staatliche Pläne, migrantische Kämpfe und real-existierenden Rassismus.* In: Gürsel, Duygu/Çetin, Zülfükar/Allmende e.V. (Hrsg.): *Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen.* Münster: edition assemblage, S. 151–164.
- Mende, Christiane (2010): *(Arbeits-) Migration aus der Volksrepublik Mocambique in die Deutsche Demokratische Republik (1979–1989/90).* Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades Magistra Artium im Fach Neuere und Neueste Geschichte. Berlin: Humboldt-Universität / Philosophische Fakultät I, Institut für Geschichtswissenschaften.

- <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/mosambique>
[Zugriff: 02.09.2020].
- Mwaungulu, Ilanga (2020): „Schwarze Schwester Angela“. Die Solidaritätskampagne für Angela Davis in der DDR-Frauenzeitschrift *Für Dich* zwischen Identifikation mit antirassistischen Kämpfen und Leugnung von Rassismus in der DDR. Master-Abschlussarbeit Berlin: Humboldt-Universität/Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät. DOI. 10.18452/21371.
- Pampuch, Sebastian (2013): Ein malawischer Exilant im geteilten Berlin: Mahoma Mwakipunda Mwaungulu. In: Diallo, Oumar/Zeller, Joachim (Hrsg.): Black Berlin. Die deutsche Metropole und ihre afrikanische Diaspora in Geschichte und Gegenwart. Berlin: Metropol, S. 151–157.
- Piesche, Peggy (Hrsg.) (2020): Labor 89. Intersektionale Geschichte*n aus West und Ost. Berlin: Yılmaz-Günay.
- Poutrus, Patrice G. (2009): Die DDR als „Hort der internationalen Solidarität“. Ausländer in der DDR. In: Großbölting, Thomas (Hrsg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand. Berlin: Links, S. 134–154.
- Poutrus, Patrice G. (2005): „Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft. In: Müller, Christian Th./Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): Ankunft-Alltag-Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft. Köln: Böhlau, S. 221–266.
- Priemel, Kim Christian (2011): Transit / Transfer. Zur Einführung. In: ders. (Hrsg.): Transit / Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990. Berlin: bebra, S. 7–22.
- Rabenschlag, Ann-Judith (2014): Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR. Stockholm: Södertörn.
- Reuter, Lutz-Rainer/Scheunpflug, Annette (2006): Die Schule der Freundschaft. Eine Fallstudie zur Bildungszusammenarbeit zwischen der DDR und Mosambik. Münster: Waxmann.
- Spivak, Gayatri C. (1985): The Rani of Simur. In: Barker, Francis/Hulne, Peter/Iversen, Margaret/Loxley, Diana (eds.): Europe and its Others. Vol. 1. Colchester: University of Sussex, pp. 128–151.
- Uladh, Damian Mac Con (2005): Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970. In: Müller, Christian Th./Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): Ankunft-Alltag-Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft. Köln: Böhlau, S. 175–220.
- Verber, Jason (2015): True to the Politics of Frelimo? Teaching Socialism at the Schule der Freundschaft, 1981–90. In: Slobodian, Quinn (ed.): Comrades of Color. East Germany and the Cold War World. New York: Berghahn, pp. 188–210.
- Waibel, Harry (2014): Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED: Rassismus in der DDR. Frankfurt am Main: Lang.
- Witkowski, Gregory (2015): Between Fighters and Beggars: Socialist Philanthropy and the Imagery of Solidarity in East Germany. In: Slobodian, Quinn (ed.): Comrades of Color. East Germany and the Cold War World. New York: Berghahn, pp. 73–94.

Quellen

- 1970/51: OHNE NAME: „Angela Davis ist in Gefahr! Rettet Angela Davis! Freiheit für Angela Davis!“ In: Für Dich 1970, 51, S. 20.
- 1971/05: KERTZSCHER, Inge: „Geburtstagsgrüße“. In: Für Dich 1971, 05, S. 17.
- 1971/08: OHNE NAME: „Freiheit für unsere Angela Davis“ (Poster). In: Für Dich 1971, 08, S. 24–25.
- 1971/14: APPISET, Claudia: „Der Ring der Solidarität.“ In: Für Dich 1971, 14, S. 22–23.
- 1971/38: BOBACH, Helga: „Schwarze Schwester Angela. Eine Angela-Davis-Biographie von Helga Bobach“. In: Für Dich 1971, 38, S. 22f., 28f., 30.
- 1971/40: BOBACH, Helga: „Schwarze Schwester Angela. Eine Angela-Davis-Biographie von Helga Bobach (3)“. In: Für Dich 1971, 40, S.20–22, 38.
- 1971/41: BOBACH, Helga: „Schwarze Schwester Angela. Eine Angela-Davis-Biographie von Helga Bobach (4)“. In: Für Dich 1971, 41, S. 26–30.
- 1971/42: BOBACH, Helga: „Schwarze Schwester Angela. Eine Angela-Davis-Biographie von Helga Bobach (5)“. In: Für Dich 1971, 42, S. 26–30.
- 1971/45: BOBACH, Helga: „Für die Große und die kleine Angela“. In: Für Dich 1971, 45, S. 6–7.
- 1972/33: KUNOLD, Frank: „Wahrheiten im Detail. Black and white“. In: Für Dich 1972, 33, S. 2–3.

Internetquellen

- Der braune mob e.V. (2008): Es gibt keine „Farbigen“. http://www.derbraunemob.de/shared/download/warum_keine_farbigen.pdf [Zugriff: 02.09.2020].
- Enzenbach, Isabel/Kollath, Mai-Phuong/Oelkers, Julia (2019): Eigensinn im Bruderland. <https://www.bruderland.de> [Zugriff: 02.09.2020].

Wer ist das Volk? Erinnerungspolitische Leerstellen als Aktionsfeld rechter Ostdeutschlandpolitik

J. Cash Hauke

„Als ich die Hauptstraße meiner Herkunftsstadt hineinfahre, sehe ich ein hellblaues Wahlkampfposter der AFD mit dem Slogan ‚Wir sind das Volk!‘ und einer angedeuteten Deutschlandfahne im Hintergrund, kurz dahinter hängt am nächsten Laternenpfahl ein Schild mit Werbung für ein Konzert einer ‚Böhse Onkelz Coverband‘ und dahinter wiederum folgt ein Plakat mit der Einladung zur ‚Russendisko mit Wladimir Kaminer‘. Ich schüttle den Kopf bei all den bedeutungsvollen Ostbezügen und Anrufungen, die hier 2019 auf mich einprasseln und fühle mich verärgert, verwirrt und sprachlos“ (Feldnotiz Neuruppin, 23. August 2019)

Die Beobachtung in dieser Feldnotiz, die ich im Rahmen meiner Forschung zu meiner Dissertation in den Gender Studies zum Thema ‚Arbeit gegen rechts in Ostdeutschland aus intersektionaler Perspektive‘ festhielt, verweist auf die aktuelle Relevanz erinnerungspolitischer und kultureller Bezüge auf die DDR und die Umbruchs- und Transformationszeit in ‚Ostdeutschland‘.

Die wie in einem Zeitstrahl hintereinander aufgehängten Plakate beinhalten unterschiedliche diskursive Bezüge auf als ‚ostdeutsch‘¹ angenommene Erinnerungen. Diese werden von den Menschen vor Ort in einem lokalen Kontext (hier Brandenburg) in Verbindung mit dem eigenen Erfahrungswissen und innerhalb der dominanten Diskurse über ‚Ostdeutschland‘ wahrgenommen.

Der Aufruf „Damals wie heute: Wir sind das Volk!“ des Brandenburger AFD-Wahlplakates ist mit der Deutschlandfahne und dem Schlagwort „Wende 2.0“ unterlegt und dem Zusatz „1989 | 2019 Vollende die Wende“ versehen. Die erinnerungspolitischen Begriffe sowie die Auswahl des Standorts der Plakate sprechen Brandenburger_innen als ‚Ostdeutsche‘ an.

Ich untersuche in diesem Artikel, wie die rechte Partei AFD mit semantischen Bezügen zur Umbruchszeit 1989 in den Brandenburger Landtagswahlkampf 2019 zieht und welche Rolle darin die Konstruktion der ‚Ostdeutschen‘ spielt. Dazu frage ich, wie die AFD ‚ostdeutsche‘ Erfahrungen adressiert und

1 Den Begriff ‚ostdeutsch‘ verwende ich in Anlehnung an Jana Hensel und Wolfgang Engler als eine Identitätskonstruktion, die sich aus der negativen Transformationserfahrung ehemaliger DDR-Bürger_innen speist und als eine Art Gegenerzählung zur gesamtdeutschen Identitätserzählung wirkt (Engler/Hensel 2018: 57).

welche Erinnerungsnarrative zu 1989 dabei hergestellt und in die Gegenwart transportiert werden. Anhand der Ansprache von ‚ostdeutschen Gefühlen‘ zeichne ich nach, wie die AFD erinnerungspolitische Diskurse mit rechten Zugehörigkeitspolitiken verknüpft.

Das Plakat mit der Werbung für die Coverband der Böhse Onkelz erinnert mich unmittelbar an die 1990er-Jahre und die Normalisierung von rechter und rassistischer Gewalt in Brandenburg. Die westdeutsche Band galt in den 80er und 90er-Jahren als Einstiegsband in die rechtsradikale Subkultur und veröffentlichte rassistische und rechte Rocksongs wie „Deutschland den Deutschen“ (Richter 2006: 118). Sie boten den Soundtrack zu dem bundesweiten Rechtsruck im Zuge der ‚Wiedervereinigung‘, in dessen Folge seit 1990 mindestens 208 Menschen in Deutschland zu Tode kamen (vgl. Belltower 2020).

Wie ich im zweiten Teil dieses Artikels aufzeigen werde, steht das im AFD-Wahlkampf in den Vordergrund gerückte Jahr 1989 auch für die Wiederbelebung der Idee von einer gesamtdeutschen Nation, in der nationale Zugehörigkeit neu ausgehandelt wurde. Mit einem Rückblick auf die Bedeutungsverschiebung des Slogans „Wir sind das Volk!“ in den Protesten um 1989, verweise ich auf Erinnerungsperspektiven, welche aus dem gemeinsamen ‚Wir‘ der ‚Einheit‘ ausgeschlossen wurden. Insbesondere Erinnerungsperspektiven von Schwarzen Menschen, People of Color, jüdischen und migrantisierten Menschen benennen die ‚Wiedervereinigung‘ als ein gesellschaftlich hergestellten und gewaltvoll durchgesetzten Homogenisierungsprozess der Idee von ‚Volk‘ und ‚Nation‘, in der die Zugehörigkeit von ‚Ostdeutschen‘ in Abgrenzung zu migrantischen Perspektiven und zu Gegner_innen der ‚Einheit‘ über ethnische Vorstellungen hergestellt wurde.

Im Gegensatz zu den Aneignungsversuchen ‚ostdeutscher‘ Geschichtsschreibung durch die AFD, steht das Werbeplakat für die „Russendisko“ des Schriftstellers Wladimir Kaminer (2002), der aus einer russisch-jüdischen Perspektive über seine Erfahrungen in ‚Ostdeutschland‘ (in den 90ern und heute) schreibt und eine gleichnamige Musikveranstaltung in einem ehemaligen Militärflugzeug-Hangar durchführt (vgl. Reinbothe-Occhipinti 2019). Erinnerungen aus intersektionalen Perspektiven wie die von Kaminer, sind in der offiziellen Erinnerungspolitik in Bezug auf die DDR und die Umbruchs- und Transformationszeit unterrepräsentiert. Wie ich aufzeigen werde, sind die aus dem *dominanten Einheitsnarrativ* ausgeblendeten intersektionalen Perspektiven jedoch grundlegend, um die ambivalente diskursive Konstruktion ‚Ostdeutscher‘ verstehen zu können, an welche die AFD-Wahlkampfansprachen in Brandenburg versuchen anzudocken.

Das rechte Begehren nach ‚ostdeutschen‘ Gefühlen

Im Folgenden frage ich, wie ‚Ostdeutsche‘ über erinnerungspolitische Bezüge zu den Ereignissen im Herbst 1989 im AFD-Wahlkampf adressiert werden. Dazu werde ich die Verbindung der verwendeten erinnerungspolitischen Begriffe zu bestehenden Diskursen um ‚Ostdeutschland‘ aufzeigen und die Funktion der rechten Ansprache von ‚ostdeutschen‘ Gefühlen in der Adressierung herausarbeiten.

In den Brandenburger Landtagswahlen 2019 wirbt die AFD unter dem Wahlkampfmotto „Wende 2.0“ mit Anrufungen wie: „Vollende die Wende!“, „werde Bürgerrechtler!“, „Wir sind das Volk!“, „hol Dir dein Land zurück!“ oder „Der Osten steht auf!“ (vgl. Ayyadi 2019). Die von der AFD eingesetzten erinnerungspolitisch aufgeladenen Begriffe „Wende“, „friedliche Revolution“, „Bürgerrechtler“ oder der Slogan „Wir sind das Volk!“, haben einen hohen Wiedererkennungswert und prägen auch die offiziellen ‚Einheitsfeierlichkeiten‘ und Gedenkveranstaltungen zum Mauerfall. Die Begriffe sind Teil von bereits bestehenden Diskursen und konstituieren innerhalb dieser Sprach- und Denksysteme die Wahrnehmung (vgl. Villa 2003: 20). Ihre Verwendung erfolgt innerhalb eines gesellschaftlich und historisch hergestellten diskursiven Bedeutungsrahmens, in dem sie zitiert und wiederholt werden. Der „hegemoniale massenmediale Diskurs zu Ostdeutschland und der deutschen Vereinigung“ etablierte, wie Raj Kollmorgen und Torsten Hans (2011) herausstellen, seit Ende der 1990er-Jahre „eine Logik der diskursiven Subalternisierung der Ostdeutschen und Ostdeutschlands“ (ebd.: 136). Die öffentliche Wahrnehmung des Ost-West-Verhältnisses ist seitdem meist einseitig geprägt von medialen Diskursen über ‚Ostdeutschland‘ wie dem des „braunen Osten“ (vgl. Heft 2018), in denen durch einen westdeutschen Blick, ‚der Osten‘ als „das Andere des Westens“ (ebd.: 364) hergestellt und zumeist abgewertet wird. Die Ursache für das zugeschriebene ‚Anderssein‘ in der Konstruktion von ‚Ostdeutschen‘ wird dabei „in der DDR-Vergangenheit und ihren Spätfolgen und/oder in den Neben- und Nachwirkungen der Transformation gesehen“ (ebd.: 358).

Die AFD bezieht sich in ihrer Ansprache an ‚Ostdeutsche‘ auf deren diskursiv hergestellte ‚Andersartigkeit‘. Die rechten Adressierungen an ‚Ostdeutsche‘ arbeiten mit Zuschreibungen aus der Praxis des „Ostdeutsch-Gemacht-Werdens“ im Diskurs, die Kathleen Heft als „Ossifizierung“ beschreibt (Heft 2020: 244f.): „Gegenstände, Orte und Praxen, Identitätspositionen und Eigenschaften werden ossifiziert“ (ebd.).

Im Brandenburger Landtagswahlkampf der AFD werden Gefühle und Erfahrungen von Menschen, die in ‚Ostdeutschland‘ leben, ossifiziert und mit spezifischen Fähigkeiten verknüpft, zum Beispiel der Fähigkeit, sensibel für

‚Sprechverbote‘ zu sein. Wie David und Pascal Begrich (2020) anführen, bezieht sich der AFD-Politiker Björn Höcke in mehreren Wahlkampfreden vergleichend auf die familiäre Praxis in der DDR, den Kindern beizubringen, in der Schule nicht darüber zu reden, was zu Hause politisch erzählt wurde: „Am Ende dieses Vergleichs steht die Botschaft, man lebe in einer DDR 2.0, deren Charakter jedoch nur im Osten durchschaut werde“ (ebd.: 43). Höcke adressiert diese familiären Praxen als generelle DDR-spezifische Erfahrung, ohne diese zu spezifizieren oder auszudifferenzieren. Da viele DDR-Bürger_innen das Staatssystem auch unterstützt haben, kann davon ausgegangen werden, dass sich diese Praktiken in jeder Familie unterschieden haben. Der Bezug auf die familiären Widerstandspraktiken wird explizit in dem durch die AFD gesetzten Vergleich mit der Gegenwart und für den Wahlkampf aktiviert. So behauptete Höcke bei einer Wahlkampfveranstaltung in Cottbus: „Es fühlt sich schon wieder so an wie in der DDR, liebe Freunde“ (Gathmann 2019) und „dafür haben wir nicht die friedliche Revolution gemacht“ (ebd.). Er setzt auch hier eine umfassende Homogenisierung der DDR-Erfahrung ein. Höcke geht von einer generellen Ablehnung des DDR-Systems durch alle ‚Ostdeutschen‘ aus und schreibt ihnen daraus abgeleitet, ein ‚Erspüren-Können‘ staatlicher Repressionen zu. Differenzen und ambivalente Gefühle innerhalb ‚ostdeutscher‘ Erfahrungen und unterschiedliche Akteur_innenperspektiven innerhalb der ‚friedlichen Revolution‘ werden im Sinne dieser Homogenisierung ausgeblendet. Alle ‚Ostdeutschen‘ werden in Höckes Ansprache gleichermaßen zu ‚Opfern der DDR‘ und daraus abgeleitet zu ‚Opfern heutiger BRD-Politik‘.

Diese Adressierung ‚Ostdeutscher‘ schließt an die hegemoniale Diskurslogik der Devianz an, wie sie Kollmorgen und Hans (2011) für den Diskurs zur ‚deutschen Einheit‘ beschreiben (vgl. ebd.: 141). ‚Ostdeutsche‘ treten darin ausschließlich als Sprecher_innen „für das Themenfeld des Widerstandshandelns zu DDR-Zeiten“ oder als „Opfer der Geschichte“ in der Gegenwart (ebd.) auf.

Wie Thomas Ahbe (2019) ausführt, weist die „große Erzählung“ über die erfolgreiche ‚friedliche Revolution‘, die ‚Wiedervereinigung‘ und den Strukturwandel im Osten wesentliche Leerstellen auf und die ambivalenten und sehr unterschiedliche Erfahrungen ‚Ostdeutscher‘ mit der DDR und der Transformationsgeschichte blieben lange unbeachtet (ebd.: 10). In dem „Diskurs zur Aufarbeitung der SED Diktatur“ sei „das, woran sich die SED-Genossin oder der konforme DDR-Bürger beteiligt hatten“, in die Nähe der Naziverbrechen gerückt worden. Damit wurden ‚ostdeutsche‘ Erinnerungsperspektiven an die eigenen Leistungen sowohl in der DDR als auch in der Transformationszeit aus der „großen Erzählung“ ausgeblendet (vgl. ebd.). So fühlte die Mehrzahl der ehemaligen DDR-Bürger_innen „sich eben nicht einfach nur als Opfer eines Unrechtsregimes“, sondern sei auch „stolz auf ihre Lebensleistungen“ (ebd.: 16f.).

Die unaufgearbeiteten Ambivalenzen zwischen westdeutsch geprägter Erinnerungspolitik und ‚ostdeutschen‘ Gegennarrativen nutzt die AFD, indem sie affektive und interpretative Anschlussstellen schafft. Die hegemoniale Konstruktion von ‚Ostdeutschen‘ als ‚Opfer‘ des DDR-Regimes wird von Höcke aufgegriffen und zur Held_innengeschichte umgedeutet. ‚Ostdeutsche‘ werden aufgrund der ihnen zugeschriebenen Sensibilität für staatliche Repressionen zu Expert_innen für heutige ‚Sprechverbote‘. Über das Behaupten einer gefühlten gemeinsamen Erinnerung an die politischen Ereignisse von 1989 bindet sich Höcke selbst in diese Erzählung ein. Obwohl er in Westdeutschland aufgewachsen ist und die Proteste von 1989 nur im Fernsehen verfolgt hat (vgl. Lachmann 2017), nähert er sich über eine *gefühlte Identifikation* an seine Wähler_innen an und inszeniert darüber Vertrautheit und Verbündet-Sein. Diese nutzt er in seiner Rede, um sich wenig später gegen Geflüchtete und die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu stellen, in deren Existenz er die „Abschaffung des deutschen Volkes“ sieht (Dpa 2019).

In seiner Ansprache an ‚Ostdeutsche‘ arbeitet Höcke auch mit der globalen Strategie der ‚Alternativen Rechten‘², die Simon Strick „reflexiven Faschismus“ (Strick 2021: 110) nennt. Der reflexive Faschismus nutzt in emotionalen Ansprachen „Affekte des Befreiungskampfes und der Anti-Hegemonie“ (ebd.: 112f.), um *Weißer* in die Position des Opfers einer angeblichen aktuellen Kolonisierung zu setzen (ebd.). Über die Ansprache eines „Gleich-Fühlens“ wird eine ahistorische Verbindung zwischen all jenen hergestellt, die sich „von kolonisierenden Immigranten“ und „fremden Mächten“ bedroht sehen (ebd.: 111). Dabei nutzen Rechte Leerstellen in der Geschichtsschreibung „um Reibung zu produzieren und Gefühlsfunken zu schlagen“ und sie inszenieren „Wiederholungen der Geschichte“ (ebd.: 114). Über die emotionale Aneignung von „Rhetoriken des Post- und Antikolonialismus“ (ebd.), wird nach der Idee des ‚großen Austauschs‘³, eine *weiße* mehrheitliche Identität als wider-

- 2 Die ‚Alt Right‘ (‚Alternative Rechte‘) ist ein ideologisches Sammelbecken für extreme Rechte, Neonazis und Anhängern der Idee der ‚weißen Vorherrschaft‘ in den USA, die sich selbst als radikale Alternative zu konservativer Politik präsentieren und basierend auf antisemitischen, rassistischen und islamfeindlichen Annahmen der ‚Rassentrennung‘ einen weißen ‚Ethnostaat‘ errichten wollen. Anhänger_innen verbreiten auf eigenen Internetseiten sowie in sozialen Netzwerken Halb Wahrheiten, provokative Äußerungen, Memes und Hasskommentare. Die Bezeichnung ‚Alt Right‘ wurde während des Wahlkampfes von Donald Trump 2016 zum Präsidenten der USA weltweit bekannt und wird als strategisch von rechts genutzter Euphemismus kritisiert (vgl. Hawley 2018).
- 3 Nach Judith Goetz (2020) wird der von dem rechtsextremen Autor Renaud Camus (2016) geprägte Begriff von rechten Akteur_innen als modernisierte Version rechter Ideologiebegriffe wie „Volkstod“ und „Umvolkung“ eingesetzt (ebd.: 40f.) und bildet ein „Verschwörungsnarrativ“ (ebd.: 46), in dem „Rechtsextreme imaginieren, dass der ‚Zersetzungsprozess des Volkes‘ von Innen durch zu wenige Geburten und von außen durch ‚Überfremdung‘ stattfindet“ (ebd.: 45). Die extreme Rechte verbindet in ihrer Vorstellung des ‚großen Austauschs‘ „sozial-, familien-, frauen- und reproduktionspolitische Themen [...] mit Fragen von

ständige Minderheit konstruiert, die sich aus „Notwehr“ heraus mit allen Mitteln gegen Einwanderung verteidigen muss (ebd.: 118). Die dabei hergestellte rechte Ideologie motiviert rechte Täter_innen zu rassistischen Terroranschlägen und Morden, wie bei dem Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch am 15. Dezember 2019 (ebd.), oder bei den Anschlägen in Halle auf eine Synagoge, einem Dönerladen und Passant_innen am 9. Oktober 2019, sowie dem Anschlag in Hanau unter anderem auf eine Shisha Bar am 20. Februar 2020 (Goetz 2020: 46).

In Ostdeutschland trifft diese Strategie, wie ich dargelegt habe, auf einen diskursiv vorgeprägten Nährboden, der ‚ostdeutsche‘ Erfahrungen in der DDR einseitig als ‚Opfernarrativ‘ homogenisiert und ambivalente Verstrickungen mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der DDR und der Transformationszeit ausblendet. Dies macht es für die AFD möglich, ‚ostdeutsche‘ Erfahrungen als einheitliche Erfahrung anzusprechen und diese homogenisierte Vorstellung von ‚Ostdeutschen‘ für die Abgrenzung zu der ebenfalls als homogen gezeichneten Gruppe ‚Migrant_innen‘ einzusetzen. Diskursive Repräsentationslücken werden zur Herstellung von Affekten eingesetzt, mit dem Ziel, Bindungen zur Partei zu schaffen. Aus der zugewiesenen ‚Opferrolle‘ der DDR-Vergangenheit wird den ‚Ostdeutschen‘ von der AFD eine gegenwärtige Handlungsmacht zugesprochen, die unmittelbar an eine Abwehr von Migration geknüpft wird.

Von „Dunkeldeutschland“ zur Avantgarde

Wie eine Analyse des antifaschistischen Pressearchivs apabiz e.V. (Behrens u.a. 2019) zeigt, wird sich in rechten Zeitschriften, in denen auch die AFD sehr präsent ist, vermehrt auf das Narrativ des „widerständigen Ostens“ bezogen (ebd.: 1f.) und an die AFD-Rhetorik angeschlossen. In vielen Artikeln wird eine ‚ostdeutsche‘ Sensibilität für Diktaturen behauptet, sowie an ein „Selbstbewusstsein und eine vermeintliche Straßenmacht, die 1989 erlangt worden sei“ erinnert (ebd.). Die Ablehnung von Migration wird in den rechten Periodika „als Rebellion des Ostens gegen den Westen“ dargestellt, welcher den Osten ‚kolonisiert‘ hätte (ebd.: 2f.). In einer Spezialausgabe der rechten Zeitschrift *Sezession* im Vorfeld der Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen werden im Anschluss an Wolfgang Engler (2002) ‚Ostdeutsche‘, insbesondere Sachsen, als Avantgarde hervorgehoben, um

Zuwanderung und Migration sowie Geschlechterverhältnissen“ und konnte mit demographischen Bezügen bereits „sowohl rassistische Diskurse erneuern als auch ihre Themen in Mainstream-Medien und damit in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte etablieren“ (ebd.: 37).

ihnen eine besondere ‚nationalstaatlichen Prägung‘, eine eigene ‚Mentalität‘ und sogar Diskriminierungserfahrungen zu beschreiben (vgl. Behrens u.a. 2019: 2f.). Abwertende Bilder aus dem Diskurs des braunen Ostens (vgl. Heft 2018) werden in dem Narrativ der Avantgarde positiv umgedeutet. Dies zeigen Behrens u.a. (2019) auch in der Analyse des rechten Magazins *Compact*⁴: „Dem oft zitierten Ausspruch von ‚Dunkeldeutschland‘ (u.a. Joachim Gauck) und der Mär vom ungebildeten Ossi setzt Compact die Hefttitel ‚Der Osten leuchtet. Was der Westen lernen kann‘ (05/2017) und ‚Der Osten steht auf. Wer rettet den Westen?‘ (09/2019) entgegen“ (ebd.: 3). In der Ausgabe 05/2017 wird ein positiver Bezug der DDR zu ‚Volk‘ und ‚Nation‘ sowie der geringe „Ausländeranteil“ und die hohe Geburtenrate in Sachsen betont, um das Bild eines vermeintlich ethnisch homogeneren ‚Ostdeutschlands‘ als Gegenstück zu einem ‚überfremdeten‘ Westen zu zeichnen (ebd.: 3f.). ‚Ostdeutschland‘ wird in den rechten Zeitschriften als ‚deutscheres Deutschland‘ dargestellt. Im Diskurs des ‚braunen Ostens‘ nimmt das „Narrativ der deutschen Deutschen“ (Heft 2020: 361) nach Heft die Funktion ein: „Eigenheiten, die nicht (mehr) als Teil hegemonialen, adäquaten Deutsch-Seins anerkannt werden können“, wie „Demokratiefierne“, „Fremdenhass“ oder „Autoritätssucht“ auf den Osten zu projizieren und diese mitsamt der ‚Ostdeutschen‘ in die Vergangenheit zu verrücken (ebd.: 360f.). Aus rechter Perspektive werden diese Zuschreibung des ‚deutscheren Ostens‘ genutzt und als vorbildhafte rechte Zukunftsvision eingesetzt. Die Aufwertung ‚des Ostens‘ in der rechten Ansprache wird dabei primär an die Abwehr von Migration geknüpft. In dieser Abfolge wird deutlich, wie die diskursive Abwertung ‚des Ostens‘ durch ‚den Westen‘ und ‚ostdeutsche‘ Gegennarrative zu westdeutscher Hegemonialität von rechten Akteur_innen ideologiebildend eingesetzt werden. ‚Ostdeutsche‘ werden nicht wie bei Engler (2002) aufgrund ihrer Lebensleistung zur Avantgarde, sondern über eine zugeschriebene ethnische Homogenität. Die in der unmittelbaren Nachwendzeit formulierte These einer Kolonisierung des Ostens durch den Westen, aufgrund der von Westdeutschland ausgehenden massenhaften Privatisierung der DDR-Wirtschaft (vgl. Holm 1998), wird in dem rechten Blick auf ‚Ostdeutschland‘ durch die rassistische These des ‚großen Austauschs‘ ersetzt und in die Gegenwart übertragen.

Dabei knüpfen rechte Bezüge auf Ostdeutschland genau dort an, wo die Analyse ‚ostdeutscher‘ Erfahrungen ungenau und einseitig vollzogen wird. Wie Heft (2020) beschreibt, blendet die These der Kolonisierung ‚Ostdeutschlands‘ aus, dass auch ‚Ostdeutsche‘ „(Nachfahren der) Nutznießer innen des europäischen Post-/Kolonialismus“ sind (ebd.: 261) und „in koloniale Verhältnisse und daraus resultierende fortwährende postkoloniale Ungleichheitsverhältnisse“ verstrickt sind (ebd.).

4 Die rechtsextreme Monatszeitschrift gilt als ‚Sprachrohr‘ von AFD und PEGIDA, deren Anhänger_innen den „Kern der Compact-Leser*innenschaft“ bilden (Behrens u.a. 2019: 3).

Der Effekt, dass inner-ostdeutsche Differenzlinien in der Thematisierung des Ost-West-Verhältnisses verschwinden, rückt gerade jene komplexen Verstrickungen in Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus dem Blickfeld, die für die Analyse ‚ostdeutscher‘ Erfahrungen spezifisch sind. Die ambivalente gesellschaftliche Position ‚Ostdeutscher‘ kann mit Urmila Goel (2021) als eine „marginalisierte Zugehörigkeit zu einer hegemonialen Subjektposition“ verstanden werden. Diese Position macht es möglich, auf eine „hegemoniale Dividende“ (ebd.: 5) zurückzugreifen, die sowohl eingesetzt werden kann, um „sich gegen Marginalisierungen zu schützen, als auch um Überlegenheit zu behaupten“ (ebd.). Die AFD adressiert in ihrer Ansprache ‚Ostdeutscher‘ im Landtagswahlkampf 2019 diese „hegemoniale Dividende“ mit dem Angebot, sich über ethnische Zugehörigkeitskonstruktionen als ‚Volk‘ zu identifizieren und sich gleichzeitig gegen Einwanderung zu stellen.

In der rechten Konstruktion wird an keiner Stelle eine differenzierte Aufarbeitung ‚ostdeutscher‘ Transformationserfahrungen und eine Veränderung bestehender ökonomischer und kultureller Ungleichheitsverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland angestrebt. Vielmehr werden aus dem Machtverhältnis Ost-West resultierende anti-westliche Einstellungen aufgerufen und mit der Abwehr von Migration verknüpft.

Wie Thomas Falkner und Horst Kars (2019) zeigen, kann die AFD in Brandenburg mit ihren Ansprachen an ‚Ostdeutsche‘ im Wahlkampf 2019 an bereits bestehende nationalistische und rassistische Einstellungen anknüpfen, indem sie „ein großes, affektiv und emotional gefärbtes Erklärungspotential bietet und die beiden Gefühlswelten, verlassen und hinter andere (Zugewanderte) zurückgesetzt worden zu sein, politisch adressiert“ (ebd.: 3).

Dieses „Gefühl der Benachteiligung“ ist, wie Birgit Rommelspacher (2007) ausführt, rechtsextremen Ideologien tief eingeschrieben, da diese „die Deutschen als ein von allen Seiten bedrohtes ‚Volk‘“ darstellen und sich „allein schon durch die Existenz von Nicht-Deutschen bedroht“ sehen (ebd.: 9f.). Die Ansprache solcher Gefühle ist, wie ich am Beispiel des Höcke-Zitats ausgeführt habe, Teil einer globalen Strategie der ‚Alternativen Rechten‘ zur Herstellung eines globalen Bedrohungsszenarios, um rassistische Ausschlüsse und Gewalt zu legitimieren.

Wie ich aufgezeigt habe, adressiert die AFD im Wahlkampf in Brandenburg 2019 ‚Ostdeutsche‘ als einheitliche Gruppe mit homogenen Erfahrungen und Gefühlen in Bezug auf die DDR und die Ereignisse von 1989. Inner-ostdeutsche‘ Differenzlinien, Hierarchien und ambivalente Erfahrungen mit der DDR und der Transformationszeit werden dabei ausgeblendet. Die rechte Partei zitiert erinnerungspolitisch aufgeladene Begriffe und Slogans aus dem hegemonialen Diskurs zur ‚deutschen Einheit‘ und überträgt diese auf die Gegenwart. Dabei setzt sie bereits bestehende diskursive Bilder und Praxen, die ‚Ostdeutschland‘ als ‚Anderes des Westens‘ und ‚Ostdeutsche‘ als ‚Opfer

des DDR-Regimes‘ oder als ‚Avantgarde‘ markieren, als politisches Instrument in der Abwehr einer pluralen Bevölkerungspolitik ein. Gefühle der Abwertung und Zurücksetzung werden dabei wiederholt mit Fragen von Zugehörigkeitspolitik verknüpft. Die Ansprache von ‚ostdeutschen‘ Gefühlen nutzt die AFD im Wahlkampf, um ‚Ostdeutsche‘ als zurückgesetzte Gruppe zu adressieren und sie gegen eine plurale Migrations- und Bevölkerungspolitik zu positionieren.

Gegenerzählungen zur ‚deutschen Einheit‘

An den im Wahlkampf der AFD genutzten Slogan „Wir sind das Volk!“ anknüpfend frage ich, wie Zugehörigkeitspolitiken in der Konstruktion ‚Ostdeutscher‘ wirken. Dazu werfe ich ein Schlaglicht auf die Verschiedenheit von Erinnerungen und damit verbundenen Gefühlen zum Mauerfall und zeige, wie bereits in der ‚Wiedervereinigung‘ die Konstruktion ‚Ostdeutscher‘ zur Herstellung rassistischer Ausschlüsse genutzt wurde.

Ich analysiere in diesem Abschnitt ‚ostdeutsche‘ Erinnerungsperspektiven von linken Teilen der DDR-Opposition und intersektionale Wissensproduktionen, die quer zum *dominanten Einheitsnarrativ* verlaufen. Diese beschreiben den Prozess der Neukonstituierung des neuen ‚Wir‘ im ‚Wiedervereinigungsprozess‘ als Teil einer gesellschaftlichen Hegemoniebildung⁵, in der nationale Zugehörigkeit als ethnisierte Zugehörigkeit hergestellt und gewaltvoll durchgesetzt wurde.

Meine Irritation beim Betrachten des AFD-Wahlplakates mit der Aufschrift „Wir sind das Volk!“ entspringt eigener familiärer Gegennarrative⁶ zu den Ereignissen von 1989. Ich bin aufgewachsen mit der Erzählung meiner Mutter, dass es auf den Montagsdemos in Neuruppin einen großen Unterschied gab zwischen den Leuten, die ‚Wir sind das Volk!‘ und jenen die ‚Wir sind ein Volk!‘ gerufen haben. Ersteres bezog sich auf mehr Mitspracherecht und mehr Bürger_innenrechte in der DDR und die Forderung nach einem demokratischeren Sozialismus, die meine Mutter teilte. Die Parole ‚Wir sind ein Volk‘ bezog sich wiederum auf die späteren ‚Einheitsforderungen‘, die u.a. von rechten Kräften und wie meine Mutter es erinnert: „denen, die nur Bananen wollten“ vertreten wurde. Diese dominierten zu einem späteren Zeitpunkt die Proteste,

5 Hegemonie basiert nach Antonio Gramsci auf der Erlangung von Herrschaft in einer bürgerlichen Gesellschaft über ein Zusammenwirken von Zwang und Konsens (vgl. Becker u.a. 2019: 7).

6 Diese Erinnerungsnarrative sind geprägt von den Erfahrungen der gesellschaftlichen Position einer weitestgehend linken, *weißen*, ‚ostdeutschen‘ Arbeiter_innenfamilie mit verschiedenen polnisch-deutschen Migrationsgeschichten in der Großelterneneration.

was dazu führte, dass meine Mutter nicht mehr hinging. Diese Erzählung markiert sowohl Differenzen innerhalb der Proteste um 1989 als auch die Wandlung dessen, was das ‚Wir‘ des ‚Volkes‘ wollte und wer sich als ‚Wir‘ fühlen und auf die Straße gehen konnte.

In den Erzählungen linker DDR-Oppositioneller über die Veränderung von der Parole ‚Wir sind das Volk!‘ zu ‚Wir sind ein Volk‘ im Herbst 1989 wird ein Gefühl des ‚Scheiterns einer Revolution‘ deutlich (vgl. Klein 2020). Wie Dirk Teschner (2019) schildert, war die DDR-Opposition in der DDR in der Minderheit, auch auf den Demonstrationen im Herbst 1989. Die Mehrheit der DDR-Bürger_innen hatte andere Interessen und sich der Illusion des westlichen Wohlstands hingegeben (ebd.). Linke Erinnerungsperspektiven beschreiben eine Zunahme nationalistischer Forderungen im Laufe der Proteste von 1989. Kurz nach der Grenzöffnung häuften sich Deutschlandfahnen, begleitet von Forderungen nach ‚Wiedervereinigung‘ auf den großen Demonstrationen in Leipzig und rechte Kräfte konnten sich an die Spitze der Proteste setzen (vgl. AIB 2009). Der Kritik von linken Jugendlichen und Punks an dem aufkommenden Nationalismus wurde innerhalb der Proteste mit Aggression begegnet (ebd.).

In den Geschichten linker DDR-Oppositioneller wird deutlich, dass es sehr unterschiedliche Positionen innerhalb der Proteste um 1989 gab und sich sowohl die Forderungen als auch die Zusammensetzung der Menschen, die auf die Straße gegangen sind, im Laufe der Proteste verändert haben.

Die Ein- und Ausschlüsse des ‚Wiedervereinigungsprozesses‘

Der Gap, der häufig zwischen persönlichen Erinnerungen und der staatlich institutionalisierten Gedenkkultur über die ‚Wende‘ besteht, lässt nach Elisa Gutsche und Pablo Dominguez Andersen (2020) sichtbar werden, dass „das offizielle Gedenken an die Friedliche Revolution als Erfolgsstory auf dem Ausschluss einer Vielzahl von gegenläufigen Geschichten und Erinnerungen basiert“ (ebd.: 475). Wie Lydia Lierke und Massimo Perinelli (2020) beschreiben, ging mit dem „nationalen Taumel“ der Wiedervereinigung „ein alltäglicher sowie struktureller Rassismus einher, den all jene zu spüren bekamen, die nicht zur nationalen Gemeinschaft gezählt oder plötzlich aus ihr aussortiert wurden“ (ebd.: 11). Sie betonen, dass: „Die Perspektiven und Erzählungen von Migrant*innen, von Juden und Jüdinnen, von Roma und Sinti, von ehemaligen Gastarbeiter*innen, von Schwarzen Deutschen, von Geflüchteten und Asylsuchenden“ zumeist in der hegemonialen Erinnerungspolitik zum Mauerfall fehlen (ebd. 11f.).

Diese im *dominanten Einheitsnarrativ* unbenannten Perspektiven schaffen jedoch erst eine wesentliche intersektionale Analyse der Dynamiken gesellschaftlicher Ein- und Ausschlüsse im ‚Wiedervereinigungsprozess‘, welche der Konstruktion ‚Ostdeutscher‘ zu Grunde liegen.

Viele Schwarze, migrantische und jüdische ost- und westdeutsche Perspektiven verknüpfen mit dem ‚Einheitstaumel‘ eher Gefühle der Bedrohung und Erfahrungen des Ausschlusses aus der Gemeinschaft der Feiernden (vgl. *Spot_the_silence* 2019, Lierke/Perinelli 2020). Viele dieser Stimmen benennen den Mauerfall als Moment, in dem sie feststellten, dass sie nicht gemeint waren, wenn vom ‚Volk‘ gesprochen wurde. Das Zitat der Dichterin, Pädagogin und Aktivistin der afrodeutschen Bewegung May Ayim markiert eine solche Erinnerung: „Als die Mauer fiel, freuten sich viele, anderen wurde es schwindelig“ (2012 [1993]: 54). Peggy Piesche beschreibt in einer gleichnamigen Ausstellung (*Spot_the_silence* 2019) rückblickend ein „Kippen der Proteste“ mit dem Wechsel des Slogans „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk!“ und dann zu „Deutschland den Deutschen“ auf den Demonstrationen kurz nach dem Mauerfall in Erfurt. Der offene politische Möglichkeitsraum der Umbruchszeit war einem aggressiven und ausgrenzenden gesellschaftlichen Klima gewichen, in dem sich der, durch die DDR-Regierung tabuisierte Rassismus, ungezügelt entladen konnte (ebd.).

Der verstärkte Rassismus nach dem Mauerfall zeigt sich auch in Erinnerungen ehemaliger mosambikanischer Vertragsarbeiter_innen der DDR: „Die ‚Friedliche Revolution‘ hatte für sie – wie auch für andere Migrant_innen – gegenteilige, das heißt existenz- bis lebensbedrohende Auswirkungen“ (Mende/Miguel 2021). Sie sahen sich willkürlichen „Rückführungen“, Obdachlosigkeit und „einer enthemmten rassistischen Gewalt“ ausgesetzt, „die bereits in den letzten Jahren der DDR zugenommen hatte und der Schwarze Menschen oder People of Color nun faktisch ohne Schutz staatlicher Autoritäten ausgesetzt waren“ (ebd.). Paulino Miguel (2020) beschreibt, wie im Zuge der Wiedervereinigung in Vergessenheit geriet, dass auch Tausende DDR-Vertragsarbeiter_innen an den vorangegangenen Demonstrationen und Streiks teilgenommen hatten. Statt als Teil des Aufbruchs wurden sie jedoch als Teil der „abzuwickelnden Insolvenzmasse und der DDR-Altlasten“ behandelt, häufig entlassen und direkt abgeschoben (ebd.: 311f.).

Auch für migrantisches Leben auf der westdeutschen Seite war der Mauerfall folgenreich. Sanem Kleff (*Spot_the_silence* 2019) beschreibt als Erfolg migrantischer Politik, dass im Westdeutschland der 1980er-Jahre erstmals nach 1945 über Deutschland als Einwanderungsland gesprochen wurde. Politische Kämpfe um ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, um die Anerkennung von Berufsausbildungen, ein kommunales Wahlrecht und Antidiskriminierungsgesetze wurden mit dem Mauerfall abgebrochen und es trat eine gegenläufige gesellschaftliche Bewegung ein, die mit einer permanenten Angst vor rechten Angriffen einherging (ebd.).

In dem Film *Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen* (Izabiliza 2018) beschreibt Nivedita Prasad den Prozess des rassistischen Ein- und Ausschlusses im Prozess der ‚Wiedervereinigung‘. In diesem haben viele weiße ‚Ostdeutsche‘ als „innere Andere“, Schwarze Menschen, Menschen of Color und Migrant_innen als „äußere Andere“ an den Rand der Gesellschaft gedrängt, indem sie sich dem rassistischen *Teile-und-Herrsche-Prinzip* unterworfen haben, das die ‚nationale Einheit‘ anbot (ebd.).

Diese und weitere intersektionalen Erinnerungsperspektiven und Analysen auf 1989 zeigen, wie mit der Zusammenführung beider deutscher Staaten das Verständnis von ‚Volk‘ zunehmend auf homogenisierte Vorstellungen von nationaler Zugehörigkeit ausgerichtet wurde. Wie Birgit Rommelspacher (2002) anführt, setzten die im Diskurs der ‚deutschen Einheit‘ verwendeten Begriffe des „Zusammenwachsens“ und der „deutsch-deutschen Vereinigung“ sowie der Bezug auf eine „gemeinsame Geschichte“ ein Verständnis von Nation, als (ideologische und politische) Grundlage für die Zusammenführung beider deutscher Staaten durch, das auf ethnische Homogenität zielte.

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD wurde schließlich eine „Auseinandersetzung mit Differenzen“ und eine Anerkennung unterschiedlicher Formen von „Deutsch-Sein“ verhindert (vgl. ebd.: 57f.). So konnte trotz vieler politischer und kultureller Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland über den Bezug auf eine gemeinsame Nation eine ethnische Gemeinsamkeit behauptet werden. Wie Urmila Goel (2013) anführt, erfolgte die Konstruktion ‚Ostdeutscher‘ als homogenisierter Gruppe im Prozess der ‚Wiedervereinigung‘ über die Abgrenzung zu ‚Westdeutschland‘ und zu ‚rassifizierten Anderen‘ (vgl. ebd.). Étienne Balibar (1990) legt dar, dass Rassismus eine notwendige Tendenz in der Herausbildung von Nationalismen darstellt (ebd.: 62f.). Da kein Nationalstaat eine ethnische Basis besitzt, wird über territoriale Grenzziehungen und die „Schaffung des ‚Volkes‘ als eine über den Klassenspaltungen stehende politische Gemeinschaft“ (ebd.: 62) im Nationalismus eine ‚fiktive‘ Ethnizität hergestellt. Die Verschiebung des Slogans ‚Wir sind das Volk!‘ zu ‚Wir sind ein Volk!‘ markiert eine Re-formierung des Verständnisses, wer als ‚deutsch‘ gilt. Die Zugehörigkeit der ehemaligen DDR-Bürger_innen zum erneuerten ‚Wir‘ des ‚Volkes‘ der BRD wurde, wie ich mit dem Verweis auf intersektionale Erinnerungen und Analysen zu 1989 gezeigt habe, über den Ausschluss von den Menschen hergestellt, die nach rassifizierten Merkmalen außerhalb der Nation verortet wurden. Die Abgrenzung gegenüber denen, die als ‚Anderer‘ hervorgebracht werden, erfolgt im rassistischen Diskurs, wie Stuart Hall (1989) beschreibt, um: „Identität zu produzieren und Identifikationen abzusichern“ (ebd.: 919). Über binäre Konstruktionen des ‚Eigenen‘ und des ‚Anderen‘ wird ein „rassistisches Klassifikationssystem“ hergestellt, um „bestimmte Gruppen vom Zugang zu kulturellen und symbolischen Ressourcen auszuschließen“ (ebd.). Dies zeigt sich im Prozess

der Herstellung der ‚deutschen Einheit‘ zum Beispiel im verwehrten und erschweren Zugang zum Wahlrecht, zu Arbeitsplätzen und zu Staatsbürger_innschaft für Migrant_innen, sowie in Ausschlüssen von intersektionalen (ost- und westdeutschen) Perspektiven aus der Erinnerungspolitik zu 1989. Katharina Warda verweist darauf, dass die Auswirkungen der sogenannten ‚friedlichen Revolution‘ für viele Menschen und insbesondere für Menschen mit Rassismuserfahrungen mit einem Anstieg alltäglicher Gewalt, Existenzängsten und „Todesangst“ verbunden waren (Vorreyer 2020). Sie plädiert dafür, endlich „Stimmen von Migrant_innen, nicht-weiße Stimmen und Stimmen von Wendeverlierer_innen“ das Narrativ um 1989 gestalten zu lassen (ebd.).

Neben und aufgrund der verstärkten Bedrohungssituation durch die ‚Deutsche Einheit‘ entstanden in BRD und DDR auch übergreifende politische Zusammenschlüsse und Bündnisse von linken, migrantischen, Schwarzen, jüdischen Frauen*/Lesben und queeren Aktivist_innen. Diese führten in der Umbruchzeit zu neuen Selbstverständnissen und Formen der Zusammenarbeit sowie zu einer verstärkten Wahrnehmung von Differenzen und Gemeinsamkeiten (vgl. Piesche 2020, Heinrich-Böll-Stiftung 2015). Versuchte Betriebskollektivierungen, -besetzungen und Streiks von ostdeutschen Arbeiter_innen (vgl. Gehrke 2019: 83) scheinen ebenso aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden (Hürtgen 2018: 90) wie migrantische, antirassistische und frauen*politische Kämpfe (vgl. Thomas 2020). Auch die großen Proteste gegen die Wiedervereinigung, wie die „Anti-Kohl-Demonstration“⁷ am 19. Dezember 1989 mit 50.000 Teilnehmenden, sind weithin vergessen.

Wer ist das Volk?

„Wenn sich also eine Gruppe, eine Versammlung oder eine organisierte Kollektivität ‚das Volk‘ nennt, dann lenkt sie den Diskurs in eine bestimmte Richtung, macht Annahmen darüber, wer dazugehört und wer nicht, und bezieht sich damit nolens volens auf eine Bevölkerungsgruppe, die nicht ‚das Volk‘ ist“ (Butler 2016: 12).

Wie Judith Butler in Bezug auf die von der AFD und PEGIDA benutzte Parole „Wir sind das Volk!“ anführt, beinhaltet die Rede vom ‚Volk‘ immer Aussagen darüber, wer damit gemeint ist und wer nicht. Dies heißt jedoch nicht, dass die, die auf die Straße gehen und behaupten können ‚das Volk‘ zu sein, auch wirklich ‚das Volk‘ repräsentieren und für die, die nicht erscheinen (können), mitsprechen (vgl. ebd.: 18). Wie ich ausgeführt habe, hat sich bereits in den Protesten im Herbst 1989 die Gruppe verändert, die sich als ‚Volk‘ gefühlt hat und dies von sich behauptete. Schließlich wurde das ‚Volk‘ über eine neue

7 Vgl. <https://www.havemann-gesellschaft.de/19121989-demonstration-gegen-die-deutsche-einheit-in-ost-berlin/> (Zugriff: 18.06.2021).

nationalstaatliche und diskursive ethnische Grenzziehung neu definiert. Die Geschichte des Slogans „Wir sind das Volk!“ in Bezug auf 1989 ist unmittelbar mit dem Ausschluss von vielen Erinnerungen, Erfahrungen und Gefühlen von Migrant_innen, Schwarzen, jüdischen und migrantischen Perspektiven und Erinnerungen derer, die sich gegen ‚die Einheit‘ aussprachen, verbunden. Die Aufhebung der Teilung Deutschlands wurde von der Mehrheitsgesellschaft als Ende der Bestrafung Deutschlands für die NS-Verbrechen wahrgenommen.

„Sinnbildlich stehen hierfür die alljährlichen Jubiläumsfeierlichkeiten zum Tag des Mauerfalls, die seit drei Jahrzehnten mit ihren Deutschlandfahnen das Gedenken an die Opfer vom 09. November 1938 in den Hintergrund drängen“ (Lierke/Perinelli 2020: 18).

Die Erinnerungspolitischen Debatten um das Gedenken an 1989 sind also auch Kämpfe um einen Platz im kollektiven Gedächtnis für die Kontinuitäten von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt.

Wenn sich die AFD und zuvor auch PEGIDA den Slogan „Wir sind das Volk!“ aneignen, bringen sie Vorstellungen eines nationalen ‚Wir‘ in den öffentlichen Raum, die auf dem rassistischen Ausschluss von ethnisch, kulturell und politisch als ‚Andere‘ hergestellten Gruppen basieren. Der ehemalige Brandenburger AFD-Chef Andreas Kalbitz betonte im ‚Ostwahlkampf‘ 2019: „Ich rede nicht von der Bevölkerung. Sondern ich rede vom deutschen Volk. Und das deutsche Volk, das sind wir“ (Schon 2019). Wer genau das gemeinte ‚Wir‘ ist, wird in den Reden, unter anderem von AFD-Politiker_innen auf Demonstrationen des rechtsextremen Vereins ‚Zukunft Heimat‘ in Cottbus deutlich. Wie Gideon Botsch und Christoph Schulze (2018) erfasst haben, wird dort ein „deutsches Volk“ in Abgrenzung zu „den gesellschaftlichen Eliten und den Flüchtlingen“ hergestellt und als „Opfer der Eliten-Verschwörung und der fremden Landnahme“ inszeniert (ebd.: 14). „In den Wortbeiträgen kommt wiederholt zum Ausdruck, dass sie sich als Sprecher im Namen des deutschen Volkes an sich verstehen“ (ebd.). Es sind also nach der rechten Definition nur die Menschen das ‚Volk‘, die für die gleiche rassistische Interpretation eines ‚Volkes‘ zusammen auf die Straße gehen. Im AFD-Wahlkampfslogan „Wir sind das Volk!“ geht es also nicht um ‚Ostdeutsche‘ und deren Erfahrungen von 1989, sondern um rechte und rassistische Ideologien *weißer* Vorherrschaft.

Fazit

Wie ich in diesem Artikel dargelegt habe, nutzte die AFD im Landtagswahlkampf 2019 Begriffe aus dem erinnerungspolitischen hegemonialen Diskurs zur deutschen Einheit und setzt diese in der Ansprache ‚Ostdeutscher‘ ein. Dabei arbeitet die rechte Partei insbesondere mit bestehenden Bildern aus Diskursen, die den Osten als ‚Anderes des Westens‘ herstellen. Die zugeschriebene

‚ostdeutsche Andersheit‘ wird von rechten Akteur_innen vor allem gegen eine als ‚westdeutsch‘ markierte plurale Bevölkerungspolitik eingesetzt.

In der rechten Ansprache ‚ostdeutscher‘ Erinnerungen zu 1989 werden innerostdeutsche Differenzen ausgeblendet und die sehr unterschiedlichen und komplexen Gefühle unterschiedlicher ‚ostdeutscher‘ Perspektiven zu den Ereignissen dieser Zeit homogenisiert. Insbesondere Björn Höcke arbeitet dabei mit dem diskursiv hergestellten Bild der ‚Ostdeutschen‘ als Opfer der DDR-Diktatur und stellt über behauptete gemeinsame Gefühle Identifikations-Oberflächen her, die Affekte freisetzen. So macht die AFD aus ‚Ostdeutschen‘ eine Avantgarde, nicht wegen ihrer Leistungen in der DDR und Transformationszeit, sondern weil sie angeblich ‚ethnisch homogener‘ seien als die ‚Westdeutschen‘. Die Ansprache von ‚ostdeutschen‘ Deprivationsgefühlen wird rassistisch aufgeladen und entspricht der globalen Strategie der ‚Alternativen Rechten‘, die wiederholt ‚Bedrohungsgefühle‘ aufruft, um ein ‚Kolonisiert‘-Werden von Weißen zu inszenieren. In Bezug auf ‚Ostdeutschland‘ nutzen rechtspopulistische Akteur_innen Leerstellen und Fehlanalysen ‚ostdeutscher‘ Erfahrungen, um ihre eigene politische Agenda gegen gesellschaftliche Vielfalt diskursiv zu etablieren.

Wie ich gezeigt habe, geht es der AFD in der Ansprache ‚ostdeutscher‘ Gefühle und Erfahrungen in keinem Fall wirklich um die Aufarbeitung der komplexen und ambivalenten Geschichten in der Transformations- und Umbruchzeit, sondern lediglich darum, das diskursiv hergestellte ‚Anderssein des Ostens‘ als Projektionsfläche für das eigene rechte Begehren eines ‚deutscheren Deutschlands‘ einzusetzen. Die Behauptung homogener Gefühle blendet die Ambivalenzen aus, die gerade das Spezifische der ‚ostdeutschen‘ Erfahrung ausmachen. Denn wie im Rückblick auf den Prozess der ‚Wiedervereinigung‘ aus intersektionalen Perspektiven sichtbar wird, speisen sich ‚ostdeutsche‘ Zugehörigkeitserfahrungen gerade aus den komplexen Verstrickungen mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und einer gesellschaftlichen Position, die sowohl Teile der hegemonialen Subjektposition als auch Marginalisierungserfahrungen in sich trägt. Die ehemaligen DDR-Bürger_innen wurden über ethnisch ausgerichtete Zugehörigkeitspolitiken zum Teil des ‚Volkes‘ erklärt und ihr Einschluss wurde unmittelbar mit rassifizierten Ausschlüssen verbunden.

Der dominanten Erzählung eines von allen ‚Ostdeutschen‘ gewollten und selbst erkämpften Systemwechsels hin zur kapitalistischen BRD stehen vielmehr stimmige Erinnerungen verschiedener Akteur_innen mit sehr unterschiedlichen Zielen und Emotionen zu den Ereignissen von 1989 gegenüber. Die intersektionalen Gegennarrative lassen die Ambivalenzen und Wirkungsweisen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen im ‚Wiedervereinigungsprozess‘ sichtbar werden und machen es möglich, die gesellschaftspolitische Herstellung von ‚Ostdeutschen‘ als Teil einer Teile- und Herrsche-Strategie zu analysieren. Vielfältige und plurale Gegennarrative zur ‚Deutschen Einheit‘ fehlen

jedoch bis heute als sichtbare Orientierungspfeiler ‚ostdeutscher‘ Demokratiegeschichte in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur (vgl. Tran 2020).

Wie ich dargestellt habe, profitiert die AFD in ihrem ‚Ostwahlkampf‘ von den Leerstellen im dominanten Einheitsnarrativ, das die ‚friedliche Revolution‘ unter Ausschluss von vielen unterschiedlichen Gegennarrativen lange einzig als Erfolgsgeschichte dargestellt hat. Vielmehr noch können sie jedoch an jene bestehenden rassistischen und nationalistischen Einstellungen anknüpfen, die mit der ‚Wiedervereinigung‘ gesellschaftliche Tragfähigkeit erlangten. Die ‚deutsch-deutsche Vereinigung‘ konnte nur über das Behaupten einer ethnischen Gemeinschaft und entlang historischer Kontinuitäten von Rassismus in Deutschland durchgesetzt werden. Die Folgen waren ein massiver Anstieg von rechter und rassistischer Gewalt und ein Zurücksetzen von bereits erkämpften pluralen Konzepten von Staatsbürger_innenschaft und demokratischer Teilhabe. Mit der zweckentfremdeten Nutzung des 1989er Slogans „Wir sind das Volk!“ in den islamfeindlichen PEGIDA-Protesten oder dem AFD Wahlkampf, wird das Geworden-Sein der bestehenden staatsbürgerlichen und nationalen Grenzziehungen unsichtbar gemacht. Gerade der Rückblick auf 1989 zeigt jedoch die Prozesshaftigkeit und die Konstruktion von Zugehörigkeitspolitiken und die Notwendigkeit einer Vielstimmigkeit und einer klaren Abgrenzung nach rechts in Demokratisierungsprozessen.

Literaturverzeichnis

- Ahbe, Thomas (2019): Revolution und Vereinigung. Viele Erfahrungen und eine Große Erzählung. In: Journal für politische Bildung, Heft 4, S. 10–17. http://www.thomas-ahbe.de/ahbe_wochenschauverlag-jpb4-2019.pdf [Zugriff: 18.06.2021].
- Ayim, May (2012 [1993]): Das Jahr 1990: Heimat und Einheit aus afro-deutscher Perspektive. In: Piesche, Peggy (Hrsg.): Euer Schweigen schützt euch nicht. Audre Lorde und die Schwarze Frauenbewegung in Deutschland. Berlin: Orlanda Frauenverlag, S. 53–68.
- Balibar, Étienne (1990): Rassismus und Nationalismus. In: Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument Verlag, S. 49–86.
- Becker, Florian/Candelas, Mario/Niggemann, Janet/Steckner, Anne (2019): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte. Hamburg: Argument Verlag.
- Begrich, David/Begrich, Pascal (2020): „Der Osten steht auf“. In: Mendel, Meron (Hrsg.): Wie die Rechten Geschichte umdeuten. Themenheft Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus. Frankfurt/M.: Bildungsstätte Anne Frank, S. 42–45.
- Behrens, Kilian/Berger, Svenna/Henßler, Vera/Metzger, Frank/Schwarz, Patrick (2019): Der rechte Blick auf Ostdeutschland. Apabiz Magazin Nr. 5, November, S. 1–8.

- Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (2018): Die Sprache der „Asylkritik“. Eine Analyse der Reden bei Zukunft-Heimat-Kundgebungen in Cottbus. Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus. Ausgabe 4 Juni, S. 1–16.
- Butler, Judith (2016): Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung. Berlin: Suhrkamp.
- Camus, Renaud (2016): Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda: Antaios.
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag.
- Engler, Wolfgang/Hensel, Jana (2018): Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein. Berlin: Aufbau Verlag.
- Falkner, Thomas/Kahrs, Horst (2019): Der AfD-Wahlerfolg in Brandenburg bei der Landtagswahl am 1. September 2019. Soziale Merkmale und Erklärungsfaktoren. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Falkner-Kahrs-2019_AfD-Wahlerfolg-in-Brandenburg.pdf [Zugriff: 18.06.2021].
- Gehrke, Bernd (2019): Widerstand gegen die Treuhandanstalt. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung. Berlin, S. 82–84. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Begleitbuch_Treuhand.pdf [Zugriff: 18.06.2021].
- Gutsche, Elisa/Dominguez Andersen, Pablo (2020): Ost-migrantische Erinnerung, Postmigrantische Allianzen. In: Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 469–489.
- Goel, Urmila (2021): Intersektional Forschen – kontextspezifisch, offen, selbst-reflexiv. In: Biele Mefebue, Astrid/Bührmann, Andrea/Grenz, Sabine (Hrsg.): Handbuch Intersektionalitätsforschung. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26613-4_16-1.
- Goel, Urmila (2013): Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsforschung. In: Gürsel, Duygu/Çetin, Zülfi-kar/Allmende e.V. (Hrsg.): Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen, Münster: edition assemblage, S. 138–150.
- Goetz, Judith (2020): ‚Der große Austausch‘– Rechtsextreme Reproduktions- und Bevölkerungspolitik am Beispiel der ‚Identitären‘. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 2-2020, S. 37–49. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.04>.
- Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument 178, Hamburg: Argument Verlag, S. 913–921.
- Hauke, J. Cash (2020): Rechte Identitätspolitik und „der Osten“. Eine Analyse aus intersektionaler Perspektive. In: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Autoritäre Formierungen: Der Durchmarsch von rechts geht weiter. Manuskripte 25. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 46–59.
- Hawley, George (2018): Making Sense of the Alt-Right. New York Chichester, West Sussex: Columbia University Press. <https://doi.org/10.7312/haw118512>.

- Heft, Kathleen (2020): *Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse*. Opladen: Budrich Academic Press.
- Heft, Kathleen (2018): *Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit*. In: *Feministische Studien* 36(2), S. 357–366.
- Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt/Gunda-Werner-Institut (2015): *Das Übersehenwerden hat Geschichte. Lesben in der DDR und in der friedlichen Revolution. Tagungsdokumentation*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/pdf_das_uebersehenwerden_hat_geschichte_tagungsdokumentation_final.pdf [Zugriff: 18.06.2021].
- Holm, Andrej (1998): „Kolonie DDR – Zur ökonomischen Lage in Ostdeutschland“. In: *telegraph* #1998 (1). <http://www.telegraph.ostbuero.de/1-98/1-98holm.htm> [Zugriff: 18.06.2021].
- Hürtgen, Renate (2018): *Betriebliche und gewerkschaftliche Basisbewegungen 1989/90 in der DDR*. In: Brunner, Detlev/Kuhnhenne, Michaela/Simon, Hartmut (Hrsg.): *Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess, Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung*, Band 192. Bielefeld: transcript, S. 69–93.
- Kaminer, Wladimir (2002): *Russendisko*. München: Goldmann.
- Klein, Thomas (2020): *Erinnerungen an eine Revolution oder Geschichte einer Entfremdung. Mein Abschied von alten Freunden aus der DDR-Opposition*. In: *telegraph.cc*, #135/136. <https://telegraph.cc/erinnerungen-an-eine-revolution-oder-geschichte-einer-entfremdung/> [Zugriff: 18.06.2021].
- Kollmorgen, Raj/Hans, Torsten (2011): *Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit*. In: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.): *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 107–165.
- Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (2011): *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (2020): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Miguel, Paulino (2020): *Paulinos Tagebuch. Ein mosambikanischer Vertragsarbeiter erinnert sich*. In: Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 299–319.
- Piesche, Peggy (2020): *Labor 89: Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost*. Berlin: Yilmaz-Günay.
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München: Piper.
- Richter, Stephan (2006): „Gehasst – verdammt – vergöttert“ *Das Phänomen der ehemaligen Skinhead-Kultband „BÖHSE ONKELZ“ und ihre Bezüge zum Rechtsextremismus*. In: Kloninger, Herbert (Hrsg.): *Rechtsextremismus als Gesellschaftsphänomen. Jugendhintergrund und Psychologie. Schriftenreihe des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung*. Brühl, S. 109–189. http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1249/pdf/band_27.pdf [Zugriff: 18.06.2021].
- Rommelspacher, Birgit (2007): *Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland nach der Wende*. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Veranstaltungen/2007/rommelspacher_Juli07.pdf [Zugriff: 18.06.2021].

- Rommelspacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt/M.: Campus.
- Strick, Simon (2021): Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus. Bielefeld: transcript.
- Villa, Paula-Irene (2003): Judith Butler. Eine Einführung. Frankfurt/M.: Campus.
- Warda, Katharina (2020): Dunkeldeutschland. Fünf Erinnerungen aus dem gesellschaftlichen Unbewussten. In: Journal der Künste 12, S. 24–26.

Internetquellen

- AIB Antifaschistisches Infoblatt (2009): Von Montagsdemos zu Gegendemos. AIB 84/3.2009, 18.09.2009. <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/von-montagsdemos-zu-gegendemos> [Zugriff: 18.06.2021].
- Ayyadi, Kira (2019): Wenn Wessis von einer „DDR2.0“ sprechen und eine „Wende2.0“ fordern. Belltower News, 07.08.2019. <https://www.belltower.news/afd-wahlkampf-im-osten-wenn-wessis-von-einer-ddr2-0-sprechen-und-eine-wende2-0-fordern-89191/> [Zugriff: 18.06.2021].
- Belltower News (2020): 208 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990. Belltower News, 21.02.2020. <https://www.belltower.news/die-liste-193-todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990-36796/> [Zugriff: 18.06.2021].
- Dpa (2019): AfD will „Wende 2.0“ - erst im Osten, dann im ganzen Land. Zeit online, 14.07.2019. <https://www.zeit.de/news/2019-07/13/die-afd-blickt-auf-die-wende-der-osten-steht-geschlossen> [Zugriff: 18.06.2021].
- Gathmann, Florian (2019): Ost-Wahlkampf. DDR-Bürgerrechtler wehren sich gegen AfD-Vereinnahmung. Spiegel online, 07.08.2019. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ex-ddr-buergerrechtler-wehren-sich-gegen-afd-vereinnahmung-a-1280723.html> [Zugriff: 18.06.2021].
- Izabiliza, Diane (2018): Verwobene Geschichte*n: „Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen“ Women of Color und ihre Perspektiven auf den Mauerfall, Video unter: www.verwobenegeschichten.de/themen/film-die-mauer-ist-uns-auf-den-kopf-gefallen/ [Zugriff: 18.06.2020].
- Lachmann, Harald (2017): Der Rechtsaußen der AfD: Björn Höcke im Porträt. Südkurier, 13.02.2017. <https://www.suedkurier.de/ueberregional/Der-Rechtsausen-der-AfD-Bjoern-Hoecke-im-Portrait;ar-t1350068,9130046> [Zugriff: 18.06.2021].
- Mende, Christiane/Miguel, Paulino (2021): Mauerfall und Deutsche Einheit aus Perspektive mosambikanischer Migrantinnen und Migranten. Bundeszentrale für politische Bildung, 19.3.2021. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/322909/der-mauerfall-aus-perspektive-mosambikanischer-migranten> [Zugriff: 18.06.2021].
- Reinbothe-Occhipinti, Anja (2019): DJ Wladimir Kaminer im Interview. Völkerverständigung in der Russendisko. Tagesspiegel online, 23.11.2019. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/dj-wladimir-kaminer-im-interview-voelkerverstaendigung-in-der-russendisko/25259834.html> [Zugriff: 18.06.2021].

- Schon, Michael (2019): Mit Preußen als Vorbild in den Wahlkampf. RBB24, 20.07.2019. <https://www.rbb24.de/politik/wahl/Landtagswahl/beitraege/landtagswahl-2019-brandenburg-spitzenkandidaten-afd-kalbitz.html> [Zugriff: 18.06.2021].
- Spot_the_silence (2019): Anderen wurde es schwindelig. 1989/90: Schwarz, jüdisch, migrantisch. Bildungsstätte Anne Frank, Webseite zur gleichnamigen Ausstellung. <https://schwindelig.org/> [Zugriff: 18.06.2021].
- Teschner, Dirk (2019): Herbst '89 - Nennen wir es Revolution?! Teil 1: Dirk Teschner. Produktion: AG Timur und sein Trupp/telegraph/netzwerk-ost.org. <https://telegraph.cc/jetzt-online-herbst-89-nennen-wir-es-revolution/> [Zugriff: 18.06.2021].
- Thomas, Sarah (2020): Frauen* in bester (sächsischer) Verfassung? Digitales Deutsches Frauenarchiv, 16.09.2020. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-bester-saechsischer-verfassung> [Zugriff: 18.06.2021].
- Tran, Ngoc Bich (2020): Zugezogen, Ostdeutsch? Postmigrantische Perspektiven auf die Wiedervereinigung. Heinrich-Böll-Stiftung, Heimatkunde - Migrationspolitisches Portal, 01.10.2020. <https://heimatkunde.boell.de/de/ostdeutsch-und-postmigrantisch> [Zugriff: 18.06.2021].
- Vorreyer, Thomas (2020): „Beim Erinnern an die Wende fehlen im Osten wichtige Stimmen“. MDR Sachsen-Anhalt, 01.10.2020. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/katharina-warda-kritikerin-wende-erinnerung-100.html> [Zugriff: 18.06.2021].

Ethnizität oder Klassismus? Von den Schwierigkeiten und Möglichkeiten, die Benachteiligung Ostdeutscher antidiskriminierungsrechtlich zu fassen

Doris Liebscher

30 Jahre nach der Wiedervereinigung, die ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war (Sterzel 1990: 385), wird viel über die Unterschiede zwischen Ost und West diskutiert. Der Umbruch 1989/90 und die neoliberale Transformation Ostdeutschlands führte auch zu Verwerfungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, von dem in besonderer Weise Frauen betroffen waren. Bis heute sind Beschäftigte aus dem Osten einem höheren Diskriminierungsrisiko ausgesetzt als ihre westdeutschen Kolleg*innen. Ein Problem dabei: Sie können sich nicht auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) berufen.

Arbeitsmigration von Ost nach West

80 Prozent der Beschäftigten der DDR verloren im Zuge der wirtschaftlichen Post-Wende-Transformation vorübergehend oder auf Dauer ihren Arbeitsplatz (Kowalczuk 2019: 51ff., 137ff.). Ein Drittel aller volkseigenen Betriebe der DDR wurde stillgelegt, der Rest privatisiert. Nur 5 Prozent des ostdeutschen Produktivvermögens gingen dabei an Ostdeutsche, 80 Prozent wurden an Westdeutsche und 15 Prozent an internationale Unternehmen verkauft. 4,8 Mio. von 16,1 Mio. ehemaligen DDR-Bürger*innen migrierten gen Westen. Die meisten davon waren Frauen. Sie hatten als Facharbeiterinnen einen großen Teil ostdeutscher Belegschaften in den Fabriken und Werken der DDR ausgemacht, nun waren sie plötzlich arbeitslos. Für die Frauen mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit, die als sogenannte Vertragsarbeiterinnen wesentlich in der Textilproduktion der DDR tätig waren,¹ war es auf dem überlasteten

1 Ende 1989 lebten 192.000 Ausländerinnen in der DDR. 60.000 von ihnen kamen aus Vietnam. Die meisten waren Vertragsarbeiterinnen. Grundlage war ein Vertrag zwischen der DDR und Vietnam vom 11. April 1980. 16.000 Vietnamesinnen blieben nach dem Ende der DDR in Deutschland (s. Mai 2020).

Arbeitsmarkt der 1990er-Jahre ohne unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und angesichts des grassierenden Rassismus besonders schwer Arbeit zu finden. Für sie bot der Weg in die prekäre Selbstständigkeit meist die einzige Möglichkeit zum Überleben (Himpel 2013). Die ostdeutschen Facharbeiterinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit suchten vor allem in den alten Bundesländern ihr berufliches Glück.² Sie gingen, wie zum Beispiel meine Tante, nach Bayern, um dort als ‚24 Stunden Live in‘ eine alte westdeutsche Frau zu pflegen³, migrierten als erfolgreiche Jungunternehmerinnen nach Hamburg (s. Brandes/Decker 2019) oder suchten ihr Glück als Angestellte in mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg. Ostdeutsche Frauenbiografien ähneln sich also und unterscheiden sich zugleich fundamental. Auch das Lebensalter bzw. die Generation spielen eine wichtige Rolle. Die Kinder all dieser Frauen, geboren im Jahrzehnt vor oder nach der Wende, machten fundamental andere Erfahrungen als ihre Mütter, weil die beruflichen Brüche, die die Wende mit sich brachte, ihre Generation anders betraf. Gemeinsam ist ihnen ein erhöhtes Diskriminierungsrisiko als Frauen und als ostdeutsch wahrgenommene Menschen.

Klagen gegen die Diskriminierung als ‚Ossi‘

Im Jahr 2015 entschied das Arbeitsgericht Stuttgart über den Fall, der als *Minus-Ossi-Fall* mediale Aufmerksamkeit erregte.⁴ Die in der DDR geborene Klägerin war nicht erst nach der Wende in die Bundesrepublik migriert, sondern war schon 1988, also ein Jahr vor der Wende, ausgereist.⁵ Sie hatte seit der Wende im Großraum Stuttgart gelebt und gearbeitet und sich im Jahr 2009 – also 20 Jahre nach der Wende – auf eine Stelle als Buchhalterin in einem Tischlereiunternehmen beworben. Hier traf sie nun das Stigma⁶ ostdeutsch. Der Arbeitgeber lehnte ihre Bewerbung ab und schickte der 49-Jährigen ihre Bewerbungsunterlagen zurück. Auf dem Lebenslauf war notiert: „Ossi -“. Außerdem war zu Tätigkeitszeiten der Klägerin vor 1988 an zwei Stellen „DDR“ vermerkt. Die Frau wehrte sich gegen diese Diskriminierung und klagte vor

2 S. den Beitrag von Hildegard Nickel in diesem Band.

3 Ostdeutsche Pflegekräfte werden noch heute als legale, kostengünstige Betreuerinnen empfohlen, z.B.: www.wohnen-im-alter.de/zuhause/ambulante-dienste/ratgeber/24-stundenpflege.

4 ArbG Stuttgart, Urteil vom 15. April 2010 – 17 Ca 8907/09, Rn. 16.

5 Die dauerhafte Ausreise war ein Weg, die DDR legal zu verlassen, also auszuwandern. Es gab jedoch keinen gesetzlichen Anspruch. Ausreiseanträge vor dem Rentenalter hatten negative Folgen für die Antragstellenden und ihre Familien in der DDR, z.B. die Verhinderung von Bildungschancen oder die Kündigung des Arbeitsplatzes. Die Ausreise war mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit der DDR verbunden.

6 Vgl. Goffmann 2010; Solanke 2017.

dem Arbeitsgericht (ArbG) Stuttgart auf Entschädigung nach dem AGG. Das ArbG Stuttgart kam zu dem Schluss, es läge keine Diskriminierung nach dem AGG vor, denn:

„Die Bezeichnung ‚Ossi‘ kann diskriminierend gemeint sein, sie kann diskriminierend zu verstehen sein. Da nach § 1 AGG indessen nicht jede denkbare Benachteiligung beseitigt oder verhindert werden soll und vor allem da die Bezeichnung nicht dem Tatbestandsmerkmal ‚ethnische Herkunft‘ zugeordnet werden kann, erweist sich die Klage als unbegründet.“ (ArbG Stuttgart 2010: Randnummer [Rn.] 20)

Das ist heute gefestigte Rechtsprechung.⁷ Auch die rechtswissenschaftliche Kommentar- und Aufsatzliteratur vertritt fast einstimmig diese Auffassung (Göbel-Zimmermann/Marquardt 2012: 370; Thüsing 2017: § 1 AGG Rn. 55). Klagen lohnen sich also nicht. Trotzdem gibt es immer wieder Versuche von Betroffenen, entweder gegen abgelehnte Bewerbungen oder gegen diskriminierendes Mobbing als ‚Ossi‘ am Arbeitsplatz zu klagen. Zuletzt in der Presse war eine Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin.⁸ Geklagt hatte ein stellvertretender Ressortleiter in einem bekannten Zeitungsverlag. Er war – 30 Jahre nach der Wende – von zwei vorgesetzten Mitarbeitern wegen seiner ostdeutschen Herkunft stigmatisiert und gedemütigt worden. Er sei in Redaktionssitzungen als „dummer Ossi“ bezeichnet und mit Stasi-Mitarbeitern gleichgestellt worden, psychische Probleme waren die Folge, es wurde ein Grad der Behinderung von 30 festgestellt. Auch hier lehnte das Gericht einen Anspruch auf Entschädigung ab, weil Ostdeutsche keine Ethnie oder Weltanschauung im Sinne des AGG seien. Aus dieser Rechtsauffassung ergeben sich einige Fragen. Vor welchen Benachteiligungen schützt das AGG überhaupt? Was hat die Diskriminierung von Ostdeutschen mit ethnischer Herkunft oder Weltanschauung der Betroffenen zu tun? Lässt sich die Diskriminierung von Ostdeutschen besser beschreiben und rechtlich adressieren?

7 ArbG Würzburg, Urteil vom 23.Januar.2009 – 3 Ca 664/08; ArbG Wiesbaden vom 12. August 2010 – 4 Ca 3034/09; Hessisches LandesArbG, Urteil vom 07.Februar.2012 – 2 Sa 1411/10; LandesArbG Berlin-Brandenburg, Ur. v. 03.März.2017 – 2 Sa 1827/16. Für einen Überblick auch Bens 2013.

8 ArbG Berlin, Urteil vom 15.August.2019 – 44 Ca 8580/18.

Wen schützt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz?

Nach § 1 AGG ist es Ziel des Gesetzes,

„Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“

Darin steht nichts von Ostdeutschen. Das AGG setzt verschiedene Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union (EU) um, die die gleichen Diskriminierungskategorien, wie § 1 AGG aufführen und damit den politischen Konsens über die in der EU verbreiteten und anerkannten Diskriminierungsgründe formulieren. Ähnliche Formulierungen enthalten zum Beispiel Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz (GG):

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

oder Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK):

„Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten.“

Solche Kataloge von Diskriminierungskategorien (auch Diskriminierungsgründe oder Merkmale) sind weltweit die Regel im Antidiskriminierungsrecht, wesentliche Unterschiede ergeben sich nur daraus, welche Kategorien als rechtlich relevant angesehen werden und ob es sich um abgeschlossene oder offene Kataloge handelt (grundsätzlich Liebscher 2017: 117). Während Artikel 14 EMRK durch die offene Formulierung „oder eines sonstigen Status“, die Möglichkeit eröffnet, auf neue Diskriminierungsformen zu reagieren, sind Artikel 3 GG und § 1 AGG abgeschlossen. Rechtliche Ansprüche sind daher als unmittelbare Diskriminierung an die Zugehörigkeit oder Zuordnung zu den aufgezählten Kategorien, wie Geschlecht oder Ethnie, gebunden. Betroffene von Diskriminierung, deren Diskriminierungserfahrung nicht auf den ersten Blick in diesen abgeschlossenen Katalog passt, also zum Beispiel Ostdeutsche, haben zwei Möglichkeiten: Sie können im Wege der Auslegung nachweisen, dass ihre Diskriminierungserfahrung entweder unmittelbar oder mittelbar in eine der in § 1 AGG genannten Kategorien gehört. Wenn das nicht gelingt, bleibt nur der rechtspolitische Weg, die Forderung nach einer legislativen Änderung des AGG. Auch hier gibt es zwei Möglichkeiten: das Hinzufügen weiterer Diskriminierungsgründe oder die Umwandlung in einen offenen und damit flexiblen Katalog.

Sind Ostdeutsche eine Ethnie?

Die Kläger*innen in den bisherigen Fällen wählten den ersten Weg. Sie stützten ihre Klagen auf die Kategorie ethnische Herkunft. Rechtsanwält*innen, Richter*innen und die deutsche Rechtswissenschaft diskutieren seither, ob Ostdeutsche eine eigene Ethnie sind.

Wie das Recht Ethnizität definiert

Doch was ist eine Ethnie im Sinne des Rechts? Hier ein Auszug aus dem bereits zitierten Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart:

„Der Begriff der ethnischen Herkunft gründet auf der manifestierbaren Unterschiedlichkeit der Menschen und kann nur mit Sinn erfüllt werden, wenn er die gemeinsame Geschichte und Kultur, die Verbindung zu einem bestimmten Territorium und ein Gefühl der solidarischen Gemeinsamkeit für eine bestimmbare Population von Menschen darstellbar macht.“ (ArbG Stuttgart 2010: Rn. 16)

In ähnlicher Weise führt der Rechtswissenschaftler Gregor Thüsing aus:

„Im außerjuristischen Verständnis bezeichnet Ethnie Menschengruppen, die kulturell, sozial, historisch und genetisch eine Einheit bilden und auch sonst als Stämme oder Völker bezeichnet werden. (So exemplarisch die Definition des Brockhaus, Art. Ethnie): Die moderne Ethnologie definiert Ethnie auch als die größte feststellbare souveräne Einheit, die von den betreffenden Menschen selbst gewusst und gewollt ist (grundlegend Mühlmann, Rassen, Ethnien, Kulturen, 1964; s. auch den Bericht der UNESCO, *The Race Question*, in *Modern Science* 1952).“ (Thüsing 2017a: § 3 Rn. 57)

Thüsing beruft sich hier noch im Jahr 2017 auf eine alte Ausgabe des Brockhaus und auf Wilhelm Emil Mühlmann, der seine Karriere als Völker- und Rassenkundler im Nationalsozialismus begann und nach 1945 fortsetzte, bis kritische Studierende 1970 seine vorgezogene Emeritierung erzwingen.⁹ Ethnien sind nach diesem Verständnis naturgegebene Gemeinschaften. Die Ethnizitätsforschung hat sich von solchen Vorstellungen seit den 1980er-Jahren entfernt (Jenkins 1997; Brubaker 2004).

Thüsing weist zur Bestimmung von Ethnizität aber noch auf eine weitere, rechtliche Definition hin, auf die 1983 in Großbritannien ergangene Entscheidung *Mandla v Dowell-Lee*.¹⁰ In diesem Fall entschied das House of Lords (heute der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs), dass Sikhs als ethnische Gruppe im Sinne des Antidiskriminierungsrechts gelten. Die Entscheidung gilt seither als Leitentscheidung und besitzt in Rechtswissenschaft

9 Zur Person Mühlmanns und den Kontinuitäten zwischen Rassenforschung und ethnologischer Forschung in Deutschland nach 1945 in der Bundesrepublik s. Eisheuer 2011.

10 House of Lords, *Mandla v Dowell-Lee*, 24 March 1983 [1982] UKHL 7, [1983] 2 AC 548.

und Rechtsprechung fast biblische Autorität, weil die Richter darin bis heute geltende Kriterien für eine ethnische Gruppe aufstellten, die auch von Rechtswissenschaft und Gerichten anderer EU-Staaten zur Auslegung der EU-Antirassismus-Richtlinie und ihrer Umsetzungsgesetze, wie dem AGG, herangezogen werden. Als essentielle Kriterien nennt *Mandla v Dowell-Lee*:

„(1) eine lange gemeinsame Geschichte, die sich von anderen Gruppen unterscheidet, derer sich die Gruppe bewusst ist, und deren Erinnerung sie lebendig hält; (2) eine eigene kulturelle Tradition, einschließlich familiärer und sozialer Sitten und Gebräuche, die oft, aber nicht unbedingt mit der Einhaltung religiöser Gebräuche verbunden sind.“ (House of Lords 1983)

Ergänzend aufgeführt werden: eine gemeinsame geografische Herkunft oder die Abstammung von einer kleinen Anzahl gemeinsamer Vorfahren, gemeinsame Sprache, gemeinsame Literatur und gemeinsame Religion, einen Status als Minderheit oder als unterdrückte oder dominante Gruppe innerhalb einer größeren Gemeinschaft. Ethnien sind nach diesem Verständnis Gruppen, die sich in erster Linie durch ihre inhärente abstammungsbasierte, religiöse oder kulturelle Unterschiedlichkeit definieren.

Eine Analyse der einschlägigen Gerichtsentscheidungen und der rechtswissenschaftlichen Literatur ergibt, dass in allen Fällen, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung, die folgenden Elemente auftauchen, um ethnische Herkunft zu definieren: objektive Zugehörigkeit, subjektives Wir-Gefühl, Fremdwahrnehmung als ‚andere Gruppe‘, all das vermittelt über Bräuche, Kultur, Herkunft, Sprache und Genealogie. Das Diskriminierungssituationen typischerweise kennzeichnende Element der sozialen Zuschreibung und auch die strukturelle Komponente von Diskriminierung, die auf historisch gewachsene und diskursiv verfestigte Machtverhältnisse zurückgeht, treten bei solchen gruppenfixierten Ethnizitätskonzeptionen hinter die Frage zurück, was eine Gruppe essentiell ausmacht.

Erfüllen Ostdeutsche diese Definition?

Jurist*innen subsumieren. Subsumtion beschreibt den Vorgang, einen Begriff unter einen anderen zu ordnen. In der Rechtswissenschaft bedeutet das: Unterordnung eines Lebenssachverhalts unter die Voraussetzungen einer Rechtsnorm. In den arbeitsrechtlichen Verfahren geht es daher zentral um die Frage: Fallen Ostdeutsche unter die oben genannte Definition von Ethnizität?

Einige Autor*innen in der rechtswissenschaftlichen Literatur finden, dass dem so ist, z.B. der bekannte Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler; er schreibt:

„so spricht etwa bei Bayern, Sachsen und Schwaben angesichts eines geschlossenen Siedlungsraums und eigenständiger sprachlicher und kultureller Entwicklung sehr viel für die Annahme einer selbständigen Ethnie. [...] Mit Rücksicht darauf können auch ‚Ossis‘ und ‚Wessis‘ als eigene Ethnie betrachtet werden.“ (Däubler 2018: § 1, Rn. 46)

Auch jene Stimmen, die für eine Subsumtion von Ostdeutschen unter diese Kategorie plädieren, prüfen also die Zugehörigkeit zu homogenen, abgrenzbaren ethnischen Gruppen (s. auch Bauer/Krieger/Günther 2018: § 1, Rn. 23).

Die vorherrschende juristische Meinung vertritt die Gegenposition. Dazu nochmals das Arbeitsgericht Stuttgart:

„Die gemeinsame Geschichte seit Abschaffung der Kleinstaaterei, die gemeinsame Kultur der letzten 250 Jahre, die von Dialektunterschieden abgesehene gemeinsame Sprache machen deutlich, dass regionale Unterscheidungsmöglichkeiten weder Schwaben noch Bayern noch ‚Wessis‘ noch in Ostdeutschland Geborene zu jeweils voneinander abgrenzbaren Ethnien werden lassen.“ (ArbG Stuttgart 2010: Rn.18)

Auch hier wird vor allem Zugehörigkeit verhandelt. Die Quintessenz hat Thüsing formuliert: „Wir sind ein Volk – auch diskriminierungsrechtlich.“ (Thüsing 2017: § 1, Rn. 55)

Das Dilemma der Differenz und die Illusion von Symmetrie

Zugrunde liegt der Frage nach der Ethnizität der Ostdeutschen zweierlei: die dogmatische Figur der Diskriminierungskategorien und ein bestimmtes Verständnis von Diskriminierung als Unterscheidungsverbot. Menschen als Angehörigen diskriminierter Gruppen oder Statuskategorien Rechte zuzusprechen, bedeutet nicht nur Schutz oder Förderung. Wer sich auf kategorial formuliertes Antidiskriminierungsrecht beruft, sieht sich auch mit dem Dilemma der Differenz konfrontiert. Die feministische Rechtswissenschaft bezeichnet damit das Problem, „einerseits etwas als Unrecht benennen zu wollen, andererseits aber damit zu verdecken, dass dies hergestellt wird, Veränderungen unterliegt, nicht essenziell ist“ (Baer/Bittner/Göttsche 2010: 21). Martha Minow hat das Dilemma aus der Perspektive der Rechtsschutzsuchenden beschrieben: „Es drückt einige Menschen in Kategorien hinein, in die sie nicht gehören und andere lässt es außen vor, zugleich schreibt es die Kategorien als permanent und unbeweglich fest.“ (Minow 1997: 79, Übersetzung DL) Die ‚Minus-Ossi‘-Fälle illustrieren dieses Problem. Entweder folgen wir der juristischen Mindermeinung und anerkennen in Ostdeutschen eine eigene ethnische Vergleichsgruppe: Dann schreiben wir sie aber als wesenshaft anders fest und wiederholen damit das Moment der Diskriminierung, das Zugehörigkeit verweigert. Das ist die Gefahr der Ethnisierung. Wer unverfügbare Merkmale ins Zentrum der juristischen Beurteilung stellt, behauptet Unterschiede, wo eigentlich Benachteiligung der Betroffenen aufgrund sozialer Stigmatisierung vorliegt. Die Alternative? Wir wenden uns mit der herrschenden Meinung gegen eine Ethnisierung von Ostdeutschen und befinden:

„Keine Ethnien sind demzufolge Ost- und Westdeutsche, Bayern und Schwaben, Düsseldorf und Kölner. Wir sind ein Volk – auch diskriminierungsrechtlich (so zutreffend Thüsing, aaO).“ (ArbG Würzburg 2009: Rn. 67)

Die Richter am Arbeitsgericht Berlin argumentierten zudem, auch die Weltanschauung sei in der DDR nicht einheitlich gewesen, das werde unter anderem durch den Fall der Mauer belegt (ArbG Berlin 2019).

Diese Aussagen sind in dreierlei Hinsicht folgenreich. Erstens bleiben die als ‚Ossi‘ diskriminierten Personen ohne rechtlichen Schutz. Zweitens verweist die romantische ‚Wir sind ein Volk mit einer Weltanschauung‘-Einheitsrhetorik auch auf die Gefahr der ethnisch-nationalistischen Aufladung von Deutschsein. Das zeigen Formulierungen wie im Urteil des ArbG Stuttgart, das „die gemeinsame Geschichte seit Abschaffung der Kleinstaaterei, die gemeinsame Kultur der letzten 250 Jahre“ beschwört (ArbG Stuttgart 2010: Rn.18). Auch Doris Feldmann u.a. begründen in der Zeitschrift *Rechtswissenschaft* ihre Auffassung, warum Ostdeutsche keine Ethnie im Sinne des AGG seien, mit der Betonung des ethnischen Deutschseins:

„Diskriminierung von Ostdeutschen oder Bayern stellt eine Diskriminierung von Deutschen dar – und Deutsche sind ebenso evident eine ‚abgrenzbare‘ Ethnie.“ (Feldmann u.a. 2018: 43)

Von solchen Definitionen ist es nur ein Schritt zur sogenannten Deutschenfeindlichkeit, die im Jahr 2019 erstmals auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik erhoben wurde (kritisch dazu Röhlig 2020; Shooman 2011: 45).

Das verweist schließlich auf das dritte Problem, die Illusion von Symmetrie (grundsätzlich Baer 2010: 18; Liebscher 2017: 126). Wenn Diskriminierungsverbote rechtsdogmatisch als Differenzierungsverbote verstanden werden, werden Vergleichsgruppen gebildet und dann wird geprüft, ob eine Ungleichbehandlung stattfindet. Rechtlich verboten ist dann die Ungleichbehandlung durch unfaires Anknüpfen an persönliche Merkmale. Dahinter steht die Vorstellung, dass Chancen im demokratischen Rechts- und Sozialstaat grundsätzlich gleich verteilt sind und dass das Recht darüber wachen solle, dass nicht ausnahmsweise aufgrund individueller und unverfügbarer Merkmale diskriminiert wird. Diskriminierung ist danach zufällig und willkürlich und kann alle irgendwie treffen: Frauen wie Männer, Schwarze wie Weiße, Ostdeutsche wie Bayern. Es ist das Verdienst der feministischen und der rassismuskritischen Rechtswissenschaft darauf hingewiesen zu haben, dass eine solche Vorstellung unhistorisch ist und den Kern von Diskriminierung ignoriert (für viele Baer 2010:18; Crenshaw u.a. 1995: cvii). Die ungleiche Verteilung von Chancen, Ressourcen und Anerkennung ist nicht willkürlich, sondern historisch gewachsen und strukturell verfestigt. Die Kritik an der Vorstellung von Diskriminierungsverboten als Unterscheidungsverboten lautet also, dass individuelle symmetrische Unterschiede gesucht und behauptet werden, wo tatsächlich asymmetrische strukturelle Benachteiligung stattfindet. Die strukturelle Komponente von Diskriminierung, die auf historisch gewachsene und diskursiv verfestigte Machtverhältnisse zurückgeht, tritt bei solchen gruppenfixierten

Ethnizitätskonzeptionen hinter die Frage zurück, was diese essentiell als Gruppe ausmacht.

Auch in den hier zitierten Urteilen und rechtswissenschaftlichen Abhandlungen zur Diskriminierung von Menschen aus Ostdeutschland werden diskursive Zuschreibungen an Ostdeutsche und die strukturelle Diskriminierung, die Ostdeutsche möglicherweise erfahren, nicht verhandelt. In der Zeitschrift *Rechtswissenschaft* ist zu lesen, „dass der ‚Ossi‘ als Deutscher in Deutschland nicht als schutzbedürftig erscheint, da er jedenfalls nicht der Gefahr systematischer Diskriminierung ausgesetzt ist“ (Feldmann u.a. 2018: 43). Daten, die einen solchen Schluss zulassen, führen die Autor*innen nicht an, stattdessen diskutieren auch sie umfänglich die Frage der Ethnizität der Ostdeutschen.

Werden Ostdeutsche diskriminiert?

Kurz nach Veröffentlichung des Urteils des Arbeitsgerichts Berlin 2019 veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung seine neueste Studie zur Vermögensverteilung in Deutschland.¹¹ 30 Jahre nach der Wiedervereinigung haben Ostdeutsche nicht einmal halb so viel Vermögen wie Westdeutsche. Berücksichtigt man das sogenannte Produktivvermögen, also die Anteile an Unternehmen, verschlechtert sich das Bild noch. Beschäftigte im Osten erhalten laut aktuellen Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung heute 16,9 Prozent weniger Lohn als ihre Kolleg*innen in den westdeutschen Bundesländern.¹² Auch der Immobilienmarkt ist klar aufgeteilt. Laut Immobilienmarktbericht 2016 wurden 60 Prozent aller Neubauten und 94 Prozent der sanierten Altbauten in Leipzig an Menschen verkauft, die nicht aus Leipzig kommen.¹³ Von der Sonderabschreibung Ost profitierten vor allem clevere Westdeutsche, volkswirtschaftlich war sie fatal. Auch ein Großteil des aus der Einkommenssteuer finanzierten Solidaritätszuschlages fließt so als Miete oder über Konsumgüter zurück nach Westdeutschland. Weil Ostdeutsche weniger als die Hälfte an Geld- und Immobilienvermögen besitzen und Immobilien maßgeblich die Erbschaftshöhe bestimmen, wird die Ungleichheit auch vererbt. Die Erben Westdeutscher profitieren heute ökonomisch nicht nur vom westdeutschen Wirtschaftswunder – das kein Wunder war, sondern dem Kalten Krieg und dem Marshallplan zu verdanken war –, sondern auch von der Wende. Die Schiefelage ist auch bei der Verteilung von Ansehen und Macht eklatant: Nur

11 S. www.diw.de/de/diw_01.c.679995.de/vermoegen_in_deutschland_le...rharrt_auf_hohem_niveau.html [Zugriff: 19.02.21].

12 S. www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-die-okonomische-und-soziale-situation-ostdeutschlands-17949.htm [Zugriff: 19.02.21].

13 S. www.leipzig.de/news/news/grundstuecksmarktbericht-und-immobilienmarkt-leipzig-2016/ [Zugriff: 19.02.21].

23 Prozent der Elite in den neuen Ländern in Wirtschaft und Justiz, Politik und Verwaltung, Militär, Medien und Universitäten sind in Ostdeutschland geboren, wie eine Studie der Universität Leipzig ergab.¹⁴ Bundesweit besetzen Ostdeutsche lediglich 1,7 Prozent der Spitzenpositionen. Stellt man die Linse schärfer und fragt nach älteren Ostdeutschen, nach älteren ostdeutschen Frauen und nach Ostdeutschen of Color verschlechtert sich das Bild noch – auch ostdeutsche Diskriminierung ist intersektional.

Wie lässt sich die Diskriminierung von Ostdeutschen rechtlich treffender beschreiben?

Fraglich ist, ob es einen Ausweg aus dem Dilemma der Differenz gibt, der nicht der Illusion von Symmetrie verfällt und die Diskriminierung Ostdeutscher rechtlich abbildbar und adressierbar macht. Zur Diskussion stehen zwei unterschiedliche Ansätze: die sozialkonstruktivistische Auslegung von ethnischer Herkunft oder die Erweiterung durch andere, neue Diskriminierungskategorien.

Ethnizität als soziale Konstruktion von Eigen- und Fremdgruppen

Urmila Goel hat 2010 in ihrem Beitrag *Westprivilegien im vereinten Deutschland* vorgeschlagen, Ostdeutsche als sozial konstruierte Ethnien zu fassen:

„Ethnische Gruppen werden über die Zuschreibung einer kollektiven auf Herkunft basierenden sozialen Identität konstruiert. Es wird das Bild einer abweichenden ostdeutschen Mentalität konstruiert, die von den Eltern an die Kinder weitergeben werde und so in die Körper eingeschrieben sei. Hier gleicht die Konstruktion der ostdeutschen Anderen der Konstruktion von rassifizierten (insbesondere muslimischen) Anderen, denen auch ein Anderssein in den Körper eingeschrieben wird.“ (Goel 2010: 8)

Der Ansatz entspricht dem in der feministischen und rassismuskritischen Rechtswissenschaft verbreiteten Konzept, die Diskriminierungskategorien nicht als individuelle Merkmale, sondern als Zuschreibung im Kontext von Machtverhältnissen zu interpretieren. Diskriminierungskategorien sind dann keine Merkmale, sondern stigmatisierende Merkmale (Baer/Markard 2018: Art. 3 Abs. 2, 3, Rn. 441; Solanke 2017). Entsprechend hat die Rechtswissenschaftlerin Kirsten Wiese mit Blick auf das *Minus-Ossi-Urteil* des Arbeitsgerichts Stuttgart argumentiert:

14 S. www.uni-leipzig.de/newsdetail/artikel/studie-ostdeutsche-cher-selten-in-spitzenpositionen-2020-10-26/ [Zugriff: 19.02.21].

„Dass für die richtige Anwendung des AGG in diesem Fall Ostdeutsche möglicherweise erst als Ethnie konstruiert werden, ist in Kauf zu nehmen. Diese Konstruktion von kollektiver Identität ist nötig, da die Ausgrenzungen aufgrund von zugeschriebener kollektiver Identität in unserem Rechtssystem nur so sanktioniert werden können.“ (Wiese 2010)

Was spricht mit Blick auf Ethnizität und das Stigma ostdeutsch gegen einen solchen Ansatz? Zum einen erscheint mir das Stigma ‚Ossi‘ spezifischer zu sein und nicht in ethnisierenden Zuschreibungen aufzugehen. Dazu komme ich gleich. Zum anderen führt eine ethnisch aufgeladene kollektive Ostidentität immer auch zur ‚Ethnifizierung struktureller Anerkennungsasymmetrien‘ und ist als solche nicht nötig, sondern vielmehr zu problematisieren (Kollmorgen 2011: 343). Schließlich ist die Auslegung des Gesetzes auch an dessen Entstehungsgeschichte und den Zweck der Regelung gebunden. Die Kategorie Rasse und ethnische Herkunft in § 1 AGG geht auf die EU-Anti-Rassismus-Richtlinie RL 43/2000/EG aus dem Jahr 2000 zurück, die, wie auch der Name sagt, auf rassistische Diskriminierung reagieren sollte (Tyson 2001: 199). Die Diskriminierung als ostdeutsch ist etwas substantziell anderes als rassistische Diskriminierung, auch wenn Ostdeutsche of Color oder jüdische Ostdeutsche von beiden Diskriminierungsformen betroffen sind. Und doch gibt es eine Gemeinsamkeit: Diskriminierung basiert immer auch auf sozialer Stigmatisierung, das gilt für rassistische oder sexistische Diskriminierung wie für die Ostdeutscher. Diesen Ansatz hat auch die Forscher*innengruppe um Naika Foroutan vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung aufgegriffen (Foroutan u.a. 2019). Ihre Ergebnisse zeigen Parallelen in der Stereotypisierung von Ostdeutschen und migrantisierten Menschen, die in beiden Fällen dazu dienen, soziale Ungleichheit über Gruppenevidenz zu erklären (Foroutan/Hensel 2020: 95).

Ostdeutsch als intersektionales Stigma zwischen Ethnisierung, Klassismus und Antikommunismus

Die zweite Möglichkeit wäre also, den Katalog des § 1 AGG zu erweitern. Doch wodurch? Die Einführung einer Kategorie der regionalen Herkunft würde dem strukturellen und asymmetrischen Charakter von Diskriminierung nicht gerecht. Dann wären in der Tat auch Menschen aus Bayern und Schwaben geschützt, doch deren Lage ist mit der strukturellen Benachteiligung Ostdeutscher nicht vergleichbar.

Die in den Entscheidungen der Arbeitsgerichte beschriebenen Sachverhalte verdeutlichen, welche Annahmen es über ‚Ostdeutsche‘ noch immer gibt. So heißt es im Urteil des Arbeitsgerichts Würzburg:

„Gegen 5.10 Uhr am 15.01.2008 habe Herr [...] einem neuen Mitarbeiter erklärt, der Kläger komme aus dem Osten und die taugen alle nichts. Am Vormittag des 15.01.2008 habe Herr ... zu Herrn ... sinngemäß gesagt, bezogen auf ihn, den Kläger, da komme die Lusche aus dem Osten.“ (ArbG Würzburg 2009, Rn. 9)

Der Kläger im Prozess vor dem Arbeitsgericht Berlin berichtete, er sei in Redaktionssitzungen als „dummer Ossi“ bezeichnet worden (ArbG Berlin 2019: Rn. 13). Zudem sei

„ein Bezug des Klägers zur Staatssicherheit, zum repressiven politischen System der DDR, zum sozialistischen Gesellschaftssystem der DDR, zu Produkten der DDR, Lebensgewohnheiten von Bürgern der DDR und Verhalten von Bürgern mit DDR-Herkunft nach der Wiedervereinigung hergestellt worden. Der Kläger sei mit Agenten und Offizieren der Staatssicherheit gleichgestellt worden oder ihm sei unterstellt worden, er habe für die Staatssicherheit gearbeitet.“ (ArbG Berlin 2019: Rn. 12.)

All diese Aussagen reihen sich in das Stereotyp einer genuinen Rückständigkeit des Ostens ein, die auf einen obrigkeitstaatlichen DDR-Habitus zurückzuführen sei, der heute als ‚Jammer-Ossi‘ fortlebt. Der gemeine Ossi gilt als provinziell, rückwärtsgewandt und engstirnig, scheut das Risiko, hat Angst vor dem Neuen und dem Fremden, meckert ständig gegen die da oben, gegen die Migration und gegen die Globalisierung, ohne sein Schicksal selbst in die Hände zu nehmen (s. auch Heft 2018: 357).

Wie in anderen Diskriminierungskonstellationen haben wir es hier mit Pauschalisierungen zu tun. Es gibt die ostdeutschen, zumeist männlichen, weltverschlossenen, rassistischen, antisemitischen und homophoben Pegida-Anhänger. Eine Kritik an tradiertem Rassismus und Autoritätsgläubigkeit in der DDR ist daher dringend angebracht. Doch den gemeinen Ossi gibt es so wenig, wie es die Muslime, die Frau oder den Wessi gibt. Foroutan kommt zu folgendem Schluss: Mit der Erzählung eines flächendeckenden braunen Ostens externalisiere „die Dominanzgesellschaft eine Einstellung, die sie auch in sich selbst trägt, auf eine andere Gruppe“ und könne so selbst „demokratischer strahlen“. Mit dem „Stigma des Jammerossis“ würde zudem weggeschoben, dass es im Osten einen berechtigten Grund für Beschwerden gibt (Foroutan 2019).

Die Stigmatisierung und Benachteiligung als ostdeutsch findet also, so meine These, an der Schnittstelle von sozio-politischen Zuschreibungen, ökonomischer Benachteiligung und Zuschreibungen an die Weltanschauung statt. Ostdeutsche haben in der Tat keine eigene Weltanschauung, aber sie wird ihnen in pauschalisierender und stigmatisierender Weise zugeschrieben. Denn die dem ‚Ossi‘-Stigma zugrundeliegenden Stereotype speisen sich auch aus tradiertem Antikommunismus. Als einheitlich grau wurde die DDR im Kalten Krieg gezeichnet und ihre Bewohner*innen als arbeitsscheu. Dieses antikommunistische Ressentiment überführten Vertreter*innen neoliberaler Positionen nach der Wende in die Kritik am Wohlfahrtsstaat, der – als Versorgungsstaat

denunziert – nur antriebslose Bürger*innen produzieren würde. Gesamtgesellschaftliche Probleme der deutschen Vereinigung wurden auf diese Weise als Charakterschwäche der Ostdeutschen individualisiert und naturalisiert. Der ‚Ossi‘ als Projektionsfläche und Abgrenzungsobjekt ist damit das Gegenteil des neoliberalen Wettbewerbssubjekts, des Homo oeconomicus. All das sind Kriterien, die typisch für Diskriminierungen sind, vor denen das Antidiskriminierungsrecht schützen soll. Diese Stigmatisierungen führen zusammen mit der strukturell ökonomischen Schlechterstellung von Menschen mit familiärer DDR-Geschichte und mit deren Unterrepräsentation in gesellschaftlichen Macht- und Entscheidungspositionen auch zu einem erhöhten Diskriminierungsrisiko ostdeutscher Menschen.

Wie lässt sich diese intersektionale Konstellation aus Zuschreibungen an die ostdeutsche Herkunft rechtlich fassen? In Frage käme zum Beispiel eine eigene Kategorie ostdeutsche Herkunft im AGG. Hier wäre jedoch das ‚Dilemma der Differenz‘ zu beachten. Wenn Recht diskriminierende Kategorisierungen der Gesellschaft übernimmt, schreibt es sie immer auch fest. Zudem wäre zu klären, wie ostdeutsche Herkunft rechtlich definiert wird. Auch hier bin ich skeptisch, denn eine Formulierung ostdeutsche Herkunft wird, so fürchte ich, die Rechtswissenschaft dazu einladen, Herkünfte und Stammbäume zu prüfen, wo es doch um Zuschreibungen und strukturelle Ungleichheitslagen geht.

Eine andere Lösung wären daher offene Listen von Diskriminierungskategorien, wie sie bereits zum Beispiel Artikel 14 EMRK enthält. Schließlich wäre die Einführung der weitgefassten Kategorie sozialer Status möglich. Diesen Weg hat die Berliner Landesgesetzgebung mit § 2 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) für den Bereich des öffentlich-rechtlichen Handelns bereits eröffnet. In der Gesetzesbegründung heißt es dazu:

„Der Erweiterung des Katalogs um die Diskriminierungsgründe chronische Erkrankung und sozialer Status liegt der Gedanke zugrunde, dass Diskriminierungen an gesellschaftlich wirkmächtige und historisch verfestigte Ungleichheitsstrukturen anknüpfen. Sie äußern sich in Stigmatisierungen, Benachteiligungen und Ausgrenzungen von gesellschaftlicher Teilhabe, die auf historisch, strukturell und diskursiv verfestigten Ungleichheiten beruhen. [...] Folgende zumeist sozioökonomische Faktoren bestimmen den sozialen Status: Einkommen, Armut, Überschuldung, Bildungsabschluss, Analphabetismus, Erwerbstätigkeit, Beruf, Kleidung, Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie die körperliche Erscheinung etc. Auch die soziale Herkunft wie etwa die Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Kultur im Zusammenhang mit dem familiären Bildungshintergrund und Finanzstatus sind davon erfasst. [...] Es handelt sich bei dem sozialen Status um einen zugeschriebenen Status, der nicht nur ‚vererbt‘ wird (wie die soziale Herkunft); er wird durch die gesellschaftlichen Strukturen von außen an ein Individuum herangetragen und kann nicht in erster Linie nur durch eigene Aktivitäten selbst bestimmt und jederzeit geändert werden.“ (LADG 2020: 18f.)

Damit ist die Benachteiligung Ostdeutscher im Ansatz gut beschrieben, auch wenn die Zuschreibung an die Weltanschauung fehlt, doch auch die ist in § 2

LADG als einzelne Diskriminierungskategorie erfasst, kann also intersektional berücksichtigt werden.

Noch präziser wäre schließlich die postkategoriale Formulierung klassistische Diskriminierung. Klassismustheorien erfassen strukturelle Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft und/oder sozialer Position. Damit ist die systematische Zuschreibung von Werten und Fähigkeiten gemeint, die vor allem aus dem ökonomischen Status abgeleitet werden (Kemper/Weinbach 2009: 19; Seek/Theißl 2020: 11). Der Zuschreibungsprozess erfolgt dabei teilweise bewusst und teilweise unbewusst und gründet auf tatsächlicher oder vermuteter Klassenzugehörigkeit. Postkategoriale Diskriminierungsverbote stellen die Gesellschaftlichkeit der Diskriminierung zentral, die „Praxen von Stigmatisierung, Benachteiligung und Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe, Teilnahme und Anerkennung“ und nicht das Wesen der Diskriminierten (Liebscher/Naguib/Plümecke/Remus 2012: 2014). Letztlich geht es nicht darum, wer oder wie Ostdeutsche sind. Es geht um stigmatisierende Zuschreibungen, die mit strukturellen Ungleichheitslagen und diskursiven Tradierungen einhergehen. Die Gerichte hätten dann nicht zu diskutieren, ob Ostdeutsche eine Ethnie sind, sondern inwieweit eine sozial relevante, diskursiv und strukturell verankerte Ost-West-Differenz etabliert ist, die einen besonderen Diskriminierungsschutz rechtfertigt. Das dies 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch so ist, macht deutlich: Wer rechtlichen Diskriminierungsschutz ernst nimmt, kommt um die Berücksichtigung der Diskriminierung Ostdeutscher und eine Reform des AGG nicht herum.

Literaturverzeichnis

- Bauer, Jobst-Hubertus/Krieger, Steffen/Günther, Jens (2018): AGG Kommentar, 5. Auflage. München: C.H.Beck.
- Baer, Susanne (2010): Chancen und Risiken positiver Maßnahmen. Grundprobleme des Antidiskriminierungsrechts. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Positive Maßnahmen. Berlin, S. 11–20.
- Baer, Susanne/Markard, Nora (2018): Artikel 3 Abs. 2 und 3 Grundgesetz. In: Mangoldt, Hermann von/Klein, Friedrich/Starck, Christian (Hrsg.): Kommentar zum Grundgesetz. München: C.H.Beck.
- Bens, Jonas (2013): Ethnie als Rechtsbegriff. Kulturanthropologische Problembe-schreibungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Bonner Amerikanische Studien, Band 49. Bonn: Bonner Altamerika-Sammlung und Studien (BASS) e.V.
- Brandes, Tanja/Decker Markus (2019): Ostfrauen verändern die Republik. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Brubaker, Rogers (2004): *Ethnicity Without Groups*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Däubler, Wolfgang/Bertzbach Martin (2018): AGG Kommentar, 4. Auflage. München: C.H.Beck.
- Crenshaw, Kimberle/Gotanda, Neil/Thomas, Kendall/Peller, Garry (1995): *Critical Race Theory. The Key Writings That Formed the Movement*. New York: New Press.
- Eisheuer, Florian (2011): Verdrängen, Umbenennen, Weitermachen. Ethnologie im Nationalsozialismus und danach. In: *Jungle World*, Dossier 2011/27. <https://jungle.world/artikel/2011/27/verdraengen-umbenennen-weitermachen> [Zugriff: 19.02.21].
- Feldmann, Doris/Hoffmann, Jochen/Keilhauer, Annette/Liebold, Renate (2018): 'Rasse' und 'ethnische Herkunft' als Merkmale des AGG. In: *Rechtswissenschaft* 9, 1, S. 23-46. DOI: 10.5771/1868-8098-2018-1-23.
- Foroutan, Naika (2019): Das nennt man Emanzipation. In: *Zeit Online* vom 01.04.2019. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/naika-foroutan-ostdeutsche-muslime-diskriminierung-rassismus/komplettansicht> [Zugriff: 19.02.21].
- Foroutan, Naika/Hensel, Jana (2020): *Die Gesellschaft der Anderen*. Berlin: Aufbau Verlag.
- Foroutan, Naika/Kalter, Frank/Canan, Coşkun/Simon, Mara (2019): *Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung*. Berlin: DeZIM-Institut. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische-Analogien/OstMig_Booklet_A4.pdf [Zugriff: 19.02.21].
- Goel, Urmila (2010): Westprivilegien im vereinten Deutschland. In: *Telegraph. Ostdeutsche Zeitschrift* 21, 120/121, S. 8–15. <https://telegraph.cc/archiv/telegraph-120-121/westprivilegien-im-vereinten-deutschland/> [Zugriff: 16.02.2021].
- Göbel-Zimmermann, Ralf/Marquardt, Lisa (2012): Diskriminierung aus Gründen der „Rasse“ und wegen der ethnischen Herkunft im Spiegel der Rechtsprechung zum AGG. In: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 32, 10, S. 369–380.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: *Feministische Studien* 36, 2, S. 357–366.
- Goffman, Ervin (2010): *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Berlin: Suhrkamp.
- Himpel, Micha (2014): Vietnamesische VertragsarbeiterInnen nach der Wende. Der Weg in die Selbstständigkeit als einzige Rettung. In: *Südostasien* 30, 4, S. 8–9. <https://crossasia-journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/soa/article/view/3243> [Zugriff: 15.02.2021].
- Jenkins, Richard (1997): *Rethinking Ethnicity. Arguments and Explorations*. London: SAGE.
- Kemper, Andreas/Weinbach, Heike (2009): *Klassismus. Eine Einführung*. Münster: Unrast.
- Kollmorgen Raj (2011): Subalternisierung. In: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank/Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.): *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 301–359.
- Kollmorgen, Raj/Nehring, Frank (2019): Der Stallgeruch der Macht. Wie es um die ostdeutschen Eliten steht. Interview. In: *Wirtschaft+Markt – Onlinemagazin*. https://wirtschaft-markt.de/interview_kollmorgen/ [Zugriff: 19.02.21].
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2019): *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*. München: C.H.Beck.

- Liebscher, Doris (2017): Gleiche Rechte für marginalisierte Subjektpositionen? Probleme subjektiver Rechte im deutschen Antidiskriminierungsrecht. In: Zeitschrift für Rechtsphilosophie 15, 2, S. 117–135.
- Liebscher, Doris/Naguib, Tarek/Plümecke, Tino/Remus, Juana (2012): Wege aus der Essentialismusfalle. Überlegungen zu einem postkategorialen Antidiskriminierungsrecht. In: Kritische Justiz 45, 2, S. 204–218.
- Mai, Marina (2020): Vietnamesische Vertragsarbeiter/innen in Deutschland. <https://www.boell.de/de/2020/04/24/vietnamesische-vertragsarbeiterinnen-deutschland> [Zugriff: 19.02.21].
- Minow, Martha (1997): Not Only for Myself. New York: New Press.
- Röhlig, Marc (2020): „Deutschfeindlichkeit“ ist nun eine Kategorie in der Polizeistatistik – und das ist gefährlich. In: Der Spiegel vom 03.06.2020. <https://www.spiegel.de/panorama/polizeiliche-kriminalstatistik-2019-deutschfeindlichkeit-ist-eine-gefaehrliche-kategorie-a-13fc5615-2b36-43a0-a3a9-d88c204beaa4> [Zugriff: 19.02.21].
- Seeck, Francis/Theißl, Brigitte (Hrsg.) (2020): Solidarisch gegen Klassismus – organisieren, intervenieren, umverteilen. Münster: Unrast.
- Shooman, Yasemin (2011): Der Topos „Deutschfeindlichkeit“ in rechtspopulistischen Diskursen. In: Bündnis Rechtspopulismus stoppen (Hrsg.): Rechtspopulismus in Berlin. Rassismus als Bindeglied zwischen der „Mitte“ der Gesellschaft und Neonazismus? Berlin, S. 45–47.
- Solanke, Iyiola (2017): Discrimination as Stigma. A Theory of Anti-Discrimination Law. Oxford: Hart Publishing.
- Sterzel, Dieter (1990): In neuer Verfassung? Zur Notwendigkeit eines konstitutionellen Gründungsaktes für das vereinte Deutschland. In: Kritische Justiz 23, 4, S. 385–396.
- Thüsing, Gregor (2017): § 1 AGG. In: Münchner Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 7. Aufl. München: C.H.Beck.
- Thüsing, Gregor (2017a): Europäisches Arbeitsrecht. 3. Aufl. München: C.H.Beck.
- Tyson, Adam (2001): The Negotiation of the European Community Directive on Racial Discrimination. In: European Journal of Migration and Law 3, 2, pp. 199–218.
- Wiese, Kirsten (2010): Arbeitsgericht Stuttgart zur Ablehnung einer Bewerberin wegen ihrer ostdeutschen Herkunft. „Ossis“ sind keine Ethnie. In: Brackert, Petra (Hrsg.): Rechtshandbuch für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. Hamburg: Verlag Dashöfer. <https://www.dasgleichstellungswissen.de/arbeitsgericht-stuttgart-zur-ablehnung-einer-bewerberin-wegen-ihrer-ostdeutschen-herkunft%3A-%22ossis%22-sind-keine-ethnie.html?src=1> [Zugriff: 19.02.21].

Gerichtsentscheidungen und Gesetzesbegründungen

- Abgeordnetenhaus Berlin (2020): Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG), Vorlage zur Beschlussfassung, Drucksache 18/1996 v. 12.06.2019.
- ArbG Berlin, Gesetzesbegründung, Urteil vom 15.08.2019 – 44 Ca 8580/18.

- ArbG Stuttgart, Urteil vom 15.04.2010 – 17 Ca 8907/09, Rn. 16.
ArbG Würzburg, Urteil vom 23.01.2009 – 3 Ca 664/08.
ArbG Wiesbaden vom 12. August 2010 – 4 Ca 3034/09.
Hessisches LAG, Urteil vom 07.02.2012 – 2 Sa 1411/10.
LAG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 03.03.2017 – 2 Sa 1827/16.
House of Lords, *Mandla v Dowell-Lee*, 24 March 1983 [1982] UKHL 7, [1983] 2 AC 548.

Internetquellen

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2019): Vermögen in Deutschland legen deutlich zu, Ungleichheit verharrt auf hohem Niveau. Pressemitteilung vom 2.10.2019. https://www.diw.de/de/diw_01.c.679995.de/vermoe-gen_in_deutschland_le...rharrt_auf_hohem_niveau.html [Zugriff: 19.02.21].
- Hans-Böckler-Stiftung: Auf einen Blick. Die ökonomische und soziale Situation Ostdeutschlands. <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-die-okonomi-sche-und-soziale-situation-ostdeutschlands-17949.htm> [Zugriff: 19.02.21].
- Huster, Susann (2020): Auch Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert. Studie: Ostdeutsche eher selten in Spitzenpositionen. <https://www.uni-leipzig.de/newsdetail/artikel/studie-ostdeutsche-eher-selten-in-spitzenpositionen-2020-10-26/> [Zugriff: 19.02.21].
- Stadt Leipzig (2017): Grundstücksmarktbericht und Immobilienmarkt Leipzig 2016. <https://www.leipzig.de/news/news/grundstuecksmarktbericht-und-immobilienmarkt-leipzig-2016/> [Zugriff: 19.02.21].
- Wohnen im Alter Internet GmbH (2020): 24 Stunden Pflege: Versorgung rund um die Uhr. <https://www.wohnen-im-alter.de/zuhaus/ambulante-dienste/ratgeber/24-stunden-pflege> [Zugriff: 19.02.21].

Etablierung der Gender Studies in und nach den
Umbrüchen von 1989

Festgeschriebener Erfolg und erzählte Erfahrung. Die Institutionalisierung der Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin

Isabel Adler und Rebecca Wegmann

Neunundneunzig Jahre nach der Universitätsgründung trug sich Agnes von Zahn-Harnack am 6. Oktober 1908 in die Immatrikulationsliste der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ein. Sie war die erste Frau, der Zugang zum universitären Raum in Berlin gewährt wurde.¹ Über hundert Jahre später hat die Universität nicht nur einen neuen Namen bekommen, seit 1949 heißt sie Humboldt-Universität zu Berlin (HU Berlin), sondern ist im bundesweiten Hochschulvergleich, was den Frauenanteil unter den lehrenden Professor*innen angeht, mit 32,4 Prozent auf dem zweiten Platz (vgl. Milbradt 2018). Dieser verhältnismäßig hohe Anteil von Professor*innen an der HU Berlin² ist vermutlich auch den Bestrebungen von Wissenschaftler*innen zu verdanken, die am 8. Dezember 1989 das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF)³ gründeten, um Frauen und Geschlecht in Forschung und Lehre sichtbar zu machen. Es war lange Zeit das einzige an einer ostdeutschen Hochschule institutionalisierte Zentrum, welches sich mit Frauen- und Geschlechterforschung befasste.⁴ Doch wie kam es Ende des Jahres 1989, einer Zeit der Umbrüche und Unsicherheiten, zur Gründung des bis heute bestehenden Zentrums?

- 1 Agnes von Zahn-Harnack (19. Juni 1884 in Gießen bis 22. Mai 1950 in Berlin) war die erste regulär immatrikulierte Studentin in Berlin (vgl. Humboldt-Universität zu Berlin. https://www.hu-berlin.de/de/ueberblick/geschichte/wissenschaftlerinnen/zahn_harnack [Zugriff: 21.01.2021]).
- 2 Ebd. Der bundesweite Durchschnitt, so die Studie des ZEIT Magazins, liegt bei gerade einmal 23 Prozent und entblößt die Tatsache, dass auch im 21. Jahrhundert die Universität kein paritätischer Raum ist.
- 3 In diesem Aufsatz fokussieren wir uns auf die Gründungszeit und die ersten Jahre der Institutionalisierung bis Mitte der 1990er-Jahre, daher kürzen wir das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung mit ZiF ab. 2003, u.a. im Zuge der Einrichtung eines Studienganges für transdisziplinäre Geschlechterstudien, wurde es strukturell als wissenschaftliche Einrichtung noch eigenständiger verankert und in Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) umbenannt (vgl. Jähnert 2010: 329).
- 4 Viele der Autor*innen ziehen das ZiF, als erstes und langjährig einziges seiner Art, als Paradebeispiel für die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung in der Wissenschaftslandschaft der ehemaligen DDR, heran (vgl. Nickel 1999: 1).

Mit unserem Forschungsprojekt sind wir dieser Frage auf den Grund gegangen. Im Rahmen eines Forschungsseminars, das sich an die geschichtswissenschaftliche Methode der Oral-History anlehnte,⁵ führten wir narrative Interviews mit Frauen, die die Gründung und den Aufbau des ZiF maßgeblich vorantrieben: Irene Dölling, Hildegard Maria Nickel, Helga Voth, Adelheid Kuhlmeier-Oehlert und Gabriele Jähnert.⁶ Nach der ersten Recherchephase plante eine fünfköpfige Studierendengruppe⁷ um Isabel Adler, Björn Budig, Katharina Hackl, Elisa von Hof und Rebecca Wegmann ein Gespräch mit Gabriele Jähnert, der heutigen Geschäftsführerin des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) und seit 1991 Geschäftsführerin des ZiF, in dem sie uns aus ihrer Sicht Auskunft über die Anfangszeit des Zentrums gab.⁸

Wir beschlossen nach der Lektüre der Forschungsliteratur und dem Vorgespräch mit Gabriele Jähnert die Geschichte der Frauenforschung an der HU Berlin und insbesondere die individuellen Gründungserfahrungen der Akteur*innen nachzuerfolgen. Uns interessierten die Voraussetzungen der erfolgreichen Gründung des ZiF in der Wendezeit. Denn an anderen ostdeutschen Universitäten konnten sich ähnliche Projekte nicht etablieren. Schnell erfuhren wir, dass die Gründung des ZiF eine Vorgeschichte hat, die in einem in den 1980er-Jahren veranstalteten sogenannten „Arbeitskreis“ um Irene Dölling wurzelte. Unter dem Namen Kulturhistorische und kulturtheoretische Aspekte von Geschlechterverhältnissen trafen sich zehn bis zwölf Wissenschaftler*innen regelmäßig zur Diskussion feministischer Ansätze (vgl. Jähnert 2010: 318).

Wir fragten uns, wie der Arbeitskreis entstand und inhaltlich ausgestaltet sowie inwieweit eine Beschäftigung mit feministischen Themen im Wissenschaftssystem der DDR überhaupt möglich war. Die Arbeit des Diskussionszirkels und die Etablierung der Wissenschaftler*innen in Dozent*innen- und Professor*innenstellen an der HU Berlin identifizierten wir als strukturelle Bedingungen für die erfolgreiche Institutionalisierung des ZiF. Unser besonderes

5 Das Forschungsseminar „Wissenschaft und Demokratie: 1989/90“ wurde unter der Leitung von Prof. Dr. Anke te Heesen, Leiterin des Lehrstuhls für Wissenschaftsgeschichte am Institut für Geschichtswissenschaften an der HU Berlin und ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiterin Dr. Lara Keuck im Wintersemester 2018/19 durchgeführt. Es widmete sich der Transformationsphase an der Universität und ihrer Integration in das westdeutsche Hochschulsystem. Anhand von Fallbeispielen einzelner Institute untersuchten die Studierenden in Kleingruppen die Umstrukturierung der Universität in den Jahren nach 1989.

6 Eine Liste der von uns durchgeführten Interviews ist diesem Aufsatz angehängt.

7 Drei Studierende setzen mit ihren Forschungsthemen an anderer Stelle an. Katharina Hackl und Elisa von Hof wandten sich in ihrem Forschungsprojekt dem Gesprächskreis um Christa Wolf zu. Dieses Projekt wurde ebenfalls auf der Tagung, auf deren Grundlage dieser Aufsatz entstand, vorgetragen. Björn Budig konzentrierte sich auf die Geschlechter- und Sexualstudien von Bert Thinius.

8 Vgl. Interview Jähnert, 06.12.2018.

Interesse hatte der Gründer*innenkreis um Irene Dölling, der ersten wissenschaftlichen Leiterin des ZiF, geweckt.⁹

Mit den Oral-History-Interviews erfragten wir die Erfahrungsgeschichte dieser Akteur*innen. Diese Perspektive ergänzt die Institutionengeschichte des ZiF. Erfahrungsgeschichte und Ereignisgeschichte gegen-, neben- und miteinander zu lesen, eröffnete uns einen multiperspektivischen Zugang zur Gründungsgeschichte des ZiF.

Akteur*innen werden Autor*innen

Anfangs stellten wir uns die Frage, wo die Akteur*innen des Gründer*innenkreises heute sind. Einige Namen fanden wir als Autor*innen in der Sekundärliteratur wieder. Ein großer Teil der damaligen Akteur*innen hatte wissenschaftsbiographische Aufsätze über die Institutionalisierung des ZiF verfasst.¹⁰ Die Literatur zur Gründung und Institutionalisierung des ZiF konzentriert sich – mit Ausnahme der Arbeiten Anna Pelkners (Pelkner 1999a und 1999b) und von wenigen biographischen Essays – vorrangig auf die Ereignisgeschichte und beschreibt das ZiF als Institution, die sich erfolgreich im akademischen System etablieren konnte.¹¹ Demgegenüber wollten wir dreißig Jahre nach Gründung des ZiF die individuellen Erfahrungsgeschichten der Gründer*innen entdecken.

- 9 Ursprünglich hatten wir uns mit Irene Dölling am 4. Februar 2019 zu einem Interview getroffen. Leider gab es unlösbare technische Probleme mit der Aufnahme dieses Interviews, sodass Irene Dölling uns für die Durchführung eines Wiederholungsinterviews am 20. März 2019 erneut in ihre Privatwohnung einlud.
- 10 Gabriele Jähnert verfasste kontinuierlich Beiträge über die Entstehung und Entwicklung des ZiF (vgl. Jähnert 1999; Jähnert 2003a; Jähnert 2003b; Jähnert 2010). Auch Irene Dölling (vgl. Dölling 1990a; Dölling 1990b; Dölling 1993; Dölling 1994; Dölling 1999; Dölling 2006) und Hildegard Maria Nickel (vgl. Nickel 1990; Nickel 1997; Nickel 1999; Nickel 2006) haben einige wissenschaftliche, aber auch biographische Artikel über die Institutionalisierung der Frauenforschung an der HU Berlin verfasst.
- 11 Vgl. auch Dölling 1999: 13.

Erfahrungsgeschichte(n)

Im Mittelpunkt der Erfahrungsgeschichte¹² stehen Erinnerungszeugnisse, „d.h. Texte, die als autobiographische oder persönliche einen Zugang zur Subjektivität der Untersuchten erlauben“ (Wierling 1997a: 234). Kern der Erfahrungswissenschaft ist die Interpretation¹³ subjektiver Erinnerungszeugnisse (vgl. Plato 1999: 9): Erfahrungsgeschichten können aus den Interviews eines *Oral-History*-Projekts generiert werden. Historiker*innen sind bei dieser geschichtswissenschaftlichen Methode unmittelbar an der Produktion ihrer Quellen beteiligt. Deshalb haben wir unsere Rolle als studentische Fragende in der Produktion des Interviews differenziert und in der Interviewauswertung unsere Beteiligung an den Gesprächen reflektiert.¹⁴

Interviews generieren einen Kommunikationsraum,¹⁵ in dem soziale Strukturen und Beziehungskonstellationen sowie gesellschaftliche Hierarchien gespiegelt werden: Die von uns interviewten Frauen sind etablierte Wissenschaftler*innen, die alle – bis auf Adelheid Kuhlmeier-Oehlert – bereits ihre berufliche Karriere beendet haben. Alle Interviewten sind zudem in der DDR sozialisiert worden und waren im dortigen Wissenschaftsbetrieb tätig. Den Interviewten saßen zwei Interviewer*innen gegenüber, die als Nachwende-Geborene die Erfahrung eines geteilten Deutschlands nicht teilen und durch Post-Wende-Narrative auf die DDR-Geschichte geprägt sind. Gleichzeitig haben einige der Befragten selbst als Sozial- bzw. Kulturwissenschaftler*innen Befragungen durchgeführt. Sie sind somit mit den Gesprächsdynamiken eines wissenschaftlichen Interviews vertraut.

- 12 Um den Begriff der Erfahrungsgeschichte zu definieren, nutzen wir die Ansätze von Alexander von Plato und Dorothee Wierling (vgl. Plato 1999; Wierling 1997a und b).
- 13 Da sich die Erfahrungsgeschichte in ihrer Subjektbezogenheit als eine wissenschaftliche Methode unter anderem gegen die traditionelle Geschichte von Institutionen richtet, initiiert sie einen Perspektivwechsel, „der oft als Blick ‚von unten‘, besser als einer ‚von innen‘ bezeichnet wurde und die Position des Individuums [...] gegenüber dem Raum der Öffentlichkeit [...] betont“ (Wierling 1997a: 233).
- 14 Im Interview orientierten wir uns an den Prinzipien des narrativen Interviews und wollten einen möglichst freien Redefluss der Interviewten hervorbringen (vgl. Wierling 1997b).
- 15 Einen Überblick über Forschungstendenzen gibt die israelische Soziologin Hanna Herzog in ihrem Beitrag *Interview Location and its Social Meaning* (Herzog 2012). Die Autorin definiert das Interview als „dialogic space“ (209), „as a locus for creation of knowledge of and about the society“ (219).

Gründungserzählung(en) des ZiF

Im Jahr 1977 veröffentlichte die in der DDR lebende österreichische Schriftstellerin Maxie Wander ihren Protokollband *Guten Morgen, du Schöne. Protokolle nach Tonbandaufnahmen*. Das Buch protokolliert die Lebensgeschichten von Frauen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Lebenssituationen und Herkunftsmilieus. Die Autorin Christa Wolf vermutete in ihrem Vorwort, dass viele Leser*innen ihr eigenes Lebensprotokoll verfassen würden (vgl. Wolf 2007: 11). Die von uns interviewten Wissenschaftler*innen gaben zum Teil an, dass ihnen Maxie Wanders Protokollband den Anstoß zur strukturellen Betrachtung gesellschaftlich normierter Geschlechterrollen gab. Daneben schärfte die Lektüre feministischer Literatur aus dem Ausland und persönliche Erfahrung den Blick für sexistische Diskriminierungen in der Gesellschaft.

Irene Dölling veröffentlichte 1980 einen Artikel in den Weimarer Beiträgen *Zur kulturtheoretischen Analyse von Geschlechterbeziehungen*.¹⁶ Dieser Beitrag fand keinen großen Widerhall an der männlich-dominierten Universität und mehr im Spaß schlug ihr Dieter Klein, Direktor der Sektion für Ästhetik und Kunstwissenschaften¹⁷ an der HU Berlin, vor, einen Arbeitskreis zu gründen (vgl. Dölling 1999: 15). So organisierte Irene Dölling seit 1980 den Arbeitskreis Kulturhistorische und kulturtheoretische Aspekte von Geschlechterverhältnissen (vgl. ebd.). 1982 wurde der Arbeitskreis offiziell an die Sektion Ästhetik und Kunstwissenschaften angebunden, um die Teilnehmer*innen formal abzusichern (vgl. Dölling 2006: 119).

Unsere Interviewpartner*innen verstanden die Treffen des Arbeitskreises als „wissenschaftliche Arbeit“, bei der sie sich „systematisch mit Texten beschäftigt[en]“ (Interview Nickel, 19.03.2019), internationale feministische und soziologische Publikationen diskutierten und eigene Forschungsarbeiten und -ansätze besprachen.¹⁸ Adelheid Kuhlmeier-Oehlert sagte, dass die am Arbeitskreis teilnehmenden Frauen die besprochenen Themen „wie Schwämme auf[sogen]“ (Interview Kuhlmeier-Oehlert, 24.05.2019). Der interdisziplinäre Austausch und die gemeinsamen Debatten waren entscheidend für die Teilnehmer*innen:

„Wir haben auf der Grundlage der Literatur sozusagen [lacht] ähm unser Denken in bestimmte Richtungen dann geschärft, also damit auch unsere Argumentationsfähigkeit. So dass man dann doch bestimmte Dinge anderswo wieder besser durchsetzen konnte oder auf dem Curriculum machen konnte, Familiensoziologie, zum Beispiel, wo dann eben zunehmend der Schwerpunkt war Geschlechtersoziologie.“ (Interview Nickel, 19.03.2019)

16 Vgl. Interview Dölling, 20.03.2019; vgl. Dölling 1980.

17 Zur Etablierung der Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität und den verschiedenen Bezeichnungen vgl. Brohm 2010.

18 Vgl. Interview Nickel, 23.04.2019; Dölling 1999: 15.

Der Arbeitskreis diente den teilnehmenden Wissenschaftler*innen zur eigenen Qualifikation, um neue Denkanstöße zu erhalten und in ihrer eigenen Forschung weiterzukommen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit den patriarchalen Strukturen der Gesellschaft war allerdings im DDR-Wissenschaftssystem kaum möglich. Besonders frustrierend für die Wissenschaftler*innen waren die fehlenden Publikationsmöglichkeiten ihrer Forschungsergebnisse.¹⁹ Deshalb integrierten sie Fragestellungen zu Geschlechterverhältnissen und zur Situation von Frauen in der DDR indirekt in ihre eigene Forschung und Lehre.²⁰

„Diese Lehrvorstellungen, die wir dann entwickelt hatten oder auch was an relevanter Literatur zu diskutieren war, das haben wir in der Regel in dem Arbeitskreis vordiskutiert.“ (Interview Nickel, 19.03.2019)

Ende der 1980er-Jahre – nach fast zehn Jahren Diskussion im nicht-öffentlichen Raum – stellte sich eine gewisse Frustration und Ermüdung der Teilnehmer*innen ein. Sie entschlossen sich mit einer Publikation zur *Frauenforschung in der BRD* (vgl. Kuhlmeier-Oehlert/Merkel 1990) an die Öffentlichkeit zu gehen und Ergebnisse des Arbeitskreises sichtbar zu machen.²¹ Nach der Veröffentlichung des Heftes, zugleich das Abschlussprojekt²² des Arbeitskreises, löste sich dieser auf.

Zwischen den Teilnehmer*innen herrschte Uneinigkeit, wie in der angespannten politischen Situation des Jahres 1989 verfahren werden sollte. Einzelne Akteur*innen sprachen sich für die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität aus, denn sie waren der Meinung,

„dass [es] auch politische Arbeit ist, wenn man sagt: ‚Wir müssen die Strukturen in der Universität verändern.‘ Dass es möglich ist, sich mit feministischen Theorien vertraut zu machen, dass man Geschlechterfragen, wirklich auch als wissenschaftliche Fragen bearbeitet et cetera.“ (Interview Nickel, 19.03.2019)

Irene Dölling, Adelheid Kuhlmeier-Oehlert, Anneliese Neef und Hildegard Maria Nickel versuchten im Frühjahr 1989 die Gründung eines Zentrums für Frauenforschung an der HU Berlin voranzutreiben. Auf der Grundlage eines gemeinsam verfassten Positionspapiers, in dem die Etablierung eines Zentrums zur Frauenforschung gefordert wurde, führte Irene Dölling im Mai 1989 Gespräche mit Dieter Klein, dem Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der HU Berlin. Klein zeigte sich einer solchen Idee gegenüber offen und stellte

19 Vgl. Dölling 2006: 120f.; Interview Dölling, 20.03.2019.

20 Vgl. ebd.

21 In diesem Band rezensieren sie die im Arbeitskreis diskutierten Bücher, reagierten auf aktuelle Debatten in der Frauenforschung und skizzierten ihre Forschungsprojekte. Der Band wurde 1989 fertiggestellt und 1990 veröffentlicht.

22 Im Interview bezeichnete Hildegard Maria Nickel den Band als „ein abschließendes Projekt“ (Interview Nickel, 19.03.2019).

der Initiativgruppe seine Mitarbeiterin Helga Voth zur Seite, die sich als besonders hilfreich erwies.²³

Nach den Sommerferien 1989 war die Situation an der Universität vom Reformwillen der Studierenden und des Mittelbaus geprägt (vgl. Jähnert 2010: 328). Diese Dynamik nutzten die Akteur*innen des ZiF und intensivierten ihre Bemühungen. Helga Voth erwies sich bei der Gründung als wahrer „Glücksfall“ (Interview Nickel, 23.04.2019; Interview Dölling, 20.03.2019) für die Wissenschaftler*innen. Da sie die internen Strukturen der Universität kannte, wusste sie, wo es freie Arbeitsräume gab und konnte Materialien und ähnliches organisieren.

Am 8. Dezember 1989 lud die Initiativgruppe zur feierlichen Gründung des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung. An die Gründungsveranstaltung, an der über hundert Menschen – darunter auch einige Männer – teilnahmen, und die feierliche Atmosphäre im historischen Gynäkologie-Hörsaal erinnerten sich die Interviewten besonders gut:

„Ja, das muss in unserem riesigen [Gynäkologie]Hörsaal in der Monbijoustraße gewesen sein. [...] Der hatte natürlich den [Pause], auch schon ein bisschen maroden Charme damals. Aber, ich glaube, der war sehr voll. [Pause] Und das war dann Gründungsveranstaltung. Und dann haben die das ja sehr schnell institutionalisiert, mit Geschäftsstelle und und und.“ (Interview Kuhlmeier-Oehlert, 24.05.2019)

Irene Dölling wurde zur ersten wissenschaftlichen Leiterin und Helga Voth zur Geschäftsführerin des Zentrums ernannt (vgl. Jähnert 2010: 328).

„Und wie gesagt, dieses Organisatorische mit den Räumen und den Möbeln und so: Ach, das hat sich alles irgendwie, irgendwie erledigt. Schwieriger war es dann eben schon irgendwie eine Struktur zu finden, wie das Institut, also wie dieses Zentrum arbeiten soll, ja. Weil, ich meine wir hatten zur Gründungsveranstaltung Anfang Dezember '89 – ich weiß nicht, da waren, glaube ich, über hundert Leute da oder so – und da gründeten sich also mehrere Untergruppen aus und so. Und das waren ja zum großen Teil Frauen, also ganz wenige Männer waren dabei.“ (Interview Dölling, 20.03.2019)

Etablierung in Umbruchzeiten

Das ZiF ordnet sich mit seiner Gründung wenige Wochen nach der Öffnung der Berliner Mauer in eine Reihe feministischer Projekte, die in dieser Zeit entstanden, ein. Entgegen vieler anderer gelang es aber, dieses zu erhalten und erfolgreich fortzuführen (vgl. Ulrich 2009). Dafür waren die fast ein Jahrzehnt andauernden Diskussionsrunden im Arbeitskreis Kulturhistorische und kulturtheoretische Aspekte von Geschlechterverhältnissen und die damit einhergehende Qualifizierung der teilnehmenden Wissenschaftler*innen nicht

23 Vgl. Interview Voth, 17.05.2019.

unerheblich. Außerdem waren die Wissenschaftler*innen zum Teil bereits international vernetzt: Irene Dölling hatte in den 1980er-Jahren Forschungsaufenthalte in den USA, Hildegard Maria Nickel war Ende der 1980er-Jahre Gastwissenschaftlerin an verschiedenen Universitäten in der Bundesrepublik.²⁴ Außerdem waren die Wissenschaftler*innen auf dem internationalen Stand der Forschung und hatten über Familien und Freunde in der BRD, aus der Staatsbibliothek zu Berlin sowie über Institute der HU Berlin²⁵ Zugang zu internationaler Literatur. In der Gründungsphase des ZiF war die Unterstützung von westdeutschen Feminist*innen groß: Neben der Organisation gemeinsamer Projekte²⁶ gab es auch materielle Unterstützung in Form von PCs, Druckern, Büchern und weiterer Materialien.²⁷

Viele Gründer*innen thematisieren die Wendejahre als Zeit der Umbrüche und Unsicherheiten. Irene Dölling (vgl. Dölling 1999: 26) spricht von dieser Phase zwar als einer sehr produktiven, die aber einhergehend mit einer permanenten Überlastung und Überforderung. Fast alle Interviewten charakterisierten die Wendezeit und ihre Folgen als Stolpersteine für das ZiF, die mit kollektiver Anstrengung überwunden wurden.²⁸ Die äußeren Ereignisse der gesellschaftlichen Transformation hatten beispielsweise durch die Umstrukturierung der HU Berlin Einfluss auf die Etablierung und Ausgestaltung des ZiF. Dennoch waren sie allenfalls katalysierend für den Institutionalisierungsprozess (vgl. Dölling 2006: 121).

„Und dann war eben praktisch, also, naja, mit der Wende, also '89 im Herbst war klar, also hier tut sich was. [...] Also Ende Oktober muss das gewesen sein. Und, ähm, zu diesem Zeitpunkt bin ich dann nochmal zu Klein und habe gesagt: ‚Also, jetzt wollen wir das Ding gründen.‘ Und, ähm, er hatte dann also seine, das war eine Mitarbeiterin bei ihm, also, in seinem Stab, die Helga Voth, als Verbindungsfrau sozusagen, zu unserem Anliegen, und ähm, so. [...] Insofern wurde das dann relativ schnell institutionalisiert, ja.“ (Interview Dölling, 20.03.2019).

In ihrer Bilanz zum fünfjährigen Bestehen des ZiF beschreibt Hildegard Maria Nickel, nach Irene Dölling langjährige wissenschaftliche Leiterin des ZiF, die Wendezeit als Jahre, die nicht im üblichen Zeitrhythmus gemessen werden können,

„sondern Jahre, in denen die Welt sich gravierend veränderte, für manche Kollegin der Humboldt-Universität und des ZiF die Welt, die Arbeitswelt zusammenbrach und Hoffnungen des eigenen Mittuns wie Seifenblasen zerplatzten [und] [...] die für wirkliche Besinnung auf Fragen zur Institutionalisierung und Professionalisierung von Frauenforschung kaum Zeit ließen.“ (Nickel 1997: 217)

24 Vgl. Interview Dölling, 20.03.2019.

25 Vgl. Interview Nickel, 23.04.2019.

26 Vgl. Interview Kuhlmeier-Oehlert, 24.05.2019.

27 Vgl. Interview Jähnert, 06.12.2018.

28 Auch Gabriele Jähnert schreibt, dass „[d]as ZiF mittlerweile strukturell gut verankert [war] und den Umbauprozess der Universität [überdauerte]“ (Jähnert 2010: 328).

Die Wissenschaftler*innen aus dem Arbeitskreis hatten sich seit mehreren Jahren mit feministischer Forschung befasst. Diese Ansätze wollten sie nun Studierenden vermitteln und für einen Austausch von Wissenschaftler*innen und Studierenden sorgen. Sie organisierten Ringvorlesungen und Seminare, um die Studierenden für Geschlechterthemen zu sensibilisieren, führten eigene Forschungsprojekte durch und sicherten die Verankerung von Geschlechterthemen an der Universität. Die am ZiF engagierten Wissenschaftler*innen erreichten die Denomination von drei Gender-Professuren und die Festschreibung von Genderschwerpunkten in den Studien- und Prüfungsordnungen einzelner Fächer.²⁹

„Aber wichtiger noch war, dass wir die Vorstellung hatten, also in diesem Zentrum so eine Vernetzung auch der unterschiedlichen Fächer organisieren zu können und [wir] kannten ja auch sehr viele. Also, wir hatten Kontakt zu sehr vielen Fächern und über diesen Weg dann dafür zu sorgen, dass in den Fächern jeweils auch die Geschlechterperspektive verankert wird, in den Curricula.“ (Interview Nickel, 19.03.2019)

Der interdisziplinäre Austausch beförderte ein Netzwerk, das 1997 in der Gründung des interdisziplinären Magisterhaupt- und Nebenfach-Studiengangs Gender Studies mündete (vgl. Jähnert 2010: 328).

In den persönlichen Erzählungen spiegeln sich die historischen Zäsuren der Nachwendezeit. Irene Dölling musste 1991 im Rahmen der Neu- und Umstrukturierung die HU Berlin und somit das ZiF verlassen, da der politische Senat von Berlin sie nicht wieder auf ihre Professur berief (vgl. ebd.). Sie wurde 1994 auf die Professur für Frauenforschung an der Universität Potsdam berufen (vgl. Dölling 2006: 116). Andere Akteur*innen konnten ihre Karriere an der HU Berlin fortsetzen. Hildegard Maria Nickel (vgl. Nickel 2006: 265) wurde auf eine C3-Professur für Soziologie von Familie, Jugend und Geschlechterverhältnissen und Adelheid Kuhlmeier-Oehlert³⁰ zunächst auf Professuren an der Fachhochschule Neubrandenburg, der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel und dann der Charité berufen. Helga Voth war erfolgreich für die Wissenschaftsförderung von Frauen in der Berliner Senatsverwaltung für Frauen und Gleichstellung tätig.³¹

29 In der germanistischen Literaturwissenschaft, der Soziologie und der Kulturwissenschaft wurden in den 1990er-Jahren Professuren mit Genderschwerpunkt eingerichtet (vgl. Jähnert 2010: 328).

30 Vgl. Interview Kuhlmeier-Oehlert, 24.05.2019.

31 Vgl. Der regierende Bürgermeister/Senatskanzlei 2020. <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.995828.php> [Zugriff: 21.01.2021].

Dreißig Jahre nach der Gründung

Dreißig Jahre nach der Gründung des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung bilden die erfahrungsgeschichtlichen Erzählungen aus den Interviews mit den Gründer*innen eine Momentaufnahme der subjektiven Einordnung dieses Ereignisses in der Lebensgeschichte der Akteur*innen.

Erinnerte Erfahrung ist momenthaft, an den Zeitpunkt gebunden, von dem aus sie erzählt wird. Adelheid Kuhlmeier-Oehlert fasste am Ende unseres Interviews zusammen:

„Ihnen ist klar, wenn Biographien brechen, [Pause] dann ist es natürlich etwas Historisches. Aber wie sich Historie in der Person manifestiert, ist immer etwas individual-biographisches. Und ob so ein Bruch mich trifft, etabliert mit Mitte vierzig oder mit Anfang dreißig, lässt die gleichen Ereignisse historischer Couleur, brechen sich natürlich biographisch ganz anders. Und das macht die Unterschiede ad eins derer aus, die Ihnen hier Rede und Antwort stehen.“
(Interview Kuhlmeier-Oehlert, 24.05.2019)

Erfahrungsgeschichte erzählt Opfer, die gebracht werden mussten, und Hindernisse, die überwunden werden mussten. Erfahrungsgeschichte nihilisiert die Erfolgsgeschichte nicht, sondern verleiht ihr eine subjektive Note. Die individuellen Erfahrungsgeschichten der Gründer*innen Irene Dölling, Hildegard Maria Nickel, Helga Voth und Adelheid Kuhlmeier-Oehlert sind die unter der Erde verborgenen Wurzeln der Gründungsgeschichte des Zentrums. Mit unserem Forschungsprojekt machen wir die Akteur*innen und ihre persönlichen Erfahrungsgeschichten sichtbar und erweitern die festgeschriebene Institutionalisierungsgeschichte des ZiF.

Literaturverzeichnis

- Brohm, Holger (2010): Kulturwissenschaft. In: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810 bis 2010: Praxis ihrer Disziplinen. Band 6: Selbstbehauptung einer Vision. Berlin: Akademie Verlag, S. 509–523.
- Dölling, Irene (2006): Arbeiten zwischen den Disziplinen. In: Vogel, Ulrike (Hrsg.): Wege in die Soziologie und die Frauen- und Geschlechterforschung. Autobiographische Notizen der ersten Generation von Professorinnen an der Universität. Wiesbaden: VS Verlag, S. 116–124.
- Dölling, Irene (2002): Einmal im Leben, zur rechten Zeit, sollte man an Unmögliches geglaubt haben. In: Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung 21, S. 90–98.
- Dölling, Irene (2000): Die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Universitäten: Ein Ergebnis von Kämpfen im wissenschaftlichen Feld. In: Kraus, Beate (Hrsg.): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen

- Welt. Frankfurt am Main: Campus, S. 153–169. DOI: <https://doi.org/10.25595/21> [Zugriff: 21.01.2021].
- Dölling, Irene (1999): 10 Jahre Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität. In: ZiF-Bulletin 19, S. 13–27.
- Dölling, Irene (1994): On the Development of Women's Studies in Eastern Germany. In: *Signs. Journal of Women in Culture and Society* 19, pp. 739–752. DOI: <https://doi.org/10.25595/183> [Zugriff: 21.01.2021].
- Dölling, Irene (1993): Aufschwung nach der Wende. Frauenforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945 bis 1992*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 397–407.
- Dölling, Irene (1990a): Aufschwung nach der Wende. Die Etablierung von Frauenforschung seit dem Herbst 1989 in der DDR. In: *Frauenfragen. Questions au féminine. Bulletin der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen* Bern 13, S. 28–34.
- Dölling, Irene (1990b): Der Stellenwert der Kategorie Geschlechterverhältnisse in der Kulturtheorie. In: *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung* 28, S. 8–14.
- Dölling, Irene (1980): Zur kulturtheoretischen Analyse von Geschlechterbeziehungen. In: *Weimarer Beiträge. Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturtheorie* 26, S. 59–88.
- Herzog, Hanna (2012): Interview Location and its Social Meaning. In: Gubrium, Jaber F./Holstein, James A. (eds.): *The SAGE Handbook of Interview Research. Context and Method*. Thousand Oaks: SAGE Publications Inc., pp. 207–217.
- Jähnert, Gabriele (2010): Geschlechterforschung/Gender Studies. In: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810 bis 2010: Praxis ihrer Disziplinen. Band 6: Selbstbehauptung einer Vision*. Berlin: Akademie Verlag, S. 313–333.
- Jähnert, Gabriele (2003a): Das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung. Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit. In: *Ausstellungsgruppe an der Humboldt-Universität zu Berlin und Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (Hrsg.): Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit: Frauen an der Berliner Universität Unter den Linden*. Berlin: Trafo Verlag Weist, S. 261–264.
- Jähnert, Gabriele (2003b): Anfänge der Frauen- und Geschlechterforschung an der Humboldt-Universität seit dem Ende der 70er Jahre. In: *Ausstellungsgruppe an der Humboldt-Universität zu Berlin und Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (Hrsg.): Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit: Frauen an der Berliner Universität Unter den Linden*. Berlin: Trafo Verlag Weist, S. 235–248.
- Jähnert, Gabriele (1999): Das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) an der Humboldt-Universität zu Berlin. In: *Zeitschrift für Germanistik* 9, S. 118–122.
- Milbradt, Frederike (2018): Frauenanteil unter allen Professoren an den fünfzig größten staatlichen Universitäten. In: *ZEIT Magazin vom 5. Dezember*. <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2018/51/professorinnen-frauenanteil-professoren-staatliche-universitaeten-deutschlandkarte> [Zugriff: 21.01.2021].
- Nickel, Hildegard Maria (2006): Biographische Notiz. In: Vogel, Ulrike (Hrsg.): *Wege in die Soziologie und die Frauen- und Geschlechterforschung. Autobiographische Notizen der ersten Generation von Professorinnen an der Universität*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 262–273.

- Nickel, Hildegard Maria (1999): Das ZiF. Ein Paradigma der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung. In: ZiF-Bulletin 19, S. 1–12.
- Nickel, Hildegard Maria (1997): Bittersüße Früchte. Frauen- und Geschlechterforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. In: Lang, Sabine/Sauer, Birgit (Hrsg.): Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin. Frankfurt am Main: Campus, S. 211–218.
- Nickel, Hildegard Maria (1990): Frauen in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40, 16, S. 39–45.
- Pelkner, Anna-Katharina (1999a): Feministische Wissenschaft und politische Einmischung. Die Geburtsstunde des ZiF der Humboldt-Universität Berlin. In: ZiF-Bulletin 19, S. 28–41.
- Pelkner, Anna-Katharina (1999b): Möglichkeiten und Grenzen der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung. Kanada und BRD. Ein internationaler Vergleich. Magisterarbeit. Berlin: Humboldt-Universität.
- Sektion Kulturwissenschaften und Ästhetik der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.) (1990): Frauenforschung in der BRD. Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, Band 28. Berlin.
- Tanner, Jakob (2002): Erinnern und Vergessen. In: Jordan, Stefan (Hrsg.): Lexikon der Geschichtswissenschaft. 100 Grundbegriffe. Stuttgart: Reclam Verlag, S. 77–80.
- Ulrich, Anne (2009): Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Der frauenpolitische Aufbruch im Winter 1989/90 und der Unabhängige Frauenverband. In: Jahrbuch Grünes Gedächtnis 3, S. 38–48.
- Plato, Alexander von (1999): Verarbeitung politischer Umbrüche in Deutschland. Methode und Geschichte von Erfahrungswissenschaften. In: Plato, Alexander von (Hrsg.): DDR-Studien zur Geschichte eines untergegangenen Staates. Kurseinheit 5. Erfahrungsgeschichte. Hagen: FernUniversität, S. 8–32.
- Voth, Helga (1992): Das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität. In: Neusel, Ayla/Voth, Helga (Hrsg.): Utopia ist (k)ein Ausweg. Zur Lage von Frauen in Wissenschaft, Technik und Kunst. Frankfurt am Main: Campus, S. 81–86.
- Wierling, Dorothee (1997a): Alltags- und Erfahrungsgeschichte. In: Bergmann, Klaus et. al. (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, 5. Auflage. Seelze-Velber: Kallmeyer, S. 233–235.
- Wierling, Dorothee (1997b): Oral History. In: Bergmann, Klaus et. al. (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, 5. Auflage. Seelze-Velber: Kallmeyer, S. 236–239.
- Wolf, Christa (2007): Berührung. Ein Vorwort. In: Wander, Maxi: Guten Morgen, Du Schöne. Protokolle nach Tonbandaufnahmen, 7. Auflage. Berlin: Suhrkamp, S. 9–19.

Interviews

- Adler, I./Wegmann, R.: Interview mit Adelheid Kuhlmeier-Oehlert am 24.05.2019, in ihrem Büro an der Charité, Berlin-Mitte.
- Adler, I./Wegmann, R.: Interview mit Helga Voth am 17.05.2019, im Café des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin-Mitte.
- Adler, I./Wegmann, R.: Interview mit Hildegard Maria Nickel am 23.04.2019, in ihrer Privatwohnung, Berlin-Kreuzberg.
- Adler, I./Wegmann, R.: Interview mit Irene Dölling am 20.03.2019, in ihrer Privatwohnung, Berlin-Pankow.
- Adler, I./Wegmann, R.: Interview mit Hildegard Maria Nickel am 19.03.2019, in ihrem Büro am Institut für Sozialwissenschaften, Berlin-Mitte.
- Adler I./Budig, B./Hackl, K./Hof, E. von/Wegmann, R.: Interview mit Gabriele Jähner am 06.12. 2018, in ihrem Büro am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien, Berlin-Mitte.

Internetquellen

- Humboldt-Universität zu Berlin: Agnes von Zahn-Harnack.
https://www.hu-berlin.de/de/ueberblick/geschichte/wissenschaftlerinnen/zahn_harnack [Zugriff: 21.01.2021].
- Der Regierende Bürgermeister/Senatskanzlei (2020): Pressemitteilung vom 24.09.2020 –Michael Müller verleiht den Berliner Landesorden.
<https://www.berlin.de/rbmskz/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.995828.php> [Zugriff: 21.01.2021].

Was bleibt. Ressourcen zum Thema Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR

Karin Aleksander

Jahrestage der historischen Ereignisse von 1989/90 in der DDR sind gleichzeitig Jahrestage des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterforschung (ZtG). Nur einen Monat nach der Maueröffnung wurde es am 8. Dezember 1989 als Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) gegründet, seine Informations-/Dokumentationsstelle/Bibliothek nahm im April 1990 ihre Arbeit auf.

30 Jahre nach der Gründung des ZtG¹ gab es während der diesem Sammelband zugrundeliegenden Konferenz die Gelegenheit, Interessierte durch die Bibliothek zu führen² und aufzuzeigen, ob und inwieweit es hier Forschungsspuren zur DDR- und Transformationsgeschichte gibt und welche Ressourcen speziell zum Thema Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR gesammelt wurden. Viele dieser vorhandenen Ressourcen umfassen nicht nur den Bücherbestand, sondern auch Unterlagen aus der ZtG-Geschichte, die belegen, wann, wie und in welchem Umfang sich das ZtG mit welchen Projekten und Personen dieser Thematik zuwandte.³

Was ist es, was bleibt von diesem Teil der DDR-Geschichte, als der nach Lutz Niethammer „wohl weiblichsten Gesellschaft Europas“ (Niethammer 1994: 102), was ist zu finden in den Akten des ZtG und den Bücherregalen?

Mit Bezug zum Konferenzthema konzentriere ich⁴ mich hier allein auf diese eine Thematik, obwohl die Genderbibliothek Materialien zu 18 verschiedenen Systematikgruppen sammelt und auch das ZtG entsprechend seiner Serviceaufgaben für den Studiengang primär den Bedürfnissen der Lehrenden,

- 1 Der Name ZtG meint stets den Gesamtzeitraum der Institution von 1989–2019, der Name ZiF den von der Gründung 1989 bis zur Umbenennung 2003.
- 2 Die Panel-Teilnehmenden erfuhren zunächst historische Fakten und hörten vor der anschließenden Lesung aus Interviews mit DDR-Frauen (s. Artikel von H. Schimkat in diesem Band) einen Vortrag, den dieser Artikel erweitert. Die Geschichte der Genderbibliothek wurde noch nicht geschrieben.
- 3 Pandemiebedingt konnten Unterlagen nur begrenzt eingesehen werden.
- 4 Ich stelle die Ergebnisse vor als Mitarbeiterin der ZtG-Geschäftsstelle, die seit April 1990 bis Mai 2019 die Information/Dokumentation/Genderbibliothek des Zentrums aufbaute und leitete – als letztes Mitglied des ersten ZiF-Geschäftsstellenteams.

Forschenden und Studierenden verpflichtet ist und seine Ziele immer entsprechend vorhandener struktureller, personeller und finanzieller Bedingungen gestaltet.

Entstanden vor und während der Umbruchzeit 1989/90 sind das ZtG und seine Bibliothek selbst historische Orte, die es an der HU erstmals ermöglichen, die (wissenschaftliche) Literatur zur Lage der Frauen und zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR sowie des Transformationsprozesses unter Frauen-/Genderaspekten zu sammeln und zu bereichern.

Im Artikel zur Geschichte des ZiF⁵ in diesem Band wird die Idee einer Bibliothek nicht erwähnt – so wie in den meisten historischen Darstellungen zum Zentrum. Dagegen war sie bereits im Konzept zur ZiF-Gründung⁶ angedacht (Dölling 1989: 2). Die Notwendigkeit einer aufzubauenden Spezialbibliothek ergab sich für die Gründerinnen aus den Diskussionen im wissenschaftlichen Arbeitskreis um Irene Dölling, wo eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen seit 1980 westeuropäische feministische Publikationen erörtere. Gleichzeitig teilten sie die Erfahrung, dass diese Bücher und Zeitschriften meist nicht in öffentlichen Bibliotheken vorhanden waren. Damit ist die Idee dieser Spezialbibliothek selbst ein Produkt interventionistischer Aktionen zur Veränderung der Wissenschaftslandschaft an der HU.

Insgesamt ist es gelungen, die Genderbibliothek am ZtG zu *der* inter/nationalen und vertrauenswürdigen Anlaufstelle für Forschungen zur Geschichte von Frauen und Geschlechterverhältnissen in der DDR zu etablieren. Die wechselnden Konjunkturen und Stagnationen dieses Forschungsthemas im Verlauf von dreißig Jahren beeinflussten nie die Bestandsentwicklung, die mit einem geringen Etat stets begrenzt war.

Seit den letzten zehn Jahren erlebt das Thema in der Zeitgeschichte, in den Sozial- und Kulturwissenschaften und anderen Disziplinen eine erneute Konjunktur. Die DDR-Vergangenheit wird mit neuen Frageperspektiven aufgegriffen, was neue Ergebnisse und Themen befördert. Die oft gestellte Frage „Ist

5 S. Artikel von Adler/Wegmann in diesem Band.

6 In den Archivalien zur Gründung des ZiF variieren die Bezeichnungen von „kulturwissenschaftlicher Forschungsbibliothek“, „spezieller wissenschaftlichen BIBLIOTHEK ZUR ‚FRAUENLITERATUR‘“, „Bibliothek des ZiF“ bis zu „Aufbau einer Information und Dokumentation über universitäre und außeruniversitäre Frauenforschung, Dokumente der Frauenbewegung etc.“. Laut erster ZiF-Geschäftsordnung soll die Informations- und Dokumentationsstelle „einen eigenen Handapparat feministischer Forschungsliteratur“ aufbauen. Generell ist es ein Spezifikum von feministischen Gedächtniseinrichtungen, dass sie keine starre Trennung zwischen Archiv, Bibliothek und Information/Dokumentation aufweisen, sondern alles zugleich sind (vgl. Aleksander 2019b). Auch die Bibliothekswissenschaft vertritt den Standpunkt, dass es trotz Spezifika „die reine Ausprägung ‚des Archivs‘ oder ‚der Bibliothek‘ in dieser Form gar nicht gibt“ (Hobohm 2004: 505).

die DDR ausgeforscht?“ lässt sich erst recht in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse der DDR nur verneinen, weil dieser Aspekt im Rahmen aller erforschten Themen bisher ein randständiger war und ist.

Als Gedächtnisinstitution ist eine Spezialbibliothek der Erkenntnis verpflichtet, dass die Wahrheit nur im Prozess widerstreitender Ansichten immer wieder neu gefunden wird. Die Bibliothek liefert in diesem Sinne – wie andere Gedächtnisinstitutionen auch – „die Basis dessen, was in der Zukunft über die Gegenwart gesagt werden kann, wenn sie zur Vergangenheit geworden sein wird.“ (Assmann 2006: 26) Sie funktioniert als ein Speichergedächtnis, das durch die Handlungen Aufheben, Konservieren, Ordnen und Katalogisieren gekennzeichnet ist. (Vgl. Gansel 2009: 14) In dieser Funktion sichert sie, dass das, „was von einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgeblendet, abgewiesen, ausgemustert oder verworfen wurde, keineswegs gänzlich verloren bzw. vergessen ist“; sie unterstützt damit das Funktionsgedächtnis bei der aktiven Auswahl und Aneignung durch das individuelle Gedächtnis (ebd.). Aus diesem Grunde folgte die Bestandsentwicklung der Genderbibliothek immer bewusster dem Ziel, verschiedenartige Quellen zum Thema zu sammeln, z.B. sowohl die ausgesonderten DDR-Bestände aus den Bibliotheken Anfang der 1990er-Jahre, wie Gesetzestexte, Werke von Klassikerinnen, Publikationen des Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD), auch Belletristik von und über Frauen in der DDR; aktuelle Studien aus Instituten, Parteien, Organisationen, Stiftungen und Frauenzentren, Erinnerungsliteratur von DDR-Oppositionellen als auch die jeweils aktuellen Publikationen aus Wissenschaft und Politik, Werke des Mainstreams mit westlicher Deutungshoheit wie Werke verschiedenster Gegenmeinungen sowie anderssprachige Veröffentlichungen.

Im Folgenden möchte ich an einigen Beispielen zeigen, mit welchen Veranstaltungen und Projekten sich das ZtG dem Thema DDR- und Transformationsgeschichte widmete und welche Ressourcen der Genderbibliothek weitere Forschungen zum Frauenleben und Geschlechterverhältnis in der DDR, der Umbruchzeit und seit der Deutschen Einheit anregen können.

Dokumentationen zum Ist-Stand von Frauenforschungsthemen in der DDR

Am Beginn der Arbeit des neu gegründeten Zentrums stand auch eine Fragebogenaktion zu Frauenforschungsthemen an Hochschulen der DDR. Der für die Kürze der Zeit eindrucksvolle Rücklauf zur Umfrage reflektierte nicht nur die damalige hohe Aktionsbereitschaft, sondern war auch durch den Offenen Brief *Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?* im November 1989 und die

auch dadurch angekündigte Gründungsveranstaltung des ZiF stimuliert worden. In dem Offenen Brief hatten Journalistinnen der Frauenzeitschrift *Für Dich* und sich selbst so bezeichnende Frauenforscherinnen in ihrem Forderungskatalog formuliert: „Wir sind bereit, unsere Vorstellungen, die Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Arbeiten und unsere Vorschläge öffentlich zur Diskussion zu stellen.“ (Schwarz/Zenner 1990: 8)

Die Ergebnisse der ZiF-Umfrage wurden in Form einer Liste von 84 Frauenforscher_innen (aus Berlin, Halle, Leipzig), einem Sachregister ihrer Themen sowie ausgewählter Publikationen im ersten Heft der Zeitschrift des ZiF (*Bulletin*), das bereits im Juni 1990 erschien, veröffentlicht (ZiF 1990b). Damit war ein Ausgangspunkt markiert, von dem aus wie an der HU auch an anderen Hochschulen Forschungsinteressen und -schwerpunkte sichtbar wurden und Forschungsgruppen oder sogar ähnliche Zentrumsgründungen⁷ möglich schienen.

Fortgesetzt wurde diese erste Umfrage mit einer *Netzwerk* betitelten Dokumentation in einem ersten Sonder-Bulletin des ZiF vom November 1990 (ZiF 1990a). Auch dieser Publikation lag eine Erhebung zugrunde, die von August bis Oktober 1990 durchgeführt worden war. Diese „Übersicht frauenbezogener bzw. feministischer Forschung an wissenschaftlichen Einrichtungen“ sollte „für den Aufbau eines Netzwerkes zum effektiven Informationsaustausch und [zur] wissenschaftlichen Kontaktaufnahme“ dienen und einen „Überblick über neue Ansätze von Interessenvertretung von Frauen an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie kommunalen Institutionen“ (ebd.: 2) geben. In dieser Dokumentation waren 166 Wissenschaftlerinnen mit Disziplin, Forschungsthema und Adresse gelistet sowie erstmals Gleichstellungsbeauftragte von Kommunen und Hochschulen der zu diesem Zeitpunkt schon neuen Bundesländer. Das ZiF versprach, diese Broschüre beständig zu aktualisieren und damit die Vernetzungsarbeit fortzusetzen. Das war eine klare Entscheidung für den Netzwerkcharakter des ZiF als einem Zentrum für Frauenforschung an der HU und für die Frauenforscher_innen der östlichen Bundesländer. Durchgesetzt hatte sich damit die Strategie, das ZiF auch als das Zentrum eines Netzwerkes für alle fünf neuen Bundesländer zu nutzen und nicht – wie in den ersten Gründungsdokumenten formuliert – nur für die Wissenschaftler_innen in Berlin oder nur der HU zu etablieren (vgl. Dölling 1999: 17–20).

Wie lange die Netzwerk-Strategie von allen Beteiligten gewünscht war und sich durchsetzen ließ, war nicht vor auszusehen. Schon der nächste Aufruf des neu eingesetzten ZiF-Teams zur Aktualisierung der Netzwerk-Broschüre erzielte im Sommer 1991 nicht den Rücklauf, um eine Neuauflage drucken zu

7 Wie Gruppen z.B. in Rostock Greifswald, Neubrandenburg, Potsdam, Magdeburg, Halle, Erfurt, Weimar, Zwickau, Bernburg sowie an den Hochschulen in Leipzig, Jena, Dresden, Chemnitz, später in Greifswald, Potsdam – mit verschieden langer Existenz (s. Aleksander 1995: 76f.; für einen Überblick von 1999 s. Jähnert 1999: 47ff.).

können. Im Editorial des ZiF-Bulletins fragten die Herausgeberinnen: „Lag es nur an der Sommerpause – oder an einer veränderten Haltung gegenüber dem ZiF? Oder schreiben viele nicht, weil sie vo[r] ihren wissenschaftlichen Interessen resignierten?“ (ZiF 1991: 2) Ursachen waren wohl eher die bereits eingesetzten Verdrängungsprozesse an den Hochschulen und damit auch das erst noch zu entwickelnde Bewusstsein über die eigene Lage sowie die Suche nach neuen Arbeitsmöglichkeiten.

Das *Bulletin* wurde deshalb für die „Ost-Wissenschaftlerinnen eine Chance zur Selbstdarstellung, die uns im Gegensatz zu den Kolleginnen aus dem Westen noch ziemlich schwer fällt.“ (ebd.)

Die Forschungsthemen, Adressen etc. wurden in der Informations- und Dokumentationsstelle fortlaufend in einer Netzwerk-Datenbank aktualisiert, um Forscher_innen und Interessierte weiterhin mit Informationen per *Bulletin* und *Rundbrief* versorgen zu können.

OSTFEM-Tagungen und wissenschaftliche Arbeitskreise

Die erste OSTFEM wurde als feministische Regionalkonferenz für Frauenforscherinnen aus den östlichen Bundesländern von zwei Mitgliedern des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) organisiert, von Dr. Eva Schäfer, damals in der Projektgruppe Homostudien an der Humboldt-Universität zu Berlin, und von Annette Männel, zu der Zeit Herausgeberin der Zeitschrift *Weibblick. Informationsblatt von Frauen für Frauen*. Sie fand Mitte September 1992 in den Räumen des FRIEDA-Frauzentrums in Berlin-Friedrichshain statt.⁸ Das dazu eingeladene ZiF realisierte danach den dort mehrfach geäußerten Wunsch, sich weiter zu vernetzen und den Beschluss, „ein jährlich stattfindendes Treffen OSTFEM zu installieren“ (Coch 1992b: 75). Diese Workshops wurden bis zur OSTFEM V im November 1996 durchgeführt.

Viele der auf den OSTFEM-Tagungen gehaltenen Vorträge waren erste Vorüberlegungen zu wissenschaftlichen Forschungsprojekten, Teilergebnisse von Befragungen, Erfahrungsaustausche zu methodischen Fragen und dienten generell dem Vergewissern im und Einüben in den neuen wissenschaftlichen Diskurs. Die Themen kreisten sowohl um historische, soziologische, kultur- und literaturwissenschaftliche, medizinsoziologische und frauenpolitische Fragen sowie Ost-West-Vergleiche und Begriffsdiskussionen, immer in Bezug

8 So vermerkt es die Chronik des Frauenzentrums FRIEDA auf seiner Webseite: https://www.frieda-frauzentrum.de/wp-content/uploads/2017/09/2011_Frieda-Chronik_web.pdf. Das ZiF beginnt die selbst organisierten OSTFEM-Tagungen mit der OSTFEM II 1993, s. Veranstaltungsarchiv: <https://www.gender.hu-berlin.de/de/veranstaltungen/archiv/listen/zif-1990-2003#1993> [beide Zugriffe: 01.09.2020].

auf DDR- bzw. Transformationsgeschichte. Viele dieser Vorträge mündeten in Publikationen, die in der Genderbibliothek gesammelt wurden.

Die OSTFEM war von Beginn an für Wissenschaftlerinnen aus den östlichen Bundesländern mit dem Ziel konzipiert, „sich mit ihrer momentanen Arbeit vorzustellen und lud zur Diskussion ‚über das Spezifische und die Sinnhaftigkeit von eigenständiger ostfeministischer Forschung‘ ein“ (ebd.: 74). Dieses Bedürfnis entstand Anfang der 1990er-Jahre, weil viele der Wissenschaftler_innen, die noch im *Netzwerk-Bulletin* vom November 1990 mit ihren Forschungsthemen und Forschungsstätten erwähnt worden waren, inzwischen ihre Arbeitsplätze durch Umstrukturierungen allerorten verloren hatten und ihre Themen mit dem neuen Instrumentarium Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) beforsteten. Dadurch waren sie meist isoliert von Hochschulstrukturen und brauchten neben Informationen durch *Rundbriefe* und das *ZiF-Bulletin* auch einen Ort, „wo sie – ohne den kritischen, manchmal abwertenden Blick ihrer westdeutschen Kolleginnen – über ihr Woher und Wohin diskutieren konnten“ (Dölling 1999: 21; vgl. auch Bütow 1994: 107–114). In diesem Sinne sollte der Name OSTFEM bewusst gelesen werden, als Forschungsgegenstand, wie auch als Herkunft der Forschenden, „die Forschung jetzt selbstbestimmt wie nie betrieben“ (Rohnstock 1992: 121).

Schon zur zweiten Konferenz 1993 wurde geäußert, dass diese Strategie, zunächst unter sich zu bleiben, auch „ihre problematische Seite“ (Baume/Felber 1994: 159–164) hätte. Sie bestand nach Meinung einiger (weniger?) darin, „unliebsame Diskussionen nicht zu führen oder nur mit Frauen aus dem Westen, die die eigene Haltung unterstützen“ (Geisler 1993: 8). Bereits zu diesem Zeitpunkt blieben allein das ZiF und Tagungen wie die OSTFEM die Orte, wo die „andere“ Stimme, die von Ost-Frauen“, ihren Platz fand, derweil sie „im hegemonialen Diskurs deutscher Schwesterlichkeit“ verschwand (Nickel 1999: 6).

Die Beiträge der OSTFEM II wurden in einem Sammelband (ZiF 1995), die der Workshops III und IV im *Bulletin* des ZiF publiziert (ZiF 1994: 1–64; ZiF 1996: 1–122). Die Referate der OSTFEM I stellt ein Tagungsbericht vor (Coch 1992b: 74–75), die der letzten OSTFEM V erschienen als Redeliste (Aleksander 1997: 17) und einige kommentiert in einem Tagungsbericht (Geisler 1996: 5). Das Ende dieser Workshops wurde damit begründet, dass es „unübersehbar (ist), daß z.Zt. kaum noch neue Forschungsprojekte zum Transformationsprozeß und der im weitesten Sinne DDR-Frauengeschichte gefördert werden und damit die Basis für fundierte Tagungsbeiträge kaum noch vorhanden ist.“ (Jähnert 1997: 139) Ebenfalls 1996 wurde die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), die zahlreiche Projektgelder vergab, vorzeitig eingestellt.

Doch schon während der OSTFEM-Jahre und danach bot das ZiG weitere Möglichkeiten, DDR- und Transformationsthemen zu diskutieren und Wissenschaftler_innen mit seinen Serviceleistungen zu unterstützen. So stellte der von Dölling gegründete wissenschaftliche Arbeitskreis am ZiF⁹ ab Januar 1994 eine kontinuierliche Gelegenheit dar, Forschungsprojekte zum Thema „Alltag von Frauen in den neuen Bundesländern (bzw. in der Geschichte der DDR)“¹⁰ zu diskutieren. Nach der Berufung von Dölling an die Universität Potsdam zum Semesterende 1994 blieb dieser Arbeitskreis unter Leitung der ZiF-Geschäftsführerin Gabriele Jähnert bis 1996 aktiv. Hier wurden zum Beispiel auch kontrovers diskutierte Referate der OSTFEM weiter vertieft.¹¹ Ab 1997 übernahm Hildegard Maria Nickel die Leitung des neu konstituierten sozialwissenschaftlichen Arbeitskreises, der bis 2011 tagte. Die Themenauswahl umfasste nun Netzwerkarbeit im Rahmen sozialwissenschaftlicher feministischer Forschung, Theoriearbeit und Professionalisierung von Methoden und Fragen für Drittmittelanträge (Rundbrief 1997: 1). Auch hier wurden gelegentlich neue Projekte und Publikationen zur DDR-Frauengeschichte diskutiert.

Bibliografien

Bibliografien widerspiegeln und bewahren einen Wissensstand und ermöglichen damit trotz aller objektiven und subjektiven Einschränkungen einen (Rück-)Blick auf das Gewordensein von Themen, Erkenntnissen oder Personen. Bereits das erste ZiF-*Bulletin* erschien im Juni 1990 mit einer bibliografischen Dokumentation zu Frauenforschungspublikationen von DDR-Wissenschaftler_innen. Fortgesetzt wurde diese Arbeit mit der 1993 erschienenen Bibliografie über geschlechtsspezifische und frauenbezogene Abschlussarbeiten an der HU zwischen 1970–1992 mit 571 Arbeiten (ZiF 1993). Zwei Jahre später folgte die Bibliografie zu Dissertationen und Habilitationen der Jahre 1983–1994 an den Hochschulen der DDR und der neuen Bundesländer mit 618 Arbeiten (ZiF 1995a). Diese Bibliografien hatten ein breites Themenspektrum aus den verschiedensten Wissenschaftsdisziplinen und waren

- 9 Bereits seit der ZiF-Gründung entstanden wissenschaftliche Arbeitskreise, die im Gegensatz zu den hier genannten auf spezielle Disziplinen beschränkt waren und sich laut Dölling wegen der sich ändernden Bedingungen bereits im Laufe des Jahres 1990 auflösten (Dölling 1999: 18).
- 10 Der Zusatz in Klammern taucht nur bei der Ankündigung des Arbeitskreises in den Rundbriefen des ZiF auf, vgl.: Rundbrief des ZiF, 2(1994)2, S. 1 und 2(1994)3, S. 1.
- 11 Zum Beispiel der Vortrag von Renate Liebsch und Angelika Haas über „Forschungen zu Frauen, aber keine Frauenforschung? Einige Überlegungen und Fragen zu geschlechtsspezifischer Forschung in der DDR und zu Kriterien feministischer Wissenschaft“, vgl.: Rundbrief des ZiF, 4(1996)7, S. 2. Der Vortrag war abgedruckt im Bulletin 13 (ZiF 1996: 65–75).

nicht auf das Thema dieses Artikels beschränkt. Das Ziel bestand gerade darin, Grad und Umfang darzustellen, mit dem sich Wissenschaftler_innen an DDR-Hochschulen mit frauen- und geschlechterspezifischen Fragen beschäftigt hatten.

2005 Erschien die Bibliografie zum Thema Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern (Aleksander 2005). Nach Inhalt und Umfang war diese Bibliografie ein Novum und ist bis heute ein Unikum geblieben. Ihre fast 6.400 Datensätze sind heute online recherchierbar¹². Durch aktuelle Literatur zur Thematik im GRéTA-Katalog¹³ der Genderbibliothek wird diese Sammlung kontinuierlich ergänzt. Sie ist bis heute ein wertvolles Instrument für die Forschung.

Die Bibliografie entstand aus zwei sich bedingenden Prozessen. Auf der einen Seite wurde die DDR als ‚abgeschlossener‘ Untersuchungsraum und der einsetzende Transformationsprozess als „Gesellschaftsforschung zu naturwissenschaftlichen Bedingungen“ (Brückweh 2020: 4) zum einmaligen Forschungsfeld für viele Wissenschaftsdisziplinen, allen voran die Sozialwissenschaft(en). Seinen besonderen Ausdruck fand diese Euphorie mit den Studien im Großprojekt KSPW, das von 1992–1996 „die Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern systematisch begleitend erforschen“ (KSPW 1995: 1) sollte. Hier gab es zwar unter den 5 Themen keinen Extrabereich Frauen und Geschlechterverhältnisse, aber zahlreiche Studien beinhalteten auch frauen- und geschlechterspezifische Problemlagen (vgl. Schlegel 1994: 14).

Auf der anderen Seite stieg damit verbunden das Interesse am Thema Frauen und Geschlechterverhältnisse unter den Wissenschaftler_innen und Nutzer_innen der Bibliothek während dieser Zeit enorm. Vor allem aus dem Ausland suchten viele Forscher_innen und Studierende Literatur für ihre Arbeiten, von denen zahlreiche Ergebnisse wieder in den Bestand der Genderbibliothek aufgenommen wurden. Dabei fiel besonders auf, wie sehr sich das vorurteilsfreie, offene Herangehen der internationalen Forscher_innen aus Europa, den USA bis Australien an die DDR-Frauengeschichte und geschlechtsspezifische Sozialisation von dem Blick derer aus der ehemaligen BRD unterschied, der häufig von Vorurteilen und Begriffen des Kalten Krieges beeinflusst war.

Die Bibliografie erschien zu einem Zeitpunkt, als der Umfang an Publikationen zur DDR nach einem enormen Aufschwung erstmals rückläufig wurde, weil viele Förderungsprogramme ausliefen. Auch an den Hochschulen nahm das Thema DDR als Gegenstand der Lehre kontinuierlich ab und näherte sich

12 Der Trafo-Verlag erlaubte die Online-Stellung der Bibliografie unter dem Namen PAULA im META-Katalog des i.d.a.-Dachverbandes: www.meta-katalog.eu (s. unter: Weitere Datenquellen).

13 GRéTA-Katalog: [https://meta-katalog.eu/Search/Results?limit=20&filter\[\]=institution%3AGenderbibliothek;](https://meta-katalog.eu/Search/Results?limit=20&filter[]=institution%3AGenderbibliothek;) [Zugriff: 28.09.2020].

dem niedrigen Stand von 1990. (Vgl. Pasternack 2001: 7) Gesellschaftspolitisch kennzeichnete den 15. Jahrestag der deutschen Einheit eine Zeit, in der „die Rück- und Ausblicke vor allem deprimierend ausfielen“ (Steiner 2005: 299).

Der historische Abstand von 15 Jahren erlaubte dafür die Auswertung von bis zu diesem Zeitpunkt erschienenen Bibliografien, wo die spezielle Thematik Frauen und Geschlechterverhältnisse meist nur als ein Thema unter anderen oder spezifisch innerhalb einer Disziplin behandelt wurde¹⁴. Dass die Bibliografie bis heute ein Nachschlagewerk zum Thema geblieben ist, liegt an der Konzeption, dort nicht nur Publikationen der sich etablierenden offiziellen Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung zu erfassen, sondern auch unselbstständige, Graue Literatur von außeruniversitären Institutionen und Initiativen, d.h. nicht nur Geschichtsschreibung von ‚oben‘, häufig mit hegemonialem Maßstab der ehemaligen BRD, sondern auch von ‚unten‘, also widerstrebende Ansichten festzuhalten. In 13 verschiedenen Themenkomplexen wurden in der Bibliografie Ergebnisse verschiedener Wissenschafts- und Lebensbereiche abgebildet, die auch heutige gewandelte Forschungsinteressen bedienen, d.h. Ressourcen aus der ‚Mikro- und Makroebene, also der Alltags- und Erfahrungsebene einerseits und der Ebene der großen Strukturen und des institutionellen Wandels andererseits‘ (Brückweh 2020: 6). Die Einzigartigkeit und der Umfang des Bestandes zur Thematik machten die Genderbibliothek im Laufe der Zeit zu der Adresse für Forscher_innen aus dem In- und Ausland¹⁵.

Weitere Bibliografien waren zwar angedacht, z.B. zu geschlechterspezifischen Themen an der Akademie der Wissenschaften oder in Dissertationen in der DDR, und Daten wurden auch parallel gesammelt, z.B. zu DDR-Publikationen oder englischsprachiger Literatur, aber wegen der finanziellen und personellen Ausstattung einer One Person-Library war das im Arbeitsalltag nicht zu leisten.

14 So erfasst die Bibliografie Zehn Jahre Deutsche Einheit (Berth/Brähler: 2000) bei insgesamt 5.887 Nachweisen die Literatur über Frauen als eine „bestimmte Bevölkerungsgruppe“ im Bereich Sozialwissenschaften mit 83 Monografien (ebd., Einführung, S. 8; das Kapitel Frauen S. 86–89). Ein Beispiel für eine Disziplin ist die Bibliografie von (Lerner/Eifler 1993: 88–107).

15 Im Vergleich der Bestände der Genderbibliothek mit Spezialbibliotheken, die ebenfalls zum Thema DDR sammeln, wie der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ergibt z.B. die Suche zu „Frauen DDR“ 1.146:118:23 und zu „Frauen Neue Bundesländer“ 539:11:1 Literaturnachweise.

Die DDR nicht im Blick? – Osteuropa-Forschung und CEDAW

In manchen Bereichen ist die DDR-Geschichte nicht einmal eine Fußnote (Stefan Heym¹⁶) geworden. Während der Recherchearbeit zur Bibliografie ab Mitte der 1990er-Jahre fiel mir auf, dass die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone, der DDR und der östlichen Bundesländer nicht nur in der offiziellen Deutschland-Forschung der BRD bei vielen Themen häufig vernachlässigt, sondern besonders in der Osteuropa-Forschung regelrecht vergessen wird, sowohl von West- als auch von Osteuropaseite. Es wird (oft) vergessen, dass die DDR ein Teil des sozialistischen Staatensystems war und deshalb bei Studien zu Transformationsprozessen ehemaliger sozialistischer Länder mit zu berücksichtigen ist. Das Alleinstellungsmerkmal der DDR, die als sozialistischer deutscher Staat 1990 der BRD beitrug, führt dazu, dass die DDR-Geschichte in vielen Darstellungen verlorengeht und damit in Gedächtnisinstitutionen nicht auffindbar ist.

Das zeigt sich in zahlreichen Bibliografien zur Geschichte Osteuropas, in transnationalen Forschungsprojekten und auch in offiziellen Archiven, wie z.B. dem Archiv der Vereinten Nationen.

Die DDR wurde 1973 gleichzeitig mit der ehemaligen BRD Mitglied der Weltorganisation. Beide Staaten traten auch der *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women* (CEDAW; UNO-Resolution 34/180) bei. Die DDR hatte sie nach Schweden als zweites Land der Welt 1980 ratifiziert, womit sie 1981 in Kraft trat, in der BRD erst vier Jahre später 1985. Das galt „als ernst zu nehmendes und damals ernst genommenes politisches Signal.“ (agisra e.V. 2003: 134) Alle Länder hatten turnusmäßig Staatenberichte zum Stand der Gleichberechtigung abzuliefern. Die zwei Berichte der DDR von 1983 und 1989 werden in CEDAW-Darstellungen aus der BRD heute meist nicht (mit)genannt. Sie fehlen im UN-Archiv, das nur einen Bericht der BRD dokumentiert und waren/sind schwer zugänglich. „Da aber [...] die CEDAW-Konvention auf dem Gebiet der DDR [...] galt, sollte man diese Zeit [...] berücksichtigen. Die Geltung [...] trug nicht unwesentlich zur Entwicklung der Frauenrechte dieser Zeit bei.“ (Prpić 2012: 32) Für Forschungszwecke wurden sie 2018 in der Genderbibliothek aus den Unterlagen von Prof. Dr. Edith Oeser¹⁷ digitalisiert und stehen im META-Katalog online bereit. Nach 30 Jahren wird ab 2020 die Sperrfrist im Politischen Archiv des Auswär-

16 Stefan Heym, Schriftsteller (1913–2001), Mitunterzeichner des Aufrufs „Für unser Land“; mit Direktmandat 1994 für die PDS im Bundestag; bis zur vorzeitigen Abgabe seines Mandats 1995 Alterspräsident; s. Bahrmann/Links 1995: 282.

17 DDR-Vertreterin in diesem UNO-Gremium von 1982–1992 und bis Mai 1990 Professorin an der Juristischen Fakultät der HU (vgl.: Aleksander 2020a).

tigen Amtes aufgehoben, sodass die offiziellen DDR-Dokumente dort auf Antrag einsehbar werden, einschließlich des dritten Berichtes, den das neue Ministerium für Familie und Frauen der DDR im Frühjahr 1990 nicht mehr eingereicht hatte, weil die Vereinigung beider deutscher Staaten bereits absehbar war.

Transformationsprozess ehemals sozialistischer Länder

Da das ZtG von Anfang an nicht als Forschungszentrum, sondern als Serviceeinrichtung für Forschung und Lehre etabliert wurde, konnte es zwar keine eigenständigen Forschungsprojekte finanzieren, sie jedoch im Sinne eines An-Institutes bei Projekten auf Basis von ABM oder mit eingeworbenen Drittmitteln begleiten und unterstützen.

Die Ende 1989 und ab Anfang der 1990er-Jahre beginnenden Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern und den anderen ehemals sozialistischen Ländern waren von Anfang an im Blick für die Bestandsentwicklung in der Genderbibliothek. Die ersten wissenschaftlichen Projekte, die zu diesen Themen am Zentrum unterstützt wurden, fokussierten die Disziplinen der wissenschaftlichen Leiterinnen des ZiF dieser Zeit: Irene Dölling (1989–1991) die Kulturwissenschaft, Hannelore Scholz (1991–1993) die Literaturwissenschaft und Hildegard Maria Nickel (1993–2003) die Sozialwissenschaft.

Unter der Leitung von Dölling startete 1990 das Projekt Soziokulturelle Veränderungen im Alltag von Frauen. Tagebücher als individuelle Dokumente eines gesellschaftlichen Umbruchs. Schon 1992 erschien ihr Buch *Unsere Haut* mit acht Tagebüchern von Frauen aus dem Herbst 1990 als „Zeitdokumente“ und „Zeugnisse individueller Erfahrungen und persönlicher Reflexionen – einmalig im Kontext der DDR und ihrer Geschichte.“ (Dölling/Kuhlmey-Oehlert/Seibt 1992: 6; vgl. auch: Sefa 2019) Dieses ursprüngliche Teilprojekt eines Gesamtprojektes, das nicht zustande kam, wurde als eigenständiges und von der KSPW finanziertes Projekt fortgesetzt (Dölling/Seibt 1993: 1; Dölling/Seibt 1995). Im Fachbereich Germanistik von Scholz entstand schon sehr früh das Projekt Frauen in Ost und West. Kulturelle Selbst- und Fremdwahrnehmung während der Demokratisierungsprozesse nach 1989, das sich anfänglich aus einem deutschen Ost-West-Projekt in ein internationales entwickelte. Die „Beiträge aus Osteuropa boten verschiedenartige Überschneidungs- und Differenzierungspunkte zu den deutschen und ließen erste Verallgemeinerungen zu“ (Coch 1992a: 9). In der Folgezeit

entwickelten sich aus diesen ersten Ergebnissen neue Symposien und Publikationen¹⁸.

Projektergebnisse zum Transformationsprozess der DDR, der im Unterschied zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern primär ein Prozess der Übernahme von Strukturen der alten BRD war, standen seit der Neukonstituierung des ZiF im Sommer 1991 auch auf der Agenda der OSTFEM, des Bulletins, von Arbeitskreisen und angeworbener Drittmittelprojekte.

So untersuchten Petra Drauschke und Margit Stolzenburg aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischem Blickwinkel die veränderten Lebensbedingungen alleinerziehender Frauen und ihrer Kinder in Berlin Ost nach der Wende (8/91–7/93, Förderprogramm Frauenforschung des Senats von Berlin) (Drauschke/Stolzenburg 1995).

Unter der Leitung von Christina Felber begann 1991 ein ABM-Projekt (11/91–11/93, mit wechselnden Mitarbeiterinnen bis 1998), das Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen im Transformationsprozess von Universitäten und Hochschulen in (Ost-)Berlin und im Land Brandenburg unter dem Aspekt ihrer Karrierechancen begleitete (Felber/Monté/Röhl 1993; Baume/Felber 1994).

Umbrüche im Leben und Arbeiten von Künstlerinnen, speziell Schauspielerinnen, erforschten Renate Ullrich und Elke Wiegand in einem Projekt, das vom Förderprogramm Frauenforschung des Senats von Berlin gefördert wurde (1/94–12/95) (Ullrich 1991; Ullrich/Wiegand 1996).

Das erste Bulletin, das sich im Schwerpunkt mit den Frauen in den ehemals sozialistischen Ländern beschäftigte, erschien im Sommersemester 1997. Im Vorwort wurde das Thema so begründet: „Die HUB, die sich auch als Tor zu Osteuropa versteht, und das ZiF als einzige Frauenforschungseinrichtung in den neuen Bundesländern haben hier eine besondere Verantwortung und von der Tradition her auch besondere Möglichkeiten und Kontakte.“ (Jähnert 1997b)

Die DDR als ehemals sozialistisches Land blieb in diesem Komplex ausgeklammert, was positiv als Bevorzugung der hier weniger oft dargestellten Anderen gelesen werden kann oder negativ, als hier nicht dazugehörend (s. Osteuropa-Bibliografien) oder dass noch keine vergleichenden Studien verfügbar waren. So sollten „Wissenschaftlerinnen und Studentinnen mit diesem Bulletin ermutigt werden, in Qualifizierungsarbeiten und Forschungsprojekten dieses weite Feld zu bearbeiten“ (ebd.).

18 Z.B.: Baume, Brita (1993): „Nation-Kultur-Geschlechterverhältnis“. Internationales Symposium an der Humboldt-Universität zu Berlin. In: Metis 2, 3, S. 110–112; Scholz, Hannelore; u.a. (Hrsg.) (1994): Ich will meine Trauer nicht leugnen und nicht meine Hoffnung. Veränderungen kultureller Selbstwahrnehmungen von ostdeutschen und osteuropäischen Frauen nach 1989. Bochum: Winkler; Baume, Brita; u.a. (Hrsg.) (1995): Der weibliche multikulturelle Blick. Berlin: trafo Verlag; Scholz, Hannelore; u.a. (Hrsg.) (1999): Brüche. Auf-Brüche – Um-Brüche – Aus-Brüche in Ost und West. Berlin: trafo Verlag.

Themen aus der Sozialwissenschaft, der feministischen Theorie und vergleichende Analysen über Institutionalisierungsprozesse von Frauen- und Geschlechterstudien bildeten Schwerpunkte der Tagung Gender in Transition in Eastern and Central Europe zum 10. Jahrestag der ZiF-Gründung 1999 (Jähnert u.a. 2001). 45 Teilnehmerinnen aus 18 Ländern stellten nicht nur öffentlich ihre Erkenntnisse vor, sondern brachten im Vorfeld und im Nachklang wertvolle neue Studien und Publikationen in den Blick und in die Regale der Genderbibliothek. Leider gab es trotz der oben benannten Verantwortung und Tradition des ZiF keine kontinuierliche Weiterbeschäftigung mit diesen Themen, obwohl „die Transformationsprozesse in Ost- und Mitteleuropa bis heute soziologische Forschungsfelder sind, die zwar unmittelbar vor der Haustür liegen, doch längst nicht hinreichend beackert sind“ (Nickel 2006: 272).

Biografien von HU-Wissenschaftlerinnen

Mit notwendigem zeitlichen Vorlauf regte das ZiF Mitte der 1990er-Jahre Projekte an, die zwei bevorstehende Jubiläen bereichern sollten: die Gründung der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität 1810 und die Zulassung von Frauen zum Studium in Preußen 1908. Darin eingeschlossen war die Zeit nach 1945 und die Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in der DDR von 1949–1990. Die Universitätsgeschichte wurde erforscht in Workshops (z.B. Zur Geschichte des Frauenstudiums und weiblicher Berufskarrieren an der Berliner Universität, Wintersemester 1995/1996; ZiF/Frauenbeauftragte 1996), einem studentischen Projektstudium, das insgesamt 17 HU-Wissenschaftlerinnen interviewte und davon 7 Porträts veröffentlichte (Kreher 1999), mit einem wissenschaftsgeschichtlichen Kolloquium („weil (die) vergessen wurden, die an sich selbst zu denken vergaßen“, Wintersemester 2000/2001) und vor allem im Archivprojekt mit den bewilligten Drittmitteln der VW-Stiftung zur Aufarbeitung der Frauengeschichte an der Universität. Die Mitarbeiterinnen dieses Projektes schufen mit dem Aufbau der ADA-Datenbank¹⁹ ein wertvolles Rechercheinstrument, um die an der Berliner Universität Unter den Linden tätigen Frauen sichtbar zu machen und damit Quellen für weitere Forschungen zur Verfügung zu stellen.

Als Mitglieder in der Ausstellungsgruppe am ZiF sorgten sie weiter für große mediale Aufmerksamkeit mit der Ausstellung, die unter dem Titel *Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit – Frauen an der Universität Unter den Linden* von Dezember 1999 bis Januar 2000 die Geschichte des Frauenstudiums mit

19 <https://www.gender.hu-berlin.de/de/forschung/hu-frauengeschichte/ada-db>; s. auch Jähnert u.a. 2001: 87–92.

Schautafeln, Ausstellungstücken und einem Info-Computer mit weiterführenden Statistiken und Informationen im Foyer der HU präsentierte. Die Ausstellung war „aufgrund des noch nicht vorhandenen Forschungsvorlaufs zur DDR-Geschichte“ (Jähnert 1998: 154) in das Jahr 1999 verschoben worden. Als umfangreiche Buchpublikation mit weiterführenden Texten zu allen Ausstellungstafeln erschien die Präsentation 2003 (Ausstellungsgruppe 2003).

Darauf aufbauend stellte Jähnert zum 200. Universitätsjubiläum 2010 in einem Überblicksartikel zur Geschlechterforschung im Sammelband *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010* die staatlich geförderte Frauenforschung sowie erste Ansätze einer kritischen Frauenforschung an der Humboldt-Universität während der DDR-Zeit mit zahlreichen HU-Wissenschaftlerinnen und ihren Themen vor (Jähnert 2010: 315–326). Ebenfalls 2010 publizierte das ZtG eine erste kommentierte Aktenedition (ZtG 2010) mit ausgewählten Dokumenten der Universitätsfrauengeschichte bis 1945, d.h. ohne Akten aus der DDR-Geschichte. Folgeanträge zur weiteren Beschäftigung mit diesem Thema waren leider nicht erfolgreich.

Zur Geschichte des ZtG als Ressource

Auch die Geschichte des ZtG war unter dem Blickwinkel dieses Artikels bereits Forschungsobjekt²⁰ und kann zur Ressource für neue Projekte werden.

Die Gleichzeitigkeit von ZiF-Gründung mit den umwälzenden Ereignissen von 1989/90 rückt die DDR als Geschichte der eigenen Institution bei allen Jubiläumsveranstaltungen immer wieder ins Blickfeld. Das ZtG hat bisher keine Tagung seiner drei Zehn-Jahres-Jubiläen für eine explizite Beschäftigung mit der eigenen oder der DDR-Geschichte genutzt. Alle drei Tagungen (1999, 2009, 2019) wiederholten die Gründungserzählungen in verschiedener Differenziertheit und Form und waren eingebunden in das umfassendere Thema Transformationsprozess, immer auch mit ost- und westeuropäischen Perspektiven. Dagegen analysierten Einzelbeiträge zu den Jubiläen im *Bulletin* und in Sammelbänden Hintergründe, Erfolge und Probleme der Institutionalisierungsgeschichte sowie einer ostdeutschen Forschungsperspektive (vgl. z.B. Dölling 2011, 1999; Nickel 2011, 1999). Bis heute bestimmen die Erzählungen der Gründerinnen Dölling und Nickel den Kanon zur DDR-Geschichte der ZiF-Gründung.

Klar betont wird, dass das ZtG eine eigene DDR-Vor-/Geschichte hat. Die Ursachen für die Gründung des Zentrums reichen bis zum Beginn der 1980er-Jahre an der HU zurück. Seine ersten zehn Wirkungsmonate waren die letzten

20 S. Pelkner 1999 und den Artikel von Adler/Wegmann in diesem Band. Ich verweise besonders auf die dort angegebene Literatur zur Gründung des ZiF.

Monate der DDR. Alle Geschäftsstellen-Mitarbeiterinnen der ersten Besetzung²¹ bis Ende 1990 und der zweiten ab Sommer 1991–2001 sowie zahlreiche am Zentrum interessierte Wissenschaftler_innen der ersten Stunde waren DDR-sozialisiert. Mit dem erreichten Entwicklungsstand von Frauenemanzipation und Geschlechterverhältnissen in der DDR untersuchten erste Projekte am Zentrum einen Bereich, für den der DDR ein Gleichstellungsvorsprung gegenüber der alten Bundesrepublik zugemessen wurde.

Dass das ZtG an der HU und „damit als erste Frauenforschungseinrichtung an einer Hochschule der DDR etabliert“ (Zif 1990a: 1) wurde, wird bei jeder Einführungsvorlesung für die Erstsemester durch Verweis auf den Dölling-Arbeitskreis mitgeteilt. Wenn ich diesen Fakt bei der Erstführung durch die Genderbibliothek mit dem ZiF-Gründungsdatum 8. Dezember 1989 wiederholte, reflektierten die wenigsten, dass die HU zu diesem Zeitpunkt eine DDR-Institution war. Das Datum der Maueröffnung am 9. November 1989 und der Name Berlin verdrängen bei vielen, dass die DDR noch bis zum 02. Oktober 1990 existierte. Damit verschwinden für viele auch die „Visionen für eine deutsche demokratische Republik [...] [aus dem Blick – K.A.], die diesen Namen auch verdient“ (Lila Offensive 2011: 76). Solche Visionen hegten zunächst auch zahlreiche Gründerinnen des ZiF. Die DDR-Geschichte wurde als Folie für den Widerstand gegen veraltete Auffassungen und verkrustete Strukturen auch des sozialistischen Patriarchats betrachtet. In den folgenden Monaten konnten diese neuen Ansichten durch praktisches Mittun verbreitet und verbreitert – und mit dem ZiF institutionalisiert werden. Angedacht zunächst als ein Netzwerk für Frauenforscherinnen an der HU, dann für die ostdeutschen Bundesländer, entwickelte sich das ZiF in den Umstrukturierungsprozessen an der HU zu einem neuen – der damals in der Bundesrepublik noch wenigen – Frauenforschungszentren und zum einzigen im Osten.

„Das ZiF war ein ostdeutsches Projekt – zumindest gilt das bis Ende 1993“ (Nickel 1999: 1), stellt Nickel zum 10. Jahrestag des ZiF 1999 fest und begründet das mit der Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirates, in den 1993 die erste westdeutsche Professorin gewählt worden war, sowie mit Themen und Schwerpunkten interdisziplinärer Arbeit dieser Zeit. Aus historischer Perspektive konkreter heißt das: Das ZiF war ein DDR-Produkt, mindestens bis zum 2. Oktober 1990 – das schließt ein, dass die Vorgeschichte und Entwicklung des Zentrums von Rezeption, Auseinandersetzung und Kontakten mit dem westlichen Feminismus geprägt war – danach ein ostdeutsches Projekt bis 1993 und danach ein ost-westdeutsches. Denn: „Mit der Abwicklung [...] ei-

21 Alle drei Mitarbeiterinnen (Geschäftsführung, Sekretariat und Information/Dokumentation) hatten ihre Stellen von der im Dezember 1989 selbst aufgelösten Sektion Marxismus-Leninismus der HU mitgebracht und wurden deshalb Ende 1990 gekündigt. Dadurch „wurden den zum ZiF gehörenden Wissenschaftlerinnen die gerade erst geschaffenen Grundlagen ihrer Arbeit entzogen“ (Baum 1991: 22).

nes großen Teils der ostdeutschen Kolleginnen und der Berufung westdeutscher Professorinnen an die HU veränderte sich das universitäre Umfeld sowie die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirates und damit die wissenschaftspolitische Ausrichtung des ZiF“ (Pelkner 1999a: 40; s. auch: Pelkner 1999b: 80). Spätestens seit Mitte der 90er-Jahre fuhr das ZiF „offensiv eine Doppelstrategie“, die „der Ost-West-Integration wie zugleich der ostdeutschen Tradition verpflichtet“ war, d.h. einerseits die Öffnung gegenüber Westfrauen, die das ZiF „als Struktureinheit, die manches leichter macht [...] pragmatisch“ nutzten, und andererseits „weiterhin als Anlauf- und Dokumentationsstelle für ostdeutsche Frauenforschung“ zu wirken. (Nickel 1999: 2; Nickel 2006: 269f.).

Unter dem Aspekt der Herkunft aus der DDR und der Ost-West-Zusammenarbeit des ZiF sind m.E. nicht nur hochschulpolitische und -organisatorische Aspekte sowie historische Fakten interessant, sondern auch bis heute theoretische Auseinandersetzungen, z.B. zum Begriff Frauenforschung oder zur Anwendbarkeit westlicher Definitionen und Methoden auf die Verhältnisse in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern.

Die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirates als Maßstab für die damalige Ost-West-Charakterisierung des ZiF zu setzen, ist bezogen auf die Themen für Forschung, Ringvorlesungen und Seminarangebote die eine Perspektive. Bezogen auf den Arbeitsalltag des Zentrums ist zudem der Blick auf die anderen Statusgruppen interessant, z.B. die Angestellten, die studentischen Mitarbeiter_innen, die Lehrenden und später die Studierenden im neuen Studiengang ab 1997. Erst 2001 wurde die Studienkoordination als erste vakant gewordene Position in der Geschäftsstelle mit einer westsozialisierten Kollegin besetzt. Dort arbeiteten bis dahin nur Mitarbeiterinnen mit einer DDR-Sozialisation. Das bedeutete jedoch keineswegs gleiche Biografien und Ansichten. So schrieb Dölling in einem Rückblick, dass es nicht gelungen ist, „eine Atmosphäre zu schaffen, in der [...] vor allem aber über die Biographien der am ZiF engagierten Frauen gesprochen werden konnte [...] Die wenigen Ansätze, die es dazu gab, endeten schnell [...] in einer Situation einer (mehr oder minder verdeckten) Anklage und eines Rechtfertigungsdruckes“ (Dölling 1999: 26).

Bisher auch nicht im Blick von Untersuchungen ist die „Innenseite“ des Zentrums, das ja nicht nur aus Professor_innen und Forschenden besteht, sondern Arbeitszusammenhang vieler Statusgruppen ist. Hier sind z.B. Fragen zur Professionalisierung von Arbeitsbereichen interessant oder das Außenbild des Zentrums sowie das Arbeitsklima und ob und inwiefern es sich durch die DDR/Ost- bzw. Ost/West-Zusammenarbeit von Kolleg_innen von anderen Frauen-/Geschlechterforschungszentren unterschied. Weitere Leerstellen betreffen Inhalt und Auswirkungen der inter/nationalen Netzwerkarbeit des Zentrums. Auch die o.g. Arbeitskreise als Möglichkeit für aus den

Universitätsstrukturen ‚abgewickelte‘ Wissenschaftler_innen der DDR könnten unter den Aspekten, wie Wissen weiterentwickelt und aufgehoben und wie die Vorgängerinnen eingebunden bleiben, untersucht werden. Ebenso interessant ist, wie die Entscheidung, ob und unter welchen Bedingungen Männer am Zentrum arbeiten und studieren dürfen, jeweils zentrumsspezifisch gelöst worden ist.

Eine Institutionengeschichte des ZtG fehlt bis heute. Ein erstes Konvolut mit ZtG-Akten wurde bereits dem Universitätsarchiv der HU übergeben. Zusammen mit den Ressourcen am Zentrum lassen sich damit interessante Themen und Vergleichsstudien bearbeiten.

DDR-Geschichte am Zentrum

Die bisher genannten Beispiele zeigen, dass die DDR-Frauengeschichte im ZtG in den vergangenen 30 Jahren nie völlig aus dem Blick geriet, dass sie aber auch nie im Zentrum stand. Die „Aufarbeitung der DDR-Geschichte und Umbruchprozesse besonders unter feministischem und geschlechtsspezifischem Blickwinkel innerhalb verschiedener Forschungsprojekte“ (Jähnert 1992: 4) als ein Schwerpunkt der ZiF-Arbeit des Studienjahres 1992/93 war nicht in dieser Zeitspanne zu realisieren, – wurde später mit einer Initiative für ein Graduiertenkolleg bei der Deutschen Forschungsgesellschaft erfolglos versucht (vgl. Pelkner 1999b: 94), danach nicht mehr in dieser Deutlichkeit wiederholt und ist bis heute nicht abgeschlossen. Häufiger als die DDR-Geschichte standen die Umbruchprozesse im Mittelpunkt, was, wie gesagt, vor allem an die Professuren und Lehrenden gebunden war und ist.

Nach den ersten Ringvorlesungen des ZiF verschwand das DDR-Thema auch aus den Lehrveranstaltungen spätestens um die Mitte der 1990er-Jahre, – wie ein kurzer Blick in die Semesterliste der Frauen- und Geschlechterstudien an der HU in den Bulletins zeigt. Als es während der wissenschaftlichen Tagung zum 20. ZtG-Jahrestag im Dezember 2009 in einzelnen Vorträgen auch um das Gewordensein des ZtG ging, stellten HU-Studierende der Gender Studies im Podiumsgespräch fest, dass sie „keine Anteile ostdeutscher feministischer Theorie im Lehrinhalt ausmachen konnten. Als Reaktion darauf ist von verschiedenen Diskutantinnen gefordert worden, die ostdeutsche Geschichte der feministischen Forschung künftig stärker zu berücksichtigen“ (Malič/Schnicke 2010: 41).

Bereits zehn Jahre zuvor, im Bulletin zum 10. ZiF-Jahrestag hatte Nickel gefordert: „Eine feministische Herausforderung an die Wissenschaft ist [...] die, als eine ‚Form des kollektiven Gedächtnisses‘ zu fungieren und in diesem Sinne beispielsweise feministische Wissenschaftskritik für die Interpretation

der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte produktiv zu machen.“ In der dazugestellten Fußnote betonte sie: „Umso wichtiger ist es, daß die Dokumentationsstelle des ZiF sich schwerpunktmäßig auf Materialien konzentriert, die zur Erhellung dieser Zusammenhänge beitragen.“ (Nickel 1999: 9) Dieser Forderung fühlte sich die Genderbibliothek nicht nur bei diesem Thema immer verpflichtet.

DDF-Projekte

Eine besondere Möglichkeit, Quellen von DDR-Frauengeschichte nicht nur zu sammeln, sondern auch selbst aufzuarbeiten, ergab sich 2016 mit der Gründung des i.d.a.²²-Projektes Digitales Deutsches Frauenarchiv (DDF). Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bekam es laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung den Auftrag, die wissenschaftliche Aufarbeitung der deutschen Frauenbewegung, unter besonderer Beachtung der Frauenbewegung in der DDR und der Umbruchzeit 1989/90 voranzutreiben. Dafür sollten ausgewählte Bestände aus Archiven und Bibliotheken digitalisiert und zusammen mit thematischen und Akteurinnen-Essays im DDF veröffentlicht werden.

Der besondere Fokus auf die Frauenbewegung der DDR und Umbruchzeit favorisierte die Expertise und die Bestände der Genderbibliothek des ZtG (Aleksander 2019a: 13–15; Schimkat 2019: 24–28). Ein weiterer wichtiger Grund für die Digitalisierung der ausgewählten Quellen war, damit dem „Fokus auf [...] das, was gerade erinnerungspolitisch Konjunktur hat (also Jubiläen)“ etwas gegenüberzustellen, weil: „Sehr viel weniger präsent sind Quellen mit Bezug auf den Alltag der Menschen, die eine Geschichte von unten ermöglichen.“ (König 2020: 246) Deshalb bewarb sich die Genderbibliothek zwischen 2018 und 2019 erfolgreich um zwei DDF-Projekte.

Für das erste Projekt wurden Interviews des Ost-West-Europäischen FrauenNetzwerks (OWEN) in digitalisierter und transkribierter Form für den Bestand der Genderbibliothek erfasst und für die wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung gestellt. Die Interviews sind Teil des internationalen Forschungs- und Bildungsprojektes *Frauengedächtnis – auf der Suche nach der Identität von Frauen im Sozialismus* (Women’s Memory²³), an dem ab Ende der 1990er-Jahre mehrere mittelost- und südosteuropäische Länder einschließlich

22 i.d.a.= informieren, dokumentieren, archivieren, Name des Dachverbandes der deutschsprachigen Lesben-/Frauenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen; www.ida-dachverband.de; [Zugriff: 26.09.2020].

23 <http://womensmemory.net/english/>; [Zugriff: 26.09.2020].

(Ost)Deutschland (!) beteiligt waren. Es untersuchte Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen, individuellen Lebensgeschichten und Identitäten von Frauen, die die längste Zeit ihres Lebens im Sozialismus gelebt hatten. Die 130 narrativen Interviews (insgesamt ca. 360 Stunden) wurden mit Frauen verschiedener Generationen aus der DDR, geboren zwischen 1920 und 1960, geführt. Zum OWEN-Projekt²⁴ gehören darüber hinaus Transkripte, Biogramme, Protokolle, Globalanalysen und Begleitmaterialien zur Rekonstruktion zeitgeschichtlicher Hintergründe, wie z.B. DDR-Belletristik und -Filme, Frauenzeitschriften, Brigadetagebücher etc. Die Materialien waren der Genderbibliothek wegen der Auflösung der Räume von OWEN schon viele Jahre zuvor übergeben worden. Erst mit den DDF-Projektmitteln war die bibliothekarisch/archivalische Erfassung und die Forschungsarbeit damit möglich.

Ausgewertet wurden die Interviews in drei Essays zum Thema Frauen der drei Generationen im Sozialismus, die im DDF veröffentlicht sind (vgl. Schimkat 2020b, 2019b, 2019c). Außerdem wurden Essays zur Geschichte des DFD (1947–1990) (Schröter 2020) verfasst und zum Frauentreff Sundine in Stralsund als ein Beispiel für die gesellschaftliche Arbeit von Frauen in der DDR und Umbruchzeit (Schimkat 2020a).

Das zweite DDF-Projekt setzte die Arbeit mit den Interviews unter dem Aspekt der Alterssicherung von Frauen in der DDR und Umbruchzeit fort (Schimkat 2020c).

Die Geschichte des DFD wurde in einem weiteren Essay unter dem speziellen Thema betrachtet, wie die Frauen dort als Akteurinnen der Friedenspolitik der DDR wirkten (Aleksander 2020 b).

Außerdem wurde die Zeitschrift *Informationen des Wissenschaftlichen Beirates/Rates: Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft* für das Projekt vollständig digitalisiert. Sie veröffentlichte von 1965 bis Anfang 1990 in 149 Heften Forschungsergebnisse zum Stand der Gleichberechtigung der Frauen und Mädchen in der DDR und welche Faktoren diesen Prozess beförderten und bremsten (Ulrich 2020). Damit steht ein Original der Forschung über die Lage der Frauen in der DDR online zur Verfügung, das bisher nur begrenzt zugänglich war und neue Projekte und Darstellungen befördern kann.

Fazit

Etwas bleibt – das ist keine Frage. Es bleibt die Sammlung der Genderbibliothek und der ZtG-Projekte zu den Themen Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern. Als eine Form des

24 <https://www.owen-berlin.de/archiv/frauengedaechtnis.php>; [Zugriff: 26.09.2020].

kollektiven Gedächtnisses liefert sie Quellenmaterial für eine Zeitspanne von 70 Jahren bis 40 Jahre DDR und 30 Jahre Transformationsgeschichte. Dabei stellen die Probleme der Gegenwart die Fragen an die Vergangenheit. Bücher, Artikel, Archivalien, Filme, Interviews, Belletristik [...] bieten Material, um „die historischen Formen der Geschlechterverhältnisse, die konkreten Ursachen und Erscheinungsformen der strukturellen Benachteiligung des weiblichen Geschlechts zu erforschen und damit auch ein herrschendes Geschichtsverständnis (in seiner Mischung von Ideologie und Androzentrismus) zu revidieren.“ (Dölling 1990: 19) – und das sowohl im sozialistischen als auch im kapitalistischen Patriarchat, Auffassungen der Arbeiterbewegung als auch den aktuellen Geschichtsdiskurs betrachtend. Heute ist mehr denn je ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein gefragt, mit notwendiger Quellenkritik und Stärke zur Differenzierung. So könnte eine vergleichende Parallelgeschichte beider deutscher Staatengebilde gelingen. Auch in diesem Sinne betreffen Fragen an die DDR-Geschichte Fragen der Gegenwart an die Zukunft.

„Es ging um Zukunft, wissen Sie. Was bleibt. Was bleibt.“ (Wolf 1990: 103)

Literaturverzeichnis

- Aleksander, Karin (2020a): Edith Oeser. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv 2020, URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/edith-oeser> [Zugriff: 26.09.2020].
- Aleksander, Karin (2020b): Frauen als Akteurinnen der Friedenspolitik der DDR. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-als-akteurinnen-der-friedenspolitik-der-ddr> [Zugriff: 26.09.2020].
- Aleksander, Karin (2019a): Projekt der Genderbibliothek des ZtG im Digitalen Deutschen Frauenarchiv. In: ZtG-Bulletin Info 19, 59, S. 13–15.
- Aleksander, Karin (2019b): Warum und zu welchem Ende gibt es Frauen-, Lesben-, Genderbibliotheken? In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/warum-und-zu-welchem-ende-gibt-es-frauen-lesben-genderbibliotheken> [Zugriff: 12.05.2021].
- Aleksander, Karin (2013): Parallels in the history of women's/gender studies and its special libraries. In: Jong, Sara/Koevoets, Sanne (Hrsg.): Teaching gender with libraries and archives. The power of information. Utrecht: AtGender u.a., S. 31–48.
- Aleksander, Karin (2005): Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern. Eine Bibliographie. Berlin: Trafo Verlag Dr. Weist.
- Aleksander, Karin (2005): Wie werden interdisziplinäre Gender-Studiengänge mit Literatur versorgt? In: Hauke, Petra (Hrsg.): Bibliothekswissenschaft - quo vadis? Eine Disziplin zwischen Traditionen und Visionen; Programme - Modelle - Forschungsaufgaben = Library science - quo vadis? München: Saur, S. 265–284.

- Aleksander, Karin (2004): Wie werden Gender Studies-Studierende mit der notwendigen Literatur versorgt? In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) der HU Berlin (Hrsg.): *Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen*. Berlin: trafo Verlag, S. 136–138.
- Aleksander, Karin (1997): OSTFEM V. In: *Neue Impulse* 6, 2, S. 17.
- Aleksander, Karin (1995): Bekanntes erkennen. Informationen zur Frauenforschung Ost. In: *Die Philosophin* 6, 1995, 11, S. 75–93.
DOI <http://dx.doi.org/10.25595/896>.
- Assmann, Aleida (2006): Kanon und Archiv. Genderprobleme in der Dynamik des kulturellen Gedächtnisses. In: Bidwell-Steiner, Marlen/Wozonig, Karin S. (Hrsg.): *A Canon Of Our Own? Kanonkritik und Kanonbildung in den Gender Studies*. Innsbruck: Studienverlag, S. 20–34.
- Bahrman, Hannes/Links, Christoph (1995): *Chronik der Wende*. Teil: 2, Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag. Onlineversion: https://www.chronikderwende.de/wendepunkte/wendepunkte_jsp/key=wp18.3.1990.html [Zugriff: 22.03.2021].
- Baum, Anja (1991): Feminismus war unerwünscht. In: *taz* (Tageszeitung) vom 7.3.1991, S. 22. <https://taz.de/Feminismus-war-unerwuenscht/!1729125/> [Zugriff: 12.09.2020].
- Baume, Brita; u.a. (Hrsg.) (1999): *Der weibliche multikulturelle Blick*. Berlin: trafo Verlag, 1995.
- Baume, Brita; Felber, Christina (1994): OSTFEM II – Bestandsaufnahme. Forschungen zu Frauenbiographien. In: *Utopie kreativ* 5, 45/46, S. 159–164.
- Baume, Brita (1993): Nation-Kultur-Geschlechterverhältnis. Internationales Symposium an der Humboldt-Universität zu Berlin. In: *Metis* 2, 3, S. 110–112.
- Berth, Hendrik/Brähler, Elmar (2000): *Zehn Jahre Deutsche Einheit. Die Bibliographie*. Berlin: VWF.
- Brückweh, Kerstin (2020): Das vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70, 28–29, S. 4–10.
- Bütow, Birgit (1994): Mein ganz eigen-artiges Feminismus-Verständnis. In: Rohnstock, Katrin (Hrsg.): *Stiefschwestern. Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag, S. 107–114.
- Coch, Lisa (1992 a): Bericht über das Projekt Frauen in Ost und West. Kulturelle Selbst- und Fremdwahrnehmung während der Demokratisierungsprozesse nach 1989. In: *ZiF-Bulletin* 3, 5, S. 7–24.
- Coch, Lisa (1992 b): OSTFEM (Tagungsbericht). In: *ZiF-Bulletin* 2, 5, S. 74–75.
- Dier, Susanne (2020): Schatzkisten suchen Forscher*innen. In: *Digitales Deutsches Frauenarchiv*. URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/blog/schatzkisten-suchen-forscherinnen>; [Zugriff: 26.09.2020].
- Dölling, Irene (2011): Ostdeutsche Frauenforschung. Be-/Gefangenheit in Denkmustern der industriegeschichtlichen Moderne. In: Binder, Beate u.a. (Hrsg.): *Traveling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 39–48.
- Dölling, Irene (1999): 10 Jahre Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der HU. Eine persönliche Rück Erinnerung an die Anfänge. In: *ZiF-Bulletin* 10, 19, S. 13–27.

- Dölling, Irene (1989): Was brauchen wir, um uns als Institution zu etablieren? Berlin 26.10.1989, S. 2. [im Archiv des ZtG].
- Gansel, Carsten (2009): Rhetorik der Erinnerung. Zu Literatur und Gedächtnis in den ‚geschlossenen Gesellschaften‘ des Real-Sozialismus zwischen 1945 und 1989. In: Gansel, Carsten/Korte, Herrmann (Hrsg.): Rhetorik der Erinnerung. Literatur und Gedächtnis in den ‚geschlossenen Gesellschaften‘ des Real-Sozialismus zwischen 1945 und 1989. Göttingen: V & R Unipress, S. 9–16.
- Geisler, Magdalene (1996): DDR-Frauengeschichte bleibt spannend. Neue Projekte der Forschung auf der OSTFEM V. In: Fakta für Frauen 5, 6, S. 5.
- Geisler, Magdalene (1994): Von der Selbstfindung zum Dialog. Die OSTFEM II diskutiert über Vergangenheit und Gegenwart. In: Fakta für Frauen 2, 12, S. 8.
- Hobohm, Hans-Christoph (2004): Bibliotheken. In: Kuhlen, Rainer/Laisiepen, Klaus/Strauch, Dietmar (Hrsg.): Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation. Band 1: Handbuch zur Einführung in die Informationswissenschaft und -praxis. München: Saur, S. 505–514.
- Jähnert, Gabriele (2010): Geschlechterforschung/Gender Studies. In: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden. Teil: Praxis ihrer Disziplinen/6., Selbstbehauptung einer Vision. Berlin: Akademie-Verlag, S. 313–329.
- Jähnert, Gabriele; u.a. (Hrsg.) (2001): Gender in Transition in Eastern and Central Europe. Proceedings. Berlin: trafo Verlag.
- Jähnert, Gabriele (1999): Zehn Jahre danach. Zum Stand der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung in den neuen Bundesländern. In: Zif-Bulletin 20, 19, S. 47–63.
- Jähnert, Gabriele (1998): Aktuelles aus dem ZiF. In: ZiF-Bulletin 19, 17, S. 154–156.
- Jähnert, Gabriele (1997a): Aktuelles aus dem ZiF. In: ZiF-Bulletin 8, 14, S. 136–140.
- Jähnert, Gabriele (1997b): Vorwort. In: ZiF-Bulletin 8, 14, o. S.
- Jähnert, Gabi (1992): Zum Selbstverständnis und Schwerpunktanliegen des ZiF. In: ZiF-Bulletin 3, 4, S. 3–4.
- Jähnert, Gabriele/Lehnert, Elke/Lund, Hannah/Reinsch, Heide (2001): Der Frauengeschichte an der HU auf der Spur mit der Datenbank ADA des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung. In: ZiF-Bulletin Texte 12, 23, S. 87–92. <https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletin-broschueren/bulletin-texte/texte-23/bulletin-texte-23> [Zugriff: 26.05.2021].
- Jong, Sara/Koevoets, Sanne (Hrsg.) (2013): Teaching gender with libraries and archives. The power of information. Utrecht: AtGender u.a. https://atgender.eu/wp-content/uploads/sites/207/2013/11/Libraries_nyomda%20vol10.pdf [Zugriff: 26.05.2021].
- König, Mareike (2020): Geschichtswissenschaft und Archive im digitalen Zeitalter. Chancen, Risiken und Nebenwirkungen. In: Der Archivar 73, 3, S. 245–251. https://www.archive.nrw.de/sites/default/files/media/files/Archivar_2020-3-_Internet.pdf [Zugriff: 26.05.2021].
- Kreher, Simone (Hrsg.) (1999): An ihnen wird Geschichte deutlich. Sieben Porträts ehemaliger Wissenschaftlerinnen der Humboldt-Universität. Ergebnisse eines Projekt tutoriums. Berlin. (Materialien zur Frauengeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, 1/Sonderbulletin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung der HU Berlin).

- KSPW (Hrsg.) (1995): Forschungsvorhaben, Veröffentlichungen. Graue Reihe, 004. Halle: KSPW.
- Lerner, Marion/Eifler, Christine (1993): Verschiedene Perspektiven. Bibliographie. Die Frau in der DDR und in den Neuen Bundesländern – gesehen von Ost- und Westfrauen vor und nach der Wende; eine Auswahl sozialwissenschaftlicher Forschungen. In: Mierau, Dörte/Eifler, Christine (Hrsg.): Ultramarin. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung; Stiftungsverband Regenbogen, S. 88–107.
- Lila Offensive (2011): Aus den friedlichen Küchen der Revolution. Wider die feierliche Verklärung von „Wende“ und Mauerfall. In: Schäfer, Eva; u.a. (Hrsg.): Frauenaufbruch 89. Was wir wollten – Was wir wurden. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2011, S. 76–78.
- Malich, Lisa/Schnicke, Falko (2010): Institutionalisierung und Komplexität. Berliner Reflektionen zu Genese und Gegenwart der Geschlechterforschung. Bericht zur wissenschaftlichen Tagung ‚Travelling Gender Studies‘, 4.–5.12.2009, Humboldt-Universität zu Berlin. In: ZtG-Bulletin Info 21, 40, S. 40–42.
- Nickel, Hildegard M. (2011): Grenzen überschreiten – Pflöcke einschlagen! Zur Institutionalisierung der (ostdeutschen) Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. In: Binder, Beate u.a. (Hrsg.): Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 22–37.
- Nickel, Hildegard M. (2006): Biographische Notiz. In: Vogel, Ulrike (Hrsg.): Wege in die Soziologie und die Frauen- und Geschlechterforschung. Autobiographische Notizen der ersten Generation von Professorinnen an der Universität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 261–273.
- Nickel, Hildegard M. (1999): Das ZiF. Ein Paradigma der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung. In: ZiF-Bulletin 10, 19, S. 1–12.
- Niethammer, Lutz (1994): Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR. In: Kaelble, Hartmut u.a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett Cotta, S. 95–115.
- Pasternack, Peer (2001): Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000. Wittenberg: Institut für ochsenschulforschung der MLU.
- Pelkner, Anna K. (1999a): Feministische Wissenschaft und politische Einmischung. Die Geburtsstunde des ZiF an der Humboldt-Universität Berlin. In: ZiFBulletin 10, 19, S. 28–41.
- Pelkner, Anna K. (1999b): Möglichkeiten und Grenzen der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung. Kanada und BRD: ein transatlantischer Vergleich. Diplomarbeit. Berlin: Humboldt-Universität, Institut für Sozialwissenschaften.
- Prpić, Jasmina (2012): 30 Jahre UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) in Deutschland. Eine Bilanz. Abschlussarbeit im LL.M.-Studiengang an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Rechtswissenschaftliche Fakultät WS 2011/2012, Freiburg.
- Rohnstock, Katrin (1992): Frauen-ABM-Kultur. Auf der Suche nach der verschütteten Identität in Berliner Frauenprojekten. In: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung (Kultur in Deutschlands Osten). Berlin 15, 32, S. 118–130.
- Rundbrief des ZiF 5(1997)9, S. 1.
- Rundbrief des ZiF, 2(1994)3, S. 1

Rundbrief des ZiF, 2(1994)2, S. 1

Schimkat, Heike (2020a): Sundine revisited. Vom DFD-Beratungszentrum in der DDR zum Frauentreff im vereinten Deutschland. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/sundine-revisited-vom-dfd-beratungszentrum-der-ddr-zum-frauentreff-im-vereinten-deutschland> [Zugriff: 26.09.2020].

Schimkat, Heike (2020b): Frauen im Sozialismus: Generation 1940–1960. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-im-sozialismus-generation-1940-1960> [Zugriff: 26.09.2020].

Schimkat, Heike (2020c): Alter(n) und Alterssicherung von Frauen in der DDR und im Transformationsprozess. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/altern-und-alterssicherung-von-frauen-der-ddr-und-im-transformationsprozess> [Zugriff: 26.09.2020].

Schimkat, Heike (2019a): Frauen im Sozialismus. Generation 1930–1940. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-im-sozialismus-generation-1930-1940> [Zugriff: 26.09.2020].

Schimkat, Heike (2019b): Frauen im Sozialismus. Generation 1920–1930. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-im-sozialismus-generation-1920-1930> [Zugriff: 26.09.2020].

Schimkat, Heike (2019c): Neues vom Projekt der ZtG-Genderbibliothek im Digitalen Deutschen Frauenarchiv (Oktober 2018–März 2019). In: Bulletin Info. Berlin 30, 58, S. 24–28.

Schlegel, Uta (1994): Frauenthemen in der KSPW. In: Neue Impulse 3, 2, S. 14.

Scholz, Hannelore; u.a. (Hrsg.) (1999): Brüche. Auf-Brüche – Um-Brüche – Aus-Brüche in Ost und West. Berlin: trafo Verlag.

Scholz, Hannelore; u.a. (Hrsg.) (1994): Ich will meine Trauer nicht leugnen und nicht meine Hoffnung. Veränderungen kultureller Selbstwahrnehmungen von ostdeutschen und osteuropäischen Frauen nach 1989. Bochum: Winkler.

Schröter, Ursula (2020): Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD). In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/demokratischer-frauenbund-deutschlands-dfd> [Zugriff: 26.10.2020].

Schwarz, Gislinde/Zenner, Christine (1990): Ursprünglich war da mal eine Frau. Die Geschichte eines Briefes. In: Schwarz, Gislinde/Zenner, Christine (Hrsg.): Wir wollen mehr als ein „Vaterland“. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 7–14.

Steiner, Christine (2005): Getting the blues. Die Bewerkstelligung der deutschen Einheit und das Lebensgefühl der Ostdeutschen. In: Wiekert, Ingo (Hrsg.): Zehn aus Achtzig. Burkart Lutz zum 80. Forschungsergebnisse aus dem Zsh [Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg]. Berlin: Berliner Debatte, Wiss.-Verl., S. 299–322.

Ullrich, Renate (2020): Die Grünen Hefte. INFORMATIONEN. Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/die-gruenen-hefte-informationen-die-frauer-sozialistischen-gesellschaft> [Zugriff: 26.09.2020].

Wolf, Christa: Was bleibt. Frankfurt am Main: Luchterhand, 1990.

Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) (Hrsg.) (1996): ZiF-Bulletin 7, 13.

ZiF (Hrsg.) (1995a); Aleksander, Karin; (Red.): Dissertationen und Habilitationen zu frauen- und geschlechterspezifischen Themen an den Hochschulen der DDR und

- der neuen Bundesländer. Dokumentation der Jahre 1983–1994. (Sonder-Bulletin, 5) Berlin.
- ZiF (Hrsg.) (1995b): Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisierungserfahrungen. Pfaffenweiler: Centaurus.
- ZiF (Hrsg.) (1994): ZiF-Bulletin 5, 10.
- ZiF (Hrsg.) (1993); König, Birgit; Raspe, Diana (Red.): Geschlechtsspezifische und frauenbezogene Abschlusarbeiten an der Humboldt-Universität zu Berlin 1970–1992. (Sonder-Bulletin, 4) Berlin.
- ZiF (Hrsg.) (1991): ZiF-Bulletin 2, 3.
- ZiF (Hrsg.) (1990b): Netzwerk. (Sonder-Bulletin, 1) Berlin.
- ZiF (Hrsg.) (1990a): ZiF-Bulletin 1, 1.
- ZiF/Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.) (1996): Zur Geschichte des Frauenstudiums und weiblicher Berufskarrieren an der Berliner Universität. Berlin.
- Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien/Projektgruppe Edition Frauenstudium (Hrsg.) (2010): Störgröße F. Frauenstudium und Wissenschaftlerinnenkarrieren an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin 1892 bis 1945. Eine kommentierte Aktenedition. Berlin: trafo.

Contested Feminist Narratives of Three Decades. Uncertain Prospects of Czech Gender Studies

Iveta Jusová and Iva Šmídová

Introduction

The history of the establishment of Gender Studies as a discipline in the Czech Republic has been well documented, especially by Hana Hašková in her two 2011 articles, one published in *Aspasia*, the other in *Travelling Gender Studies* (Hašková 2011a, 2011b). Various relevant texts also appeared more synchronously with the events as they unfolded during the immediate post-1989 period, when Gender Studies and feminism were being introduced and debated in the Czech post-socialist context. Jiřina Šiklová (1993a, 1993b, 1998), Hana Havelková (1993, 1997), Jiřina Šmejkalová (1993, 1995), Jana Hradílková (1993), Laura Busheikin (1993), as well as Ann Snitow (2020) are among those who left behind a written record of these often heated post-1989 debates about the relevance of feminism in the Czech, and more broadly Eastern European, context. While most of these texts focus on Prague, the context of the Moravian metropolis of Brno is also discussed. Věra Eliášová, Simona Fojtová, and Martina Horáková's 2014 essay focuses specifically on Brno and on the role played by the Masaryk University's English and American Studies students in the post-1989 discussions concerning gender studies.¹ In terms of more recent assessments, Blanka Nyklová's (2017, 2018) reflections concerning the impact of the neoliberalization of Czech universities on Gender Studies are especially relevant.

In reviewing literature that has been published on the topic, the main dilemmas faced by the early Czech Gender Studies scholars were found to include: 1) Absence of awareness about and dismissal of feminism in pre-1989 socialist Czechoslovakia, as well as direct hostility toward feminism on the part of the Czech public and many Czech academics post-1989. 2) Questions about the best institutional setting for the discipline in the Czech context: Should Gender Studies be established outside or inside the traditional Czech

1 We do not capitalize the term gender studies when using it to denote an area of studies or as a different term for gender issues/topics. When it denotes an academic department/program or discipline, we capitalize the term.

academic structures? Created as a separate program and/or department or as knowledge and tools incorporated into various already existing disciplines?² Following a set disciplinary line or respecting interdisciplinary nature in Gender Studies? A variety of different approaches to institutionalization were discussed, and this plurality of possible paths was not generally seen as a contradiction. Rather, it was understood that various paths and approaches might need to be explored and pursued for developing and furthering Gender Studies as a discipline.

Three decades later, Gender Studies has been established as an autonomous discipline at three Czech academic institutions. Additionally, individual faculties across Czech universities incorporate gender issues and topics into their courses within a variety of different departments. However, as we discuss in the second part of this chapter, while the trajectory of the establishment of Gender Studies in Czech academia between the early 2000s and circa 2017 appeared to be one of a more or less steady progress, in recent years Gender Studies as a field of study has suffered some institutional setbacks, and the future trajectory of the discipline's development is far from certain and set. Today, Czech Gender Studies scholars face continued apathy towards feminism among the general public, assaults from increasingly emboldened conservative anti-gender pundits, as well as an overall indifference by most (although not all) university administrators.

Back to the Beginnings: Early to Mid-1990s

In the Czechoslovakia of state socialism, feminism was dismissed as a bourgeois ideology irrelevant in a socialist context where women had become fully employed outside the house (and thus were presumably emancipated) and where men and women were expected to share a common goal: together, side by side, to struggle for a communist future. While Czechoslovak sociologists, including Šiklová (1993a) and Marie Čermáková (see Čermáková quoted in Tupá³), did write on the topic of Czechoslovak women's position in socialist society, they were not familiar with the research being done in the fields of feminist theory, epistemology, or feminist sociology in what was known as 'the West'. Western feminist texts were simply unavailable to Czechs before 1989, including to dissidents. And the strong local tradition of feminist

- 2 As Karin Aleksander has observed in her 2013 article on the history of women's studies libraries in West Germany, discussions about autonomy and/or integration were a feature shared by many early women's projects as they were undergoing institutionalization (2013: 36–37).
- 3 We first found this reference in Hana Hašková's article "Establishing Gender Studies in Czech Society" (Hašková 2011a: 146–147).

activism in pre-1948 Czechoslovakia was generally not known or ignored by scholars. Among others, Šiklová, the founder of the Gender Studies Foundation (1992), and Čermáková, who founded the Department of Gender and Sociology at the Czech Academy of Sciences, have both commented on the dearth of feminist texts behind the ‘Iron Curtain’.⁴ Significantly, Jiřina Šmejkalová’s 1993 essay “Do Czech Women Need Feminism?” discusses the consequences of the absence of discourses from the Czechoslovak intellectual context that she identifies as underpinning (in the early 1990s) Western feminist conceptual thinking: psychoanalysis, Western Marxist academic discourse, and deconstruction. Šmejkalová takes each of these discourses and outlines the ways in which their absence in the pre-1989 Czechoslovak setting posed hurdles to the post-1989 communication between Western feminists (versed in these philosophical traditions) and Czech scholars (used to working with a different interpretive framework). Studying feminist theory is no linear task; it is filled with digressions under the most straightforward of circumstances. Imagine the task of ‘catching up’ on feminist theory (with digressions into psychoanalysis, deconstruction, Western Marxism, post-colonial thought, critical race theory, queer theory, etc.) in the immediate post-1989 years and in a foreign language – the dictionary helping only at the level of signifiers.

The socialist regime limited the Czechoslovak public’s exposure to Western (and thus presumably ideologically suspect) thought by a number of means, including maintaining linguistic gaps. Strict limits were set on the numbers of students permitted to study English (and other foreign languages with the exception of Russian) at Czechoslovak schools and especially universities. Particularly in the pre-1989 context, a public untrained in Western foreign languages tended to be left dependent on state-controlled translations for any substantive exposure to knowledge and views from outside national borders. Additionally, while much of the population (especially older generations) did speak German, West German literature was as restricted for Czechoslovak citizens as the highly suspect literature written in English. In this context, it is fascinating to ponder the existence of debates about feminism among some academics in pre-1989 East Germany, also a member of the Soviet Bloc. While this topic warrants further research, to our knowledge,⁵ these feminist conversations did not travel from East Germany to Czechoslovakia. This was likely due to the generally quite limited cross-border exchanges between academics even within the Soviet Bloc, as well as due to

- 4 For Marie Čermáková’s comments on this topic, see Hana Hašková (2011a: 146–147). For Jiřina Šiklová’s comments on this topic, see for instance Šiklová 1993a (especially page 8).
- 5 Šiklová was similarly unaware of any information about feminism leaking into Czechoslovakia from East Germany prior to 1989. E-mail correspondence between Jusová and Šiklová, August 10, 2020.

the semi-official, not exactly sanctioned, nature of pre-1989 feminist discussions at East German universities.

Some of the earliest post-1989 Czech-speaking Gender Studies scholars, including Gerlinda Šmausová, Alena Wagnerová, and Jana Valdrová, were German language and (West) German context oriented.⁶ Furthermore, some of the first foundations that provided important financial support to the Gender Studies Foundation/Center were based in Germany, including Frauen-Anstiftung and Heinrich-Böll-Stiftung. But other financial support arrived from English-speaking countries, particularly the Open Society Fund sponsored by the Hungarian-American philanthropist George Soros. Since English had by the early 1990s become the de facto global language of the Women's and Gender Studies discipline and due to the impact of US feminist scholars arriving on Fulbright and other scholarships in Prague post-1989, English quickly became the dominant mediating language for the discipline of Gender Studies as it was taking root in the Czech Republic.⁷ Renate Haas's edited book *Rewriting Academia: The Development of the Anglicist Women's and Gender Studies of Continental Europe* focuses on the role played by Anglo-American studies in the establishment of Gender Studies as an academic discipline at universities across Europe, including in the post-1989 Czech context. Eliášová, Fojtová, and Horáková's chapter in Haas' book discusses the lively conversations about feminism among Anglo-American studies students at Czech universities, and specifically Masaryk University, throughout the 1990s. Possessing a working knowledge of English, these students had the linguistic skills needed in order to access English-language feminist literature, and they also played an important role in translating early Western feminist texts into Czech (Eliášová, Fojtová and Horáková 2014: 204–205). By and large, those who had had the opportunity to study English prior to 1989 found themselves at a great advantage on all fronts post-1989, including in discussions concerning feminism.⁸ Those who did not have access to Western foreign languages prior to 1989 quickly realized English was the language that would open the Gender Studies field to them.⁹

6 Šmausová and Wagnerová were Czech academics, who prior to the 1990s, lived and worked in exile in West Germany.

7 The centrality of English as the mediating language in the Gender Studies field in the Czech Republic was solidified by the backing of the Ford Foundation and the Canadian Embassy, and later, in the 2000s, by the European Union funding available for gender studies related projects in the Czech context.

8 French-written feminist texts also had some influence in the immediate post-1989 Czech context, specifically within the ecofeminist circles at Masaryk University.

9 Beyond the specific Czech context, see Gabriele Griffin and Rosi Braidotti (2002) on the implications of the Anglo-American domination of feminist knowledge during the establishment of Women's/Gender Studies as a discipline across continental Europe. Braidotti's discussion of the early debates among European feminists about whether the term gender should be translated into local languages or adopted in its English version is also relevant (Braidotti 2002).

The post-1989 debates between US, Canadian, and German feminist academics on the one hand and local intellectuals and activists interested in women's issues on the other hand have been well-documented (Busheikin 1993, Šiklová 1993a, 1993b, Havelková 1993, Šmejkalová 1993, Hašková 2011a, 2011b, Fojtová 2016). While the Czech participants in these exchanges were initially somewhat ambivalent about the usefulness of feminism and Gender Studies for the local post-socialist context and were often frustrated with (some of the) Western feminists' attitudes of superiority, they were also clearly curious about the field. They remained involved in the cross-cultural dialogues, took upon themselves the uneasy task of explaining feminism/s to the hostile local public (see Havelková quoted in Hašková 2011a: 147), and, already in the early 1990s, started teaching Gender Studies classes to Czech students. While often feeling (in the words of Šmejkalová) "deep suspicion of our own competence in the field" (1995: 1005), this only propelled them to deepen and expand their interrogation of the field that they found fascinating. They remained engaged, standing ready to parse Gender Studies concepts and interrogate their relevance for the local circumstances, while also seeking to leave their own mark on the field.

Some of the Czech scholars soon started expressing objections to those visiting academics whom they perceived as mining the post-socialist context for novelty material and who treated local scholars as if they were clearly subordinate research assistants, involved only to help gather empirical data, which would then be turned into theories by the presumably more competent Western academics (Šmejkalová 1995: 1001, Šmejkalová 2004: 171, Hašková 2011a: 154). As Šmejkalová has expressed it, "an assumption came into being according to which the 'West' was the producer of 'theory' and the 'East' was supposed to provide the empirical data" (2004: 171). Ann Snitow's 2020 memoir peppered with critical self-reflections leaves no doubt that at least some of the visiting feminists approached the post-socialist location with much critical awareness and self-doubt (2020: 90–95, 112). Yet, Snitow herself notes the overwhelming presence of privileged, mostly American, travelers in Prague in 1991, who exuded over-confidence despite their ignorance of the Czech context. One of the driving forces behind the establishment of the first Czech Gender Studies research teams and centers was likely a desire on the part of local scholars to assert control over the local sources of knowledge, over the ways in which that knowledge would be interpreted and what conclusions and theories would be derived from it. Furthermore, Czech scholars strove to gain control over the ways in which this newly emerging knowledge about women's issues under state socialism and post-socialism would enter into the broader transnational feminist theoretical discourse. Among others, Šmejkalová mounted a critique of the unequal relationship inscribed into much of the post-1989 East-West exchanges, stating, "It is time to start designing a 'room of our own'" (1995: 1001).

Following the events of 1989, the apartment of dissident, sociologist, and organizer Jiřina Šiklová became an unofficial center for meetings and educational activities on feminist topics. Soon, Šiklová's bookshelves were overflowing with feminist books donated from the US, Germany, and Scandinavia. With initial funds from the Network of East-West Women (and later with the long-term financial backing from Frauen-Anstiftung), in 1992, the group around Šiklová registered as a non-profit under the name of the Gender Studies Foundation (soon to be renamed the Gender Studies Center). The Foundation's main objective was to serve as "a curriculum center for developing teaching programs in the field of Gender Studies" (Hašková 2011a: 148). It was under the auspices of this Foundation/Center that the first Gender Studies courses were designed and accepted, "rather grudgingly" (Šmejkalová 2004: 175), by the Faculty of Arts and the School of Social Sciences of Charles University as optional classes for students in the academic year of 1991–1992.

Several lecturers taught these early courses, offered at Charles University as well as Masaryk and Palacký Universities, and the Gender Studies Foundation/Center also sponsored traveling public lectures about feminism for the non-academic public.¹⁰ Šmejkalová (1995), who taught the venue's Gender-Culture-Society course, published a reflection on her experience in the 1995 *Signs* special issue on Postcolonial, Emergent, and Indigenous Feminisms. The essay serves as a valuable historical record. In it, Šmejkalová describes a mix of excitement and anxiety that accompanied teaching this first (in the Czech setting) feminist theory course. The task faced by the instructor was formidable, especially considering the open animosity towards feminism among the Czech general public at the time.¹¹ Parsing out decades of potentially relevant writings (in English or German) and catching up on the underlying theoretical frameworks new to the local audiences and to the Czech language, the instructor had to make decisions about which texts or concepts might be the most germane for the post-1989 Czech classroom. Presenting open-ended questions, possibly with no right answers, to an audience used to the teacher always having the right answers was also a new experience (Šmejkalová 1995: 1003). The assigned texts were mostly in English, although the students' level of English fluency varied, and the English-Czech dictionaries available at the time were not necessarily adequate for the tasks posed by a feminist theory (or

10 Hana Hašková lists the following scholars as being among the teachers and participants in these early Gender Studies courses: Jiřina Šiklová, Jana Hradílková, Laura Busheikin, Hana Havelková, Jiřina Šmejkalová, Marie Čermáková, Libora Oates-Indruchová, Pavla Frýdlová, Mirek Vodrážka, Pavla Jonssonová, Hana Maříková, Šárka Gjuričová, Eva Hauserová, and Eva Věšínová-Kalivodová (2011a: 149).

11 Rebecca Nash describes the animosity towards feminism on the part of Czech public in the early 1990s as "almost a physical repulsion" (2002: 294). This open hostility is cited also as one of the reasons behind the decision to name the discipline in the Czech context by the more obscure term Gender Studies rather than Feminist or Women's Studies (Šmejkalová 2004: 172, Lenka Václavíková Helšusová quoted in Hašková 2011a: 149).

feminist sociology, for that matter) seminar. One can imagine the excitement and apprehension accompanying the charge of bringing these new ways of thinking and new subjects to the attention of local students.

Gender Studies as an Autonomous Field of Study in the Czech Republic: Late 1990s–Present

Discussing her experience teaching this early Gender Studies course, Šmejkalová also mentions the following issues as causing some confusion: “[N]ot only did I present (at least within the local context) a non-defined discipline, I was also non-defined as a teacher” (1995: 1002). The question of how best to incorporate Gender Studies into the existing Czech academic structure was much debated throughout the 1990s. Clearly, the new methodological and theoretical tools and knowledge needed to be integrated, where possible, into the already existing disciplines and departments. However, how much effort should go into developing separate Gender Studies departments? Would the new field survive long term in academic settings if it did not claim the form of a recognized autonomous department or at least autonomous academic program? The confusion, as articulated by Šmejkalová (1995: 1002) and others, arising from teaching a “non-discipline” as a visiting scholar and within an institution that only “grudgingly” made space for a few elective classes suggests the precarity and long-term untenability of teaching Gender Studies outside the recognized academic structures.

In the following section of our chapter, we first discuss the establishment and the subsequent development (up to the present) of Gender Studies as an autonomous discipline at 1) the Academy of Sciences of the Czech Republic, 2) Charles University, and 3) Masaryk University. In the next part of the chapter, we briefly discuss some individual faculty’s efforts to teach gender and sexuality topics outside of Gender Studies programs.

I. Gender Studies at the Academy of Sciences of the Czech Republic

The first Czech academic institution that officially incorporated Gender Studies was the Czechoslovak (later Czech) Academy of Sciences, specifically its Institute of Sociology. Already in 1990–1991, the sociologist Marie Čermáková, who was a researcher in the Institute of Sociology at the time, assembled the first Czech Gender Studies research team, which became a

forerunner of the Institute's current Gender and Sociology Department (Hašková 2011a: 152).¹² A clarifying note might be warranted here concerning the place of the Academy of Sciences on the map of Czech institutions of higher learning. Historically, Czech academia has followed the continental tradition of a division between the undergraduate-teaching focused universities and the research and doctoral studies focused Academy of Sciences.¹³ Today, the division is not as clear-cut as in the past, and Czech university professors are expected to publish research while Academy of Sciences researchers occasionally teach university courses.

Under the leadership of Čermáková,¹⁴ the Gender and Sociology Department at the Academy of Sciences has been instrumental in establishing feminist sociology as a relevant academic subject within the Czech context (Šmejkalová 2004: 176; Hašková 2011a: 151–152). Since 2000, this department has been publishing the peer-reviewed journal *Gender, rovné příležitosti, výzkum* [Gender, equal opportunities, research], renamed *Gender a Výzkum* [Gender and Research] in 2016, which features research by local, as well as international, feminist sociologists written in Czech and English. The journal is an important resource on topics such as transnational feminism, critical studies on masculinities, globalization and gender, transgender issues, as well as teaching gender at the neoliberal university. Especially in the early years, *Gender a Výzkum* served an important role in supporting undergraduate teaching in Gender Studies, and it helped define relevant terminology in the Czech language.

- 12 Another important institution focused on gender research, the NKC (National Contact Center) Women and Science (later renamed to NKC Gender and Science), was founded in 2001. It also has its roots in Čermáková's Gender Studies research team at the Academy of Sciences.
- 13 Jirina Šiklová reminds us that the division between universities as institutions of undergraduate teaching and the Academy of Sciences as a research institution proved useful during the pre-1989 period. Many academics who were found to be politically suspect by the regime could not teach at universities but they were still able to find a job at the Academy (where they would not teach). This was confirmed by Šiklová and discussed in e-mail correspondence between Jusová and Šiklová, on July 29, 2020.
- 14 Marie Čermáková established and served as the head of the department until 2007. Since 2007 the department has been led by Alena Křížková. The NKC is run by Marcela Linková, a scholar well established in the international community who also works in large, EU funded projects.

II. Gender Studies at Charles University. From the Faculty of Arts to the Faculty of Humanities. From a Program to a Department to a Program Once Again

Moving beyond the context of the Academy of Sciences, Czech universities were mostly resistant to making space for the new discipline of Gender Studies. However, the transformations in Czech university curricula mandated by the European Union (EU) prior to the 2004 accession of the Czech Republic into the EU did create new opportunities. The very first Gender Studies program at Charles University (located in the country capital, Prague) was already founded by Šiklová in 1998 with the financial backing of the American Ford Foundation. This program was an outgrowth of the curricular work carried out in the early to mid-1990s under the auspices of the Gender Studies Foundation/Center discussed in the first part of this chapter. This MA program in “Social Work and Gender Studies,” incorporated into the Department of Social Work at the Faculty of Arts, was admitting students between 2000 and 2003. However, in 2003, despite its financial success and popularity with students, university support for the program was withdrawn and the program shut down. The official reason for its discontinuation was that “Gender Studies was not regarded as a field that the Faculty of Arts at Charles University wanted to cultivate as part of its educational agenda” (Hašková 2011a: 150).

When the Faculty of Humanities of Charles University proved more supportive of the new discipline than the university’s Faculty of Arts, several of the Social Work and Gender Studies faculty transferred to the Faculty of Humanities, initiating, in 2005, the first and only Gender Studies Department at a Czech university. Highly successful both in terms of research and in terms of student enrolment, the department’s faculty hailed from a variety of disciplines, including history, sociology, anthropology, philosophy, as well as cultural studies, Anglo-American studies, media studies, critical disability studies, and critical race studies. Under the leadership of Věra Sokolová, the department underwent a tumultuous but successful reaccreditation process in 2018. However, as we worked on this chapter, the news reached us that the department had just had its standing and status within the university diminished (in June 2020) and had been transformed into an academic program. The (at this point) program at Charles University offers an MA degree in Gender Studies, and its faculty also teach a number of BA courses.

The above noted change in the structure of the Gender Studies department at Charles University, its dissolution and transformation into an academic program whose faculty will be hosted by other departments, unfolded in the summer of 2020 in the context of a major reform of higher education in the Czech Republic. As part of the reform, the system of departments at Charles University’s Faculty of Humanities was reorganized with the stated goal of

bridging a growing gap between undergraduate and graduate studies. While Gender Studies lost its status as a department in the process, it has maintained its standing as a recognized study program within Charles University's Faculty of Humanities, and the program chair Sokolová has managed to secure physical proximity of the colleagues' offices in their new location.¹⁵

The assessment of the process and the outcome of this restructuring among the members of the Gender Studies (now) program at Charles University varies. Some faculty interpret the dissolution of the department as a problematic but likely unavoidable result of the broader Faculty of Humanities reform at Charles University. They appreciate that Gender Studies has been preserved as an academic program and its faculty members have been able to maintain their positions. Others, however, are convinced that the loss of department status was a targeted attack on Gender Studies as such. They believe that a more hostile treatment, perhaps even complete closing of Gender Studies, was avoided not due to enthusiasm on the part of the university leadership for the discipline but rather as a result of the recent excellent performance in the accreditation process. Assessing the recent events concerning Gender Studies at Charles University from the outside, it is hard not to view the change in status from department to program as regressive. Departments have a more recognized status than academic programs; they receive more funding and staff support and might be less susceptible to potential future dissolution or discontinuation. Furthermore, faculty members working within departments are able and expected to devote their professional attention to their discipline alone rather than dividing their energies between different disciplines.

III. Gender Studies at Masaryk University. From an Independent Program to a Specialization

While the Gender Studies program at Charles University offers MA-level courses, it does not offer a BA degree in Gender Studies. The first BA-level program in Gender Studies in the Czech Republic was developed in 2004 within the Department of Sociology at the Faculty of Social Studies of Masaryk University in Brno. This program was initially envisioned by a group of enthusiastic Masaryk University graduate students, several of whom (including the co-author of this chapter, Šmídová, as well as Kateřina Nedbálková, Kateřina Lišková or Lucie Jarkovská) became the program's first lecturers. The Czech German exile sociologist Gerlinda Šmausová,¹⁶ who

15 Information from a Zoom call between Sokolová and Šmídová, September 16, 2020.

16 The works of Gerlinda Šmausová have been collected in an anthology edited by Libora

served as a visiting scholar at Masaryk University throughout the 2000s, played a key role in outlining a formal study program and seeing it through to successful accreditation. Unlike at Charles University, at Masaryk University, Gender Studies were not established as a department but rather as a study program within the Department of Sociology. Gender Studies were designed as part of a double major, which at the time was the dominant form of study at the undergraduate level at the newly established Faculty of Social Studies at Masaryk University. Students at the Faculty of Social Studies at Masaryk University commonly studied two academic programs, choosing their major only in the final year via the topic of their BA thesis.

Benefitting from the energy of its young faculty members and from the expertise and experience of professor Šmausová, and supported by the Faculty Dean who was a sociologist himself, by 2004, the BA Gender Studies program at Masaryk University was fully established and running. While the academic staff hoped to also launch an MA program in Gender Studies, its 2011 accreditation attempt was unsuccessful. Despite this setback, the program at Masaryk University flourished as the only bachelor Gender Studies program in the Czech Republic, and by 2017 it had graduated over two hundred students from the Czech Republic as well as nearby Slovakia.

In 2017, however, the undergraduate Gender Studies program at Masaryk University came to its final enrollment year, a result of the same reform of the Czech higher education system that also led to the above-cited loss of department status for Gender Studies at Charles University in 2020. The restructuring has included changes in accreditation process, enabling research universities to apply for an “institutional accreditation.” With institutional accreditation, research universities such as Charles and Masaryk University gained more control over the study programs they offer. At Masaryk University, this new institutional accreditation autonomy has resulted in the shuttering of Gender Studies as a bachelor degree-awarding program. Tellingly, Gender Studies was the only academic program closed down at Masaryk University’s Faculty of Social Studies as part of the reform. The discussions leading to the restructuring took place at the upper levels of Masaryk University leadership and were far from transparent, with various key actors providing different interpretations and reasons for the restructuring. The dominant line of argument followed neo-liberal reasoning and stressed declining student enrollment, presumed unsustainability of the program, and anticipated difficulties in the graduates’ job placements. These arguments were consistent with the general neoliberal tenor of the broader debates about the purpose of higher education at the time (and today), as analyzed by Blanka Nyklová (2017, 2018). While the Faculty Dean struck a protective attitude towards Gender Studies academic staff, recognizing their research

achievements and making an effort to preserve the positions of the core members of the team within the Masaryk University's Department of Sociology, half of the jobs were terminated.

As we write this article, the Faculty of Social Studies at Masaryk University is offering a new Gender Studies specialization within the broader BA study program of sociology. Additionally, there is now a formally accredited Gender Studies specialization in the MA level of study within the Department of Sociology at Masaryk University, which is a welcome new development. In 2018, both the BA and MA specializations were granted accreditation for ten years. At both the BA and MA level, however, these are not independent Gender Studies programs with their own degrees but merely specializations within the discipline of sociology. The students graduate with a BA or MA degree in sociology, not Gender Studies.

These changes in the structure of Gender Studies at Charles and Masaryk Universities have coincided with the upsurge in conservative and populist moods in Czech society (and elsewhere) as well as with polarized debates over the Istanbul convention¹⁷ and the #MeToo movement. Speaking specifically to the situation around the closure of the program at Masaryk (where the co-author of this article, Šmídová, is situated), the loss of the only bachelor Gender Studies program in the Czech Republic has served to encourage arguments in the conservative media about the alleged ideological bias and the presumed uselessness of such studies. At the same time, a high enrollment in the newly launched Introduction to Gender Studies course indicates a growing interest in Gender Studies among students outside the Masaryk Sociology Department who are taking Gender Studies as an optional course. While the total number of Gender Studies program graduates at Masaryk University between 2004 and 2020 was 233, the new Introduction to Gender Studies course has attracted over seventy students in both 2019 and 2020, and some other topical courses have doubled in enrollment in comparison with previous years as well. Besides teaching full classrooms, Masaryk Gender Studies faculty have recently been in high demand as guest lecturers and are now regularly being invited to participate in public discussions on gender-related topics. These invitations sometimes come from unexpected segments of society, including the Catholic University Youth, Scouts or religious schools. Most of the participants of these events are eager to learn more about gender topics and are open to discussion.

Nyklová's 2017 assessment of the post-2000 neoliberal restructuring of Czech academia and of its impact on Gender Studies provides a useful framework for thinking about the events around the discipline of Gender Studies at Masaryk and most recently also Charles University. Nyklová points

17 "Council of Europe Convention on Preventing and Combatting Violence against Women and Domestic Violence." As of fall 2020, the Czech Republic has not yet ratified the Convention, although the Czech government did sign it in 2016. There is strong opposition to the ratification of the Istanbul Convention in the Czech Republic from the Catholic Church.

out that while the internationalization of the post-1989 Czech university system precipitated the (reluctant) acceptance of Gender Studies as an academic field in the Czech context (2017: 159), the same internationalization brought about neoliberal changes as it coincided with the increasing global prominence of the US neoliberal ideology (2017: 155). Bill Readings (1996), Sheila Slaughter and Larry Leslie (1997), Wendy Brown (2015), and other U.S.-based scholars have studied the impact (starting in the early 1990s) of neoliberalism on the American higher education system and the resultant corporatization of the U.S. university. In the context of the Czech academia, Nyklová has called attention to similar effects of a neoliberal restructuring of the local higher education system post-1989. Faculty across Czech universities have reported being under increasing pressure to publish articles in high impact journals and attract external funding, preferably from abroad, while continuing to fill classrooms. As Nyklová has articulated it: “The driving factor in the policies [at the neoliberal university] is that the quantity of output translates into state budget funding, i.e. the more an institution produces, the more money it obtains” (2017: 159). To some extent, all disciplines share this precarity at the so-called neoliberal university in that their funding depends on their ability to attract sufficient numbers of students, as well as on their performance in applying for research grants. Disciplines like Gender Studies might be disadvantaged in this context in that the positions their graduates tend to secure upon graduation are often in the non-profit and state sectors where salaries are lower than in the for-profit sectors of the economy. In terms of research performance measuring criteria, the across-the-board adoption of measurable outputs criteria stemming from the natural sciences (IMP, citation indexes, patents) by university leadership can be problematic for scholars working in the humanities and social sciences, which do not lend themselves well to these sorts of measuring criteria. Interestingly, most Gender Studies researchers across the Czech academic settings actually do have high performance levels. However, when it comes to making decisions about which disciplines to cut and which to maintain, this is apparently not always part of the picture. The actual measure, it would appear, is not quite honestly disclosed and might have more to do with perceived monetary value of particular research and possibly also with the political value of the kinds of public consciousness that are fostered.

Gender and Sexuality Topics in Classes Taught Outside Gender Studies Programs at Czech Universities

While the focus of this chapter is the establishment of Gender Studies as a field of study, Czech undergraduate students can occasionally gain some exposure to women's and gender studies topics outside Gender Studies programs. Increasing numbers of younger faculty across the Czech Republic are introducing feminist theory as well as gender and sexuality studies topics to students in individual courses they are teaching within various disciplines, including English studies, comparative literature, sociology, TV and film studies, and history. For instance, at Palacký University in Olomouc, the authors of this chapter are familiar with the work of Jana Jedličková in the Department of Theatre and Film Studies at the Faculty of Arts, who integrates questions about gender, sexuality, and ethnicity into the TV studies courses she teaches. Zdeněk Sloboda offers sexuality and Gender Studies courses in the same department. Also at Palacký University, in the Department of Sociology, Andragogy and Cultural Anthropology, Martin Fafejta teaches a popular MA-level Sexuality and Sexual Identity course, as well as a BA-level Gender Studies course open to all Palacký University students.

Beyond research universities, students attending small regional universities (established post-1989) can also find occasional courses that focus on gender and sexuality topics. For instance, at Slezská University, located in the Silesian city of Opava, students are introduced to feminist theory in the Department of English and American Studies. Michaela Weiss teaches the fundamentals of feminist theory in her Literary Criticism and Theory course, and Radek Glabazna incorporates French feminist criticism into his Towards Post-modernity and After course. These examples of courses are far from comprehensive and the list of institutions mentioned here far from exhaustive. The purpose of the discussion here is simply to suggest the extent to which, across Czech universities, gender and sexuality as categories of analysis and feminist theory are not limited to Gender Studies programs.

Whereas, as noted above, research universities like Charles, Palacký and Masaryk University have transferred to the new, institutional accreditation system (where new programs are approved by the respective institution itself), smaller regional universities such as Slezská fall under the slower-moving Central Accreditation Office. Both systems of accreditation pose challenges to the institutionalization of Gender Studies across Czech universities. Teaching individual courses focused on gender-related issues within various (non-Gender Studies) departments and/or programs is one way to bypass the hurdles the accreditation process would likely pose to the establishment of Gender Studies as a program at small universities. There seem to be few structural obstacles standing in the way of individual faculty who wish to incorporate

gender studies topics into their courses, even though at times a colleague or student expresses objections. However, with such courses offered outside the setting of a Gender Studies department or program, whether or not they will continue to be taught and with what methodology, will continue to depend on the interest and expertise of the respective faculty.

Conclusion

Czech Gender Studies started from largely informal, often improvised and uncertain beginnings in the early 1990s. Taking advantage of the changes in the Czech university curricula in the early 2000s, scholars passionate about feminism and gender studies formalized their work and founded the first Gender Studies programs and departments, utilizing the massification processes affecting Czech higher education at the time. By 2020, feminist sociology has become a well-established academic field in the Czech Republic (cf. Nyklová 2013: 59). Czech feminist historiographers have also made a major mark on the field, especially with publications on the women's movement and gender issues in the 19th and early 20th centuries (Burešová 2001, Jusová 2002, Malečková 2016), under state socialism (Nečasová 2011, Havelková and Oates-Indruchová 2014, Wagnerová 2017), as well as in the context of post-socialism (Kolářová 2014, Jusová and Šiklová 2016). Other fields of research include critical studies on masculinities (Šmídová 1999, 2016), LGBT studies (Sokolová 2005, Sloboda 2015), queer and disability studies (Kolářová 2019), sexuality studies (Dvořáčková 2008, Lišková 2009, 2018), discrimination against Roma women (Sokolová 2004), gender and language (Valdrová 2016), childcare and gender (Hašková and Dudová 2020), gender inequalities in education (Jarkovská 2013, Smetáčková 2016, Fárová 2018), science and gender (Linková and Červinková 2011), feminist art (Pachmanová 2009, Štefková 2016), feminist criminology (Nedbálková 2006), as well as neoliberalism and gender (Nyklová 2017, 2018).

The recent closing of Gender Studies as a program at Masaryk University and the dissolution of the department at Charles University, however, disrupt any simple narrative of progress in terms of both acceptance and mainstreaming of Gender Studies as well as feminism in the Czech Republic. These events demonstrate the continued precarity of the discipline's position within Czech academia. Whether or not these structural changes were directly motivated by the recent populist anti-gender upsurge in Czech society and elsewhere across Europe, they do need to be read in this context. Conservative pundits have certainly used these setbacks to Gender Studies to buttress their anti-feminist and anti-minority rhetoric. This is precisely a political and social context in which flourishing and well-supported Gender Studies programs and

departments are necessary, exposing students systematically to feminist and queer theories and posing a robust challenge to the voices of conservative backlash. The result of the restructuring is a regression in terms of the development of Gender Studies as a recognized and respected academic discipline in the Czech Republic that should give us pause.

References

- Aleksander, Karin (2013): Parallels in the History of Women's/Gender Studies and Its Special Libraries. In: De Jong, Sara/Koevoets, Sanne (eds.): *Teaching Gender with Libraries and Archives*. Budapest: Central European University Press, pp. 31–48.
- Braidotti, Rosi (2002): The Uses and Abuses of the Sex/Gender Distinction in European Feminist Practices. In: Griffin, Gabriele/Braidotti, Rosi (eds.): *Thinking Differently. A Reader in European Women's Studies*. London and New York: Zed Books, pp. 285–307.
- Brown, Wendy (2015): *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*. New York: Zone Books.
- Burešová, Jana (2001): Proměny společenského postavení českých žen v první polovině 20. Století [Changes in the Social Status of Czech Women in the First Half of the 20th Century]. Olomouc: Univerzita Palackého.
- Busheikin, Laura (1993): Is Sisterhood Really Global? Western Feminism in Eastern Europe. In: Trnka, Susanna/Busheikin, Laura (eds.): *Bodies of Bread and Butter. Reconfiguring Women's Lives in the Post-Communist Czech Republic*. Prague: Gender Studies Center, pp. 68–76.
- Dvořáčková, Jana (2008): Diagnóza F 64.0. Transsexualita optikou sexuologie [Diagnosis F64.0. Transsexuality Through the Prism of Sexology]. In: *Sociální studia*, 5, 1, pp. 55–75.
- Elišásová, Věra/Fojtová, Simona/Horáková, Martina (2014): Anglicist Women's and Gender Studies in the Czech Republic. An Uncertain Discipline. In: Haas, Renate (ed.): *Rewriting Academia. The Development of the Anglicist Women's and Gender Studies of Continental Europe*. Berlin: Peter Lang, pp. 196–218.
- Farová, Nina (2018): Muži do škol? Ano! Ale...: Potřeba mužů v primárním vzdělávání [Men to Schools? Yes! But...: The Need for Men in Elementary Education]. In: *Gender a výzkum*, 19, 1, pp. 82–104.
- Fojtová, Simona (2016): Contested Feminism. The East/West Feminist Encounters in the 1990s." In: Jusová, Iveta/Šiklová, Jiřina (eds.): *Czech Feminisms. Perspectives on Gender in East Central Europe*. Bloomington, IN: Indiana University Press, pp. 111–125.
- Griffin, Gabriele/Braidotti, Rosi (2002): Introduction. Configuring European Women's Studies. In: Griffin, Gabriele/Braidotti, Rosi (eds.): *Thinking Differently. A Reader in European Women's Studies*. London and New York: Zed Books, pp. 1–28.

- Hašková, Hana (2011a): Establishing Gender Studies in Czech Society. In: *Aspasia. International Yearbook of Central, Eastern and Southeastern European Women's and Gender History*, 5, 1, pp. 146–157.
- Hašková, Hana (2011b): The Origins, Institutionalization and Framing of Gender Studies in the Czech Republic. In: Binder, Beate/Jähner, Gabriele/Kerner, Ina/Kilian, Eveline/Nickel, Hildegard M. (eds.): *Travelling Gender Studies*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot (Forum Frauen- und Geschlechterforschung), pp. 132–146.
- Hašková, Hana/Dudová, Radka (2020): Selective Pronatalism in Childcare and Reproductive Health Policies in Czechoslovakia. In: *The History of the Family*, 25, 4, pp. 627–648.
- Havelková, Hana (1997): Transitory and Persistent Differences: Feminism East and West. In: Scott, Joan W./Kaplan, Cora/Keates, Debra (eds.): *Transitions, Environments, Translations: Feminism in International Politics*. New York: Routledge, pp. 56–62.
- Havelková, Hana (1993): 'Patriarchy' in Czech Society. In: *Hypatia*, 8, 4, pp. 89–96.
- Havelková, Hana/Oates-Indruchová, Libora(eds.) (2014): *The Politics of Gender Culture Under State Socialism. An Expropriated Voice*. London: Routledge.
- Hradílková, Jana (1993): (Re)Building the House of Gender Studies. In: Trnka, Susanna/Busheikin, Laura (eds.): *Bodies of Bread and Butter. Reconfiguring Women's Lives in the Post-Communist Czech Republic*. Prague: Gender Studies Center, pp. 19–22.
- Jarkovská, Lucie (2013): Gender před tabulí. Etnografický výzkum genderové reprodukce v každodennosti školní třídy [Gender at the Blackboard. Ethno-graphic Research of the Reproduction of Gender in the Everyday School Class]. Prague: Sociologické nakladatelství.
- Jusová, Iveta (2002): Feminismus na Národním divadle? Případ Hany Kvapilové [Feminism at the National Theatre? The Case of Hana Kvapilová]. In: *Divadelní revue*, 3 (September), pp. 3–17.
- Jusová, Iveta/Šiklová, Jiřina (eds.) (2016): *Czech Feminisms. Perspectives on Gender in East Central Europe*. Bloomington, IN: Indiana University Press.
- Kolářová, Kateřina (2019): Mediating Syndromes of Postcommunism. Disability, Sex, Race, and Labor. In: *Journal of Cinema and Media Studies*, 58, 4, pp. 156–162.
- Kolářová, Kateřina (2014): The Inarticulate Post-Socialist Crip. On the Cruel Optimism of Neoliberal Transformations in the Czech Republic. In: *Journal of Literary and Cultural Disability Studies*, 8, 3, pp. 257–274.
- Lišková, Kateřina (2018): *Sexual Liberation, Socialist Style. Communist Czechoslovakia and the Science of Desire, 1945–1989*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lišková, Kateřina (2009): *Hodné holky se dívají jinam. Feminismus a pornografie [Good Girls Avert Their Eyes. Feminism and Pornography]*. Prague: Sociologické nakladatelství.

- Linková, Marcela/Červinková, Alice (2011): What Matters to Women in Science? Gender, Power and Bureaucracy. In: *The European Journal of Women's Studies*, 18, 3, pp. 215–230.
- Malečková, Jitka (2016): The Importance of Being Nationalist. In: Jusová, Iveta/Šiklová, Jiřina (eds.): *Czech Feminisms. Perspectives on Gender in East Central Europe*. Bloomington: Indiana University Press, pp. 46–59.
- Nash, Rebecca (2002): Exhaustion from Explanation. Reading Czech Gender Studies in the 1990s. In: *The European Journal of Women's Studies*, 9, 3, pp. 291–309.
- Nečasová, Denisa (2011): *Buduj vlast - posílíš mír! Ženské hnutí v českých zemích 1945–1955. [Building Your Nation, You Will Strengthen Peace! Women's Movement in the Czech Lands, 1945–1955]*. Brno: Matice moravská.
- Nedbálková, Kateřina (2006): *Spoutaná Rozkoš. (re) produkce genderu a sexuality v ženské Věznici [Bounded Bliss. (Re)production of Gender and Sexuality in a Woman's Prison]*. Prague: Sociologické nakladatelství.
- Nyklová, Blanka (2018): Gender Studies in the Czech Republic. Institutionalization Meets Neo-liberalism Contingent on Geopolitics. In: Kahlert, Heike (ed.): *Gender Studies and the New Academic Governance. Global Challenges, Glocal Dynamics and Local Impact*. Bochum: Springer VS, pp. 255–280.
- Nyklová, Blanka (2017): Marketing Difference. Two Teachable Moments at the Intersection of the Neoliberal University and Geopolitics. In: *Gender a Výzkum/Gender and Research*, 18, 1, pp. 154–177.
- Nyklová, Blanka (2013): Krajinou současného českého feminizmu [The Landscape of Contemporary Czech Feminism]. In: *Gender, rovné příležitosti, výzkum*, 14, 1, pp. 52–62.
- Oates-Indruchová, Libora (ed.) (2011): *Tvrdošijnost myšlenky. Od feministické kriminologie k teorii genderu. (Publikace na počest Prof. Gerlindy Šmausové) [The Insistence of Thought. From Feminist Criminology to Gender Theory (A Collection in Honor of Professor Gerlinda Šmausové)]*. Prague: Sociologické nakladatelství.
- Pachmanová, Martina (2009): Milada Marešová and the Absence of Women in Czech Art History. In: *The New Presence*, 12, 1, pp. 42–46.
- Readings, Bill (1996): *The University in Ruins*. Cambridge, MA, and London: Harvard University Press.
- Slaughter, Sheila/Leslie, Larry (1997): *Academic Capitalism: Politics, Policies and the Entrepreneurial University*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Sloboda, Zdeněk (2015): From Deviants to Parents. Non-Heterosexual Masculinities in Contemporary Czech Television Series. In: *Gender, rovné příležitosti, výzkum*, 16, 1, pp. 23–34.
- Smetáčková, Irena (2016): *Genderové představy a vztahy. Sociální a kognitivní aspekty vývoje maskulinity a femininity v průběhu základní školy [Gendered Views and Relations. Social and Cognitive Aspects of the Development of Masculinity and Femininity in Elementary School]*. Prague: Sociologické nakladatelství.
- Snitow, Ann (2020): *Visitors. An American Feminist in East Central Europe*. New York: New Village Press.

- Sokolová, Věra (2005): *Planned Parenthood Behind the Curtain. Population Policy and Sterilization of Romani Women in Communist Czechoslovakia, 1972–1989*. In: *The Anthropology of East Europe Review* 23, 1, pp. 79–98.
- Sokolová, Věra (2004): 'Don't Get Pricked!': Representation and the Politics of Sexuality in the Czech Republic. In: Forrester, Sibelan/Gapova, Elena/Zaborowska, Magdalena (eds.): *Over the Wall/After the Fall: Post-Communist Cultures Through an East-West Gaze*. Bloomington, IN: Indiana University Press, pp. 251–267.
- Šiklová, Jiřina (1998): *Why We Resist Western-Style Feminism*. In: *Transitions*, 5, 1, pp. 30–35.
- Šiklová, Jiřina (1993a): *McDonalds, Terminators, Cola Cola Adds and Feminism? Imports from the West*. In: Trnka, Susanna/Busheikin, Laura (eds.): *Bodies of Bread and Butter: Reconfiguring Women's Lives in the Post-Communist Czech Republic*. Prague: Gender Studies Center, pp. 7–12.
- Šiklová, Jiřina (1993b): *Are Women in Central and Eastern Europe Conservative?* In: Funk, Nanette/Mueller, Magda (eds.): *Gender Politics and Post-Communism: Reflections from Eastern Europe and the Former Soviet Union*. New York: Routledge, pp. 74–83.
- Šmejkalová, Jiřina (2004): *Feminist Sociology in the Czech Republic after 1989: A Brief Report*. In: *European Societies*, 6, 2, pp. 169–180.
- Šmejkalová, Jiřina (1995): *Revival? Gender Studies in the 'Other' Europa*. In: *Signs. Journal of Women in Culture and Society*, 20, 4, pp. 1000–1006.
- Šmejkalová, Jiřina (1993): *Do Czech Women Need Feminism? Perspectives of Feminist Theories*. In: Trnka, Susanna/Busheikin, Laura (eds.): *Bodies of Bread and Butter. Reconfiguring Women's Lives in the Post-Communist Czech Republic*. Prague: Gender Studies Center, pp. 13–18.
- Šmídová, Iva (2016): *Otcovství u porodu. Re-konstrukce genderových vztahů v rodině [Fatherhood at Birth. Reconstruction of Gender Relations in the Family]*. In: *Sociální studia*, 5, 1.
- Šmídová, Iva (1999): *Men in the Czech Republic (A Few Questions and Thoughts on Studying (Some) Men)*. In: *Czech Sociological Review*, 7, 2, pp. 215–222.
- Štefková, Zuzana (2016): *Záblesk těla. Tělesnost v současném feministickém umění [Glimmer of the Body. Embodiment in Contemporary Feminist Art]*. In: *Gender a výzkum*, 17, 1, pp. 96–99.
- Tupá, Barbora, et al. (2004): *Vlastní pokoj. 10 pohledů [A Room of One's Own. Ten Views]*. Prague: Sociologický ústav Akademie věd České republiky.
- Valdrová, Jana (2016): *Typological Differences between Languages as an Argument against Gender-Fair Language Use?* In: Jusová, Iveta/Šiklová, Jiřina (eds.): *Czech Feminisms. Perspectives on Gender in East Central Europe*. Bloomington, IN: Indiana University Press, pp. 270–283.
- Wagnerová, Alena (2017): *Žena za socialismu. Československo 1945–1974 a reflexe vývoje před rokem 1989 a po něm [Woman Under Socialism. Czechoslovakia 1945–1974 and Some Reflections on Developments Before and After 1989]*. Prague: Sociologické nakladatelství.

“For us, about us.” *Undisciplined* Queer Knowledge Production in Activist Communities – the Ukrainian Case

Masha Beketova and Olga Plakhotnik

Introduction

Some time ago both Masha Beketova and Olga Plakhotnik, independently of each other, came across the Telegram¹ channel named *Lyeska*.² Its author, Wine³ (she/her⁴), explains the name in the info section of the channel: “*Lyeska* is that invisible but strong thread that binds us. This is resistance towards inequalities and erasure. It is a desire to reflect upon, create, and transform.”⁵ In the channel, subscribers can read short, sarcastic texts in Ukrainian on queer feminist topics, accompanied by colorful comics. One day, Wine introduced her comics on “non-scholarly non-research” that studied a lesbian-feminist organization (figure 1).

1 Telegram is an encrypted messenger software and application, which also allows the creation of channels with or without the possibility to comment. In the post-Soviet region, Telegram is very popular due to its higher security and possibility to create secret chats. The image of a more independent and less commercialized (in comparison to Facebook) social media makes Telegram popular among political activists.

2 The Ukrainian word *lyeska* means “fishing line” but also sounds close to *lyesba* (“dyke”).

3 Wine is a pseudonym.

4 At the time of our study.

5 All quotations from the data are translated into English by us.

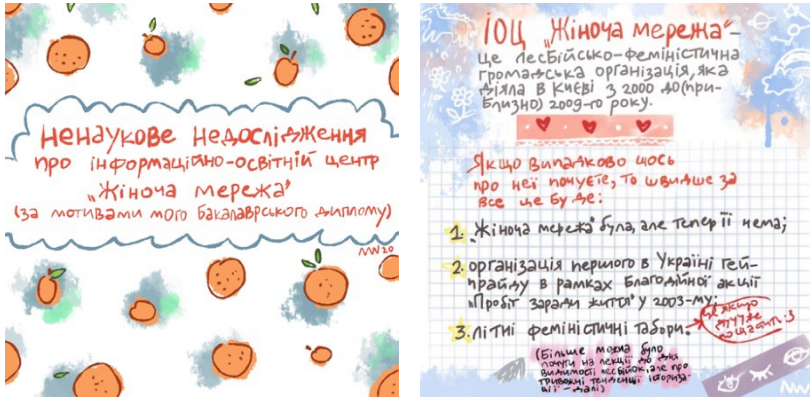


Figure 1

The cover and first page/image of the comic series by Wine. The title states: “Non-scholarly non-research about the informational and educational center Women’s Network (based on my honors thesis)”.

One co-author (Masha) was intrigued by a nuanced analysis in the comics; the other co-author (Olga) recognized an excellent honors thesis, which she had reviewed some time before.⁶ We learned that the research author had left university and decided to publish her study in a “non-academic” form. We have also found out that Lesbian Gay Bisexual Trans (LGBT)⁷ organizations expressed no interest in this research. Why would such innovative research take place outside of academic settings? How did it come about that mainstream LGBT non-governmental organizations (NGOs), typically interested in LGBT history, ignored such an original study? What does this displacement say about knowledge production and proliferation on sexuality and gender in contemporary Ukrainian academia and activism?

In this chapter, we explore the area of gender and sexuality studies to understand which epistemological frameworks dominate the field and what approach is suppressed or deemed less acceptable. The entry point of this analysis is an assumption about a rather marginalized status of critical queer knowledge both in academic settings (universities) and mainstream LGBT and feminist

6 In Ukraine, all honors theses must go through the external review before the oral defense.

7 We use the abbreviation LGBT deliberately, as it is common in the Ukrainian discourse. We analytically separate LGBT and queer in this article in order to show the differences in agenda, representations, and politics of different actors in the Ukrainian field of non-normative genders and sexualities. Similar to Mohira Suyarkulova, we see how queer is used in post-Soviet countries to underline the critical political position, “as a radical alternative to both mainstream LGBT identity politics and the general conservative turn in society” (Suyarkulova 2019).

activism. Firstly, we examine how this situation has occurred and what leverages are used by universities and mainstream NGOs to discipline subversive (de-)constructionist knowledge about gender and sexuality. Secondly, we trace the counter-cases of critical queer knowledge production within some grassroots activist spaces concerned with intersectional power relations. In particular, we offer a discourse analysis of a case study of Wine’s research project. The data for the case study include Wine’s honors thesis⁸ and the comics stemming from it, a semi-structured interview with Wine, and materials from her channel.

Our theoretical framework is shaped by decolonial queer feminist perspectives. Inspired by critical anti-imperialist decolonial thought (Lugones 2007, Wynter 2003) and its applications to the postsocialist world (Gržinić/Kancler/Rexhepi 2020), we seek to analyze the Ukrainian context in its geotemporal complexity. This means being simultaneously critical towards Eurocentric and Russian imperial domination as well as Ukrainian nationalisms, both ethnic-centred and civic.⁹ With the help of a queer feminist approach, we refer to a critical constructionist approach to existing hierarchies and analyze social reality from an anti-racist and anti-capitalist intersectional perspective. Most importantly, we focus on the marginalized groups and subjectivities and examine the margins of knowledge-power production. As two queer feminist researchers of Ukrainian origin, currently living in Canada and Germany, we also reflect upon our privileges, limits, and responsibilities while interacting with our research partner¹⁰ living in Ukraine.

Since Teresa de Lauretis introduced the term queer theory into Western academia (1991), it has gone through multiple re-conceptualizations while traveling around the world (Dietze/Michaelis/Yekani 2007). The meaning of queer as critical, deconstructionist, and anti-categorical has sometimes been lost, particularly when queer was used to construct solid homosexual identities at the cost of racist, cissexist, and ableist exclusions. Such depoliticization and the capitalist co-optation of the word *queer* has been challenged by scholars (El-Tayeb 2011, Muñoz 1999, Haritaworn 2015, among others) and non-academic activists¹¹ from a variety of global contexts. Drawing on this critique, in this chapter, we employ *queer* as a recognizable denominator in its political

8 We do not cite the thesis directly in order to protect the anonymity of Wine.

9 See a substantiated explanation of this positionality in Mayerchuk/Plakhotnik 2021.

10 We consider Wine to be our research partner because we actively discussed our study, from the initial conception to the last drafts, with her. The notion of research partner is increasingly used in feminist and other methodological frameworks to call for more reciprocal/ ethical relationships between researchers and ‘researched’ in the process of knowledge co-production.

11 It is particularly interesting how the Eastern European and South-Eastern European migrants in Western Europe have reclaimed the word queer by writing it in the pronounced form (kvir) to underline its critical potential and resist co-optation; see Kvir-fem-Actziya 2013.

usage. At the same time, in line with scholars from Central and Eastern Europe (Mizielńska/Kulpa 2011), we contest the idea of the universal applicability of *queer theories* produced in the Anglo-American contexts. In this regard, the geotemporal model offered by Joanna Mizielńska and Robert Kulpa helps to grasp the contextualized simultaneities of queer and LGBT discourses and praxis in Eastern Europe that are conditioned by local and global configurations of power relations, including colonial differences.¹² In their research, Mizielńska and Kulpa suggest seeing the queer experience of Central and Eastern Europe (CEE) represented by *knotted time* (Mizielńska/Kulpa 2011: 16). They offer the term *queer time* with respect to CEE as opposed to *straight time* of the West to de-centre anglophone/Anglo-American queer discourses. This queer geotemporality of CEE, theorized by Mizielńska and Kulpa in the Polish context, is also applicable to Ukraine, which can be viewed inside such a model not as *lagging behind* the West but having its own trajectories and queer histories that are not identical to western queer narratives.

Context I: Gender and Queer Studies in Academia and Education

Gender studies courses started emerging in Ukrainian higher education in the early 2000s with the launch of gender studies centers in Kharkiv, Kyiv, Lviv, and Odesa (Zhurzhenko 2001). Their growth was boosted by the adoption of the Ukrainian Law “On Ensuring Equal Rights and Opportunities of Women and Men” (2005). Since then, universities have encouraged gender studies teaching and research in order to report the alignment of their institution with national gender politics (Plakhotnik 2013). However, the first master of arts (MA) program in gender studies (a minor with a major in sociology) was only opened in Ukraine in 2018.¹³

Several years ago, Olga was involved in a research project that, although completed, was not published (Mayerchyk/Plakhotnik 2012). The study explored the theoretical underpinnings of the courses in gender studies programs that were taught at Ukrainian universities. It revealed that a significant part of the analyzed courses was based on the distinction between inborn binary sex and gender as its socio-cultural equivalence. Linda Nicholson famously labelled this theoretical framework the *coat-rack view* where the sexed body is

12 On the concept of colonial differences, see Boacă 2010.

13 The Faculty of Sociology at the Taras Shevchenko National University of Kyiv has opened the first gender studies M.A. program in Ukraine: <https://sociology.knu.ua/en/ma-program-gender-studies>.

seen as a rack “upon which different societies impose different norms of personality and behavior” (Nicholson 1994: 41). In tune with this perspective, instructors and researchers typically built their work on the conceptual apparatus of gender roles and stereotypes. From this perspective, the mission of gender knowledge and politics was seen as teaching how to see and avoid stereotyping on the level of interpersonal interaction. Needless to say, a major part of the analyzed courses did not address the issue of sexuality and was overtly or covertly homophobic and transphobic. As for the critical perspective on gender as a systemic regime of power, it was absent or took up little space in the analyzed syllabi. One of the university instructors even confessed that an excerpt from the book *Gender Trouble* by Judith Butler was offered in their reading list “not to be studied seriously but to demonstrate that some gender theories could be extremely difficult for understanding” (Mayerchyk/Plakhotnik 2012).¹⁴

Today, a decade later, little has changed. Even a cursory glance at the collection of gender course syllabi at an average Ukrainian university¹⁵ reveals the continuing prevalence of the *coat-rack* framework and the corresponding conceptual apparatus. The word *queer* appears in two syllabi out of twelve and is interpreted as a synonym of homosexuality (queer sexuality) or as “experimental desire” of the “eccentric subjects” (Zinyuk 2019: 544). The topic of sexuality occurs slightly more often but is predominantly interpreted in bio-essentialist binary terms. We assume that this tendency can be generalized on a broader scale in Ukrainian higher education, with very few exceptions.

It is important to note that, with the conclusion above, we are not saying that the gender studies in Ukraine have to ‘catch up’ with Western academia, as some publications suggest.¹⁶ We are aware of the Eurocentric/Anglo-American domination in the coloniality of knowledge and the corresponding unequal distribution of power and resources. We are also cognizant that the status of critical knowledge in Western academia is often problematic: the recent transnational debates on transphobic feminist position are ample evidence of this.¹⁷ We see how academic/educational institutions across the globe, including the Ukrainian ones, are less interested in knowledge that subverts the

14 While this paper aims to challenge this standpoint, it should be mentioned that in the quoted case, students were supposed to read the Ukrainian translation of *Gender Trouble*. Taking into account that a large number of the translations were done by non-experts in gender and/or queer studies, it is highly likely that one will encounter inaccurate translations, especially with regards to complex concepts of (critical and constructionist) gender studies and queer theorizing. The only extant official translation of the book into Ukrainian is a case in point.

15 We analyzed a published compendium of gender studies courses in three universities (Zinyuk 2019).

16 See Niehaus 2018, Vlasiuk 2016.

17 See, for example, Judith Butler's opinion on trans-exclusive feminism (Butler 2020) or Alyosxa Tudor's analysis of transphobic feminism as a ‘distraction’ from the anti-racist struggle (Tudor 2020).

very legitimacy of academia because it can reveal its privileged place in power-knowledge production and expose its limits. As Maria Pereira observed, “[p]rocesses of institutionalization of WGFS are not just uneven; they are also complex, unpredictable, shifting and rarely linear” (Pereira 2018: 181).

Finally, the complexity of the current political moment, marked by the rise of “genderphobia” in Europe due to right-wing political-religious alliances against gender education (Hennig 2018), also has to be taken into account. Ukrainian gender studies are under growing pressure from so-called anti-gender movements. In addition to this, there is alarming evidence of how anti-gender, homophobic, and transphobic stances are taking the form of scholarship and legitimately entering in academia.¹⁸ At the same time, in line with the queer feminist framework of our study, we argue that when gender studies (re)produce bio-essentialist knowledge, they become paradoxically complicit with anti-gender ideology and scholarship. Altogether, they contribute to the neoconservative turn in academia and broader society. Our analysis of the case of Wine seeks to shed light on the mechanisms of such complicity.

Although one of the foci of this volume is the institutionalization of gender studies, the findings delineated above compelled us to expand the scope of this analysis beyond educational institutions. Where else can critical knowledge about gender and sexuality be produced? In Ukraine, such a place can be found in LGBT activism. In the last decade, a pool of experts has emerged from within LGBT communities to serve as researchers and educators for their communities and the general public.

While community-engaged scholarship has long been promoted in feminist and other critical studies, the assumption that activist communities as such could be a legitimate source of knowledge production and circulation is relatively new in the Ukrainian context. This idea has recently been gaining currency, indicating that today the critical knowledge of gender and sexuality is more often discussed in the liminal spaces between academia, art, and activism than within educational institutions. Seeking to contribute to this line of inquiry, in the next section, we examine what kind of knowledge of gender and sexuality is produced and proliferated in Ukrainian LGBT communities. We are particularly interested in power relations between different kinds of knowledge, specifically, which standpoints are more privileged and how the dominant position has been justified.

18 For example, the doctor *habilitatus* (sic!) thesis in psychology by Lyudmila Grydkovets, which theorizes homosexuality as deviant and dangerous, was successfully defended in 2019. In 2020, another successfully defended doctor *habilitatus* (sic!) thesis in sociology by Ivan Svyatnenko argues for the grave danger of gender studies and interprets the latter as “hidden matriarchal racism.”

Context II: Gender, Sexuality and Queer Knowledge in LGBT Activism

During the 2017 Pride week, the first queer studies conference took place in Ukraine.¹⁹ Although it was a joint project of the hosting university and Kyiv Pride, a non-academic LGBT audience was not in attendance because of the way the conference had been organized and announced. It was held in a far-flung part of the campus and scheduled at the same time as the major events for activists in the city center. Kyiv Pride organizers stressed the merely academic character of the event, thus reproducing the discourse of queer studies as ‘high theory’ – which, incidentally, was challenged in the keynote lecture (Mayerchuk 2017) and subsequent discussions. One year later, the 2018 Kyiv Pride week featured a lecture by a professor from the UK, an expert in the history of homosexuality. The lecture was scheduled in a time and place that enabled maximum attendance of the activist and general public. Our observation of Pride activities shows that what happened in 2017 and 2018 was not a coincidence but an indicator of the kind of knowledge that is more likely to be welcomed in mainstream LGBT activism.

In the next couple of years, Pride weeks and other public events featured mainly local lecturers/experts from LGBT communities. While celebrating this change as a positive sign of how communities are becoming a site of knowledge production, thus challenging the power of the academy from below, we cannot help but see the prevailing tendency to reproduce a more essentialist interpretation of gender and sexuality in the offered knowledge. To understand the logic of this tendency, we will take a closer look at the underpinning assumption of mainstream LGBT activism, namely the conception of sexual orientation and gender identity (SOGI).

In the transnational LGBT movement, SOGI is a key descriptor for LGBT communities. Correspondingly, the main agenda of LGBT organizations focuses on fighting violence and discrimination based on SOGI and calling for the inclusion of SOGI as a legal term in the European anti-discrimination legislation. Such framing of LGBT as a social group assumes both ‘sexual orientation’ and ‘gender identity’ to be stable characteristics of people – otherwise, how could they serve as a basis for political claims? At the same time, the domination of SOGI-based identity politics constitutes LGBT subjects and their relations inside the communities in a particular way. The list of identities

19 See more about the conference on the website of the Heinrich Böll Foundation in Ukraine: <https://ua.boell.org/en/2017/06/06/international-academic-conference-multiculturalism-gender-identity-queer-studies-post> .

included can grow beyond lesbian, gay, bisexual, and transgender people (reflected in the LGBT acronym), evoking discussions such as:

“– Oh, you have forgotten LGBTQQIAAAPPD+: it includes aromantic, polysexual, demi-sexual people and the platonic orientation.

– We have a common name, LGBT, and it’s enough. The essence has been exhausted. All the rest is a mere flight of fantasy and artificial addition of [new] groups” (public discussion on @insight.ngo Facebook page, October 2018).

While the central debate in this dialogue concerns the issue of inclusivity, the discourse of the stable SOGI-based identities is being reproduced in both claims. Though this discussion has the potential to reveal how multiple normativities and privileges operate in LGBT discourse, the focus on identities also entails certain limitations, in particular regarding solidarities across various social groups.

Against the backdrop of the domination of SOGI-based identity politics in mainstream NGO-based LGBT activism, queer knowledge appears to have become contested terrain. When Kyiv Pride strategies were criticized from inside LGBT communities for reproducing homonationalist tropes, one of the Pride organizers dismissed this criticism as follows:

“You read too much THEORY and forgot in what society we are living” (public discussion on Facebook, June 2016; caps lock in original).

This statement reflects the typical assumption of mainstream LGBT NGOs (including Kyiv Pride²⁰) about the non-applicability of queer knowledge to LGBT activist praxis. This premise also determined the specific positioning of the aforementioned queer studies conference vis-à-vis LGBT communities. For several years, mainstream LGBT discourse has presented queer theorizing²¹ as a useless (or even harmful) corpus of knowledge, detached from reality. Simultaneously, it has appropriated the term *queer* to designate a newly naturalized identity added to the LGBT alphabet soup.²² For example, a webinar “How to speak about LGBT correctly” featured in October 2020 and carried out by one of the mainstream LGBT NGOs, offered the definition of queer as “a person who identifies themselves with none of the known gender identity and sexual orientation.”²³ In January 2021, it was announced that a queer-identified

20 Since 2016, the Kyiv Pride has been an NGO; correspondingly, the Pride week and march in Kyiv are its projects.

21 In this chapter, we adopt queer theorizing as a more appropriate term than queer theory in order to stress the multiplicity of perspectives that inform this way of thinking and its reluctance to being completed and academically institutionalized.

22 The term *alphabet soup* was used to develop a critical perspective on identity politics (Budhiraja/Fried/Teixeira 2010).

23 Source: https://www.youtube.com/watch?v=maxst8yyQeQ&feature=emb_logo [accessed: October 2020].

person had become a member of the Kyiv Pride team to represent this identity in Ukrainian Pride politics.

The above example can provide insight into how the term *queer* has obtained meaning as an identity signifier in mainstream LGBT discourse whilst the understanding of *queer* as a critical lens is often discarded as worthless, at the least. At the same time, there are activist groups inside Ukrainian LGBT communities that continue using the critical meaning of *queer* as a method for political interventions. To distinguish between *queer as identity* and *queer as political position*, further in this chapter, we call the latter *queer activism*. During the time studied, self-nomination *queer activism* (or *queer feminist activism*) was used to signify the political position of some grassroots initiatives rather than an identity. This positionality resonates with what Leticia Sabsay called “politically queer” (2013),²⁴ and the research by Wine represents this positionality to a great extent. In the next section, we closely examine this case to understand how the disciplining powers of academia and mainstream activism work to suppress critical knowledge production and how this pressure can be resisted.

Case Study: Wine

Wine was a dedicated undergraduate history student at the National University of Kyiv Mohyla Academy (NAUKMA).²⁵ Her research interest toward a history of lesbian activism developed out of her positionality as a non-heterosexual non-binary person with the pronouns she/her. Since her school did not offer any courses on gender or queer studies, Wine attended an M.A. course in queer theory and an advanced Bachelor of Arts (BA) course on feminisms at another school. She did this to gain theoretical knowledge, though the university rules prevented her from earning credits for these courses. The queer theory course opened a new constructionist perspective for Wine and inspired her to critically review much of the knowledge she had adopted during her previous studies.

During the final BA year, Wine wrote her honors thesis about Women’s Network – a lesbian-feminist organization – that acted from 2000–2009 and was one of the first groups of this kind in Ukraine. The thesis appeared to be pioneering research on this topic; it combines unique data collected via oral history, among other methods, and thoughtful and nuanced analysis. Putting

24 The distinction between queer identity and queer activism in Ukraine has been observed and analyzed in the literature; see, for example (chushak/Serdyukova/Tantsiura 2019).

25 NAUKMA has a reputation as one of the most prestigious Ukrainian universities, in particular in the fields of social sciences and humanities. It is famous for strong international collaboration and the practice of inviting international scholars to teach and do research.

this case in a broader context of post-Soviet regimes of gender and sexuality, Wine sought to understand why there is so little knowledge of this group in LGBT communities today and what the legacy of Women's Network means for current activism. One of her working hypotheses was that Women's Network was intentionally erased from LGBT history due to anti-lesbian bias. In line with the queer approach to history (Scott 1986, D'Emilio 1993) and decolonial perspective (Lugones 2007), Wine developed a critique of the contemporary history-making canon that reproduces a decontextualized approach to sexuality and the colonial assumption of emancipation as a linear historical process. The main points of Wine's critique target the heteropatriarchal and neoliberal tendencies in the Ukrainian feminist and LGBT discourse, which privilege the voices of mainstream NGOs over others.

Having moved beyond descriptive history-writing and towards critical analysis, in our view, Wine conducted self-reflective research, a valuable piece of situated knowledge (Haraway 1988) on an understudied and marginalized topic. The supervisor and external reviewer (both queer studies scholars) had evaluated Wine's thesis as research of the highest quality, so Wine was expecting a high mark at the defense (oral examination). To her astonishment, she received one of the lowest marks. Wine describes the exam:

"It happened that my supervisor was not present at the exam, so possibly... The only person whose opinion had weight there was a chair because she does feminist studies. Other examiners were specialists in [different topic], so they had nothing to say. So, in fact, I was alone in my debate with the chair. I am very proud that I did not start crying then... and I answered all the chair's questions." (Interview with Wine, October 2020)

Wine assumes that the debate with the chair was particularly harsh because her thesis critically commented on the works of NN,²⁶ a well-established Ukrainian scholar in women's history.

"The chair ... the fact is that she is a liberal feminist and a good colleague of NN, they worked together on many research projects and coedited a book" (Interview with Wine).

Attacking Wine with a suggestion to "better learn from NN instead of criticizing", the chair sought to defend a fellow scholar and, in fact, themselves from critique. The fact that Wine's supervisor was abroad, and thus unable to support her student in person, seemed to particularly encourage the mocking attitudes of the chair towards Wine. In this case, the student's work was assessed more according to its compliance (or in this case, the lack thereof) with the chair's scholarship and less on the merit of Wine's thesis.²⁷

26 NN are the anonymized initials of the mentioned scholar.

27 Such an approach, including a patronizing manner of commenting, is upsetting to Wine and us but not uncommon in educational settings. We have heard quite a few similar stories from universities in Ukraine, Sweden, the UK, and the US, including in gender studies programs.

After graduation, Wine entered a Master of Arts program in history but soon realized that the offered courses did not align with her research interests. Wine dropped out of school and now works at a shop. Wine hopes to continue her research without the pressure of the academic norms and patronizing tone of communication. She draws cartoon-like summaries of her study and disseminates them through her aforementioned Telegram channel Lyeska.

What can be learned about the current state of gender and queer knowledge production in Ukrainian universities through Wine’s story? In this case, several axes of social power intersect. First of all, the power of heteronormativity in historical gender studies is apparent. While women’s history (or, rather, her-story) still has to fight the androcentric mainstream HIStory to be recognized in Ukrainian academia, this area of studies is not free from heteronormativity and other biases, either. Wine reflects on this as follows:

“I had several critical statements in my work regarding the dominant approach to historicization, how a Ukrainian woman is portrayed there – she would never be a lesbian in their studies, so to say [laughter]” (Interview with Wine).

In her thesis, Wine analyzed the context of Ukrainian women’s and gender studies and pointed to how the binary and heterosexist understanding of gender erases non-heteronormative and especially lesbian subjectivities from the discourse. The ironic assertion that “a Ukrainian woman would never be a lesbian” highlights the constitutive nature of heteronormativity in the nation-building process. As critical scholarship on the relations between sexuality and nation shows, “despite the imperatives of globalization and trans-nationalism, citizenship continues to be anchored in the nation, and the nation remains heterosexualized” (Bell/Binnie 2000: 26). Similarly, Wine points out how being Ukrainian is closely connected to heteronormativity in the dominant gender studies discourse.

Written within the queer epistemological framework and from a lesbian-feminist activist positionality, Wine’s study appeared to be at odds with the heteronormative canon of women’s history, in particular as represented by the chair’s scholarship. From this angle, what happened at the defense of Wine’s thesis can be interpreted as not just an accidental epistemological mismatch but a lesbophobic attack, amplified by the authoritative power of the established academics and performed under the guise of scholarly debate. We see this case as an alarming sign of neoconservative tendencies in Ukrainian academia, including in gender studies. This is how the dominant bio-essentialist understanding of gender fuels homophobia and transphobia in knowledge production and leads to further stigmatization of non-heterosexual, transgender, non-binary, and gender-nonconforming people and communities.

It became apparent that, despite its reputation as a progressive university, NAUKMA did not welcome a student’s research that offered a queer approach

to gender and sexuality. At the same time, in many other Ukrainian universities, such a thesis could not have been written at all. Wine had had the rare opportunity to take a queer studies course at her university – perhaps, the only such course existing in Ukraine at the moment. This circumstance made us consider Wine’s case a critical type (Flyvbjerg 2006) that permits logical deduction and generalization of the obtained conclusions. The predominantly essentialist trajectory of gender studies comes to light through Wine’s case. Non-heteronormative subjectivities and movements are pushed outside of the scope of possible topics worthy of research, and those who try to build their research on queer feminist methodologies run a significant risk of being accused of non-professionalism.

But what about LGBT activism? Would it not recognize and welcome Wine’s study? Remarkably, this is not the case either because Wine locates herself and her work outside of mainstream NGO-based activism and develops a critical perspective on how ‘LGBT history’ is being narrated there:

“Kyiv Pride likes to refer to Stonewall²⁸ as if this is our history. This is so problematic for me because Stonewall did not have any influence on our situation at that time, so [...] I don’t understand why to call it our history. And overall, the Kyiv Pride activity is problematic to me because when referring to Stonewall – ok, Stonewall was a protest against police violence. But the way our marches are organized is [...] (chuckling). And Kyiv Pride praises police a lot, says how cool the police are... because we have marches inside the police cordon. I am startled by the tendency when they praise police for defending us and simultaneously say that Stonewall is our history [...] Something is wrong with this” (Interview with Wine).

In this quotation, Wine addresses the paradoxical alliances of the Kyiv Pride organizers with the police and questions the notion of safety gained by these alliances. Particularly significant is Wine’s critique of how the history of the LGBT movement gets simplified and narrowed to the idea of so-called progress (meaning following the ‘Western path’ of LGBT liberation). According to Wine, all activism that were not well-funded and ‘successful’ are erased from this history, and a scarcity of information on Women’s Network is a case in point. Among the major problems in mainstream activism, Wine identifies the lack of a contextualized understanding of sexuality and the erasure of bisexual, transgender, and non-binary people. It comes as no surprise, therefore, that Wine’s study was not welcomed in mainstream LGBT activism either: She was never invited by LGBT NGOs to present her study to communities.

This situation of displacement from both academia and NGO-based activism is signaling how the ‘uncomfortable’ knowledge produced by Wine’s study has been pushed to the margins of dominant discourses. But as this case

28 The Stonewall riots were series of demonstrations in New York, 1969, led by gay and trans-activists of Color after police raids in the Stonewall Inn. These protests are perceived as a turning point in the gay liberation movement in the USA (Wolter 2013).

also shows, such knowledge does not disappear. Wine continues to carry out and present her research outside of institutional settings, practically underground, where it cannot be immediately disciplined or sanctioned. Hence, it can be categorized as a case of *undisciplined* knowledge production, a queer feminist resistance to the heteronormativity of academia and homonormativity of mainstream LGBT activism. The comics based on Wine’s thesis are situated in a broader space of *undisciplined* queer knowledge on the fringe of feminist and LGBT communities.²⁹

The close analysis of the Lyeska channel provides an insight into what *undisciplined* queer knowledge might look like. “For us, about us”, says one of the entries, meaning that it is not intended to reach as many subscribers as possible (the frequent goal of contemporary blogging). While apparently not caring about the size of the audience, Wine pays a lot of attention to the careful self-reflectivity of the content.

The topic of solidarity between different marginalized experiences lies at the core of the materials on the channel. Lyeska aims to discuss controversial and uneasy topics of intersectional discriminations, to create a dialogue within the community as well as a feeling of safety during the discussions. Radical honesty and the gentle do-it-yourself aesthetics of watercolor illustrations resemble a teenager’s diary: full of expressions of solidarity, passion and curiosity, the otherwise rare readiness to reflect own actions and words, while also full of clear and unapologetically political statements against sexism, cis-normativity, classism, and racism. It is a love letter to the community. In our view, this form of media could have a greater potential for transformative social praxis than feminisms based on the binary understanding of gender as ‘men’ and ‘women’ and an LGBT movement that uncritically mimics Western Pride with its ‘it gets better’ narrative and stages diversity marches that possibly endanger multiply marginalized members of the LGBT communities themselves. In this context, the Lyeska channel can be viewed as a form of activist resistance to neoconservatism in academia and neoliberal tendencies in mainstream NGO-based activism.

Conclusion

More than twenty years ago, Wendy Brown was concerned that the institutionalization of women’s studies was at odds with,

29 For a detailed analysis of non-mainstream queer activism in Ukraine, see May-erchyk/Plakhotnik 2021.

“sustaining gender as a critical, self-reflexive category rather than a normative or nominal one, and sustaining women’s studies as an intellectually and institutionally radical site rather than a regulatory one – in short, refusing to allow gender and women’s studies to be *disciplined*.” (Brown 1997: 86; italics added by us)

Today, the continuing relevance of Brown’s concern is proven by critical feminist scholarship across the globe. It is equally relevant to queer theorizing, as our study has sought to show. In examining the peculiarities of knowledge production about gender and sexuality in academic/educational settings, we have come to the conclusion that critical queer knowledge is a relatively marginalized field in contemporary Ukraine. Regardless of the uneven process of the institutionalization of gender studies and the differences between universities, subversive critical knowledge appears to be always in conflict with the neo-conservative ideological climate. On the contrary, developing and teaching knowledge grounded in the essentialist binary categories seems to be a ‘safer’ way for academic gender studies, but this came at the price of complicity with neoconservatism. In this sense, critical queer knowledge is needed more than ever because of its potentiality to unveil this complicity and imagine alternative ways of thinking and acting. Indeed, *queer* is not secured from being co-opted or disciplined in any other way – this is yet another reason to justify the value of *undisciplined* queer knowledge.

In this chapter, drawing upon the analytical distinction between two different usages of the term queer – as an essentialized identity (in mainstream gender studies and LGBT activism) and as an anti-categorical critical lens and political positionality (in underground grassroots groups), we identified the independent sphere of undisciplined queer knowledge that functions outside of and against institutional scripts. We analyzed this phenomenon using the case study of queer feminist research that was disciplined and disparaged by academic/educational as well as activist institutions and emerged instead as a non-academic project on social media. While Wine’s research is a rare case, an entire network of grassroots queer collectives where *undisciplined* queer knowledge is produced, consumed, and developed further in non-institutionalized areas of political activism and arts also exists.

It would be wrong to assume that the combination of dominant discourses and *undisciplined* counter-knowledge is a specifically Ukrainian phenomenon. Due to the global neoliberal and neoconservative tendencies in academia and institutionalized activism, critical queer knowledge has difficulties everywhere to pave the way. What is unique about the Ukrainian case, however, is that the particular geotemporal positionality on East European margins enables Wine and other queer activists to de-center the Northern and/or Western queer experience. It allows them/us to be aware of how discursive construction of the ‘more developed and tolerant’ West further reinforces existing (white, middle-class, cisgender) privileges while people of marginalized gender identities and sexualities as well as racialized and migrantized ‘Others’ are discriminated

against and excluded. In this sense, we also see *undisciplined* queer knowledge from Ukraine as resistance against the colonial power of the West, which manifests itself through the master narrative of occidental historical progress. Occupying an almost impossible, triple marginalized position (vis-à-vis academia, mainstream activism, and occidental epistemological canon), an underground field of *undisciplined* queer knowledge production creates a potentiality for a nuanced, localized, and truly transformative social praxis.

Acknowledgements

We are sincerely grateful to Wine for being our research partner. Our thanks also go to the participants of the Queer Hub grassroots project in Ukraine, with whom we had a chance to discuss a draft of this chapter.

References

- Bell, David/Binnie, Jon (2000): *The Sexual Citizen. Queer Politics and Beyond*. Cambridge, UK: Polity.
- Boatcă, Manuela (2010): Multiple Europes and the Politics of Difference Within. In: Brunkhorst, Hauke/Grözinger, Gerd (eds.): *The Study of Europe*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, pp. 51–66.
- Brown, Wendy (1997): The Impossibility of Women’s Studies. In: *differences: A Journal of Feminist Cultural Studies*, 9, 3, pp. 79–101.
- Budhiraja, Sangeeta/Fried, Susana T./Teixeira, Alexandra (2010): Spelling It Out. From Alphabet Soup to Sexual Rights and Gender Justice. In: *Development, Sexual Rights and Global Governance*. London and New York: Routledge, pp. 131–144.
- chushak, nadiya/Serdyukova, Yulia/Tantsiura, Irina (2019): ‘We’ll Be Fine, and You Just Hang in Here’. A Queer Critique of the Imperial Gaze in Gaycation Episode ‘Ukraine.’ In: Wiedlack, Katharina/Shoshanova, Saltanat/Godovannaya, Masha (eds.): *Queering Paradigms VIII. Queer-Feminist Solidarity and the East/West Divide*. Oxford: Peter Lang, pp. 97–123.
- De Lauretis, Teresa (1991): Queer Theory: Lesbian and Gay Sexualities. In: *differences: A Journal of Feminist Cultural Studies*, 3, 2, pp. iii–xviii.
- D’Emilio, John (1993): Capitalism and Gay Identity. In: Abelove, Henry (ed.): *The Lesbian and Gay Studies Reader*. New York: Routledge, pp. 467–469.

- Dietze, Gabriele/Yekani, Elahe Haschemi/Michaelis, Beatrice (2007): "Checks and Balances." Zum Verhältnis von Intersektionalität und Queer Theory. In: Walgenbach, Katharina/Dietze, Gabriele/Hornscheidt, Lann/Palm, Kerstin (eds.): *Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität*. Opladen: Budrich, pp. 107–139.
- El-Tayeb, Fatima (2011): *European Others*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Flyvbjerg, Bent (2006): Five Misunderstandings About Case-Study Research. In: *Qualitative Inquiry*, 12, 2, pp. 219–245.
- Gržinić, Marina/Kancler, Tjaša/Rexhepi, Piro (2020): Decolonial Encounters and the Geopolitics of Racial Capitalism. In: *Feminist Critique*, 3, pp. 13–38.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges, The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies*, 14, 3, pp. 575–599.
- Haritaworn, Jin (2015): *Queer Lovers and Hateful Others. Regenerating Violent Times and Places*. London: Pluto Press.
- Hennig, Anja (2018): Political genderphobia in Europe. Accounting for right-wing political-religious alliances against gender-sensitive education reforms since 2012. In: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2, pp. 193–219.
- Lugones, María (2007): Heterosexuality and the Colonial/Modern Gender System. In: *Hypatia*, 22, 1, pp. 186–209.
- Mayerchuk, Maria/Plakhotnik, Olga (2021): Uneventful Feminist Protest in Post-Maidan Ukraine, Nation and Colonialism Revisited. In: Koobak, Redi/Tlostanova, Madina/Thapar-Björkert, Suruchi (eds.): *Postcolonial and Postsocialist Dialogues. Intersections, Opacities, Challenges in Feminist Theorizing and Practice*. New York: Routledge, pp. 121–137.
- Mayerchuk, Maria/Plakhotnik, Olga (2012): *Theories of Gender and Sexuality in the Ukrainian Universities*. Ms. (unpublished).
- Mizielńska, Joanna/Kulpa, Robert (eds.) (2011): *De-Centring Western Sexualities. Central and Eastern European Perspectives*. Farnham: Ashgate.
- Muñoz, José Esteban (1999): *Disidentifications. Queers of Color and the Performance of Politics*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Nicholson, Linda (1994): Interpreting Gender. In: *Signs*, 20, 1, pp. 79–105.
- On Ensuring Equal Rights and Opportunities of Women and Men (2005). In: *The Official Journal of the Verkhovna Rada of Ukraine*, 52, pp. 10–33.
- Pereira, Maria do Mar (2018): The Institutionalisation of Gender Studies and the New Academic Governance. Longstanding Patterns and Emerging Paradoxes. In: Kahlert, Heike (ed.): *Gender Studies and the New Academic Governance*. Wiesbaden: Springer VS, pp. 179–199.
- Plakhotnik, Olga (2019): *Imagaries of Sexual Citizenship in Post-Maidan Ukraine. A Queer Feminist Discursive Investigation*. Diss. The Open University.
- Plakhotnik, Olga (2013): Gender Policy and Education in Contemporary Ukraine. Discourses and Controversies. In: Hankivsky, Olena/Salnykova, Anastasiya (eds.): *Gender, Politics and Society in Ukraine*. Toronto: University of Toronto Press, pp. 225–252.

- Sabsay, Leticia (2013): Queering the Politics of Global Sexual Rights? In: *Studies in Ethnicity & Nationalism*, 13, 1, pp. 80–90.
- Scott, Joan W (1986): Gender. A Useful Category of Historical Analysis. In: *The American Historical Review*, 91, 5, pp. 1053–1075.
- Suyarkulova, Mohira (2019): Translating ‘QUEER’ into Kyrgyzstani Russian. In: Cottet, Caroline/Picq, Manuel Lavinias (eds.): *Sexuality and Translation in World Politics*. Bristol: E-International Relations, pp. 42–56.
- Wolter, Salih Alexander (2013): Stonewall revisited: Eine kleine Bewegungsgeschichte. In: Voß, Heinz-Jürgen/Wolter, Salih Alexander (eds.): *Queer und (Anti-)Kapitalismus*. Stuttgart: Schmetterling Verlag, pp. 28–34.
- Wynter, Sylvia (2003): Unsettling the Coloniality of Being/Power/Truth/Freedom. Towards the Human, After Man, Its Overrepresentation – An Argument. In: *CR: The New Centennial Review*, 3, 3, pp. 257–337.
- Zhurzhenko, Tatiana (2001): Ukrainian Feminism(s). Between Nationalist Myth and Anti-Nationalist Critique. In: Vienne: IWM Working Paper 4.
- Zinyuk, Olha (2019): Prohramy gendernykh studii v ukrains’kykh universytetah [Gender Studies Programs in the Ukrainian Universities]. Ivano-Frankivsk: Vasyl Stefanyk Precarpathian National University Press.

Internet Sources

- Butler, Judith (2020): Judith Butler on the culture wars, JK Rowling and living in “anti-intellectual times.” Interview with Alona Ferber. In: *The New Statesman* (22 September 2020). https://www.newstatesman.com/international/2020/09/judith-butler-culture-wars-jk-rowling-and-living-anti-intellectual-times?fbclid=IwAR0wQU0b2jFAM9K7GINjYh9dNVEp1BNQ8hNJypz_lrqdHKn2MHaax40GnUc [accessed: December 18, 2020].
- Kvir-Fem-Actziya DIY festival blog (2013): About page, https://kvirfemactziya2013.diebin.at/index05df.html?page_id=82 [accessed: December 18, 2020].
- Mayerchuk, Maria (2017): (Ne)Pereladnyi i (a)Politychnyi Kvir. Sexual’nist’, Feminism i Kvir-Teoriya v Ukraini [Un)Translatable and (A)Political Queer. Sexuality, Feminism and Queer-Theory in Ukraine], presentation at the conference Multiculturalism. Gender. Identity. Queer Research in the Post-Soviet Region. <https://www.youtube.com/watch?v=W3GKmTGK3HE&t=3085s> [accessed: December 18, 2020].
- Niehaus, Ulla (2018): Wie steht es um die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse in der Ukraine? In: Heinrich Böll Stiftung blog (12 June 2018). <https://www.boell.de/de/2018/06/12/wie-steht-es-um-die-demokratisierung-der-geschlechterverhaeltnisse-der-ukraine> [accessed: December 18, 2020].

- Tudor, Alyosxa (2020): Terfism is White Distraction. On BLM, Decolonising the Curriculum, Anti-Gender Attacks and Feminist Transphobia. In: LSE blog (19 June 2020). <https://blogs.lse.ac.uk/gender/2020/06/19/terfism-is-white-distraction-on-blm-decolonising-the-curriculum-anti-gender-attacks-and-feminist-transphobia/> [accessed: December 18, 2020].
- Vlasiuk, Hanna (2016): Gender Studies. Eine ukrainische Perspektive. Im Vergleich mit Deutschland ist Gendern in der Ukraine wesentlich weniger beliebt. In: bszonline (21 November 2016), <https://www.bszonline.de/artikel/gender-studies-eine-ukrainische-perspektive> [accessed: December 18, 2020].

Statement zur Situation der Gender Studies in Ungarn im Kontext der Entwicklung weiterer Länder inklusive Deutschland.

Anhörung zur Lage der Gender Studies in Ungarn beim Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament, Brüssel vom 8. November 2018¹

Ulrike E. Auga

Vorfälle in Budapest

Am 12. Oktober 2018 veröffentlichte die ungarische Regierung eine Liste von zugelassenen Studiengängen, aus der das Fach Gender Studies verschwunden war. Mit dem Dekret 42294/2018 wird die Absicht verfolgt, Gender Studies als Studiendisziplin abzuschaffen – an der renommierten privaten Central European University (CEU) ebenso wie an der Eötvös Lorand University (ELTE), der größten staatlichen Universität in Budapest (vgl. Central European University 2018).² Der alarmierende Vorstoß zielt gegen ein akkreditiertes, gut funktionierendes MA-Programm in Gender Studies mit konstant hohen Einschreibungen und internationaler Reputation.

Die Osteuropa-Expertin und Professorin für Gender Studies Andrea Pető schrieb, seit 2006 habe die CEU 139 internationale Studierende graduiert. An der staatlichen ELTE startete im Jahr 2017 die erste Studiengruppe mit zehn Teilnehmenden. Im Herbst 2018 sollten die nächsten zehn Studierenden ihr Masterstudium der Gender Studies in ungarischer Sprache beginnen.

- 1 Der Vortrag erfolgte auf Einladung des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament und wurde gehalten als Repräsentantin der International Research Association of Institutions of Advanced Gender Studies (RINGS).
- 2 „Central European University (CEU) reiterates its strong opposition to the removal of Gender Studies from the list of accredited MA programs in Hungary. This is a major infringement on academic freedom and university autonomy. Gender Studies is an internationally recognized academic field, which produces socially relevant knowledge, and which has been taught at CEU for well over two decades. Eliminating this program will be a significant loss to the Hungarian scholarly community and for democratically-minded public policy makers. CEU will continue teaching and research in this field via its US accredited MA and PhD programs“ (Central European University 2018).

Die Gender Studies an der CEU sind zudem Teil eines Erasmus-finanzierten europäischen Verbundes, dem acht Universitäten angehören, auf die die Einstellung der Programme in Ungarn ebenfalls negative Auswirkungen hätte.

Vertreter*innen der rechtskonservativen Regierung von Ministerpräsident Orbán führten unterschiedliche, nicht nachvollziehbare Gründe für die Schließung der Gender Studies-Disziplin an:

- Das Geld der Steuerzahlenden müsste besser genutzt werden. Allerdings läuft das Programm der CEU an einer privaten Universität.
- Es gäbe keine Verwendung für die Gender Studies-Absolvierenden auf dem Arbeitsmarkt. Ein Alumni-Report der CEU bestätigt dagegen, dass Graduierte weltweit sehr gute Positionen in Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft, Kultur- und Finanzwesen erhielten.
- Dem Vorwand, es gäbe einen Mangel an Studierenden, widerspricht die Zahl von durchschnittlich mehr als 200 Bewerbungen auf 22 Studienplätze an der CEU. Die Zulassungszahl von 10 Studierenden an der ELTE wurde durch das Ministerium festgelegt.
- Ein weiteres Argument war, dass die Gender Studies nicht die christlichen Werte erfüllen würden. Dagegen spricht, dass eine der weltweit größten katholischen Bildungseinrichtungen, die University of Notre Dame du Lac, ebenfalls ein Gender Studies-Programm im US-Bundesstaat Indiana anbietet und es im Rahmen einer Universitätspartnerschaft an der Katholischen Péter-Pázmány-Universität in Budapest annoncierte (vgl. Central European University 2018). Gendersensitive Religionsforschung und Theologie sind seit langem Teil emanzipatorischer Ansätze wissenschaftlicher Arbeit weltweit (vgl. Auga 2014).

Eingriff in akademische Freiheit

Der ungarische Akkreditierungsausschuss (HAC) gab am 1. September 2018 bekannt, er habe an der Ausarbeitung des Entwurfs des Regierungsvorschlags zum Widerruf der Lizenz des Masterprogramms für Gender Studies nicht teilgenommen. Der HAC erklärte, er bekräftige nicht die formalen und inhaltlichen Argumente, die zur Begründung des Lizenzwiderrufs verwendet wurden. Die Regierung scheint somit die einzige institutionelle Akteurin zu sein, die für eine ideologische und politische Intervention bei der Gestaltung eines akademischen Studienprogramms verantwortlich ist. Dieser Vorgang verstößt gegen die Bildungsfreiheit und die beruflichen Standards.

Nie zuvor hatte eine Regierung eines EU-Mitgliedstaates versucht, den Lehrplan einer Universität zu regeln, ohne die entsprechende Hochschule im Vorfeld zu konsultieren. Die Schließung der Gender Studies-Studiengänge in Ungarn stellt einen gefährlichen Präzedenzfall für staatliche Eingriffe in alle

anderen Universitätslehrgänge dar und verstößt des Weiteren gegen das ungarische Grundgesetz wie auch gegen die Vereinbarungen des Europäischen Hochschulraums (EHEA) (vgl. Pető 2018). Die European University Association gab am 24. August 2018 eine Erklärung ab: „Wenn die ungarische Regierung so vorgeht, würde dies einen Fall staatlichen Eingriffes in die Hochschulbildung darstellen, der in der Europäischen Union einmalig ist“ (Pető 2018). Am 6. Oktober 2020 entschied der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), dass die ungarische Regierung mit der Änderung ihrer Bildungsgesetzgebung gegen EU-Recht verstoßen hatte (vgl. Court of Justice of the European Union 2020).

Die Gewalt gegen die Genderforschung besitzt eine neue Qualität

In vielen weiteren Ländern lassen sich verstärkte und strukturierte Angriffe auf die Wissenschaft, wissenschaftlich arbeitende Personen sowie das Feld der Gender Studies beobachten. Attacken erscheinen im Netz, als physische Bedrohungen, mediale Angriffe oder als Entzug finanzieller Förderung.

An der italienischen Universität Verona wurden Lehrende von Rechten und der populistischen Partei Lega Nord aggressiv im Netz bedroht, weil sie einen Workshop für LGBTIQ*-Asylsuchende organisieren wollten.

In der Region Paris, Île-de-France, wurde dem Institut für Gender Studies, Emilie du Châtelet Institute (IEC), die staatliche Finanzierung entzogen. Solche Vorfälle gibt es in verschiedenen französischen Regionen, in denen die Regierung von den politischen Rechten gebildet wird, sowie in Ungarn und Polen.

Neben den politischen Rechten sind es auch bestimmte konservative religiöse Gruppen, die an Einfluss gewinnen. In Frankreich sind es insbesondere Mitglieder der Bewegung gegen die gleichgeschlechtliche Ehe und für konservative Familienvorstellungen (*La Manif pour tous*). Eine vergleichbare Entwicklung ist in Italien zu verzeichnen. Dort bestehen viele Schnittstellen zu politischen Rechten wie der Lega Nord in der Regierung und noch extremeren Gruppen. In Finnland gibt es Angriffe auf die Disziplin der Gender Studies sowie einzelne Forschende durch extreme Rechte und rechte populistische Gruppierungen.

Dezidiertes politisches Anliegen der rechten Parteien ist die Denunzierung und Abschaffung der Geschlechterforschung – wie es beispielsweise die Alternative für Deutschland (AfD) öffentlich fordert, wobei Beatrix von Storch und Gabriele Kuby über vermeintlichen ‚Gender-Wahn‘ und ‚Genderisierung‘ polemisieren. Seitdem die AfD ein Mitglied im Deutschen Bundestag gewor-

den ist, nutzt diese rechtsradikale Partei das Instrument kleiner und großer parlamentarischer Anfragen, um die Abschaffung der Geschlechterforschung herbeizuführen.³

Bestimmte Themen der politischen Rechten wiederholen sich: Die Eliten seien von den realen Problemen abgekoppelt; Geschlechterforschung sei eine Bedrohung für Kinder und würde Pädophilie fördern – so der Parlamentarier von der Slowakische Nationalpartei (SNS) Pavol Gorisak. Es wird behauptet, es gäbe biologisch nur eine Binarität von Geschlecht und die Geschlechterforschung würde die vermeintlich natürliche und gottgewollte hetero-sexuelle Ordnung stören.⁴

Postdemokratische Bedingungen als Kontext aktueller Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung

„Gender-Ideologie“ als Stichwort, um Neoliberalismus zu kritisieren und um progressive Politiken zu delegitimieren

Es ist bekannt, dass in Transformationsgesellschaften die symbolische Geschlechterordnung ein zentraler Ort des Austragens von politischen, sozialen und religiösen Konflikten ist (vgl. Auga/von Braun 2006).

Die globalisierte (neo-)liberale demokratische Ordnung ist in einer tiefen Krise der Verteilung und der Repräsentation, sodass einige Expert*innen von ‚postdemokratischen Bedingungen‘ sprechen. Etablierte Politik thematisiert zu häufig eine Ausführung von Sachzwängen auf Grund einer vermeintlichen ‚Alternativlosigkeit‘. Rechtspopulistische Parteien (in Österreich, Deutschland, Ungarn und Polen) profitieren mit ihrer vermeintlichen ‚Alternative‘ vom de-politisierenden Regieren.

Seit einigen Jahren entstehen weltweite Bewegungen, die sich gegen einen gemeinsamen Feind – nämlich die vermeintliche ‚Gender-Ideologie‘ – richten.

Um die zentrale Rolle herauszuarbeiten, die Gender-Politik in dem aktuellen Paradigmenwechsel spielt, sprechen Weronika Grzebalska, Eszter Kováts

3 In Deutschland sind die Gender Studies seit ca. 15 Jahren den Vorwürfen der Unwissenschaftlichkeit ausgesetzt.

4 Die Positionierung der Bundesvereinigung der Christen in der AfD (ChrAfD) gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Eintragung eines „dritten Geschlechts“ im Geburtenregister lautet: „Gottes Schöpfungsordnung sieht genau zwei Geschlechter vor: Mann und Frau. Und beide lassen sich anhand anatomischer Merkmale in der Regel sehr genau unterscheiden. Alles andere entspringt der blühenden Phantasie selbsternannter Gender-Aktivist*innen“ (Schumny 2017).

und Andrea Pető von Gender als ‚symbolischem Kitt‘. Der Begriff ‚Genderideologie‘ sei im Vokabular illiberal-populistischer Kräfte zu einer Metapher geworden, „für all die Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten, die die aktuelle sozioökonomische Ordnung hervorbringt. Diese macht es ihnen möglich, die Aufmerksamkeit [...] vieler Menschen, die mit ihrer Lebenssituation unzufrieden sind, auf Fragen der Gleichstellung umzulenken“ (Grzebalska/Kováts/Pető 2018: 35).

Es werden verschiedene Taktiken angewandt:

„Die Rechte [hat] eine Dynamik erzeugt, die dazu geführt hat, dass ‚Gender‘ als bedrohliches Konzept wahrgenommen wird [...]. ‚Genderideologie‘ steht dann auch für das Versagen der demokratischen Repräsentation und entsprechend ist, sich gegen diese [vermeintliche] ‚Ideologie‘ zur Wehr zu setzen, gleichbedeutend mit einer Kritik an unterschiedlichen Aspekten der gegenwärtigen sozioökonomischen Ordnung“ (Grzebalska/Kováts/Pető 2018: 36–37).

Die Debatte um die vermeintliche Genderideologie besitzt die rhetorische Funktion, etwas behaupten zu können, was vernünftig und rechtmäßig sei. Dabei „[beschränkt sie] sich längst nicht nur darauf [...], das Weltbild ihrer Gegner zu dämonisieren und ein Menschenrechtsparadigma abzulehnen [...]. Stattdessen bietet sie eine [...] Alternative, die auf Familie, Nation, religiösen Werten und Meinungsfreiheit beruht“ und gegen Individualismus antritt (Grzebalska/Kováts/Pető 2018: 38).

Die politischen Rechten bilden mittels polemischer Genderkritik breite Bündnisse unterschiedlicher Art – mit einigen Teilen christlicher Kirchen, orthodoxen jüdischen Gruppen, fundamentalistischen Strömungen des Islams, politischen Konservativen der Mitte sowie rechtsradikalen Parteien.

Nationalismus, Geschlecht und Sexualität

Die ungarische Regierung nutzt das Konzept der ‚Geschlechterideologie‘, um von Unsicherheit in der sozioökonomischen Ordnung mit ihren strukturellen Ungerechtigkeiten abzulenken und die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf Fragen der Gleichstellung zu kanalisieren. Anti-Gender-Bewegungen haben sich als Reaktion auf die Krise der neoliberalen Weltordnung im populistischen, neokonservativen Lager formiert, die das Genderkonzept nicht nur gegen Gender Studies, sondern auch gegen LGBTIQ*-Rechte, die Istanbul-Konvention, Sexualerziehung in Schulen, internationale Organisationen wie die Europäische Union, die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) richten.

Gender-Mainstreaming, das als Gleichstellungstrategie in vielen Ländern und auf der Ebene der Europäischen Union umgesetzt wird, wird als ‚europäische Doktrin‘ diffamiert. In Osteuropa – wie auch im Beispiel Ungarn – wird dazu angeführt, dass Geschlechterforschung häufig aus dem Ausland komme und nicht ‚national‘ genug sei.

Eine naturalisiert vorgestellte und hierarchische symbolische Geschlechterordnung steht im Zentrum nationalistischer Vorstellungen. Die individuelle Reproduktion wird in Verbindung zur Reproduktion des möglichst ‚reinen Volkskörpers‘ gesehen. Daher werden Einschluss und Ausschluss stark überwacht. Geschlecht wird naturalisiert ausschließlich männlich oder weiblich verstanden. Das binäre Verständnis dient der Herstellung und Begründung der Hierarchie ‚männlich über weiblich‘.

Seit den 1970er-/80er-Jahren wurden jedoch auch in der Biologie die Einwände gegen Modelle strikter geschlechtlicher Zweiteilung deutlicher.⁵ Der Biologe Heinz-Jürgen Voß schreibt: „Es gibt mehr als zwei Geschlechter. In der Biologie ist das inzwischen anerkannt. [...] Biologisches Geschlecht ist nicht einfach in zwei Varianten – ‚weiblich‘ versus ‚männlich‘ – aufzuteilen. Die Annahme, es gäbe zwei Geschlechter, ist zu simpel. Der aktuelle Forschungsstand der Biologie geht von einem größeren Spektrum geschlechtlicher Entwicklungsmöglichkeiten aus“ (Voß 2016: 8–9).

Nationalismus erscheint auch bei einigen Strömungen als sogenannter Femonationalismus mit scheinbar widersprüchlichen Feindbildkonstruktionen. Es kommt zu einer rassistischen Verschränkung von Feminismus und Antihomophobie. Westlicher Feminismus gilt dabei als angeblicher Kernbestandteil ‚westlicher Subjektivität‘ als antimuslimischer Rassismus mittels Homonationalismus und Femonationalismus (vgl. Zülfukar 2016).

Sara Farris zeigt, wie in der Antimigrationspolitik der europäischen, extrem rechten Parteien feministische Geschlechter- und Sexualpolitik vereinnahmt werden. Alle Frauen mit Kopftuch und ganzkörperlicher Verschleierung werden als Opfer ihrer (heterosexuellen) muslimischen Männer dargestellt, die außerdem für den Rest der Gesellschaft als gefährlich inszeniert werden (vgl. Farris 2011).

Zur Notwendigkeit des Schutzes der Gender Studies und kritischen wissenschaftlichen Arbeitens

Die Geschlechterforschung nimmt Erkenntnisse etablierter allgemeiner Wissens- und Wissenschaftskritik auf, wenn sie erforscht, wie ein bestimmtes Wissen über einen Gegenstand in einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Kontext hergestellt wird. Naturwissenschaftliches Wissen wird ebenfalls nicht unabhängig von materialen Bedingungen und Interessen hergestellt. Daher

5 Zentrale Denkanstöße gaben Arbeiten feministischer Wissenschaftskritik. Für die Diskussion geschlechtlicher Vielfalt waren Veröffentlichungen der US-amerikanischen Naturwissenschaftlerinnen Anne Fausto-Sterling und Evelyn Fox Keller bestimmend (vgl. Fausto-Sterling 1988, 2012; Fox Keller 1985, 2000).

spricht die amerikanische Naturwissenschaftlerin Donna Haraway von „situiertem Wissen“ (vgl. Haraway 1988). Es wird in diesem Zusammenhang auch gefragt, wie dominante und widerständige Diskurse über Geschlecht entstehen.

Den Gender Studies wird der Vorwurf einer Wissenschaftsfeindlichkeit gemacht, da die Disziplin meistens eine dekonstruktivistische Hinterfragung der Naturhaftigkeit von Geschlecht vornimmt. Gleichzeitig lässt sich nachweisen, dass die neoreaktionären Wissensbestände und Wissensproduktionen hochgradig unwissenschaftlich sind. Sie halten Vorstellungen naturalisierter, hierarchischer Ordnungen von Geschlecht, Nation, Religion und weiteren Wissenskategorien für ‚wahr‘, die sowohl natur- als auch human-wissenschaftlich längst widerlegt sind.

Die anerkannte indisch-US-amerikanische Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak (*1942) definiert als epistemische Gewalt (im Anschluss an Edward Said und Michel Foucault) einen Prozess der Verdrängung, Sanktionierung und Delegitimierung bestimmter Möglichkeiten von Wissensproduktion unter gleichzeitiger erzwungener Durchsetzung von anderen. Es gibt kein „machtneutrales“ Wissen – jedes Wissen wird diskursiv hergestellt und ist ein Macht-Wissen. Die epistemische Gewalt birgt Gefahren von Stereotypisierung, Essentialisierung, Ausschluss und Hassverbrechen.⁶

Die Essentialisierung (Ontologisierung) ist ein Prozess der Wesenhaftigkeitsverleihung – der Zuschreibung von als ‚natürlich‘ und ‚wesenhaft‘ geltenden Merkmalen an Mitglieder einer spezifischen kulturell definierten (z.B. ‚Geschlecht‘, ‚Sexualität‘, ‚Nation‘, ‚Kultur‘, ‚Alter‘, ‚Religion‘, ‚Spezies‘, ‚ethnischen‘, ‚rassischen‘, sozioökonomischen, sprachlichen) Gruppe. Die Essentialisierung geht von der Annahme aus, dass individuelle Unterschiede durch inhärente, biologische, ‚natürliche‘ Merkmale erklärt werden können, die von Mitgliedern einer konstruierten Gruppe geteilt würden. Das essentialistische Denken ist in dualistischen Denkweisen verankert und geht davon aus, dass es für jede spezifische Entität eine Reihe von Attributen gibt, die für ihre vermeintliche ‚Identität‘ und Funktion notwendig seien.⁷ In den gegenwärtigen Fragen nach der angemessenen Wissensproduktion spielt die Essentialisierung noch eine zentrale Rolle, obgleich sie stark umstritten ist.

6 Damit gehen folgende Frage einher: 1. Wer oder was kann Objekt oder Subjekt von Wissen sein und auf welche Weise wird Wissen klassifiziert und repräsentiert? 2. Welche Form von Wissen hat sich historisch durchsetzen können und wirkt heute noch als dominant? 3. Welchem Wissen wird ermöglicht, im Rahmen von kolonialen Machtverhältnissen als legitimes Wissen zu gelten?

7 Wissenskritische inklusive anticoloniale Ansätze beschreiben diesen Prozess als epistemische Gewalt und als *Othering*.

Résumé

Das Verbot der Gender Studies in Ungarn ist ein Ausschnitt aus einem größeren Angriff auf die Demokratie, der auch internationale Auswirkungen hat.⁸

Der Angriff auf die Gender Studies ist sowohl ein Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre als auch auf Selbstbestimmung, sexuelle Freiheit und reproduktive Rechte. Beispiele aus mehreren Staaten zeigen, dass Angriffe auf die Wissenschafts- und Pressefreiheit ein Zurückdrängen der Demokratie bewirken. Die Verletzung der Wissenschaftsfreiheit ist ein Verstoß gegen die Werte und Prinzipien der Europäischen Union (vgl. Hark 2018).

Die Kritik an gesellschaftlichen Problemen sollte ernst genommen und Lösungsansätze sollten gesucht werden. Unterschiedliche Erfahrungen sollten gewürdigt werden. Es sollte verstanden werden, dass multiple Perspektiven multiple Möglichkeiten individueller und kollektiver Handlungsmacht und somit den Entwurf solidarischer demokratischer Gesellschaftlichkeit erlauben können.

Literaturverzeichnis

- Auga, Ulrike E. (2014): Resistance and the Radical Social Imaginary. A Genealogy from Eastern European Dissidence to New Social Movements. Connecting the Debates between Activism and Postcolonial, Post-secular and Queer Epistemology and Theology. In: Auga, Ulrike E./ Guðmarsdóttir, Sigríður/Knauss, Stefanie/Martínez Cano, Silvia (Hrsg.) (2014): Resistance and Visions. Postcolonial, Post-secular and Queer Contributions to Theology and the Study of Religions. *Journal of the ESWTR* 22/2014. Leuven: Peeters, S. 5–30.
- Auga, Ulrike E./Braun, Christina von (Hrsg.) (2006): Gender in Conflicts. Palestine – Israel – Germany. Berlin/Münster/Wien/Zürich/London: LIT Verlag.
- Fausto-Sterling, Anne (2012): Sex/gender. Biology in a social world. New York: Routledge.
- Fausto-Sterling, Anne (1998): Gefangene des Geschlechts? Was biologische Theorien über Mann und Frau sagen. Piper: Zürich/München.
- Farris, Sara R. (2011): Die politische Ökonomie des Femonationalismus. In: *Feministische Studien*. Bd. 29/2, S. 321–334.
- Fox Keller, Evelyn (2000): The Century of the Gene. Harvard University Press: Cambridge.

8 Es ist ein nicht zu unterschätzendes Problem, dass sobald rechte Parteien an die Macht gelangen, über einen Zugang zum Bildungsministerium verfügen und somit wichtige Errungenschaften verändern können, die Bedrohung nicht ausschließlich aus der Gesellschaft kommt, sondern von der Regierungsseite.

- Fox Keller, Evelyn (1985): *Reflections on Gender and Science*. New Haven: Yale University Press.
- Grzebalska, Weronika/Kováts, Eszter/Pető, Andrea (2018): Gender als symbolischer Kitt. Warum das Konzept genutzt werden kann, um progressive Politiken zu delegitimieren. In: *Luxemburg: Am Fröhlichsten im Sturm. Feminismus 2/2018*, S. 35–38.
- Haraway, Donna (1988): *Situated Knowledges: The Science Question in Feminism as a Site of Discourse on the Privilege of Partial Perspective*. In: *Feminist Studies 14*, 3/1988, S. 575–599.
- Puar, Jasbir K. (2007): *Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times*. Durham: Duke University Press.
- Voß, Heinz-Jürgen (2016): *Gender in der Biologie. Es gibt mehr als zwei Geschlechter*. In: *Tagesspiegel Wissen*, 31.03.2016, S. 8–11.

Internetquellen

- Central European University (2018): *CEU Reiterates Opposition to Removal of Gender Studies Programs in Hungary*. Offizielle Pressemitteilung der Zentraleuropäischen Universität 16.10.2018. <https://www.ceu.edu/article/2018-10-16/ceu-reiterates-opposition-removal-gender-studies-programs-hungary> [Zugriff: 07.04.2022].
- Court of Justice of the European Union (2020): *The conditions introduced by Hungary to enable foreign higher education institutions to carry out their activities in its territory are incompatible with EU law*. Pressemitteilung 125/20 vom 06.10.2020. <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-10/cp200125en.pdf> [Zugriff: 07.04.2022].
- Hark, Sabine (2018): *Fünf Fragen an Prof. Dr. Sabine Hark, Technische Universität Berlin*. https://rogatekloster.wordpress.com/2018/10/23/fuenf-fragen-an-prof-dr-sabine_hark-tuberlin-genderstudies-hungary/ [Zugriff: 07.04.2022].
- Pető, Andrea (2018): *Gender as a symbolic glue makes European freedom of education at stake*. In: *The Progressive Post Magazine*, 02.09.2018. <https://progressive-post.eu/gender-as-a-symbolic-glue-makes-european-freedom-of-education-at-stake/> [Zugriff: 07.04.2022].
- Schumny, Hardi Helmut (2017): *ChrAfD Aktuell Kein drittes Geschlecht – nirgends!* <https://www.chrafd.de/index.php/75-kein-drittes-geschlecht-nirgends> [Zugriff: 07.04.2022].
- Zülfükar, Çetin (2016): *Homo- und Femonationalismus als Ausdruck der Dominanzkultur. Vom rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft*. <https://streit-wert.boellblog.org/2016/04/25/homo-und-femonationalismus-als-ausdruck-der-dominanzkultur-vom-rechten-rand-in-die-mitte-der-gesellschaft/> [Zugriff: 07.04.2022].

Autor*innen- und Herausgeber*innenverzeichnis

Isabel Adler, M.A., Studium der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, wissenschaftliche Hilfskraft bei der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

Arbeitsschwerpunkte: feministische Geschichte, Wissensgeschichte.
adlerisa@hu-berlin.de

Karin Aleksander, Dr.in phil., Master of Library Science, Philosophiestudium in Leipzig und Berlin, Fernstudium Bibliothekswissenschaft, Leiterin der Genderbibliothek/Inf.-Dok. des ZtG Humboldt-Universität zu Berlin (1990-2019).

Arbeitsschwerpunkte: Gender in Bibliotheken, Frauen- und Geschlechtergeschichte der DDR und neuen Bundesländern.

Ausgewählte Publikationen: Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern. Eine Bibliographie. Berlin: Trafo (2005), Hat die Bibliothek ein Geschlecht? In: Probstmeyer, Judith/Futterlieb, Kristin (Hg.): Diversity Management und interkulturelle Arbeit in Bibliotheken. Berlin: De Gryuter (2016), S. 93-110, Ist eine transdisziplinäre Bibliothek möglich? Oder: Wie die Geschlechterforschung Idee und Ideal der Bibliothek herausfordert. In: LIBREAS (Hg.): Die Bibliothek als Idee. Berlin: Neopubli (2016), S. 7-38, Essays 2019-2020 im Digitalen Deutschen Frauenarchiv, (<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de>).

Ulrike E. Auga, Prof. Dr., Studium der Ev. Theologie und Philosophie Berlin, Cambridge (UK), Genf; Promotion in Kulturwissenschaft, Berlin, Johannesburg; Professorin für Interkulturelle Theologie, Religionswissenschaft, Ökumenik am FB Ev. Theologie der Universität Hamburg.

Arbeitsschwerpunkte: Gender-/queere, postkoloniale postsäkulare und aktivistische Weiterentwicklung der Theorie, Feministische Erkenntniskritik und Religionen, Religionen, Gender, Performativität und Agency im visuellen Archiv, Diversität und Religionen.

Ausgewählte Publikationen: An Epistemology of Religion and Gender. Biopolitics - Performativity - Agency. London: Routledge (2020), Widerstand und Visionen. Der Beitrag postkolonialer, postsäkularer und queerer Theorie zu Theologie und Religionswissenschaften. Jahrbuch ESWTR, 22 (2014) (Hgs. zus. mit S. Guðmarsdóttir u.a.).

ulrike.auga@hu-berlin.de

Masha Beketova, M.A., Studium der slawischen Sprachen und Literaturen und Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 2018 Promotionsstudium an der Fakultät für Slawistik, seit 2019 Promotionsstipendium der Rosa-Luxemburg Stiftung.

Arbeitsschwerpunkte: Queere Migrationforschung, SOGI Asylforschung, queere und feministische postsowjetische Literaturen.

Ausgewählte Publikationen: Working with Russian-speaking LGBTIQ+ Refugees in Berlin. In: Wiedlack, Katharina/Shoshanova, Saltanat/Godovannaya, Masha (Hg.): Queering Paradigms VIII. Queer-Feminist Solidarity and the East/West Divide. Peter Lang (2020), S. 291-316.

Luise Böhm, M.A., Studium der Empirischen Kulturwissenschaft und Medienwissenschaft in Tübingen und der Europäischen Ethnologie in Berlin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Integrationsstudien der Technischen Universität Dresden.

Arbeitsschwerpunkte: „Geteilte Vergangenheit. Die ‚Dritte Generation Ostdeutschland‘ und ihre Erinnerung an die DDR“ (B.A.-Arbeit), „Die Leute haben Angst“. Eine ethnografische Untersuchung institutioneller Aushandlungsprozesse um ‚Rechtspopulismus‘ und Rassismus“ (M.A.-Arbeit).

Bożena Choluj, Prof. Dr., Studium der Germanistik in Warschau, Professorin an der Universität Warschau mit Schwerpunkt Literaturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und Literaturtheorie, sowie Professorin an der Europa-Universität Viadrina, Professur für Deutsch-Polnische Literatur- und Kulturbeziehungen und Gender Studies, Herausgeberin von OderÜbersetzen. Deutsch-polnisches translatorisches Jahrbuch. Karl Dedecius Archiv.

Arbeitsschwerpunkte: Machtverhältnisse in der Familie, Performativität, Grenz- und Differenzforschung, Stereotypenforschung, Wissenschaftstheorie.

Ausgewählte Publikationen: Die Gender-Kategorie in der Analyse literarischer Strategien im Umgang mit der Weiblichkeit: Ingeborg Bachmann, Seweryna Szmaglewska, Ruth Klüger. In: World Literature Studies, 4, 9 (2017), S. 117-128, Der ambivalente Charakter des Peer-Review-Verfahrens und die Vermesung im Wissenschaftsbetrieb. In: Wojno-Owczarska/ Ewa (Hg.): Topografien der Globalisierung, Bd. 2. Peter Lang (2020), S. 153-166, Gender und LGTB: Unbekannte Begriffe als Machtinstrumente in Polen. In: Strube, Sonja A./Perintfalvi, Rita/Hemet, Raphaela/Metze, Miriam/Sahbaz, Cicek (Hg.): Anti-Genderismus in Europa. Bielefeld: Transcript (2020), S. 147-161.

choluj@europa-uni.de, b.choluj@uw.edu.pl

Birgit Dahlke, PD Dr., Studium Germanistik und Geschichte an der Universität Greifswald, Leiterin der „Arbeits- und Forschungsstelle Privatbibliothek Christa und Gerhard Wolf“ an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: Literatur und Kultur aus und in der DDR, Literatur und Materialität, Lesespurenforschung.

Ausgewählte Publikationen: Christa Wolf. Antifaschistin – Humanistin – Sozialistin. Würzburg: Königshausen & Neumann (2019), Wolfgang Hilbig. Hannover: Wehrhahn Verlag (2011), Jünglinge der Moderne. Jugendkult und Männlichkeit in der Literatur um 1900. Köln: Böhlau Verlag (2006), Papierboot. Autorinnen aus der DDR – inoffiziell publiziert. Würzburg: Königshausen & Neumann (1997), Thomas Brasch - zwei Jahrzehnte nach seinem Tod gelesen. In: Berliner Debatte Initial 3/2021, S. 124-138.

birgit.dahlke@rz.hu-berlin.de

Irene Dölling, Prof. Dr. a. D., Studium der Philosophie und Bibliothekswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Professorin für Frauenforschung/Soziologie der Geschlechterverhältnisse an der Universität Potsdam.

Arbeitsschwerpunkte: aktuelle Transformationen mit Schwerpunkt der (ost-deutschen) Geschlechterverhältnisse, praxeologische Soziologie.

Ausgewählte Publikationen: ‚Geschlechter-Wissen‘ – ein nützlicher Begriff für die ‚verstehende‘ Analyse von Vergeschlechtlichungsprozessen? In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Nr. 23, Heft 1+2 (2005), S. 44-62, Reflexionen des Arbeitsparadigmas aus praxeologischer Perspektive. In: Brie, Michael/Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hg.): Transformationen. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs. Münster: LIT Verlag (2016), S. 259-276.

irene.doelling@t-online.de

Elisaveta Dvorakk, M.A., Studium der Kunst-/Bildgeschichte, Gender Studies und Ev. Theologie in Berlin, Zürich und Wien; Doktorandin am Institut für Kunst-/Bildgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Promotionsstipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes.

Arbeitsschwerpunkte: Theorie/Geschichte der Fotografie, Bildtheorie, Gender-/queere, postkoloniale Theorie, post-/digitale Archivierung, Kunstgeschichte des östlichen Europas.

Ausgewählte Publikationen: Die Sammlung Hashem el Madani in der Arab Image Foundation. Postkoloniale Diskurse um kommerzielle Studiofotografie im Libanon, 1950-1980. Berlin: LIT (2022); Annemarie Schwarzenbachs *Strabenszene* in Moskau 1934. Antifaschistische Bildästhetik zwischen fotografischem Konstruktivismus und sozialistischem Realismus. In: Annemarie Schwarzenbach's Photographic Practice, Monatshefte, 113/3 (2021), S. 397-412.

elisaveta.dvorakk@hu-berlin.de

Barbara Einhorn, Prof. Dr. a. D., Studium der Germanistik und Romanistik an den Universitäten Victoria University of Wellington, University of Otago, Doktorandenstudium an der Technische Universität Berlin, Professorin im Fach Soziologie an der Universität Sussex.

Arbeitsschwerpunkte: Gender and Citizenship, Geschlechtergerechtigkeitsfragen in Ost- und Zentraleuropa vor und nach 1989, Gender und Nation, (E)migration, Flucht und Rückkehr: Fragen von Heimat und Identität, Frieden und Konflikt, Transnationale Identität als fragwürdige Existenz in den Augen diktatorischer wie demokratischer Regime.

Ausgewählte Publikationen: Wollen sie mich wirklich verhaften? In: Ilse, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Christoph Links Verlag (2019), A Europe of Intolerance or Social Justice? The Uses and Abuses of Gender Today. In: Eurozine, 5. Mai 2017, Citizenship in an Enlarging Europe. London: Palgrave Macmillan (2006, 2010), Cinderella Goes to Market: Citizenship, Gender and Women's Movements in East Central Europe. London: Verso (1993).

barb.einhorn@gmail.com

Urmila Goel, PD Dr., Studium der Volkswirtschaftslehre in Heidelberg, Kiel und Southampton sowie der Südasienskunde in Kiel und London, Promotion in Volkswirtschaftslehre in Kiel, Habilitation in Kulturanthropologie in Frankfurt (Oder), Privatdozentin am Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie assoziiertes Mitglied am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien, Beiratsmitglied von „MigOst. Ostdeutsche Migrationsgeschichte selbst erzählen“.

Arbeitsschwerpunkte: Migration und Rassismus, Geschlecht und Sexualität, West-Ost-Ungleichheiten in Deutschland, Intersektionalität.

Ausgewählte Publikationen: Von ‚Ostdeutschen‘, ‚Migrant*innen‘ und hegemonialem Deutsch-Sein. In: Matthäus, Sandra (Hg.): Der andere Blick auf ‚den Osten‘. Zum Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Bielefeld: transcript (im Erscheinen).

Nicole Halliday, B.A., Studium der Europäischen Ethnologie und Erziehungswissenschaften in Berlin, aktuell im M.A. Studium Museumsmanagement und -kommunikation in Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: ‚Intersektionale Perspektiven auf/von ‚Ost-Frauen‘. Wie äußert sich in der Erzählung alltäglicher Erfahrungen von ‚Ost-Frauen‘ Ambivalenz/Ambiguität und wie wird diese verhandelt?‘ (B.A.-Arbeit).

J. Cash Hauke, M.A., Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin, Promotionsstipendiat* der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Arbeitsschwerpunkte: Intersektionalität in Wissensproduktion und Bildungsarbeit, Antifeminismus und Rassismus als Teil der Rechtsextremismusforschung, intersektionales Ostdeutschland, Handlungsstrategien in der Kommunalpolitik.

Ausgewählte Publikationen: Rät*innen gegen Rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien (aktualisierte Auflage). Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, Kommunalakademie (2021), Rechte Identitätspolitik und „der Osten“. Eine Analyse aus intersektionaler Perspektive. In: Burschel, Friedrich (Hg.): Autoritäre Formierungen. Der Durchmarsch von rechts geht weiter. Berlin: Manuskripte Rosa Luxemburg Stiftung (2020), S. 46-60.

haukejen@hu-berlin.de

Kathleen Heft, Dr. phil., Studium der Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Stipendiatin im Graduiertenkolleg „Geschlecht als Wissenskategorie“ der Humboldt-Universität zu Berlin, Postdoc am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: Diskursraum Ostdeutschland, Ossifizierung, Gender intersektional, postkoloniale Theorie in postsozialistischen Kontexten, Migration in die DDR, (Ost-)Deutschland als postmigrantische Gesellschaft.

Ausgewählte Publikationen: Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse. Opladen: Budrich Academic Press (2020).

Almut Ilsen, Dipl., Studium der Chemie und Bibliothekswissenschaft in Jena und Berlin, Fachreferentin für naturwissenschaftliche Fächer an der Staatsbibliothek zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz (bis 2016).

Ausgewählte Publikationen: Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin: Links Verlag (2019, zus. mit Ruth Leiserowitz).

almut-ilsen@gmx.de

Gabriele Jähnert, Dr. phil., Studium der Germanistik, Anglistik und Pädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Geschäftsführerin des ZiF seit 1991, des ZtG seit 2003; Mitinitiatorin der Magisterstudiengänge Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin; Mitherausgeberin des Open Gender Journals.

Ausgewählte Publikationen: Geschlechterforschung/Gender Studies. In: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810-2010. Selbstbehauptung einer Vision. Berlin: Akademie Verlag, S. 313-329; Gender in Transition in Eastern and Central Europe. Proceedings. Berlin: trafo Verlag (2001, Hrsg. zus. mit J. Gorisch, D. Nickel, M. Hildegard, I. Peinl, K. Schäffgen, Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) der Humboldt-

Universität zu Berlin), *Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionstransfers*. Münster: Westfälisches Dampfboot (2011, Hrsg. zus. mit B. Binder, I. Kerner, E. Kilian, H. M. Nickel); Jähnert, Gabriele/Gorisch, Jana/Hahn, Daphne/Nickel, Hildegard Maria/Peinl, Iris/Schäffgen, Katrin/Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) der HU Berlin (Hrsg.) (2001): *Gender in Transition in Eastern and Central Europe. Proceedings*. Berlin: trafo Verlag; Binder, Beate/Kerner, Ina/Kilian, Eveline/Jähnert, Gabriele/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) (2011): *Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionstransfers*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Iveta Jusová, Professorin für Gender, Women's and Sexuality Studies am Carleton College in Minnesota, Leiterin des Auslandsstudienprogramms „Women's and Gender Studies in Europe“.

Ausgewählte Publikationen: *The New Woman and the Empire*. Columbus, OH: OSU Press (2005), *Czech Feminisms: Perspectives on Gender in East Central Europe*. Bloomington: IUP (2016, Hg. zus. mit Jiřina Šiklová), *The Panel Story. The Life of a Community [Paměti tří paneláků. život jedné komunity]* (2019, Oral-History-Projekt zus. mit der Fotografin Jindřich Štreit), <https://thepanelstory.sites.carleton.edu/>.

Nicole Kaminer, B.A., Studium der Europäischen Ethnologie und Französisch in Berlin, aktuell Studium im M.A. Ethnographie in Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: „Eine Freundesgruppe und ihre postsozialistischen Referenzen. Die DDR in Gesprächen der Nachwendegeneration“ (B.A.-Arbeit).

Ulrike Lembke, Prof. Dr., Studium der Rechtswissenschaften, Teilstudium Politikwissenschaften und Anglistik/Amerikanistik (Gender Studies) in Greifswald, Professorin für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: Antidiskriminierungsrecht, Grund- und Menschenrechte, Versammlungsrecht, rechtliche Geschlechterstudien, Sexualitäten, reproduktive Gerechtigkeit, Gewalt im Geschlechterverhältnis, Frauenbewegungsgeschichte.

Ausgewählte Publikationen: *Regulierungen des Intimen. Sexualität und Recht*. Wiesbaden: VS Springer (2017, Hg.), *Menschenrechte und Geschlecht*. Baden-Baden: Nomos (2014, Hg.), *Feministische Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch*. Baden-Baden: Nomos (2012, Hg. zus. mit L. Foljanty).

lembke@rewi.hu-berlin.de

Doris Liebscher, Dr., LL.M.EuR, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Leipzig und der Universidad Complutense de Madrid, Leiterin der Ombudsstelle für das Landesantidiskriminierungsgesetz Berlin bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung in Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Antidiskriminierungsrecht, Recht und Rassismus, feministische Rechtswissenschaft.

Ausgewählte Publikationen: Rasse im Recht – Recht gegen Rassismus. Genealogie einer ambivalenten rechtlichen Kategorie. Berlin: Suhrkamp (2021), Sind Juden weiß? Von den Schwierigkeiten des rechtlichen Umgangs mit Antisemitismus. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 29 (2020), S. 422-452.

Ulrike Mausolf, B.A., Studium der Europäischen Ethnologie und Kulturwissenschaften in Berlin, aktuell Studium im M.A. Ethnographie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: „Die Nachwendegeborenen. Über Narrative junger Ostdeutscher“ (B.A.-Arbeit).

Ilanga Mwaungulu, M.A., Studium der Gender Studies und Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Bildungsreferentin im Anne Frank Zentrum.

Arbeitsschwerpunkte: Rassismus in der DDR, antisemitische und klassistische Verfolgung im Nationalsozialismus und Kontinuitäten.

Ausgewählte Publikationen: „Schwarze Schwester Angela'. Die Solidaritätskampagne für Angela Davis in der DDR-Frauenzeitschrift *Für Dich* zwischen Identifikation mit antirassistischen Kämpfen und Leugnung von Rassismus in der DDR“, M.A.-Abschlussarbeit Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin (2017), DOI: 10.18452/21371.

Hildegard Maria Nickel, Prof. a. D. Dr., Studium der Kulturwissenschaft und Soziologie in Berlin, Professorin a. D. für Arbeits- und Geschlechtersoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftliche und betriebliche Transformationsprozesse, Wandel von Arbeits- und Geschlechterverhältnissen, organisations- und geschlechtersoziologische Studien im Bankensektor und in der Deutschen Bahn AG.

Ausgewählte Publikationen: Reproduktion. Partizipation. Sozialbeziehungen. Fach- und Führungskräfte in der betrieblichen Transformation. Weinheim Basel: Beltz Juventa (2021, zus. mit H. Hüning, M. Frey, M. Lill), Grenzkämpfe um einen ganzheitlichen Lebensanspruch. In: Gender, 2 (2020), S. 79-92, Partizipative Arbeits- und Geschlechterpolitik. Chimäre oder Alternative zum neoliberalen Entwicklungspfad? In: Aulenbacher, Brigitte/Dammayr,

Maria/Dörre, Klaus/Menz, Wolfgang/Riegraf, Birgit/Wolf, Harald (Hg.): Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus. Weinheim Basel: Beltz Juventa (2017), S. 248-265.

nickel@sowi.hu-berlin.de

Olga Plakhotnik, PhD, Postdoc Forschungsstipendiatin an der University of Alberta.

Arbeitsschwerpunkte: feministische Epistemologien und Methoden epistemologies, Critical Citizenship Studies, feministische und queere Pädagogik, feministische, LGBT+ and queere Aktivismen in der Ukraine und Osteuropa .

Ausgewählte Publikationen: Between Time of Nation and Feminist Time. Genealogies of Feminist Protest in Ukraine (2019, zus. mit Maria Mayerchuk). In: Bühler-Dietrich, Annette (Hg.): Feminist Circulations between East and West/Feministische Zirkulationen zwischen Ost und West. Berlin: Frank & Timme (2020), S. 47-70, "Safety" Under the Question. Contesting Competences and Affects in a Feminist Classroom. In: Just, Edyta/Grahn, Wera (Hg.): Theories of Affect and Concepts in Generic Skills Education. Adventurous Encounters. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing (2017), S. 171-190.

Bettina Rathenow, Studium der Fächer Geschichte und Deutsch (Lehramt) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Schulrätin bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in Berlin (bis 2018).

bettina.rathenow@web.de

Heike Schimkat, PhD, M.A., Studium der Sozial-/Kulturanthropologie in Berlin und Toronto, Leiterin des DDF-Drittmittelprojekts der Genderbibliothek/ZtG Humboldt-Universität zu Berlin (2018-2019), Projektleiterin am Institut für Innovation und Beratung an der Evangelischen Hochschule Berlin e.V.

Arbeitsschwerpunkte: Ethnografie, Biografie, Diversity (Gender, Age).

Ausgewählte Publikationen: Essays 2019-2020 im Digitalen Deutschen Frauenarchiv (<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de>): Sundine revisited. Vom DFD-Beratungszentrum in der DDR zum Frauentreff im vereinten Deutschland (13. Februar 2020), Frauen im Sozialismus: Generation 1920-1930 (22. Januar 2019), Generation 1930-1940 (25. November 2019), Generation 1940-1960 (26. Februar 2020), Alter(n) und Alterssicherung von Frauen in der DDR und im Transformationsprozess (21. September 2021).

Sylka Scholz, Prof. Dr., Studium Kulturwissenschaft und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Professorin für Qualitative Methoden und Mikrosoziologie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Arbeitsschwerpunkte: Geschlechtersoziologie, insbesondere Männlichkeitsforschung, Familiensoziologie, Methoden der qualitativen Sozialforschung.

Ausgewählte Publikationen: Männlichkeit erzählen. Lebensgeschichtliche Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer. Münster: Westfälisches Dampfboot (2004), Männlichkeitssoziologie. Studien aus den sozialen Feldern Arbeit, Politik und Militär im vereinten Deutschland. Münster: Westfälisches Dampfboot (2012), Caring Masculinities? Männlichkeiten in der Transformation in kapitalistischen Wachstumsgesellschaften. München: Oekom (2019), zus. mit Andreas Heilmann).

sylka.scholz@uni-jena.de

Leona Schwarzer, B.A. Studium der Europäischen Ethnologie und Amerikanistik in Berlin, aktuell Studium im M.A. Filmkulturerbe in Potsdam.

Arbeitsschwerpunkte: „Erzählungen ehemaliger DDR-Bürgerinnen. Wie erzählen ehemalige DDR-Bürgerinnen heute über ihr Leben in der ehemaligen DDR und ihre Nachwendeerfahrungen mit dem Schwerpunkt ‚Arbeit und Familie‘“ (B.A.-Arbeit).

Iva Šmídová, PhDr, PhD, Soziologie und Englisch (Philosophische Fakultät), PhD und Habilitation in Soziologie (Sozialwissenschaftliche Fakultät) an der Masaryk University, Brünn, Assoziierte Professorin für Soziologie (Fachbereich Soziologie) , Masaryk University, Brünn.

Arbeitsschwerpunkte: Kritische Männlichkeitsforschung, geschlechtsspezifische Struktur der Gesellschaft, Soziale Ungleichheit, Soziologie der Gesundheit, Krankheit, Tod und Medizin; qualitative Forschung.

Ausgewählte Publikationen: Men and Masculinities Offside? The [Un]sustainability of the Power of Men. In: Hearn, Jeff/Vasquez del Aguila, Ernesto/Hughson, Marina (Hg.): Unsustainable Institutions of Men. Routledge (2019), S. 236-250, The EU, Men and Masculinities (zus. mit J. Hearn, K. Wojnicka und K. Pringle). In: Abels, Gabriele/Krizsán, Andrea/MacRae, Heather/van der Vleuten, Anna (Hg.): The Routledge Handbook of Gender and EU Politics. Routledge (2021) S. 80-92, The Czech Intimate Presence of Perinatal Loss in the Post-Socialist Absence of Institutionalised Humanity. In: Women's Studies International Forum, 74 (Mai-Juni 2019), S. 94-103.

krizala@fss.muni.cz

Rebecca Wegmann, M.A., Studium der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, freie Journalistin für u.a. *zeitgeschichte|online*, *WELT* und *rbb*.

Arbeitsschwerpunkte: Memory Studies, Erinnerungskultur der Shoah, Mediengeschichte.

Ausgewählte Publikationen: Artikel auf *zeitgeschichte|online* (<https://zeitgeschichte-online.de/>): *Frauen* in der Wissenschaft. Ein kritischer Blick auf Alltags- und Arbeitswelt von Frauen im akademischen Betrieb* (8. März 2021, Hg. zus. mit Sophie Genske und Annette Schuhmann), *Golda Maria. eine Holocaust-Überlebende erzählt. Lebensgeschichte einer französisch-jüdischen Familie* (3. Juli 2020), *Zwischen Fiktionalisierung und Zeugenschaft. Über die (Un-)Darstellbarkeit der Shoah im Spielfilm* (27. Februar 2020).

Feministische Visionen vor und nach 1989

Wie forderten Geschlechterdiskurse vor und nach 1989 die gesellschaftlichen Verhältnisse heraus? Wie intervenierten Akteur*innen in machtvollen Ordnungen? Wie werden feministische Visionen in gegenwärtige Aktivismen aufgenommen? Der Band untersucht feministische, queere und künstlerische Widerstandspraxen sowie Mediendiskurse und Selbst- und Fremdzuschreibungen von DDR-Geschlechterbildern aus intersektionalen, postkolonialen und postsäkularen Perspektiven. Zudem wird die Entwicklung der Gender Studies in Osteuropa in den Blick genommen.

Die Herausgeberinnen:

Dr. Karin Aleksander, Leiterin der Genderbibliothek des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) (1990-2019)

Prof. Dr. Ulrike E. Auga, Professorin für Religionswissenschaft, Interkulturelle Theologie und Geschlechterstudien, HU Berlin; Fellow CTI Princeton; assoziiertes Mitglied am ZtG

Elisaveta Dvorakk, Doktorandin, Institut für Kunst- und Bildgeschichte, HU Berlin

Dr. Kathleen Heft, DeZIM-Institut Berlin

Dr. Gabriele Jähnert, Geschäftsführerin ZtG, HU Berlin

Dr. Heike Schimkat, Leiterin DDF-Projekt (2018-19) am ZtG/Genderbibliothek; Projektleiterin Institut für Innovation und Beratung an der Evangelischen Hochschule Berlin e.V.

ISBN 978-3-8474-2521-2



www.budrich.de

Tielbildnachweis: Ruth Tesmar, Widmungsblatt für die Tagung „Feministische Visionen vor/nach 1989“ (Ausschnitt). Aquarell auf Büttenspapier, 20x7 cm.